

Andreas Antić

Digitale Öffentlichkeiten und intelligente Kooperation

**Zur Aktualität des demokratischen Experimentalismus
von John Dewey**

Universitätsverlag Potsdam

DIGITALE ÖFFENTLICHKEITEN UND
INTELLIGENTE KOOPERATION

ANDREAS ANTIĆ

DIGITALE ÖFFENTLICHKEITEN UND
INTELLIGENTE KOOPERATION

Zur Aktualität des demokratischen Experimentalismus von John Dewey

Universitätsverlag Potsdam

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Universitätsverlag Potsdam 2018
<http://verlag.ub.uni-potsdam.de/>
Am Neuen Palais 10, 14469 Potsdam
Tel.: +49 (0)331 977 2533 / Fax: -2292
E-Mail: verlag@uni-potsdam.de

Zugl.: Diss., Universität Potsdam, Philosophische Fakultät, 2017
1. Gutachter: Prof. Dr. Hans-Peter Krüger (Universität Potsdam)
2. Gutachterin: Prof. Dr. Simone Dietz (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf)
Datum der mündl. Prüfung: 20.12.2017

ISBN 978-3-86956-431-9

Umschlaggestaltung: Duška Karanov
Satz: A. Antić mit dem freien \LaTeX -Editor *LyX* unter Verwendung der Vorlage *classithesis* von André Miede und Ivo Pletikosić
Druck: docupoint GmbH

Dieses Werk ist unter einem Creative Commons Lizenzvertrag lizenziert:
Namensnennung 4.0 International
Um die Bedingungen der Lizenz einzusehen, folgen Sie bitte dem Link:
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Zugleich online veröffentlicht auf dem Publikationsserver der Universität Potsdam:
URN [urn:nbn:de:kobv:517-opus4-410964](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-410964)
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:517-opus4-410964>

INHALTSVERZEICHNIS

1	EINLEITUNG	1
2	LIPPMANNS KRITIK DER ÖFFENTLICHKEIT	25
2.1	Kritik des Mediensystems	30
2.2	Kritik der öffentlichen Meinung	39
2.3	Kritik der Öffentlichkeit	43
i	DEMOKRATISCHER EXPERIMENTALISMUS	51
3	PHILOSOPHIE DES EXPERIMENTALISMUS	53
3.1	Experimentelle Methode und Erfahrung	54
3.2	Interaktionsprozesse und Gewohnheit	64
3.3	Erkenntnis- und Handlungstheorie	80
4	LOGIK DER FORSCHUNG	97
4.1	Denken als reflexives Problemlösen	98
4.2	Soziale Intelligenz und intelligente Kooperation . . .	113
4.3	Methodologie sozialer Untersuchungsprozesse	125
5	DEMOKRATIE ALS LEBENSFORM	153
5.1	Gemeinschaft und sozialer Individualismus	154
5.2	Kreative Demokratie	173
5.3	Politische Philosophie als Kritik	180
5.4	Zwischenfazit	198
ii	DIGITALE ÖFFENTLICHKEITEN	205
6	ÖFFENTLICHKEIT ALS PROZESS	207
6.1	Deweys Begriff der Öffentlichkeit	208
6.2	Öffentlichkeit als Staat	226
6.3	Kritische Technikphilosophie	255

7	DIGITALE ÖFFENTLICHKEITEN	271
7.1	Zum Begriff digitaler Öffentlichkeiten	271
7.2	Exemplarische Anwendungsmöglichkeiten	286
7.3	Digitale Öffentlichkeitsforschung	313
8	INTELLIGENTE KOOPERATION	337
8.1	Freie Software und Open Source	340
8.2	Open Access und Open Content	358
8.3	Open Data, Open Government und Open Science . .	374
9	SCHLUSSBETRACHTUNG	399
	SIGLENVERZEICHNIS	409
	LITERATURVERZEICHNIS	411
	PERSONENREGISTER	445
	SACHREGISTER	447

EINLEITUNG: ZUR NOTWENDIGKEIT EINER NEUEN KONZEPTION VON ÖFFENTLICHKEIT IM DIGITALEN ZEITALTER

Die Entwicklung des Internets und die Verbreitung digitaler Technologien haben in den vergangenen drei Jahrzehnten zu einem fundamentalen und rasanten Wandel des menschlichen Zusammenlebens geführt. Die digitale Revolution ist tief in die alltäglichen sozialen Beziehungen eingedrungen. Sie verändert die Art und Weise, wie wir Menschen mit unserer sozialen und materiellen Umwelt interagieren. Dadurch sind einerseits neue Formen der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit entstanden, die noch vor 20 Jahren kaum vorstellbar waren. Eines von zahlreichen Beispielen dafür ist die Online-Enzyklopädie *Wikipedia*. Als größte und meistgelesene Enzyklopädie in der Geschichte der Menschheit ist sie eine zentrale Wissensressource der digitalen Gesellschaft und hat gedruckte Nachschlagewerke bereits verdrängt.¹ Dass die Inhalte der *Wikipedia* weltweit kostenfrei zugänglich sind, sofern es keine staatliche Zugangsbeschränkung gibt, und die Plattform selbst offen für *alle* Menschen ist, die sich an ihrer Erweiterung und Verbesserung beteiligen wollen, sind zentrale Merkmale der neuen kooperativen Organisationsformen, die durch die digitalen Technologien möglich und wirklich geworden sind.

Auf der anderen Seite erzeugt die Offenheit und Transparenz digital vermittelter Interaktionen neue Formen von Kontrolle, Machtasymmetrien und andere Folgeprobleme. Die Enthüllungen von Edward Snowden über die massenhafte Aufzeichnung und Auswertung der digitalen Kommunikation durch staatliche Geheimdienste

¹ Vgl. Volker Schmidt (2013): »Das Projekt Aufklärung geht trotzdem weiter«, in: *Zeit Online* am 14.6.2013, URL: <http://www.zeit.de/kultur/literatur/2013-06/brockhaus-ende-bertelsmann> (abgerufen am 25.08.2018); Torsten Kleinz (2015): »Ist der Höhepunkt schon überschritten?«, in: *Zeit Online* am 15.1.2015, URL: <http://www.zeit.de/digital/internet/2015-01/wikipedia-geburtstag-mobil-wandel> (abgerufen am 25.08.2018).

haben eine Kehrseite der digitalen Vernetzung ans Licht gebracht.² Neben der zunehmenden Kommerzialisierung des Internets hat die staatliche Überwachung, deren Ausmaß auch für viele Internet-Aktivist*innen überraschend war, den naiven Glauben an die mit dem Internet verbundenen radikaldemokratischen Gesellschaftsutopien endgültig zerstört.³ Snowden war sich im Klaren darüber, dass er als Konsequenz der Weitergabe und Veröffentlichung vertraulicher Dokumente im Juni 2013 sein bisheriges Leben aufgeben und ins Exil gehen musste. Sein Hauptmotiv bestand darin, die *Öffentlichkeit* über die gegenwärtigen Entwicklungen aufzuklären.⁴ Denn nur eine informierte Öffentlichkeit kann die problematischen Entwicklungen bewerten und demokratisch darüber entscheiden, zu welchen Kompromissen sie bereit ist. Solange jedoch die Öffentlichkeit nicht über die Aktivitäten der Geheimdienste informiert ist, sondern getäuscht und in die Irre geführt wird, können die bestehenden Probleme gar nicht erst wahrgenommen und artikuliert werden. Da die Überwachung des weltweiten Datenverkehrs nicht nur Menschen in bestimmten Ländern betrifft, ist hier nicht länger eine nationale Öffentlichkeit gemeint, sondern die denkbar umfassendste Form einer weltweiten Öffentlichkeit.

Angesichts des Spannungsverhältnisses zwischen dem kooperativen Potenzial der digitalen Vernetzung und ihrer Kehrseite kann vorerst festgehalten werden, dass sich die Öffentlichkeit durch den digitalen Wandel gegenwärtig »in einem tiefen Umwälzungsprozess« zwischen »Schwarmintelligenz« und »Herdenblödigkeit« befindet, den der stellvertretende Chefredakteur der Wochenzeitung *Die Zeit*, Bernd Ulrich, wie folgt beschreibt:

»[D]ie überkommene Struktur der Öffentlichkeit entstammt [...] jener Epoche, in der die Zahl der Widersprüche ebenso überschaubar war wie die Zahl der

2 Glenn Greenwald (2014): *Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen*, München: Droemer.

3 Vgl. Sascha Lobo (2014): »Abschied von der Utopie. Die digitale Kränkung des Menschen«, in: *FAZ.net* am 11.01.2014, URL: <http://www.faz.net/-gqz-7l7ui> (abgerufen am 25.08.2018).

4 Vgl. Hannah Beitzer und Oliver Klasen (2013): »Whistleblower Edward Snowden: Allein gegen die Supermacht«, in: *Süddeutsche Zeitung* am 10.6.2013, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/whistleblower-edward-snowden-allein-gegen-die-supermacht-1.1692537> (abgerufen am 25.08.2018).

Sprechberechtigten. Die maßgeblichen Zeitungen und Sender ließen sich bis vor Kurzem an zehn Fingern abzählen. Diese Sonderstellung hat die Debatten übersichtlich gestaltet und zugleich paternalisiert, ließ also die Journalisten als Lehrer der Nation erscheinen. [...] Heute ähnelt die Struktur der Öffentlichkeit jener Welt, über die sie berichtet: Sie ist multipolar, anarchistisch, chaotisch, manchmal irre. Das Internet hat den alten, erkennbar verunsicherten und zugleich oft ins Gestrige versteiften Medien eine neue Schwarmintelligenz hinzugefügt, die jederzeit aber auch als Herdenblödigkeit auftreten kann. [...] Im Grunde geht es um eine Entscheidung: Versucht die Politik weiterhin, mit mildem Paternalismus die Staatsschäfchen ruhig zu halten, oder setzt sie darauf, dass die Augenhöhe-Gesellschaft mit (fast) allem fertig werden kann?«⁵

Nun hat die vielfach beschworene »Schwarmintelligenz«, die durch die kooperativen Interaktionsprozesse ermöglicht werden soll, bislang noch nicht zu einer bemerkenswerten Steigerung der kollektiven menschlichen Problemlösungsfähigkeiten geführt, mit der die vielfältigen und komplexen Herausforderungen der Gegenwart besser bewältigt werden könnte – Klimawandel, Naturzerstörung, Terrorismus oder soziale Ungleichheit, um nur einige zu nennen. Das Internet ermöglicht zwar, dass mehr Menschen miteinander kommunizieren, persönliche Erfahrungen und Ideen austauschen, Gleichgesinnte finden und ihre Meinungen öffentlich äußern können. Doch hat diese Zunahme an öffentlich zugänglichen Kommunikationsprozessen nicht zuletzt selbst neue Probleme erzeugt. Hass-Kommentare, Mobbing, kommerziell und politisch motivierte Desinformation und andere neue Formen von politischer Propaganda, Nationalismus und Populismus sind nur einige davon. Deshalb bleibt es eine offene Frage, ob das kooperative Potenzial der digitalen Vernetzung die notwendigen kollektiven Lernprozesse anstößt, um auch mit diesen unerwünschten Nebenfolgen umgehen zu können. Dass aber dennoch die zweite von Ulrich genannte Option,

⁵ Bernd Ulrich (2015): »Deutsche Politiker: Warum sagen sie nicht, was ist?«, in: *Die Zeit* Nr. 18/2005, 29.4.2015, URL: <http://www.zeit.de/2015/18/politik-wahrheit> (abgerufen am 25.08.2018).

die kooperative Einbeziehung der Öffentlichkeit auf Augenhöhe, der aussichtsreichere Weg für die Lösung zunehmend komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen ist, dafür argumentiere ich in der vorliegenden Arbeit. Freiwillige, kooperative Projekte wie die Wikipedia oder generell die Entwicklung von *Open Content* und freier Software sind Beispiele dafür, wie sich auf globaler Ebene neue Praktiken und institutionelle Strukturen entwickeln.⁶ Aber auch auf nationaler und regionaler Ebene sind bereits Tendenzen dieser kulturellen und politischen Entwicklung sichtbar, wie ich kurz an einigen Beispielen illustrieren will.

In Bezug auf Deutschland lässt sich generell feststellen, dass in den letzten Jahrzehnten zunehmend eine engere Einbeziehung der Öffentlichkeit in politische Entscheidungsprozesse eingefordert wird.⁷ Die repräsentative Demokratie soll dabei aber keineswegs *ersetzt* werden, sondern vielmehr durch deliberative und direkte Beteiligungsformen *ergänzt* werden, wie Dialogveranstaltungen, Zukunftswerkstätten oder Bürgerhaushalte, die auch mit digitalen Kommunikations- und Interaktionsformen organisiert werden. Derartige Forderungen nach einer engeren Einbeziehung der Öffentlichkeit haben sich in den letzten Jahren intensiviert, nicht zuletzt infolge der Proteste gegen den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs im Spätsommer 2010.⁸ Dieses Ereignis mag auf den ersten Blick nicht viel mit der Digitalisierung zu tun haben. Es hat jedoch, zumindest auf kommunaler und Landesebene, bereits zu einschlägigen institutionellen Veränderungen geführt, die als kollektiver Lernprozess und politischer Kulturwandel in Richtung einer engeren Kooperation zwischen Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit gedeutet werden können.⁹ So hat die Landesregie-

6 Vgl. dazu ausführlich Kapitel 8.

7 Bertelsmann Stiftung und Staatsministerium Baden-Württemberg, Hrsg. (2014): *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

8 Matthias von Herrmann (2015): »Stuttgart 21« – Bürger mischen sich ein«, in: *Kursbuch Bürgerbeteiligung*, hrsg. von Jörg Sommer, Berlin: Verlag der Deutschen Umweltstiftung, S. 269–283; Winfried Thaa (2015): »Die Auseinandersetzungen um ›Stuttgart 21‹ und die Zukunft der repräsentativen Demokratie«, in: *Kursbuch Bürgerbeteiligung*, hrsg. von Jörg Sommer, Berlin: Verlag der Deutschen Umweltstiftung, S. 284–306.

9 Nicht nur in der Politik, auch in der Wirtschaft etabliert sich – in Deutschland nicht zuletzt infolge der Proteste gegen »Stuttgart 21« – ein neues Bewusstsein für die Notwendigkeit einer Einbeziehung der Öffentlichkeit in umfassende Industrie- und

rung in Baden-Württemberg in Reaktion auf die Proteste gegen das Infrastrukturprojekt »Stuttgart 21« als erstes Bundesland eine Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung geschaffen. Die ehrenamtliche Staatsrätin Gisela Erler widmet sich seit 2011 der systematischen Förderung und Verbreitung von Bürgerbeteiligung, der Vernetzung unterschiedlicher Akteur_innen,¹⁰ der Sammlung von Informationen über einzelne Methoden und Erfahrungen, wann und wie welche Beteiligungsformate eingesetzt werden können, der wissenschaftlichen Erforschung von Beteiligung und der Durchführung von experimentellen Modellprojekten. 2013 hat Baden-Württemberg als erstes deutsches Bundesland ein eigenes Online-Beteiligungsportal eingerichtet.¹¹ Im Rahmen eines kooperativen Beteiligungsverfahrens haben Politiker_innen, Verwaltungsmitarbeiter_innen und Bürger_innen gemeinsam einen »Leitfaden für eine neue Planungskultur« und eine

Infrastrukturprojekte. Der *Verein Deutscher Ingenieure* (VDI) hat dazu bereits zwei Richtlinien verfasst, vgl. *Verein Deutscher Ingenieure* (2014): *Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung und Bau von Infrastrukturprojekten. Standards für die Leistungsphasen der Ingenieure*, Technische Regel VDI 7001:2014-03, VDI-Richtlinien, Berlin: Beuth; *Verein Deutscher Ingenieure* (2015): *Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten*, Technische Regel VDI 7000:2015-01, VDI-Richtlinien, Berlin: Beuth.

¹⁰ Mit dem Ziel einer geschlechtergerechten Sprache verwende ich in einem Großteil der Arbeit die Form des »Gender Gap«. Durch den Unterstrich als Platzhalter wird ausgedrückt, dass es neben männlich und weiblich weitere Geschlechtsidentitäten gibt, die ausdrücklich einbezogen sind – Intersexuelle, Transgender, Transsexuelle oder Bi-Gendered und andere. Alle Zitate habe ich in ihrer ursprünglichen Form belassen. Da in ihnen durchgehend das generische Maskulinum benutzt wird, nutze ich selbst als Gegengewicht im Text das generische Femininum, soweit es möglich ist. Ausnahmen sind zusammengesetzte Substantive und Sätze, die im Zusammenhang mit einem Zitat stehen, in dem das generische Maskulinum genutzt wird. Die Entscheidung, nicht durchgehend das generische Maskulinum zu benutzen, hat auch zwei immanente Gründe. Zum einen gehört das generische Femininum in der pragmatischen Philosophie seit Richard Rortys Kunstfigur der »liberalen Ironikerin« in den 1980er Jahren quasi zur Tradition. Zum anderen regt Deweys Kritik des dualistischen Denkens zu einer Reflexion der sprachlichen Formen an und lädt ausdrücklich zum Experimentieren mit neuen Formen ein, die über die etablierten Lesegewohnheiten hinausgehen. Nur so können die bestehenden Gewohnheiten verändert und neue Praktiken etabliert werden. Damit ist nicht impliziert, dass der Gender Gap in irgendeiner Hinsicht die bessere oder korrekte Schreibweise wäre und andere Alternativen ersetzen soll.

¹¹ Das Beteiligungsportal von Baden-Württemberg ist erreichbar unter: <https://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/>.

verbindliche Verwaltungsvorschrift »Öffentlichkeitsbeteiligung« erarbeitet.¹² Neben formellen Verfahren wird darin die frühe und auch nicht-förmliche Beteiligung der Öffentlichkeit festgelegt. Über das Online-Beteiligungsportal konnten die Entwürfe im Entstehungsprozess öffentlich kommentiert und Änderungsvorschläge eingebracht werden.

Dass eine staatliche Institution eine solche wegweisende Initiative ergreift und eine offizielle Online-Beteiligungsplattform einrichtet, ist bereits selbst das Ergebnis eines langen, experimentellen Lernprozesses mit den neuen Formen der internetbasierten Kommunikation und Zusammenarbeit. Dieser Prozess wurde bislang vor allem von zivilgesellschaftlichen Akteur_innen getragen. »Civic Technology« wird das neue Feld des digitalen politischen Engagements genannt, auf dem Aktivisten, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen digitale Technologien und Online-Plattformen entwickeln, um die Zusammenarbeit zwischen Politik, Verwaltung und Bürger_innen zu verbessern. Dadurch sollen beispielsweise Abgeordnete oder Verwaltungen auf neuen Wegen öffentlich kontaktiert, staatliche Ausgaben transparenter gemacht und die Verwaltung auf Probleme in der Nachbarschaft aufmerksam gemacht werden.¹³

Ein weiteres Experiment mit den neuen politischen Partizipationsmöglichkeiten, die durch das Internet möglich geworden sind, wagte auf Bundesebene die Enquete-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft*, die von 2010 bis 2013 im Auftrag des Deutschen Bundestags die Herausforderungen und Chancen des digitalen Wandels untersuchte.¹⁴ Gegen anfangs erhebliche Widerstände der

12 Staatsministerium Baden-Württemberg, Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Hrsg. (2014): *Leitfaden für eine neue Planungskultur*, URL: https://mitwirkung.bw21.de/Downloads/140304_Planungsleitfaden.pdf (abgerufen am 25.08.2018). Die »Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung« ist dem Leitfaden als Anhang beigelegt, S. 63–70.

13 Um einige Beispiele zu nennen: Seit 2004 gibt es das deutsche Portal abgeordnetenwatch.de, seit 2011 das Portal fragenstaat.de, eines von vielen Projekten der deutschen Sektion der internationalen Organisation Open Knowledge International. In den USA koordiniert die Organisation Code for America zahlreiche Civic-Technology-Projekte.

14 Vgl. Deutscher Bundestag (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«*, Bundestagsdrucksache 17/12550 vom 5.4.2013, URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712550.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).

Koalitionsfraktionen wurde die aktive und intensive Einbeziehung der Öffentlichkeit in die Arbeit der Kommission mittels digitaler Partizipationsformen beschlossen. Im Unterschied zu anderen Enquete-Kommissionen waren alle 20 Sitzungen der Kommission öffentlich und wurden live im Internet übertragen. Auf der eigens eingerichteten Internetseite sowie auf Twitter wurden nicht nur die üblichen Tagesordnungen und Protokolle veröffentlicht, sondern auch über die nicht-öffentlichen Sitzungen der Projektgruppen berichtet. In einem Blog haben die Mitglieder der Kommission ihre persönliche Sichtweise auf die Arbeit geschildert. Darüber hinaus wurde eine Online-Bürgerbeteiligungsplattform eingerichtet, auf der sich über 3250 Bürger_innen angemeldet haben, um Vorschläge und Fragen in die Diskussionen einzubringen, Textentwürfe zu bewerten und zu bearbeiten sowie an Abstimmungen teilzunehmen.¹⁵ Die Qualität der Beiträge war hoch, so dass die Beiträge entgegen den Befürchtungen kaum moderiert werden mussten. Dennoch blieb die Beteiligung insgesamt hinter den Erwartungen zurück.¹⁶ Das ist jedoch auch auf die häufig überzogenen Erwartungen an Online-Beteiligung zurückzuführen. Digitale Technologien senken zwar die Kommunikations- und Interaktionskosten, aber sie verändern nicht automatisch alle relevanten Faktoren für politische Partizipation, wie zeitliche und finanzielle Ressourcen, technische und soziale Kompetenzen oder das politische Interesse.¹⁷ Im Abschlussbericht der Enquete-Kommission wird jedoch für zukünftige Kommissionen und Ausschüsse der Einsatz von

15 Die inzwischen inaktive Bürgerbeteiligungsplattform ist zum Lesen noch online abrufbar unter: <http://enquetebeteiligung.de> sowie <http://demokratie.de>.

16 Vgl. Deutscher Bundestag, *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«*, S. 9, 12.

17 Vgl. Kathrin Voss (2014): »Internet & Partizipation – Einleitung«, in: *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, hrsg. von Kathrin Voss, Bürgergesellschaft und Demokratie 42, Wiesbaden: Springer, S. 9–23, hier: S. 16 f.; Gerhard Vowe (2014): »Digital Citizens und Schweigende Mehrheit. Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie«, in: *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, hrsg. von Kathrin Voss, Bürgergesellschaft und Demokratie 42, Wiesbaden: Springer, S. 25–52, hier: S. 43 f.

Online-Beteiligungsmöglichkeiten ausdrücklich empfohlen. Nach Ansicht des Vorsitzenden der Enquete-Kommission, Axel Fischer, führte letztlich der Wille zu einer

»durchgängig transparente[n] Arbeitsweise [...] nicht nur dazu, dass die Öffentlichkeit in einem bisher für das Parlament ungewohnten Maße in die laufende Arbeit einbezogen und Abläufe den Bedürfnissen von mehr Transparenz angepasst wurden. Es bedeutete auch, dass der komplexe Untersuchungsauftrag, der kaum einen gesellschaftlichen Bereich unberührt ließ, neue Organisationsformen erforderte.«¹⁸

Neue kooperative und partizipative Organisationsformen werden nicht nur in Wirtschaft, Verwaltung und Politik, sondern auch im Journalismus erforderlich, der für die Funktion der politischen Öffentlichkeit ebenfalls eine zentrale Rolle spielt. Das Internet hat die Anzahl an Informationsquellen um ein Vielfaches erhöht, es vereinfacht die Publikation von umfassenden Informationen sowie den Zugang zu diesen.¹⁹ Infolgedessen ist ein regelrechter Überfluss an öffentlich zugänglicher Kommunikation entstanden, der die etablierten Filtersysteme der Massenmedien umgeht und neue Formen der Nachrichtenproduktion hervorgebracht hat, die zum Teil in Konkurrenz zu den etablierten Medien getreten sind. Die Relevanz, Glaubwürdigkeit und Qualität der im Internet veröffentlichten Informationen kann erst nachträglich durch technische und soziale Strukturen gefiltert werden.²⁰ Die neue Herausforderung

18 Deutscher Bundestag, *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«*, S. 4.

19 Christoph Neuberger (2008): »Die Allgegenwart des Widerspruchs. Paradoxien der Kommunikation, Rezeption und Vermittlung im Medienwandel«, in: *Paradoxien des Journalismus. Theorie – Empirie – Praxis*, Festschrift für Siegfried Weischenberg, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37–61, hier: S. 51.

20 Vgl. Axel Bruns (2009): »Vom Gatekeeping zum Gatewatching. Modelle der journalistischen Vermittlung im Internet«, in: *Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung*, hrsg. von Christoph Neuberger, Christian Nuernbergk und Melanie Rischke, Wiesbaden: Springer, S. 107–128; Christoph Neuberger (2009): »Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs«, in: *Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung*, hrsg. von Christoph Neuberger, Christian Nuernbergk und Melanie Rischke, Wiesbaden: Springer, S. 19–105, hier: S. 20.

besteht darin, angemessene Maßstäbe zu finden, um die Zuverlässigkeit und Relevanz für die Zielgruppen von Informationen zu beurteilen.

Diese Funktion wurde *vor* dem digitalen Wandel dem Journalismus als »Gatekeeper« der öffentlichen Meinung zugeschrieben.²¹ In den Redaktionen einflussreicher Medienhäuser wurde entschieden, welche Informationen relevant sind, welche Stimmen gehört werden und welche nicht. Auch das war nicht unproblematisch, weil dadurch Ausschlüsse produziert und soziale Machtasymmetrien verstärkt wurden. Doch die durch den digitalen Wandel ausgelöste »Krise des Journalismus« führt keineswegs zum Bedeutungsverlust der sozialen Praktiken der Informationssammlung, -verarbeitung und -vermittlung.²² Der Journalismus ist keineswegs von der Auflösung bedroht, sondern vielmehr, wie auch alle anderen gesellschaftlichen Bereiche, von tiefgreifenden Veränderungen betroffen.²³ Welche Strukturen der Informationsverbreitung und öffentlichen Meinungsbildung sich langfristig jedoch etablieren werden, ist bislang nicht abzusehen, da dies Teil des experimentellen Umwälzungsprozesses der Öffentlichkeit ist. Dennoch werfen die bereits entstandenen Strukturen und Tendenzen neue Folgeprobleme auf, etwa die viel diskutierten »Filterblasen«.²⁴ Die Informationsflut führt zu einer stärkeren Selektion auf Seiten der Rezipienten. Infolgedessen gibt es nicht mehr einen oder mehrere *zentrale* Orte, an denen sich die Kommunikation zu Themen, die alle angehen, kanalisiert und konzentriert, wie in klassischen Öffentlichkeitstheorien vorausgesetzt wird. Stattdessen gibt es eine Vielzahl von Orten, Akteur_innen und Themen, deren

21 Das Grundkonzept des »Gatekeepings« in diesem Zusammenhang geht wesentlich auf Walter Lippmann zurück, vgl. Kapitel 2.

22 Vgl. Stephan Weichert, Leif Kramp und Hans-Jürgen Jacobs, Hrsg. (2009): *Wozu noch Zeitungen? Wie das Internet die Presse revolutioniert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; Stephan Weichert, Leif Kramp und Hans-Jürgen Jacobs, Hrsg. (2010): *Wozu noch Journalismus? Wie das Internet einen Beruf verändert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht; Margreth Lünenborg (2012): »Die Krise des Journalismus? Die Zukunft der Journalistik!«, in: *Publizistik* 57.4, S. 445–461.

23 Vgl. Heribert Prantl (2010): »Niemand muss sich fürchten«, in: *Wozu noch Journalismus? Wie das Internet einen Beruf verändert*, hrsg. von Stephan Weichert, Leif Kramp und Hans-Jürgen Jacobs, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 7–10.

24 Vgl. Eli Pariser (2012): *Filter Bubble. Wie wir im Internet entmündigt werden*, München: Hanser.

komplexe Zusammenhänge nicht mehr zu überschauen sind. Ob diese Entwicklung jedoch zu einer »Fragmentierung der Öffentlichkeit« führt, wie in den letzten zehn Jahren vielfach diskutiert wird,²⁵ hängt maßgeblich davon ab, welcher Öffentlichkeitsbegriff zugrunde gelegt wird.

Bereits seit den 1990er Jahren wird darüber nachgedacht, wie die politische Öffentlichkeit durch das Internet verändert wird und neue, digital vernetzte Öffentlichkeiten entstehen.²⁶ Diese lassen sich nicht auf die staatliche Ebene reduzieren, aber auch nicht auf die regionale oder transnationale. Vielmehr haben wir es mit einer Vielzahl von Öffentlichkeiten unterschiedlichster Form und Größe zu tun – von lokalen Öffentlichkeiten, die kleinere Angelegenheiten in der Nachbarschaft klären, bis hin zu weltweiten Öffentlichkeiten, die sich mit der anlasslosen Massenüberwachung der weltweiten digitalen Kommunikation durch staatliche Geheimdienste auseinandersetzen. Durch die wirtschaftliche Globalisierung verschwimmt zum Teil die Unterscheidung zwischen lokalen und globalen Handlungszusammenhängen. Wie können derartig pluralisierte und komplexe Öffentlichkeiten effektiv in die politischen Pro-

- 25 Lincoln Dahlberg (2007): »Rethinking the fragmentation of the cyberpublic: from consensus to contestation«, in: *New Media & Society* 9.5, S. 827–847; Jürgen Habermas (2008): »Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie«, in: *Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 138–191, bes. S. 161 ff.; Jeffrey Wimmer (2017): »Ebenen der Partizipation in der Auflösung? Das Drei-Ebenen-Modell und Ansätze partizipatorischer Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter«, in: *Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde*, hrsg. von Elisabeth Klaus und Ricarda Drüeke, Bielefeld: Transcript, S. 197–216, hier: S. 205 f.
- 26 Vgl. Christoph Bieber (1999): *Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit*, Frankfurt a. M./New York: Campus; Lincoln Dahlberg (2001): »Extending the Public Sphere through Cyberspace. The Case of Minnesota E-Democracy«, in: *First Monday* 6.3, URL: <http://firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/838/747> (abgerufen am 25.08.2018); Zizi Papacharissi (2002): »The virtual sphere. The internet as a public sphere«, in: *New Media & Society* 4.1, S. 9–27; Peter Dahlgren (2005): »The Internet, Public Spheres, and Political Communication. Dispersion and Deliberation«, in: *Political Communication* 22.2, S. 147–162; Stefan Münker (2009): *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp; Marian Adolf und Nico Stehr (2010): »Die Macht der neuen Öffentlichkeit. Die Konstitution neuer Öffentlichkeiten zwischen Internet und Straße«, in: *vorgänge* 4, S. 15–26; Marian Adolf (2012): »Öffentlichkeit zwischen Idealisierung und Kritik«, in: *Medien- und Zivilgesellschaft*, hrsg. von Alexander Filipović, Michael Jäckel und Christian Schicha, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 69–83.

zesse einbezogen werden? Von welcher Öffentlichkeit sprechen wir, wenn der Nationalstaat nicht mehr den zentralen Bezugsrahmen darstellt? Wie setzen sich solche Öffentlichkeiten zusammen? Wie kann eine Öffentlichkeit zudem nicht nur auf diskursiver Ebene, sondern zugleich auch als politisch handelnde Akteurin verstanden werden? Und wie trägt die Digitalisierung zur internen Organisationsstruktur und Entstehung von neuen Öffentlichkeiten bei?

Der ohnehin umstrittene und unscharfe Begriff der Öffentlichkeit muss vor dem Hintergrund des medialen Wandels aktualisiert werden. Die theoretischen Konzeptionen von Öffentlichkeit, die im 20. Jahrhundert unter den Bedingungen der Massenmedien entwickelt wurden, können nicht einfach übernommen und unverändert auf die neuen Strukturen übertragen werden, die durch das Internet entstanden sind und sich fortlaufend verändern.²⁷ Es ist vielmehr notwendig, die durch die digitalen Technologien veränderten Handlungs- und Kommunikationsbedingungen zu reflektieren und alte Vorstellungen, Begriffe und Theorien von Öffentlichkeit anzupassen. Doch wie kann der Begriff der Öffentlichkeit angemessen verstanden werden, wenn sich sein Gegenstand selbst in einem tiefgreifenden Prozess der Veränderung befindet und niemand wissen kann, wie seine institutionellen Strukturen in einigen Jahrzehnten aussehen werden? Wenn eine Theorie der Öffentlichkeit dieser Anforderung gerecht werden soll, müsste der kontinuierliche mediale und institutionelle Wandel bereits im Begriff der Öffentlichkeit angelegt sein.

Das Ziel dieser Arbeit besteht darin, die Grundlagen einer »neuen« Perspektive auf die Theorie digitaler Öffentlichkeiten zu entwickeln, die eben diese Anforderung erfüllt. Im vorgeschlagenen Ansatz wird Öffentlichkeit *als Prozess* verstanden. In dieser prozessualen und funktionalen Bestimmung von Öffentlichkeit liegt eine besondere Originalität, die den Ansatz von den etablierten Öffentlichkeitskonzeptionen unterscheidet. Neu ist der vorgeschlagene Ansatz insofern, als er in den einschlägigen Debatten der letzten

²⁷ Vgl. Cornelia Wallner und Marian Adolf (2011): »Wie die Öffentlichkeit fassen? Öffentlichkeit als normatives, als empirisches und als unvollständiges Konstrukt«, in: *Discussion Paper zu |schnitt 22*, URL: https://www.zu.de/info-wAssets/zuschnitt/zu_schnitt_22.pdf (abgerufen am 25.08.2018); Oliver Hahn, Ralf Hohlfeld und Thomas Knieper (2015): *Digitale Öffentlichkeit(en)*, Konstanz: UVK.

Jahrzehnte allenfalls eine randständige Rolle gespielt hat. Für eine Theorie digitaler Öffentlichkeiten ist er jedoch aus einer Reihe von Gründen besonders gut geeignet. »Neu« ist die theoretische Konzeption jedoch nur in Anführungszeichen, denn sie basiert auf der Öffentlichkeitskonzeption, die der amerikanische Philosoph, Pädagoge und Psychologe John Dewey (1859–1952) bereits vor einem Jahrhundert entwickelt hat. Als Dewey 1952 im Alter von 93 Jahren starb, steckte die Entwicklung digitaler Technologien gerade erst in den Anfängen.

Es mag zunächst verwundern, dass hier eine Öffentlichkeitskonzeption für den digitalen Wandel vorgeschlagen wird, die bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden ist – in der Zeit des Aufstiegs des Hörfunks, noch lange vor der Etablierung des Fernsehens. Auch für diese Konzeption gilt selbstverständlich, dass sie nicht einfach übernommen werden kann, sondern überprüft und aktualisiert werden muss. Ich behaupte jedoch und versuche in der vorliegenden Arbeit zu belegen, dass Deweys Öffentlichkeitskonzeption besonders geeignet ist, den durch die digitalen Technologien beschleunigten sozialen Wandel zu reflektieren und demokratisch zu gestalten. Einige der Vorzüge seiner Konzeption bestehen darin, dass sie nicht nur auf die nationalstaatliche Ebene ausgerichtet ist, sondern sich auch auf sub- und transnationale Öffentlichkeiten anwenden lässt. Deweys Ansatz orientiert sich zudem nicht an den Massenmedien, basiert aber auf einem kommunikationstheoretischen und technikphilosophischen Ansatz, der sich auch auf digitale Informations- und Kommunikationstechnologien anwenden lässt.

Deweys Öffentlichkeitskonzeption findet im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel in den letzten Jahren durchaus zunehmende Anerkennung und Aufmerksamkeit.²⁸ Auch darüber hinaus wird

²⁸ Mark Whipple (2005): »The Dewey-Lippmann Debate Today. Communication Distortions, Reflective Agency, and Participatory Democracy«, in: *Sociological Theory* 23,2, S. 156–178; Nathan Crick (2009): »The Search for a Purveyor of News. The Dewey/Lippmann Debate in an Internet Age«, in: *Critical Studies in Media Communication* 26,5, S. 480–497; Lars Nyre (2011): »The Broadcast Public and Its Problems«, in: *Javnost – The Public* 18,2, S. 5–18; Joel Chow (2013): »The Internet and the Democratic Imagination. Deweyan Communication in the 21st Century«, in: *Contemporary Pragmatism* 10,2, S. 49–78; Henry Farrell (2014): »New Problems, New Publics? Dewey and New Media«, in: *Policy & Internet* 6,2, S. 176–191; Hans Lenk und Ulrich Arnsward

Deweys philosophische Position in den gegenwärtigen Debatten über den Wandel des menschlichen Zusammenlebens durch die Phänomene der Globalisierung, Pluralisierung und Digitalisierung zunehmend rezipiert.²⁹ Das Problem ist, dass dabei jedoch häufig nur einzelne Aspekte seiner Philosophie herausgegriffen und isoliert werden. Nur selten wird seine Philosophie als eigenständiger Ansatz aufgegriffen und weiterentwickelt. Dabei bildet Deweys Öffentlichkeitskonzeption gewissermaßen den Dreh- und Angelpunkt seines *demokratischen Experimentalismus*, der wissenschafts- und erkenntnistheoretische, sozialphilosophische und demokratietheoretische Annahmen umfasst. Für gewöhnlich wird das Buch *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* (1927) als dasjenige Werk angesehen, in dem Dewey seine politische Philosophie am deutlichsten artikuliert hat. Deren Grundlagen sind aber schon in seinen früheren Schriften angelegt und werden in zahlreichen späteren Büchern und Aufsätzen noch weitaus differenzierter entwickelt.³⁰ Deshalb führt es zu einer verkürzten Rezeption, wenn Deweys Buch über die Öffentlichkeit als einzige Referenz seiner politischen Philosophie dient.³¹ Obwohl darin vielfältige Bezüge auf Deweys Erkenntnistheorie, Sozial- und Technikphilosophie enthalten sind, erschließt sich daraus Leser_innen, die nicht oder nur wenig mit

(2014): »Public Life, John Dewey, and Media Technology«, in: *Philosophy Now* 103, S. 24–27; John Narayan (2016): *John Dewey. The Global Public and Its Problems*, Manchester: Manchester University Press; Erhard Schüttpelz und Sebastian Gießmann (2015): »Medien der Kooperation. Überlegungen zum Forschungsstand«, in: *Navigationen* 15.1, S. 7–56.

29 Vgl. Christopher Kelty (2008): *Two Bits. The Cultural Significance of Free Software*, Durham/London: Duke University Press; Swantje Lingenberg (2009): *Europäische Publikumsöffentlichkeiten. Ein pragmatischer Ansatz*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften; Axel Honneth (2011): *Das Recht der Freiheit*, Berlin: Suhrkamp; Rahel Jaeggi (2013): *Kritik von Lebensformen*, Berlin: Suhrkamp; Jörn Lamla (2013b): *Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp; Hella Dietz (2015): *Polnischer Protest. Zur pragmatistischen Fundierung von Theorien sozialen Wandels*, Frankfurt a. M./New York: Campus.

30 Unter den Übersetzungen bietet der folgende Sammelband einen guten Überblick zu Deweys wichtigsten Schriften zur politischen Philosophie: John Dewey (2010a): *Liberalismus und gesellschaftliches Handeln*, 1935, hrsg. und übers. von Achim Eschbach und Nora Eschbach, Tübingen: Mohr Siebeck.

31 Vgl. Martin Hartmann (2003): *Die Kreativität der Gewohnheit. Grundzüge einer pragmatistischen Demokratietheorie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 61.

Deweys Schriften vertraut sind, nicht der umfassende philosophische Ansatz, in den seine Öffentlichkeitskonzeption eingebettet ist.

Das zeigt sich in den Missverständnissen, die auftreten, wenn Deweys Öffentlichkeitsbegriff aus dem Kontext gerissen wird. Eines der größten Missverständnisse besteht meines Erachtens darin, Deweys Ansatz nur als eine alternative *Definition* von Öffentlichkeit aufzufassen. Tatsächlich bietet seine Konzeption von Öffentlichkeiten als *kooperativen Untersuchungsprozessen* jedoch einen völlig anderen philosophischen Zugang, indem er die grundlegende Perspektive verschiebt – von der *erkenntnistheoretischen Frage*, was Öffentlichkeit *ist*, auf die *handlungstheoretische Frage*, wie wir öffentliche Angelegenheiten demokratisch regulieren können. Diese pragmatische Perspektive auf den Problemlösungsprozess von konkreten öffentlichen Angelegenheiten ermöglicht es, auch die Veränderung der institutionellen Strukturen durch den digitalen Wandel in den Blick zu nehmen. Um Deweys Denken für die gegenwärtige Öffentlichkeitsforschung anschlussfähig zu machen, ist es deshalb notwendig, die umfassenden Annahmen und Voraussetzungen seines Öffentlichkeitsbegriffs systematisch zu rekonstruieren. Darin besteht das Anliegen der vorliegenden Arbeit. Erst auf dieser Grundlage ist es möglich, das tatsächliche Potenzial von Deweys Öffentlichkeitskonzeption für die Theorie digitaler Öffentlichkeiten auszuloten.

Die meisten Wissenschaftler_innen, die sich gegenwärtig mit der Öffentlichkeitstheorie und -forschung beschäftigen, schließen ihre Untersuchungen an Jürgen Habermas' Konzeption der Öffentlichkeit und des öffentlichen Diskurses an.³² In der vorliegenden Arbeit gehe ich dagegen von der in den letzten Jahren zunehmend diskutierten These aus, dass Habermas' normativer Ansatz nur bedingt dazu geeignet ist, die vielschichtigen und dynamischen Prozesse, Veränderungen, Potenziale und Herausforderungen des digitalen Wandels zu erfassen, und dass wir eine neue Öffentlichkeitskonzeption

³² Vgl. Jürgen Habermas (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp; Jürgen Habermas (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp; Jürgen Habermas (2005): »Öffentlicher Raum und politische Öffentlichkeit«, in: *Zwischen Naturalismus und Religion*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 15–26; Habermas, »Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension?«

tion brauchen.³³ Das heißt nicht, dass Habermas' Ansatz verworfen wird. Vielmehr weist der von mir vorgeschlagene Ansatz von John Dewey eine breite Übereinstimmung mit der deliberativen Demokratietheorie auf, wenngleich es auch deutliche Unterschiede gibt. Die vorliegende Arbeit ist jedoch nicht als vergleichende Untersuchung angelegt, sondern bietet eine grundlegende systematische Rekonstruktion von Deweys Öffentlichkeitskonzeption im Hinblick auf digitale Öffentlichkeiten.³⁴

Bevor ich den Aufbau der vorliegenden Arbeit erläutere, will ich kurz auf die Einflüsse und die Rezeption von Deweys Ansatz eingehen. Deweys demokratischer Experimentalismus ist aus der intensiven Auseinandersetzung mit den wissenschaftstheoretischen Überlegungen des Britischen Empirismus, mit den naturwissenschaftlichen Entwicklungen in der Biologie und Psychologie und der Evolutionstheorie von Charles Darwin hervorgegangen. Einer der wichtigsten Einflüsse für Dewey ist aber der *philosophische Pragmatismus*, dem Dewey als einer der Hauptvertreter zugerechnet wird. Der Pragmatismus wurde ab den 1870er Jahren von dem amerikanischen Logiker und Wissenschaftstheoretiker Charles S. Peirce in einer Reihe von Aufsätzen entwickelt.³⁵ Peirce wiederum war vor allem von der kritischen Auseinandersetzung mit der

33 Vgl. Wallner und Adolf, »Wie die Öffentlichkeit fassen?«; Kornelia Hahn und Andreas Langenohl (2017): »Zur Einführung: Brauchen wir ein neues Öffentlichkeitskonzept für dynamische (Medien-)Gesellschaften?«, in: *Kritische Öffentlichkeiten – Öffentlichkeiten in der Kritik*, hrsg. von Kornelia Hahn und Andreas Langenohl, Medienkulturen im digitalen Zeitalter, Wiesbaden: Springer, S. 1–20.

34 Vgl. zur Gegenüberstellung von Dewey und Habermas Alison Kadlec (2007): *Dewey's Critical Pragmatism*, Lanham, MD: Lexington Books; Roberto Frega (2010): »What Pragmatism means by Public Reason«, in: *Etica & Politica / Ethics & Politics* 12.1, S. 28–51; Roberto Frega (2013a): »Between Pragmatism and Critical Theory. Social Philosophy Today«, in: *Human Studies* 37.1, S. 57–82; Roberto Frega (2013b): »From Normative Spheres to Normative Practices. New Prospects for Normative Theory after Habermas«, in: *International Journal of Philosophical Studies* 21.5, S. 680–712; Craig Calhoun (2013): *The Problematic Public: Revisiting Dewey, Arendt, and Habermas*, The Tanner Lectures on Human Values, URL: <http://tannerlectures.utah.edu/Calhoun%20Tanner%20Lecture.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).

35 Hervorzuheben sind aus den Schriften von Charles S. Peirce die beiden Aufsätze »Die Festlegung einer Überzeugung« (1877) und »Wie unsere Ideen zu klären sind« (1878), vgl. Charles S. Peirce (1967): *Schriften I. Zur Entstehung des Pragmatismus*, hrsg. und mit einer Einl. vers. von Karl-Otto Apel, aus dem Amerikanischen übers. von G. Wartenberg, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 293–358.

Philosophie Immanuel Kants beeinflusst. Er hat mit dem Pragmatismus zunächst eine Theorie über die Funktionsweise des logischen Denkens, des begrifflichen Unterscheidens, der Verwendung von Zeichen und ihren Bedeutungen ausgearbeitet – und damit die Grundlagen der modernen Semiotik, der Zeichentheorie, gelegt. Im Unterschied zu Kant hat Peirce keine strenge Unterscheidung zwischen dem Bereich der rationalen Erkenntnis und dem Bereich des menschlichen Handelns vorausgesetzt. Stattdessen stellt die *Erfahrung* den zentralen Bezugspunkt für die Verwendung und Bedeutung von Zeichen dar. Peirce zufolge besteht »der rationale Bedeutungsgehalt eines Wortes oder eines anderen Ausdrucks ausschließlich in seinem denkbaren Bezug auf die Lebensführung.«³⁶

Im Kern ging es Peirce darum, die Bedeutung von Begriffen und den Sinn rationaler Erkenntnis nicht isoliert, sondern im Zusammenhang mit dem praktischen Handeln zu verstehen. Dewey beschreibt diese Grundeinsicht von Peirce wie folgt:

»Um Begriffen eine Bedeutung zuweisen zu können, muss man imstande sein, sie auf die Realität anzuwenden. Nun wird diese Anwendung eben mittels der Handlung möglich gemacht. Und die Modifikation der Realität, die aus dieser Anwendung erfolgt, macht die wahre Bedeutung von Begriffen aus.«³⁷

Da es eine Vielzahl von möglichen Anwendungen und somit möglichen Bedeutungen eines jeden Begriffs gibt, führt der Pragmatismus von Peirce zu einer pluralistischen und instrumentellen Auffassung von Sprache, die die Kontextabhängigkeit von Bedeutungen betont.

36 Charles S. Peirce (1991): »Was heißt Pragmatismus«, 1905, in: *Schriften zum Pragmatismus und Pragmatizismus*, hrsg. von Karl-Otto Apel, aus dem Amerikanischen übers. von G. Wartenberg, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 427–453, hier: S. 428 f.

37 John Dewey (2003a): »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, 1925, in: *Philosophie und Zivilisation*, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 16–37, hier: S. 18.

Durch William James wurde der philosophische Pragmatismus Ende der 1890er Jahre einem breiten Publikum gemacht.³⁸ James hat die *pragmatische Methode*, die bei Peirce lediglich auf die Semiotik bezogen ist, auf andere Bereiche der Philosophie übertragen – insbesondere auf den Wahrheitsgehalt von Aussagen. Das ist für die Entwicklung von Deweys Experimentalismus entscheidend, denn James ersetzte den traditionellen Wahrheitsbegriff durch eine *experimentelle* Konzeption. Diese macht deutlich, dass die Wahrheit von Aussagen nicht absolut, sondern graduell abgestuft ist und auf experimentellem Weg verifiziert wird.³⁹ Peirce distanzierte sich dagegen in seinen späten Schriften von der durch James angestoßenen Verbreitung des Begriffs *Pragmatismus* – vor allem, weil damit eine unklare Verwendung einherging, die bereits am Anfang des 20. Jahrhunderts eher zu Missverständnissen als zur Entwicklung einer einheitlichen philosophischen Methode führte. In Reaktion darauf hat Peirce seine eigene Philosophie ab 1905 als »Pragmatizismus« bezeichnet. Dieser Begriff schien ihm, wie er polemisch formulierte, »hässlich genug [...], um vor Kindsräubern sicher zu sein«.⁴⁰ Letztlich sind aber die grundlegenden Ideen des Pragmatismus nicht von Peirce »erfunden« worden, sondern James zufolge nur ein »neuer Name für alte Denkmethoden«.⁴¹ Für Dewey gilt dementsprechend bereits der im Übergang vom 16. zum 17. Jahrhundert lebende Philosoph Francis Bacon als »Prophet einer pragmatischen Auffassung von Erkenntnis«.⁴²

Auch Dewey distanziert sich vom Pragmatismus-Begriff, aber er bleibt dem damit bezeichneten Ansatz und dessen Weiterentwicklung eng verbunden. In der Einleitung seines späten Hauptwerks *Logik. Die Theorie der Forschung*, das für seine Öffentlichkeitskonzeption eine zentrale Rolle spielt, schreibt er 1938:

38 Vgl. James' Vortrag »Philosophical Conceptions and Practical Results« von 1898 sowie dessen berühmte Pragmatismus-Vorlesung an der New Yorker Columbia-Universität in den Jahren 1906 und 1907: William James (1907): *Pragmatism. A New Name for Some Old Ways of Thinking*, London/New York: Longmans Green.

39 Vgl. Dewey, Vorlesung »Three Contemporary Philosophers« (1920), MW.12.220.

40 Peirce, »Was heißt Pragmatismus«, S. 432.

41 Vgl. James, *Pragmatism*.

42 John Dewey (1989): *Die Erneuerung der Philosophie*, 1920, aus dem Englischen übers. von Martin Suhr, Hamburg: Junius, S. 84, vgl. S. 75–84.

»Das Wort ›Pragmatismus‹ kommt, glaube ich, im Text nicht vor. Vielleicht ist das Wort allzu missverständlich. Jedenfalls haben sich derart viele Missverständnisse und relativ nichtige Kontroversen um das Wort entwickelt, dass es ratsam schien, auf seinen Gebrauch zu verzichten. Aber in der richtigen Interpretation von ›pragmatisch‹, nämlich in dem Sinn, dass Konsequenzen als notwendige Überprüfungen der Gültigkeit von Aussagen dienen, vorausgesetzt, diese Konsequenzen werden operational geschaffen und sind geeignet, das spezifische Problem, das die Operation heraufbeschworen hat, zu lösen, ist der folgende Text durchweg pragmatisch.«⁴³

Da die umgangssprachlichen und philosophischen Missverständnisse, die sich mit dem Begriff Pragmatismus verbinden, heute nicht geringer sind als zu Deweys Zeit, ziehe ich für Deweys Philosophie die Bezeichnung *Experimentalismus* vor.

Bis zum Zweiten Weltkrieg galt Dewey als der wichtigste und einflussreichste Philosoph der USA. Es gab kaum eine Angelegenheit des politischen Lebens, zu der sich Dewey nicht äußerte. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Deweys thematisch breit aufgestellte Philosophie an den philosophischen Instituten der USA jedoch weitgehend von der spezialisierten mathematisch-analytischen Philosophie verdrängt. Sein undogmatisches Denken passte auch politisch nicht in die duale Logik des Kalten Krieges.⁴⁴ In der McCarthy-Ära der 1950er Jahre wurde Deweys politische Philosophie aufgrund ihrer Nähe zum Sozialismus sogar als gefährlich und radikal dargestellt.⁴⁵ Sein radikaldemokratischer Ansatz war zu links für die Konservativen, zu liberal für die Linken.

43 John Dewey (2002a): *Logik. Die Theorie der Forschung*, 1938, aus dem Englischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 8.

44 Vgl. Alan Ryan (1995): *John Dewey and the High Tide of American Liberalism*, New York: Norton, bes. Kap. »Death and Resurrection«; Robert Talisse (2008): »Pragmatism and the Cold War«, in: *The Oxford Handbook of American Philosophy*, hrsg. von Cheryl Misak, Oxford u. a.: Oxford University Press, S. 254–268.

45 Vgl. William R. Caspary (2000): *Dewey on Democracy*, Ithaca, NY: Cornell University Press, S. 1.

Seit der Mitte der 1980er Jahre ist jedoch eine zunehmende Wiederentdeckung von Deweys Philosophie festzustellen, die Ende der 1990er Jahre auch den deutschsprachigen Raum erreicht hat und bis heute anhält. Dafür lassen sich verschiedene Gründe und Entwicklungen anführen. Innerhalb der Philosophie ist die »Renaissance des Pragmatismus« seit den 1990er Jahren vor allem auf die Neopragmatisten wie Richard Rorty, Hilary Putnam oder Robert Brandom zurückzuführen.⁴⁶ Deren Beschäftigung mit dem Pragmatismus war zunächst auf die Erkenntnistheorie und Sprachphilosophie ausgerichtet, weniger auf die politische Theorie und Sozialphilosophie. Nachdem 1979 Rortys Buch *Der Spiegel der Natur* erschienen war, in dem er Dewey neben Heidegger und Wittgenstein als einen der drei wichtigsten Philosophen des 20. Jahrhunderts bezeichnete,⁴⁷ wurde Dewey zwar wieder einem breiteren Publikum bekannt, aber zunächst nur durch die spezielle Interpretation von Rorty wahrgenommen.⁴⁸ Erst in den 1990er Jahren wurden die ursprünglichen Texte von Dewey wieder im Original gelesen und neu interpretiert.⁴⁹

46 Vgl. Ludwig Nagl (1999): »Renaissance des Pragmatismus?«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 47.6, S. 1045–1056; Mike Sandbothe, Hrsg. (2000): *Die Renaissance des Pragmatismus. Aktuelle Verflechtungen zwischen analytischer und kontinentaler Philosophie*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft; Joseph Margolis (2004): *Die Neuerfindung des Pragmatismus*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft; Andreas Hetzel, Jens Kertscher und Marc Rölli, Hrsg. (2008): *Pragmatismus – Philosophie der Zukunft?*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

47 Vgl. Richard Rorty (1979): *Philosophy and the Mirror of Nature*, Princeton: Princeton University Press, S. 5.

48 Rorty interpretiert Dewey, indem er »eher das beschreib[t], was Dewey gesagt haben könnte und [...] gesagt haben sollte, als das, was er tatsächlich sagte«. Auf diese Weise konstruiert er nach eigener Aussage »einen hypothetischen Dewey«. (Richard Rorty [2000]: »Dewey zwischen Hegel und Darwin«, in: *Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey*, hrsg. und aus dem Englischen übers. von Hans Joas, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 20–43, hier: S. 23.)

49 Vgl. Robert Westbrook (1991): *John Dewey and American Democracy*, Ithaca, NY: Cornell University Press; Steven C. Rockefeller (1991): *John Dewey. Religious Faith and Democratic Humanism*, New York: Columbia University Press; James Campbell (1995): *Understanding John Dewey. Nature and Cooperative Intelligence*, Chicago: Open Court; Ryan, *John Dewey and the High Tide of American Liberalism*. Vgl. zur Rezeption Deweys speziell in Deutschland, auch zu den Missverständnissen des Pragmatismus, insbesondere von Max Horkheimer, Martin Hartmann (2009): »Vertiefung der Erfahrung. John Dewey in der deutschsprachigen Rezeption«, in: *Allgemeine Zeitschrift für Philosophie* 34.3, S. 415–440; Hans Joas (1992): »Amerikanischer Pragmatismus und

In den Sozialwissenschaften ist die zunehmende Aufmerksamkeit anhand der engen Verwandtschaft von Deweys Philosophie mit der frühen Chicagoer Schule der Soziologie zu erklären.⁵⁰ Dadurch gibt es auffällige Überschneidungen von Deweys sozialwissenschaftlicher Methodologie mit der späteren Chicagoer Schule, etwa mit dem Symbolischen Interaktionismus, der Ethnomethodologie, der Grounded Theory und anderen Ansätzen der *qualitativen* Sozialforschung, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben.⁵¹ Ein prägender Einfluss von Deweys wissenschaftstheoretischem Ansatz lässt sich auch im interdisziplinären Feld der *Science and Technology Studies* ausmachen, die sich mit den Wechselwirkungen zwischen Wissenschaft, Technik und Gesellschaft beschäftigen.⁵² Zudem gibt es eine breite Übereinstimmung zwischen Deweys Ansatz und der »pragmatischen Soziologie«,⁵³ die sich in den letzten 30 Jahren in Frankreich entwickelt hat und inzwischen auch in der deutschsprachigen Forschung Verbreitung findet.⁵⁴ Auch in den sozialwissenschaftlichen Ansätzen der »Praxistheorie« oder »Praxeologie«, die seit 2001 durch den einflussreichen

deutsches Denken. Zur Geschichte eines Mißverständnisses«, in: *Pragmatismus und Gesellschaftstheorie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 114–145; Hans Joas (2000): »Einleitung: John Dewey – der Philosoph der Demokratie«, in: *Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey*, hrsg. von Hans Joas, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 7–19; Stefan Neubert (2004): »Pragmatismus – thematische Vielfalt in Deweys Philosophie und in ihrer heutigen Rezeption«, in: *John Dewey. Zwischen Pragmatismus und Konstruktivismus*, hrsg. von Larry A. Hickman, Stefan Neubert und Kersten Reich, Münster: Waxmann, S. 13–27. Vgl. zur Rezeption Deweys weltweit Rosa del Carmen Bruno-Jofré und Jürgen Schriewer, Hrsg. (2012): *The Global Reception of John Dewey's Thought. Multiple Refractions Through Time and Space*, Routledge International Studies in the Philosophy of Education, London u. a.: Routledge.

50 Vgl. Martin Bulmer (1984): *The Chicago School of Sociology. Institutionalization, Diversity, and the Rise of Sociological Research*, Chicago: University of Chicago Press, S. 28.

51 Diese Zusammenhänge werden in Kapitel 4.3 ausführlicher erläutert.

52 Vgl. Arno Bammé (2014): »Erkenntnis durch Handeln. John Deweys Erneuerung der Philosophie«, in: *Schlüsselwerke der Science & Technology Studies*, Wiesbaden: Springer VS, S. 39–52, hier S. 39 ff.; Noortje Marres (2007): »The Issues Deserve More Credit. Pragmatist Contributions to the Study of Public Involvement in Controversy«, in: *Social Studies of Science* 37.5, S. 759–780, hier S. 759 ff.

53 Meg Holden, Andy Scerri und Cameron Owens (2013): »More Publics, More Problems. The Productive Interface between the Pragmatic Sociology of Critique and Deweyan Pragmatism«, in: *Contemporary Pragmatism* 10.2, S. 1–24.

54 Vgl. Yannick Barthe u. a. (2016): »Pragmatische Soziologie. Eine Anleitung«, in: *Soziale Welt* 67.2, S. 205–232.

Band *The Practice Turn in Contemporary Theory* an Einfluss gewinnen, erhält Deweys Philosophie zunehmende Berücksichtigung.⁵⁵ Nicht zuletzt gilt Dewey in der politischen Theorie als einflussreicher Vorläufer der deliberativen Demokratietheorie,⁵⁶ deren Erfolg seit den 1980er Jahren ebenfalls zum erstarkenden Interesse an seiner Philosophie beigetragen hat. Trotz der Wiederentdeckung des Pragmatismus im Allgemeinen und der Philosophie Deweys im Speziellen wurde der demokratische Experimentalismus in den Debatten zum digitalen Wandel bislang nicht hinreichend diskutiert.⁵⁷ Mit der vorliegenden Arbeit soll dafür eine systematische Grundlage geliefert werden.

Den Einstieg in das Thema bietet eine Erläuterung des historischen Hintergrunds, vor dem Deweys Öffentlichkeitskonzeption maßgeblich entstanden ist. Dazu beziehe ich mich auf die Schriften des Journalisten Walter Lippmann (Kap. 2), mit dem sich Dewey intensiv auseinandergesetzt hat. Lippmanns Diagnose der Probleme der Demokratie in modernen Massengesellschaften weist, wie sich zeigen wird, auffällige Ähnlichkeiten mit der Diagnose der »Postdemokratie« und der jüngeren Debatte über kommerziell und politisch motivierte Desinformation in den Sozialen Medien auf, auch

55 Vgl. Karin Knorr Cetina, Theodore R. Schatzki und Eike von Savigny, Hrsg. (2001): *The Practice Turn in Contemporary Theory*, London: Taylor & Francis; Jörg Volbers (2015): »Theorie und Praxis im Pragmatismus und in der Praxistheorie«, in: *Praxis denken*, hrsg. von Thomas Alkemeyer, Volker Schürmann und Jörg Volbers, Wiesbaden: Springer, S. 193–214.

56 Vgl. Gregory F. Pappas (2012): »What would John Dewey say about Deliberative Democracy and Democratic Experimentalism?«, in: *Contemporary Pragmatism* 9.2, S. 57–74, hier S. 57 f.; Matthias Kettner (1998): »John Deweys demokratische Experimentiergemeinschaft«, in: *Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft*, hrsg. von Hauke Brunkhorst, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 44–66, hier S. 57 f.

57 Bezogen auf die Öffentlichkeitskonzeption stellen Whipple, »The Dewey-Lippmann Debate Today«; Crick, »The Search for a Purveyor of News«; Farrell, »New Problems, New Publics?« und Lenk und Arnsward, »Public Life, John Dewey, and Media Technology« einige Ausnahmen dar. Die Bedeutung von Deweys pädagogischem Ansatz im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel wird unter anderem diskutiert von Leonard J. Waks (2014): *Education 2.0. The Learningweb Revolution and the Transformation of the School*, New York: Routledge und Craig A. Cunningham (2009): »Transforming Schooling through Technology. Twenty-First-Century Approaches to Participatory Learning«, in: *John Dewey at 150. Reflections for a New Century*, hrsg. von A. G. Rud, Jim Garrison und Lynda Stone, West Lafayette, IN: Purdue University Press, S. 40–48.

wenn sie unter völlig anderen technischen und historischen Bedingungen steht. Lippmanns Überlegungen sind von so bestechender Aktualität, dass der Exkurs nicht nur als rein historische, sondern zugleich als systematische Einführung in die Problematik der Arbeit dienen kann.

Um Deweys Öffentlichkeitskonzeption zu erläutern, schlage ich im Folgenden einen größeren Bogen und erläutere zunächst den theoretischen Rahmen des demokratischen Experimentalismus. Dieser setzt sich aus zwei wesentlichen Elementen zusammen, die sich gegenseitig bedingen: Deweys Philosophie des Experimentalismus und seine Demokratietheorie. Der Philosophie des Experimentalismus sind die Kapitel 3 und 4 gewidmet. Mein Anliegen besteht darin, die wechselseitige Abhängigkeit der drei Dimensionen der Erkenntnis, des Handelns und der Kommunikation zu rekonstruieren. Dazu erläutere ich zunächst die Einführung der experimentellen Methode in die Philosophie und den Grundbegriff der Erfahrung (Kap. 3.1), dann die interaktionistische Handlungstheorie, die Deweys Theorie der Gewohnheitsbildung zugrunde liegt (Kap. 3.2), und schließlich den Zusammenhang von Erkenntnis- und Handlungstheorie, mit dem Dewey zufolge der Subjekt-Objekt-Dualismus und die Trennung von Theorie und Praxis überwunden werden sollen (Kap. 3.3).

Dewey geht davon aus, dass der Begriff der Öffentlichkeit – wie alle Begriffe – auf allgemeiner Ebene nicht vollständig und abschließend definiert werden kann. Diese Annahme beruht auf seiner Kritik der klassischen deduktiven Logik. Begriffe fassen der klassischen Logik zufolge allgemeine Eigenschaften von Dingen in Kategorien zusammen, die auf alle Einzelgegenstände übertragen werden können, die einer Kategorie zugeordnet werden. Anstelle einer solchen statischen und deduktiven Logik entwickelt Dewey eine prozessuale *Logik der Forschung*, die ein zentraler Bestandteil des Experimentalismus ist und deshalb ausführlich erläutert wird (Kap. 4). Er geht davon aus, dass reflexive Denkprozesse durch konkrete problematische Situationen ausgelöst werden, und zeigt, inwiefern die Bedeutung von Begriffen und die Theoriebildung an den situativen Kontext angepasst werden müssen (Kap. 4.1). Die reflexive Struktur des Denkens ist nicht auf die wissenschaftliche Forschung beschränkt. Dewey geht vielmehr von einem Kontinuum

zwischen der Lösung alltäglicher und wissenschaftlicher Probleme aus. Das spiegelt sich auch in seiner Konzeption der Intelligenz wider, die er nicht als individuelles Vermögen, sondern als soziales und in der kulturellen Umgebung verkörpertes Phänomen beschreibt (Kap. 4.2). Auf der Grundlage seiner prozessualen Logik der Forschung entwickelt Dewey eine Methodologie sozialer Untersuchungsprozesse, die auch als Grundlage seiner Öffentlichkeitskonzeption dient (Kap. 4.3).

Im Anschluss stelle ich mit Deweys Demokratietheorie das zweite Element des demokratischen Experimentalismus vor (Kap. 5). In dessen Zentrum steht Deweys weite Konzeption der »Demokratie als Lebensform«, die auf das alltägliche Handeln und Verhalten ausgerichtet ist. Daraus wird der enge Zusammenhang zwischen alltäglichen Erfahrungen, kooperativen Untersuchungsprozessen und demokratischen Strukturen deutlich. Zunächst erläutere ich mit dem *Ideal der Gemeinschaft* und der Konzeption eines *sozialen Individualismus* einige Grundbegriffe von Deweys politischer Philosophie (Kap. 5.1). Anschließend folgt eine systematische Darstellung seiner Konzeption einer »kreativen Demokratie« (Kap. 5.2). Im letzten Abschnitt geht es um die Funktion der Philosophie als Kritik der Gesellschaft, vor allem in Bezug auf das politische Denken (Kap. 5.3).

Auf dieser Grundlage lege ich schließlich im zweiten Teil der Arbeit meine Interpretation von Deweys Öffentlichkeitskonzeption dar (Kap. 6). Hier erläutere ich zunächst die Konsequenzen, die aus dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus für den Begriff der Öffentlichkeit folgen (6.1). Aufgrund der Besonderheit von Deweys Konzeption, die nicht nur zur Kritik bestehender Öffentlichkeiten, sondern zugleich als Erklärung der historischen Entstehung von Staaten als spezifischen Organisationsformen von Öffentlichkeiten dient, gehe ich im zweiten Unterkapitel auf die staatliche Dimension der Öffentlichkeit ein (Kap. 6.2). Im dritten Unterkapitel wird die Bedeutung technologischer Innovationen in Deweys Ansatz hervorgehoben, da seine Technikphilosophie für die Theorie digitaler Öffentlichkeiten einen wichtigen Bezugspunkt darstellt (Kap. 6.3). Anschließend geht es darum, die Potenziale von Deweys Ansatz für eine Theorie digitaler Öffentlichkeiten auszuloten. Zu diesem Zweck werden der Begriff digitaler Öffentlichkei-

ten geklärt und die Annahmen des demokratischen Experimentalismus angesichts des digitalen Wandels kritisch überprüft (Kap. 7.1). Anhand von konkreten Anwendungsbeispielen wird anschließend die konzeptionelle Offenheit der Öffentlichkeitstheorie veranschaulicht (Kap. 7.2). Zuletzt zeige ich, welche Konsequenzen aus Deweys Konzeption für die Erforschung digitaler Öffentlichkeiten folgen (Kap. 7.3).

Im letzten Kapitel werden gegenwärtige Strömungen und Entwicklungen aufgezeigt, die veranschaulichen, dass einige der zentralen Annahmen des demokratischen Experimentalismus bereits in den Praktiken und Organisationsformen angelegt sind, die mit dem digitalen Wandel entstanden sind. Insbesondere beschreibe ich, wie die Bewegungen für freie Software und Open-Source-Software (Kap. 8.1) neue Formen der Kooperation hervorgebracht haben, die für digitale Öffentlichkeiten und intelligente Kooperation im Sinne des demokratischen Experimentalismus wegweisend sind (Kap. 8.2 und 8.3). Zum Abschluss fasse ich die im Verlauf der Arbeit entwickelten Gründe zusammen, Deweys Ansatz als Grundlage einer Theorie digitaler Öffentlichkeiten heranzuziehen (Kap. 9).

HISTORISCHER RÜCKBLICK: WALTER LIPPMANNS KRITIK DER ÖFFENTLICHKEIT

Deweys Öffentlichkeitskonzeption ist maßgeblich in Auseinandersetzung mit der Kritik des Journalisten und Schriftstellers Walter Lippmann (1889–1974) am Begriff der öffentlichen Meinung entstanden. Deshalb stelle ich im folgenden Kapitel das Verhältnis von Massenmedien und demokratischer Öffentlichkeit Anfang der 1920er Jahre aus Lippmanns Perspektive vor. Dieser Rückblick dient als Einstieg in die Thematik und soll die historische Situation deutlich machen, in der Deweys Konzeption entstanden ist. Die Betrachtung erschöpft sich aber keineswegs in einem historischen Exkurs. Vielmehr weist die damalige Situation auffällige Ähnlichkeiten mit den Debatten der letzten zwei Jahrzehnte über die Krise des Journalismus, die Krise der repräsentativen Demokratie und die Manipulation von Nachrichten auf, so dass sich aus den Überlegungen von Lippmann und Dewey auch Rückschlüsse auf die aktuelle Situation ziehen lassen.¹

Lippmann setzt sich Anfang der 1920er Jahre in einer Reihe von Publikationen – *Liberty and the News* (1920), *Public Opinion* (1922) und *The Phantom Public* (1925) – eingehend mit dem Verhältnis von Journalismus, Politik und Öffentlichkeit in den entstehenden Massendemokratien auseinander. Darunter zählt *Public Opinion* zu den einflussreichsten Werken Lippmanns und gilt international als Klassiker der modernen Publizistik- und Kommunikationswissen-

¹ Vgl. Kettner, »John Deweys demokratische Experimentiergemeinschaft«; G. Scott Aikens (1999): »Deweyan systems in the Information Age«, in: *Digital Democracy. Discourse and Decision Making in the Information Age*, hrsg. von Barry N. Hague und Brian D. Loader, London u. a.: Routledge, S. 179–194; Whipple, »The Dewey-Lippmann Debate Today«; Crick, »The Search for a Purveyor of News«; Martin Albrow und Marlies Glasius (2007): »Introduction: Democracy and the Possibilities of a Global Public Sphere«, in: *Global Civil Society 2007/2008*, hrsg. von Mary Kaldor u. a., London: Sage, S. 1–18; Stuart Allan (2010): »Journalism and Its Publics: The Lippmann-Dewey Debate«, in: *The Routledge Companion to News and Journalism*, hrsg. von Stuart Allan, London u. a.: Routledge, S. 60–70.

schaft.² Die einfache Gegenüberstellung von Dewey und Lippmann als Kontrahenten, wie sie in der Rezeption seit den 1980er Jahren häufig formuliert wird, verfehlt das tatsächliche Verhältnis ihrer Positionen. Obwohl Lippmann ab den 1930er Jahren seinen politischen Standpunkt in Richtung einer konservativen Position verändert, entstammt der *junge* Lippmann, sowohl in politischer als auch in philosophischer Hinsicht, der gleichen Strömung wie Dewey. Lippmann studiert von 1906 bis 1910 in Harvard unter anderem bei den Pragmatisten William James, George Santayana und Josiah Royce. Insbesondere mit William James – der ihn ab 1908 fördert und regelmäßig zum Gespräch einlädt – ist Lippmann durch eine persönliche Freundschaft (bis zu James' Tod 1910) verbunden. Lippmanns Denken ist daher von der Offenheit, dem Pluralismus, Meliorismus und Fallibilismus der pragmatistischen Philosophie stark beeinflusst. Während seiner Studienzeit versteht sich Lippmann selbst als Sozialist. Er ist aktives Mitglied in internationalen sozialistischen Studierendengruppen und Gründer des *Harvard Socialist Club*. Sein Interesse gilt insbesondere dem Sozialismus der britischen Fabian-Gesellschaft. Bei deren langjährigem Vorsitzenden, dem britischen Sozialtheoretiker Graham Wallas, besucht Lippmann am Ende seines Studiums ein für seine weitere philosophische und publizistische Entwicklung prägendes Seminar. Wie viele Pragmatisten seiner Zeit schlägt Lippmann nach dem Studium keine akademische Karriere ein, sondern wendet sich dem investigativen Journalismus und der Politik zu. Zusammen mit zwei führenden Intellektuellen der politischen Strömung des Progressivismus, dem Philosophen Herbert Croly und dem

2 Vgl. Walter Lippmann (1920): *Liberty and the News*, New York: Harcourt, Brace & Howe; Walter Lippmann (1922): *Public Opinion*, New Brunswick, NJ/London: Transaction; Walter Lippmann (1925): *The Phantom Public*, New Brunswick, NJ/London: Transaction. Internationale Bekanntheit erreichte Lippmann durch seine in weltweit über 300 Zeitungen abgedruckte Kolumne »Today and Tomorrow«, die er ab 1931 über 30 Jahre hinweg mehrmals wöchentlich schrieb und für die er 1958 den Pulitzer-Preis erhielt, vgl. Jürgen Wilke (2007): »Nicht nur ein Theoretiker der Öffentlichen Meinung. Walter Lippmann Revisited«, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 55.4, S. 595–612, hier: S. 599.

Journalisten Walter Weyl, gründet er 1913 das einflussreiche links-liberale Wochenmagazin *The New Republic*, für das auch Dewey zahlreiche Artikel schreibt.³

Nur vor dem Hintergrund einer breiten Übereinstimmung zwischen Lippmann und Dewey in philosophischen und politischen Fragen lässt sich die scharfe Kritik von Dewey angemessen verstehen, die er gegen Lippmann in Bezug auf spezifische Annahmen und Konsequenzen vorbringt. Deutlich wird die Übereinstimmung vor allem anhand der begeisterten Rezensionen von Lippmanns Büchern *Public Opinion* (1922) und *The Phantom Public* (1925), die Dewey in *The New Republic* veröffentlicht.⁴ In einem kurzen Brief an Lippmann anlässlich des Erscheinens von *Public Opinion* schreibt Dewey: »There is no book I've read in a very long time from which I learned so much or rec'd so many suggestions.«⁵ Im Januar 1926 hält Dewey mehrere Vorlesungen am Kenyon College in Gambier, Ohio, in denen er sich ausgiebig mit Lippmanns Buch *The Phantom Public* auseinandersetzt und ihm seinen eigenen demokratietheoretischen Ansatz gegenüberstellt. Eine überarbeitete Fassung dieser Vorlesungen wurde 1927 unter dem Titel *The Public and its Problems* publiziert.⁶

-
- 3 Der für Lippmann und Dewey so bedeutende *The New Republic* wurde knapp 100 Jahre später, im Jahr 2012, von einem der Facebook-Gründer, Chris Hughes, aufgekauft, der seitdem Herausgeber und Chefredakteur ist. Aus Protest gegen den Umbau des linken Traditionsblatts zu einem »digitalen Unternehmen« kündigte Ende 2014 ein Großteil der Redaktion, vgl. Clemens Wergin (2014): »Ein beispielloser Massenexodus von Redakteuren«, in: *Welt.de* am 10.12.2014, URL: <http://www.welt.de/kultur/medien/article135222157/Ein-beispielloser-Massenexodus-von-Redakteuren.html> (abgerufen am 25.08.2018), Marc Pitzke (2014): »Exodus«, in: *Spiegel Online* am 09.12.2014, URL: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/new-republic-chris-hughes-baut-linkes-streitmagazin-digital-um-a-1007360.html> (abgerufen am 25.08.2018). 2016 wurde das Magazin weiterverkauft.
- 4 Vgl. Dewey, »Public Opinion« (1922), MW.13.337–344; »Practical Democracy« (1925), LW.2.213–220.
- 5 John Dewey (1999): *The Correspondence of John Dewey, 1871–1953 (I-III)*, Electronic Edition, hrsg. von Larry A. Hickman, hrsg. von Barbara Levine, hrsg. von Anne Sharpe und Harriet Furst Simon, Past Masters, Charlottesville, VA: Intelix, hier: Bd. 2, 1922.05.04 (05209).
- 6 Vgl. Hans-Peter Krüger (1996): »Nachwort«, in: *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, Bodenheim: Philo, S. 193–211, hier: S. 196; Westbrook, *John Dewey and American Democracy*, S. 293–318.

Deweys Kritik führte jedoch in ihrer Rezeptionsgeschichte zur Konstruktion einer »Lippmann-Dewey-Debatte«, die es im engeren Sinn nie gegeben hat.⁷ Zweifellos stellen die genannten Publikationen von Lippmann und Dewey einige der wichtigsten und differenziertesten Auseinandersetzungen über die Neuorientierung der Öffentlichkeits- und Demokratietheorie angesichts der zunehmenden Komplexität moderner Gesellschaften dar. Die Bezeichnung »Debatte« ist in diesem Zusammenhang aber irreführend, weil Lippmann selbst weder auf die von Dewey verfassten Rezensionen noch auf dessen Buch zur Öffentlichkeit explizit Bezug genommen hat. Die dualistische Gegenüberstellung von Lippmann und Dewey führte vielfach dazu, dass ihre breite Übereinstimmung in den Hintergrund geriet. Insbesondere Lippmann wird oft verkürzt als »elitistischer Technokrat« dargestellt, dem es darum geht, die politische Macht allein einer fähigen Elite zu übertragen, wohingegen nur Dewey als »echter Demokrat« gilt. Damit wird Lippmanns Position zur Zielscheibe einer Kritik an mangelnder politischer Partizipation und sein Ansatz darauf reduziert, die bestehenden politischen Machtasymmetrien zu unterstützen, die er in seinen Publikationen eindrucksvoll analysiert.⁸

7 Sue Curry Jansen (2009): »Phantom Conflict. Lippmann, Dewey, and the Fate of the Public in Modern Society«, in: *Communication and Critical/Cultural Studies* 6.3, S. 221–245; Sue Curry Jansen (2012): *Walter Lippmann. A Critical Introduction to Media and Communication Theory*, New York u. a.: Peter Lang, S. 28 f.

8 Dabrowska rekonstruiert Lippmann als Pessimisten und Dewey als Optimisten in Bezug auf die Öffentlichkeit, vgl. Katarzyna Dabrowska (2010): »The Offstage of Democracy. The Problem of Social Dialogue in John Dewey's and Walter Lippmann's Writings«, in: *Lingua ac communitas* 20, S. 71–84. Diese dualistische Unterteilung ist in der Literatur häufig anzutreffen und wird u. a. von Gripsrud in Bezug auf sämtliche Öffentlichkeitstheoretiker_innen angewendet, vgl. Jostein Gripsrud u. a. (2010): »Editor's Introduction«, in: *The Idea of the Public Sphere. A Reader*, Plymouth: Lexington Books, S. xiii–xxviii, hier S. xvi ff. Siehe auch die Anwendung dieser Unterscheidung auf Theoretiker_innen digitaler Öffentlichkeiten bei Anders Olof Larsson und Hallvard Moe (2013): »Representation or Participation? Twitter Use during the 2011 Danish Election Campaign«, in: *Javnost-The Public* 20.1, S. 71–88, hier: S. 74. Dass eine solche Unterscheidung einer näheren Betrachtung nicht standhalten kann, zeigt exemplarisch meine Untersuchung zu Lippmann und Dewey.

Schudson und Jansen haben zu Recht darauf hingewiesen, dass diese negative Darstellung Lippmanns tatsächlicher Position nicht gerecht wird.⁹ Ihre Verteidigung führte zu einem regelrechten »Lippmann-Revival«, bei dem wiederum die Kritikpunkte, die Dewey gegen Lippmanns Konzeption vorgebracht hat, zu sehr relativiert werden.¹⁰ Ein Großteil der jüngeren Literatur zu Lippmann und Dewey beschäftigt sich aus diesem Grund mit einer Verteidigung der einen oder anderen Position gegenüber ungerechtfertigten Einwänden und Missverständnissen. Es wäre falsch, Lippmann aufgrund seiner Ideen über die Funktion von Expert_innen und Nachrichtendiensten aus heutiger Perspektive als einen Befürworter gegenwärtiger Massenüberwachung durch die Geheimdienste anzusehen. Um solchen Fehlinterpretationen vorzubeugen, werde ich im Folgenden eine differenzierte Betrachtung von Lippmanns Konzeption vorlegen. Dadurch werden die Gemeinsamkeiten mit Deweys Ansatz wie auch dessen scharfe Kritik an Lippmann deutlicher.

Im Kern geht es beiden um die Herausforderungen, denen die repräsentative Demokratie angesichts der umfassenden gesellschaftlichen Umbrüche durch die Industrialisierung gegenübersteht. Sie sind davon überzeugt, dass die im 18. und 19. Jahrhundert entstandenen demokratischen Grundbegriffe, Theorien und politischen Institutionen erneuert werden müssen. Einen wichtigen Referenzpunkt bildet in dieser Hinsicht für beide das 1914 erschienene Buch *The Great Society* des bereits erwähnten britischen Sozialtheoretikers Graham Wallas.¹¹ Er setzt sich darin mit den Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels auseinander, der durch die Industrialisierung ausgelöst wurde, und geht dabei erstmals von den *psychologischen* Auswirkungen aus – also von den einzelnen Men-

9 Vgl. Michael Schudson (2008): »The ›Lippmann-Dewey Debate‹ and the Invention of Walter Lippmann as an Anti-Democrat 1986–1996«, in: *International Journal of Communication* 2, S. 1031–1042; Jansen, »Phantom Conflict«.

10 Jansen schreibt etwa von einem »phantom conflict« zwischen Dewey und Lippmann, vgl. Jansen, »Phantom Conflict«. Nach Bybees Auffassung hat Dewey die Debatte »verloren«, vgl. Carl Bybee (1999): »Can Democracy Survive in the Post-Factual Age? A Return to the Lippmann-Dewey Debate About the Politics of News«, in: *Journalism & Communication Monographs* 1, S. 28–66, hier: S. 47.

11 Vgl. Graham Wallas (1914): *The Great Society. A Psychological Analysis*, London: Macmillan.

schen, nicht von den politischen Institutionen wie die traditionelle politische Philosophie, die er in diesem Punkt kritisiert. Wallas weist bereits darauf hin, dass die Gesellschaft durch die Arbeitsteilung in immer kleinere Teilbereiche fragmentiert wird. Diese These von der gesellschaftlichen Ausdifferenzierung, die zur gleichen Zeit besonders prominent von Max Weber vertreten wurde, erklärt für Wallas auch den zunehmenden politischen Einfluss organisierter Interessengruppen, in dem er ein großes Problem für die repräsentative Demokratie sieht. Wallas' Buch ist Lippmann persönlich gewidmet, der 1910 ein Gastseminar bei Wallas in Harvard besucht hatte. Lippmanns Buch *Public Opinion* stellt gewissermaßen einen Antwortversuch auf die von Wallas aufgeworfenen Fragen dar. In diesem Sinn kann Deweys Öffentlichkeitstheorie als Auseinandersetzung mit Wallas und Lippmann verstanden werden.

2.1 KRITIK DES MEDIENSYSTEMS

Vor *Public Opinion* (1922) setzt sich Lippmann bereits in *Liberty and the News* (1920) kritisch mit der Funktion des Journalismus und des Mediensystems auseinander. Er problematisiert darin vor allem die Einflussnahme der Politik auf die Berichterstattung. Nur wenige Jahre zuvor, mit dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg, wurden die Strategien der kommerziellen Werbung für politische Propaganda adaptiert, woran Lippmann maßgeblichen Anteil hatte: Auf der Grundlage einer von Lippmann entwickelten Konzeption hatte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson im April 1917, wenige Tage nach dem Kriegseintritt der USA, das »Committee on Public Information« (CPI) eingesetzt. Dieses bestand zunächst, neben Lippmann selbst, nur aus drei Ministern, dem Leiter George Creel und dem PR-Spezialisten Edward Bernays. Es war von Lippmann ursprünglich als reine Nachrichtenagentur zur sachlichen Informationsverbreitung geplant, entwickelte aber schnell eine eigene Dynamik, die in der ersten modernen, großangelegten Propagandakampagne gipfelte. Innerhalb kurzer Zeit wurden zahlreiche Spezialisten aus Journalismus, Werbeindustrie und Filmbranche rekrutiert und Dutzende Büros im In- und Ausland eröffnet. Nachdem die politische Entscheidung zum Kriegseintritt bereits ge-

fallen war, wurde die zuvor mehrheitlich pazifistisch eingestellte amerikanische Bevölkerung durch gezielte Massenpropaganda dazu bewegt, die Entscheidung emphatisch zu befürworten.¹²

Der Erste Weltkrieg stellt insgesamt den Beginn der modernen Kriegspropaganda und der ›psychologischen Kriegsführung‹ mittels Massenmedien dar. Die politische Instrumentalisierung der Massenmedien¹³ lässt sich besonders gut anhand der manipulativen Berichterstattung von der Front nachvollziehen. Erstmals sind die Generäle der beteiligten Nationen nicht nur für militärische Entscheidungen zuständig, sondern gleichzeitig auch für die mediale Vermittlung des Krieges durch tägliche Pressemitteilungen von eigens eingerichteten Presseabteilungen. Dabei überbieten sich die deutschen und die alliierten Propagandabehörden gegenseitig in der Verfälschung der veröffentlichten Informationen, etwa in der Übertreibung gegnerischer und der Unterschlagung eigener Verluste.¹⁴

Obwohl die Einsetzung des CPI maßgeblich auf seine Initiative zurückgeht, ist Lippmann – wie Dewey, George H. Mead und andere Pragmatisten – kein Befürworter, sondern ein deutlicher Kritiker der Propaganda. Diese kritische Einstellung Lippmanns, die

-
- 12 Diese Konstellation stellt gewissermaßen einen paradigmatischen Fall für die Entwicklung des PR-Modells der politischen Öffentlichkeit dar: Eine bereits getroffene politische Entscheidung soll nachträglich an die Bevölkerung »verkauft« und dadurch legitimiert werden. Das ist ein zentrales Merkmal einer »hergestellten«, manipulierten Öffentlichkeit bzw. einer negativen Bedeutung von »Öffentlichkeitsarbeit«, der Deweys partizipativer Ansatz konträr entgegensteht. Die Arbeit und Entwicklung des CPI ist ausführlich von Creel dokumentiert, vgl. George Creel (1920): *How we advertised America. The First Telling of the Amazing Story of the Committee on Public Information that Carried the Gospel of Americanism to Every Corner of the Globe*, New York/London: Harper & Brothers. Allein in den 18 Monaten der amerikanischen Beteiligung am Ersten Weltkrieg haben etwa 75.000 freiwillige Redner, die sogenannten »Four Minute Men«, über 750.000 Reden an 5.200 Orten in den USA gehalten. Durch die koordinierte Aktion wurden über 300 Millionen Menschen erreicht. Vgl. Lippmann, *Public Opinion*, S. 46 f.; Thymian Bussemer (2005): *Propaganda. Konzepte und Theorien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 73–78.
- 13 Der Begriff der *Massenmedien* bezieht sich zum Zeitpunkt des Ersten Weltkriegs vorwiegend auf Zeitungen, Zeitschriften, Postkarten, Flugblätter und Plakate. Aber auch das Kino spielte in der Propaganda im Ersten Weltkrieg bereits eine wichtige Rolle. Das Radio verbreitete sich dagegen erst ab den 1920er Jahren.
- 14 Eine eindruckliche Beschreibung vom Ablauf der Kriegsberichterstattung liefert Lippmann anhand der Pressemitteilungen während der Belagerung von Verdun, vgl. Lippmann, *Public Opinion*, S. 35–45.

sich durch alle drei seiner hier behandelten Bücher zieht, wird in der Rezeption häufig verkannt. Lippmann wird fälschlicherweise derjenigen Gruppe von Sozialwissenschaftler_innen zugeordnet, die von den Möglichkeiten der Massenmanipulation begeistert ist und diese, beeinflusst von den neuen Ansätzen der Massenpsychologie,¹⁵ als zentrales Element moderner, repräsentativer Massendemokratien weiterentwickelt. Zu den tendenziellen Propaganda-Befürwortern gehören unter anderem der Politik- und Kommunikationswissenschaftler Harold D. Lasswell, der als Begründer der modernen Kommunikationswissenschaft gilt, und der PR-Spezialist Edward Bernays, ein Neffe Sigmund Freuds, der nach seiner Mitarbeit im CPI mit dem Buch *Propaganda* (1928) bekannt wurde und die Theorie der »Public Relations« maßgeblich beeinflusste.¹⁶

15 Besonders einflussreich sind Gustave Le Bons »Psychologie der Massen« (1895) und der daran anschließende Aufsatz von Sigmund Freud »Massenpsychologie und Ich-Analyse« (1921).

16 Auch Crick, »The Search for a Purveyor of News«, S. 489 weist darauf hin, dass eines der größten Missverständnisse in der Lippmann-Rezeption darin besteht, ihn mit Bernays auf eine Stufe zu stellen. Diese Fehlinterpretation wird u. a. prominent von Noam Chomsky vertreten. In seinem 1988 erschienenen Buch *Manufacturing Consent. – The Political Economy of the Mass Media*, das er mit Edward S. Herman geschrieben hat, wird Lippmann, Lasswell und Bernays undifferenziert dieselbe Position zugeschrieben. Damit entgeht den Autoren die kritische Haltung Lippmanns – zumindest in seinen jungen Jahren – gegenüber den von ihm analysierten Phänomenen der Massenmedien und der Propaganda, vgl. Edward S. Herman und Noam Chomsky (1988): *Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media*, New York: Pantheon, S. x, Fn. 4 und 5. Chomsky behält diese Interpretation auch in *Media Control. Wie uns die Medien manipulieren* (im engl. Original 1997 erschienen, hier in der dt. Übersetzung von 2003) bei, wo er fälschlicherweise sogar Dewey zum Kreis der Propaganda-Befürworter zählt: »Zu denen, die sich aktiv und begeistert an Wilsons Kriegstreiberei beteiligten, gehörten auch progressive Intellektuelle aus dem Kreis um John Dewey, die, wie man ihren Schriften entnehmen kann, sehr stolz darauf waren, daß es den (so ihre Worte) ›intelligenteren Mitgliedern der Gemeinschaft‹, nämlich ihnen selbst, gelungen war, durch Verbreitung von Schreckbildern und nationalistischem Fanatismus der Bevölkerung den Krieg schmackhaft zu machen.« (S. 29) An anderer Stelle heißt es, dass »John Deweys Kreis liberaler Pragmatisten für sich in Anspruch [nahm], eine pazifistisch eingestellte Bevölkerung in den Krieg geführt zu haben«. Die hier abwertend gemeinte Bezeichnung »liberale Pragmatisten« offenbart zugleich eine häufig anzutreffende Verknennung des philosophischen Pragmatismus insgesamt. Vgl. Noam Chomsky (2003): *Media Control. Wie uns die Medien manipulieren*, Hamburg: Europa Verlag, S. 29 f., 101, 165. Diese irreführende Verortung Deweys durch Chomsky findet sich bereits in dessen 1978 erschienenen Aufsatz »Intellectuals and the State«, vgl. Noam Chomsky (1982): »Intellectuals and the State«, in: *Towards a New Cold War*, New York: Pantheon, S. 60–85, hier: S. 60,

Dagegen dient Lippmanns umfassende Analyse der Manipulationsmöglichkeiten der öffentlichen Meinung als Ausgangspunkt seiner fundamentalen *Kritik* des Mediensystems. Aufgrund seiner eigenen Erfahrungen im Journalismus, als Berater des Präsidenten und im CPI weiß er genau, wovon er schreibt, wenn er den gesellschaftspolitischen Konsequenzen der Manipulation von Nachrichten nachgeht. Seine Sorge gilt dabei der Funktion und dem Zustand des Journalismus, der angesichts der Profitorientierung der Verlage, der Abhängigkeit von Werbeanzeigen, Korruption und der zunehmenden Rolle von Propaganda in eine Glaubwürdigkeitskrise geraten ist und von Lippmann für die Probleme der modernen Massendemokratie verantwortlich gemacht wird: »[T]he present crisis of western democracy is a crisis in journalism.«¹⁷ Der zentrale Gedanke von *Liberty and the News* lautet, dass aufgrund der bedeutenden Funktion, die der medialen Informationsvermittlung durch die Nachrichten in einer modernen Massendemokratie zukommt, die systematische Manipulation der Nachrichten nicht nur die politische Meinungs- und Willensbildung beeinflusst, sondern indirekt auch die Gedanken- und Redefreiheit und damit die liberalen Grundlagen der Demokratie gefährdet. Lippmann geht davon aus, dass die Gesundheit einer Gesellschaft von der Qualität der Informationen abhängt, die sie empfängt.¹⁸

Die Abhängigkeit der politischen Meinungen und Urteile von der journalistischen Berichterstattung betrifft nicht nur die breite Öffentlichkeit, sondern auch die gewählten politischen Repräsentant_innen, denen selbst der unmittelbare Zugang zu objektiven Informationen fehlt. Hier diagnostiziert Lippmann innerhalb der staatlichen Institutionen eine problematische Machtasymmetrie zwischen der Regierung als Exekutive und dem Kongress als Legislative, durch welche die demokratische Gewaltenteilung gefährdet wird. Denn die Regierung verfügt, wie u. a. die erfolgreiche Propa-

69–72. In jüngeren Veröffentlichungen hat Chomsky sein Urteil über Dewey aber offenbar korrigiert. In Noam Chomsky (2016): *What Kind of Creatures Are We?*, New York: Columbia University Press, S. 70 ff., 75 wird Dewey als radikaldemokratischer Kritiker des Kapitalismus und als Reformpädagoge anerkannt, dessen Überzeugungen mit denen der amerikanischen Arbeiterbewegung übereinstimmen.

¹⁷ Lippmann, *Liberty and the News*, S. 5.

¹⁸ Vgl. Lippmann, *Liberty and the News*, S. 80, 65; vgl. auch Ronald Steel (1980): *Walter Lippmann and the American Century*, Boston/Toronto: Little, Brown & Co., S. 171.

gandakampagne des CPI unter Wilson gezeigt hat, über unverhältnismäßig größere Mittel, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, als der Kongress, dessen Kontrollfunktion im amerikanischen Präsidialsystem ohnehin nicht so ausgeprägt ist wie im parlamentarischen Regierungssystem, dessen legislative Funktion aber dadurch massiv eingeschränkt wird:

»The Executive is an elaborate hierarchy reaching to every part of the nation and to all parts of the world. It has an independent machinery, fallible and not too trustworthy, of course, but nevertheless a machinery of intelligence. It can be informed and it can act, whereas Congress is not informed and cannot act.«¹⁹

Die öffentliche Meinung erhält in dieser neuen Konstellation ein völlig neues Gewicht, da die Arbeit der Regierung weniger durch den Kongress, sondern zunehmend durch die Resonanz in der massenmedialen Öffentlichkeit kontrolliert und gesteuert wird. Auf diese öffentliche Meinung wirken Lippmann zufolge vor allem einige wenige mächtige, gut organisierte Interessengruppen ein, die zur Durchsetzung ihrer Ziele auch einen direkten Einfluss auf die Entscheidungen der zuständigen Politiker_innen, Gremien und Behörden ausüben.²⁰ Das in der klassischen politischen Theorie angenommene Konzept einer umfassend informierten, frei diskutierenden und urteilenden Öffentlichkeit wird damit ausgehöhlt. Das an die Stelle der demokratietheoretisch angenommenen, auf freien und gleichen Staatsbürgern beruhenden Volkssouveränität tritt eine aktive, geradezu industrielle »Produktion« des politischen Willens (*manufacture of consent*) – ähnlich wie in der vordemokratischen Politik, nur mit den modernen Mitteln der Massenmedien und Propaganda.²¹

19 Lippmann, *Liberty and the News*, S. 60.

20 Ebd., S. 61 f.

21 »Government tends to operate by the impact of controlled opinion upon administration. This shift in the locus of sovereignty has placed a premium upon the manufacture of what is usually called consent.« (Lippmann, *Liberty and the News*, S. 62; vgl. auch Lippmann, *Public Opinion*, S. 248.) Die Bezeichnung und Analyse wurde u. a. von Noam Chomsky und Edward S. Herman in ihrem Buch *Manufacturing Consent* (1988) übernommen.

Eine interne Ursache für die Manipulationsanfälligkeit der Medien sieht Lippmann in der arbeitsteiligen Produktion der Nachrichten. Durch die Abhängigkeit von Werbeanzeigen und die Ausrichtung auf kurzfristige Aufmerksamkeit und Sensationen ist das moderne Mediensystem zudem nicht, wie die Wissenschaft, dem Ideal der Wahrheit verpflichtet, sondern folgt einer ökonomischen Logik. Einer sachlichen und differenzierten Berichterstattung, gerade bei komplexen und wenig Aufsehen erregenden Angelegenheiten, steht diese Logik diametral entgegen:

»The fact is that the subdivision of labor is now accompanied by the subdivision of the news-organization. At one end of it is the eye-witness, at the other, the reader. Between the two is a vast, expensive transmitting and editing apparatus. [...] where the issue is complex, as for example in the matter of the success of a policy, or the social conditions among a foreign people, – that is to say, where the real answer is neither yes or no, but subtle, and a matter of balanced evidence, – the subdivision of the labor involved in the report causes no end of derangement, misunderstanding, even misrepresentation.«²²

Angesichts dieser Analyse stellt Lippmann die Frage, unter welchen Bedingungen eine objektive Berichterstattung über die tatsächlichen Vorgänge in der Regierung und in den Behörden gewährleistet werden kann. Während sich die pessimistischen Tendenzen in seinen späteren Schriften verstärken, besteht Lippmanns Antwort auf diese Frage 1920 noch in dem konstruktiven Versuch, konkrete Maßnahmen und Reformvorschläge zu entwerfen, die eine unabhängige Berichterstattung ermöglichen. Trotz seiner umfassenden Kritik ist Lippmann zu diesem Zeitpunkt noch davon überzeugt, dass die diagnostizierten Probleme des Mediensystems reparabel sind und dass der Journalismus innerhalb eines strenger regulierten Mediensystems seine demokratische Rolle erfüllen kann, sachlich und unabhängig über die politischen Ereignisse zu informieren.

22 Lippmann, *Liberty and the News*, S. 41 f.

Viele seiner Überlegungen zur Beschränkung der Manipulationsmöglichkeiten gehören heute zu den anerkannten journalistischen Standards objektiver Berichterstattung.²³

Lippmanns zentraler Vorschlag besteht im Entwurf einer spezialisierten Nachrichtenagentur aus teils sozialwissenschaftlich, teils investigativ arbeitenden Journalist_innen, die sich auf die Dokumentation und Analyse der Regierungstätigkeit und der staatlichen Institutionen ausrichten: »Having no horror of dullness, no interest in being dramatic, they can study statistics and orders and reports which are beyond the digestive powers of a newspaper man or of his readers.«²⁴ Zudem könnte diese Institution, basierend auf ihren fundierten Analysen, auch konkrete Vorschläge für die Politik erarbeiten. Dabei unterscheidet sich die langfristig angelegte, institutionalisierte Spezialisierung deutlich vom allgemeinen Lokaljournalismus, der viele Themen nur oberflächlich abdeckt. Die Nachrichtenagentur würde Lippmann zufolge eine Art »Experten-Kritik« ermöglichen, die zu einer effektiveren Kontrolle der Regierung und der staatlichen Institutionen führt. Dazu müsste die finanzielle Ausstattung dieser Institution dauerhaft und unabhängig von der jeweils aktuellen Regierung gewährleistet sein. Insgesamt ist Lippmanns Entwurf vergleichbar mit den in den 1940er und -50er Jahren gegründeten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.²⁵

23 Unter anderem fordert Lippmann für Zeitungen und Zeitschriften etwas Ähnliches wie eine Impressumspflicht, die durch die namentliche Nennung der Redaktionsmitglieder deren persönliche Verantwortung für die Inhalte erhöhen soll. Des Weiteren fordert er, dass bei jeder Meldung die Quelle angegeben wird (unter anderem die Nachrichtenagentur, Pressestelle und der Name und Standort des Journalisten), dass gesetzliche Strafen und Entschädigungen im Fall von Verleumdung sowie der Abdruck von Richtigstellungen eingeführt werden, vgl. Lippmann, *Liberty and the News*, S. 72–77.

24 Ebd., S. 92.

25 Die englische *BBC* wurde zwar schon 1922 gegründet, zunächst aber als privates Unternehmen und erst ab 1927 mit einem öffentlich-rechtlichen Status. Sie gilt als Modell für die Einrichtung ähnlicher Anstalten in den anderen europäischen Ländern nach 1945, vgl. Jürgen Wilke (2009): »Die zweite Säule des ›dualen Systems‹. Privater Rundfunk«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9-10, S. 12–19, hier: S. 13. Private Nachrichtenagenturen wie *Reuters* oder *Associated Press* wurden bereits Mitte des 19. Jahrhunderts gegründet.

Mit diesem Vorschlag strebt Lippmann eine Verwissenschaftlichung des Journalismus an, im Sinne einer stärkeren Fakten- und Wahrheitsorientierung anstelle der Verbreitung bloßer Meinungen, die zu einer Versachlichung der Berichterstattung beitragen soll:

»There is but one kind of unity possible in a world as diverse as ours. It is unity of method, rather than of aim; the unity of the disciplined experiment. There is but one bond of peace that is both permanent and enriching: the increasing knowledge of the world in which experiment occurs. With a common area of valid fact, differences may become a form of cooperation and cease to be an irreconcilable antagonism.«²⁶

Lippmanns Vertrauen in die experimentellen Methoden der Wissenschaft, insbesondere in die aufkommenden Sozialwissenschaften, überschneidet sich mit Deweys demokratischem Experimentalismus. Wie Dewey versteht er dabei die Wissenschaft *nicht* szientistisch als Institution, die universale Wahrheiten produziert. Er geht nicht davon aus, dass es in Bezug auf komplexe soziale und politische Angelegenheiten eine eindeutige Unterscheidung zwischen richtig und falsch gäbe, die von der Wissenschaft ermittelt werden könnte. Lippmann begreift die wissenschaftliche *Methode* im Zusammenhang mit dem journalistischen Kampf um die Aufdeckung der »Wahrheit« bzw. um die allgemeinen Bedingungen einer möglichst objektiven Berichterstattung auch als Bildungsproblem: Neue Generationen von Journalisten müssen für die Aufgabe der ansteigenden Informationsverarbeitung und Komplexität erst ausgebildet werden. Denn für die öffentliche Meinung ist es das Wichtigste, dass der Kontakt zwischen der *komplexen Realität* und den *Vorstellungen über die Realität* wiederhergestellt wird, der auf dem Weg von der kleinstädtischen Demokratie zur »Great Society« zunehmend verloren gegangen ist. Dies kann in industrialisierten Gesellschaften nur auf der Grundlage einer verlässlichen Informationsversorgung geschehen.²⁷

²⁶ Lippmann, *Liberty and the News*, S. 67.

²⁷ Ebd., S. 99 f.

In diesem Sinn steht in *Liberty and the News* der unmittelbare Zusammenhang zwischen der Bereitstellung verlässlicher Informationen und der Freiheit einer demokratischen Gesellschaft im Zentrum:

»The administration of public information toward greater accuracy and more successful analysis is the highway of liberty. It is, I believe, a matter of first importance that we should fix this in our minds. Having done so, we may be able to deal more effectively with the traps and the lies and the special interests which obstruct the road and drive us astray. Without a clear conception of what the means of liberty are, the struggle for free speech and free opinion easily degenerates into a mere contest of opinion.«²⁸

Lippmann steht der Bürokratie durchaus skeptisch gegenüber und glaubt nicht an die Möglichkeit einer vollkommen neutralen Institution. Er geht davon aus, dass letztlich jede Institution Gefahr läuft, von partikularen und traditionellen Kräften kontrolliert zu werden, die eine Reform verhindern wollen. Der Einwand, der etwa von Chomsky vorgebracht wurde, dass auch eine Institution aus unabhängigen Expert_innen ihre eigenen Interessen entwickeln und verfolgen könnte, wurde von Lippmann bereits mitgedacht.²⁹ Nach der Logik des pragmatistischen Experimentalismus kann nämlich das von Chomsky angesprochene Problem jedenfalls kein Grund sein, erst nach einer *idealen* Lösungen für die Probleme zu suchen, bevor eine Veränderung unternommen wird. Vielmehr müssten neue institutionelle Wege ausprobiert und auftretende Folgeprobleme kontinuierlich reflektiert werden. Für Lippmann steht dabei fest, dass eine umfassende Reform des Mediensystems ohnehin nicht von den Gruppen ausgeht, die bereits an der Macht sind und deren Interessen das bestehende System dienlich ist: »Change will come only by the drastic competition of those whose interests are not represented in the existing news-organization.«³⁰

²⁸ Lippmann, *Liberty and the News*, S. 100.

²⁹ Vgl. Herman und Chomsky, *Manufacturing Consent*, S. x, Fn. 5.

³⁰ Lippmann, *Liberty and the News*, S. 101.

2.2 KRITIK DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG

Bereits zwei Jahre später, in *Public Opinion* (1922), ist Lippmann allerdings von seinen Reformbestrebungen des Mediensystems abgerückt, da auch eine neue journalistische Institution letztlich doch zu anfällig für eine politische Instrumentalisierung wäre. Stattdessen entwickelt er seine ursprünglichen Überlegungen weiter und plädiert nun für die Einrichtung von spezialisierten Nachrichtendiensten (*intelligence bureaus*), in denen der politischen Wissenschaft, die sich Anfang des 20. Jahrhunderts als eigenständige sozialwissenschaftliche Disziplin etabliert, eine zentrale Rolle zukommt. Die Nachrichtendienste sollen Informationen und Hintergrundanalysen über die Innen- und Außenpolitik sammeln, auswerten und aufbereiten. Ihre Ergebnisse sollen aber, im Unterschied zu Lippmanns früherer Konzeption, nicht mehr der Öffentlichkeit, sondern in erster Linie den politischen und ökonomischen *Entscheidungsträgern* zur Verfügung gestellt werden.³¹ Die Nachrichtendienste sollen den politischen Entscheidungen zeitlich voraus sein und diese vorbereiten, statt, wie der Journalismus in der Regel, erst *nachträglich* darüber zu berichten und bereits gefallene Entscheidungen zu verteidigen bzw. zu kritisieren. Das soll dazu beitragen, politische und wirtschaftliche Entscheidungen in den jeweiligen Sachgebieten auf eine umfassend informierte, wissenschaftlich begründete Grundlage zu stellen und sie damit effektiver zu machen. Zugleich erhofft sich Lippmann davon einen Abbau der ausufernden Staatsbürokratie, eine Zunahme an Transparenz in der politischen Entscheidungsfindung und eine Dezentralisierung politischer Entscheidungen.³²

Anders als die heutigen Nachrichten- und Geheimdienste, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind, sollen die von Lippmann konzipierten Nachrichtendiensten nicht grundsätzlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit arbeiten. Die Ergebnisse sollen als Fachwissen auch anderen Akteur_innen zugänglich sein, die

³¹ Vgl. Lippmann, *Public Opinion*, bes. Teil 8, »Organized Intelligence«, S. 367–418.

³² Viele der Gründe für eine notwendige Reform des politischen Systems, die Lippmann in seiner Analyse aufführt, überschneiden sich mit der jüngeren Diagnose der »Postdemokratie«, beispielsweise: »The present fundamentally invisible system of government is so intricate that most people have given up trying to follow it« (ebd., S. 394 f.), vgl. Colin Crouch (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

professionell mit den jeweiligen Themen und Problemen beschäftigt sind, beispielsweise Journalist_innen oder Politikwissenschaftler_innen. Wichtig ist für Lippmann dabei, dass die Nachrichtendienste selbst nicht gleichzeitig für die Informationsaufbereitung für die breite Öffentlichkeit zuständig sind, denn die Vermischung dieser Funktionen würde die Wahrscheinlichkeit einer Instrumentalisierung der Nachrichtendienste zu Propagandazwecken erhöhen. Wie in seinem früheren Entwurf in *Liberty and the News* sollen die Nachrichtendienste sozialwissenschaftlich und investigativ arbeiten, ihrer eigenen Agenda folgen und von Legislative und Exekutive klar getrennt sein. Es geht ihm um eine institutionelle Konstellation, die möglichen Interessenkonflikten vorbeugt. Die institutionelle Trennung der auf langfristige Forschung angelegten Nachrichtendienste von der Zeitlogik der Legislaturperioden und den konkreten politischen Entscheidungen der politischen Repräsentant_innen – kurz: die institutionelle Distanz zu Legislative und Exekutive – ist für Lippmann daher ein wichtiges Kriterium für die Unabhängigkeit wie auch für die Autorität (*power*) des sogenannten »Experten«, dessen Rolle nicht an das Ziel, wiedergewählt zu werden, sondern an die Wahrheit und an das Gemeinwohl geknüpft sein sollte:

»He is there to represent the unseen. He represents people who are not voters, functions of voters that are not evident, events that are out of sight, mute people, unborn people, relations between things and people [...].«³³

Mit diesem Vorschlag reagiert Lippmann auf das von Wallas aufgeworfene Problem des Umgangs mit dem gesteigerten Informations- und Wissensbedarf in der »Great Society«. Unabhängige Expert_innen sollen im Namen der Öffentlichkeit die Funktion erfüllen, die von der Öffentlichkeit selbst unter komplexen Bedingungen nicht mehr erfüllt werden kann. Nicht die breite, massenmedial vermittelte öffentliche Meinung, sondern die konkreten politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sind für Lippmann nun die relevanten Orte, an denen ein differenziertes, aktuelles und sachbezogenes Wissen benötigt wird und wirksam werden kann. Die Herr-

33 Lippmann, *Public Opinion*, S. 382.

schaftsform der repräsentativen Demokratie muss unter diesen Bedingungen durch unabhängige Expertengruppen ergänzt werden, die nicht partikulare Interessen vertreten, sondern entscheidungsrelevante Fakten und Zusammenhänge sichtbar machen. Erst damit wird eine von Lippmann als sinnvoll erachtete Dezentralisierung politischer Entscheidungen möglich. Zudem kann die unrealistische »Fiktion« aufgegeben werden, dass jede Bürgerin eine kompetente Meinung zu allen öffentlichen Angelegenheiten haben muss. Diese Fiktion stellt nämlich Erwartungen an den Journalismus, die dieser unter modernen Bedingungen nicht mehr erfüllen kann. Die öffentliche Meinung soll in Lippmanns Modell nicht mehr *vom* Journalismus gestaltet werden, was faktisch aber der Fall ist und Propaganda erst möglich macht, sondern Fakten und Zusammenhänge sollen von der politischen Wissenschaft *für* den Journalismus aufbereitet werden.³⁴

Herausragend in Lippmanns Analyse der Entstehungsmechanismen der öffentlichen Meinung ist seine wegweisende Analyse der Entstehung und Funktion von »Stereotypen«. Das sind in der jeweiligen Kultur verwurzelte, kollektive Vorurteile und Denkmuster, mittels derer die Komplexität der Realität reduziert, klassifiziert und konstruiert wird:

»For the most part we do not first see, and then define, we define first and then see. In the great blooming, buzzing confusion of the outer world we pick out what our culture has already defined for us, and we tend to perceive that which we have picked out in the form stereotyped for us by our culture.«³⁵

Lippmann geht davon aus, dass wir im alltäglichen Wahrnehmen, Denken und Handeln nicht auf Stereotype verzichten können. Diese sind notwendig für die Orientierung, Verständigung und rationale Erfassung einer komplexen Umwelt. Die Kapazität des menschlichen Denkens ist der tatsächlichen Komplexität der Realität – erst recht unter den Bedingungen der industrialisierten Massengesellschaft – einfach nicht adäquat. Um in dieser Umwelt dennoch handeln zu können, sind wir auf Vereinfachungen angewiesen. Selbst

³⁴ Vgl. ebd., S. 31 f.

³⁵ Ebd., S. 81.

die Offenheit für neue Erfahrungen, die aufgeschlossene und wissbegierige Menschen ihrer Umwelt entgegenbringen, kann lediglich zur Reflexion und Korrektur einzelner Stereotype führen, nicht aber zu ihrer völligen Auflösung.³⁶

Die Entstehung und Verbreitung von Stereotypen wird durch die modernen Massenmedien verstärkt, insbesondere durch Bilder und Filme, die in der Werbung und in der Politik gezielt eingesetzt werden. Dadurch, dass die Stereotype bereits in der Kultur angelegt sind, gehen sie der individuellen und kollektiven Erfahrung voraus. Besonders wirksam sind sie, weil sie die Erfahrungen, durch die sie bestätigt werden, selbst bereits vorstrukturieren und somit von vornherein einschränken:

»For the real environment is altogether too big, too complex, and too fleeting for direct acquaintance. We are not equipped to deal with so much subtlety, so much variety, so many permutations and combinations. And although we have to act in that environment, we have to reconstruct it on a simpler model before we can manage it.«³⁷

Die Aufgabe der Politik- und Sozialwissenschaften sieht Lippmann angesichts dieser notwendigen Komplexitätsreduktion in der Artikulation differenzierter Beschreibungen der Welt – wobei auch die höchsten Differenzierungen noch immer auf Vereinfachungen angewiesen sind. Der Journalismus ist aber nicht in der Lage, diese wissenschaftlich differenzierten Strukturen der Realität zu vermitteln – sowohl aus internen Gründen der Wirtschaftlichkeit, etwa der begrenzten Seitenanzahl oder Sendezeit, als auch aus externen Gründen des Medienkonsums: Lippmann beruft sich auf eine Studie, der zufolge der durchschnittliche Zeitungsläser täglich nur 15 Minuten für das Lesen von Nachrichten aufwendet.

Durch den begrenzten Zugang der Bürger_innen zu den gesellschaftlichen und politischen Ereignissen, die nicht in ihrem unmittelbaren Umfeld stattfinden, und durch die mehrfache Filterung der Informationen über diese Umwelt – durch kulturelle Stereotype, durch die redaktionelle Selektion der Nachrichten und durch

³⁶ Vgl. Lippmann, *Public Opinion*, S. 75.

³⁷ Ebd., S. 16.

den selektiven Nachrichtenkonsum – wird Lippmann zufolge eine »Pseudo-Umwelt« in den Köpfen konstruiert, die das Denken und Handeln strukturiert.³⁸ Lippmann beschreibt ausführlich, wie sich die Propaganda der aktiven Manipulation dieser Pseudo-Umwelt vermittels der Erzeugung und Verstärkung bestimmter Stereotype bedient, um ein starres Überzeugungssystem zu erschaffen, das auch durch widersprechende Informationen nicht erschüttert werden kann, weil sie als »Ausnahme von der Regel« ignoriert werden. Die Zensur, Kontrolle und Korruption der Nachrichten ist dafür zwar eine notwendige Bedingung, aber den Stereotypen, die durch Lippmann erstmals systematisch erforscht und begrifflich geprägt wurden, kommt in diesem Zusammenhang eine weitaus bedeutendere Rolle zu.³⁹ Im Unterschied zu einfachen Reportern sieht Lippmann deshalb die Kernaufgabe professioneller Journalisten darin, nicht einfach bestimmte Stereotype aufzunehmen und zu verstärken, wie es in der Propaganda, aber auch in der »Kulturindustrie« der Fall ist, sondern in Zusammenarbeit mit den Sozialwissenschaften jeweils das Maß an Komplexitätsreduktion zu finden, das der öffentlichen Vermittlung, Aufbereitung und Deutung gesellschaftlicher Ereignisse angemessen ist.⁴⁰

2.3 KRITIK DER ÖFFENTLICHKEIT

Den in *Public Opinion* entwickelten Tendenzen folgend, vollzieht Lippmann drei Jahre später in *The Phantom Public* (1925) die endgültige Abkehr vom Ideal einer Aufklärung der Öffentlichkeit, die mittels einer stärkeren Regulierung der Medien und durch den Einfluss moderner Politik- und Sozialwissenschaften erreicht werden sollte.⁴¹ Ausschlaggebend ist dafür insbesondere der rasante Aufstieg der faschistisch-nationalistischen Bewegungen ab 1919 in

38 Vgl. ebd., bes. Kapitel 1, »The World Outside and the Pictures in Our Heads«.

39 Vgl. ebd., S. 90.

40 Vgl. ebd., S. 358–364. Lippmann verwendet den erst 1944 von Horkheimer und Adorno in der *Dialektik der Aufklärung* geprägten Begriff der »Kulturindustrie« nicht, erläutert aber, wie etwa in der aufwendigen Produktion von Spielfilmen bewusst etablierte Stereotype verwendet werden, um ein möglichst breites Publikum anzusprechen, womit die Aufgabe der Kunst verfehlt wird, ähnlich wie die Wissenschaft Stereotype zu hinterfragen und zu differenzieren, vgl. ebd., S. 166–168.

41 Vgl. Bybee, »Can Democracy Survive in the Post-Factual Age?«, S. 44 f.

Europa. In Italien findet 1922 mit dem »Marsch auf Rom« unter Benito Mussolini die Machtergreifung der Faschisten statt, die ab 1925 als alleinige Regierungspartei das erste faschistische Regime in Europa errichten. Diese Vorgänge, insbesondere die Verfolgung und Ermordung politischer Gegner, werden von Lippmann, der auf die außenpolitische Berichterstattung spezialisiert ist, aufmerksam verfolgt und in seinen Leitartikeln kritisch kommentiert, während andere seiner Kollegen noch durchaus ein gesellschaftliches Potenzial in den neuen politischen Massenbewegungen sehen.⁴²

Das »Phantom«, das Lippmann mit seinem Buch als solches enttarnen will, ist die demokratietheoretische Vorstellung der Öffentlichkeit, die als personifizierte politische Akteurin durch eine öffentliche Meinung bzw. einen öffentlichen Willen einen inhaltlichen Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt. Lippmanns Kritik richtet sich insbesondere gegen den mit dieser Vorstellung verbundenen »Mythos des omnikompetenten Bürgers«, der über alle politischen Vorgänge informiert ist. Es kann bezweifelt werden, ob diese Figur jemals existiert hat, insbesondere aber unter den Bedingungen moderner, pluralistischer Gesellschaften trifft der Mythos Lippmann zufolge selbst auf professionelle Berufspolitiker_innen und Politikwissenschaftler_innen nicht zu. Deshalb hält er dieses in der Demokratietheorie weit verbreitete Bild für unerreichbar und für ein verfehltes Ideal: »An ideal should express the true possibilities of its subject. When it does not it perverts the true possibilities. The ideal of the omnicompetent, sovereign citizen is, in my opinion, such a false ideal.«⁴³

Ausgehend vom Liberalismus argumentiert Lippmann gegen die Vorstellung von der Gesellschaft als organischer Einheit, die einen gemeinsamen »Volkswillen« hervorbringt. Erst mit dem Abschied von dieser Vorstellung wird die pluralistische Beschaffenheit der Gesellschaft sowie die Bedeutung des Individuums deutlich und damit das klassische Problem des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft obsolet:

⁴² Vgl. Steel, *Walter Lippmann and the American Century*, S. 251 f.

⁴³ Lippmann, *The Phantom Public*, S. 29, vgl. Kap. II »The Unattainable Ideal«, S. 11–29.

»It is only when we are compelled to personify society that we are puzzled as to how many separate organic individuals can be united in one homogeneous organic individual. This logical underbrush is cleared away if we think of society not as the name of a thing but as the name of all the adjustments between individuals and their things. Then, we can say without theoretical qualms what common sense plainly tells us is so: it is the individuals who act, not society; it is the individuals who think, not the collective mind; it is the painters who paint, not the artistic spirit of the age; it is the soldiers who fight and are killed, not the nation; it is the merchant who exports, not the country. It is their relations with each other that constitute a society.«⁴⁴

Lippmann plädiert – im Unterschied zu Dewey – für eine klare Trennung zwischen den individuell-privaten Angelegenheiten der Bürger_innen und öffentlich-politischen Angelegenheiten. Von letzteren sind einzelne Menschen zwar betroffen, aber in der Regel sind diese Angelegenheiten zu weit entfernt von ihren alltäglichen Erfahrungen und zu kompliziert, als dass sie sich mittels der wenigen Informationen, die sie aus der Zeitung beziehen, ein fundiertes Urteil darüber bilden könnten. »In the cold light of experience« weiß der einzelne Bürger, »that his sovereignty is a fiction. He reigns in theory, but in fact he does not govern.«⁴⁵

Doch geht es Lippmann bei genauerer Betrachtung nicht um die klassistische Unterscheidung zwischen einer fähigen, ausgebildeten Elite und einer ungebildeten Masse, sondern um die epistemologische Differenz zwischen involvierten *Akteur_innen* (*agents*) oder *Insider_innen* und unbeteiligten *Zuschauer_innen* (*bystanders*) bzw. *Outsider_innen* in Relation zu einer konkreten Situation. Diese fundamentale Unterscheidung trifft, wie Lippmann bereits in *Public Opinion* geschrieben hat, grundsätzlich auf alle Menschen und Situationen zu: »[T]he outsider, and every one of us is an outsider to all but a few aspects of modern life, has neither time, nor attention, nor interest, nor the equipment for specific judgment.«⁴⁶ Konkrete

44 Ebd., S. 161 f.

45 Ebd., S. 4.

46 Lippmann, *Public Opinion*, S. 400.

Entscheidungen erfordern in der Regel ein umfassendes Urteilsvermögen, das nur diejenigen Personen haben, die in die jeweilige Angelegenheit involviert und mit der Sachlage, den konkurrierenden Interessen und den relevanten Fakten hinreichend vertraut sind. Unbeteiligte Zuschauer, die lediglich durch die Presse informiert sind, haben dagegen nur einen oberflächlichen Bezug zu diesen Angelegenheiten. Ihre Einschätzung einer Situation unterscheidet sich deshalb qualitativ von derjenigen der beteiligten Akteur_innen. Dennoch sind die involvierten Personen Lippmann zufolge nicht *per se* intelligenter oder anderweitig überlegen. Selbst von Augenzeugen kann nicht erwartet werden, objektive Informationen zu liefern. Auch Journalisten sind in der Regel weder Augenzeugen noch unmittelbar beteiligt an den Vorgängen, über die sie berichten. Sie sind auf die Sammlung und Auswertung von Quellen angewiesen, darunter zunehmend Pressemitteilungen von professionellen PR-Spezialisten, deren Anliegen es ist, die Berichterstattung in ihrem Interesse zu beeinflussen.⁴⁷

Der Auffassung einer liberalen und pluralistischen Gesellschaft entsprechend setzt Lippmann, ebenso wie Dewey, eine pluralistische Konzeption von Öffentlichkeit voraus. Dabei betont er, dass die Zusammensetzung von Öffentlichkeiten nicht im Voraus festgelegt werden kann, sondern in Abhängigkeit von den Angelegenheiten variiert: »It follows that the membership of the public is not fixed. It changes with the issue: the actors in one affair are the spectators of another, and men are continually passing back and forth between the field where they are executives and the field where they are members of a public.«⁴⁸ Öffentlichkeiten bestehen für Lippmann aus einer unbestimmten, eher zufälligen Menge von indirekt Betroffenen, die öffentlich ihre Sympathie für die eine oder andere Seite der in einen Konflikt oder Machtkampf verwickelten Akteur_innen ausdrücken: »The public in any situation is, in fact, merely those persons, indirectly concerned, who might align themselves in support of one of the actors.«⁴⁹ Aufgrund der konflikt-

47 Vgl. Lippmann, *The Phantom Public*, Kap. III »Agents and Bystanders«, S. 30–43; 140.

48 Ebd., S. 100.

49 Ebd., S. 158. An einer anderen Stelle schreibt Lippmann dazu: »When men take a position in respect to the purposes of others they are acting as a public.« (Ebd., S. 188.)

haft konkurrierenden Interessen der beteiligten Akteur_innen kann einer solchen Öffentlichkeit keinesfalls eine homogene öffentliche Meinung oder ein kollektiver Wille unterstellt werden. Im Gegenteil, einflussreiche Akteur_innen versuchen stets, ihre eigenen Ziele als Anliegen der Gesamtöffentlichkeit zu deklarieren. Für einzelne Bürger_innen ist es kaum möglich, die tatsächliche Interessenlage zu durchschauen. Daher sieht Lippmann die Funktion öffentlicher Debatten darin, die konkurrierenden Interessen der Beteiligten sichtbar zu machen, und nicht darin, einen Konsens oder gemeinsamen Willen herbeizuführen.⁵⁰

Weil sich die Betroffenen, die potenzielle Öffentlichkeiten bilden, nicht mit allen auftretenden gesellschaftlichen Problemen befassen können, wurde die Zuständigkeit für die Lösung gesellschaftlicher Konflikte stellvertretend auf die Politik übertragen. Zwar sind auch Berufspolitiker_innen und Beamt_innen selbst häufig nur Zuschauer_innen und nicht unmittelbar Beteiligte in Bezug auf die Angelegenheiten, die sie regeln müssen. Aufgrund ihrer beruflichen und gesellschaftlichen Stellung sind sie jedoch eher in der Lage, in diese Probleme einzugreifen, als durchschnittliche Mitglieder der Öffentlichkeiten, die sich durch eine unbeteiligte Zuschauerperspektive auszeichnen. Die Aufgabe der Regierung besteht demnach wesentlich darin, das komplexe Geflecht gesellschaftlicher Interaktionen und konkurrierender Interessen in einem Gleichgewicht zu halten und auftretende Konflikte beizulegen, wenn diese nicht von den Beteiligten selbst gelöst werden können:

»[G]overnment consists of a body of officials, some elected, some appointed, who handle professionally, and in the first instance, problems which come to public opinion spasmodically and on appeal. Where the parties directly responsible do not work out an adjustment, public officials intervene. When the officials fail, public opinion is brought to bear on the issue.«⁵¹

Die demokratische Funktion von Öffentlichkeiten sieht Lippmann folglich nicht in einem *inhaltlichen* Beitrag zu einer strittigen Angelegenheit, sondern einzig in der formalen Intervention in besonde-

⁵⁰ Vgl. ebd., S. 100–105.

⁵¹ Ebd., S. 62.

ren Krisensituationen. Öffentlichkeiten haben bei Lippmann – anders als bei Dewey – keine eigene Problemlösungskompetenz. Sie sind aber in gewisser Weise eine letzte »Reserve politischer Macht«, wenn es den gewählten politischen Repräsentant_innen nicht gelingt, die auftretenden Konflikte zu regulieren. Dann kann die Öffentlichkeit intervenieren. Eine öffentliche Intervention wird jedoch erst dann wirksam, wenn eine so große Anzahl von Bürger_innen mobilisiert werden kann, dass sich ihre Intervention tatsächlich auf die Entscheidungen der politischen Akteur_innen auswirkt oder sogar zu einem Machtwechsel führt. Die öffentliche Meinung drückt sich in Zustimmung oder Ablehnung aus – durch Wahlen oder durch Demonstrationen für oder gegen eine Sache. In der Regel ist es, wie Lippmann betont, eher die Ablehnung und Empörung als die Zufriedenheit mit der Arbeit der Regierung, die den notwendigen Grad an öffentlicher Aufmerksamkeit und Mobilisierung erzeugt. Auch der Akt der Stimmabgabe bei einer Wahl zeigt, dass die darin ausgedrückte öffentliche Meinung keineswegs als inhaltliches Statement verstanden werden kann, sondern lediglich allgemein signalisiert, wie zufrieden die Mehrheit der Betroffenen mit dem »Konfliktmanagement« ihrer politischen Repräsentant_innen ist.⁵²

»Public opinion, in this theory, is a reserve of force brought into action during a crisis in public affairs. [...] In this theory, public opinion does not make the law. [...] It does not reason, investigate, invent, persuade, bargain or settle. But, by holding the aggressive party in check, it may liberate intelligence. Public opinion in its highest ideal will defend those who are prepared to act on their reason against the interrupting force of those who merely assert their will.«⁵³

Doch selbst die Intervention erfolgt nicht durch die breite Öffentlichkeit als Ganzes, sondern wird in der Regel von einer Art »professionalisierter Öffentlichkeit« übernommen, die aus einfluss-

52 Vgl. Lippmann, *The Phantom Public*, S. 44–64. Lippmann bringt das auf die Formel: »To support the Ins when things are going well; to support the Outs when they seem to be going badly, this, in spite of all that has been said about tweedledum and tweedledee, is the essence of popular government.« (Ebd., S. 116.)

53 Vgl. ebd., S. 59.

reichen Akteur_innen besteht, die innerhalb des engeren Kreises der Insider eine Opposition bilden und versuchen, die Öffentlichkeit für ihr Anliegen zu mobilisieren.⁵⁴ In Anbetracht dessen, wie schwer eine solche Massenmobilisierung ist und dass sie häufig nur mit den Mitteln der Propaganda erreicht wird, kommt Lippmann zu jener negativen Beurteilung des politischen Potenzials der Öffentlichkeiten, auf die sein Ansatz oft reduziert wird:

»We must assume as a theoretically fixed premise of popular government that normally men as members of a public will not be well informed, continuously interested, nonpartisan, creative or executive. We must assume that a public is inexpert in its curiosity, intermittent, that it discerns only gross distinctions, is slow to be aroused and quickly diverted; that, since it acts by aligning itself, it personalizes whatever it considers, and is interested only when events have been melodramatized as a conflict.«⁵⁵

Die »einfache Bürgerin« in der modernen Massendemokratie, die zwar gelegentlich als Mitglied einer Öffentlichkeit ihre Zustimmung oder Ablehnung gegenüber den beteiligten Akteur_innen bekunden kann, aber sonst nur Zuschauerin eines professionalisierten Politikbetriebs ist, muss von der »Last« (*the burden of citizenship*) befreit werden, über alle politischen Fragen auf dem Laufenden zu sein, die ihr in klassischen Demokratietheorien auferlegt wird. Sie kann die politischen Repräsentant_innen, die mit der professionellen Regelung der öffentlichen Angelegenheiten betraut sind, in die Verantwortung nehmen und die Regierungen nach Maßgabe des Erfolgs ihrer Politik bestätigen oder abwählen, soll aber sonst ihren eigenen Angelegenheiten nachgehen:

⁵⁴ Vgl. ebd., S. 115 f.

⁵⁵ Ebd., S. 54 f. Jörke weist ganz richtig auf die Paradoxie hin, dass Lippmann der Öffentlichkeit mit der Aufgabe der Intervention eine Funktion zuschreibt, der er selbst gründlich den Boden entzogen hat: Wie soll die Öffentlichkeit wissen, ob sie aus guten Gründen intervenieren muss oder nur instrumentalisiert wird, wenn sie sich auf die Berichterstattung nicht verlassen kann? Vgl. Dirk Jörke (2011): *Kritik demokratischer Praxis. Eine ideengeschichtliche Studie*, Baden-Baden: Nomos, S. 340.

»[I]n this theory the public intervenes only when there is a crisis of maladjustment, and then not to deal with the substance of the problem but to neutralize the arbitrary force which prevents adjustment. It is a theory which economizes the attention of men as members of the public, and asks them to do as little as possible in matters where they can do nothing very well. It confines the effort of men, when they are a public, to a part they might fulfill, to a part which corresponds to their own greatest interest in any social disturbance; that is, to an intervention which may help to allay the disturbance, and thus allow them to return to their own affairs.«⁵⁶

Während Lippmann mit seiner »realistischen« Sicht auf die Entstehungsbedingungen der öffentlichen Meinung und die Konstitution pluraler Öffentlichkeiten vor allem auf die Kritik an einer falschen Vorstellung von Öffentlichkeit ausgerichtet ist, bietet Deweys Ansatz eine konstruktive Perspektive. Dewey knüpft in *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* (1927) explizit an Lippmanns Theorie an, betont aber durch seine Konzeption kooperativer Untersuchungsprozesse zur Klärung öffentlicher Angelegenheiten und durch seine soziale Konzeption von Intelligenz, dass die betroffenen Bürger_innen, die eine Öffentlichkeit bilden, durchaus aktiv in die politischen Entscheidungen einbezogen werden können.

56 Lippmann, *The Phantom Public*, S. 189.

Teil I

DEMOKRATISCHER
EXPERIMENTALISMUS

PHILOSOPHIE DES EXPERIMENTALISMUS

Unter den verschiedenen Bezeichnungen, die Dewey selbst im Laufe von fünf Jahrzehnten für seine eigene Philosophie verwendet hat – unter anderem Pragmatismus, Instrumentalismus, Experimentalismus und Naturalismus –, greife ich die Bezeichnung *Experimentalismus* auf, die Dewey selbst in seinem Spätwerk favorisiert.¹ Der Begriff *demokratischer Experimentalismus* geht dagegen nicht direkt auf Dewey zurück, sondern taucht erst in den 1990er Jahren in der Politikwissenschaft, Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie auf.² Darunter versammeln sich verschiedene theoretische Ansätze, die sich mehr oder weniger auf Dewey beziehen.³ Ich

- 1 Dewey selbst hat die Bezeichnung »Experimentalismus« erstmals im Titel seines autobiografischen Aufsatzes »Vom Absolutismus zum Experimentalismus« von 1930 verwendet, vgl. John Dewey (2004h): »Vom Absolutismus zum Experimentalismus«, 1930, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 13–27.
- 2 Die Bezeichnung *demokratischer Experimentalismus* für Deweys philosophischen Ansatz wurde maßgeblich durch den Rechts- und Sozialwissenschaftler Charles F. Sabel geprägt, vgl. Michael C. Dorf und Charles F. Sabel (1998): *A Constitution of Democratic Experimentalism*, Cornell Law Faculty Publications, S. 283, URL: <http://scholarship.law.cornell.edu/facpub/120> (abgerufen am 25.08.2018); Michael C. Dorf und Charles F. Sabel (2000): »Drug Treatment Courts and Emergent Experimentalist Government«, in: *Vanderbilt Law Review* 53.3, S. 831–883, Charles F. Sabel (2004): »Eine stille Revolution demokratischer Gouvernanz. Auf dem Weg zu einem demokratischen Experimentalismus«, in: *Governance im 21. Jahrhundert*, hrsg. von OECD, S. 145–178; Charles F. Sabel (2012): »Dewey, Democracy, and Democratic Experimentalism«, in: *Contemporary Pragmatism* 9.2, S. 35–55, Grainne De Burca, Robert O. Keohane und Charles F. Sabel (2014): »Global Experimentalist Governance«, in: *British Journal of Political Science* 2014, S. 477–486.
- 3 Dazu gehört der 1998 erschienene Sammelband »Demokratischer Experimentalismus«, in dessen Einleitung der Herausgeber Hauke Brunkhorst explizit darauf hinweist, dass eine »Dewey-Exegese oder -Philologie [...] in den Beiträgen dieses Bandes nicht beabsichtigt [war] und [...] auch nicht statt[findet]« (Hauke Brunkhorst [1998]: *Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 7).

verwende den Begriff demokratischer Experimentalismus im Folgenden jedoch konsequent als Bezeichnung für Deweys umfassenden philosophischen Ansatz.

In diesem Kapitel erläutere ich die Grundzüge von Deweys Philosophie systematisch anhand der folgenden, eng zusammenhängenden Aspekte: die Einführung der *experimentellen Methode* in die Philosophie, die als treibende Kraft für die notwendige »Erneuerung der Philosophie« dient, und der dafür zentrale Begriff der *Erfahrung* (Kap. 3.1), die *interaktionistische Handlungstheorie*, die auf biologische und psychologische Annahmen von Williams James und auf Charles Darwins Evolutionstheorie zurückgeführt wird, und die damit verbundene *Theorie der Gewohnheitsbildung* (Kap. 3.2), und zuletzt die *holistische Erkenntnistheorie*, die auf einer fundamentalen Kritik an der Trennung von Denken und Handeln seit der Antike und an der dualistischen Subjekt-Objekt-Trennung in der Philosophie der Neuzeit seit Descartes basiert (Kap. 3.3).⁴

3.1 EXPERIMENTELLE METHODE UND ERFAHRUNG

Infolge der drei großen Revolutionen der Neuzeit – der wissenschaftlichen, industriellen und politischen Revolution – geht Dewey davon aus, dass die Philosophie in der Moderne einer grundlegenden Erneuerung bedarf, durch die sie sich von vorwissenschaftlichen, vortechnologischen und vordemokratischen Denksystemen abhebt.⁵ Notwendig ist diese Erneuerung vor allem deshalb, weil die drei Revolutionen zu einer tiefgreifenden Umwälzung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse geführt haben. Die vorherrschenden sozialen Beziehungen, Moralvorstellungen und Denkgewohnheiten sind diesen veränderten Bedingungen nicht mehr angemessen. Der erste Aspekt von Deweys Experimentalismus besteht deshalb in der Anerkennung der Bedeutung der *experimentellen* oder *empirischen Methode* für die Philosophie nach dem Vorbild der

4 Der Aufbau dieser systematischen Darstellung ist von der Zusammenfassung von Deweys philosophischem Ansatz inspiriert, wie er sie selbst in seinen *Lectures in China* beschreibt, vgl. John Dewey (1973): *Lectures in China, 1919–1920*, hrsg. von Robert W. Clopton und Tsuin-Chen Ou, Hawaii: University Press of Hawaii, S. 58.

5 Vgl. Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 9–45.

empirischen Naturwissenschaften. Anhand der daraus folgenden Konsequenzen lässt sich der grundlegende Wandel der Erkenntnis-, Moral- und Sozialphilosophie in der Moderne beschreiben.

Mit der modernen empirischen Wissenschaft ist seit dem 16. Jahrhundert ein neues methodisches Denken entstanden, das auf systematischer Beobachtung, Schlussfolgerung, Hypothesenbildung und experimenteller Verifikation beruht. Diese fundamentale Veränderung der Forschung führte zur zunehmenden Ausdifferenzierung und Spezialisierung der wissenschaftlichen Disziplinen: zunächst in den Naturwissenschaften wie der Astronomie, Physik, Chemie, Geologie und Biologie, und ab dem 19. Jahrhundert auch in den Sozialwissenschaften wie der Psychologie und Soziologie. Doch in der Philosophie, insbesondere in der Moral- und Sozialphilosophie, blieb die empirische Methode bis ins 20. Jahrhundert unberücksichtigt. Dewey zufolge ergibt sich ein problematisches Ungleichgewicht aus dem Umstand, dass »die Veränderung bislang eher technisch als menschlich und moralisch gewesen ist, daß sie eher ökonomisch als angemessen sozial war.«⁶

Während die Philosophie in der Neuzeit maßgeblich zur Entwicklung und Ausdifferenzierung der modernen Wissenschaften beigetragen hat, gilt es im 20. Jahrhundert, die experimentelle Methode auch in den Bereichen des Sozialen und Moralischen anzuwenden. Darin liegt für Dewey

»die rekonstruktive Aufgabe, die die Philosophie zu leisten hat. Sie muß sich daranmachen, für die Entwicklung der Erforschung der menschlichen Lebenspraxis und von daher der Moral das zu leisten, was die Philosophen der letzten Jahrhunderte für die Förderung der wissenschaftlichen Erforschung der physikalischen und physiologischen Bedingungen und Aspekte des menschlichen Lebens geleistet haben.«⁷

6 Ebd., S. 89. Anhand dieser impliziten Technik- und Kapitalismuskritik wird bereits erkennbar, dass Deweys Forderung nach einer stärkeren empirischen Ausrichtung der Philosophie weder ein szientistisches Wissenschaftsverständnis noch ein marktliberales Ökonomieverständnis zugrunde liegt, sondern dass er zu diesen Tendenzen eine kritische Distanz einnimmt. Vgl. zu Deweys Kapitalismuskritik u. a. Hartmann, *Die Kreativität der Gewohnheit*, S. 261–277.

7 Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 27.

Dewey hat auch die negativen Auswirkungen im Blick, die der zunehmende Einfluss der Wissenschaft auf das alltägliche Leben hervorgerufen hat. Um auf die komplexen sozialen Probleme reagieren zu können, die als Folgen der industriellen Modernisierung entstanden sind, ist nach Dewey jedoch eine Erneuerung der Moral- und Sozialphilosophie notwendig, die ebenfalls auf der experimentellen Methode basiert.

Eine zentrale Annahme der Erneuerung der Philosophie betrifft den Status philosophischer Begriffe und Theorien: Sie müssen – wie es sich in den modernen Naturwissenschaften methodisch durchgesetzt hat – auf die *Erfahrung* zurückgeführt und experimentell verifiziert werden. Dewey richtet sich damit gegen den Anspruch auf eine apriorische, erfahrungsunabhängige Gültigkeit philosophischer Erkenntnisse oder universaler moralischer Prinzipien. Philosophische Ansätze, die ein gesichertes Fundament des Wissens oder apriorische Annahmen in Anspruch nehmen, werden von ihm als absolutistisch, fundamentalistisch und dogmatisch kritisiert. Stattdessen geht er davon aus, dass philosophische Begriffe, Theorien und Erkenntnisse stets nur *Hypothesen* im Rahmen von experimentellen Untersuchungsprozessen in konkreten Situationen sind. Ihre Verifikation kann nicht durch deduktive Ableitung oder kontemplative Introspektion erfolgen, sondern letztlich nur durch die empirische Beobachtung der praktischen Konsequenzen, die sie für die Erfahrung haben. Doch auch im Fall einer erfolgreichen Verifizierung erhalten die Ergebnisse durchgeführter Untersuchungsprozesse nicht den Status absoluter Wahrheiten, sondern bleiben offen und revidierbar. Sie werden zwar »auf praktischer oder moralischer Gewissheit beruhen, aber sie stehen immer in der Gefahr, durch unvorhergesehene zukünftige Konsequenzen oder durch beobachtete Tatsachen, die nicht berücksichtigt worden waren, korrigiert zu werden.«⁸

Die experimentelle Methode verlangt die Anerkennung der Tatsache, dass wir, insbesondere in sozialen Angelegenheiten, nur über ein begrenztes Wissen verfügen. Für Dewey gibt es keine absoluten Gewissheiten, keine Offenbarungen und erfahrungsunabhängigen Erkenntnisse: »Wissen, das allgemein, allumfassend und allmono-

8 Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 26.

polisierend ist, hört auf, Bedeutung zu haben, da es jeden Kontext verliert [...].«⁹ Statt einen Zugang zum universalen Wissen zu haben, ist unser Leben von Komplexität und Kontingenz geprägt. Alles, was wir wissen und wissen können, lässt sich auf vergangene Erfahrungen zurückführen und ist *experimentell* gewonnen – nicht im engen wissenschaftlichen, sondern in einem weiten Verständnis des Begriffs. »Life itself is an experiment«, behauptet Dewey, »everything we undertake is experimental in one way or another.«¹⁰ Auch ein Mensch mit festen Prinzipien ist zum Experimentieren gezwungen, wenn er in Übereinstimmung mit seinen Überzeugungen *handeln* will, weil er nicht alle Konsequenzen seines Handelns voraussehen kann. Doch sein Blick für unerwünschte Handlungsfolgen ist möglicherweise durch dogmatische Überzeugungen eingeschränkt und hält ihn von erfahrungsbasierten Lernprozessen ab, die seine Überzeugungen verändern könnten. Diese Lernprozesse sind im Ansatz des Experimentalismus entscheidend. Wenn wir die intendierten und nicht-intendierten Folgen unserer Entscheidungen systematisch reflektieren, können wir aus unseren *vergangenen* Erfahrungen lernen und diesen Lernprozess nutzen, um *zukünftige* Erfahrungen besser zu steuern. Wenn es um sehr komplexe Entscheidungen geht, die eine Vielzahl von Menschen betreffen, etwa in politischen Angelegenheiten, ist ein systematisches Vorgehen, wie es Deweys Konzeption der politischen Öffentlichkeit zugrunde liegt, besonders geboten.

Die Ablehnung absoluter Gewissheiten und die Einbeziehung nicht-intendierter Handlungsfolgen führen dazu, dass experimentelle Untersuchungsprozesse stets offen und revidierbar bleiben, da auch eine gefundene Lösung nur vorläufigen Charakter hat. Denn jeder bestehende Erkenntnisstand kann durch neue Beobachtungen in Frage gestellt werden. Dewey geht deshalb von einer *Kontinuität* der Forschung aus: Sie baut auf früheren Erkenntnissen auf, die aber auch durch neue Beobachtungen revidiert werden können. Das heißt nicht, dass es kein gesichertes Wissen und keinen Erkenntnisfortschritt in den Wissenschaften gäbe. Aufgegeben wird lediglich die Annahme eines linearen Fortschritts sowie die Exis-

9 John Dewey (1995): *Erfahrung und Natur*, 1925, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 39.

10 John Dewey und John Childs, *The Underlying Philosophy of Education* (1933), LW.8.94.

tenz absoluter, unerschütterlicher, von der Erfahrung vollständig unabhängiger Gewissheiten. Alles Wissen ist Dewey zufolge das Ergebnis von Denkopoperationen und Schlussfolgerungen, die nicht von der Erfahrung getrennt werden können. Erkenntnis entsteht als Lernprozess in der Erfahrung und wird experimentell durch die Erfahrung bestätigt. Die Möglichkeit der sprachlichen Artikulation und Verbreitung von gewonnenen Erkenntnissen suggeriert lediglich, dass diese Erkenntnisse von den Erfahrungen und Untersuchungsprozessen abgelöst werden können, durch die sie produziert werden. Tatsächlich aber hätten sie ohne diese Prozesse nicht entstehen können. Solange die Bedeutung des Experimentierens für das erfahrungsbasierte Lernen nicht klar ist, »sollte man besser weder Erkenntnis von Experiment noch Experiment von Erfahrung trennen«.¹¹

Dewey bezeichnet das Ergebnis eines Untersuchungsprozesses nicht als Wissen (*knowledge*), Erkenntnis oder Überzeugung (*belief*), sondern bevorzugt den technischen Terminus »gerechtfertigte Behauptungen« (*warranted assertions*). Er unterscheidet ein »begründetes Fürwahrhalten« (*warranted assertibility*), das über das unmittelbar Gegebene hinausgeht und einer reflexiven Prüfung unterzogen wurde, von einem Fürwahrhalten, das *unbewusst* entsteht und *unreflektiert* übernommen wurde – wobei auch hier die Übergänge fließend sind.¹² Die Wahrheit eines Urteils als Ergebnis eines Untersuchungsprozesses kann immer nur graduell und situationsbezogen bestimmt werden. Philosophische Begriffe und Theorien werden somit zu flexiblen *Werkzeugen* oder *Instrumenten* in einem fortschreitenden Prozess der Untersuchung, der von der Analyse vergangener Erfahrungen ausgeht und auf die Steuerung und Gestaltung der Bedingungen *zukünftiger* Erfahrungen ausgerichtet ist. Die experimentelle Methode verlangt daher eine situationsbezogene Vorgehensweise: Es müssten erst partikuläre Beispiele gefunden

11 John Dewey (2004d): »Einleitung zu den ›Essays in experimenteller Logik‹«, 1916, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 93–144, hier: S. 144.

12 Vgl. Dewey, *Logik*, S. 20 ff.

werden, von denen ausgehend dann verallgemeinert wird.¹³ Ob diese Verallgemeinerungen auch auf andere Kontexte zutreffen, muss jeweils im Einzelfall überprüft werden.

Der Experimentalismus ist für Dewey »ein Versuch, eine präzise logische Theorie der Begriffe, Urteile und Schlussfolgerungen in ihren verschiedenen Formen zu begründen, indem primär darauf fokussiert wird, wie das Denken in den experimentellen Bestimmungen zukünftiger Konsequenzen funktioniert«. ¹⁴ Die wissenschaftliche Methode fordert, wie James formuliert hat, »von ersten Dingen, Prinzipien, »Kategorien«, angeblichen Notwendigkeiten wegzuschauen; und auf letzte Dinge, Früchte, Konsequenzen, Tatsachen hinzuschauen«. ¹⁵ Moralische und sozialphilosophische Theorien müssen deshalb nicht nur an allgemeinen Definitionen, konsistenten Begründungen und normativen Rechtfertigungen, sondern vor allem an den praktischen Konsequenzen für die Bewältigung von Fragen und Problemen der Alltagserfahrung ausgerichtet werden. Aus dieser empirischen Anbindung der Philosophie folgt eine fundamentale Veränderung, denn die Einbeziehung der praktischen Konsequenzen in das Denken verlangt eine radikale Offenheit und Transparenz:

»[E]ine Idee gilt im Experiment nur als Versuch, als Möglichkeit, nicht aber als unveränderlich und endgültig. Sie kontrolliert eine zu vollziehende Handlung, aber der Wert der leitenden Idee wird von den Konsequenzen der Operation bestimmt; die leitende Idee fixiert nicht die Natur des Gegenstandes. Obendrein findet im Experiment alles offen und öffentlich statt. Jeder Schritt ist offen und kann beobachtet werden [...] Der gesamte Prozeß, durch den die Schlußfolgerung erreicht wird, daß ein bestimmtes Urteil über einen Gegenstand gültig ist, ist offen. Er kann Schritt für Schritt von jedermann wiederholt werden. So kann jeder für sich selbst urteilen,

13 Vgl. Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 25.

14 Ebd., S. 28.

15 James, zit. n. ebd., S. 25.

ob die erreichte Schlußfolgerung bezüglich des Gegenstandes die Behauptung rechtfertigt, er sei erkannt oder nicht, oder ob es Lücken und Abweichungen gibt.«¹⁶

Die *Erfahrung* wird im Experimentalismus somit zum Ausgangs- und Fluchtpunkt der philosophischen Reflexion – und die Philosophie damit gleichsam zu einer »empirischen Philosophie« oder einer »Philosophie der Erfahrung«. Wie die Naturwissenschaften müssen auch philosophische Theorien von der Erfahrung ausgehen und diese zugleich – als Instanz zur Überprüfung ihres Wahrheitsgehalts – zum Zielpunkt haben. Der dazu nötige *Untersuchungsprozess* aus logischem Denken, systematischer Reflexion und Schlussfolgerungen steht im Zentrum von Deweys Philosophie des Experimentalismus und seiner Öffentlichkeitskonzeption. Deweys voraussetzungsvoller Erfahrungsbegriff kann hier nur angedeutet werden und wird sich in der Erläuterung der anderen Aspekte des Experimentalismus weiter klären.¹⁷

Deweys Begriff der Erfahrung ist nicht dualistisch, das heißt er etabliert keine Trennung zwischen innerer und äußerer Erfahrung, wie an der handlungstheoretischen Bedeutung von sozialen Interaktionen (Kap. 3.2) und an der Kritik am dualistischen Denken (Kap. 3.3) deutlich wird. Dewey unterscheidet aber zwischen der *Primärerfahrung* des Alltagslebens und der *sekundären Erfahrung* der Wissenschaft. Letztere ist durch einen höheren Grad an Reflexion, Systematik, Selektivität und Kontrolle ausgezeichnet. In erster Linie ist Dewey jedoch nicht an der spezialisierten wissenschaftli-

16 John Dewey (2001): *Die Suche nach Gewißheit*, 1929, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 288 f.

17 In seiner unvollendeten Einleitung zur Neuauflage von *Erfahrung und Natur* von 1951 distanziert sich Dewey allerdings vom Begriff der Erfahrung, der in zahlreichen seiner Werke eine zentrale Stellung einnimmt. Dewey will den Begriff der Erfahrung aufgeben, weil seine spezielle Verwendung des Begriffs unüberwindbare Missverständnisse produziert hat. Stattdessen will er mit dem Ausdruck »Kultur« arbeiten, der ebenfalls auf die *Zusammenhänge* menschlicher Praktiken, Interessen, Werte und materieller Artefakte abzielt, statt diese in einzelne Aspekte oder Handlungssysteme zu trennen und voneinander zu isolieren. Dewey bezieht sich dabei auf den anthropologischen Kulturbegriff von Bronisław Malinowski, der den Zusammenhang von materieller Kultur und Wissen betont. Die begriffliche Verschiebung ändert allerdings nichts an der dahinter stehenden holistischen Konzeption der Erfahrung. Vgl. Dewey, »Die unvollendete Einleitung«, im Anhang von *Erfahrung und Natur*, S. 412–453, bes. S. 450 ff.

chen Erfahrung interessiert, die in Laboratorien unter künstlichen Versuchsanordnungen stattfindet, sondern an der Entwicklung und den Bedingungen eines kritischen Urteilsvermögens in Bezug auf die gewöhnliche Erfahrung:

»The philosophy which interests me most results from observations anyone can make every hour of [one's] daily life, and not on those technicalities which can only be considered by specialists furnished with technical devices. Certain judgments are forced on man by the situation in which [one] finds [oneself].«¹⁸

Die experimentelle Methode verlangt Deweys Konzeption zufolge, dass die philosophische Reflexion nicht von abstrakten Begriffen, Theorien und Erkenntnissen der sekundären Erfahrung ausgeht, sondern von den sozialen und moralischen Problemen, die sich in der *noch undifferenzierten* Primärerfahrung stellen. Zudem müssen die Methoden und Schlussfolgerungen sowie die Verifikation der aufgestellten Hypothesen auf die Primärerfahrung zurückgeführt und dürfen nicht von ihr abgelöst werden.¹⁹ Weil das Experimentieren nicht auf die wissenschaftliche Forschung unter kontrollierten Bedingungen beschränkt ist, kann Dewey in einem weiten Sinn behaupten, dass »alles intellektuelle Erkennen nur eine Methode ist, um ein Experiment durchzuführen, und dass Argumente und Einwände nur Stimuli sind, um jemanden dazu zu veranlassen, einen bestimmten Versuch zu machen – das heißt auf eine nicht-logische, nicht-intellektuelle Angelegenheit zurückzugreifen«,²⁰ nämlich auf die gewöhnliche Erfahrung.

Ein wesentliches Merkmal ist die »Doppelläufigkeit« der Primärerfahrung, von der Dewey im Anschluss an James ausgeht. Die Annahme besagt, dass die gewöhnliche Erfahrung »in ihrer primären Ganzheit keine Trennung zwischen Akt und Material, zwischen Subjekt und Objekt kennt, sondern sie beide in einer

18 Dewey, »A Résumé of Four Lectures on Common Sense, Science and Philosophy« (1932), LW.6.424 f., gegenderte Version zit. n. Lisa Heldke (2001): »How Practical Is John Dewey?«, in: *Feminist Interpretations of John Dewey*, hrsg. von Charlene Haddock Seigfried, University Park, PA: Penn State University Press, S. 239–259, hier: S. 239.

19 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 20 ff., 51.

20 Dewey, »Einleitung zu den »Essays in experimenteller Logik«, S. 99.

unanalysierten Totalität enthält«. ²¹ Deweys Erfahrungsbegriff bezeichnet damit nicht nur die subjektive Dimension des Erlebens, den Erfahrenden als Subjekt, sondern zugleich den Zusammenhang dessen, was erfahren wird, den Gegenstand der Erfahrung. Indem Subjekt und Objekt als untrennbare Einheit verstanden werden, handelt es sich um ein *holistisches* Verständnis von Erfahrung. Beide Seiten, die im alltäglichen Lebensvollzug zusammengehören, werden erst in der reflexiven Analyse voneinander getrennt. In der Sekundärerfahrung der Wissenschaft können Objekte *als* Objekte untersucht werden – abgelöst von konkreten Interaktionsprozessen und unter kontrollierten Bedingungen. Wenn diese spezifische und anspruchsvolle Einstellung gegenüber der Welt jedoch als primäre Erfahrung missverstanden wird, dann »ist das Band, das Erfahrung und Natur miteinander verknüpft, zerschnitten«. ²² Die Herausforderung für die Philosophie besteht demnach darin, die gewöhnliche Erfahrung in ihren konkreten, zunächst noch undifferenzierten Zusammenhängen zu analysieren, statt vorschnell zu verallgemeinern und nur noch auf einer abstrakten, von der Primärerfahrung losgelösten Ebene zu philosophieren. Dewey zufolge

»ist die empirische Methode die einzige Methode, die dieser umfassenden Ganzheit von ›Erfahrung‹ gerecht werden kann. Sie allein nimmt diese integrierte Einheit als Ausgangspunkt für philosophisches Denken. Andere Methoden beginnen mit Resultaten einer Reflexion, die den erfahrenen Stoff und die Operationen und die Zustände des Erfahrens schon entzweigerissen hat.« ²³

Das höchste Ziel und Anliegen der Philosophie liegt für Dewey nicht in der Erkenntnis als Selbstzweck, sondern in der kontinuierlichen Verbesserung der *Qualität* der gewöhnlichen Erfahrung. ²⁴

21 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 25.

22 Ebd., S. 39.

23 Ebd., S. 26.

24 Nicht zufällig besteht hier eine auffällige Ähnlichkeit zum »Kontinuierlichen Verbesserungsprozess« (KVP) als Methode und Grundprinzip des betriebswirtschaftlichen Qualitätsmanagements, wie es auch in der Qualitätsmanagementnorm *ISO 9001* festgelegt ist. Der amerikanische Physiker und Statistiker W. Edwards Deming, der diesen Ansatz im Anschluss an Walter Shewhart bereits in den 1940er Jahren entwickelt und bis in die 1990er Jahre weiterentwickelt hat, orientierte sich nicht nur

Diese Verbesserung wird dadurch erreicht, dass auftretende Probleme und nicht-intendierte Folgen reflektiert und kontrolliert werden. Die mit diesem Prozess verbundenen Lernprozesse führen zu einer Veränderung der Bedingungen zukünftiger Erfahrung. Die Rückbindung der philosophischen Reflexion an die gewöhnliche Erfahrung »schützt uns an erster Stelle davor, uns künstliche Probleme zu schaffen, die die Energie und die Aufmerksamkeit der Philosophen von den wirklichen Problemen ablenken, die sich aus dem wirklichen Stoff ergeben« und sie »ermöglicht [...] eine Überprüfung der Schlußfolgerungen philosophischer Forschung«. ²⁵ Darüber hinaus wird der enge Zusammenhang zwischen Theorie und Empirie deutlich, denn

»die philosophischen Resultate [erhalten] selbst einen empirischen Wert, wenn man sieht, wie sie auf diese Weise in weiteren Erfahrungen funktionieren; sie sind das, was sie zur gewöhnlichen Erfahrung des Menschen beitragen, und keine Absonderlichkeiten, die, mit angemessenen Etiketten versehen, in ein metaphysisches Museum gehören.« ²⁶

Dewey's Vorwurf gegen nicht-empirische philosophische Ansätze lautet, dass diese durch die fehlende Rückbindung ihrer Erkenntnisse an die Primärerfahrung in drei Hinsichten fehlschlagen: Erstens findet keine Verifikation der aufgestellten Theorien statt, zweitens werden die Bedeutungen der gewöhnlichen Erfahrung nicht reflektiert, was für die Verbesserung zukünftiger Erfahrungen jedoch notwendig ist, und drittens bleibt das philosophische Denken lebensfern und abstrakt. ²⁷ Der schwerwiegendste Vorwurf bezieht

an der empirischen Methode der modernen Wissenschaften, sondern war auch maßgeblich von der Philosophie des Pragmatismus beeinflusst (vgl. Michael R. Lovitt [1997]: »The New Pragmatism. Going Beyond Shewhart and Deming«, in: *Quality Progress* 30.4, S. 99–105; Ronald D. Moen und Clifford L. Norman [2010]: »Circling Back«, in: *Quality Progress* 43.11, S. 22–28; Gilles Barouch und Frédéric Ponsignon [2016]: »The epistemological basis for quality management«, in: *Total Quality Management & Business Excellence* 27.7-8, S. 944–962). Vgl. dazu auch meine Anmerkungen zum japanischen Management-Ansatz *Kaizen* in Kapitel 7.2, S. 297.

²⁵ Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 35.

²⁶ Ebd.

²⁷ Vgl. ebd., S. 23.

sich jedoch auf diejenigen Philosoph_innen, die die Alltagserfahrung aus einem elitären Philosophieverständnis heraus gezielt abgewertet haben: »Durch die Herabsetzung der Dinge der Alltagserfahrung, der Gegenstände des Handelns und der Zuneigung des gesellschaftlichen Verkehrs, haben sie etwas Schlimmeres getan als nur diesen Angelegenheiten die intelligente Leitung zu verweigern, deren sie so sehr bedürfen.«²⁸ Durch diesen Irrtum wurde der gewöhnlichen Erfahrung »die Fähigkeit abgesprochen [...], aus sich heraus Methoden zu entwickeln, nach denen sie sich richten kann und die inhärente Maßstäbe des Urteilens und Wertens schaffen.«²⁹ Dewey erfahrungsbezogener Ansatz sieht dagegen vielmehr eine Demokratisierung der Philosophie vor – in dem weiten Verständnis von Demokratie als Lebensform, das in Kapitel 5 ausgeführt wird.

3.2 INTERAKTIONSPROZESSE UND GEWOHNHEIT

Ein besonderes Merkmal von Deweys experimenteller Philosophie ist deren Ausrichtung auf lebendige Prozesse, Wechselwirkungen und dynamische Veränderungen. Hier ist Deweys Philosophie maßgeblich von William James beeinflusst, der mit seinem 1890 erschienenen Buch *Principles of Psychology* »eine Neuinterpretation der introspektiven Psychologie« vorgelegt hat, »in der James bestreitet, dass Empfindungen, Bilder und Ideen diskret sind, und sie durch einen kontinuierlichen Strom ersetzt, den er ›Bewusstseinsstrom‹ nennt«.³⁰ James' Position ist als radikale Kritik an der neuzeitlichen Bewusstseins- und Subjektphilosophie zu verstehen. Im Anschluss daran geht Dewey von einem kontinuierlichen Strom der Erfahrung und einer prozessorientierten Perspektive auf das Handeln aus, statt von statischen Kausalzusammenhängen und Bewusstseinszuständen wie die Subjektphilosophie der Neuzeit seit Descartes. Jeder Mensch befindet sich in einem kontinuierlichen, historisch situierten Prozess der Interaktion mit seiner jeweiligen Umwelt. Es gilt demnach, die Natur nicht in mechanischen Begriffen zu denken, sondern in komplexen und offenen Entwicklungs-

28 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 53.

29 Ebd.

30 Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 30.

prozessen. Wenn Dewey sich als »Naturalist« bezeichnet, dann betont er damit, dass wir Menschen als rationale, reflektierende Wesen selbstverständlich auch ein Teil der Natur sind und auch das Denken ein Teil dieser organischen Interaktionsprozesse ist.

Deweys Naturalismus ist jedoch nicht reduktionistisch in dem Sinn, dass sich Gedanken, Überzeugungen und Emotionen vollständig auf naturwissenschaftlich beschreibbare Prozesse zurückführen lassen. Sein Naturverständnis geht im Anschluss an Darwins Evolutionstheorie von einer sich verändernden Vielfalt der Natur aus, die nicht durch eine ontologische oder teleologische Ordnung festgelegt ist, sondern in ihrer kontinuierlichen Veränderung nur experimentell untersucht werden kann.³¹ Mit der Annahme der Natur als offenem Prozess der Veränderung, der nicht auf ein bestimmtes Ziel festgelegt ist, hat Darwins Evolutionstheorie zu einer »geistigen Revolution« im wissenschaftlichen Denken geführt. Seine Theorie basiert aber nicht auf einem philosophischen Prinzip, sondern auf der Grundlage umfassender empirischer Beobachtungen. Mit der »Entstehung der Arten« hat Darwin die Auflösung der Vorstellung des Lebens in statischen Kategorien bewirkt. Indem er »die Formen, die als Typen der Unwandelbarkeit und Vollkommenheit gegolten hatten, als entstehend und vergehend behandelte«, führte er »eine Denkform ein, die schließlich die Logik der Erkenntnis und infolgedessen die Behandlung von Moral, Politik und Religion transformieren sollte.«³² Dieses darwinistische Narrativ liegt Deweys gesamter Philosophie zugrunde.³³ Die Möglichkeit, die Bedingungen von Veränderungen zu erforschen, eröffnet auch die Chance und Verantwortung, diese Veränderungen aktiv zu gestalten.

Aufgrund dieses organischen Erklärungsmodells steht Deweys Experimentalismus teilweise in Übereinstimmung mit den psychologischen Annahmen des frühen Behaviorismus. Beide Denkrichtungen nehmen Abstand von allgemeingültigen, vagen Aussagen über das menschliche Bewusstsein und Verhalten. Sie plädieren für die empirische Untersuchung konkreter sozialer Interaktionen und

³¹ Vgl. Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 114.

³² Vgl. John Dewey (2004a): »Der Einfluss des Darwinismus auf die Philosophie«, 1916, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 31–43, hier: S. 31.

³³ Vgl. Arvi Särkelä (2015): »Der Einfluss des Darwinismus auf Dewey«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 63,6, S. 1099–1123.

für eine »Auffassung vom Gehirn als einem Organ für die Koordinierung der Sinnesreize [...] mit dem Ziel, angemessene motorische Reaktionen hervorzubringen«. ³⁴ Wie Dewey gehen auch die Behavioristen davon aus, »dass das zentrale Nervensystem eine intermediäre Position dabei einnimmt, Reaktionen auf die Umwelt zu ermöglichen, die den Bedürfnissen des lebenden Organismus adäquat sind«. ³⁵

Grundsätzlich kritisiert Dewey den Behaviorismus aber für eine zu starke Vereinfachung sozialer Beziehungen und eine unzureichende Berücksichtigung der historischen Einbettung des menschlichen Verhaltens. ³⁶ Bereits in seinem frühen Aufsatz »The Reflex Arc Concept in Psychology« von 1896 argumentiert Dewey, dass sich die komplexen Anpassungsprozesse von Organismen an ihre Umwelt nicht auf ein mechanisches Reiz-Reaktions-Modell reduzieren und als kausaler Zusammenhang von Ursache und Wirkung beschreiben lassen. Am Handeln ist stets der gesamte Organismus beteiligt, einzelne Reflexe können dagegen nur »innerhalb eines umfassenden Verhaltensganzen« verstanden werden. ³⁷ Menschliches Verhalten kann nicht isoliert verstanden werden, sondern nur im Kontext geteilter sozialer Verhaltensweisen und biografischer Entwicklungsprozesse, in denen es entstanden ist. Das menschliche Verhalten ist durch *Gewohnheiten* bestimmt, die sich in der individuellen Entwicklung herausbilden. Sie sind untrennbar mit der sozialen Umwelt und mit dem evolutionären Prozess der Menschheitsgeschichte verwoben, weil sich in ihnen kulturell vermittelte Verhaltensweisen manifestieren. Von diesem sozial-kulturellen Kontext lässt sich das menschliche Verhalten nicht trennen. Insofern muss für ein umfassendes Verständnis des Handelns der ganze Mensch mit seiner Lebensgeschichte in den Blick kommen, nicht nur eine isolierte Reaktion auf einen isolierten Reiz. Zwar kann man

³⁴ Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 29.

³⁵ Ebd.

³⁶ Vgl. Dewey, »The Need for Social Psychology« (1916), MW.10.57.

³⁷ John Dewey (2003c): »Körper und Geist«, 1928, in: *Philosophie und Zivilisation*, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 292–309, hier: S. 302.

»zu Untersuchungszwecken eine bestimmte organische Struktur oder einen organischen Prozess isolieren. Soweit wir das tun, fassen wir diese Struktur so auf, als gleiche sie Anordnungen und Prozessen, die sie mit un- belebten Dingen teilt. Aber verstehen können wir den Organismus erst dann, wenn wir seine Geschichte mit in Betracht gezogen haben.«³⁸

Wenn der geschichtliche Kontext abgeschnitten wird, kann auch der Sinn einzelner Handlungen und Verhaltensweisen nicht verstanden werden. Diese werden unter isolierter Betrachtung zu leblosen Fakten, »rein mechanisch und ohne intellektuelle und emotionale Qualität«.³⁹ Mit seiner interaktionistischen *Theorie der Gewohnheitsbildung*, die im Folgenden erläutert wird, bietet Dewey deshalb eine konkrete Alternative zum Behaviorismus.

Deweys Verknüpfung von Erkenntnis- und Handlungstheorie kann nicht ohne die zugrunde liegende Annahme einer kontinuierlichen Interaktion zwischen Organismus und Umwelt verstanden werden. Er versucht, die klassische *dualistische Trennung* von Subjekt und Objekt zu überwinden, die seit Descartes die neuzeitliche Philosophie prägt, ohne aber die Möglichkeit einer *analytischen Unterscheidung* von Subjekt und Objekt zu bestreiten und in einen Monismus zurückzufallen.⁴⁰ Anstelle eines Denkens in abgeschlossenen Entitäten, statischen Zuständen und Qualitäten stehen im Experimentalismus offene Entwicklungsprozesse, komplexe Relationen und wechselseitige Abhängigkeiten im Zentrum. Unter den modernen Bedingungen zunehmender Komplexität und beschleunigter Veränderungen ist ein solcher pluralistischer und dynamischer Ansatz notwendig, denn an

»die Stelle eines geschlossenen Universums hat die Wissenschaft heute eines gesetzt, das unendlich in Raum und Zeit ist, [...] und ebenso unendlich komplex in seiner inneren Struktur, wie es an Ausdehnung unendlich

38 Ebd., S. 300.

39 Ebd., S. 301.

40 Vgl. zum Monismus John Dewey (2004c): »Die Notwendigkeit einer Selbsterneuerung der Philosophie«, 1917, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 145–195, hier: S. 145; Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 22, 24.

ist. Von daher ist es ebenso eine offene Welt, eine unendlich vielfältige Welt, eine Welt, die kaum noch im alten Sinne überhaupt ein Universum genannt werden kann; so vielfältig und weitreichend, daß sie nicht in einer einheitlichen Formel zusammengefaßt und begriffen werden kann.«⁴¹

Trotz der Ausrichtung auf die kontinuierliche Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen wird dieser Prozess von Dewey aber nicht als Selbstzweck oder gar als oberstes Prinzip angesehen. Er kritisiert Heraklits antike Philosophie des Fließens ebenso wie die Philosophien des Wachstums und Werdens von Hegel oder Bergson, weil diese durch die Überhöhung der Veränderung zu einem Grundprinzip der Realität wieder eine Form der Stabilität erschaffen.⁴² Ein solches Prinzip der Veränderung führt zu einer apriorischen Vorschrift für die Realität und verhindert deren offene, pluralistische und hypothetische Beschreibung, die im Experimentalismus angestrebt wird. Der gesellschaftliche Wandel vollzieht sich in einer kaum überschaubaren Vielzahl von dynamischen Entwicklungsprozessen, die keiner rationalen Entwicklungslogik folgen:

»Die viktorianische Auffassung, dass Wandlung Teil einer Evolution ist, die notwendigerweise durch aufeinander folgende Stadien zu irgendeinem göttlich vorherbestimmten fern liegenden Ereignis führt, ist eine Rationalisierung. Die Auffassung einer plötzlichen, vollständigen, geradezu katastrophalen Transformation, die durch den Sieg des Proletariats über die jetzt herrschende Klasse verwirklicht wird, ist eine vergleichbare Rationalisierung. Aber die Menschen haben die Auswirkungen des Wandels in der Wirklichkeit in den meisten Fällen durch tendenzielle Verschiebungen sowie zeitweilige, meistens inkohärente Improvisationen bewältigt.«⁴³

⁴¹ Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 106 f.

⁴² Vgl. Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 64.

⁴³ John Dewey (2010b): »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, 1935, in: *Liberalismus und gesellschaftliches Handeln. Gesammelte Aufsätze 1888 bis 1937*, hrsg. und übers. von Achim Eschbach und Nora Eschbach, Mohr Siebeck, S. 149–207, hier: S. 184.

Erfahrung, Wissen und Erkenntnis kommen im Experimentalismus nicht nur als etwas Vergangenes und Feststehendes in den Blick, sondern in ihrer situationsbezogenen Dimension und prozessualen Entwicklungsdynamik. Weil wir als handelnde und tätige Lebewesen in der Interaktion mit unserer Umgebung kontinuierlich Erfahrungen machen, können wir aus vergangenen Erfahrungen ein Wissen um die Bedingungen unserer Erfahrungen gewinnen und durch *Lernprozesse* die Bedingungen und damit die Qualität zukünftiger Erfahrungen beeinflussen.⁴⁴ Der interaktionistische Ansatz macht deutlich, dass der Kontext konkreter Handlungs- und Erfahrungszusammenhänge von zentraler Bedeutung ist. Das Ziel der philosophischen Reflexion liegt demnach nicht darin, allgemeine Gesetzmäßigkeiten des Handelns zu entdecken, sondern konkrete Auswirkungen im Rahmen einer gegebenen Situation zu analysieren.

Die kontinuierliche Interaktion zwischen Organismus und Umwelt führt im individuellen Verhalten zur Herausbildung bestimmter Gewohnheiten (*habits*).⁴⁵ Wenn es in Deweys Handlungstheorie um die Reflexion sozialer *Praktiken* geht, dann werden diese immer vor dem Hintergrund eines komplexen Gewebes solcher Gewohnheiten verstanden. Nicht rationale Gründe oder freie Entscheidungen, sondern Gewohnheiten sind »die Hauptquelle menschlichen Handelns«. ⁴⁶ Dewey verwendet einen weiten Begriff von Gewohnheit, der motorische Fähigkeiten ebenso umfasst wie komplexe kulturelle Aktivitäten, Wahrnehmungs-, Sprech- und Denkgewohnheiten. Anstelle von Gewohnheit hätte Dewey auch die Begriffe der Haltung (*attitude*) oder des Charakters (*disposition*) verwenden können. Er hat sich jedoch ausdrücklich gegen diese Begriffe entschie-

44 Vgl. Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 356 f.

45 Ich beziehe mich hier vor allem auf Deweys Begriff der Gewohnheit, wie er ihn in *Die menschliche Natur* (1922) entwickelt hat. In seinem frühen Werk *Psychology* (1887) verwendet er *habit* und *routine* hingegen noch undifferenziert, vgl. Hartmann, *Die Kreativität der Gewohnheit*, S. 150 f., 157.

46 John Dewey (1996): *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Hans-Peter Krüger, aus dem Amerikanischen übers. von Wolf-Dietrich Junghans, Bodenheim: Philo, S. 136 Auf dieser zentralen These baut Hartmann eine pragmatistisch inspirierte Demokratietheorie im Anschluss an Dewey auf, vgl. Hartmann, *Die Kreativität der Gewohnheit*.

den, da sie ihm zu passiv erscheinen. Sie verweisen eher auf ein implizites Potenzial, wohingegen der Begriff der Gewohnheit stärker die aktive Handlungsebene betont, um die es ihm geht.⁴⁷

Gewohnheiten bezeichnen nicht konkrete, einzelne Handlungen, sondern wiederholte, dauerhafte Praktiken, die das gewöhnliche Verhalten kennzeichnen. Als Gewohnheiten können demnach Grundfunktionen beschrieben werden, wie der aufrechte Gang, die Koordinierung von Auge und Hand zum Greifen und Bewegen von Gegenständen, aber auch höhere Fähigkeiten wie Sprechen und Denken, Lesen und Schreiben, Fahrrad oder Auto fahren, ein Musikinstrument spielen oder ein Werkzeug benutzen. Tätigkeiten, die umgangssprachlich als Gewohnheit bezeichnet werden – eine bestimmte Zeitung zu lesen, den gleichen Weg zur Arbeit zu nehmen oder bestimmte Gerichte zu essen –, können nur begrenzt als Gewohnheit in Deweys Sinn bezeichnet werden, wie im Folgenden deutlich wird. Denn bei diesen Fällen handelt es sich weniger um erlernte Fähigkeiten als um die Anwendung verschiedener Gewohnheiten.

Im Unterschied zu den physiologischen Körperfunktionen wie der Atmung oder dem Verdauungssystem sind die meisten Gewohnheiten unter dem Einfluss der sozialen Umgebung *erworben* oder *erlernt*. Sie sind Ergebnisse der kontinuierlichen Interaktion von Organismus und Umwelt. Sie implizieren, dass die jeweiligen Interaktionen zwischen einem Individuum und seiner Umgebung zu einem gewissen Grad *erfolgreich* sind, d. h. sich eingespielt, stabilisiert oder bewährt haben. Der Entwicklung einer Gewohnheit geht in der Regel ein Lernprozess des Suchens und Ausprobierens voraus, bis das gewünschte Ergebnis erzielt wird. Wenn die Interaktion fehlschlägt, es also nicht zu einer Übereinstimmung zwischen Handlungserwartung und tatsächlichen Folgen kommt, dann bildet sich auch keine neue Gewohnheit. Wenn der aktive Lernprozess aber erfolgreich ist und sich eine neue Gewohnheit etabliert hat, erfolgt die Ausführung der gewohnheitsmäßigen Tätigkeit weitgehend unbewusst. Das kann anhand von einfachen Bewegungsabläufen wie Laufen, Essen oder Fahrradfahren besonders

⁴⁷ Vgl. John Dewey (2004b): *Die menschliche Natur. Ihr Wesen und ihr Verhalten*, hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Rebekka Horlacher und Jürgen Oelkers, Zürich: Pestalozzianum, S. 36.

gut veranschaulicht werden, aber es trifft ebenso auf intellektuelle Tätigkeiten, Sprech- oder Denkgewohnheiten zu. Letztlich sind die »festen Gewohnheiten [...] genau die, von denen wir am wenigsten Bewußtsein haben.«⁴⁸ Doch trotz ihrer relativen Stabilität sind Gewohnheiten nicht starr und unveränderlich, sondern bleiben immer zu einem gewissen Grad flexibel und anpassungsfähig an neue Umweltbedingungen.⁴⁹ Diesem Verständnis nach stehen Gewohnheiten keineswegs im Widerspruch zu *kreativem* Denken und Lernen.⁵⁰

Der *kognitive* Anteil an der Bildung von Gewohnheiten ist besonders wichtig für Dewey. Damit grenzt er sich von behavioristischen Reiz-Reaktions-Modellen ab, die das Handeln als nicht-kognitive Konditionierung auffassen. Die Herausbildung von Gewohnheiten ist demgegenüber nur möglich durch das kontinuierliche *Zusammenspiel aus Denken, Handeln und Kommunikation*. Im Unterschied zum umgangssprachlichen Verständnis entstehen Gewohnheiten in Deweys Sinn nicht einfach durch die regelmäßige Wiederholung ein und derselben Tätigkeit. Vielmehr setzt das Lernen neuer Fähigkeiten durch Wiederholung bereits zahlreiche Gewohnheiten voraus. In diesem Sinn sind Gewohnheiten in ein komplexes Netz aus Fähigkeiten eingebettet, die aufeinander aufbauen und sich gegenseitig bedingen. Sie beschreiben nicht nur konditioniertes Verhalten, sondern sind konstruktiv, insofern sie ein *Potenzial* oder *Vermögen* darstellen: Eine »Gewohnheit ist eine Fertigkeit, eine Kunstübung, die durch vergangene Erfahrung gebildet wurde.«⁵¹ In ihr schlägt sich ein habituell-praktisches Wissen nieder, das aus der Erfahrung entstanden ist.

Infolge der Zusammenführung von Erkenntnis- und Handlungstheorie umfassen Gewohnheiten sowohl explizites Wissen darüber, *was* der Fall ist (*know-what*), als auch implizites Wissen, *wie* etwas funktioniert und *wie* eine Tätigkeit ausgeführt wird (*know-how*):

48 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 295.

49 Vgl. Dewey, *Logik*, S. 48; zur »Gewohnheitsbildung« auch: Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 268 ff.

50 Vgl. dazu Hartmann, *Die Kreativität der Gewohnheit*; Hilmar Schäfer (2012): »Kreativität und Gewohnheit. Ein Vergleich zwischen Praxistheorie und Pragmatismus«, in: *Kreativität und Improvisation. Soziologische Positionen*, hrsg. von Udo Göttlich und Ronald Kurt, Wiesbaden: Springer, S. 17–43.

51 Vgl. Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 53.

»We may, indeed, be said to *know how* by means of our habits. [...] We walk and read aloud, we get off and on street cars, we dress and undress, and do a thousand useful acts without thinking of them. We know something, namely, how to do them.«⁵² Das trifft nicht nur auf das gewöhnliche Alltagswissen, sondern auch auf das spezialisierte Denken und Handeln zu. Alle Berufe und Künste, beispielsweise die Tätigkeiten einer Ärztin, Ingenieurin oder Politikerin, führen zur Entwicklung von speziellen Gewohnheiten, auf denen ihr Wissen beruht und die ohne ständiges Nachdenken ausgeführt werden können. Sie »wissen mit ihren Gewohnheiten, nicht mit ihrem ›Bewusstsein‹.«⁵³ Der kognitive Anteil besteht darin, dass eine Gewohnheit »eine Bekanntschaft mit dem Material und dem Werkzeug [enthält], auf das sich die Handlung erstreckt. Die Sachlage, in der die Gewohnheit wirkt, wird klar und in bestimmter Weise verstanden.«⁵⁴ In diesem Sinn sind Gewohnheiten, wie alle menschlichen Handlungen, in einen komplexen sozialen Kontext eingebunden, von dem sie nicht einfach getrennt werden können.

Die erfahrungsbasierten Lernprozesse, die mit der Bildung von Gewohnheiten verbunden sind, resultieren in einem praktischen Wissen, das gleichermaßen theoretische und empirische Anteile umfasst und sich nicht auf eines von beiden reduzieren lässt:

»Der Schuster, der Flötenspieler, der Soldat sind durch die Schule der Erfahrung gegangen, um ihre beruflichen Fertigkeiten zu erwerben. Das heißt: ihre körperlichen Organe, besonders ihre Sinne sind mit den Dingen wiederholt in Berührung gekommen, und die Ergebnisse dieser Berührungen sind aufbewahrt und gesammelt worden, bis die Fähigkeiten der Voraussicht und der Übung erworben waren. Das war der wesentliche Inhalt des Begriffes ›empirisch‹. Er bedeutet ein Wissen

52 Dewey, *Human Nature and Conduct* (1922), MW.14.124. Hier zitiere ich das Original von *Die menschliche Natur*, da in der deutschen Übersetzung der letzte Satz weggelassen wurde.

53 Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 133.

54 John Dewey (2000a): *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*, hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Jürgen Oelkers, aus dem Amerikanischen übers. von Erich Hylla, Weinheim/Basel: Beltz, S. 73.

und eine Fertigkeit, die *nicht* auf dem Einblick in das Grundsätzliche beruhen, sondern das Ergebnis vieler einzelner Versuche und Irrtümer darstellten.«⁵⁵

Auch für die Entwicklung von intellektuellen Fähigkeiten sind Gewohnheiten notwendig und förderlich, da sie die Spezialisierung auf eine bestimmte Tätigkeit ermöglichen, indem das »Denken selbst [...] habituell in bestimmte Bahnen gedrängt, zu einer spezialisierten Beschäftigung [wird]«.⁵⁶ Auch anspruchsvolle und kreative Tätigkeiten sind demnach nicht durch die Abwesenheit von Gewohnheiten gekennzeichnet, sondern durch besonders spezialisierte Gewohnheiten. Im Unterschied zu praktischen Gewohnheiten sind Denkgewohnheiten jedoch noch schwieriger zu verändern. Durch die Einbettung einzelner Urteile in ein komplexes Netzwerk von Überzeugungen sind die Konsequenzen ihrer Veränderung weniger voraussehbar. Wenn Denkgewohnheiten daher »modifiziert werden, zeigt sich die Veränderung zuerst negativ, in der Auflösung alter Überzeugungen, um von umherschwirrenden, flatterhaften und zufällig aufgeschnappten Ansichten ersetzt zu werden«.⁵⁷ Die Veränderung von Denkgewohnheiten stellt deshalb eine der größten Herausforderungen dar.

Dewey unterscheidet zwischen starren, routinierten Gewohnheiten (*routine habits*), die sich in der Imitation und Ausführung erschöpfen, und intelligenten, flexiblen Gewohnheiten (*intelligent habits*), die in der Einheit von Denken und Handeln bestehen.⁵⁸ Diese Unterscheidung darf aber nicht als substantieller Gegensatz missverstanden werden, denn es lassen sich keine allgemeingültigen Kriterien angeben, nach denen Gewohnheiten eindeutig klassifiziert werden könnten. Alle Gewohnheiten beinhalten einen gewissen Grad an Automatisierung, insofern sie weitgehend unbewusste Praktiken, Fähigkeiten und Verhaltensweisen bezeichnen, aber sie

55 Ebd., S. 345.

56 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 138.

57 Ebd., S. 139.

58 Vgl. Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 56 f.; John Dewey (2004e): »Erfahrung, Erkenntnis und Wert. Eine Replik«, 1916, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 362–462, S. 366; »Evolution and Ethics« (1898), EW.5.48.

erschöpfen sich nicht notwendigerweise darin.⁵⁹ Alle Gewohnheiten beinhalten eine kognitive Dimension, zumindest in ihrer Entstehung.

Routinierte Gewohnheiten werden von Dewey als *erstarrte* Interaktionen aufgefasst, denen die kognitive Dimension abhanden gekommen ist oder in denen sie unterdrückt wird und die deshalb nicht anpassungsfähig sind. Sie bewegen sich in festgefahrenen Bahnen und werden beibehalten, auch wenn sich die Situation und die Rahmenbedingungen verändert haben. Dewey vergleicht den »Weg des Routinemenschen« mit einem »Graben, aus dem er nicht mehr heraus kann, dessen Wände ihn einschließen, so daß sein Kurs so gründlich festgelegt ist, daß er an seinen Pfad oder an seine Bestimmung gar nicht mehr denkt«. ⁶⁰ Erst durch die Trennung von Denken und Handeln wird eine Gewohnheit zu stumpfer Routine. Aber auch das Denken verliert seine Kraft, wenn es vom Handeln getrennt ist. Deshalb sind »Gewohnheiten, aus denen das Denken entwichen ist, und Denken, das wirkungslos ist, [...] nur zwei Seiten desselben Tatbestands«. ⁶¹ Was es heißt, dass die kognitive Dimension von Gewohnheiten durch die Umwelt unterdrückt wird oder abhandenkommt, macht Dewey anhand der monotonen Arbeitsbedingungen in den industriellen Fabrikhallen und am Auswendiglernen in der Schule deutlich:

»Die pure Wiederholung ist im Falle des menschlichen Organismus das Produkt von Bedingungen, die gleichförmig sind, weil sie mechanisch dazu gemacht worden sind – wie bei einem Großteil der ›Arbeit‹ in Schule und Fabrik. Solche Gewohnheiten sind in ihrer Manifestation auf die eher künstlichen Bedingungen beschränkt,

⁵⁹ Vgl. Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 55.

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 126.

⁶¹ Ebd., S. 53. An gleicher Stelle schreibt Dewey: »Einem Denken, das sich nicht in den Bereich der üblichen Gewohnheiten des Handelns einfügt, fehlt es an Mitteln der Ausführung. Da ihm die Anwendung versagt ist, so geht ihm auch die Möglichkeit und der Maßstab der Erprobung ab. So wird es in einen Sonderbereich hineingedrängt. Versuchen wir nach ihm zu handeln, so bekommen unsere Handlungen etwas Plumpes und Gezwungenes.« Vgl. zur Kritik an der dualistischen Trennung von Denken und Handeln mein Kapitel 3.3.

unter denen sie operieren. Ganz gewiss bieten sie nicht das Modell, an dem sich eine Theorie der Gewohnheitsbildung orientieren sollte.«⁶²

Intelligente Gewohnheiten dagegen zeichnen sich durch das *Aufrechterhalten* der Einheit von Denken und Handeln aus. Sie bleiben dadurch offen für Veränderungen der Umweltbedingungen und können an diese angepasst werden. Sie enthalten die Bereitschaft, neuen und unbekanntem Situationen mit einer offenen und reflexiven Haltung zu begegnen. Eine intelligente Gewohnheit ist damit »eine zur Gewohnheit gewordene Erfahrungsoffenheit«.⁶³ Aufgrund der Möglichkeit der Reflexion und Korrektur des Verhaltens kann Dewey behaupten, dass Gewohnheiten, wenn auch weitgehend unbewusst, »the forces most under our control« sind.⁶⁴

Gewohnheiten sind ein unverzichtbarer Bestandteil des Handelns und zugleich eine notwendige Voraussetzung für das Lernen neuer Fähigkeiten, also für die Entwicklung neuer Gewohnheiten. Jede neue Gewohnheit baut auf Fähigkeiten auf, die wir bereits gewohnheitsmäßig beherrschen. Die komplexen Wechselwirkungen unzähliger Gewohnheiten beim Menschen machen den evolutionsgeschichtlichen Kontext deutlich. Dem interaktionistischen Handlungsmodell zufolge sind die meisten Gewohnheiten, die wir im Prozess der Sozialisation erlernen, Ergebnisse historischer Interaktionsprozesse unzähliger Generationen von Menschen mit ihrer materiellen und sozialen Umgebung. *Kommunikation* ist hier der entscheidende Faktor, denn nur durch sprachliche Interaktionen können komplexe kulturelle Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster bewusst gemacht, bewertet, reproduziert und verändert werden.⁶⁵

Wir finden bereits eine auf menschliche Bedürfnisse ausgerichtete und angepasste Umgebung vor – von Gebrauchsgegenständen, sozialen Institutionen und ökonomischen Prozessen: Alle Dinge,

62 Dewey, *Logik*, S. 49.

63 Vgl. Hartmann, *Die Kreativität der Gewohnheit*, S. 185.

64 Dewey, *Human Nature and Conduct* (1922), MW.14.38. Ich beziehe mich hier auf das Original, da die Textstelle in der deutschen Übersetzung missverständlich wiedergegeben ist. Dort heißt es, Gewohnheiten seien »die Kräfte, die wir doch noch am ehesten übersehen« (Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 43).

65 Vgl. Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 167 ff., 186, 199 ff.

mit denen wir zu tun haben, lassen sich als Ergebnisse von komplexen historischen Interaktionsprozessen rekonstruieren. Daran wird deutlich, dass die Umgebung in ihrer jeweiligen Beschaffenheit einen dominanten Einfluss auf die Herausbildung von Gewohnheiten hat. Dass wir uns an unsere Umgebung *anpassen*, bedeutet, dass wir lernen, uns in der Welt zu bewegen, die wir vorfinden. In diesem Sinn kann zunächst nicht die Rede davon sein, dass Individuen ihre Umgebung wesentlich beeinflussen oder gar erschaffen. Das schließt jedoch die Möglichkeit der Veränderung von Gewohnheiten und Umweltbedingungen keineswegs aus. Der Einfluss der materiellen und sozialen Umgebung auf die Herausbildung bestimmter Gewohnheiten macht aber deutlich, dass es eine Illusion ist, zu glauben, dass wir unsere Gewohnheiten, Einstellungen und Überzeugungen *beliebig* ändern können. Diese Auffassung würde eine einseitig individualistische Konzeption von Gewohnheit unterstellen, die den bedeutsamen Einfluss der Umgebung außer Acht lässt. Gewohnheiten entstehen und funktionieren aber nicht unabhängig von den Bedingungen der Umgebung. Eben deshalb lassen sie sich nur als Interaktionsprozesse denken, die in einen komplexen Kontext eingebunden sind. Gewohnheiten sind auf die gegebenen Bedingungen der Umgebung angewiesen, deren Beschaffenheit und Veränderung nicht einfach vom Wunsch oder Willen des Individuums abhängt. Die natürlichen und sozialen Bedingungen einer Situation können untersucht und erkannt werden, etwa durch die Natur- und Sozialwissenschaften. Das Wissen um die Bedingungen ermöglicht es letztlich, die Interaktionen zuverlässig und steuerbar zu machen, aber auch gezielt einzelne Bedingungen zu verändern, was wiederum zu einer Veränderung der Gewohnheiten führt.⁶⁶

66 Hartmann weist auf die Nähe von Deweys Gewohnheitsbegriff zu Bourdieus Begriff des *Habitus* hin, der allerdings nicht von einem interaktionistischen Ansatz ausgeht und deshalb externe Einflüsse weitgehend unbeachtet lässt, vgl. Hartmann, *Die Kreativität der Gewohnheit*, S. 150 f., 157. Vgl. dazu auch die Kritik von Jörke und Adloff, dass an Bourdieu anschließende Praxistheorien den konkreten Kontext des sozialen Wandels nicht hinreichend berücksichtigen: Frank Adloff und Dirk Jörke (2013): »Gewohnheiten, Affekte und Reflexivität. Ein pragmatistisches Modell sozialer Kooperation im Anschluss an Dewey und Mead«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie Sonderheft 12/2013: Potentiale einer pragmatistischen Sozialtheorie. Beiträge anlässlich des 150. Geburtstags von George Herbert Mead*, hrsg. von Frithjof Nungesser und Franz Ofner, S. 21–41.

Wenn auch ein zentrales Merkmal aller Gewohnheiten darin besteht, dass sie in einem gewissen Maß eingespielte, stabilisierte soziale Praktiken sind, so bedeutet das nicht, dass sie unveränderlich wären. Gewohnheiten erfüllen eine doppelte Funktion von *Kontingenz* und *Kontinuität*. Sie sind anpassungsfähig an Veränderungen der Umweltbedingungen. Aber sie wirken auch stabilisierend, indem sie der Aufrechterhaltung und Reproduktion des sozialen Lebens dienen, die Kontinuität von Praktiken und Traditionen bewirken. Kulturelle Verhaltens- und Denkweisen werden in erster Linie deshalb tradiert, »weil die Individuen ihre persönlichen Gewohnheiten unter Bedingungen bilden, die von vornherein durch Bräuche festgelegt sind. Ein Individuum erwirbt gewöhnlich seine Sittlichkeit, wie es die Sprache seiner sozialen Gruppe ererbt.«⁶⁷

Die Annahme, dass sich der Mensch zunächst in einem Anpassungsprozess an seine vorgefundene Umgebung entwickelt, führt bei Dewey nicht zu einem konservativen Traditionalismus oder zu einer »Priorität der Gesellschaft vor dem Individuum«, noch steht sie im Widerspruch zur Möglichkeit der Veränderung von Tradition und Kultur. Schließlich stellen Gewohnheiten die Grundlage für das Lernen neuer Fähigkeiten, den Umgang mit kontingenten Veränderungen und die Umgestaltung der sozialen Umgebung dar. Vereinbar ist dies für Dewey, weil er davon ausgeht, dass wir »niemals ein Interesse daran [haben], unsere ganze Umgebung umzugestalten; sehr vieles nehmen wir als gegeben so hin, wie es ist; auf diesem Hintergrunde jedoch stellen sich unsere Betätigungen auf gewisse Punkte ein, um dort notwendige Veränderungen zu bewirken«.⁶⁸

Weil Gewohnheiten die Grundlage unseres Handelns und Verhaltens bilden, kann eine dauerhafte Veränderung des Verhaltens nicht einfach durch die Aufgabe einer Gewohnheit erfolgen, sondern nur durch eine Korrektur oder den Austausch einer bestehenden Gewohnheit durch eine andere. Eine wirksame und nachhaltige Veränderung lässt sich in der Regel aber – anders als eine einmalige Handlung – nicht allein durch eine Willensentscheidung

67 Vgl. Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 48.

68 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 72.

und kurzfristige Aufmerksamkeit steuern.⁶⁹ Die kritische Reflexion und Veränderung bestehender Gewohnheiten erfolgt in der Regel nicht beliebig, sondern wird durch auftretende Probleme und Krisen ausgelöst, deren Ursachen vielfältig sein können. Gewohnheiten können beispielsweise miteinander in Konflikt treten oder aufgrund von Veränderungen der Umweltbedingungen oder neuen Erkenntnissen über nicht-intendierte Nebenfolgen überholt werden. Die Reflexion der weitgehend unbewussten Gewohnheiten setzt insbesondere dann ein, wenn der reibungslose Ablauf einer Tätigkeit gestört wird, wenn etwas nicht funktioniert, wie es soll, wenn, um in Deweys Vokabular zu bleiben, eine *problematische Situation* auftritt, wie in Kapitel 4.1 ausführlich dargestellt wird.

Auf der Grundlage einer Theorie der Gewohnheitsbildung lässt sich auch die Trägheit sozialer Veränderungen und die Schwierigkeit *revolutionärer* gesellschaftlicher Umstürze erklären. Kein Mensch – und erst recht keine ganze Gesellschaft – kann sich schlagartig von den erworbenen Gewohnheiten »befreien« und alles verändern. Daran macht Dewey deutlich, weshalb die Französische Revolution nicht zu einer radikaldemokratischen Veränderung der Gesellschaft führen konnte, sondern »es im großen und ganzen nur eine Übertragung der bestehenden Macht von einer Klasse zur anderen gab.«⁷⁰ Anstelle einer revolutionären Veränderung der ganzen Gesellschaft geht es in Deweys Experimentalismus um die Bewältigung auftretender Probleme und Konflikte durch die Anpassung kulturell vermittelter Gewohnheiten, was im besten Fall zu einer schrittweisen Verbesserung der bestehenden Verhältnisse für zukünftige Generationen führt:

»Wir können für die Nachwelt nichts Besseres tun, als wenn wir ihr die Verhältnisse, in denen sich ein lebenswertes und innerlich vornehmes Leben führen lässt, so wie wir sie angetroffen haben, oder mit einem Zuwachs an Werten hinterlassen. Unsere individuellen Ge-

69 Dewey erläutert diesen Fall beispielhaft anhand einer Person, die eine gekrümmte Rückenhaltung hat und in der Lage ist, willentlich für einen kurzen Augenblick eine aufrechte Haltung einzunehmen, aber in die alte Haltung zurückfallen wird, sobald sie ihre Aufmerksamkeit einem anderen Gegenstand zuwendet. (Vgl. Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 27 f.)

70 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 138.

wohnheiten sind Glieder, die die unendliche Kette der Menschlichkeit bilden. Ihr Wert hängt von der Erbschaft unserer Vorläufer ab und steigert sich, wenn wir Früchte unserer Arbeit in der Welt, in der unsere Nachfolger leben, in Aussicht nehmen dürfen. Denn wieviel auch schon getan sein mag, es bleibt immer noch mehr zu tun übrig. Was wir selbst ererbt haben, können wir nur bewahren und übermitteln, indem wir unsere eigene Umwelt beständig neu schaffen.«⁷¹

Die für Dewey entscheidende Frage für einen kritischen Umgang mit den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen lautet, wie sich herrschende, sozial verankerte Gewohnheiten auf die Entwicklung von heranwachsenden Generationen auswirken: ob sie die Herausbildung intelligenter Gewohnheiten begünstigen, die für Veränderungen, Kritik und Experimente offen sind, oder ob sie »das Lernen in eine Bereitschaft zu folgen [verkehren], wo andere den Weg weisen, in Anpassung, Verengung, Verzicht auf Kritik und Experiment«.⁷² Am Ziel der Entwicklung intelligenter Gewohnheiten orientiert sich dementsprechend auch Deweys pädagogischer Ansatz. Lernen – in der Schule, im Arbeitsleben, im Sinne des lebenslangen und institutionellen Lernens – besteht nicht in der Vermittlung statischer Lerninhalte, sondern sollte die Bildung von intelligenten Gewohnheiten zum Ziel haben und selbständiges, reflexives Denken fördern.⁷³ Für Dewey ist deshalb entscheidend, ob das bestehende Bildungssystem einer Gesellschaft darauf ausgerichtet ist, die notwendigen Kompetenzen für ein kritisches und intelligentes Problemlösungshandeln auszubilden und zu fördern.⁷⁴ Da alle Gewohnheiten in ihrer Entstehung auf Wiederholung angewiesen sind, muss in deren Ausbildung der Gefahr einer einseitigen Entwicklung etwas entgegengesetzt werden, damit sie nicht in

71 Vgl. Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 22 f. An anderer Stelle schreibt Dewey dazu: »Die Schaffung einer tabula rasa, um die Errichtung einer neuen Ordnung zu gestatten, ist so unmöglich wie die Hoffnung unverdrossener Revolutionäre und die Ängstlichkeit erschrockener Konservativer zu zerstreuen. Trotzdem finden Veränderungen statt, und diese sind ihrem Charakter nach kumulativ.« (Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 139.)

72 Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 51.

73 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 70 ff.

74 Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 174.

Routine erstarren. Deshalb ist Dewey zufolge eine möglichst vielfältige intellektuelle Betätigung notwendig: »Je zahlreicher unsere Gewohnheiten sind, umso weiter ist das Feld möglicher Beobachtung und Voraussicht. Je geschmeidiger sie sind, umso feiner ist die Auffassung in ihrer Unterscheidungskraft, um so feinfühlig ist das von der Phantasie hervorgerufene Schauen.«⁷⁵

Im folgenden Kapitel wird mit der bereits erwähnten holistischen Erkenntnis- und Handlungstheorie der dritte Aspekt von Deweys Philosophie des Experimentalismus behandelt. Wie schon deutlich wurde, geht Dewey von einem engen Zusammenhang von Wissen und Handeln in der gewöhnlichen Erfahrung aus. Damit richtet er sich gegen die dualistische Trennung von Theorie und Praxis, insbesondere gegen die Überhöhung des Denkens gegenüber dem Handeln. Die Kritik des dualistischen Denkens führt im Experimentalismus zu einer prozessualen Theorie der Erkenntnis, die grundlegend für Deweys Konzeption von Öffentlichkeiten als kooperativen Untersuchungsprozessen ist.

3.3 ERKENNTNIS- UND HANDLUNGSTHEORIE

Die von Peirce und James entwickelte pragmatische Methode besagt, dass das wesentliche Kriterium für die Bestimmung der Bedeutung eines Begriffs in den praktischen Konsequenzen liegt, die aus seiner Anwendung folgen. Das heißt zugleich, dass es keine *reine* Erkenntnis gibt, die von der Erfahrung und von praktischen Interaktionen *unabhängig* ist. Begriffe, Urteile und Theorien sind vielmehr als *Werkzeuge* oder *Instrumente* anzusehen. Sie dienen dazu, Interaktions- und Erkenntnisprozesse zu orientieren und zu strukturieren. Aber sie haben in dieser Funktion keinen absoluten, sondern einen *hypothetischen* Charakter. Ihre Gültigkeit kann nur anhand der faktischen Konsequenzen für das menschliche Handeln bestätigt oder widerlegt werden. Deshalb werden im Experimentalismus alle Erkenntnisse über die Welt nicht als statisches Wissen, sondern als vorläufige Ergebnisse experimenteller Untersuchungsprozesse aufgefasst, die Teil eines anhaltenden und offenen Forschungskontinuums sind.

⁷⁵ Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 128.

Dewey richtet sich mit dieser Annahme gegen von ihm als »absolutistisch« bezeichnete Erkenntnistheorien, die von der Möglichkeit reiner Erkenntnis ausgehen. Im Zentrum der Kritik steht der Rationalismus von Descartes mit seiner Trennung von Geist und Körper sowie dem Anspruch, durch den »methodischen Zweifel« zu einem gesicherten Fundament der Erkenntnis und des Wissens zu gelangen. Damit hat Descartes zwar den Grundstein der modernen Erkenntnistheorie und der neuzeitlichen Subjektphilosophie gelegt, doch die problematischen Konsequenzen, die aus der Annahme der dualistischen Trennung von Geist und Körper resultieren, sind bis heute nicht überwunden.⁷⁶ Auch Kant ist für Dewey ein absolutistischer Denker, da er mit seiner Annahme von apriorischen Begriffen, die die Erfahrung strukturieren, »den Geist des Absolutismus [begünstigte], obwohl er technisch die Möglichkeit von Absolutem bestritt.«⁷⁷

Mit seiner interaktionistischen Theorie der Gewohnheitsbildung versucht Dewey, den klassischen dualistischen Ansatz in der Erkenntnistheorie zu überwinden.⁷⁸ Letzteren bezeichnet er treffend

76 Unter anderem basiert Luhmanns Systemtheorie wesentlich auf einer dualistischen Logik, vgl. Hans-Peter Krüger (2009): *Philosophische Anthropologie als Lebenspolitik*, Berlin: Akademie Verlag, S. 311.

77 Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 144. Vgl. zu Deweys Kant-Kritik auch Dewey, *Die Suche nach Gewißheit*, S. 62 ff., 287 ff.; John Dewey (2000b): *Deutsche Philosophie und deutsche Politik*, hrsg. und mit einer Einl. vers. von Axel Honneth, aus dem Amerikanischen übers. von Hans Hermann Kogge; bearb. von Berthold Fresow, Bodenheim: Philo, Kap. 1 »Deutsche Philosophie: Die zwei Welten«; Axel Honneth (2000): »Demokratie als reflexive Kooperation. John Dewey und die Demokratietheorie der Gegenwart«, in: *Das Andere der Gerechtigkeit. Aufsätze zur praktischen Philosophie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 282–309.

78 Die Kritik an Descartes' Erkenntnistheorie und der Versuch der Überwindung des dualistischen Denkens hat in der Philosophie der Neuzeit eine lange Tradition. Bis in die Gegenwart sind einige der cartesianischen Grundannahmen so weit verbreitet und wirkmächtig, dass ihre Voraussetzungen und Auswirkungen auf das moderne Denken noch immer rekonstruiert werden müssen, wie jüngst von Dreyfus und Taylor, vgl. Hubert Dreyfus und Charles Taylor (2016): *Die Wiedergewinnung des Realismus*, Berlin: Suhrkamp. Auch in der neurobiologischen Hirnforschung stellt der Dualismus von Körper und Geist eine schwer zu überwindende Annahme dar, vgl. Hans-Peter Krüger (2007): »Grenzfragen für einen neuen Umgang mit Dualismen«, in: *Hirn als Subjekt? Philosophische Grenzfragen der Neurobiologie*, hrsg. von Hans-Peter Krüger, Berlin: Akademie Verlag, S. 431–437. Gleiches gilt für die Trennung von Wissen und Realität in der Wissenssoziologie, vgl. Jörg Strübing (2007): »Pragmatistisch-interaktionistische Wissenssoziologie«, in: *Handbuch Wissenssoziologie und Wissenschaftsfor-*

als »Zuschauertheorie der Erkenntnis«.79 Der entscheidende Perspektivwechsel besteht darin, dass der

»Geist [...] nicht länger ein Zuschauer [ist], der die Welt von außen betrachtet und seine höchste Befriedigung im Genuß einer sich selbst genügsamen Kontemplation findet. Der Geist ist in der Welt als ein Teil ihres voranschreitenden Prozesses. [...] Vom Erkennen als einem Betrachten von außen zum Erkennen als aktiver Teilnahme am Drama einer sich voranbewegenden Welt – das ist der historische Übergang [...].«80

Denken und Erkennen wird als aktiver und erfahrungsbasierter Prozess verstanden, der nicht vom Prozess der Interaktion mit der Umwelt getrennt werden kann. Demnach ist »Erkenntnis [...] selbst eine Form praktischen Handelns, und zwar *die* Art der Interaktion, durch die andere natürliche Interaktionen der Steuerung unterworfen werden«.81 Im Experimentalismus steht das *Denken* im Vordergrund und weniger das *Erkennen*, weil der Begriff des Denkens stärker den auf die Zukunft ausgerichteten aktiven *Prozess* bezeichnet als die eher statisch und abgeschlossen erscheinende Erkenntnis.82

Die Steuerung und Strukturierung der Erfahrung wird durch das *reflexive Denken* ermöglicht, das dazu dient, die Ziele des Handelns zu rekonstruieren, kritisch zu hinterfragen und anzupassen, geeignete Mittel zu ihrer Erreichung zu finden und aufeinander abzustimmen. Diese Funktion erfolgt aber nicht vom Punkt eines unabhängigen, objektiven Beobachters aus, sondern durch die Teilnahme an einer gemeinsamen sozialen Praxis. Grundsätzlich weist Dewey damit »dem Denken eine positive Funktion zu, nämlich die, das gegenwärtige Stadium der Dinge *neu* zu konstituieren statt es lediglich zu erkennen«.83 Denken und Handeln sind somit nicht zwei voneinander getrennte Prozesse, sondern in der Interaktion verschränkt. Für die philosophische und wissenschaftliche Theoriebildung folgt daraus, dass es

79 Vgl. Dewey, *Die Suche nach Gewißheit*, Kap. 1, 8 und 9.

80 Ebd., S. 291.

81 Ebd., S. 109.

82 Vgl. Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 420.

83 Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 33.

»keine immanenten Grade oder keine Hierarchie von Formen des Urteils geben [kann]. Jeder Typ hat sein eigenes Ziel, und seine Gültigkeit wird vollkommen durch seine Wirksamkeit bei der Verfolgung seines Ziels bestimmt. Ein beschränktes Wahrnehmungsurteil, das an die Situation angepasst ist, die zu seiner Entstehung geführt hat, ist an seinem Ort so wahr wie das vollständigste und signifikanteste philosophische oder wissenschaftliche Urteil.«⁸⁴

Diese Relativierung der philosophischen und wissenschaftlichen Urteile richtet sich gegen ein elitäres Verständnis, das theoretische Erkenntnisse *über* das praktische Problemlösungsdenken in konkreten Situationen – also das Denken über das Handeln – stellt. Eine solche hierarchische Sonderstellung der Philosophie lehnt Dewey konsequent ab. Jedoch bedeutet der »Wandel von kontemplativer zu operativer Erkenntnis und Philosophie [...] nicht das Herabwürdigen der Philosophie von einer erhabenen Ebene auf die Ebene des groben Utilitarismus«, sondern »daß die primäre Funktion der Philosophie darin besteht, die Möglichkeiten der Erfahrung vernünftig einzurichten, besonders die der kollektiven menschlichen Erfahrung«.⁸⁵ Die spezifische Funktion einer kritischen Philosophie, die aus dem Ansatz des Experimentalismus folgt, wird anhand der reflexiven Struktur des Denkens und ihrer Rolle für die Lösung praktischer Probleme deutlich, die in den Kapiteln 4.1 und 4.3 erläutert werden.

Der Erkenntnisprozess wird im Experimentalismus nicht als einseitiger Vorgang zwischen einem erkennenden Subjekt und einer objektiven Realität aufgefasst. Erkenntnis ist nicht einfach die Entdeckung und Wiedergabe von Fakten über die »Wirklichkeit«, sondern impliziert, insofern sie sich auf das Handeln auswirkt, zugleich eine *Veränderung* der Interaktionsprozesse mit der Umwelt. Deshalb ist »Wissen [...] nicht etwas Abgesondertes und Selbstgenügsames, sondern gehört in den Prozeß hinein, durch den sich das Leben erhält und entwickelt«.⁸⁶ Einen Gegenstand zu erkennen, heißt, eine Vorstellung von seinem praktischen Gebrauch, seinen

84 Ebd.

85 Vgl. Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 167 f.

86 Ebd., S. 133.

Anwendungsmöglichkeiten und von den Konsequenzen zu gewinnen, die er für das Handeln hat. Das Erkennen wird deshalb als *transformativer* Prozess aufgefasst: Insofern neues Wissen zu Konsequenzen im Handeln führt, verändert es auch das Weltverhältnis des erkennenden Menschen. Das allgemeinere Ziel eines Erkenntnisprozesses liegt für Dewey im Wachstum des Wissens über die *Bedingungen* der Erfahrung, weil durch die gezielte Steuerung und Veränderung der Bedingungen zukünftige Erfahrungen beeinflusst werden können. Reflexive Untersuchungsprozesse sollten deshalb von der Erfahrung ausgehen und die Bedingungen der Erfahrung reflektieren. Darin liegt die Bedeutung der Erfahrung als Ausgangs- und Fluchtpunkt der kritischen Reflexion. Die Funktion des Erkennens besteht demnach für Dewey, wie oben bereits festgestellt wurde, in der Verbesserung der Qualität der gewöhnlichen Erfahrung.

Die Trennung von Denken und Handeln stellt für Dewey den verhängnisvollsten Irrtum der gesamten Philosophiegeschichte dar. In ihr liegt der Ursprung jenes Denkens in dualistischen Gegensätzen, das sich in wirkmächtigen kategorialen Unterscheidungen wie Subjekt und Objekt, Geist und Körper, Schein und Sein, Idealismus und Materialismus manifestiert hat. Bis in die Gegenwart beherrschen dualistische Unterscheidungen das Denken, wenn Theorie und Empirie, reine und angewandte Wissenschaft, Werte und Fakten, normative und deskriptive Ebene, Vernunft und Gefühl, Kultur und Natur und viele andere Unterscheidungen als einander ausschließende Gegensätze aufgefasst werden. In der Kritik dieses dualistischen Denkens liegt Dewey zufolge das Hauptanliegen der philosophischen Bewegung des Pragmatismus.⁸⁷

Den historischen Ursprung der Trennung von Theorie und Praxis sieht Dewey in der griechischen Antike. Die Trennung von geistiger Betätigung und körperlicher Arbeit entsprach den damaligen gesellschaftlichen Lebensbedingungen und dem aus ihnen hervorgehenden Weltverhältnis. Die Trennung von Denken und Handeln ist somit »das theoretische Korrelat der scharfen Trennung der Menschen in Freie und Skaven, in Höhere und Niedere«,⁸⁸ das mit einer modernen *demokratischen* Einstellung grundsätzlich nicht vereinbar ist. Die Vorstellungen von der Natur und dem Universum gingen

87 Vgl. Dewey, »Körper und Geist«, S. 292.

88 Vgl. Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 43.

in der Antike vom Bild eines Kosmos aus, dessen Ordnung durch die philosophische Anschauung erkannt werden konnte. Veränderungen innerhalb dieser Ordnung wurden nicht als offene Prozesse verstanden, sondern folgten einer vorherbestimmten Transformation von einer festen Form zu einer anderen, etwa im Sinne der Entwicklung eines Kindes zum Erwachsenen oder eines Samenkorns zu einer Pflanze. Begriffe wie Potenzialität, Veränderung und Entwicklung wurden lediglich als Übergänge zwischen statischen Zuständen verstanden. Letztlich gibt es in einem derart geschlossenen Weltbild gar keine wirkliche Veränderung im radikalen Sinn. Die philosophische Reflexion richtete sich deshalb auf die Ideen ›hinter‹ den Dingen der Erscheinung, auf das Ewige und Wahre, das vollkommene und in sich vollendete, göttliche Sein. Dieses Wissen kann als ›rein‹ bezeichnet werden, insofern es nur in der intellektuellen, von der Erfahrung unabhängigen Anschauung ›erkannt‹ wird. Nur dann, »wenn man sich Gegenständen zuwendet, in denen es überhaupt keine Bewegung gibt, wird Wissen wirklich beweisbar, sicher, vollkommen – die reine und unvermischte Wahrheit«. ⁸⁹

Das kontemplative Wissen ist in den meisten philosophischen Schulen der Antike dem praktischen, erfahrungsbasierten Wissen von Handwerker_innen oder Politiker_innen übergeordnet. Praktisches Wissen ist schließlich auf das Handeln und auf vergängliche Gegenstände bezogen. Es dient Zwecken, die außerhalb seiner selbst liegen, etwa der Erfüllung menschlicher Bedürfnisse, und ist damit im Gegensatz zum ›reinen Wissen‹ unvollkommen und mangelhaft. Diese Vorstellung von Wissen und Erkenntnis hat sich von der Antike über den Neuplatonismus und die Scholastik bis in die Neuzeit gehalten und, vermittelt durch die christliche Theologie, auch außerhalb der Philosophie weit verbreitet: »Generationen von Denkern wurde als unbezweifeltes Axiom die Idee überliefert, daß Wissen an sich ein bloßes Anschauen oder Erblicken der Realität sei – die Zuschauer-Theorie des Wissens.« ⁹⁰

Die neuzeitliche Wissenschaft hat das Welt- und Naturverhältnis sowie das Verständnis von Wissen und Erkenntnis radikal verändert. An die Stelle der Anschauung treten *experimentelle Praktiken*

⁸⁹ Ebd., S. 155.

⁹⁰ Ebd., S. 158.

der Erkenntnisgewinnung, die systematische Beobachtung und Aufzeichnung. Die Natur wird selbst zum Gegenstand des Experimentierens. Wissen wird nunmehr auf dem Weg einer praktischen, experimentellen Auseinandersetzung mit der Welt gewonnen, einer systematischen Beobachtung, einer kontrollierten Manipulation des Materials und der technischen Instrumente – und nicht durch die kontemplative philosophische Anschauung des wahren Wesens der Dinge »an sich«. Dadurch »brach [die experimentelle Methode der wissenschaftlichen Forschung] die Mauer nieder, die zwischen Theorie und Praxis errichtet worden war«. ⁹¹ Die Dinge »sind, was sie tun können und was man mit ihnen tun kann«, sie sind »Dinge, die durch bewußtes Versuchen gefunden werden können«. ⁹² In diesem Sinn ähneln die experimentellen Praktiken des Erkennens nun vielmehr den Praktiken eines Handwerkers, der die »Dinge nicht als Objekte an sich wahrnimmt, sondern mit Bezug auf das, was er an und mit ihnen tun will, im Hinblick auf das Ziel, das er im Auge hat«. ⁹³

Eine Bestätigung für seinen Ansatz findet Dewey in der 1927 von Werner Heisenberg entdeckten Unschärferelation in der Quantenmechanik, der zufolge nicht gleichzeitig der Ort und die Geschwindigkeit eines Teilchens angegeben werden kann. Damit wurde deutlich, dass auch in der naturwissenschaftlichen Forschung der Beobachter selbst eine aktive Rolle spielt und nicht nur passiver Zuschauer natürlicher Prozesse ist. Für die Philosophie und Wissenschaftstheorie erscheint Heisenbergs Entdeckung im »Verhältnis zur Metaphysik des Newtonschen Systems [...] kaum weniger als revolutionär. [...] Die Unschärferelation stellt sich auf diese Weise als der letzte Schritt in der Ablösung der alten Zuschauertheorie der Erkenntnis dar.« ⁹⁴

Infolge des Aufstiegs der modernen Wissenschaften ist für Dewey »ein radikaler Wechsel vom kontemplativen zum aktiven Wissenschaftsbegriff das unvermeidliche Resultat der Methode [...], nach der Forschung und Erfindung heute arbeiten«. ⁹⁵ Auch die

91 Dewey, »Die unvollendete Einleitung« von 1951 zur Neuauflage von *Erfahrung und Natur*, S. 423.

92 Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 161.

93 Ebd., S. 160.

94 Dewey, *Die Suche nach Gewißheit*, S. 205.

95 Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 170.

Philosophie muss deshalb »eine praktische Natur annehmen; sie muß *operativ* und *experimentell* werden.«⁹⁶ Jedoch hat sie sich bis in die Gegenwart damit schwer getan, ein empirisches, erfahrungsbezogenes Denken einzuführen. Dabei würde dieses Denken zu einer Überwindung der dualistischen Trennung zwischen Theorie und Praxis führen. Denn die

»wahre Tragweite der Lehre von dem operativen oder praktischen Charakter des Wissens, der Intelligenz, [...] bedeutet, daß die Strukturen und Objekte, die Wissenschaft und Philosophie den Dingen und Ereignissen der konkreten, alltäglichen Erfahrung gegenübergestellt haben, keinen Bereich für sich bilden, in dem die rationale Kontemplation sich zufrieden ausruhen kann; sie bedeutet, daß sie die ausgewählten Hindernisse, materiellen Mittel und idealen Methoden darstellen, jener Veränderung, die ohnehin eintreten muß, eine Richtung zu geben.«⁹⁷

Tatsächlich geht mit der Entstehung der neuzeitlichen Wissenschaft auch die Entwicklung einer »empirischen Philosophie« einher, die Wissen und Erkenntnis auf Beobachtung und Erfahrung zurückführt. Deweys experimenteller Ansatz knüpft einerseits daran an,⁹⁸ unterscheidet sich andererseits aber in zwei wesentlichen Hinsichten von den klassischen empirischen Philosoph_innen, insbesondere von den britischen Empiristen wie Francis Bacon, John Locke und David Hume. Dewey kritisiert zum einen, dass die im Rahmen empiristischer Ansätze ausgearbeiteten Erkenntnistheorien mit ihrer Auffassung der Sinneswahrnehmung weiterhin einem begrifflichen Rahmen verhaftet geblieben sind, der auf einer dualistischen Trennung zwischen einem erkennenden Subjekt und der Außenwelt beruht. Darin gleichen sie den rationalistischen Ansätzen, die

96 Ebd., S. 167 (Herv. A. A.).

97 Vgl. ebd., S. 163. Hier deutet sich bereits der Begriff der Intelligenz an, der in Kapitel 4.2 erläutert wird.

98 Letztlich knüpft schon der Pragmatismus von Peirce und James explizit daran an. Für James ist der Pragmatismus »lediglich ein konsequent zu Ende gedachter Empirismus«, weshalb James seinen Ansatz auch als »radikalen Empirismus« bezeichnet. Vgl. Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 25. Dewey bezeichnet seinen Ansatz dagegen als *experimentellen* oder *konstruktiven Empirismus*.

innerhalb dieses Dualismus nicht die vermeintlich äußerlichen Sinesindrücke, sondern die rationale Erkenntnis derselben überbetonten. Beide halten letztlich an einem methodologischen Individualismus fest, dem die Annahme eines isolierten Individuums zugrunde liegt, welches erst sekundär Kontakt zur Welt aufnimmt.⁹⁹ Zum anderen ist der historische Empirismus auf *vergangene* Erfahrungen ausgerichtet, die als isolierte Ereignisse aufgefasst und verallgemeinert werden, während Deweys handlungs- und prozessorientierter Experimentalismus die sozialen, kulturellen und historischen Zusammenhänge betont und an der Veränderung der Bedingungen *zukünftiger* Erfahrungen interessiert ist.¹⁰⁰

Durch die Einbeziehung spekulativer Hypothesen in den Prozess der Forschung grenzt sich Dewey auch von positivistischen Erkenntnistheorien ab. Letztere nehmen eine ›strenge Wissenschaftlichkeit‹ in Anspruch, indem sie behaupten, sich auf empirisch verifizierbare Aussagen zu beschränken. Dagegen betont Dewey die Notwendigkeit der Interpretation des empirischen Materials. Der experimentelle und explorative Charakter leitender Hypothesen besteht darin, dass sie im Untersuchungsprozess zu einer veränderten Perspektive führen können, die eine andere Interpretation der bestehenden Sachverhalte ermöglicht. Die untersuchten Gegenstände der Forschung sind nicht auf eine einzige Interpretation festgelegt, sondern offen für ein breiteres Spektrum, das auch vom kulturellen Kontext abhängig ist, wie ich in Kapitel 4.3 deutlich mache. Der erkenntnistheoretische »Positivismus war trotz seines Anspruchs, streng wissenschaftlich zu sein, in vieler Hinsicht der Erbe einer älteren metaphysischen Ansicht, die Ideen inhärente Eigenschaften von Wahrheit und Falschheit zuschrieb.«¹⁰¹ Dewey verfolgt demgegenüber eine umfassendere Konzeption der empirischen Erfahrung. Er geht explizit davon aus, »daß die Welt der empirischen Dinge das Unsichtbare, Unvorhersagbare, Unbeherrschbare und Zufällige einschließt.«¹⁰² Wir können nicht den gesamten kulturellen Kontext explizit und bewusst machen, der in die Inter-

99 Vgl. Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 14 f.

100 Vgl. Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 26; Dewey, »Die Notwendigkeit einer Selbsterneuerung der Philosophie«, S. 148.

101 Dewey, *Logik*, S. 596.

102 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 56 f.

pretation einzelner Gegenstände und Situationen einfließt. Wir sind im Prozess der Forschung vielmehr darauf angewiesen, eine Auswahl von Aspekten und Bedingungen zu treffen. In diesem Sinn ist für Dewey das »Sichtbare [...] im Unsichtbaren situiert; und am Ende entscheidet das Unsichtbare darüber, was im Sichtbaren geschieht; das Fühlbare ruht prekär auf dem Unberührten und Unbegriffenen«. ¹⁰³ Deweys Experimentalismus liegt demnach ein empirischer, aber kein *empiristischer* Erfahrungsbegriff zugrunde. ¹⁰⁴

Bei seinem Versuch, eine holistische Konzeption des Menschen zu entwickeln, die dem interaktionistischen Handlungsmodell gerecht wird, stößt Dewey jedoch selbst auf begriffliche Schwierigkeiten. In Ermangelung eines adäquaten Begriffs bezeichnet Dewey den Menschen als »Körper-Geist« bzw. »Geist-Körper«. ¹⁰⁵ Die Einheit von Denken und Handeln in einem solchen Begriff des Menschen vorauszusetzen, stellt sich als Herausforderung dar, denn

»[d]ie fragliche Trennung sitzt so tief, dass sie sich selbst auf unsere Sprache ausgewirkt hat. Wir haben kein Wort, um Geist-Körper als einheitliche Wirkungsganzheit zu benennen. Denn wenn wir sagten ›menschliches Leben‹, würde [sic!] nur wenige erkennen, dass es genau die Einheit von Geist und Körper ist, auf die wir uns dabei bezögen.« ¹⁰⁶

Allerdings stellt sich der *Zusammenhang* zwischen Körper und Geist für Dewey nicht als eine philosophische Hypothese dar, die bewiesen werden müsste. Schließlich handelt es sich lediglich um eine sekundäre, analytische Trennung. Jeder Versuch, einen Zusammenhang *herzustellen*, würde die dualistische Trennung zunächst anerkennen, die Dewey aber bestreitet. Stattdessen setzt er in seiner Handlungstheorie den Zusammenhang von Körper und Geist voraus und umgeht damit das künstliche Problem der Vermittlung.

¹⁰³ Ebd., S. 58. An gleicher Stelle schreibt Dewey: »Wir haben den Aberglauben durch Aufgeklärtheit ersetzt, zumindest bis zu einem gewissen Grad. Aber die Aufgeklärtheit ist oft ebenso irrational und ebenso der Gnade der Worte ausgeliefert wie der Aberglaube, den sie ersetzt.«

¹⁰⁴ Vgl. § 125 in Jörg Volbers (2018): *Die Vernunft der Erfahrung. Eine pragmatistische Kritik der Rationalität*, Hamburg: Meiner, S. 274 f.

¹⁰⁵ Vgl. Dewey, *Erfahrung und Natur*, Kap. 7; Dewey, »Körper und Geist«, S. 295.

¹⁰⁶ Ebd.

Die Integration von Denken und Handeln in der interaktionistischen Perspektive auf das menschliche Verhalten führt keineswegs zu einer Vereinfachung, sondern vielmehr zu einer höheren Differenzierung. Das Verhalten lässt sich nicht in dualistischen Kategorien von Körper und Geist beschreiben, sondern bewegt sich in einem vielfältigen Spektrum. Solange diese feineren Differenzierungen nicht berücksichtigt werden, »und zwar in einer Vielzahl von Schattierungen und Graden, werden wir nicht fähig sein, das Verhalten der Menschen zu verstehen, und deshalb auch nicht imstande sein, ihnen dabei zu helfen, ihr Leben zu führen.«¹⁰⁷ Der Zusammenhang von Denken und Handeln führt dazu, dass die prozesuale Dimension des Verhaltens ins Zentrum der philosophischen Auseinandersetzung rückt. Für Dewey

»ist die Frage der Integration von Geist-Körper in Aktion die praktischste aller Fragen unserer Zivilisation, die wir stellen können. [...] Solange diese Integration nicht an der einzigen Stelle zustande kommt, wo sie ausgeführt werden kann, in der Handlung selbst, werden wir weiterhin in einer Gesellschaft leben, in der ein seelen- und herzloser Materialismus durch einen seelenvollen, aber nichtigen und unnatürlichen Idealismus und Spiritualismus kompensiert wird.«¹⁰⁸

Besonders deutlich wird die Integration der Erkenntnis- und Handlungstheorie anhand des Verhältnisses von Mitteln und Zielen. Deweys handlungstheoretischer Ansatz basiert auf einer Konzeption des menschlichen Verhaltens als eines pluralistischen »Ziele-Mittel-Kontinuums«.¹⁰⁹ Er geht davon aus, dass es sich bei Zielen und Mitteln *nicht* um feststehende Entitäten handelt. Als solche werden sie irrtümlicherweise aufgefasst, wenn einzelne Handlungen von ihrem Kontext getrennt und in einer linearen Abfolge betrachtet werden. In dieser isolierten Perspektive zerfällt eine Handlung in ein feststehendes Ziel und in die Mittel zu seiner

107 Dewey, »Körper und Geist«, S. 298.

108 Ebd., S. 297 f.

109 Vgl. John Dewey (2004g): »Theorie der Wertschätzung«, 1939, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 293–261, Kap. VI »Das Ziele-Mittel-Kontinuum«, S. 333–344.

Verwirklichung, was in der klassischen Erkenntnistheorie mit einer kausalen Zweck-Mittel-Relation beschrieben wird. In einem umfassenden und anspruchsvollen Sinn lässt sich menschliches Verhalten aber nicht anhand eines derart reduzierten Modells isolierter Einzelhandlungen verstehen. Dewey richtet sich mit seinem Experimentalismus deshalb gegen eine statische und zweckrationale Auffassung des Handelns.

In der prozessorientierten Perspektive des interaktionistischen Handlungsmodells wird deutlich, dass das menschliche Verhalten aus einer komplexen Kette verbundener Handlungen besteht. Einzelne Handlungen sind in komplexe Situationen eingebettet, die wiederum mit konkreten Lebensgeschichten und dem historisch-kulturellen Kontext zusammenhängen. Darüber ist der Zusammenhang von Mitteln und Zielen sogar mit der Geschichte der Menschheit verbunden. Aus diesem holistischen Ansatz ergibt sich eine evolutionäre Perspektive, die jedoch offen und nicht auf ein bestimmtes Ziel ausgerichtet ist. Im als Kontinuum aufgefassten Prozess des Handelns wird zudem deutlich, dass sich Mittel und Ziele wechselseitig bedingen und im zeitlichen Verlauf ihre Rolle ändern können:

»Jedes Mittel ist zeitweilig Ziel – bis es erreicht ist; jedes Ziel wird ein Mittel zur Fortführung der Handlung, sobald wir es erreicht haben. Wir nennen es Ziel, wenn es die zukünftig einzuschlagende Richtung der Tätigkeit bezeichnet, in deren Durchführung wir begriffen sind; wir nennen es Mittel, wenn es die gegenwärtige Richtung festlegt.«¹¹⁰

Damit steht die Festlegung eines Ziels nicht am Anfang einer Handlungskette, sondern ist selbst schon ein Produkt aus den vorangehenden Bedingungen. Handlungsleitende Intentionen, Wünsche oder Interessen in der Primärerfahrung lassen sich nicht unabhängig von den kontinuierlichen Interaktionsprozessen beschrei-

¹¹⁰ Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 145.

ben.¹¹¹ Aber auch wenn die Existenz eines höchsten Ziels, an dem sich das menschliche Verhalten ausrichtet, zugunsten offener, evolutionärer Entwicklungsprozesse abgelehnt wird, folgt daraus nicht, dass es nicht langfristige und höherstufige Ziele gibt. Ein Ziel des Handelns bezeichnet in Deweys Ansatz lediglich »eine Reihe von Akten, betrachtet in einem entfernteren Stadium«, und ein Mittel die gleiche Reihe, aber

»in einem früheren Stadium. Die Unterscheidung von Mittel und [Ziel] entsteht beim Überblick über die *Bahn* einer in Aussicht genommenen *Linie* des Handelns, einer in der Zeit zusammenhängenden Reihe. [Das ›Ziel‹] ist der letzte Akt, an den man denkt; die Mittel sind Akte, die zeitlich vor diesen auszuführen sind.«¹¹²

Mit seiner Kritik an der dualistischen Auffassung rückt Dewey in seiner Handlungstheorie die Tätigkeiten selbst – gegenüber dem Erreichen der Ergebnisse – in den Mittelpunkt. Die Ziele des Handelns sind keine isolierten Objekte oder statischen Zustände, sondern untrennbar mit den Praktiken zum Erreichen der Ziele verbunden. In der holistischen Perspektive auf das menschliche Verhalten gewinnen die Tätigkeiten selbst, die sich in Gewohnheiten niederschlagen, gegenüber den Zielen an Bedeutung. Ebenso wie die Theorie nicht über die Empirie oder Praxis gestellt wird, stehen in Deweys Experimentalismus die Ziele des Handelns nicht über den Mitteln.

Um den Zusammenhang von Zielen und Mitteln deutlich zu machen, führt Dewey den Begriff des »absehbaren Ziels« (*end-in-view*) ein, der für seine Handlungstheorie von zentraler Bedeutung ist.¹¹³

111 Bei der Annahme, dass die Intention dem Handeln vorausgeht, handelt es sich um einen grundlegenden Irrtum der klassischen Handlungstheorien, Vgl. Hans Joas (1996): *Die Kreativität des Handelns*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 217. Intentionalität besteht vielmehr »in einer selbstreflexiven Steuerung unseres laufenden Verhaltens« (ebd., S. 232).

112 Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 31 f. (mit leichten Änderungen: In der Übersetzung wurde »ends« mit »Zweck« übersetzt, ich habe hier aus Gründen der Konsistenz »Ziel« verwendet).

113 In den deutschen Übersetzungen wird *end-in-view* uneinheitlich – und teilweise falsch – mit »Zweck«, »Absicht«, »Endziel«, »Endabsicht«, »beabsichtigtes Ziel«, »Ziel im Blick« und »ein Ziel verfolgen« übersetzt. Ich werde im Folgenden die Übersetzung »absehbares Ziel« verwenden.

Er steht in Abgrenzung zu den längerfristigen Zielen (*ends*). Jedes längerfristige Ziel zerfällt in prozessualer Perspektive in eine Reihe von einzelnen, konkreten Handlungen und Handlungsphasen, die wir als Teilziele auffassen können. Wenn das menschliche Verhalten als eine solche zusammenhängende Kette von Handlungen betrachtet wird, dann bezeichnen die absehbaren Ziele diejenigen Handlungsziele, die zu einem bestimmten Zeitpunkt des Prozesses vorausgesehen werden, also die jeweils nächsten Schritte. Diese Unterteilung von längerfristigen Zielen in einen zunächst überschaubaren Zeithorizont und verschiedene Zwischenziele ist insbesondere für komplexe Untersuchungsprozesse erforderlich, um die es in der Öffentlichkeitstheorie geht.

Der Begriff des absehbaren Ziels bezeichnet in Deweys Vokabular zunächst jedoch lediglich die »Idee von einem zu erreichenden Ziel«, ¹¹⁴ *nicht dessen Verwirklichung*. Dewey betont damit die Differenz, die zwischen der Zielsetzung und dem tatsächlich erreichten Ergebnis besteht. Denn das *Ergebnis* eines Handelns kann durch nicht-intendierte Folgen von der ursprünglichen Zielsetzung abweichen, was zu einer Veränderung der langfristigen Ziele führen kann. Die absehbaren Ziele verdeutlichen somit, dass Handlungen und Entscheidungen nicht nur an einem längerfristigen Ziel ausgerichtet sind, sondern dass diese Zielsetzung selbst durch die Phasen und Zwischenziele beeinflusst wird, in die der Prozess des Handelns zerfällt. Wenn diese wechselseitigen Abhängigkeiten berücksichtigt und in die langfristigen Zielsetzungen eingeplant werden, dann erhalten die Ziele des Handelns selbst einen hypothetischen – und damit experimentellen – Charakter: Ein derart flexibles Ziel ist »zunächst ein vorläufiges und versuchsweises und wächst beständig, indem es angewandt und damit zugleich erprobt wird.« ¹¹⁵

Anhand der absehbaren Ziele wird außerdem deutlich, wie sehr die Umsetzung zielgerichteter Handlungen von den Anforderungen und Bedingungen der konkreten Handlungssituation abhängig ist. Entferntere Ziele können abstrakt sein, aber die absehbaren Ziele müssen sich an der gegebenen Situation orientieren. Da die einzelnen Handlungen von den zur Verfügung stehenden Mitteln abhängig sind, müssen die absehbaren Ziele an die Bedingungen

¹¹⁴ Dewey, *Logik*, S. 572 (Herv. i. O.).

¹¹⁵ Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 144. Vgl. auch Dewey, *Logik*, S. 571.

der konkreten Situation angepasst werden. Diese Bedingungen fungieren somit wiederum selbst als Mittel, denn sie tragen dazu bei, das absehbare Ziel zu erreichen. Aufgrund der wechselseitigen Abhängigkeiten sollte auch ein längerfristiges Ziel »nicht starr sein, sondern muß – biegsam – den Umständen angepaßt werden können«. ¹¹⁶

Die Auffassung flexibler Ziele steht der Vorstellung entgegen, dass die Festlegung eines Ziels getrennt wäre von den Mitteln, Handlungen und Bedingungen, die zu seiner Verwirklichung notwendig sind. Mit der Unterscheidung zwischen starren und flexiblen Zielen kritisiert Dewey vor allem die Vorstellung, dass die Ziele des Handelns *von außen* festgelegt werden – in einem Denkprozess, der außerhalb des Handelns liegt und von diesem unabhängig ist: »Ein dem Vorgang des Handelns von außen her auferlegtes Ziel ist immer starr; es wird auch gar nicht vorausgesetzt, daß es in Wechselwirkung mit den tatsächlichen Gegebenheiten der Sachlage steht.« ¹¹⁷ In Abgrenzung zu einer *statischen* Festlegung von Handlungszielen geht Dewey von einer *dynamischen* Konzeption aus, die die Festlegung von Handlungszielen *im* menschlichen Verhalten verortet. Die absehbaren Ziele sollten »aus den vorhandenen Bedingungen erwachsen«. ¹¹⁸ Denn ein

»von außen gesetzte[s] Ziel führt zu einer Trennung von Mittel und Zweck, während das innerhalb einer Handlung erwachsende Ziel (im Sinne eines Planes für die Leitung der Tätigkeit) stets zugleich Mittel und Zweck ist, so daß die Scheidung beider Begriffe lediglich Formsache ist. [...] Jede Scheidung von Ziel und Mittel vermindert den Wert der Tätigkeit, neigt dazu, diese Tätigkeit zu einer Plackerei herabzuwürdigen, der man sich entziehen würde, wenn man könnte.« ¹¹⁹

Damit wird auch die im vorherigen Kapitel erläuterte Unterscheidung zwischen routinierten und intelligenten Gewohnheiten deutlicher. Die dort genannten Beispiele der monotonen Fabrikarbeit und

¹¹⁶ Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 143.

¹¹⁷ Ebd.

¹¹⁸ Ebd., S. 142.

¹¹⁹ Ebd., S. 145.

des autoritären Schulsystems sind Fälle, in denen die Tätigkeiten selbst herabgesetzt werden, weil sie einem von außen festgelegten Ziel instrumentell untergeordnet werden. In der Arbeitswelt, die von einer solchen Trennung beherrscht wird, sieht Dewey eine moderne Form der Sklaverei, gemäß der platonischen Definition, dass ein Sklave ein Mensch ist, der »die sein Verhalten regelnden Zwecke von einem anderen entgegennimmt«. ¹²⁰ Dazu trägt die Entwicklung der »wissenschaftlichen Betriebsführung« Ende des 19. Jahrhunderts bei, die wesentlich auf Frederick W. Taylor zurückgeht. ¹²¹ Zwar basiert der Ansatz ebenfalls auf der experimentellen Methode, indem die tatsächlichen Tätigkeiten der Arbeiter_innen empirisch beobachtet, analysiert und verbessert werden. Allerdings handelt es sich im Unterschied zum demokratischen Experimentalismus um eine verkürzte Anwendung der experimentellen Methode, da die planenden und ausführenden Tätigkeiten streng voneinander getrennt und die problematischen Folgen dieser Trennung für die betroffenen Arbeiter_innen nicht hinreichend einbezogen werden. Wenn Menschen einseitig auf die Effektivität ihrer Arbeitsleistung reduziert und wie Maschinen behandelt werden, dann werden ihre Tätigkeiten zu bloßer Routine degradiert, die keinen Raum für persönliche Entwicklung und Kreativität bietet. Durch den Fokus auf einzelne Funktionen wird der Zusammenhang der kooperativen Tätigkeiten für den einzelnen Arbeiter ausgeblendet. Dadurch geht ein mögliches Verständnis für den Sinn der Arbeit verloren. Der Ansatz des demokratischen Experimentalismus betont dagegen die prozessuale Sicht auf die Handlungszusammenhänge und die nicht-intendierten Folgen. Anders als in Taylors einseitig funktionaler Perspektive hat die Wissenschaft bei Dewey eine holistische Funktion:

»Die Hauptaufgabe der Wissenschaft, an der sie sich zu bewähren hat, ist die Entdeckung und Klarstellung der Beziehungen zwischen dem Menschen und seiner Ar-

¹²⁰ Ebd., S. 118.

¹²¹ Vgl. Frederick W. Taylor (1911): *The Principles of Scientific Management*, London: Harper & Brothers.

beit – einschließlich der Beziehungen zu anderen Menschen, die an der Arbeit teilnehmen –, die sein verständiges Interesse für die Arbeit weckt und verwertet.«¹²²

Wenn Arbeit oder Lernen als Ziele-Mittel-Kontinuum aufgefasst werden, dann müssen sie so organisiert werden, dass sie nicht einem von außen festgelegten Ziel untergeordnet werden, sondern dass die Festlegung der Ziele aus den Tätigkeiten selbst erfolgen kann. Daraus folgt, dass die Akteur_innen selbst die Ziele ihres Handelns mitbestimmen können müssen. Nur ein solches lebendiges Verständnis von Arbeit, das den ganzen Menschen und seine sozialen Beziehungen ins Zentrum stellt, kann die Tätigkeit des Einzelnen in ein sinnvolles Verhältnis zu den gesellschaftlichen Interaktionen setzen. Erst dadurch können auch die Folgen der vereinten Tätigkeiten wahrgenommen und bewertet werden, was eine Voraussetzung für die Entstehung von demokratischen Gemeinschaften und intelligenten Gewohnheiten des Denkens und Handelns ist, wie in den folgenden Kapiteln erläutert wird.

Die demokratischen Implikationen und Konsequenzen von Deweys holistischer Erkenntnis- und Handlungstheorie können kaum genug betont werden. Daran wird deutlich, wie eng die Erkenntnis- und Handlungstheorie, die Sozialphilosophie und die politische Theorie im Ansatz des demokratischen Experimentalismus verwoben sind. Deweys Kritik an der dualistischen Auffassung der Zweck-Mittel-Relation spielt eine zentrale Rolle für seine Philosophie der Erziehung und für seine Konzeption der Demokratie als Lebensform, die in den alltäglichen Beziehungen und Interaktionen – also auch in der Schule und am Arbeitsplatz – gelebt werden muss. Bevor ich in Kapitel 5 die Konsequenzen dieser Annahmen für Deweys Demokratietheorie erläutere, werde ich im folgenden Kapitel auf den Prozess des problemlösenden Denkens, auf die soziale Konzeption der Intelligenz und die methodologischen Konsequenzen des demokratischen Experimentalismus für soziale Untersuchungsprozesse eingehen.

122 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 118.

LOGIK DER FORSCHUNG

Die prozessuale *Logik der Forschung* – oder auch Logik der *Untersuchung* – bildet den Kern des demokratischen Experimentalismus. Die Überwindung des dualistischen Denkens und die Konzeption des Erkennens als aktiver und transformativer Prozess setzen eine Logik voraus, die die zeitliche Dimension des Denkens und die Kontextabhängigkeit logischer Beziehungen berücksichtigt. Eine solche Konzeption steht der Vorstellung einer Repräsentation der Wirklichkeit entgegen, wie sie der von Dewey kritisierten »Zuschauertheorie der Erkenntnis« zugrunde liegt. Deweys Logik der Forschung ist auf den Umgang mit konkreten problematischen Situationen ausgerichtet, in denen der gewohnheitsmäßige Handlungsablauf gestört wird. In solchen Situationen weisen beispielsweise die intendierten und die tatsächlich eingetretenen Folgen des Handelns eine Differenz auf. Um angemessen und intelligent darauf zu reagieren, muss der gegebene Handlungszusammenhang reflektiert und angepasst werden. Genau darin liegt der Ausgangspunkt reflexiver Denkprozesse, deren Struktur im Folgenden erläutert wird.

Die Logik reflexiver Denkprozesse ist so bedeutsam für Deweys Theorie der Öffentlichkeit, weil Öffentlichkeiten *als* kooperative Untersuchungsprozesse konzipiert werden, die dieser Logik folgen. Zwar geht es bei öffentlichen Angelegenheiten um sehr komplexe Situationen und kollektives Handeln, doch der Übergang zwischen individuellen Denkprozessen und kollektiven Problemlösungsprozessen ist fließend. Ebenso ist auch der Übergang zwischen alltäglichen und wissenschaftlichen Untersuchungsprozessen graduell. Im demokratischen Experimentalismus geht es schließlich darum, die experimentelle Methode auf soziale und moralische Probleme zu übertragen, die sich in der gewöhnlichen Erfahrung stellen. Dementsprechend lässt sich die Struktur eines reflexiven Untersu-

chungsprozesses, der verschiedene Phasen umfasst, gleichermaßen auf individuelles und kollektives Handeln, auf alltägliche, soziale, politische und wissenschaftliche Probleme anwenden.

Zunächst geht es um die Beschreibung der logischen Struktur des Denkens als reflexives Problemlösen (Kap. 4.1). Anschließend werde ich Deweys Konzeption der *Intelligenz* erläutern (Kap. 4.2), der zufolge Intelligenz als soziales und nicht als individuelles Phänomen betrachtet werden muss. Zum Abschluss werde ich die methodologischen Leitlinien für die Untersuchung sozialer Angelegenheiten beschreiben, die aus der Logik der Forschung folgen (Kap. 4.3).

4.1 DENKEN ALS REFLEXIVES PROBLEMLÖSEN

In den Ausführungen zur experimentellen Methode (Kap. 3.1) habe ich bereits erläutert, dass die Erfahrung im Experimentalismus den Ausgangs- und Fluchtpunkt der philosophischen Reflexion darstellen sollte. Dies gilt nicht nur für das philosophische Denken, sondern für das reflektierende Denken generell. In seinen 1900 erschienenen »Studies in Logical Theory«¹ und in seinen Beiträgen zum Sammelband *Essays in Experimental Logic* von 1903 beschreibt Dewey erstmals die Struktur reflexiver Denkprozesse. Diese hat er weiter ausgeführt in seinem 1910 erschienenen Buch *Wie wir denken*, in dem es insbesondere um die pädagogische Anwendung seiner Thesen geht, sowie in seinem 1938 erschienenen Hauptwerk *Logik. Theorie der Forschung*, in dem er ausführlich die philosophische und wissenschaftliche Begründung dargelegt hat. Obwohl Deweys Schriften zur Logik des reflexiven Denkens über einen Zeitraum von über 40 Jahren hinweg entstanden sind, hat sich lediglich das Vokabular leicht verändert, während die Grundidee bestehen blieb.²

Der von Dewey verwendete Begriff *inquiry* kann als »Forschung«, »Nachforschung«, »Untersuchung«, »Recherche« oder auch als »Ermittlung« übersetzt werden. Daran wird deutlich, weshalb Deweys Theorie der Forschung (*theory of inquiry*) nicht auf die wissenschaftliche Forschung reduziert werden kann. Um diese verkürz-

¹ Die Studien sind erstmals im *Philosophical Review* 9/1900, S. 465–489, erschienen.

² Vgl. Dewey, *Logik*, S. 7.

te Interpretation zu vermeiden, bezeichne ich Öffentlichkeiten in Deweys Ansatz als kooperative *Untersuchungs*prozesse und nicht als *Forschungs*prozesse. Seine Öffentlichkeitskonzeption bietet vielmehr eine allgemeine Theorie zur logischen Struktur eines breiten Spektrums von juristischen, parlamentarischen und wissenschaftlichen Verfahren, die in seiner prozessualen Theorie der Forschung miteinander verschränkt sind.³ Dabei ist die Grenze zwischen wissenschaftlicher Forschung und alltäglichen Fragestellungen fließend. Allen Problemlösungsprozessen liegt dieselbe *logische Struktur des reflexiven Denkens* zugrunde. Aufgrund dieses Kontinuums zwischen alltäglichen und wissenschaftlichen sowie zwischen individuellen und kollektiven Untersuchungsprozessen stellt die Logik der Forschung auch die Grundlage der kooperativen Untersuchungsprozesse dar. Doch bevor es um die spezifischen Prozesse zur Klärung öffentlicher Angelegenheiten geht, werde ich zunächst das reflexive Denken auf der individuellen Ebene erläutern.

Grundsätzlich geht es in Deweys Logik der Forschung darum, reflexives, kritisches und logisches Denken nicht als philosophische Einsicht in allgemeingültige Prinzipien zu verstehen, wie es in der klassischen philosophischen Ontologie, Metaphysik und Erkenntnistheorie bis zur Entstehung der modernen Naturwissenschaften im 17. Jahrhundert der Fall war.⁴ Stattdessen fasst er das Denken selbst als einen *reflexiven Problemlösungsprozess* auf, der im Handeln und in der Erfahrung verankert ist. Als *Lösung* wird nicht die finale Aufhebung oder Auflösung eines Problems verstanden, sondern der fortschreitende Prozess der *Klärung* und des Verstehens, in dem Handlungsoptionen identifiziert und abgewogen werden, die dem Handeln eine Richtung geben. Diesem Verständnis liegt keineswegs die Annahme zugrunde, dass es für jedes Problem eine eindeutige Lösung gäbe. Ebenso wenig geht Dewey von einer linearen Fortschrittslogik aus. Es geht vielmehr darum, auftretende Probleme in

3 Vgl. Hans-Peter Krüger (2000): »Prozesse der öffentlichen Untersuchung. Zum Potential einer zweiten Modernisierung in John Deweys ›Logic. The Theory of Inquiry‹ (1938)«, in: *Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey*, hrsg. von Hans Joas, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 194–234, hier S. 212.

4 Vgl. Dewey, *Die Suche nach Gewißheit*, S. 251.

ihrem komplexen Handlungskontext zu reflektieren und im Rahmen eines strukturierten Vorgehens den vielversprechendsten Lösungsansatz zu ermitteln und experimentell zu überprüfen.

Denken und Forschen ist für Dewey in einem gewissen Sinn identisch. Als Prozess bezeichnet es zunächst »die gelenkte oder gesteuerte Umformung einer unbestimmten Situation in eine bestimmt vereinheitlichte.«⁵ Dieser Prozess hat, wie ich in Bezug auf die experimentelle Methode erläutert habe (Kap. 3.1), seinen Ausgangs- und Fluchtpunkt in der Erfahrung:

»Empirisch beginnt alles Denken mit dem Problematischen und Verworrenen. Sein Ziel ist es zu klären und zu erkunden. Wenn das Denken erfolgreich verläuft, transformiert es am Ende das Ungeordnete in das Geordnete, das Vermischte in das Gesonderte oder Unterschiedene, das Unklare und Zweideutige in das Definierte und Unzweideutige, das Unverbundene in das Systematisierte.«⁶

In Deweys Theorie der Forschung geht es deshalb um die Struktur dieses Reflexionsprozesses, der die klärende Transformation einer unbestimmten Ausgangssituation zum Ziel hat.

Zunächst unterscheidet Dewey vier Formen des Denkens, die jedoch nicht streng voneinander getrennt sind, sondern fließend ineinander übergehen: 1. *an irgend etwas denken* in dem allgemeinen Sinne, dass einem etwas durch den Kopf geht, frei vom Anspruch auf logische Kohärenz oder Wahrheit; 2. *sich etwas ausdenken*, das nicht durch die unmittelbare Sinneswahrnehmung vermittelt ist, sondern der Vorstellung oder Phantasie entspringt und zwar Kohärenz besitzt, aber keinen Wahrheitsanspruch erhebt; 3. *das begründete, aber unüberprüfte Fürwahrhalten*, das auf tradierten Annahmen, Vorurteilen und Meinungen beruht, die einen unüberprüften Wahrheitsanspruch erheben; und 4. *das begründete Fürwahrhalten*, das nach Erkenntnis strebt, nach Gründen sucht und diese kritisch hinterfragt.⁷ Allein die letzte Form entspricht dem *reflektierenden*

5 Dewey, *Logik*, S. 146.

6 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 77.

7 Vgl. John Dewey (2002b): *Wie wir denken*, hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Rebekka Horlacher und Jürgen Oelkers, Zürich: Pestalozzianum, S. 8–11.

Denken im engeren Sinn. Es »besteht in einem regen, andauernden, sorgfältigen Prüfen von etwas, das für wahr gehalten wird, und zwar im Lichte der Gründe, auf die sich die Ansicht stützt, und der weiteren Schlüsse, denen sie zustrebt.«⁸ Doch die ersten drei Formen können als Auslöser für einen reflexiven Denkprozess dienen und somit zum reflektierenden Denken führen.

Alle vier Formen sind in die Interaktion mit der Umwelt eingebettet und nicht als Selbstzweck zu verstehen, losgelöst vom Handeln und von der Erfahrung. Die Überzeugungen auf den unterschiedlichen Ebenen stehen miteinander und mit dem Verhalten in einer komplexen Wechselwirkung. Wenn eine bestehende Überzeugung in Frage gestellt wird, sich verändert oder eine neue Erkenntnis gewonnen wird, kann sich das auf andere Überzeugungen und auf das Verhalten auswirken, so »dass wir gezwungen sind, nach den Ursachen und Gründen unserer Ansichten zu forschen und die logischen Konsequenzen zu entwickeln. Das ist Reflexion im besten und bedeutsamsten Sinne des Wortes.«⁹

Das reflektierende Denken ermöglicht den Umgang mit veränderten und neuen Situationen. Lernprozesse, die aus vergangenen Erfahrungen hervorgehen, ermöglichen die Steuerung der Bedingungen zukünftiger Erfahrungen. In evolutionstheoretischer Hinsicht ist dieser Zusammenhang von Denken und Handeln die wichtigste Fähigkeit des Menschen bei seinem Streben nach Anpassung an veränderte Umweltbedingungen:

»Die Anpassungen, die niedere Organismen vornehmen, zum Beispiel ihre effektiven und koordinierten Reaktionen auf Reize, werden im Menschen teleologisch und bilden deshalb den Anlass für das Denken. Reflexion ist eine indirekte Reaktion auf die Umwelt, und das Element der Indirektheit kann selbst groß und sehr kompliziert werden. Aber es hat seinen Ursprung im biologischen Anpassungsverhalten, und die Funktion seines kognitiven Aspekts ist letztlich eine prospektive Steuerung der Bedingungen der Umwelt.«¹⁰

8 Ebd., S. 11.

9 Ebd., S. 10.

10 Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 31 f.

Reflektierendes Denken wird von Dewey somit als auf die Zukunft ausgerichtete Reaktion auf die Umwelt bestimmt. Ausgelöst wird es in der Regel durch ein auftretendes Problem, das den gewohnheitsmäßigen Verlauf des Handelns irritiert. Es nimmt »seinen Ausgangspunkt von einer Beunruhigung, einem Staunen, einem Zweifel. Es ist kein Akt spontaner Entladung, es vollzieht sich nicht nach ›allgemeinen Gesetzen‹. Es muss ein ganz bestimmter Anlass vorhanden sein, um es auszulösen.«¹¹ Solange es keinen Anlass zum Zweifeln oder zur Verunsicherung gibt, verläuft das Denken und Handeln in seinen gewohnheitsmäßigen Bahnen. In der »Reaktion auf das Zweifelhafte als solches« besteht deshalb der eigentliche »Kern der Sache«, wenn der menschliche Geist oder das Denken im engen Sinn bestimmt werden soll.¹² Über Zusammenhänge, die uns vollkommen klar, unproblematisch und unzweifelhaft erscheinen, denken wir normalerweise nicht angestrengt nach. Doch wenn wir auf Unklarheiten, Unsicherheiten und Schwierigkeiten stoßen, durch die das gewohnte Verhalten gestört wird, gibt es Dewey zufolge im Wesentlichen zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren: Entweder reagieren wir planlos auf die Situation oder wir versuchen, die Situation durch reflektierendes Denken zu klären.

Der Anlass muss keine tiefgreifende Sinnkrise, Störung oder ein moralisches Dilemma sein, sondern kann auch von trivialer Art sein: ein Gefühl der Verwunderung, des Unwohlseins oder der Überraschung, eine Mehrdeutigkeit oder ein Zögern – alles, was den kontinuierlichen und gewohnheitsmäßigen Strom der Erfahrung und des Handelns irritiert. Diesen Ausgangspunkt des reflexiven Denkens nennt Dewey die *problematische Situation*. Da die auslösende Irritation das Denken anregt, kann eine problematische Situation durchaus produktiv und positiv sein. In diesem Sinn ist der Begriff des Problems bei Dewey nicht negativ konnotiert.¹³ In einem weiten Sinn bezieht Dewey den Problembegriff auf alles

11 Dewey, *Wie wir denken*, S. 15.

12 Vgl. Dewey, *Die Suche nach Gewißheit*, S. 224.

13 Die eher negative Konnotation teilt der Begriff des Problems im Englischen mit dem Begriff des Zufalls (*accident*): »Das Problem des Übels ist ein wohlbekanntes Problem, während wir selten oder niemals von einem Problem des Guten hören. [...] Es sind die Übel, die wir *accidents* [Zufall und Unfall] nennen, nicht die ersteren [sc. die guten Dinge], selbst wenn ihr zufälliger Charakter ebenso gewiß ist.« (Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 59.)

– »ganz gleich, wie alltäglich und unbedeutend es auch sein mag – das Unsicherheit erzeugt, erstaunt und zum Denken anspricht [...] ganz gleich ob der Inhalt trivial oder bedeutsam ist.«¹⁴

Das charakteristische Merkmal einer problematischen Situation besteht darin, dass sie zunächst *unbestimmt* ist. Der ausgelöste Reflexionsprozess hat die Klärung der problematischen Situation zum Ziel. Deshalb verlangt das reflektierende Denken »die Bereitwilligkeit, einen Zustand der Unsicherheit zu ertragen und die Bildung eines Urteils aufzuschieben.«¹⁵ Die problematische Situation stellt jedoch nicht nur den Anlass dar, sondern gibt zugleich das Ziel des reflexiven Denkens vor. Sie nimmt somit einen zentralen Stellenwert im gesamten Reflexionsprozess ein:

»Der Wunsch, dem Zustand der Beunruhigung ein Ende zu bereiten, leitet den gesamten Reflexionsprozess. Wo kein Problem zu lösen, keine Schwierigkeit zu überwinden ist, fließt der Strom unserer Gedanken planlos. [...] Sobald aber eine Frage zu beantworten, eine Unklarheit zu beseitigen ist, wird dem Denken ein Ziel gesetzt und der Strom der Ideen in bestimmte Kanäle geleitet. Jeder mögliche Schluss wird vor Annahme in Hinblick auf dieses regulierende Ziel betrachtet, und es wird geprüft, wieweit er mit dem Problem in Einklang steht. Dieses Verlangen, eine Beunruhigung zu beseitigen, beeinflusst auch die Art der Fragestellung. Ein Wanderer, der nach einem schönen Pfad Ausschau hält, wird andere Betrachtungen anstellen und seine Gedanken nach anderen Gesichtspunkten prüfen als der Mann, der nach einer bestimmten Stadt gelangen will. Das Problem setzt den Gedanken ein Ziel, und das Ziel regelt den Denkprozess.«¹⁶

Das reflektierende Denken dient der kritischen Überprüfung des Wahrheitsgehalts von Urteilen in Bezug auf eine konkrete Situation. Dabei wird jedoch nicht die Möglichkeit einer *absoluten* Wahrheit angenommen. Der Wahrheitsgehalt eines Urteils ist vielmehr

¹⁴ Dewey, *Wie wir denken*, S. 13.

¹⁵ Ebd., S. 16.

¹⁶ Ebd., S. 14 f. (Herv. i. O.).

graduell abgestuft und muss sich in der Erfahrung bewähren, wie die experimentelle Methode deutlich macht. Für die Prüfung und Rechtfertigung der Gründe können je nach Angelegenheit und Kontext mehr oder weniger starke Kriterien angelegt werden, damit eine Aussage als wahr akzeptiert wird. Ausgehend von einem fließenden Übergang zwischen alltäglichen und wissenschaftlichen Reflexionsprozessen zählen auf einer Seite des Spektrums bereits flüchtige Handlungen als empirische Überprüfung, die wir unter gewöhnlichen Umständen kaum wahrnehmen. Als Beispiel für einen solchen trivialen Untersuchungsprozess nennt Dewey einen Mann, der von einem Wassertropfen getroffen wird und daraufhin seine Augen nach oben richtet, um zu prüfen, ob es Regenwolken am Himmel gibt.¹⁷ In diesem Fall werden keine aufwendigen Untersuchungen unternommen, um die Überlegungen und Vermutungen, die durch die Irritation ausgelöst wurden, zu verifizieren. Ganz anders stellt sich die empirische Überprüfung am anderen Ende des Spektrums dar, wenn beispielsweise eine Raumsonde zum Mars geschickt wird, um dort Bodenproben zu analysieren. An einem solchen Untersuchungsprozess sind Tausende von hochspezialisierten Wissenschaftler_innen über Jahre hinweg beteiligt.

Das Reflexionsniveau der ausgelösten Untersuchungsprozesse bewegt sich nicht nur im Spektrum zwischen alltäglichen und wissenschaftlichen Fragestellungen, sondern variiert noch in einer weiteren grundsätzlichen Hinsicht. Dewey unterscheidet drei ineinander übergehende Stufen des Erkenntnisinteresses, die das reflektierende Denken motivieren: die *organische*, *soziale* und *geistige* Ebene, wobei auch hier die letzte Stufe »der treibendste und wichtigste Faktor ist, der das Rohmaterial für das Denken liefert«.¹⁸ Auf der *organischen Ebene* sind bereits Tiere und Kleinkinder an ihrer Umwelt interessiert. Sie reagieren auf Sinnesreize und erforschen alle Gegenstände, die ihnen in den Weg kommen, auch wenn diese Tätigkeit nicht systematisch durchgeführt wird. Parallel zu den sinnlichen und motorischen Fähigkeiten entwickelt sich im frühen Kindesalter auch die Fähigkeit zum Denken:

¹⁷ Vgl. Dewey, *Wie wir denken*, S. 11 ff.

¹⁸ Ebd., S. 28.

»Das Denken setzt ein, sobald der Säugling, der den Ball, mit dem er spielte, verloren hat, die Möglichkeit vorwegnimmt von etwas, was noch nicht existiert – die Möglichkeit der Wiedererlangung –, und wenn er anfängt, Mittel zu ersinnen, diese Möglichkeit zu realisieren; wenn er versucht, seine Handlungen von seinen Ideen leiten zu lassen, und so gleichzeitig seine Ideen einer Prüfung unterzieht.«¹⁹

Mit der Entwicklung der Sprachfähigkeit entsteht bei Kindern eine »Neugierde höherer Ordnung«, die auf der *sozialen Ebene* wirksam wird. In dieser Phase kommunizieren sie mit ihren Mitmenschen durch kontinuierliches Fragen nach allen Gegenständen, die sie in ihrer Umwelt wahrnehmen, und später nach Gründen, warum dieses und jenes so ist, wie es ist. Aber auch hier geht es noch nicht um eine systematische Erkenntnis: »Das Leitmotiv [des Kindes, Anm. d. Verf.] ist das Verlangen, jene geheimnisvolle Welt, in die es hineingestellt ist, näher kennen zu lernen und das Tatsachenmaterial zu erweitern, nicht Gesetze und Prinzipien zu entdecken.«²⁰ Dennoch geht es bereits darum, Zusammenhänge zu verstehen. Doch erst wenn sich die Neugierde auf der organischen und sozialen Ebene »in ein Interesse an Problemen verwandelt, die durch die Beobachtung und das gesammelte Material entstehen«,²¹ dann erfolgt über das reine Fragen und Staunen hinaus eine aktive, eigenständige Auseinandersetzung mit den Problemen auf der *geistigen Ebene* – in der Form reflexiver Denkprozesse.

Der wesentliche Unterschied zum wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse besteht auf der geistigen Ebene in den *Gegenständen* und in der *Form* der Kommunikation. In der alltäglichen Erfahrung sind die Gegenstände des Denkens in praktische Interaktionen eingebunden. Auch die Sprache orientiert sich an den intellektuellen Gewohnheiten der jeweiligen sozialen Gruppe. Dewey bezeichnet diesen Zusammenhang als »Symbol-Bedeutungs-Systeme«, die »direkt mit kulturellen Lebensaktivitäten verknüpft sind und dank dieser Verbindung miteinander in Beziehung stehen.«²² Wissenschaftli-

19 Ebd., S. 51.

20 Ebd., S. 29.

21 Ebd.

22 Dewey, *Logik*, S. 143.

che Reflexionsprozesse abstrahieren dagegen von diesen konkreten sozialen Handlungszusammenhängen. Durch die Wissenschaft hat sich ein »uneigennütziges Interesse« entwickelt. Hier können Bedeutungen *als* Bedeutungen untersucht werden, »befreit von ihrem direkten Bezug auf die Belange einer begrenzten Gruppe«. ²³ Wissenschaftliche Untersuchungsprozesse haben daher vorwiegend begriffliche Beziehungen zum Gegenstand: »Infolgedessen entsteht eine neue Sprache, ein neues System von Symbolen, die auf einer neuen Basis miteinander in Beziehung stehen. Und in dieser neuen Sprache ist semantische Kohärenz als solche der entscheidende Gesichtspunkt.« ²⁴ Daraus sollte aber, wie im Folgenden dargelegt wird, nicht irrtümlich geschlossen werden, dass die Sprache selbst das Ausgangsproblem darstellt. Denn dadurch würde der Zusammenhang mit der Primärerfahrung aufgehoben, aus der die problematischen Situationen hervorgehen.

Wie bereits in der Erläuterung von Deweys Theorie der Gewohnheitsbildung erwähnt, besteht das allgemeine Ziel von Deweys progressiver Pädagogik in der Herausbildung von *intelligenten Gewohnheiten*. Diese zeichnen sich durch die Einheit von Denken und Handeln und durch eine Fähigkeit zur flexiblen Anpassung an Veränderungen und neue Situationen aus. Um sich auf den Kontext einer konkreten Situation einstellen zu können, muss das reflektierende Denken flexibel und offen sein. Dazu ist eine breite Vielfalt an Methoden und Zugängen erforderlich. Es gibt keine fixierte und formal korrekte Funktionsweise des Denkens, die wie eine mechanische Tätigkeit erlernt werden kann. Reflexives Denken ist »kein mechanischer fixfertiger Apparat, der unterschiedslos auf alles angewendet werden kann«, wie eine »Wurstmaschine, die alles gleichmäßig in eine handelsfähige Ware verwandelt, sondern [...] die Fähigkeit, Gedanken zu verfolgen und zu verbinden, die durch bestimmte Tatsachen hervorgerufen wurden«. ²⁵

Die Art und Weise, wie Menschen denken, ist äußerst vielfältig. Selbst ein einzelner Mensch denkt in verschiedenen Situationen anders. Diese Unterschiede lassen sich als *Dimensionen des Denkens* in Begriffen wie »Leichtigkeit und Schnelligkeit, Ausdehnung und

23 Dewey, *Logik*, S. 144.

24 Ebd.

25 Dewey, *Wie wir denken*, S. 33.

Fruchtbarkeit, Tiefe und Gründlichkeit« beschreiben.²⁶ Reflexives Denken ist demgegenüber durch eine *Ausgewogenheit* von Tempo, Umfang und Tiefe gekennzeichnet. Zwar ist es ein geordnetes und auf ein Ziel ausgerichtetes Denken, aber es sollte sich nicht darauf fixieren, dieses Ziel mit allen Mitteln oder möglichst schnell zu erreichen. Es muss vielmehr offen, lebendig und beweglich bleiben. Zugleich sollte »ein Übermaß an Denken« vermieden werden, das entsteht, »wenn das Handeln durch die Vielfalt der Betrachtungsweisen, welche die Situation erzeugt, gelähmt wird.«²⁷ Dann verliert das Denken die Handlungsorientierung und läuft Gefahr, zum Selbstzweck zu werden.

Dewey beschreibt das reflexive Denken auch als *diszipliniertes Denken*. Dabei versteht er *Disziplin* als »aufbauend und positiv« im Sinne eines eigenständigen, unabhängigen und geschulten Denkens, und nicht als Gehorsam, Drill oder Zwang wie beim Militär oder als eine rein mechanische Funktion. »Geistige Disziplin« in Deweys Sinn entsteht durch Übung und Schulung. Die Disziplin hingegen, die beim Militär gefordert wird, »ist keine geistige Disziplin. Sie will nicht *Denkgewohnheiten* entwickeln und gelangt auch keineswegs zu diesem Ergebnis, sondern sie strebt danach, ein einheitliches *äußeres Verhalten* zu erreichen.«²⁸ Das spezifische Verständnis von Disziplin, das Dewey mit dem reflexiven Denken verbindet, steht hingegen im Zusammenhang mit der Idee *geistiger Freiheit*:

»Disziplin, geistig verstanden (als die Gewohnheit wirksamer geistiger Auseinandersetzung) ist gleichbedeutend mit Freiheit im wahren Sinne des Wortes. Denn geistige Freiheit bedeutet die Fähigkeit, seelische Kräfte unabhängig zu betätigen, ohne Bevormundung durch andere, und nicht bloß unbehindertes äußeres Handeln.«²⁹

26 Ebd., S. 30.

27 Ebd., S. 31.

28 Ebd., S. 50.

29 Ebd., S. 50. An einer anderen Stelle erläutert Dewey: »Kurz, echte Freiheit ist geistiger Natur. Sie beruht auf der Fähigkeit, Dinge zu überdenken, sie überlegend zu betrachten und zu urteilen, ob Art und Menge des Beweismaterials für die Entscheidung ausreichen. Wenn die Handlungen eines Menschen nicht von überlegten

Nach dieser allgemeineren Hinführung komme ich schließlich zum Kern von Deweys Logik der Forschung – der Struktur reflexiver Untersuchungsprozesse, die auch seiner Theorie der Öffentlichkeit zugrunde liegt. Ein reflexiver Denkvorgang entwickelt sich Dewey zufolge als ein *sequentieller* Prozess, dessen einzelne Denkschritte aufeinander aufbauen und sich gegenseitig bedingen. Die Struktur dieses Prozesses beschreibt er in seinem Buch *Wie wir denken* in der Form eines heuristischen Verfahrens.³⁰ Sie besteht aus fünf aufeinander folgenden Phasen, die sich wechselseitig beeinflussen. Diese Struktur wird auch in der Reformulierung in seinem Hauptwerk *Logik. Die Theorie der Forschung* beibehalten.³¹ Obwohl die Phasen von der naturwissenschaftlichen Methode der Bildung und Verifikation von Hypothesen abgeleitet sind, ist der Reflexionsprozess nicht auf die naturwissenschaftliche Forschung reduziert. Vielmehr ist die Praxis des wissenschaftlichen Forschens selbst das Ergebnis eines historischen Entwicklungsprozesses der Spezialisierung des reflexiven Denkens. Die Struktur findet sich deshalb in allen Formen des reflexiven Denkens wieder, unabhängig von den unterschiedlichen Graden an Komplexität und Abstraktion – von einfachen alltäglichen Situationen bis hin zu komplexen wissenschaftlichen Problemen.

Die Kurzfassung der fünf Phasen lautet:

»(i) Man begegnet einer Schwierigkeit, (ii) sie wird lokalisiert und präzisiert, (iii) Ansatz einer möglichen Lösung, (iv) logische Entwicklung der Konsequenzen des Ansatzes, (v) weitere Beobachtung und experimentelles Vorgehen führen zur Annahme oder Ablehnung, das heißt der Denkprozess findet seinen Abschluss, indem man sich für oder wider die bedingt angenommene Lösung entscheidet.«³²

Schlüssen gelenkt werden, so wird er flüchtigen Impulsen, ungezügelten Begierden, Launen und den Geboten des Augenblicks gehorchen. Unbehindertes, unüberlegtes Handeln pflegen, heißt Knechtschaft züchten, denn es liefert den Menschen seinen Begierden, seinen Sinnen und den Umständen des Augenblickes aus.« (Dewey, *Wie wir denken*, S. 25.)

30 Vgl. ebd., 6. Kapitel: »Analyse eines vollständigen Denkaktes«.

31 Vgl. Dewey, *Logik*, Kap. VI, »Die Struktur der Forschung«, S. 127–148.

32 Dewey, *Wie wir denken*, S. 56.

In der *ersten Phase* steht die bereits erläuterte problematische Situation im Zentrum, die hier noch unbestimmt ist und sich lediglich durch ein Gefühl des Unbehagens, der Beunruhigung, des Zweifels oder der Überraschung bemerkbar macht. Wenn wir beispielsweise »etwas völlig Neuem begegnen oder durch etwas in großes Erstaunen versetzt werden, so manifestiert sich die Schwierigkeit [...] meist zuerst als Schock, als emotionale Störung, als ein mehr oder weniger unbestimmtes Gefühl von etwas Unerwartetem, Sonderbarem, Seltsamem, Störendem.«³³ Dewey bezeichnet diese Ausgangsphase als »die unbestimmte Situation«, die »gestört, aufgewühlt, mehrdeutig, verworren, widersprüchlich, dunkel usf.«³⁴ ist. Der Begriff der Situation bezeichnet dabei

»weder ein einzelnes Objekt oder Ereignis *noch* eine Menge von Objekten und Ereignissen. Denn wir machen niemals die Erfahrung von Objekten oder Ereignissen für sich, noch bilden wir uns Urteile über sie allein, sondern nur im Zusammenhang mit einem kontextuellen Ganzen. Dies Letztere ist das, was eine ›Situation‹ genannt wird.«³⁵

Erst in der *zweiten Phase*, der »Problemstellung«, wird genau bestimmt, was das eigentliche Problem ist. Auch wenn die ersten beiden Phasen häufig ineinander übergehen, macht das Vorhandensein der zweiten Phase den Unterschied zwischen einem unkritischen und einem kritisch-reflexiven Denken aus. Denn »[d]as Wesen des kritischen Denkens besteht in einem Aufschieben des Urteils. Und dieser Akt des Aufschiebens dient dazu, die Natur des Problems zu erkennen, ehe man daran geht, eine Lösung zu suchen.«³⁶ Die zweite Phase vergleicht Dewey mit einer medizinischen Diagnose. Zwar gibt es relativ eindeutige Symptome, die auf ein bestimmtes Krankheitsbild schließen lassen, doch sind diese Fälle nur offensichtlich, weil sie bewährte Ergebnisse früherer Untersuchungsprozesse sind, die sich im tradierten Wissen niederschlagen haben. Davon abgesehen muss eine Ärztin einen gewissen

33 Ebd., S. 58.

34 Dewey, *Logik*, S. 132.

35 Ebd., S. 87.

36 Dewey, *Wie wir denken*, S. 58.

Aufwand betreiben, um aus gegebenen Symptomen die tatsächliche Ursache einer Krankheit zu diagnostizieren. Erst dann kann die Ursache gezielt therapiert werden. Die Ärztin muss ebenfalls voreilige Schlüsse unterbinden, um eine tatsächliche Prüfung der Symptome zu ermöglichen. Erst mit der Definition des Problems wird aus einer unbestimmten Situation eine »problematische Situation«, denn die »Erkenntnis, dass eine Situation der Forschung bedarf, ist der erste Schritt der Forschung«.37 Umgekehrt erstellt eine Ärztin keine Diagnose, wenn keine entsprechenden Symptome vorliegen. Anders gesagt, wenn keine problematische Situation gegeben ist, gibt es auch keinen Anlass für einen Untersuchungsprozess.

Die genaue Situationsanalyse ist von zentraler Bedeutung, weil der gesamte Untersuchungsprozess dadurch beeinflusst wird:

»Die Art, wie das Problem begriffen wird, entscheidet darüber, welche spezifischen Vorschläge aufgenommen und welche fallen gelassen werden; welche Daten ausgewählt und welche verworfen werden; sie ist das Kriterium für die Relevanz und die Irrelevanz von Hypothesen und begrifflichen Strukturen.«38

Ein Problem wird analysiert, indem die *Bedingungen* einer unbestimmten problematischen Situation identifiziert werden. Eine problematische Situation ist niemals *vollständig unbestimmt*. Es gibt eine Reihe von Fakten, Konsequenzen und Bedingungen der Situation, die festgestellt werden können. Ein Problem adäquat zu bestimmen, heißt demnach, diejenigen »*Bestandteile* einer gegebenen Situation ausfindig zu machen, die als Bestandteile geklärt sind«.39 Diese feststellbaren Tatsachen einer Situation bilden »die Bedingungen des Problems, weil sie Bedingungen sind, mit denen gerechnet werden muss oder die bei jeder relevanten Lösung, die vorgeschlagen wird, in Rechnung gestellt werden müssen«.40 Die identifizierten Bedingungen der problematischen Situation geben den Rahmen für die anschließende Problemlösung vor. Wenn demnach ein Problem adäquat beschrieben werden kann, dann sind in dieser Artikulation

37 Dewey, *Logik*, S. 134.

38 Ebd., S. 135.

39 Ebd., S. 136.

40 Ebd.

in der Regel bereits Lösungsansätze enthalten, wie auch in einer gut formulierten Frage bereits Hinweise auf eine Antwort gegeben sind. Solange das Problem jedoch nicht in angemessener Tiefe bestimmt wird, werden möglicherweise nur oberflächliche Symptome behandelt, nicht aber die eigentliche Ursache des Problems.

In der *dritten Phase* erfolgt die vorläufige Bestimmung einer Problemlösung. Die Suche nach möglichen Lösungen setzt Assoziationen und Überlegungen frei, die sich nicht sinnlich aus der unmittelbaren Situation ergeben. Sie führen über das Gegebene hinaus und basieren auf früheren Erfahrungen, vorhandenem Wissen oder Spekulationen. Ein Lösungsansatz kann auch als »Idee«, »Annahme, Vermutung, Erraten, Hypothese und (in besonderen Fällen) Theorie« bezeichnet werden.⁴¹ Jeder Ansatz stellt eine potenzielle Möglichkeit dar, auf das Problem zu reagieren. In dieser Phase spielen Kreativität, Vorstellungskraft und Ideenreichtum eine wichtige Rolle. Denn eine Vielfalt von Ansätzen und Perspektiven macht eine umfassende Lösung des Problems wahrscheinlicher. Dadurch kommen mehr Aspekte der Situation in den Blick. Deshalb »ist es von großer Wichtigkeit, dass das *Entstehen zahlreicher verschiedener Einfälle nach Möglichkeit gefördert wird*«. ⁴² Die vorläufigen Lösungsansätze sind »vorweggenommene Konsequenzen (Voraussagen) dessen, was geschehen wird, wenn bestimmte Operationen unter beobachteten Bedingungen und im Hinblick auf sie ausgeführt werden«. ⁴³ Die Art dieser Voraussagen unterscheidet sich allerdings von derjenigen in naturwissenschaftlichen Experimenten. Naturwissenschaftliche Prognosen können viel präziser sein, weil die wissenschaftlichen Verfahren der Datenerhebung und Auswertung bereits weit entwickelt sind, vor allem aber, weil naturwissenschaftliche Experimente unter weitestgehend kontrollierten Bedingungen durchgeführt werden, was in Bezug auf soziale Angelegenheiten nicht der Fall ist, wie in Kapitel 4.3 ausführlich beschrieben wird.

In der *vierten Phase*, der »Beweisführung« (reasoning), wird die Tragweite der Lösungsmöglichkeiten überprüft. Ausgehend von den identifizierten Bedingungen der Situation wird theoretisch

41 Dewey, *Wie wir denken*, S. 59 (Herv. i. O.).

42 Ebd.

43 Dewey, *Logik*, S. 136 f.

ermittelt, welche Konsequenzen aus den verschiedenen Lösungsansätzen folgen würden. Mit dem Mittel des rationalen Diskurses werden die logischen Beziehungen zwischen den verschiedenen Schritten und Konsequenzen ermittelt und begründet, Begriffe hinterfragt und überprüft.⁴⁴ Die hypothetischen Überlegungen in dieser Phase sind ebenso bedeutsam wie die Beschreibung des Problems, weil sie »den gleichen Einfluss auf eine mögliche Lösung [haben]« wie »genauere und umfangreichere Beobachtungen auf das ursprüngliche Problem«. ⁴⁵

Im Prozess der Beweisführung verändert ein möglicher Lösungsansatz seine vorläufige Form. Die gedanklich entwickelten Konsequenzen führen dazu, dass die Idee anschließend verworfen oder in ihrer neuen Form als plausibel angenommen wird. Das in der vierten Phase gewonnene Urteil ist aber noch »hypothetisch und bedingt«. Es wird lediglich bewiesen, »dass, *wenn* die Idee angenommen würde, gewisse Konsequenzen eintreten müssten«. ⁴⁶ Jeder Lösungsansatz stellt zunächst nur eine *Möglichkeit* dar, die neben anderen potenziellen Lösungsansätzen existiert. Wenn der Prozess der Beweisführung nicht gründlich durchgeführt wird, besteht die Gefahr, dass eine Lösung vorschnell und unbegründet akzeptiert wird, etwa nur, weil sie schon bekannt ist und vertraut erscheint, aber ohne dass ihre tatsächliche Bedeutung untersucht wird.

Die *fünfte Phase* besteht schließlich in der experimentellen Verifikation des gewählten Lösungsansatzes durch die Umsetzung in der Praxis. Dabei müssen die tatsächlich eintretenden Folgen berücksichtigt werden, einschließlich der nicht-intendierten Folgen. In einfachen Fällen können die Folgen direkt beobachtet werden, in komplexeren Angelegenheiten sind dagegen aufwendige Messverfahren und Rückkopplungen notwendig. Damit steht die empirische »Beobachtung sowohl am Anfang als am Ende des Reflexionsprozesses«. ⁴⁷ In der zweiten Phase dient sie dazu, das Problem genau zu bestimmen. In der fünften Phase trägt sie zur Verifikation der gewählten Lösung bei. Dazwischen stehen die »geistigen Aspekte des gesamten Denkzyklus: (i) Das Folgern, das heißt das

44 Vgl. Dewey, *Logik*, S. 131.

45 Dewey, *Wie wir denken*, S. 59.

46 Ebd., S. 60.

47 Ebd.

Entstehen einer möglichen Erklärung und Lösung, (ii) die Überlegung, das Entwickeln der Tragweite und Konsequenzen des Gedankens«.48 Auf diese Weise sind empirische Beobachtungen und theoretische Überlegungen in reflexiven Denkprozessen aufeinander angewiesen: »Die Überlegung bedarf der Bestätigung durch die experimentelle Beobachtung, während experimentelles Vorgehen nur dann zweckmäßig und fruchtbar durchgeführt werden kann, wenn es sich auf eine Idee stützt, die vorher versuchsweise durch das Denken entwickelt wurde.«49

Diese allgemeine Beschreibung der fünf Phasen des reflexiven Denkens dient als Grundlage für die Konzeption von Öffentlichkeiten als kooperativen Untersuchungsprozessen (Kap. 6.1). In den nächsten beiden Kapiteln werden zunächst die *soziale* und *kooperative* Dimension dieser Prozesse und die Besonderheiten bei der Anwendung der experimentellen Methode auf soziale Angelegenheiten – im Unterschied zur naturwissenschaftlichen Forschung – erläutert (Kap. 4.3).

4.2 SOZIALE INTELLIGENZ UND INTELLIGENTE KOOPERATION

Der Begriff der Intelligenz wurde bereits im Zusammenhang mit den *intelligenten Gewohnheiten* in Kapitel 3.2 erwähnt. Dewey verwendet ihn teilweise als Synonym für die experimentelle Methode. Wahlweise schreibt er von der »wissenschaftlichen Methode«, der »experimentellen Methode«, der »Methode der Intelligenz« und der »intelligenten Methode«. Intelligenz ist für Dewey

»eine Kurzbezeichnung für große und stetig anwachsende Methoden der Beobachtung, des Experiments und des reflektierenden Schließens, die in sehr kurzer Zeit die physischen und zu einem beträchtlichen Grade die physiologischen Bedingungen des Lebens revolutioniert haben, die aber bis jetzt noch nicht für eine Anwendung auf das entwickelt worden sind, was selbst spezifisch und grundlegend *menschlich* ist. [...] Die vorzunehmende Erneuerung [der Philosophie, Anm. d. Verf.] besteht

48 Ebd.

49 Ebd.

nicht darin, ›Intelligenz‹ als etwas Fertiges anzuwenden. Sie besteht darin, die Art von Methode [...], durch die das Verständnis der physischen Natur auf seine gegenwärtige Höhe gebracht worden ist, auf die Erforschung menschlicher und moralischer Gegenstände zu übertragen.«⁵⁰

Wie bereits erläutert, wird die Funktion des Denkens im Experimentalismus insbesondere in der Anpassung von Gewohnheiten an veränderte oder neue Situationen gesehen. Das Ziel des reflexiven Denkens besteht darin, sowohl das eigene Verhalten als auch die Bedingungen der Umwelt zu verändern, um Probleme zu lösen und zukünftige Interaktionen zu verbessern. Demnach stellt die Fähigkeit der Intelligenz eine *operative Funktion* dar, die »nicht darin [besteht], die Objekte der Umwelt abzubilden, sondern vielmehr einzukalkulieren, wie effektivere und nutzbringendere Beziehungen zu diesen Objekten in der Zukunft geschaffen werden können«.⁵¹ Zugleich besteht die Gefahr, dass der Intelligenzbegriff falsch verstanden und der Experimentalismus mit einem utilitaristischen Nutzenkalkül gleichgesetzt wird, wie es in der Rezeption von Deweys Ansatz und der pragmatistischen Philosophie generell häufig der Fall war. Schließlich geht Dewey davon aus,

»dass Handlung und Gelegenheit nur zu dem Grad gerechtfertigt sind, in dem sie das Leben vernünftiger machen und seinen Wert erhöhen. Der Instrumentalismus [bzw. Experimentalismus, Anm. d. Verf.] hält [...] daran fest, dass die Handlung intelligent und reflexiv sein und das Denken eine zentrale Stellung im Leben einnehmen sollte. [...] wir insistieren darauf, dass Intelligenz als die einzige Quelle und einzige Garantie einer wünschenswerten und glücklichen Zukunft angesehen werde.«⁵²

Diese Betonung der Intelligenz kann nur angemessen interpretiert werden, wenn der *soziale* Charakter der Intelligenz berücksichtigt wird, der Deweys Konzeption zugrunde liegt. Es geht ausdrücklich nicht um eine utilitaristische Nutzenmaximierung, auch wenn

⁵⁰ Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 13.

⁵¹ Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 31 f.

⁵² Ebd., S. 34.

die Funktion des Denkens zum Zweck sozialer Verbesserungen betont wird. Die Verbesserung der Bedingungen zukünftiger Erfahrungen meint bei Dewey aber nicht die eindimensionale Maximierung eines bestimmten, quantifizierbaren Merkmals. Denn wie bereits oben anhand des pluralistischen Ziele-Mittel-Kontinuums erläutert wurde (Kap. 3.3), geht es nicht um die instrumentelle Umsetzung eines dogmatisch festgelegten Ziels. *Intelligentes* Handeln bedeutet im Unterschied zum *instrumentellen* Handeln, dass Ziele und Mittel nicht als fixierte Entitäten, sondern in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit und Veränderung im Handlungsprozess betrachtet werden. Reflexive Untersuchungsprozesse sind genau dann intelligent, wenn nicht statische Begriffe und schablonenartige Denkmuster angewendet werden, sondern wenn die fünf Phasen des reflexiven Denkens durchlaufen werden, wobei der angemessene Umfang einer jeden Phase in Abhängigkeit von der konkreten Situation bestimmt werden muss.

Durch die Verknüpfung von Theorie und Empirie hat die experimentelle Methode einen radikalen Wandel im wissenschaftlichen Denken hervorgebracht. Die zahlreichen technologischen Erfindungen, die letztlich zur industriellen Revolution geführt haben, sind zweifellos Resultate dieses Wandels. Natürlich kann die Industrialisierung nicht auf wissenschaftliche und technologische Fortschritte reduziert werden. Sie wurde ebenso durch tiefgreifende soziale Veränderungen wie die zunehmende Urbanisierung ab dem 19. Jahrhundert verstärkt. Dadurch sind Folgeprobleme entstanden, die eine umfassende Anpassung und Erneuerung der bestehenden sozialen Institutionen notwendig gemacht haben, beispielsweise in den Bereichen der Bildung, der Gesundheit, der Infrastruktur oder des Arbeitsschutzes. Grundsätzlich aber hat die Anwendung der experimentellen Methode die gesellschaftliche Produktivität um ein Vielfaches erhöht. Innerhalb nur eines Jahrhunderts hat die »gemeinsame Anstrengung von Wissenschaft und Technik [...] mehr produktive Energien freigesetzt als in der gesamten früheren menschlichen Geschichte«, wodurch »sie sich allein in der letzten Generation neun Millionen mal vervielfacht« hat.⁵³ Anhand dieses enormen Produktivitätszuwachses wird deutlich,

53 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 194.

»dass die Freisetzung der Produktivität das Ergebnis kooperativ organisierter Intelligenz ist und [...] dass der institutionelle Rahmen genau derjenige ist, der bislang noch nicht in irgendeinem bemerkenswerten Ausmaß dem Einfluss der erfinderischen und konstruktiven Intelligenz unterworfen ist«.54

Dennoch kann Dewey kein technologischer Fortschrittsoptimismus unterstellt werden. Die negativen Folgen des wissenschaftlich-technologischen Wandels sind vielmehr ein zentraler Ausgangspunkt seiner kritischen Überlegungen.⁵⁵ In den monotonen Tätigkeiten der Fabrikarbeiter zeigt sich beispielsweise der Ausschluss von Intelligenz und Kreativität, was genau dem Gegenteil von Deweys Forderungen entspricht. Trotz ihrer negativen Auswirkungen verurteilt Dewey die neuen Technologien, Organisationsformen und Praktiken aber nicht. Vielmehr stellen die unerwünschten und nicht-intendierten Folgen für Dewey den wesentlichen Grund dafür dar, dass es besonders in sozialen Angelegenheiten der Weiterentwicklung und Anwendung intelligenter Methoden bedarf, um diese Folgen regulieren zu können. Genau darauf läuft Deweys Öffentlichkeitskonzeption hinaus.

Deweys entwickelt seinen Begriff der Intelligenz durchaus in Abgrenzung zum philosophischen Begriff der Vernunft. Aber er ersetzt diesen nicht einfach, sondern zielt auf die Verschiebung ab, die mit der Einführung der experimentellen Methode in der Philosophie und den Sozialwissenschaften einhergeht. Dewey verwendet ausdrücklich nicht den Begriff »experimentelle Vernunft«, weil der Vernunftbegriff zu eng mit der Philosophie Immanuel Kants verbunden ist. Die Kantische Definition der Vernunft als *erfahrungs-unabhängige* Form der Erkenntnis ist das Gegenmodell des auf die Erfahrung bezogenen Experimentalismus. Insofern Deweys philosophischer Ansatz aber als Fortführung der philosophischen Idee der Aufklärung verstanden werden muss, stellt er eine Transformation der Kantischen Philosophie dar.⁵⁶ Die Orientierung des praktischen Handelns an apriorischen, unhintergehbaren Wahrheiten

54 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 200.

55 Vgl. dazu Dewey kritische Technikphilosophie, die im Kapitel 6.3 erläutert wird.

56 Vgl. Krüger, »Prozesse der öffentlichen Untersuchung«, zum Verhältnis von Dewey zu Kant und Hegel bes. S. 228–234.

und universalen Prinzipien, die Kant zufolge mittels der »reinen theoretischen Vernunft« erfasst werden können, ist aus der Perspektive des Experimentalismus problematisch. In der experimentellen Erkenntnis- und Handlungstheorie geht es Dewey gerade nicht um die Einsicht in absolute Prinzipien, sondern um das reflexive Denken, das auf die Klärung konkreter problematischer Situationen bezogen ist. Die Ablehnung der Vorstellung, dass die Welt einer festen Ordnung unterliegt und nach bestimmten Gesetzmäßigkeiten funktioniert, erfordert ein situationsbezogenes, experimentelles Denken und Handeln, das die Komplexität und Kontingenz der Welt anerkennt. Dennoch hält Dewey an der Grundidee der Aufklärung fest. Doch was dort als Vernunft bezeichnet wurde, ist unter den Bedingungen der Moderne die

»experimentelle Intelligenz, die nach dem Vorbild der Wissenschaft konzipiert und bei der Schaffung sozialer Künste benutzt wird; sie hat eine Aufgabe zu erfüllen. Sie befreit die Menschen von ihrer Knechtschaft unter der Vergangenheit, die auf Unwissenheit und zu Brauch versteinertem Zufall beruht. Sie entwirft eine bessere Zukunft und hilft dem Menschen bei ihrer Verwirklichung. Und ihr Wirken ist immer der Überprüfung durch die Erfahrung unterworfen. Die Pläne, die gemacht werden, die Prinzipien, die als Anleitung für rekonstruktives Handeln entworfen werden, sind keine Dogmen. Sie sind Hypothesen, die in der Praxis ausprobiert werden sollen, und die in dem Maße zurückgewiesen, korrigiert und erweitert werden, wie es ihnen ge- oder mißlingt, unserer gegenwärtigen Erfahrung die Anleitung zu geben, die sie erfordert. [...] Intelligenz ist nicht etwas, was ein für alle Mal besessen wird. Sie ist in einem fortwährenden Prozeß der Bildung begriffen, und an ihr festzuhalten erfordert stete Aufmerksamkeit bei der Beobachtung der Folgen, einen aufgeschlossenen Lernwillen und Mut bei der Neuanpassung.«⁵⁷

57 Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 141 f.

Mit dieser Beschreibung bringt Dewey die Philosophie des Experimentalismus auf den Punkt. Prinzipiell kann in dieser Perspektive *alles* menschliche Handeln als *experimentelles* Handeln aufgefasst werden. Denn auch die vertrauten und gelingenden alltäglichen Abläufe sind historisch entwickelte *Ergebnisse* experimenteller Prozesse, die sich bewährt haben, wie Dewey in seiner Theorie der Gewohnheitsbildung beschreibt (Kap. 3.2). Unter den Bedingungen zunehmender gesellschaftlicher Komplexität lautet deshalb die entscheidende Frage nicht, ob experimentelles Handeln eine Option darstellt, sondern ob es planlos oder unter Anleitung einer intelligenten Methode erfolgt.⁵⁸

Die Anwendung und Weiterentwicklung intelligenter Methoden stellt für Dewey den einzig sinnvollen Weg zum Umgang mit komplexen sozialen Problemen dar, die sich aus den vielfältigen und weitreichenden Interaktionen in modernen Massengesellschaften ergeben. Individuelles und kollektives Handeln ist seinem Verständnis zufolge nur dann als intelligent zu bezeichnen, wenn in den reflexiven Untersuchungsprozess sowohl die voraussehbaren und intendierten als auch die faktisch eintretenden und nicht-intendierten Konsequenzen einbezogen werden – wenn also normative *und* deskriptive Aspekte einer Situation in allen Phasen des Problemlösungsprozesses in ihrem Zusammenhang berücksichtigt werden: »Intelligentes Handeln befasst sich nicht mit den bloßen Folgen des erkannten Dinges, sondern mit den Folgen, die ins Dasein gerufen werden *sollen* durch ein von der Erkenntnis bedingtes Handeln.«⁵⁹

Intelligenz lässt sich aber nicht auf ein *individuelles* Vermögen reduzieren. Dieser bedeutende Einwand hängt mit Deweys grundsätzlicher Kritik an einem falsch verstandenen Individualismus in der Gesellschaftstheorie zusammen, zu dessen Korrektur er die

58 Vgl. Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 81. In einem späteren Werk schreibt er dazu: »In a world where there is as much complexity and contingency as there is in our world, it is true both that action is necessary and that action must be experimental, a trying. Experimental method [...] is then something different from the bare fact of the omnipresence of uncertain trial in all action. The difference is that between the experiment which is aware of what it is about and experiment which ignores conditions and consequences.« (Dewey/Childs, *The Underlying Philosophy of Education* [1933], LW.8.94.)

59 Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 214.

Konzeption eines *sozialen* Individualismus entwickelt, auf die ich im Kapitel 5.1 eingehe. Die individualistische Auffassung von Intelligenz ist Dewey zufolge eine Illusion, die vorwiegend in den besser gestellten Eliten einer Gesellschaft verbreitet ist: »Die Vorstellung, Intelligenz sei eine persönliche Begabung oder eine persönliche Erregenschaft, ist der große Dünkel der intellektuellen Klasse, so wie derjenige des Handelsstandes darin besteht, daß Reichtum etwas ist, was er persönlich erarbeitet hat und besitzt.«⁶⁰

Der Begriff der Intelligenz bezieht sich in Deweys Experimentalismus in diesem Sinn vielmehr auf die soziale Dimension. Menschen besitzen »das Vermögen [...], sich die Intelligenz, das Wissen, die Vorstellungen und Absichten anzueignen und darauf zu reagieren, die in das Milieu integriert sind, in dem die Menschen leben.«⁶¹ Auf individueller Ebene werden intelligente Handlungs- und Denkgewohnheiten demnach im Prozess der Sozialisation durch die soziale und materielle Umwelt geprägt. Für Dewey ist der Prozess der Erziehung und Sozialisation für die Entwicklung der Intelligenz weitaus entscheidender als die biologische Ausstattung. Ein einzelner Mensch kann von seiner genetischen Veranlagung her zwar gute Voraussetzungen haben, doch die Entwicklung intelligenter Gewohnheiten ist wesentlich von den Anreizen und der Förderung abhängig, die er von seiner Umwelt erhält. Deshalb würde zwar

»[e]in intelligenterer Stand der sozialen Angelegenheiten, einer, der mehr durch Wissen geprägt, mehr von Intelligenz geleitet wäre, [...] die ursprünglichen Anlagen nicht um einen Deut verbessern, aber er würde *das Niveau erhöhen, auf dem die Intelligenz aller operierte*. Die Höhe dieses Niveaus ist für die Beurteilung öffentlicher Angelegenheiten viel wichtiger als die Unterschiede in den Intelligenzquotienten.«⁶²

Die *wirksame* oder *effektive* Intelligenz in der kollektiven Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen ist demnach nicht nur von einzelnen Individuen, sondern zu einem hohen Grad von

60 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 175; vgl. auch Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 181 f.

61 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 192.

62 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 175 (Herv. A. A.).

den sozialen und kulturellen Bedingungen abhängig. Der entscheidende Faktor für intelligentes Handeln ist für Dewey »das in der verkörperten Intelligenz fixierte Tätigkeitsniveau.«⁶³ Als *verkörperte* Intelligenz (*embodied intelligence*) bezeichnet Dewey jedoch nicht das individuelle praktische Vermögen, sondern das in der sozialen und materiellen *Umwelt* enthaltene Potenzial. Dieses schlägt sich in den in einer Gesellschaft vorhandenen Werkzeugen, Technologien, Institutionen und intelligenten Gewohnheiten nieder, welche die Interaktionen von Individuen prägen.

Für die Öffentlichkeitstheorie ist die Konzeption der in der Umwelt verkörperten Intelligenz entscheidend, weil vom Intelligenzbegriff nicht zuletzt der Grad der demokratischen Partizipation an politischen Problemlösungsprozessen abhängt. Deweys Konzeption der sozialen Intelligenz stellt ein Argument gegen den Einwand von Walter Lippmann dar, dem zufolge gewöhnliche Bürger_innen zu einer inhaltlichen Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen nicht fähig sind. Dieser Einwand basiert auf einer individualistischen Konzeption von Intelligenz. Dewey wendet sich mit seiner sozialen Konzeption jedoch entschieden gegen die Abwertung der individuellen Intelligenz der durchschnittlichen Bevölkerung:

»Es gibt nur wenige Individuen, die über die angeborene Fähigkeit verfügen, die dazu erforderlich war, die stationäre Dampfmaschine, die Lokomotive, den Dynamo oder das Telephon zu erfinden. Es gibt aber niemanden, der so mittelmäßig wäre, dass er diese Verkörperung der Intelligenz nicht sinnvoll nutzen könnte, wenn sie erst einmal Teil der organisierten Werkzeuge der vergemeinschafteten Lebewesen sind.«⁶⁴

Um die Konzeption von verkörperter Intelligenz und ihrer sozialen Funktion zu veranschaulichen, bezieht sich Dewey auf den Ökonomen Henry George. In dessen Buch *The Science of Political Economy* von 1897 argumentiert George, dass der Unterschied zwischen Menschen in modernen Gesellschaften und jenen in früheren Gesellschaftsformen keineswegs auf eine Veränderung der biologischen

63 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 174.

64 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 181.

Anlagen zurückgeführt werden könne, sondern von den kulturellen Bedingungen und kooperativen Anstrengungen abhängen. Anhand der Dampfschiffe, die an einem Tag über 800 Kilometer auf dem Ozean zurücklegen können und damit die Strecke von England nach New York in den 1890er Jahren erstmals innerhalb von nur sechs Tagen bewältigten, erläutert er:

»Es gibt nichts, um zu zeigen, dass die Männer, die heutzutage solche Schiffe bauen, navigieren und gebrauchen, auch nur im geringsten Maße in irgendeiner physischen oder mentalen Hinsicht ihren Vorfahren überlegen wären, deren bestes Schiff ein aus Weidengeflecht und Tierhäuten gefertigtes Boot ist. Die enorme Verbesserung, die diese Schiffe aufweisen, ist keine Verbesserung der menschlichen Natur; es ist eine Verbesserung der Gesellschaft – sie geht auf eine umfassendere und vollständigere Vereinigung der individuellen Anstrengungen bei der Erreichung gemeinsamer Ziele zurück.«⁶⁵

Die Anwendung der experimentellen Methode im Bereich sozialer und politischer Angelegenheiten führt zu der zentralen Frage nach der gesellschaftlichen *Organisation* intelligenten Handelns. Ausgehend von seiner Konzeption der verkörperten Intelligenz, die über unzählige Generationen angewachsen ist, vertritt Dewey die Auffassung, »dass Intelligenz ein gesellschaftliches Gut ist und eine Funktion erfüllt, die so öffentlich ist wie ihr Ursprung in der konkreten gesellschaftlichen Kooperation«.⁶⁶ In der wissenschaftlichen und industriellen Revolution hat die Anwendung kooperativer Intelligenz einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Problematisch ist, dass die intelligenten Methoden dabei weitgehend auf die naturwissenschaftliche Forschung und auf technologische Entwicklungen beschränkt waren, während die »Fragen, die uns am nächsten und tiefsten berühren, [...] nicht durch intelligente Operationen geregelt [werden], sondern durch Tradition, Selbstinteresse und zufällige Umstände«.⁶⁷ Die Anwendung der experimentellen Methode

65 Henry George, *The Science of Political Economy* (1897), S. 20, dt. Übersetzung zit. n. ebd., S. 191.

66 Ebd., S. 190.

67 Dewey, *Die Suche nach Gewißheit*, S. 251.

in sozialen und moralischen Angelegenheiten ist für Dewey mit der Hoffnung verbunden, dass sie zu einer ebenso weitreichenden Erhöhung des Niveaus der verkörperten Intelligenz führt, wie die wissenschaftliche Revolution zu einer Verbesserung der materiellen Produktionsmittel geführt hat:

»Genau wie das spezialisierte Denken und Wissen der Vergangenheit verkörpert ist in den Werkzeugen, Gerätschaften, Apparaten und Technologien, welche jene heute intelligent nutzen können, die sie nicht hätten hervorbringen können, so wird es sein, wenn die Winde des öffentlichen Wissens durch die sozialen Angelegenheiten wehen.«⁶⁸

Ein rein auf die *technische* Naturbeherrschung ausgerichteter Fortschritt erzeugt geradezu den moralischen Imperativ, dass die dadurch entstehenden *sozialen* Probleme mit gleichwertigen Mitteln und gleichem Aufwand einbezogen werden müssen. Es geht jedoch nicht um eine technokratische Steuerung der Gesellschaft und des menschlichen Verhaltens durch eine Elite, sondern um die intelligente Regulierung der auftretenden Probleme, die unerwünschte Folgen der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklungen sind. Die Notwendigkeit einer Erweiterung der experimentellen Methode auf soziale und moralische Angelegenheiten ist eine Konsequenz der von Dewey kritisierten Unzulänglichkeit einer einseitigen Anwendung der sozialen Intelligenz:

»If we can effect the use of intelligence as method of control in the physical and mechanical field, why should we not strive to develop it in the field of human relations? Moreover, the social effects of the limited and more technical control that has been effected do more than suggest the possibility of a wider and deeper moral application. They create an urgent need, a necessity, that it be done. [...] it is not yet decided whether the control that has been effected in the physical field is to be a blessing

68 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 174.

or a curse: whether, in other words, the machine and its technology are to be the servants or the masters of mankind.«⁶⁹

Die Organisation sozialer Interaktionen ist somit der entscheidende Faktor in einer sich wandelnden Gesellschaft. Nicht Gewalt oder Konkurrenz, sondern die Fähigkeit zu *intelligenter Kooperation* ist für Dewey die einzige angemessene Antwort auf die umfassenden und beschleunigten Veränderungsprozesse. Dennoch sind Wettbewerb und Rivalität in Deweys Konzeption von intelligenter Kooperation keineswegs ausgeschlossen, wie in seiner Demokratietheorie deutlich wird (Kap. 5.2). Die Anwendung der experimentellen Methode auf soziale und moralische Angelegenheiten im Rahmen kooperativer Untersuchungsprozesse wird als soziale Praxis verstanden, die nur unter demokratischen Bedingungen möglich ist. Dazu gehört die Freiheit der Forschung, die freie Kommunikation und Meinungsäußerung sowie die Offenheit der Gemeinschaft der Forschenden. In diesem Sinn ist der Experimentalismus als wissenschaftstheoretischer Ansatz untrennbar mit dem radikaldemokratischen Anspruch von Deweys Sozialphilosophie verbunden.

Wie oben beschrieben, transformiert der Untersuchungsprozess nicht nur die gemeinsame problematische Situation, sondern, wie jeder echte Erkenntnisprozess, auch die Beteiligten.⁷⁰ Einerseits führt die Veränderung der Bedingungen der problematischen Situation zu einer Anpassung des Verhaltens. Andererseits werden durch die Reflexion gemeinsamer Erfahrungen individuelle Lernprozesse möglich. Diese betreffen nicht nur den Erwerb von neuem Wissen oder praktischen Fähigkeiten, sondern beinhalten auch eine moralische Transformation: Ein reflexiver Untersuchungsprozess im Sinne des Experimentalismus bereichert und erweitert die Persönlichkeitsbildung bereits durch die Erfahrung der freien und gleichberechtigten Teilhabe an der gemeinschaftlichen Aktivität. Während diese sozialpsychologischen Aspekte in der naturwissenschaftlichen Forschung nur eine marginale Rolle spielen, stehen sie in der experimentellen Sozialforschung im Zentrum. Aus diesem Grund ist im Experimentalismus nicht nur das Ergebnis eines

69 Dewey/Childs, *The Underlying Philosophy of Education* (1933), LW.8.93.

70 Vgl. dazu die Beschreibung des Erkennens als transformativer Prozess in Kapitel 3.3, S. 84.

Untersuchungsprozesses entscheidend, sondern auch der Prozess selbst. Reflexives Denken und intelligente Kooperation haben somit nicht nur einen *funktionalen* Wert für die Klärung von problematischen Situationen, sondern auch einen immanenten *moralischen* und *ästhetischen* Wert. Für Dewey ist es »weniger wichtig, dass wir alle die gleiche Überzeugung haben, als dass wir alle gleich frei forschen und einander unsere Einsichten in die Wahrheit zur Verfügung stellen, nach der wir suchen«.71 Darin besteht die enge Verknüpfung zwischen der experimentellen Methode und der demokratischen Gestaltung reflexiver Untersuchungsprozesse.72

Kooperative Untersuchungsprozesse haben zum Ziel, gesellschaftlich verbreitete Überzeugungen, Verhaltensweisen und soziale Institutionen an veränderte Bedingungen anzupassen. Sie hängen maßgeblich von den Beteiligten und Betroffenen ab, die in diese Prozesse involviert sind. Kollektive Problemlösungsprozesse sind deshalb nur als gemeinschaftliche und partizipative Prozesse möglich. Denn »[j]ede Hypothese hinsichtlich eines sozialen Ziels muss als Teil ihrer selbst die Idee organisierter Gemeinschaft unter denen einschließen, die die Operationen, die diese Idee formuliert und lenkt, ausführen sollen«.73 In Deweys Öffentlichkeitstheorie geht es darum, wie sich solche Gemeinschaften konstituieren, um gemeinsame Angelegenheiten zu klären. Deshalb ist der demokratische Experimentalismus abhängig von der

»Bildung eines Glaubens an die Intelligenz als des einen und unentbehrlichen Glaubens, der für das moralische und soziale Leben notwendig ist. Je mehr man den immanenten ästhetischen, unmittelbaren Wert des Denkens und der Wissenschaft würdigt, je mehr man berücksichtigt, was die Intelligenz selbst zur Freude und Würde des Lebens beiträgt, desto betrübter sollte man sich angesichts einer Situation fühlen, in der Ausübung und Genuss der Vernunft auf eine kleine, geschlossene und technische Gruppe der Gesellschaft beschränkt

71 Dewey, »Erfahrung, Erkenntnis und Wert. Eine Replik«, S. 462.

72 Vgl. Caspary, *Dewey on Democracy*, S. 3.

73 Dewey, *Logik*, S. 578.

sind, und desto mehr sollte man sich fragen, wie es möglich ist, alle Menschen zu Teilnehmern an diesem unschätzbaren Reichtum zu machen.«⁷⁴

Auf diesem Verständnis von sozialer Intelligenz und intelligenter Kooperation basiert Deweys Konzeption der Untersuchung sozialer Angelegenheiten, die im folgenden Kapitel erläutert wird. Sie bildet die wesentliche Grundlage seiner Öffentlichkeitstheorie. Die methodologischen Annahmen sind somit nicht auf die wissenschaftliche Forschung im engeren Sinn begrenzt, sondern beziehen sich auch auf die Erforschung alltäglicher problematischer Situationen.

4.3 METHODOLOGIE SOZIALER UNTERSUCHUNGSPROZESSE

Im Folgenden stelle ich die methodologischen Konsequenzen vor, die aus dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus für die Erforschung sozialer Angelegenheiten folgen. Damit werden die Ausführungen zum fünfstufigen Prozesses des reflexiven Denkens vertieft (Kap. 4.1) und es wird deutlich, wie sich Deweys Logik der Forschung im situativen und problemorientierten Forschungsprozess als *realistisches soziales Denken* realisiert, wie sich das Verhältnis von theoretischen Überlegungen und empirischen Beobachtungen gestaltet und welche Bedeutung der Sprache und der Kultur im Forschungsprozess zukommt.

Deweys Überlegungen zur Logik der Untersuchung sozialer Angelegenheiten (*social inquiry*) müssen vor dem historischen Hintergrund der Entwicklung der empirischen Sozialforschung verstanden werden. Deshalb geht es im Folgenden auch um die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Natur- und Sozialwissenschaften. Zwischen dem Ende des 19. Jahrhunderts und der Mitte des 20. Jahrhunderts wurden insbesondere in der Sozialpsychologie, Soziologie und Politikwissenschaft erste empirische Methoden entwickelt. In Chicago, wo Dewey von 1894 bis 1904 lehrte, haben sich zu dieser Zeit die ethnografischen Methoden der einflussrei-

⁷⁴ Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 36 f.

chen Chicagoer Schule herausgebildet, die eng mit dem philosophischen Pragmatismus und somit auch mit dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus verbunden sind.⁷⁵

In der Übertragung der experimentellen Methode auf soziale und moralische Angelegenheiten geht es um erkenntnistheoretische und sozialphilosophische Hintergrundannahmen, die *jeden* reflexiven Untersuchungsprozess bestimmen, auch das Nachdenken über alltägliche Angelegenheiten: »Wenn wir sagen, das Denken und die Überzeugungen sollten experimentell und nicht absolutistisch sein, dann denken wir an eine bestimmte Logik der Methode, nicht in erster Linie an Experimente wie sie in Laboratorien durchgeführt werden.«⁷⁶ Dementsprechend lassen sich die im Folgenden erläuterten Annahmen zwar als *Methodologie sozialer Untersuchungsprozesse* bezeichnen, jedoch in einem weiten und grundsätzlichen Sinn. Es geht nicht um die Beschreibung einer konkreten Forschungsmethode oder eines Forschungsdesigns.

Bereits zu Deweys Zeit war die Methodologie als Subdisziplin etabliert und eine Unterscheidung zwischen Methodologie und Logik verbreitet. In der Regel wurde jedoch angenommen, »dass [...] erstere eine Anwendung der letzteren sei.«⁷⁷ Mit seinem Ansatz des Experimentalismus kritisiert Dewey dagegen die Auffassung, dass die Logik ein eigenständiger Erkenntnisbereich sei, dessen Ergebnisse auf andere Kontexte angewendet werden. Es ist zwar unumstritten, dass, wenn die »Forschung gültige Schlussfolgerungen erzielen will, [...] sie selber logischen Anforderungen genügen

75 Robert Ezra Park, der als einer der Begründer der Chicagoer Schule gilt, studierte in den 1880er Jahren bei Dewey, als dieser noch an der *University of Michigan* in Ann Arbor unterrichtete, vgl. Rolf Lindner (2003): »Robert E. Park (1864–1944)«, in: *Klassiker der Soziologie*, Bd. I: Von Auguste Comte bis Alfred Schütz, hrsg. von Dirk Kaesler, München: Beck, S. 213–229. Eben dort hat Dewey bereits mit George Herbert Mead zusammengearbeitet, einem weiteren Hauptvertreter des Pragmatismus und der Chicagoer Schule, mit dem er 1894 an die neu gegründete *University of Chicago* wechselte und bis zu Meads Tod 1931 eng befreundet war. Auch die Soziologin und spätere Friedensnobelpreisträgerin Jane Addams hat einen prägenden Einfluss auf Dewey ausgeübt. Ihre feministische Interpretation des Pragmatismus hat maßgeblich zur Ausrichtung von Deweys Sozialphilosophie beigetragen. Das 1889 von Addams in Chicago gegründete *Hull House* war ein Pionierprojekt der sozialen Arbeit, das auch der empirischen Sozialforschung diente und von Dewey und Mead aktiv unterstützt wurde.

76 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 169.

77 Dewey, *Logik*, S. 17.

[muss]«.78 Das vermeintliche Paradox, dass diese Anforderungen aber nicht von außen auferlegt werden, versucht Dewey mit dem Verweis auf die These von der Kontinuität der Forschung aufzulösen. Diese besagt, dass »die Forschung in ihrem Fortgang die logischen Maßstäbe und Formen entwickeln kann, denen sich die *weitere* Forschung unterwerfen soll«.79 Die logischen Formen, Begriffe, Methoden und Theorien, die in Untersuchungsprozessen entwickelt werden, haben keinen absoluten Geltungsanspruch, sondern müssen in zukünftigen Forschungen kritisch reflektiert und angepasst werden.

Dass die angewandten Begriffe, Methoden und Theorien im Prozess der Forschung reflektiert werden müssen, ist zwar in der gegenwärtigen empirischen Sozialforschung eine weitgehend geteilte Annahme. Doch die daraus folgenden Konsequenzen für die Logik werden noch immer nicht hinreichend anerkannt. Die Vorstellung, dass logische Beziehungen eine von der Erfahrung unabhängige, allgemeine Gültigkeit besitzen und nur auf Situationen angewendet werden, führt zu jener Trennung von Theorie und Praxis oder Denken und Erfahrung, die Dewey in seiner holistischen Erkenntnis- und Handlungstheorie kritisiert (Kap. 3.3). Sein Ziel ist es deshalb, eine *einheitliche* Logik der Forschung zu entwickeln, die diese Trennung unterläuft, indem er einen fließenden Übergang zwischen alltäglichen und wissenschaftlichen Problemlösungsprozessen annimmt. Ein solches Kontinuum der Forschung ist zwar für die Überwindung der dualistischen Trennung allein nicht hinreichend, aber notwendig für die einheitliche Logik der Methode:

»Die Erlangung einer einheitlichen Methode bedeutet, dass die fundamentale Einheit der Struktur der Forschung im gesunden Menschenverstand und in der Wissenschaft anerkannt wird, da ihr Unterschied ein Unterschied der Probleme ist, mit denen sie sich direkt befassen, nicht ihrer jeweiligen Logiken.«80

78 Ebd.

79 Ebd.

80 Ebd., S. 102.

Der wesentliche Unterschied zu den klassischen Auffassungen der Logik, die der aristotelischen Logik folgen, liegt darin, dass diese *Logiken der Erkenntnis* sind. Sie sind lange vor der Entstehung der experimentellen Wissenschaften entstanden und setzen *statische* Ontologien und Prinzipien voraus, deren Geltung unabhängig von der Erfahrung angenommen wird.⁸¹ Im Unterschied zu den klassischen Auffassungen der *formalen Logik* geht Dewey davon aus, dass logische Beziehungen nicht unabhängig von konkreten Handlungs- und Erfahrungskontexten existieren. Die Trennung von logischen Zusammenhängen einerseits und der Erfahrung andererseits führt zu einer selbstreferenziellen Auffassung von Logik, die in Widerspruch zu den Annahmen des Experimentalismus steht: »Die Logik ist dadurch, dass sie von aller Befleckung durch die Erfahrung ›gereinigt‹ worden ist, so formalistisch geworden, dass sie nur noch auf sich selbst Anwendung findet.«⁸²

Deshalb sollte das logische Denken nicht auf formale und statische Regelsysteme reduziert werden, sondern muss im Untersuchungsprozess flexibel auf die konkrete Situation bezogen werden. Deweys These besagt, »dass alle logischen Formen (samt ihren charakteristischen Eigenschaften) *innerhalb der Operationen der Forschung entstehen* und mit der Steuerung der Forschung befasst sind, so dass diese zu gerechtfertigten Behauptungen führt.«⁸³ Der Kontext einer konkreten Situation ist demnach für den Untersuchungsprozess entscheidend, um die für die Situation relevanten Begriffe und ihre logischen Beziehungen zu bestimmen. Die Überzeugungen und das Verhalten der involvierten Akteur_innen kann nicht unabhängig von diesem Kontext erklärt werden.⁸⁴

Die Naturwissenschaften dienen für die Anwendung der experimentellen Methode in der Sozialforschung als Orientierung. Dewey verweist jedoch darauf, dass es bedeutende Unterschiede zwischen den Natur- und Sozialwissenschaften gibt, weshalb sie nicht gleich-

81 Vgl. Dewey, *Logik*, S. 102–118.

82 Ebd., S. 103.

83 Ebd., S. 16 (Herv. A. A.).

84 Diese methodische Überzeugung findet sich bereits in Deweys frühesten Schriften, beispielsweise in seinem 1894 erschienenen Buch *The Study of Ethics*, in dem er schreibt: »[I]n order to secure right conduct we find ourselves under the necessity of paying equal attention to the agent and to the conditions with reference to which he acts [...].« (Dewey, *The Study of Ethics* [1894], EW.4.231.)

gesetzt werden dürfen. Insbesondere sollte nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Sozialforschung den Naturwissenschaften *angleichen* soll. Die Ausrichtung an den Naturwissenschaften hängt vielmehr damit zusammen, dass zur Entstehungszeit der empirischen Sozialforschung die Anwendung und Entwicklung experimenteller Methoden in den Naturwissenschaften längst etabliert und fortgeschritten war. Die Naturwissenschaften können somit auf zahlreichen Begriffe, Theorien, Methoden und gesammelten Daten aufbauen, die in früheren Forschungs- und Lernprozessen entwickelt wurden. Demgegenüber ist die Sozialforschung zu Deweys Zeit noch »weit im Rückstand« und steht erst am Anfang der Entwicklung geeigneter methodischer Ansätze, die eine intelligente Erforschung sozialer Interaktionen und Handlungsfolgen ermöglichen.⁸⁵

Der Zusammenhang von Theorie und Empirie wurde in den fünf Phasen des Untersuchungsprozesses bereits angedeutet. Der Untersuchungsprozess kann nur angemessen durchgeführt werden, wenn *beide* Arten der Forschung zusammenwirken. Die *empirische Beobachtung* steht in der zweiten und fünften Phase des Untersuchungsprozesses im Zentrum, in denen es um die Problembestimmung und um die experimentelle Verifikation geht. Die problematische Situation stellt dabei den empirischen Ausgangs- und Zielpunkt dar. *Theoretische Überlegungen* kommen vorwiegend in der dritten und vierten Phase zum Einsatz. Sie sind aber ebenfalls in der zweiten und fünften Phase notwendig, weil sie den begrifflichen Rahmen vorgeben, der die empirischen Beobachtungen steuert.⁸⁶ Alle Begriffe und logischen Zusammenhänge, die für den Untersuchungsprozess relevant sind, haben jedoch keine universale Gültigkeit, sondern müssen in Bezug auf die konkrete problematische Situation interpretiert werden. Doch bevor das Verhältnis von Theorie und Empirie diskutiert wird, möchte ich Deweys fünf Prämissen erläutern, die aus dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus für die Forschung folgen.

85 Vgl. Dewey, *Logik*, S. 560, 567.

86 Vgl. ebd., S. 583.

1. Es gibt keine Neutralität in der Forschung, da *alle* Untersuchungsprozesse durch den kulturellen Erfahrungskontext der Forschenden geprägt sind.⁸⁷ Das gilt nicht nur für die Sozialforschung, sondern auch für die Naturwissenschaften. Da die Gegenstände in den Naturwissenschaften keine sozialen Prozesse sind, wirkt der kulturelle Einfluss hier eher *indirekt* – durch die Ziele und Folgen – auf den Untersuchungsprozess ein. In jedem Fall gibt es keine neutrale Forschung, die von der Kultur unabhängig ist:

»Alle Forschung findet auf einer kulturellen Grundlage statt, die letztlich durch die Natur sozialer Beziehungen bestimmt wird. Der Gegenstand der Naturforschung fällt immer in ein größeres soziales Feld. Die zu einer gegebenen Zeit verfügbaren Techniken hängen von dem Zustand der materiellen und intellektuellen Kultur ab.«⁸⁸

Der kulturelle Einfluss hängt maßgeblich mit der Sprache zusammen. Begriffe dienen im Untersuchungsprozess als Werkzeuge. Die menschliche Sprache, als zentrales Medium der Kultur, wird von Dewey deshalb auch als »Werkzeug der Werkzeuge« aufgefasst.⁸⁹ »Sprache im weitesten Sinne – das heißt unter Einfluss aller Mittel der Kommunikation wie zum Beispiel Monumente, Rituale und formalisierte Künste – ist das Medium, in dem die Kultur existiert und durch das sie überliefert wird. Phänomene, die nicht aufgezeichnet werden, können nicht einmal diskutiert werden.«⁹⁰ Sowohl die Beschreibung von Problemen als auch die Formulierung von Hypothesen zu ihrer Lösung ist maßgeblich vom Medium der Sprache abhängig. Damit manche Probleme überhaupt wahrgenommen werden können, muss erst ein geeignetes begriffliches Vokabular

87 Den Einfluss des kulturellen Kontextes auf die Wissenschaften hat besonders eindrücklich Edward Said in seinem 1978 erschienenen Buch *Orientalism. Western Concepts of the Orient* dargelegt, das zur Grundlage der »postkolonialen Theorie« in den Geschichts- und Kulturwissenschaften avancierte, vgl. Edward W. Said (1978): *Orientalism. Western Concepts of the Orient*, London: Routledge; Maria do Mar Castro Varela und Nikita Dhawan (2015): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Bielefeld: Transcript.

88 Dewey, *Logik*, S. 560.

89 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 169.

90 Dewey, *Logik*, S. 35.

ausgebildet werden, mit dem die Probleme artikuliert werden können. In den *begrifflichen Rahmen*, von dem jede Beschreibung abhängig ist, fließen auch die vorherrschenden kulturellen Überzeugungen und Vorurteile ein. Deshalb gibt es keine ›neutrale‹ Forschung, die von der kulturellen Prägung unabhängig ist:

»Es gibt einen unveräußerlichen und unausrottbaren Rahmen an Begriffen, den wir nicht selbst geschaffen haben, sondern der uns fertig von der Gesellschaft übergeben wird – ein ganzer Apparat von Begriffen und Kategorien, in dem und mit dem sich das individuelle Denken, wie wagemutig und originell es auch immer sein mag, bewegen muss.«⁹¹

Darüber hinaus gibt es gesellschaftliche Institutionen, die einen maßgeblichen Einfluss auf die Forschung ausüben.⁹² Auch wenn sich die Naturwissenschaften im Verlauf ihrer Entwicklung zunehmend von diesem kulturellen Einfluss befreit haben, so verschwindet dieser Einfluss nicht. Er ist zumindest *indirekt* vorhanden, denn mit *jeder* Art der Forschung sind bestimmte kulturelle Ziele und Interessen verbunden. Sie findet nicht in einer von der Gesellschaft unabhängigen Sphäre statt. Vielmehr ist »[d]ie Vorstellung einer vollständigen Trennung der Wissenschaft von der sozialen Umwelt [...] ein Trugschluss, der auf seiten der Wissenschaftler zur Unverantwortlichkeit gegenüber den sozialen Konsequenzen ihrer Arbeit

91 Francis M. Conford, *From Religion to Philosophy: A Study in the Origins of Western Speculation* (1912), S. 45, zit. n. ebd., S. 561. Die Konzeption des begrifflichen Rahmens weist Ähnlichkeiten mit dem Konzept des »Framings« auf, wie es von Erving Goffman entwickelt wurde, vgl. Erving Goffman (1974): *Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience*, New York: Harper & Row. Goffmans Ansatz weist eine Reihe von Parallelen zu Deweys Experimentalismus auf – etwa die Bedeutung der Alltagserfahrung, die Interaktion als Grundlage des Handelns und Verhaltens oder die Analyse einer konkreten Situation. Diese Gemeinsamkeiten sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Goffman selbst bis zur Promotion in Chicago Soziologie studiert hat und dadurch maßgeblich von der Chicagoer Schule der Soziologie beeinflusst war. Zudem hat er eng mit Herbert G. Blumer zusammengearbeitet, der als Begründer der Zweiten Chicagoer Schule gilt und in seinem Ansatz des »Symbolischen Interaktionismus« maßgeblich die Ideen von George H. Mead weiterentwickelt hat.

92 Als Beispiel verweist Dewey auf den Einfluss der Kirche auf die Entwicklung der Astronomie und der Evolutionstheorie, vgl. Dewey, *Logik*, S. 561.

beiträgt«.93 Die Annahme einer »reinen« Wissenschaft, die nicht an ihre gesellschaftlichen Konsequenzen gebunden ist, führt deshalb – ebenso wie eine »reine« Wirtschaft oder »reine« Politik – zu gravierenden gesellschaftlichen Folgeproblemen, die einer Korrektur durch kooperative Untersuchungsprozesse bedürfen.94

2. Die zweite Prämisse besteht darin, dass es sich bei der Forschung um einen *langfristigen* und *gemeinschaftlichen* Prozess handelt. Wissenschaftliche Beobachtungen und Schlussfolgerungen müssen durch die Gemeinschaft der Forschenden bestätigt und anerkannt werden. Daher ist die Forschung kein individuelles Unternehmen, sondern eine soziale Angelegenheit. »Die wissenschaftliche Welt ist,« wie Peirce schreibt, »wie eine Insektenkolonie, insofern der Einzelne sich darum müht, etwas hervorzubringen, was er selbst zu genießen nicht hoffen kann.«95 Die zeitliche Ausdehnung der Forschung wird im Experimentalismus durch die Rede vom Erfahrungs- und Forschungskontinuum hervorgehoben. Indem sie auf vergangenen Erfahrungen und Erkenntnissen aufbaut, entwickelt sich die wissenschaftliche kontinuierlich weiter. Als Bestandteil der Gesellschaft ist die Forschung nicht nur kulturell bedingt, sondern wirkt auch umgekehrt auf die Gesellschaft ein.96 Im stets offen bleibenden Untersuchungsprozess müssen Dewey zufolge auch die langfristigen Auswirkungen der Forschung einbezogen werden, was sich im »Prinzip der ›langfristigen‹ Phase der Erkenntnis« ausdrückt. Durch die Einbeziehung der nicht-intendierten und langfristigen Konsequenzen können mögliche Irrtümer und Fehlentwicklungen korrigiert werden. Eine *vollständige* Beurteilung der Ergebnisse der Forschung kann deshalb sowohl in der Sozialforschung als auch in den Naturwissenschaften nur dann erfolgen,

93 Dewey, *Logik*, S. 562; vgl. auch John Dewey (2003e): »Wissenschaft und Gesellschaft«, 1931, in: *Philosophie und Zivilisation*, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 310–322.

94 Vgl. Hans-Peter Krüger (2013): »Pragmatismus«, in: *Lexikon der Erkenntnistheorie*, hrsg. von Thomas Bonk, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 198–203; Krüger, »Prozesse der öffentlichen Untersuchung«; Krüger, *Philosophische Anthropologie als Lebenspolitik*, S. 301–335.

95 Peirce, *Dictionary of Philosophy and Psychology*, Bd. 2, S. 502, zit. n. Dewey, *Logik*, S. 563, Fn. 3.

96 Vgl. ebd., S. 34.

wenn über die Bestätigung durch die Gemeinschaft der Forschenden hinaus auch die gesellschaftliche Akzeptanz ihrer *öffentlichen Auswirkungen* einbezogen wird:

»Genau wie die Gültigkeit einer Aussage im Diskurs oder des begrifflichen Materials allgemein nicht ohne Berücksichtigung der Konsequenzen, die ihr funktionaler Gebrauch entstehen lässt, bestimmt werden kann, so kann auch die hinreichende Rechtfertigung eines Urteils als Anwarter auf Erkenntnis (in einem lobenden Sinn) nicht ohne Verbindung mit einem sich erweiternden Kreis von Konsequenzen bestimmt werden. [...] Worum es hier geht, wird deutlich, wenn die sozialen Konsequenzen der wissenschaftlichen Schlussfolgerungen die Intensivierung sozialer Konflikte bewirken. Denn diese Konflikte liefern einen Indizienbeweis für die Unzulänglichkeit oder Voreingenommenheit und Unvollständigkeit der vorliegenden Schlussfolgerungen.«⁹⁷

3. Der Unterschied zwischen den Natur- und Sozialwissenschaften besteht nicht in der zugrunde liegenden Logik der Forschung, sondern bezieht sich im Wesentlichen auf ihre Forschungsgegenstände. Deshalb handelt es sich nicht um eine »inhärente logische oder theoretische Differenz zwischen zwei Arten von Forschung«.⁹⁸ Beide haben einen »natürlichen« Gegenstand. Allerdings sind lebendige, soziale und kulturelle Gegenstände aufgrund ihrer Komplexität und Dynamik deutlich schwieriger zu untersuchen als unbelebte Gegenstände. Sie sind »so »komplex« und so verwickelt [...], dass die Schwierigkeit, ein relativ geschlossenes System zu schaffen (eine Schwierigkeit, die [auch, Anm. d. Verf.] in der Physik besteht), intensiviert wird«.⁹⁹ Deshalb geht es in der Untersuchung sozialer Angelegenheiten nicht um die Entdeckung allgemeiner Gesetzmäßigkeiten, sondern um die kritische Reflexion und intelligente Klärung konkreter problematischer Situationen. Was zu diesem Zweck in methodischer Hinsicht von der Naturforschung gelernt werden kann, ist die produktive Verbindung von Theorie und Empirie. Die

97 Ebd., S. 563 f.

98 Ebd., S. 564.

99 Ebd., S. 560.

Einführung der empirischen Methode hat in der naturwissenschaftlichen Forschung dazu geführt, dass nicht mehr »die immanente Wahrheit oder Falschheit bestimmter Begriffe« diskutiert wird, sondern dass die »theoretischen Kontroversen die *Wirksamkeit* verschiedener Auffassungen vom *Verfahren* betreffen«,¹⁰⁰ also die Forschungsmethoden:

»In dem Maße, wie diese Wissenschaften [Physik, Chemie, Biologie und Medizin, Anm. d. Verf.] einen echten wissenschaftlichen Qualitätssprung machten, konzentrierten sich Zweifel und Forschung auf die *Wirksamkeit* verschiedener *Methoden* des Verfahrens. An die Stelle eines Zustandes starrer Alternativen, von denen eine akzeptiert und die andere verworfen werden muss, trat eine Mehrzahl von Hypothesen. Denn die Vielzahl von Alternativen ist das wirksamste Mittel, um die Forschung (hinreichend) extensiver und flexibler zu machen, fähiger, Notiz von allen entdeckten Tatsachen zu nehmen.«¹⁰¹

4. Von den Naturwissenschaften, insbesondere von der Physik, kann für die Untersuchung sozialer Angelegenheiten die Notwendigkeit der »strikte[n] Korrelativität von Tatsache und Ideen« gelernt werden.¹⁰² Das heißt, dass die Beschreibung eines Problems und seiner hypothetischen Lösungen mit der konkreten empirischen Situation in Beziehung stehen muss. Der Untersuchungsprozess und insbesondere die begrifflichen Unterscheidungen müssen von den Bedingungen der Situation geleitet werden – und nicht von einer unabhängigen Theorie, die unverändert auf die Situation angewendet wird. Die Unterscheidung zwischen der empirischen Beobachtung einerseits und der theoretischen Arbeit am Begriff andererseits wird damit keineswegs aufgehoben. Im Verlauf des Untersuchungsprozesses, der als »gelenkte oder gesteuerte Umformung einer unbestimmten Situation in eine bestimmt vereinheit-

100 Dewey, *Logik*, S. 582.

101 Ebd., S. 583.

102 Ebd., S. 565.

lichte« definiert wurde, wird deutlich, wie sich die empirischen und theoretischen Praktiken wechselseitig bedingen und beeinflussen:

»Der Übergang wird mittels zwei Arten von Operationen erzielt, die in funktionaler Entsprechung zueinander stehen. Die eine Art von Operationen hat es mit Ideen oder begrifflichem Substrat zu tun. Dieses Substrat steht für mögliche Lösungswege und -ziele. [...] Die andere Art von Operationen besteht aus Tätigkeiten, die Techniken und Organe der Beobachtung beinhalten. Da diese Operationen reale Handlungen sind, modifizieren sie die frühere reale Situation, arbeiten vorher dunkle Bedingungen heraus und drängen andere Aspekte, die anfangs auffällig waren, in den Hintergrund.«¹⁰³

5. Es gibt keine *rein* soziale Sphäre des menschlichen Handelns. Diese Prämisse, die aus der interaktionistischen Handlungstheorie folgt, ist für die Technikforschung – und somit auch für die digitalen Öffentlichkeiten – von besonderer Bedeutung. Sie betrifft den Zusammenhang zwischen physischen und nicht-physischen Gegenständen der Forschung. Alles Handeln und Verhalten, sowohl von individuellen Akteur_innen wie von Gruppen, steht den Annahmen des Experimentalismus zufolge in einem untrennbaren Zusammenhang mit den materiellen Bedingungen und ist nur als »Produkt der Wechselwirkung von physischen Bedingungen wie Boden, See, Berge, Klima, Werkzeuge und Maschinen, in all ihrer ungeheuren Vielfalt, mit dem menschlichen Faktor« zu verstehen. Demnach gibt es keine *rein* soziale Sphäre des menschlichen Handelns, »[d]enn die realen Bedingungen, die die physische Umwelt bilden, gehen an jedem Punkt in die Konstitution sozio-kultureller Phänomene ein. Keine individuelle Person und keine Gruppe *tut* irgendetwas außer in Interaktion mit den physischen Bedingungen.«¹⁰⁴ Das Verständnis der physischen und biologischen Bedingungen sowie der Interaktion mit Werkzeugen und Maschinen ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für die Sozialforschung. Die materiellen Bedingungen können nicht ausgeblendet und »[s]oziale Phänomene

103 Ebd., S. 146.

104 Ebd., S. 565.

[...] *als soziale nicht direkt in Angriff genommen werden*«. ¹⁰⁵ Wenn die physikalischen, biologischen und technologischen Bedingungen und Zusammenhänge nicht hinreichend bekannt sind, »gibt es keine Mittel, um komplexe und grobe makroskopische soziale Phänomene in einfachere Formen aufzulösen«. ¹⁰⁶ Das macht die Sozialforschung noch komplexer und aufwändiger.

Wie in den fünf Phasen des Untersuchungsprozesses beschrieben wurde, soll die Forschung von konkreten Angelegenheiten ausgehen, die in der Alltagserfahrung in Erscheinung treten und »aus wirklichen sozialen Spannungen, Bedürfnissen, ›Problemen‹ entstehen«. ¹⁰⁷ Durch die Ausrichtung auf eine konkrete Situation kommen nicht nur isolierte Handlungen in den Blick, sondern die komplexen sozialen Zusammenhänge aus Handlungen, Handlungsbedingungen und Handlungsfolgen, die mit der problematischen Situation verbunden sind. Diese realen Zusammenhänge der Primärerfahrung gehen der konkreten Problembeschreibung in der Sekundärerfahrung voraus:

»In der Sozialforschung werden echte Probleme nur von aktuellen sozialen Situationen gestellt, die konfliktbeladen und verworren sind. Soziale Konflikte und Verwirrungen existieren als Tatsache, bevor Probleme für die Forschung existieren. Letztere sind Intellektualisierungen bei der Erforschung dieser ›praktischen‹ Probleme und Schwierigkeiten. [...] Jedes Problem der wissenschaftlichen Forschung, das nicht aus wirklichen (oder ›praktischen‹) sozialen Bedingungen hervorgeht, ist künstlich; es wird willkürlich vom Forscher aufgestellt, statt objektiv hervorgebracht und kontrolliert zu werden.« ¹⁰⁸

Die Transformation einer unbestimmten Situation in ein artikuliertes Problem findet erst in der zweiten Phase des Problemlösungsprozesses statt. Dazu wird die Situation in ihre Bestandteile aufgelöst, um die tatsächlich unbestimmten Aspekte von den unstrittigen

¹⁰⁵ Dewey, *Logik*, S. 566, leichte Abweichung gegenüber der deutschen Übersetzung.

¹⁰⁶ Ebd., S. 566.

¹⁰⁷ Ebd., S. 574.

¹⁰⁸ Ebd., S. 573.

sozialen Tatsachen zu trennen und somit den Kern des Problems zu identifizieren. Die Problembeschreibung ist somit bereits ein erstes Zwischenziel im Untersuchungsprozess, das erreicht werden muss. Wenn jedoch die Theorie von der Praxis getrennt wird, dann führt das in der Regel dazu, dass die Praktiker_innen denken, dass »die bestehenden Probleme [...] in ihren Hauptzügen schon bestimmt [seien]« und »die Aufgabe der Forschung lediglich darin besteh[e], die beste Methode herauszufinden, sie zu lösen«. ¹⁰⁹ Infolgedessen wird zu wenig Aufwand darauf verwendet, das eigentliche Problem analytisch einzugrenzen. Dabei ist die Problembestimmung, wie oben beschrieben wurde, von ähnlicher Bedeutung wie die medizinische Diagnose für die Behandlung von Krankheiten. Auch in den Naturwissenschaften ist es selbstverständlich, dass es unmöglich ist, »ein Problem zu lösen, dessen Bedingungen nicht angemessen bestimmt worden sind«. ¹¹⁰

Um die Bestandteile und Bedingungen einer Situation zu bestimmen, muss das dazu notwendige empirische Material ausgehend von der unbestimmten Situation zusammengetragen werden. Die Situation steht zwingend am Anfang des Untersuchungsprozesses und bestimmt seinen weiteren Verlauf. Ein echter Untersuchungsprozess kann nicht einfach von vorhandenem empirischem Material aus früheren Forschungen ausgehen und daraus ein Problem konstruieren:

»Ohne Beziehung auf irgendein Problem sind sie [die Daten, Anm. d. Verf.] wie Materialien von Ziegeln, Stein und Holz, die jemand sammelt, der ein Haus bauen will, aber noch bevor er einen Plan dazu gemacht hat. Er sucht und sammelt in der Hoffnung, dass einige der Materialien, er weiß nur noch nicht genau welche, sich später, wenn er seinen Plan gemacht hat, als nützlich erweisen werden.« ¹¹¹

¹⁰⁹ Ebd., S. 567.

¹¹⁰ Ebd., S. 568.

¹¹¹ Ebd., S. 275.

Empirisches Material, das *nicht* ausgehend von der konkreten problematischen Situation gesammelt wurde, kann »wissenschaftlich ›tot‹ sein, das heißt, für eine wirkliche Streitfrage irrelevant, so dass die Beschäftigung damit kaum mehr ist als eine Form intellektueller Betriebsamkeit«. ¹¹²

Die Problembeschreibung stellt den ersten Schritt in der Umformung der unbestimmten Situation in eine bestimmte oder geklärte Situation dar. Durch die Artikulation des Problems werden die – zum Teil nur implizit vorhandenen – Überzeugungen, Sichtweisen, Begriffe und Ideen, die relevante Bestandteile der Situation sind, als sprachlich formulierte Aussagen explizit gemacht. Dieser Prozess kann bereits zu einer Veränderung der *Bedingungen* der Situation führen. Denn die Beschreibung einer Situation ist niemals eine neutrale Wiedergabe oder eine Spiegelung der Realität. ¹¹³ Vielmehr ist die sprachliche Beschreibung der Situation eine *Rekonstruktion* vorgängiger realer Bedingungen: »Der Forschungsprozess reflektiert und verkörpert das Erfahrungskontinuum, das durch biologische wie durch kulturelle Bedingungen geschaffen wird. Jede besondere Forschung ist [...] ein *Prozess progressiver und kumulativer Neuorganisation vorgängiger Bedingungen*.« ¹¹⁴

Da eine problematische Situation in der Primärerfahrung entsteht und nicht unter kontrollierten Bedingungen, weist sie eine erheblich höhere Komplexität auf als naturwissenschaftliche Experimente. Deshalb können nicht alle Bestandteile der Situation expliziert werden. Jede Beschreibung einer Situation trifft notwendigerweise immer eine Auswahl an Aspekten. Die Rekonstruktion ist demnach *begrenzt* und *selektiv*. Nur ein Bruchteil der impliziten Annahmen, Überzeugungen und Konsequenzen einer Situation kann berücksichtigt werden. Selbst wenn wir »unser Denken anstrengen, solange wir wollen, wir können doch nicht alle Konsequenzen voraussehen oder zu einem ausdrücklichen oder bekannten Teil der Reflexion und Entscheidung machen«. ¹¹⁵

¹¹² Dewey, *Logik*, S. 573 f.

¹¹³ Dewey geht vielmehr von der Annahme aus, dass eine allgemeine »Theorie der Realität überhaupt« weder möglich noch notwendig ist, vgl. Dewey, »Die Notwendigkeit einer Selbsterneuerung der Philosophie« (1917), S. 185.

¹¹⁴ Dewey, *Logik*, S. 290 (Herv. A. A.).

¹¹⁵ Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 37.

Dewey richtet sich damit kritisch gegen die intellektualistische oder rationalistische Auffassung, der zufolge die Gegenstände der Erfahrung *vollständig* erkannt werden können. Er nimmt dagegen an, dass die Gegenstände »in viel höherem Maße Objekte [sind], die behandelt, benutzt, auf die eingewirkt, mit denen gewirkt werden soll, die genossen und ertragen werden müssen, als Gegenstände der Erkenntnis. Sie sind Dinge, die man *hat*, bevor sie Dinge sind, die man erkennt.«¹¹⁶ Das gilt auch für immaterielle Gegenstände wie Überzeugungen oder Werte. Erst im reflexiven Untersuchungsprozess, der durch eine unbestimmte problematische Situation ausgelöst wird, wird deutlich, »daß wir viele Dinge glauben, nicht weil die Dinge so sind, sondern weil wir uns unter dem Gewicht der Autorität, durch Nachahmung, Prestige, Belehrung, den unbewußten Effekt der Sprache usf. daran gewöhnt haben.«¹¹⁷ Daraus folgt, dass das explizite Wissen gegenüber dem impliziten Erfahrungswissen beschränkt ist: »Was wirklich ›in‹ der Erfahrung ist, erstreckt sich viel weiter als das, was zu einer beliebigen Zeit *gewußt* wird.«¹¹⁸ Im Untersuchungsprozess werden deshalb diejenigen Faktoren und Bestandteile der Situation ausgewählt, denen im Hinblick auf das Ziel der Reflexion besondere Relevanz zukommt. Die unvermeidliche Selektivität der Situationsbeschreibung muss im Untersuchungsprozess aber offengelegt werden:

»Was immer in die Wahl eingeht, ihre Notwendigkeit bestimmt und ihr Anleitung bietet, eine empirische Methode zeigt freimütig an, worum es dabei geht; und mit gleicher Offenheit zeigt eine empirische Methode die Tatsache der Wahl, mit ihren Methoden und Konsequenzen, auf.«¹¹⁹

Das Ziel der Rekonstruktion besteht darin, ein situatives Wissen in der Form von *gerechtfertigten Behauptungen* zu gewinnen, das zur Klärung der unbestimmten Situation führt, für die zu Beginn des Untersuchungsprozesses keine angemessenen Reaktionen zur Verfügung standen. Der prozessuale Charakter der Forschung besagt,

116 Ebd.

117 Ebd., S. 31.

118 Ebd., S. 36.

119 Ebd., S. 45.

»dass Forschung, die zu einem Urteil führt, selber ein Prozess eines zeitlichen Übergangs ist, der in realem Material bewirkt wird. Andernfalls gäbe es keine Klärung einer Situation, sondern nur die Ersetzung der einen ungerechtfertigten Überzeugung durch eine andere ungerechtfertigte Überzeugung.«¹²⁰

Die Auswirkung des Untersuchungsprozesses auf die reale Situation als empirischen Gegenstand ist der »letzte Grund jeder gültigen Aussage und jedes gerechtfertigten Urteils«.¹²¹ Das wird bereits im Begriff des Urteilens deutlich: »Urteilen heißt bestimmt machen; bestimmt machen heißt ordnen und organisieren, in eindeutiger Form in eine Beziehung setzen.«¹²² Anstelle einer spontanen und planlosen Reaktion durch ein nicht weiter erforschtes und begründetes Urteil geht es im Untersuchungsprozess darum, die Schlussfolgerung zugunsten eines strukturierten Reflexionsprozesses aufzuschieben. Alle Handlungsmöglichkeiten werden im Untersuchungsprozess nur hypothetisch formuliert. Erst wenn die ausgewählte Lösung auch in der Praxis verifiziert wurde, ist ein vollständiges und abschließendes Urteil gewonnen. Doch selbst dieses ist nicht absolut und kann nicht ohne Überprüfung auf andere Situationen übertragen werden.

Alle Aussagen, Behauptungen und Urteile, die *im* Prozess der Forschung aufgestellt werden, haben nicht nur eine deskriptive, sondern auch eine normative Funktion. Sie sind Mittel oder Werkzeuge zur Klärung der problematischen Situation und in den praktischen Handlungskontext sinnhafter und zielgerichteter Interaktionen eingebunden. Aufgrund dieses »praktischen Faktors« können sie nicht auf eine deskriptive Funktion reduziert werden.¹²³ Die untrennbare Verbindung der deskriptiven und normativen Dimensionen bezeichnet Dewey als den *operationalen Charakter von Bedeutungen und Tatsachen*: Begriffliche Bedeutungen sind demnach operational, »insofern sie weitere Operationen der Beobachtung anregen und lenken; sie sind Vorschläge und Pläne, um auf existierende Be-

120 Dewey, *Logik*, S. 290.

121 Ebd., S. 562 f.

122 Ebd., S. 262.

123 Vgl. ebd., S. 194.

dingungen einzuwirken, um neue Tatsachen ans Licht zu bringen und alle ausgewählten Tatsachen in ein kohärentes Ganzes zu fügen«. ¹²⁴

Empirische Tatsachen sind operational, insofern sie nur in Handlungszusammenhängen Sinn ergeben und nicht isoliert betrachtet werden können. Sie sind »an sich selbst nicht selbstgenügsam und vollständig« und haben »für sich allein keine Beweiskraft«, ¹²⁵ sondern entfalten nur im Kontext einer konkreten Situation eine sinnvolle Bedeutung. Die Tatsachen sprechen nicht für sich selbst, sondern müssen in Bezug auf diesen Kontext *interpretiert* werden. Die empirischen Tatsachen sind im Untersuchungsprozess kein Selbstzweck, sondern dienen als Mittel, um das Problem und mögliche Lösungen zu beschreiben. Dazu werden sie miteinander und mit dem intendierten Ziel in Beziehung gesetzt. ¹²⁶ Die *Doppelfunktion der Tatsachen* als Ausgangspunkt und Mittel im Untersuchungsprozess hängt mit der *Mehrdeutigkeit* problematischer Situationen zusammen. Diese sind nicht auf eine einzige mögliche Interpretation festgelegt, sondern lassen verschiedene Interpretationen zu. Jede Interpretation einer problematischen Situation lenkt diese in eine bestimmte Richtung, die zu einer möglichen Klärung der Situation führt. Eine neutrale oder eindeutige Interpretation gibt es nicht. Gäbe es eine, dann wäre die Ausgangssituation nicht unbestimmt und somit nicht Gegenstand eines Untersuchungsprozesses.

Bereits die notwendige Selektion der Bestandteile einer Situation in der Problembeschreibung ist von bewussten und unbewussten Intentionen und Interpretationen geleitet. Von der Problembeschreibung hängt wiederum ab, welche Aspekte der Situation als relevant erachtet und hervorgehoben werden. In diesem Sinn legen »Aussagesätze über den Stand der vorliegenden Tatsachen [...] die Hindernisse und Ressourcen dar, die bei der Erreichung des angestrebten Zieles überwunden bzw. genutzt werden müssen. Sie drücken positive und negative Möglichkeiten aus. Sie dienen als Werkzeuge.« ¹²⁷ Jede Interpretation führt notwendigerweise dazu, dass die für eine spezifische Lösung förderlichen Aspekte der Situation hervorge-

124 Ebd., S. 140 f.

125 Ebd., S. 143.

126 Ebd., S. 140 ff.

127 Ebd., S. 196.

hoben und widersprüchliche Fakten übergangen oder ›eliminiert‹ werden. Dazu werden die beobachteten Tatsachen in »hinderliche Faktoren und positive Mittel« unterschieden.¹²⁸ Diese funktionale Differenzierung zwischen förderlichen und hinderlichen Bedingungen einer Situation bezeichnet Dewey als *realistisches soziales Denken*, das für die Sozialforschung im Sinne des demokratischen Experimentalismus erforderlich ist:

»Realistisches soziales Denken ist genau die Form der Beobachtung, die ungünstige und günstige Bedingungen in einer bestehenden Situation unterscheidet, wobei ›ungünstig‹ und ›günstig‹ im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Ziel verstanden werden. ›Realismus‹ bedeutet *nicht* Apprehension der bestehenden Situation *in toto*, sondern selektive Unterscheidung, welche Bedingungen hinderlich und welche Mittel, das heißt welche negativ und welche positiv sind.«¹²⁹

Die Tatsachen, die in der zweiten Phase des Untersuchungsprozesses als Bestandteile oder Bedingungen identifiziert werden, werden somit als Mittel betrachtet, wenn sie dazu beitragen, das Ziel der Klärung der unbestimmten Situation zu erreichen. Wenn diese Wechselwirkung zwischen Zielen und Mitteln nicht anerkannt wird, dann sind die Ziele lediglich »utopisch und ›idealistisch‹ im sentimental Sinn des letzteres Wortes«.¹³⁰

Der Begriffsrahmen kommt besonders in der Problembeschreibung zum Tragen. Ein wesentliches Hindernis für die Sozialforschung entsteht vor allem dann, wenn »[e]rnsthafte soziale Probleme [...] in *moralischen* Ausdrücken interpretiert« werden.¹³¹ Das Problem liegt aber nicht in einer möglichen Vermischung von deskriptiver und normativer Ebene. Als problematisch wird vielmehr der Einfluss *dogmatischer Vorurteile* gesehen, die im Untersuchungsprozess nicht als Hypothesen und Werkzeuge eingesetzt werden,

128 Dewey, *Logik*, S. 575.

129 Ebd.

130 Ebd.

131 Ebd., S. 568.

sondern unveränderliche Ziele des Prozesses festlegen und somit den Blick auf die konkrete Situation und ihre Lösungsmöglichkeiten einschränken.¹³²

Dogmatische Vorurteile können ihre Ursprünge aber auch in erkenntnistheoretischen Annahmen haben. Aus der Ablehnung absolutistischer Erkenntnistheorien, in denen die Möglichkeit erfahrungsunabhängiger Erkenntnis angenommen wird, folgt die generelle Ablehnung »absolutistischer Methoden« in den Sozialwissenschaften und in der politischen Theorie, das heißt von Ansätzen, die sich auf die »absolutistische Philosophie« beziehen. Darunter versteht Dewey alle Erklärungsmodelle, die von starren Kategorien, zeitlosen Gesetzmäßigkeiten oder feststehenden Zielen ausgehen, statt die Offenheit und Kontextabhängigkeit sozialer Veränderungsprozesse anzunehmen. Absolutistische Ansätze tendieren zum Dogmatismus. Sie postulieren ordnende Prinzipien und kausale Kräfte, die eine offene und kritische Auseinandersetzung mit den empirischen Daten verzerren und damit den Untersuchungsprozess blockieren. Der Erfolg der experimentellen Methode besteht dagegen historisch gesehen gerade »im Verzicht auf die Suche nach Ursachen und Kräften und in der Hinwendung zur Analyse dessen, was geschieht und wie es geschieht.«¹³³ Einem offenen Untersuchungsprozess können nicht von außen unveränderliche Ziele vorgegeben sein. Selbst die im Untersuchungsprozess – in Abhängigkeit von den Bedingungen der konkreten Situation – entwickelten Ziele haben nur eine eingeschränkte hypothetische Geltung, da sie sich erst in der Praxis bewähren müssen: »Nur die Anerkennung sowohl in der Theorie wie in der Praxis, dass zu erreichende

132 Zu den dogmatischen Urteilen erläutert Dewey: »Sie sind nicht einmal Urteile im logischen Sinn von Urteil. Denn sie beruhen auf einigen vorgefassten Meinungen von Zielen, die erreicht werden *sollen* oder *müssen*. Diese vorgefasste Meinung schließt Ziele (Konsequenzen) aus dem Feld der Forschung aus und reduziert die Forschung im besten Fall auf das verstümmelte und verzerrte Geschäft, Mittel zur Verwirklichung schon festgelegter Ziele herauszufinden. Das Urteil, das wirklich ein Urteil ist (das den logischen Bedingungen eines Urteils genügt), schafft Mittel und Konsequenzen (Ziele) in *striker Korrespondenz* zueinander. Ziele müssen auf der Basis der verfügbaren Mittel, durch die sie erreicht werden können, ebenso sehr beurteilt (gewertet) werden wie reale Materialien im Hinblick auf ihre Funktion als materiale Mittel, eine geklärte Situation zu bewirken. Denn eine Absicht ist selbst ein Mittel, nämlich ein Verfahrensmittel.« (Ebd., S. 570.)

133 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 33.

Ziele (Zwecke) hypothetischer Natur sind und dass Hypothesen in strikter Korrelativität mit realen Bedingungen als Mitteln gebildet und überprüft werden müssen, können die üblichen Gewohnheiten, mit sozialen Streitfragen umzugehen, ändern.«¹³⁴ Denn ob ein Lösungsvorschlag tatsächlich zu einer Verbesserung der Situation führt, zeigt sich erst in der praktischen Umsetzung. Die angestrebten Ziele eines Untersuchungsprozesses sind deshalb »keine Wahrheiten oder Dogmen«, sondern lediglich Hypothesen, »die praktische Operationen lenken«.¹³⁵ Deshalb werden in sozialen Angelegenheiten alle

»Politiken und Vorschläge für gesellschaftliche Maßnahmen [...] als Arbeitshypothesen betrachtet, nicht als Programme, die streng zu befolgen und durchzuführen sind. Sie werden in dem Sinn experimentell sein, wie sie in die ständige und wohlversehene Beobachtung der Folgen, die ihre Umsetzung verursachte, einbezogen und im Lichte der beobachteten Folgen einer schnellen und flexiblen Revision unterzogen werden.«¹³⁶

Die Beschreibung der problematischen Situation darf deshalb nicht auf dogmatischen Vorurteilen beruhen, gleich ob diese religiöser, politischer oder erkenntnistheoretischer Art sind. Vielmehr verlangt

»die Verwandlung der untersuchten Situationen in bestimmte Probleme, mit denen man intelligent umgehen kann, [...] eine objektive *intellektuelle* Formulierung der Bedingungen; und eine solche Formulierung verlangt ihrerseits eine vollständige Abstraktion von den Qualitäten Sünde und Sittlichkeit, lasterhafter und tugendhafter Motive, die Individuen, Gruppen, Klassen und Nationen so bereitwillig zugeschrieben werden.«¹³⁷

Aus der Ablehnung einer moralischen Fundierung der Sozialforschung und der Forderung nach möglichst objektiven Formulierungen folgt aber keineswegs, dass die Wissenschaft nicht wertend wä-

134 Dewey, *Logik*, S. 571.

135 Ebd., S. 588.

136 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 169.

137 Dewey, *Logik*, S. 569.

re. Ganz im Gegenteil, Wertungen sind immer ein Bestandteil des Untersuchungsprozesses. Wie bereits anhand der kulturellen Einbettung deutlich wurde, lehnt Dewey es entschieden ab, über soziale Angelegenheiten wie über ›neutrale Tatsachen‹ zu sprechen. Diese Wertungen bewegen sich aber auf einer anderen Ebene als religiöse oder politische Dogmen, die starre Ziele vorgeben und dadurch das Denken einschränken. In Bezug auf die vermeintliche Wertfreiheit der Wissenschaft weist Dewey auf ein grundlegendes Missverständnis hin:

»Die Vorstellung, Wertung befasse sich nur mit *Zielen* und mit der Verwerfung moralischer Ziele seien auch wertende Urteile verworfen, beruht auf einem gründlichen Missverständnis der Natur logischer Bedingungen und Bestandteile aller wissenschaftlichen Forschung. Jede kompetente und authentische Forschung verlangt, dass aus dem komplexen Chaos von realem und potentiell beobachtbarem Material bestimmtes Material als Daten oder ›Tatsachen des Falles‹ ausgewählt und gewichtet wird. Dieser Prozess ist ein Prozess der Beurteilung, Bewertung oder Wertung.«¹³⁸

Die Bewertung von geeigneten Daten, Konsequenzen und Handlungsoptionen ist eine wesentliche Aufgabe der Forschung. Die einer Situation zugehörigen Tatsachen können lediglich mehr oder weniger angemessen rekonstruiert, aber niemals vollständig artikuliert werden. Die dabei einfließenden Wertungen gilt es jedoch explizit zu machen, zu reflektieren und als Hypothesen unter Vorbehalt zu stellen, bis sie verifiziert werden. Dewey richtet sich damit gegen »die Idee [...], Tatsachen gebe es eben einfach und sie müssten nur genau beobachtet und in genügender Anzahl gesammelt werden, um Verallgemeinerungen zu rechtfertigen.«¹³⁹ Diese Kritik richtet sich jedoch nur gegen unzulässige Verallgemeinerungen, die auf Vorurteilen und Einzelfällen beruhen. Für die Forschung ist dagegen »[e]ine *Verallgemeinerung* in Form einer *Hypothese* [...] eine *Vorbedingung* für die Auswahl und Ordnung von Material als

138 Ebd., S. 571 f.

139 Ebd., S. 572.

Fakten«. ¹⁴⁰ Doch Verallgemeinerungen sind nicht einfach das Ergebnis der Beobachtung von Fakten. Der Sammlung von Daten *als* Fakten liegen Annahmen, Hypothesen und Methoden zugrunde, die bereits Teil des Untersuchungsprozesses sind. Es ist deshalb ein Trugschluss, wenn in Bezug auf die Sozialforschung behauptet wird, sie »sei nur dann wissenschaftlich, wenn der vollständige Verzicht auf jede Bezugnahme auf praktische Angelegenheiten zu ihrer Vorbedingung gemacht wird«. ¹⁴¹

In Deweys Experimentalismus geht es zwar auch darum, kausale Zusammenhänge zwischen Ursachen und Wirkungen zu untersuchen. Dabei wird aber nicht das Ziel verfolgt, allgemeine Gesetzmäßigkeiten oder Prinzipien zu entdecken. Während in der naturwissenschaftlichen Forschung versucht wird, durch die Beobachtung von Konsequenzen die Bedingungen von natürlichen Prozessen zu verstehen, *verändern* sich in sozialen Angelegenheiten die historisch gewachsenen Bedingungen des Handelns durch den Prozess der reflexiven Forschung. Die Konsequenzen, die in der Sozialforschung beobachtet werden können, werden erst durch soziales Handeln *erzeugt*. Da die Sozialforschung aber selbst eine Form des sozialen Handelns ist, verändert sie ihren eigenen Gegenstand. Die Veränderung der Bedingungen, beispielsweise der Überzeugungen, Gewohnheiten und Institutionen, hat wiederum Auswirkungen auf zukünftiges Handeln, die in die Forschung einbezogen werden müssen. Entscheidend ist, dass diese Veränderungen der sozialen Bedingungen durch die kooperativen Untersuchungsprozesse einer intelligenten Steuerung unterworfen werden können. ¹⁴²

Dewey richtet sich damit gegen ein von der empirischen Erfahrung unabhängiges Theorieverständnis. Als Beispiel führt er die klassische politische Ökonomie an: Theoretiker wie Adam Smith, James Mill oder John Stuart Mill gehen von universalen Prinzipien als Prämissen aus, denen der Status unbezweifelbarer Wahrheiten zugeschrieben wird. Aus diesen Prämissen sollen durch streng deduktive Ableitung reale ökonomische Phänomene erklärt und praktische Handlungsempfehlungen gegeben werden. ¹⁴³ Aber Dewey

¹⁴⁰ Dewey, *Logik*.

¹⁴¹ Ebd.

¹⁴² Vgl. dazu Dewey, »Social Science and Social Control« (1931), LW.6.64–68.

¹⁴³ Dewey, *Logik*, S. 580 f.

richtet sich auch gegen empiristische Ansätze, die aus einzelnen Beobachtungen induktiv auf Prinzipien oder Muster schließen. Denn diese Erklärungsmodelle blenden den historischen Kontext konkreter sozialer Situationen aus. Sie »haben ihre Gegenstände aus ihren Zusammenhängen gelöst, und je weiter ein Gegenstand isoliert wird, desto unbrauchbarer wird er.«¹⁴⁴ Anders als etwa in der Physik oder Chemie sind soziale Gegenstände jedoch *inhärent historisch*.¹⁴⁵ Das heißt zum einen, dass sie einen konkreten Entstehungskontext haben, aus dem sie sich nicht einfach herauslösen lassen. Zum anderen folgt daraus, dass soziale Tatsachen keine abgeschlossenen Gegenstände sind, sondern Elemente des Erfahrungskontinuums, die sich fortwährend verändern: »Jedes soziale Phänomen ist [...] selbst ein sequentieller Verlauf von Veränderungen, und infolgedessen verliert eine Tatsache, die aus der Geschichte isoliert wird, deren sich verändernder Bestandteil sie ist, die Qualitäten, die sie auf charakteristische Weise sozial machen.«¹⁴⁶

Aufgrund der historischen Einbettung muss eine konkrete soziale Situation – im Unterschied zu einem naturwissenschaftlichen Objekt, das ein Exemplar einer bestimmten Art ist, sei es belebt oder unbelebt – notwendigerweise *qualitativ* untersucht werden.¹⁴⁷ Zwar können auch *quantitative* Daten dazu beitragen, strukturelle soziale Probleme sichtbar zu machen. Sie können beispielsweise im Prozess der Problembeschreibung, bei der Suche nach möglichen Lösungen sowie bei der Beurteilung zukünftiger Konsequenzen dienlich sein. Für die vergleichende Untersuchung potenzieller Lösungen einer komplexen problematischen Situation spielen insbesondere statistische Methoden wie die Wahrscheinlichkeitsrechnung und Häufigkeitsverteilung eine wichtige Rolle.¹⁴⁸ Diese Methoden haben jedoch in erster Linie einen *funktionalen* und nicht einen *deskriptiven*

144 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 163.

145 Vgl. Dewey, *Logik*, S. 576.

146 Ebd.

147 Vgl. John Dewey (2003d): »Qualitatives Denken«, 1930, in: *Philosophie und Zivilisation*, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 94–116, S. 97 f.

148 Dewey schreibt dazu: »[S]ocial phenomena are of a kind which demand statistical mathematics rather than the type of mathematics which has been evolved especially for use in dealing with physical facts [...].« (Dewey, »The Need for Social Psychology« [1916], MW.10.57.)

Wert. Sie sind Werkzeuge im Untersuchungsprozess, der die Klärung einer problematischen Situation zum Ziel hat. Als Werkzeuge hängen sie, genau wie Begriffe und Bedeutungen, von vergangenen Untersuchungsprozessen, von der Genauigkeit und dem Umfang der Beobachtungen und vielen weiteren Faktoren ab.¹⁴⁹ Aber die Bindung der Sozialforschung an eine konkrete Situation, die zeitlich und räumlich im Erfahrungskontinuum verankert ist, macht eine qualitative Analyse unverzichtbar. Ihre Komplexität ist einer rein quantitativen Forschung nicht zugänglich:

»[D]er *Bezug* auf das Qualitative bleibt notwendig. Dieser Bezug verhindert nicht Messungen von Phänomenen oder auf Messungen beruhende Berechnungen, da eben der Inhalt des Gesetzes die Messungen ausgewählten Materials, die Berechnungen möglich machen, fördert und lenkt. Aber er steht der Anwendung abstrakter universaler Aussagen oder mathematischer Formeln als solcher im Wege.«¹⁵⁰

Kurz, der notwendige Bezug auf die problematische Situation als Ausgangs- und Fluchtpunkt des Untersuchungsprozesses verhindert die Trennung von Theorie und Praxis und die Vorstellung einer einseitigen Anwendung von Theorie auf die Praxis. In diesem Sinn verlangt die experimentelle Sozialforschung eine Kombination aus quantitativen und qualitativen Methoden.

Bei einer Trennung von theoretischen und empirischen Methoden besteht die Gefahr, dass die empirische Rückbindung an reale problematische Situationen »durch die Diskussion von Begriffen und ihres Verhältnisses zueinander ersetzt wird.«¹⁵¹ Doch Begriffe wie *der Staat, die Gesellschaft, das Soziale, das Politische* oder *die Öffentlichkeit* sind abstrakt und verweisen auf eine Vielzahl von Akteur_innen, Gruppen und Interaktionen. Auf dieser allgemeinen Ebene können die konkreten Probleme, Zusammenhänge und Handlungsfolgen gar nicht in den Blick kommen. Für Dewey ist es dennoch »erstaunlich, wieviel geistige Energie damit verschwendet wird, daß man Gesellschaftsfragen in begrifflichen Allgemeinheiten

149 Vgl. Dewey, *Logik*, S. 549 f.

150 Ebd., S. 533.

151 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 168.

diskutiert.«¹⁵² Abstrakte Definitionen und dualistische Gegensätze – beispielsweise Individualismus und Kollektivismus, öffentlich und privat oder Theorie und Praxis – verdrängen die für den Problemlösungsprozess entscheidende Auseinandersetzung mit der handlungstheoretischen Frage, »welche besondere Sache erledigt werden muß und wie sie unter gegebenen Umständen am besten erledigt werden kann«, um eine problematische Situation zu klären.¹⁵³ Zu diesem Zweck werden im Experimentalismus »diejenigen Begriffe, allgemeinen Grundsätze, Theorien und dialektischen Entwicklungen, die für jedes systematische Wissen unentbehrlich sind, [...] als Werkzeuge der Untersuchung formuliert und geprüft«. ¹⁵⁴ Insgesamt gilt ein Vorrang der problematischen Situation vor den theoretischen Begriffen: »Relevante *theoretische* Begriffe kommen erst ins Spiel, sofern das vorliegende Problem klar und bestimmt ist; das heißt, die Theorie allein kann nicht entscheiden, welche Menge von Relationen geschaffen oder wie ein gegebener Bestand an Tatsachen verstanden werden soll.«¹⁵⁵

Dewey lehnt die Vorstellung ab, dass Begriffe und Theorien – etwa durch Ableitung von allgemeingültigen Prinzipien – unabhängig von der Erfahrung vollständig und abschließend definiert und auf sämtliche empirische Situationen angewendet werden können. Dennoch spielt der begriffliche Bezugsrahmen eine zentrale Rolle, weil er den empirischen Untersuchungsprozess lenkt. Die Sprache ist schließlich das Medium und Werkzeug, mit dem bestimmte Aspekte und Zusammenhänge einer Situation herausgehoben und beschrieben werden können. Nur als sprachliche Artikulationen können sie in die Problembeschreibung eingehen. Doch die Begriffe müssen den Erfordernissen der realen problematischen Situation angepasst werden, nicht umgekehrt. Deshalb können sie immer nur vorläufigen, hypothetischen Charakter haben und müssen bei jeder Anwendung überprüft und hinterfragt werden. Das gilt für alle Begriffe, auch für diejenigen, die als Ergebnisse früherer Forschungen entwickelt wurden, sich bereits erfolgreich etabliert haben und als Werkzeuge in weiteren Untersuchungsprozessen ver-

152 Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 242.

153 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 168.

154 Ebd., S. 169.

155 Dewey, *Logik*, S. 587.

wendet werden. Letztlich »[beruht] die Kontinuität der Forschung [...] darauf, dass sie in nachfolgenden Forschungen als Mittel aufgenommen und verwendet werden«, doch können sie »durch die Überprüfungen, denen sie in neuen Problemen ausgesetzt werden, Änderungen erleiden.«¹⁵⁶ Darin besteht ein zentrales Problem der Sozialforschung:

»Leitende Begriffe werden leicht für selbstverständlich gehalten, nachdem sie erst einmal in allgemeinen Umlauf gekommen sind. Infolgedessen bleiben sie entweder implizit oder unformuliert oder werden in einer Aussageform formuliert, die statisch und nicht funktional ist. Die mangelnde Überprüfung begrifflicher Strukturen und Bezugsrahmen, die unbewusst selbst in den scheinbar harmlosesten Tatsachenuntersuchungen impliziert sind, ist der größte Einzelfehler, der sich auf jedem Forschungsgebiet findet.«¹⁵⁷

Dass Begriffe und Urteile durch ihren intensiven Gebrauch zu einer leeren Formel erstarren können und damit das offene und kritische Denken und Forschen blockieren, gilt nicht nur für die Sozialforschung, sondern ebenso für die Naturwissenschaften: »Nichts kommt einem Todesurteil für eine Wissenschaft näher als mangelnde Ermutigung zu Fruchtbarkeit und Flexibilität bei der Bildung von Hypothesen als Bezugsrahmen.«¹⁵⁸ Nur ein weiterer Faktor hat ähnlich schwerwiegende Einschränkungen für den Untersuchungsprozess zur Folge: mangelnde *Inter- und Transdisziplinarität*. Bereits Dewey bemerkte, dass diese eines »der größten praktischen Hindernisse bei der Fortentwicklung der Sozialforschung« ist, da sich

¹⁵⁶ Dewey, *Logik*, S. 597. Das betrifft jedoch eher die Ausnahme als die Regel. Meistens »werden die Gegenstände, die in kontinuierlicher früherer Forschung geschaffen worden sind, akzeptiert, »so wie sie sind«, genau wie Werkzeuge, die sich wiederholt als wirksam erwiesen haben, in einer neuen Unternehmung verwendet werden« (ebd., S. 598). Nichts anderes besagt das Prinzip des Forschungskontinuums, auf das sich Dewey im Anschluss an Peirce bezieht: »Die Anwendung dieses Prinzips ermöglicht eine empirische Erklärung logischer Formen, eine Erklärung, deren Notwendigkeit der traditionelle Empirismus übersehen und bestritten hat, während dadurch gleichzeitig bewiesen wird, dass es unnötig ist, sie als Formen *a priori* zu deuten.« (Ebd., S. 7, vgl. auch S. 22, Fn. 3.)

¹⁵⁷ Ebd., S. 583.

¹⁵⁸ Ebd., S. 584.

soziale Probleme nicht auf eine Disziplin einschränken lassen. Deshalb ist es dringend notwendig, »diese begrifflichen Grenzen niederzureißen, um auf diese Weise eine wechselseitige Befruchtung von Ideen und eine größere Weite, Vielfalt und Flexibilität von Hypothesen zu fördern«. ¹⁵⁹ Letztlich geht es aber nicht um isolierte Begriffe. Diese lassen sich nicht unabhängig von der Erfahrung überprüfen und kritisieren. In einem Untersuchungsprozess müssen sie erst zu einer problematischen Situation in Bezug gesetzt werden. Nur in der Form von konkreten Aussagen und Hypothesen, die praktische Zusammenhänge und Konsequenzen artikulieren, ist eine Überprüfung ihrer Bedeutung und ein Vergleich mit alternativen Hypothesen überhaupt möglich. Aus diesem Grund wird die Abhängigkeit der Forschung vom Kontext einer konkreten Situation von Dewey so nachdrücklich betont.

Damit ist die Erläuterung der erkenntnis- und handlungstheoretischen Annahmen des demokratischen Experimentalismus vorerst abgeschlossen. Im folgenden Kapitel stehen schließlich die sozialphilosophischen und demokratietheoretischen Dimensionen von Deweys Ansatz im Vordergrund, die jedoch eng mit den bisher erläuterten Annahmen zusammenhängen.

159 Ebd.

DEMOKRATIE ALS LEBENSFORM

Das Thema der Demokratie durchzieht wie ein Grundmotiv Deweys gesamtes philosophisches Werk. Hans Joas zufolge gibt es »wohl keinen Philosophen, für den die Demokratie so sehr Gegenstand und ständiger Orientierungspunkt seines Denkens war wie für John Dewey«.¹ Auf einen Begriff gebracht, lässt sich Deweys demokratiethoretische Konzeption als »Demokratie als Lebensform« bezeichnen – einen Ausdruck, den er selbst vielfach verwendet hat. Demokratie ist für Dewey mehr als nur ein politisches Regierungssystem, das auf freien Wahlen und demokratischen Institutionen beruht. Demokratie ist in erster Linie eine *individuelle Haltung* und eine *ethische* Form des Zusammenlebens, die Individuen zu intelligentem, gemeinschaftlichem Handeln befähigt. Die Idee der Demokratie repräsentiert nichts Geringeres als »die Idee des Gemeinschaftslebens selbst«.² Diese weite Konzeption der Demokratie ist zudem eng mit der experimentellen Erkenntnis- und Handlungstheorie verknüpft: »The experimental method is the only one compatible with the democratic way of life, as we understand it. Every extension of intelligence as the method of action enlarges the area of common understanding.«³ Aufgrund dieser engen Verknüpfung von demokratischem Ethos und experimenteller Methode wird Deweys Ansatz als *demokratischer Experimentalismus* bezeichnet. Der philosophische Stellenwert der Demokratie in Deweys Philosophie ist jedoch umstritten.⁴

1 Joas, »Einleitung: John Dewey – der Philosoph der Demokratie«, S. 11.

2 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 129.

3 Dewey, *How We Think*, revised edition (1933), LW.8.102.

4 Vgl. Hans-Peter Krüger (2008): »Dewey, John«, in: *Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie*, hrsg. von Stefan Gosepath, Wilfried Hinsch und Beate Rössler, Bd. 1, Berlin/New York: de Gruyter, S. 215–219; Caspary, *Dewey on Democracy*, S. 5; Jack Knight und James Johnson (2011): *The Priority of Democracy. Political Consequences of Pragmatism*, Princeton: Princeton University Press, vgl. S. ix.

Die Idee der Demokratie ist Dewey zufolge ein radikales, aber dennoch realistisches Ideal, das bislang jedoch nicht erreicht wurde.⁵ Es ist radikal, weil es fordert, dass alle sozialen Prozesse auf intelligente Methoden umgestellt werden. Das setzt ein Vertrauen in Prozesse der Selbstorganisation und eine Offenheit zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklungen voraus. Jegliche Steuerung durch externe oder zentrale Kräfte, technokratische Eliten oder übergeordnete Instanzen wird abgelehnt. Das heißt nicht, dass es keine demokratischen Institutionen, Hierarchien, Delegations- und Repräsentationsverhältnisse gibt.

Zur Darstellung von Deweys Demokratietheorie werde ich zunächst einige sozialphilosophische Annahmen des Experimentalismus erläutern. Als Erstes geht es um das Ideal des Gemeinschaftslebens, das für Dewey die Grundlage der Demokratie darstellt (Kap. 5.1). Damit zusammenhängend stelle ich seine Konzeption eines sozialen Individualismus vor, die als Kritik und Weiterentwicklung des klassischen Liberalismus zu verstehen ist. Anschließend erläutere ich Deweys Demokratietheorie, die er selbst als »kreative Demokratie« bezeichnet (Kap. 5.2). Zuletzt lege ich die Konsequenzen dar, die aus dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus für die politische Philosophie und das politische Denken folgen (Kap. 5.3).

5.1 GEMEINSCHAFT UND SOZIALER INDIVIDUALISMUS

Das Individuum steht in der experimentellen Erkenntnis- und Handlungstheorie im Zentrum. Auch wenn die sozialen Interaktionen in Gewohnheiten und institutionelle Strukturen eingebettet sind, von denen sie nicht getrennt werden können, sind es immer Menschen, die handeln. Und es sind Menschen, die die problematischen Folgen ihrer verbundenen Handlungen reflektieren und artikulieren können. Daher stehen nicht unpersönliche Kollektive oder »die Masse«, sondern einzelne Individuen im Zentrum von Deweys Sozialphilosophie: »Pragmatismus und instrumenteller

⁵ Vgl. Dewey, »Democracy Is Radical« (1937), wo er schreibt: »The end of democracy is a radical end. For it is an end that has not been adequately realized in any country at any time.« (LW.11.298 f.)

Experimentalismus bringen die Wichtigkeit des Einzelnen zur Geltung. Der Einzelne ist der Träger des schöpferischen Denkens, der Ursprung der Handlung und ihrer Anwendung.«⁶

Dewey vertritt durchaus eine individualistische Konzeption, jedoch mit der Besonderheit, dass es sich dabei um einen *sozialen* Individualismus handelt, mit dem er den Gegensatz von Individualismus und Kollektivismus zu überwinden versucht. Indem er das Individuum mit seinen Interessen und Überzeugungen nicht als etwas Bestehendes, Gegebenes und vor allem sozial Ungebundenes versteht, grenzt Dewey seine Position vom klassischen »alten« Liberalismus des 19. Jahrhunderts ab.⁷ Dewey distanziert sich ausdrücklich von der dualistischen Subjekt- und Bewusstseinsphilosophie der neuzeitlichen Philosophie, die von einer Trennung zwischen dem individuellen Subjekt und einer objektiven Außenwelt ausgeht. Die »Philosophie des Subjektivismus«, die von Descartes über Hobbes und Locke bis Kant reicht, fasst das »Subjektive« als eine »gesonderte und isolierte geistige Welt an und für sich, selbstgenügsam und in sich selbst geschlossen« auf.⁸ Dewey betont in seiner interaktionistischen Handlungstheorie stattdessen, dass sich Menschen erst durch die aktive Auseinandersetzung mit ihrer Umgebung zu Individuen entwickeln. Wie bereits in Kapitel 3.2 erläutert, ist für den Menschen dabei die *soziale* Umgebung (*social environment*) besonders prägend – also das Verhalten und Handeln der Mitmenschen, das aber zugleich mit der materiellen Umwelt in Wechselwirkung steht.

Gestützt wird die Konzeption des sozialen Individualismus durch die soziobiologische Tatsache, dass die menschliche Existenz überhaupt nur durch soziale Beziehungen möglich ist. Deshalb ist es für Dewey sinnlos, nach der Ursache der Bildung von sozia-

6 Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 35.

7 Seine Auffassung eines »neuen« Individualismus hat Dewey vor allem in den drei Büchern *Individualism, Old and New* (1930), *Liberalism and Social Action* (1935) und *Freedom and Culture* (1939) artikuliert. In deutscher Übersetzung liegen nur die beiden letzteren Bücher vor: Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«; John Dewey (2003b): *Freiheit und Kultur*, hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Rebekka Horlacher und Jürgen Oelkers, Zürich: Pestalozzianum. Die erste Übersetzung von *Freedom and Culture* ist bereits 1956 unter dem Titel *Mensch oder Masse* im Universum-Verlag Wien erschienen.

8 Vgl. Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 31 f.

len Beziehungen, Gruppen und Gesellschaften zu fragen. Es ist eine Tatsache, dass Menschen in sozialen Zusammenhängen leben und handeln.⁹ In den ersten Lebensjahren ist ein Mensch abhängiger und unselbständiger als alle anderen Säugetiere. Aber er ist lernfähig und übernimmt im Sozialisationsprozess die Gewohnheiten, die Sprache und das Verhalten seiner sozialen Umgebung. Erst durch die soziale Einbindung in die physischen und kulturellen Aktivitäten der verschiedenen sozialen Gruppen, denen er angehört, wird er zu einem Individuum ›gemacht‹. Dabei handelt es sich nicht um einen vorherbestimmten oder automatisch ablaufenden Prozess. Es kommt wesentlich darauf an, in welchem Grad die individuelle Entwicklung durch die soziale Umgebung gewünscht und gefördert wird. Dieser Prozess ist nicht einseitig vom Individuum oder von der sozialen Umwelt abhängig, sondern ergibt sich aus dem komplexen Wechselspiel von Interaktionen, Lernprozessen und Gewohnheiten. Damit vertritt Dewey einen *funktionalen* oder *interaktionistischen* Ansatz von Individualität und Identität: »Eine Person, ein Selbst, ein Subjekt zu sein sind Funktionen, die sich aus komplex organisierten organischen und sozialen Interaktionen ergeben.«¹⁰

Der individuelle Entwicklungs- und Lernprozess ist keineswegs auf die Sozialisation von Kindern und Heranwachsenden beschränkt, sondern wird von Dewey als lebenslanger, offener Prozess verstanden. Menschen leben, handeln, lernen kontinuierlich und machen neue Erfahrungen, die Lernprozesse auslösen und zu einer Veränderung bestehender Ansichten, Überzeugungen und zukünftiger Erfahrungen führen können. Individuen können deshalb nicht als statische Einheiten, sondern nur im Kontext des sozialen Zusammenlebens von Menschen und vielfältiger Interaktionen verstanden werden. In einem weiten Sinn ist damit *alles* Handeln, Sprechen, Denken und Verhalten *sozial*: »Es ist nicht ein ethisches Soll, daß ein Verhalten sozial zu sein habe. Es ist sozial,

⁹ Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 34 f.

¹⁰ Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 205. In einem späten Aufsatz schreibt Dewey: »[A]n individual is nothing fixed, given ready-made. It is something achieved, and achieved not in isolation but with the aid and support of conditions, cultural and physical:— including in ›cultural,‹ economic, legal and political institutions as well as science and art [...].« (Dewey, »The Future of Liberalism« [1935], LW.11.291.)

sei es nun gut oder schlecht.«¹¹ Damit grenzt sich Dewey, wie in seiner Erkenntnis- und Handlungstheorie, von individualistischen Ansätzen ab, die einzelne Tätigkeiten oder Überzeugungen aus ihrem Zusammenhang herauslösen und isoliert zu erklären versuchen. Durch die Trennung vom Kontext des Erfahrungskontinuums wird die soziale Einbettung des menschlichen Verhaltens und die Interaktion mit der komplexen Umwelt abgeschnitten.

Auch Deweys Kritik am klassischen Liberalismus richtet sich wesentlich gegen die Annahme, dass Individuen abgeschlossene Entitäten mit statischen Interessen seien, die auf politischer Ebene aggregiert und verhandelt werden könnten. Diese Kritik findet sich schon in seinen frühesten Schriften. In seinem 1888 erschienenen Essay »Die Ethik der Demokratie« schreibt er, dass »die Menschen keine isolierten, a-sozialen Atome sind, sondern nur dann Menschen sind, wenn sie sich in intrinsischen Beziehungen zu anderen Menschen befinden«.¹² Dewey argumentiert, dass die liberale Vorstellung eines isolierten Individuums unter den historischen Bedingungen des frühen Liberalismus durchaus eine berechtigte Funktion erfüllt hat, um gegen dominante gesellschaftliche Strukturen, insbesondere gegen den Einfluss der Religion, die Eigenständigkeit, Urteilsfähigkeit und Freiheit des Einzelnen einzufordern. Diese Bedingungen haben sich durch den Aufstieg der modernen Wissenschaften und der Industrialisierung jedoch deutlich geändert. Insbesondere ist mit den modernen Produktions-, Transport- und Kommunikationstechnologien die wechselseitige Abhängigkeit auf lokaler und globaler Ebene gestiegen. Daher »bedarf [es] keiner großen Geisteskraft um zu erkennen, dass *unter den heutigen Bedingungen* ein isoliertes Individuum beinahe hilflos ist«.¹³

Obwohl Pragmatismus und Experimentalismus durchaus von der spezifisch amerikanischen Kultur und Lebensweise beeinflusst sind, betont Dewey, dass seine Konzeption »nicht ausschließlich amerikanisch« ist, sondern maßgeblich in Auseinandersetzung mit der europäischen Tradition entstanden ist. Zudem kritisiert er die

11 Vgl. Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 20.

12 Dewey, »Die Ethik der Demokratie« (1988), S. 11. Deweys Position ist hier weitestgehend identisch mit der sogenannten »kommunitaristischen« Kritik am Liberalismus in den 1980er Jahren, etwa von Michael Sandel (1982): *Liberalism and the Limits of Justice*, Cambridge: Cambridge University Press.

13 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 186 f. (Herv. A. A.).

egoistischen Tendenzen des amerikanischen Individualismus, weil der bedeutende Einfluss der sozialen Einbettung auf die Herausbildung und Entwicklung individueller Fähigkeiten nicht genügend reflektiert werde:

»Der einseitige und egoistische Individualismus im amerikanischen Leben hat seine Spur in unseren Praktiken hinterlassen. Zum Besseren oder Schlechteren, je nach Gesichtspunkt, hat er den ästhetischen und fixierten Individualismus der alten europäischen Kultur in einen aktiven Individualismus umgeformt. Aber die Idee einer Gesellschaft von Individuen ist dem amerikanischen Denken nicht fremd; sie durchdringt selbst unseren gegenwärtigen Individualismus, der unreflektiert und brutal ist.«¹⁴

Zur Korrektur dieses einseitigen Individualismus fordert Dewey, dass der klassische Liberalismus des 19. Jahrhunderts durch einen *sozialen Individualismus* ersetzt werden müsse. Nur dadurch könne das ursprüngliche liberale Ziel einer Befreiung der Intelligenz aus den Beschränkungen starrer Traditionen verwirklicht werden: »Der Liberalismus ist einem Ziel verpflichtet, das zugleich dauerhaft und flexibel ist: Die Befreiung der Individuen, so dass die Verwirklichung ihrer Fähigkeiten zum Gesetz ihres Lebens wird. Sie ist der Verwendung der befreiten Intelligenz als Methode für die Ausrichtung der Veränderungsprozesse verpflichtet.«¹⁵

Um dieses Ziel unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen zu verfolgen, müssen die *Mittel* des Liberalismus angepasst werden. Während im klassischen Liberalismus die »isolierte und konkurrierende ökonomische Tätigkeit der Individuen als Mittel« angesehen wurde, »um soziales Wohlergehen als Ziel zu erreichen«, stellt nun »eine sozialisierte Ökonomie das Mittel für eine freie individuelle Entwicklung« dar.¹⁶ Als Voraussetzung für die Entfaltung der befreiten gesellschaftlichen Intelligenz müssen jedoch zunächst die materiellen Grundbedürfnisse erfüllt werden. Erst dann kön-

14 Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 35.

15 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 183.

16 Ebd., S. 205.

nen »Individuen [...] an den vorhandenen kulturellen Ressourcen partizipieren [...] und jeder auf seine Weise an deren weiterer Bereicherung mitwirken.«¹⁷

In Bezug auf moderne Gesellschaften, die durch eine zunehmende Individualisierung gekennzeichnet sind, geht Dewey von einer pluralistischen Konzeption von Lebensformen aus. Demnach gehört jeder Mensch *unterschiedlichen* sozialen Gruppen an – Freundeskreisen, Kirchen, Parteien, Vereinen, Gewerkschaften, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Organisationen: »Sie alle sind Formen des Zusammenlebens, ganz so wie eine Familie, eine Stadt oder ein Staat.«¹⁸ Freiheit besteht für Dewey ausdrücklich nicht in der Unabhängigkeit von sozialen Beziehungen.¹⁹ Die Freiheit eines Individuums drückt sich darin aus, die tradierten Gewohnheiten kritisch reflektieren zu können und durch die freiwillige Zugehörigkeit zu verschiedenen Gruppen die eigenen Interessen und Potenziale zu entwickeln.

Aus der Vielfalt sozialer Gruppen und Gemeinschaften, die nicht nur nebeneinander bestehen, sondern sich in ihren Mitgliedern überschneiden, ergibt sich das pluralistische und dynamische Bild einer gruppenbasierten Konzeption der Gesellschaft.²⁰ Der Begriff der Gesellschaft ist letztlich aber nur eine Bezeichnung für die vielfältigen Formen des menschlichen Zusammenlebens. Beide Begriffe, Gemeinschaft und Gesellschaft, beschreiben die komplexen Handlungszusammenhänge, die sich aus den unüberschaubaren sozialen Interaktionen in modernen Massengesellschaften ergeben. Durch ihre Vieldeutigkeit und Ähnlichkeit sind beide Begriffe bis zu einem gewissen Grad austauschbar:

»Begriffe wie ›Gesellschaft‹ und ›Gemeinschaft‹ sind irreführend, weil sie uns leicht auf den Gedanken bringen, dem einzelnen Wort entspräche ein einzelnes Ding.

¹⁷ Ebd., S. 184.

¹⁸ Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 40.

¹⁹ Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 129 f.

²⁰ Eine ausführliche Darstellung der historischen Entwicklung des pragmatischen Ansatzes zu einer gruppenbasierten politischen Theorie, auch über Dewey hinaus, findet sich bei Roberto Frega (o. J.): »The Democratic Project«, unveröffentlichtes Manuskript (Stand vom 16.11.2016) in Kapitel 4 »The pragmatist group-based theory of politics«.

In Wirklichkeit ist eine moderne Gesellschaft ein Gewebe vieler, mehr oder weniger innig verbundener Gesellschaften. Jeder Haushalt mit seinem nächsten Freundeskreis bildet eine Gesellschaft; die Dorf- oder Straßengruppe von Spielgefährten ist eine Gemeinschaft; jede wirtschaftliche Gruppe, jeder Klub ist eine solche. Über den Rahmen dieser festeren Gruppen hinaus gibt es in einem Lande eine große Mannigfaltigkeit von Rassen, religiösen Gemeinschaften, wirtschaftlichen Gruppen. Innerhalb einer modernen Stadt gibt es – trotzdem sie dem Namen nach eine politische Einheit darstellt – mehr Gemeinschaften, mehr verschiedene Sitten, Überlieferungen, Wünsche und Formen der Herrschaft und Unterordnung als in früheren Zeiten in einem ganzen Erdteil.«²¹

Beide Begriffe sind zudem, wie auch der Begriff der Öffentlichkeit, *zugleich normativ und deskriptiv*: »Sie drücken einmal ein Ideal, eine Norm aus, wollen aber das andere Mal lediglich etwas tatsächlich Vorhandenes beschreiben«. ²² Die Trennung von Theorie und Empirie hat jedoch dazu geführt, dass sich die Philosophie vorwiegend mit der normativen Dimension von Begriffen beschäftigt. Dabei werden ideale Merkmale herausgehoben und als inhärente Eigenschaften definiert, was zwangsläufig zu einer Vereinheitlichung und Idealisierung eines Begriffs führt. In deskriptiver Hinsicht zerfällt die Gesellschaft jedoch in eine unübersichtliche Vielfalt von Gruppen und Interaktionen, deren Zusammenhänge kaum empirisch beschreibbar sind:

»Wenn wir [...] die Tatsachen betrachten, die der Begriff beschreibt, anstatt unsere Aufmerksamkeit auf die logischen Merkmale zu richten, die ihm beigelegt wer-

21 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 40. Aus dem Zitat wird deutlich, dass Deweys Verständnis des menschlichen Zusammenlebens stark von den Eigenschaften moderner Massengesellschaften und Großstädte geprägt ist. Er lebte selbst ab 1894 in Chicago, dessen Einwohnerzahl wenige Jahre zuvor die Millionengrenze überschritten hatte, und von 1904 bis 1952 im noch dichter besiedelten New York. Die sozialen Probleme, die durch das schnelle Wachstum urbaner Lebensräume entstanden, hatte er insbesondere in Chicago eingehend erforscht.

22 Ebd., S. 114.

den, so stoßen wir nicht auf eine Einheit, sondern auf eine Vielheit von Gesellschaften, guten und schlechten. Verbrecherische Verschwörungen, geschäftliche Gruppen, die das Publikum ausrauben, während sie ihm zu dienen vorgeben, politische Verbände, die nur durch das Interesse an der Beute zusammengehalten werden, fallen darunter.«²³

Von einem idealistischen Standpunkt aus lautet die Kritik an einer solchen deskriptiven Darstellung, dass es sich hier nicht um Gemeinschaften im eigentlichen Sinn handelt, »weil sie den idealen Anforderungen an solche nicht entsprechen«.²⁴ Durch eine derartige Idealisierung verliert der Begriff jedoch den Bezug zur Wirklichkeit. Dewey legt hingegen dar, dass sich in jeder real existierenden Form von Gemeinschaft einige der idealisierten Aspekte ausmachen lassen. Er plädiert deshalb dafür, weder der normativen noch der deskriptiven Auffassung zu folgen, sondern die dualistische Unterscheidung von faktischer und normativer Ebene zurückzuweisen und beide Extreme zu vermeiden. Von einer *rein* normativen Bedeutung des Gesellschaftsbegriffs kann nicht ausgegangen werden, weil dadurch nur ein idealistischer Begriff konstruiert würde, der keine Beziehung zur Wirklichkeit hat. Aber auch mit einer *rein* deskriptiven Beschreibung kann nicht operiert werden, weil wir in der Sprache auf abstrahierende Begriffe angewiesen sind, die niemals die Vielfalt der faktisch bestehenden Formen erfassen und abbilden können.

Um dennoch beschreiben zu können, was eine ideale Gemeinschaft oder Gesellschaft ist, schlägt Dewey einen Mittelweg vor, der eine rein normative Definition vermeidet und sich möglichst eng an den existierenden Phänomenen orientiert, die wir als soziale Gruppen, Gemeinschaften oder Gesellschaften bezeichnen. Dewey konstruiert auf diesem Weg ein »realistisches« *Ideal des Gemeinschaftslebens*, auf dem auch sein Demokratiebegriff beruht. Dabei geht es ihm nicht um eine abschließende Definition des Begriffs der Gemeinschaft, sondern darum, »aus den *tatsächlich vorhandenen* Formen des Gemeinschaftslebens die *wünschenswerten* Züge herauszu-

²³ Ebd.

²⁴ Ebd.

heben, von ihnen aus die unerwünschten zu kritisieren und auf Verbesserungen hinzuweisen.«²⁵ Das Ziel dieser *normativen Rekonstruktion* besteht folglich darin, aus dem faktischen Zusammenleben von Menschen heraus Kriterien für ein Ideal *demokratischer* Gemeinschaften zu entwickeln, das als Maßstab der Kritik zur Beurteilung und Verbesserung der bestehenden Formen des Zusammenlebens dienen kann.²⁶ Eine realistische »Idee der Demokratie [...], die nicht utopisch ist«, lässt sich nur gewinnen, »wenn wir von einer Gemeinschaft als einer Tatsache ausgehen und die Tatsache im Denken erfassen, um ihre Bestandteile zu erklären und zu verbessern«.²⁷

Das erste Merkmal einer menschlichen Gemeinschaft ist Dewey zufolge eine »[a]ssoziierte oder gemeinsame Tätigkeit«.²⁸ Eine Gemeinschaft basiert somit nicht auf der Identifikation mit einer ethnischen Gruppe, Nationalität oder sozialen Schicht. Der soziale Zusammenhang wird auch nicht durch externe Faktoren bewirkt, wie Zwang, Gehorsam oder Gewaltausübung. Die gemeinsame Aktivität auf physischer oder organischer Ebene ist aber kein hinreichendes Kriterium für eine Gemeinschaft, denn auch »Atome, Sternenhäufen und Zellen« zeichnen sich dadurch aus. Menschliche Gemeinschaften entstehen dagegen erst dann, wenn auch die kognitive Ebene hinzukommt, nämlich »wenn die Folgen verbundenen Handelns wahrgenommen werden und ein Gegenstand von Wünschen und Bestrebungen werden«.²⁹ Die Wahrnehmung und Bewertung der Folgen des gemeinsamen Handelns ist nur möglich im Medium der *Kommunikation*. Das heißt, erst wenn die gemeinsamen Handlungen und Erfahrungen bewusst gemacht, in Zeichen und

25 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 115 (Herv. A. A.).

26 Die Bezeichnung »normative Rekonstruktion« verwendet Dewey selbst nicht. Ich habe den Begriff von Honneth übernommen, der diesen in Anlehnung an Dewey entwickelt hat, vgl. Honneth, *Das Recht der Freiheit*, S. 111 ff.

27 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 129.

28 Ebd., S. 130.

29 Ebd., S. 131. Die Ablehnung der Metapher der Insektenkolonie für menschliche Gemeinschaften und kollektives Handeln ist ein zentrales Kriterium für die Überwindung der dualistischen Unterscheidung von Mikro- und Makrostrukturen in den Sozialwissenschaften, vgl. Tommaso Venturini, Bruno Latour und Axel Meunier (2015): »Eine unerwartete Reise. Einige Lehren über Kontinuität aus den Erfahrungen des Sciences Po médialab«, in: *Die Gesellschaft der Daten. Über die digitale Transformation der sozialen Ordnung*, hrsg. von Florian Süßenguth, Bielefeld: Transcript, S. 34 f.

Symbolen artikuliert, kommuniziert und bewertet werden, können menschliche Gemeinschaften überhaupt entstehen. Die Kommunikation der beobachteten Folgen *verändert* die gemeinschaftlichen Aktivitäten, denn sie ermöglicht eine koordinierte Planung und Steuerung des Handelns. Durch eine positive Bewertung der Folgen des Handelns können bestimmte Handlungen den Charakter gemeinsamer Wünsche und Ziele annehmen, »welche, da sie eine gemeinsame oder gegenseitig verstandene Bedeutung in sich schließen, neue Bindungen darstellen, die eine vereinte Tätigkeit in eine Gemeinschaft der Interessen und Bestrebungen verwandeln«. ³⁰ Eine Gemeinschaft konstituiert sich also durch die gemeinschaftliche Aktivität auf physischer und organischer Ebene, die durch die bewusste Wahrnehmung, Artikulation und Kommunikation der Folgen transformiert wird. Diese Umwandlung »ereignet sich weder auf einmal noch vollständig. [...] Wir werden als organische Wesen geboren, die mit anderen verbunden sind, wir kommen aber nicht als Mitglieder einer Gemeinschaft auf die Welt.« ³¹ Die Integration des Individuums ist vielmehr die gesellschaftliche Aufgabe der Erziehung und Bildung, durch die die Heranwachsenden »in die Traditionen, Anschauungen und Interessen eingeführt werden, die eine Gemeinschaft auszeichnen«. ³² Daraus ergibt sich ein erstes Kriterium für Deweys Konzeption des Gemeinschaftslebens:

»Wo immer es eine vereinte Tätigkeit gibt, deren Folgen von allen einzelnen an ihr teilnehmenden Personen für gut befunden werden, und wo die Verwirklichung des Guten von der Art ist, daß sie ein tatkräftiges Verlangen und Bemühen hervorruft, es zu erhalten, weil es ein von allen geteiltes Gut ist, da gibt es insofern eine Gemeinschaft. Das klare Bewußtsein eines gemeinschaftlichen Lebens, mit allem, was sich damit verbindet, konstituiert die Idee der Demokratie.« ³³

Neben dieser Grundbedingung des Gemeinschaftslebens stellt Dewey zwei weitere Kriterien auf, die sich ebenfalls in existierenden Formen des Gemeinschaftslebens auffinden lassen und die

³⁰ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 132.

³¹ Ebd., S. 133.

³² Ebd.

³³ Ebd., S. 129.

demokratische Dimension des Gemeinschaftslebens hervorheben: 1. »das Ausmaß, in dem alle Glieder einer Gruppe an den Interessen derselben teilhaben«, und 2. »die Fülle und Freiheit des Zusammenwirkens dieser Gruppe mit anderen Gruppen«. ³⁴ Von diesen beiden Aspekten leitet Dewey die Normen ab, die als Maßstab für die kritische Beurteilung bestehender Gemeinschaften dienen: »Wie zahlreich und mannigfaltig sind die bewußt geteilten Interessen? Wie voll und frei ist das Wechselspiel mit anderen sozialen Gruppen?« ³⁵ Aus beiden Kriterien lässt sich schlussfolgern: Je vielfältiger und bewusster die geteilten Interessen sind und je freier und gleichberechtigter die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen, desto demokratischer ist eine Gemeinschaft. Andersherum gilt, je einseitiger die gemeinsamen Interessen und je isolierter die Gruppe von anderen ist, desto weniger erfüllt sie das Ideal des Gemeinschaftslebens.

Als negatives Beispiel dient Dewey eine kriminelle Vereinigung, deren gemeinsame Interesse eher eindimensional sind. Die Mitglieder einer »Verbrechergruppe« sind »nur durch sehr wenige Bande miteinander verknüpft [...], beinahe nur durch das gemeinsame Interesse am Ertrag der verbrecherischen Unternehmungen«. ³⁶ Zudem ist eine solche Gemeinschaft zwangsläufig von anderen sozialen Gruppen isoliert, weil sie ihre illegalen Aktivitäten im Verborgenen durchführen muss. Auch an den Folgen ihrer Handlungen für Dritte haben ihre Mitglieder nur ein geringes Interesse. Das Potenzial für Lernprozesse und individuelle Entwicklungen der Mitglieder einer kriminellen Vereinigung ist dadurch stark eingeschränkt. Dagegen zeichnet sich eine »mustergültige Familie« als positives Beispiel dadurch aus,

»daß alle Mitglieder an materiellen, geistigen, künstlerischen Interessen teilhaben, daß der Fortschritt jedes Mitglieds für die Erfahrung aller übrigen wertvoll ist [...], daß die Familie als Ganzes nicht isoliert steht, sondern in engste Verbindungen mit Arbeitsgruppen, Schulen,

³⁴ Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 136.

³⁵ Ebd., S. 115.

³⁶ Ebd. Dieses einfache Beispiel wird einer anspruchsvollen kriminologischen Theorie und der organisierten Kriminalität natürlich nicht gerecht, sondern dient Dewey nur zur Illustration.

allen Kulturfaktoren sowohl wie mit anderen ihr ähnlichen Gruppen tritt, daß sie endlich eine angemessene Rolle in den politischen Gruppen spielt und umgekehrt von ihnen gestützt wird. Kurzum: es gibt in ihr viele gemeinsame, von allen Gliedern geteilte Interessen, es gibt zahlreiche Punkte, in denen eine mannigfaltige und freie Berührung mit anderen Formen des Zusammenlebens erfolgt.«³⁷

Die beiden Kriterien lassen sich aber auch auf umfassendere soziale Strukturen anwenden. So erläutert Dewey, wie sich etwa ein »despotisch regierter Staat« kaum mit dem ersten Kriterium vereinbaren lässt. Hier stehen die Interessen der herrschenden Klasse und der Untertanen einander entgegen. Der Gehorsam Letzterer ist durch Furcht erzwungen und nicht durch *intelligente Kooperation* geleitet. Die Gemeinsamkeit der Interessen ist auf ein Minimum reduziert und auch die Interaktionen zwischen den Untertanen sind eingeschränkt und kontrolliert. So kann »kein freies Wechselspiel unter den Mitgliedern der sozialen Gruppe« entstehen, das für die intellektuelle Förderung und individuelle Entfaltung notwendig ist.³⁸

Das zweite Kriterium ermöglicht ebenfalls eine breite Kritik auf verschiedenen Komplexitätsebenen des menschlichen Zusammenlebens, etwa von

»Nationen in ihrer Abschließung gegeneinander, Familien, die in ihren häuslichen Angelegenheiten aufgehen, als ob sie mit einem breiteren Leben überhaupt keinen Zusammenhang hätten; Schulen, wenn sie sich von den Interessen des Hauses und der Gemeinde abschließen; die Gruppen der Reichen hier, der Armen dort; die der ›Gebildeten‹ einerseits, der ›Ungebildeten‹ andererseits. Der wesentliche Punkt ist, daß Isolierung die Verknöcherung, die Erstarrung des Lebens in Institutionen, die Entwicklung statischer und selbstsüchtiger Ideale innerhalb der Gruppe begünstigt.«³⁹

37 Ebd., S. 116.

38 Ebd., S. 117.

39 Ebd., S. 119.

Bestehende Praktiken, Gemeinschaften und Institutionen sind folglich danach zu beurteilen, inwieweit sie den freien Austausch zwischen ihren Mitgliedern und mit anderen Menschen und Gruppen fördern oder einschränken.⁴⁰ Das Kriterium der umfassenden Interaktion mit anderen Gruppen wird von kriminellen, fundamentalistischen oder terroristischen Vereinigungen ebenso wenig erfüllt wie von elitären, nationalistischen oder rassistischen Gruppen, die sich von anderen abgrenzen. Deweys Ideal des Gemeinschaftslebens setzt keine homogene Identität voraus, die auf der Abgrenzung gegenüber anderen Gruppen basiert. Es beruht auf der Vorstellung einer pluralistischen Gesellschaft, in der jedes Individuum mehreren und unterschiedlichen sozialen Gruppen angehört, die sich mehr oder weniger überschneiden. Natürlich können diese Gruppen auch nichts miteinander zu tun haben. Allein durch die räumliche Distanz gibt es zwischen verschiedenen lokalen Gruppen in der Regel wenig Austausch. Aber sie dürfen prinzipiell die Freiheit ihrer Mitglieder nicht einschränken, ihren vielfältigen Interessen nachzugehen und sich auch an anderen gemeinschaftlichen Aktivitäten zu beteiligen. Die sozialen Gruppen müssen vielmehr »die Befreiung der Potenzen der Gruppenmitglieder in Einklang mit ihren gemeinschaftlichen Interessen und Gütern« ermöglichen.⁴¹

Die individuelle Entwicklung und Entfaltung ist somit abhängig von den gemeinschaftlichen Aktivitäten in einer pluralistischen Gesellschaft, ohne dass es zu einem künstlichen Gegensatz von Individuum und Gesellschaft kommt. Die Qualität und Offenheit der gemeinschaftlichen Interaktionen ist nicht nur für die individuelle Sozialisation, sondern auch für die Demokratie das entscheidende Kriterium. Deshalb machen die alltäglichen Beziehungen und Interaktionen für Dewey das Ideal der Demokratie als Lebensform aus. Das menschliche Zusammenleben ist die ethische Grundlage seiner Demokratietheorie:

40 Vgl. Dewey, *Lectures in China, 1919–1920*, S. 90–98, wo es heißt: »[T]he society which we desire is one in which there is maximum opportunity for free exchange and communication. This is the ultimate criterion by which we judge the worth of any sort of institutional arrangement.« Und weiter: »The essence of democratic political theory is that it promotes social communication, cooperation, and interaction.« (S. 92 f.).

41 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 128.

»Als Idee betrachtet, ist die Demokratie nicht eine Alternative zu anderen Prinzipien assoziierten Lebens. Sie ist die Idee des Gemeinschaftslebens selbst. Sie ist ein Ideal im einzig verständigen Sinn eines Ideals: nämlich, die bis zu ihrer äußersten Grenze getriebene, als vollendet und vollkommen betrachtete Tendenz und Bewegung einer bestehenden Sache.«⁴²

Eine demokratische Gemeinschaft ist folglich kein statischer Zustand, der allein durch Wahlen oder demokratische Institutionen herbeigeführt werden kann. Demokratie bezeichnet für Dewey vielmehr den pluralistischen Prozess der sozialen Interaktion auf der Grundlage intelligenter Kooperation.

Das demokratische Ideal des Gemeinschaftslebens ist nicht auf lokale soziale Gemeinschaften beschränkt, sondern dient Dewey auch als Vorbild für die gesamte Gesellschaft. Graham Wallas hat mit seinem Buch *The Great Society* den Begriff der »Großen Gesellschaft« geprägt.⁴³ Wallas beschrieb darin die gesellschaftliche Ausdifferenzierung durch die industrielle Produktion und die daraus folgende zunehmende Entfremdung einzelner Bürger_innen von gesellschaftlichen und politischen Prozessen. Als Gegenentwurf schlägt Dewey die Konzeption der »Großen Gemeinschaft« vor, die es zu erreichen gelte. Dieser Begriff bezeichnet die Verwirklichung des Ideals des Gemeinschaftslebens durch intelligente Kooperation. Das heißt, dass alle Menschen ihre individuellen Möglichkeiten und Fähigkeiten entwickeln und an den vielfältigen gesellschaftlichen Interaktionen teilhaben können. Die Verwirklichung eines solchen Ideals ist für Dewey kein materielles Problem, denn materielle Ressourcen gibt es bereits im Überfluss. Es ist auch kein institutionelles Problem, denn es gibt bereits zahlreiche Vorschläge, wie die politischen Institutionen reformiert werden könnten. Vielmehr ist »das Problem ein moralisches« oder intellektuelles, das »von Intelligenz und Bildung abhängt.«⁴⁴ Es geht um

42 Ebd., S. 129.

43 Vgl. Wallas, *The Great Society* und meine Ausführungen dazu in Kapitel 2.

44 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 134.

»die Suche nach Bedingungen, unter denen die Große Gesellschaft eine Große Gemeinschaft werden kann. Wenn diese Bedingungen einmal geschaffen sind, werden sie ihre eigenen Formen erzeugen. Solange sie nicht da sind, scheint es wenig nützlich, darüber nachzudenken, welche politische Maschinerie zu ihnen paßt.«⁴⁵

Dewey kann keine konkreten Angaben zur Gestalt der Institutionen und Verfahren machen, die eine »Große Gemeinschaft« konstituieren, sondern lediglich die Mittel beschreiben, die zur Herausbildung der notwendigen Strukturen beitragen – das Ideal des Gemeinschaftslebens, die intelligente Kooperation und die Struktur der Untersuchungsprozesse in öffentlichen Angelegenheiten. Anders als ökonomische Theorien versucht er nicht, dogmatische Prinzipien und kausale Ursachen der gesellschaftlichen Transformation zu beschreiben. Der demokratische Experimentalismus ist vielmehr auf die Wahrnehmung faktisch eintretender und möglicher Folgen ausgerichtet. Dewey versucht, die notwendigen *Bedingungen* herauszuarbeiten, »unter denen es einer *Großen Gesellschaft* möglich wird, dichter und kraftvoller an den Status der *Großen Gemeinschaft* heranzukommen, und so in wahrhaft demokratischen Gesellschaften und Staaten Gestalt anzunehmen«.⁴⁶ Eine solche gesellschaftliche Transformation lässt sich jedoch nicht kurzfristig durch einen revolutionären Umsturz herbeiführen, sondern muss auf eine langfristige Veränderung der verbreiteten Gewohnheiten abzielen. Sie muss intelligente Gewohnheiten und kritisches Denken hervorbringen – insbesondere in Bezug auf die öffentlichen Angelegenheiten.

Dennoch entwirft die Konzeption der »Großen Gemeinschaft« keinesfalls das utopische Bild einer harmonischen Gesellschaft, die frei von Spannungen und Konflikten wäre. Dewey geht vielmehr davon aus, dass das Zusammenleben von Menschen stetigen Veränderungen unterliegt und immer neue Probleme erzeugt. Erstens können nicht alle Folgen der sozialen Interaktionen unter komplexen Bedingungen vorausgesehen werden, zweitens werden neue Generationen die kulturellen Gewohnheiten in Frage stellen und an die veränderten Entwicklungen und Bedürfnisse anpassen, drit-

⁴⁵ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 127 f.

⁴⁶ Ebd., S. 135.

tens kann das Zusammenleben von Menschen auch durch externe Faktoren beeinflusst werden, etwa durch Umweltkatastrophen oder durch andere existierende Gemeinschaften.⁴⁷ Die Frage ist nicht, *ob* es Konflikte in einer Gesellschaft gibt, sondern *wie* mit den Konflikten umgegangen wird. In der »Großen Gemeinschaft« würden alle auftretenden Konflikte und Probleme durch intelligente Kooperation wahrgenommen, kommuniziert und in kooperativen Untersuchungsprozessen experimentell reguliert werden.⁴⁸

Die zunehmende Individualisierung und Pluralisierung begünstigt diesen gesellschaftlichen Veränderungsprozess. Zwar stellt die Vielfalt der Interessen und Lebensformen auch eine Herausforderung für die Individuen dar, aber grundsätzlich macht erst die kritische Reflexion von traditionellen gesellschaftlichen Strukturen die Entfaltung der individuellen Persönlichkeiten und die intelligente Kooperation möglich:

»Die Gesellschaft ist gegen Zufälle nur dann stark, kraftvoll und stabil, wenn alle ihre Mitglieder bis zu den Grenzen ihrer Fähigkeit wirken können. Solches Wirken kann nicht erreicht werden, ohne daß man Experimenten einen Spielraum über die Grenzen der eingebürgerten und sanktionierten Sitte hinaus einräumt. Sehr wahrscheinlich wird ein gewisses Ausmaß an offener Konfusion und Unregelmäßigkeit der Gewährung des Freiheitsspielraums folgen, ohne den die Fähigkeit sich nicht selbst finden kann. Aber sozial wie wissenschaftlich ist das Entscheidende nicht, Fehler zu vermeiden,

47 Als Beispiele erläutert Dewey die Interessenkonflikte zwischen der Rüstungsindustrie oder dem Finanzkapitalismus und dem Rest der Bevölkerung: »Es gibt beispielsweise einen Interessenkonflikt zwischen Munitionsfabrikanten und dem großen Teil der Rests der Bevölkerung. Je mehr die jeweiligen Behauptungen der beiden öffentlich gemacht und wissenschaftlich abgewogen werden, desto wahrscheinlicher ist es, dass das öffentliche Interesse dargelegt und berücksichtigt wird. Es gibt einen unbezweifelbaren objektiven Interessenkonflikt zwischen dem Finanzkapitalismus, der die Produktionsmittel kontrolliert und dessen Profit es dient, wenn relative Knappheit aufrecht erhalten wird und man es mit faulen Arbeitern und hungrigen Konsumenten zu tun hat.« (Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 198.)

48 Vgl. ebd.

sondern sie unter den Bedingungen zu machen, unter denen sie genutzt werden können, um daraus zu lernen.«⁴⁹

Durch die zunehmende Individualisierung und die vielfältige Überschneidung individueller Interessen werden die Bedingungen für eine »bewegliche Gesellschaft« geschaffen, die mit kollektiver Intelligenz auf entstehende Probleme und Herausforderungen reagieren und sich an neue Situationen anpassen kann.⁵⁰ Dieser Entwicklung stehen große Herausforderungen und Hindernisse gegenüber, denn die Transformation der *Großen Gesellschaft* zu einer *Großen Gemeinschaft* hängt maßgeblich von den alltäglichen *persönlichen* und *lokalen* Beziehungen ab, wie in der Konzeption der Demokratie als Lebensform betont wird. Diese Beziehungen werden in modernen Massengesellschaften jedoch durch die zunehmende Mobilität, Urbanisierung, Vereinheitlichung und Abschottung gesellschaftlicher Teilbereiche grundlegend verändert. Die soziale »Unbeständigkeit, Desintegration und Rastlosigkeit«, die die industrialisierte Massengesellschaft im frühen 20. Jahrhundert charakterisieren, sind Folgen der »Entwurzelung und Unbeständigkeit der lokalen Gemeinschaften«.⁵¹ Letztlich ist aber der dauerhafte und persönliche Kontakt zu anderen Menschen für die individuelle Entwicklung und intelligente Kooperation unabdingbar. Auch nach der Transformation von *traditionellen* Gemeinschaftsstrukturen wie Familie, Religion und Nachbarschaft bleiben Familie und Nachbarschaft als unmittelbares soziales Umfeld weiterhin als wichtigste Faktoren der individuellen Sozialisation bestehen. Schließlich kann die »Große Gemein-

49 Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 251; Vgl. auch Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 121.

50 Vgl. Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 121 f. Der wesentliche Unterschied zu dem *neoliberalen* Ideal eines flexiblen und anpassungsfähigen Menschen, das auf den ersten Blick eine Ähnlichkeit mit dem Begriff der »beweglichen Gesellschaft« zu haben scheint, besteht darin, dass die Ziele des Handelns im demokratischen Experimentalismus von den Interessen, Bedürfnissen und Fähigkeiten der Individuen bestimmt werden und nicht dogmatisch festgelegt oder von außen vorgegeben sind, etwa von ökonomischen Imperativen.

51 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 176.

schaft im Sinne eines freien und erfüllten wechselseitigen Verkehrs [...] niemals über alle jene Qualitäten verfügen, die eine lokale Gemeinschaft auszeichnen«.⁵²

Die Konzeption der *Großen Gemeinschaft* bleibt deshalb auf die persönlichen Beziehungen und das unmittelbare soziale Umfeld angewiesen. Auch Weltfrieden und interkulturelle Verständigung sind Dewey zufolge nur möglich, wenn das lokale Gemeinschaftsleben intakt ist. Zumindes erhöhen sich nicht die »Chancen, daß die Achtung für entfernte Völker aufgebracht wird, solange es keine innige Nachbarschaftserfahrungen gibt, die Kenntnisse über die Nachbarn und Verständnis für sie mit sich bringt«.⁵³ Das Kriterium der Vielfalt gemeinsamer und sich überschneidender Interessen, das eine ideale Gemeinschaft ausmacht, lässt sich schließlich nicht durch oberflächliche oder rein funktionale Beziehungen erfüllen. Es bedarf regelmäßiger und intensiver Beziehungen, um die Vielfalt der Gemeinsamkeiten und Differenzen mit anderen Menschen zu entdecken. Dazu müssen geeignete Bedingungen geschaffen werden, insbesondere an den Orten, an denen eine solche Vielfalt ge- und erlebt werden kann, beispielsweise in Sportvereinen oder internationalen Gemeinschaften. Ohne diese engen persönlichen Bindungen kann es keine freie und erfüllte Wechselwirkung geben. Deshalb betont Dewey, dass die Demokratie in den alltäglichen Beziehungen verwirklicht werden muss: »Die Demokratie muß zu Hause beginnen, und ihr Zuhause ist die nachbarliche Gemeinschaft.«⁵⁴

Es ist kein Widerspruch, wenn Dewey von der Auflösung der lokalen Gemeinschaft spricht und zugleich ihre Bedeutung betont. Denn Auflösung bedeutet in diesem Fall kein Verschwinden, sondern eine Transformation der bestehenden sozialen Bedingungen. Darin drückt sich keineswegs der Wunsch aus, wieder zu vormodernen Verhältnissen zurückzukehren. Vielmehr geht Dewey aufgrund der zunehmenden Individualisierung, Pluralisierung und Globalisierung von einer irreversiblen Veränderung lokaler Gemeinschaften aus. Diese Veränderungsprozesse gilt es zu reflektieren. Vor der Industrialisierung waren die lokalen Gemeinschaften

52 Ebd.

53 Ebd., S. 177.

54 Ebd.

einander sehr ähnlich, aber sie waren isoliert und relativ statisch.⁵⁵ Wenn das Gemeinschaftsleben unter modernen Bedingungen hingegen

»wiedererstehen sollte, wird es eine Fülle, eine Mannigfaltigkeit und Freiheit des Besitzes und Genusses an Bedeutungen und Gütern offenbaren, wie sie die nachbarlichen Assoziationen der Vergangenheit nicht kannten. Denn es wird sowohl lebendig und beweglich als auch stabil sein, aufgeschlossen gegenüber dem verwickelten und weltweiten Schauspiel, in das es verstrickt ist. Obgleich lokal wird es nicht isoliert sein.«⁵⁶

Deweys Betonung der lokalen Gemeinschaft führte zu zahlreichen Missverständnissen in der Rezeption seiner Schriften. Der wesentliche Punkt ist, dass Demokratie in den *alltäglichen* Beziehungen verwirklicht werden muss, nicht nur auf der institutionellen Ebene. Diese Ausführungen können besonders vor dem Hintergrund zunehmender Globalisierung und im Zusammenhang mit dem digitalen Wandel missverstanden werden. Darauf gehe ich ausführlicher in meiner Aktualisierung von Deweys Ansatz ein (Kap. 7.1), möchte aber schon an dieser Stelle darauf hinweisen, dass Deweys Begriff der lokalen Gemeinschaft meiner Interpretation zufolge nicht zwingend auf die *territoriale* Lokalität festgelegt ist, sondern sich auf die *Häufigkeit* und *Intensität* der alltäglichen sozialen Beziehungen bezieht. Für Dewey war es nicht denkbar, dass derart intensive alltägliche Beziehungen auch über weitere Entfernungen gepflegt werden können. Dennoch sind auch im digitalen Zeitalter Begegnungen von Angesicht zu Angesicht unersetzbar. Ohne sie wäre menschliches Leben gar nicht möglich.

⁵⁵ Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 122.

⁵⁶ Ebd., S. 179.

5.2 KREATIVE DEMOKRATIE

Der demokratiethoretische Ansatz, der dem demokratischen Experimentalismus zugrunde liegt, lässt sich auch mit dem Begriff der »kreativen Demokratie« auf den Punkt bringen.⁵⁷ Diese Bezeichnung geht auf einen Vortrag mit dem Titel »Creative Democracy – The Task Before Us« zurück, den Dewey anlässlich der Feier zu Ehren seines 80. Geburtstags am 20. Oktober 1939 verfasst hat. In diesem Vortrag zieht Dewey ein Resümee seiner philosophischen Konzeption der »Demokratie als Lebensform« und stellt die Bedeutung der Demokratie auf der Ebene individueller sozialer Beziehungen heraus, die sich in den alltäglichen Praktiken und den persönlichen Einstellungen gegenüber den Mitmenschen manifestiert. Das größte Missverständnis an der Idee der Demokratie ist für Dewey die verkürzte Vorstellung, dass es sich dabei nur um ein bestimmtes *institutionelles* Regierungssystem handelte, um eine externe Angelegenheit, die mit dem alltäglichen Leben nichts zu tun hat: »Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung.«⁵⁸ Demokratie muss sich in den alltäglichen Handlungen eines jeden einzelnen Menschen und in *allen* Lebensbereichen manifestieren – in familiären, freundschaftlichen und auch beruflichen Beziehungen und Interaktionen. Demokratie ist für Dewey nicht getrennt vom Gemeinschaftsleben, sie *ist* das Gemeinschaftsleben selbst.

Ein weiteres großes Missverständnis besteht in der Auffassung, die Demokratie sei ein statisches Gebilde aus bestimmten Werten und Überzeugungen. Im Zentrum von Deweys Demokratiekonzeption steht dagegen die Beobachtung, dass sich die Bedingungen des menschlichen Zusammenlebens kontinuierlich verändern, was eine

57 Aufgrund der Breite von Deweys philosophischem Ansatz gibt es viele verschiedene Interpretationen seiner Demokratietheorie – metaphysische, post-metaphysische, anerkennungstheoretische und erkenntnistheoretische Begründungen. Letztlich kann Deweys umfassender Ansatz aber nicht auf einen dieser Aspekte reduziert werden. Vgl. Veith Selk und Dirk Jörke (2015): »Der Vorrang der Demokratie. Die pragmatistische Demokratietheorie von John Dewey und Richard Rorty«, in: *Zeitgenössische Demokratietheorie*, hrsg. von Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi und Gary S. Schaal, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 255–284.

58 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 121.

ständige Anpassung der sozialen Interaktionen notwendig macht. Um diese Veränderungen konstruktiv zu gestalten, muss eine »Gesellschaft, die nicht nur im Wandel begriffen ist, sondern diesen Wandel – zum Besseren – als ihren Lebenszweck betrachtet«, ein anderes Selbstverständnis entwickeln als eine Gesellschaft, der es nur um ihren unveränderten Fortbestand geht.⁵⁹ Insbesondere muss die Vorstellung aufgegeben werden, dass eine demokratische Gesellschaft einen abgeschlossenen und stabilen Zustand erreichen könnte. Was das demokratische Zusammenleben ausmacht, ist die intelligente Auseinandersetzung mit den kontinuierlich auftretenden Herausforderungen, die in menschlichen Interaktionen unter komplexen und sich wandelnden Bedingungen entstehen.

Zwar könnte eine demokratische Gesellschaft auch von ihren politischen Institutionen her beschrieben werden. Allerdings sind Kreativität und Kritik – als notwendige Bedingungen einer kontinuierlichen Erneuerung der Demokratie – Fähigkeiten von Individuen. Institutionen sind dagegen eher träge und unflexibel.⁶⁰ Ohne die Fähigkeit von Individuen, gemeinsam und intelligent auf neue Situationen zu reagieren, würden sich Institutionen nicht verändern. Eine lebendige Demokratie ist deshalb auf kreative und reflektierte Individuen angewiesen und sie fördert zugleich durch ihre Institutionen, insbesondere durch die Bildungsinstitutionen, diese individuellen Fähigkeiten.⁶¹ Die Aufgabe einer kreativen Demokratie besteht demnach in einem kontinuierlichen Prozess der kreativen Selbsterneuerung. Zu jeder Zeit und für jede Generation bieten sich andere Bedingungen und Herausforderungen, an welche die institutionellen Strukturen angepasst werden müssen. Die bestehenden politischen Formen der Demokratie müssen als »Ergebnis einer unermesslichen Reihe von Anpassungen und Wiederanpassungen« verstanden werden, »von denen jede auf eine besondere Situation

59 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 113.

60 Die Rolle von Institutionen und sozialen Innovation wird ausführlicher in Kapitel 6.2 erläutert.

61 Bernstein schreibt dazu in seinem Aufsatz »Creative Democracy – The Task Still Before Us«: »Democracy is forever confronted with the task of creating and recreating itself. For democracy can never anticipate the contingencies and the new situations that we confront. A creative democracy is one that always faces new unexpected challenges.« (Richard Bernstein [2000]: »Creative Democracy – The Task Still Before Us«, in: *American Journal of Theology & Philosophy* 21.3, S. 215–228, hier: S. 226.)

reagiert«. ⁶² Sie sind »als eine Art Netto-Folge aus einer riesigen Menge reaktiver Angleichungen an eine riesige Zahl von Situationen entstanden, von denen keine zwei einander glichen«. ⁶³

Die Geschichte der Demokratie in den Vereinigten Staaten von Amerika zeigt, dass die *antike* Idee der Demokratie nicht einfach auf andere Kontexte übertragen werden konnte. Die besondere Leistung der amerikanischen Pioniere im 18. Jahrhundert bestand Dewey zufolge darin, dass es ihnen dank ihres politischen Erfindungsreichtums gelang, die demokratischen Ideen und Institutionen an die besonderen geografischen Bedingungen der Vereinigten Staaten anzupassen. Infolge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert hat sich die zentrale Herausforderung einer physisch-geografischen Erschließung des Landes jedoch verändert. Bereits seit der Mitte des 19. Jahrhunderts besteht die Herausforderung, die eine neue Anpassung der demokratischen Institutionen notwendig macht, eher in der demokratischen Organisation einer Massengesellschaft. Dass Anpassung versäumt wurde und veraltete Institutionen unter den Bedingungen der industrialisierten Moderne beibehalten wurden, hat zur tiefen Krise der Demokratie im 20. Jahrhundert geführt. ⁶⁴

Dewey gibt drei Bedingungen der kreativen Demokratie an: 1. das Vertrauen in die *Gleichheit* aller Menschen und in ihre Fähigkeit zu einem selbstbestimmten Leben, 2. das Vertrauen in die Potenziale der menschlichen *Intelligenz* und 3. das Vertrauen in die Macht der intelligenten Kooperation als *Gewaltfreiheit*. Diese drei Bedingungen, die im Folgenden erläutert werden, sind keineswegs vollständig und hinreichend. Sie sind notwendige Bedingungen der Demokratie, insofern sie es ermöglichen, dass eine demokratische Gesellschaft die Mittel zur Bewältigung von wechselnden Herausforderungen selbst erzeugt. ⁶⁵

⁶² Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 80.

⁶³ Ebd., S. 81.

⁶⁴ Vgl. Dewey, »Creative Democracy« (1939), LW.14.224 f.

⁶⁵ In einem früheren Aufsatz fasst Dewey diese drei Elemente bereits zusammen: »The foundation of democracy is faith in the capacities of human nature; faith in human intelligence, and in the power of pooled and cooperative experience. It is not belief that these things are complete but that if given a show they will grow and be able to generate progressively the knowledge and wisdom needed to guide collective action.« (Dewey, »Democracy and Educational Administration« [1937], LW.11.219.)

1. Das Vertrauen in die *Gleichheit* und in die potenzielle Fähigkeit aller Menschen ist unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Herkunft, Familie, materiellem oder kulturellem Reichtum.⁶⁶ Diese Überzeugung lässt sich zwar in Institutionen, Verfahren, Gesetzen und anderen Äußerlichkeiten festschreiben, doch solange sie nicht auf individueller Ebene in den Haltungen gegenüber den Mitmenschen gelebt wird, bleibt sie ein abstraktes und realitätsfernes Ideal. Auch die klassischen demokratischen Werte der »Brüderlichkeit, Freiheit und Gleichheit sind getrennt von Gemeinschaftsleben hoffnungslose Abstraktionen.«⁶⁷ Demokratie kann nur verwirklicht werden, wenn sie als Idee in alltäglichen Interaktionen gewöhnlicher Menschen wirksam ist und reale Konsequenzen erzeugt.

Mit der Gleichheit aller Menschen ist untrennbar die Forderung verbunden, dass jeder Mensch die gleichen Chancen zur Entwicklung seiner individuellen Fähigkeiten und Talente haben soll. Demokratie ist das Vertrauen auf die Fähigkeit eines jeden Menschen, sein Leben frei von Zwang und Zumutungen zu führen, eigene Interessen zu entwickeln und zu verfolgen, Entscheidungen in Bezug auf die persönliche Lebensführung zu treffen und sich dadurch selbst zu verwirklichen. Dies gilt jedoch nur unter der entscheidenden Voraussetzung, dass bestimmte soziale Bedingungen erfüllt sind: »The democratic belief in the principle of leadership is a generous one. It is universal. It is belief in the capacity of every person to lead his own life free from coercion and imposition by others *provided right conditions are supplied* [...]«. ⁶⁸ Die Einschränkung folgt aus dem interaktionistischen Ansatz. Damit entkräftet Dewey den Vorwurf, ein allzu idealistisches Bild des Menschen zugrunde zu legen. Er verweist darauf, dass die universale Fähigkeit zu einem selbstbestimmten Leben in der alltäglichen Erfahrung beobachtet werden kann. In seiner pädagogischen Arbeit hat Dewey festgestellt, dass alle Kinder unter geeigneten Bedingungen dazu in der Lage sind, selbständiges und kritisches Denken, Fähigkeiten der intelligenten Kooperation und eigene Interessen zu entwickeln. Wenn dies nicht gelingt, lässt sich das in der Regel nicht einfach auf die individuelle Veranlagung zurückführen, sondern kann nur in Wechselwirkung

66 Vgl. Dewey, »Creative Democracy« (1939), LW.14.226.

67 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 129.

68 Dewey, »Creative Democracy« (1939), LW.14.227 (Herv. A. A.).

mit dem sozialen Umfeld verstanden werden, in dem die Kinder sozialisiert wurden. Dewey lehnt die individualistische Vorstellung ab, dass jeder Mensch über sein Glück verfügen kann. Vielmehr hängt das individuelle Wachstum und der Grad der sozialen Selbstverwirklichung maßgeblich davon ab, wie sehr die veranlagten Fähigkeiten und Interessen von der sozialen Umwelt begünstigt und gefördert werden – also von den Gruppen, in denen ein Individuum sozialisiert wird.

2. Es ist also nicht die menschliche Natur im Allgemeinen, die von Dewey an sich als gut angesehen wird, sondern die Fähigkeit aller Menschen, *intelligent zu urteilen und zu handeln*: »Democracy is a way of personal life controlled not merely by faith in human nature in general but by faith in the capacity of human beings for intelligent judgement and action if proper conditions are furnished.«⁶⁹ Zu den erforderlichen Bedingungen zählen die bürgerlichen Grundrechte, vor allem die Meinungs- und Redefreiheit, die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Freiheit der Forschung. Ohne diese Grundlagen können keine kooperativen Untersuchungsprozesse durchgeführt werden, in denen Erfahrungen ausgetauscht, bestehende Probleme erörtert und Lösungsmöglichkeiten diskutiert werden.

Der demokratische Glaube an die Intelligenz gewöhnlicher Menschen basiert auf der sozialen Konzeption der Intelligenz und der interaktionistischen Erkenntnis- und Handlungstheorie. Demnach ist Intelligenz kein rein individuelles Vermögen, sondern auch in der sozialen und materiellen Umwelt verkörpert (Kap. 4.2). Die geeigneten Umweltbedingungen sind notwendig für intelligentes Urteilen und Handeln, aber nicht hinreichend. Zudem wird nicht angenommen, dass die Fähigkeit des reflexiven Denkens auf alle Menschen gleichmäßig verteilt wäre oder dass alle Menschen einen gleich großen Beitrag leisten. Vielmehr geht es darum, dass jeder Mensch das zum Gemeinschaftsleben und zur kollektiven Intelligenz beitragen kann, was in seinen individuellen Möglichkeiten und Fähigkeiten steht.

69 Ebd.

3. Zuletzt basiert die Idee der kreativen Demokratie auf dem Vertrauen in die Macht der *intelligenten Kooperation* und die Beilegung von Konflikten *mit friedlichen Mitteln*. Intelligente Kooperation ist der Verzicht auf Zwang und Gewalt einschließlich subtilerer Formen wie Überredung und Zensur. Zwar beruhen auch moderne demokratische Gesellschaften noch zu einem gewissen Anteil auf der Anwendung von Zwangsmaßnahmen und können Ausbrüche offener Gewalt keineswegs vollständig ausschließen. Aber zugleich steht »heutzutage eine neue Methode zur Verfügung [...] und zwar diejenige der kooperativen und experimentellen Wissenschaft, die die Methode der Intelligenz zum Ausdruck bringt«.70

Um die gleichberechtigte Beziehung, die gegenseitige Unterstützung sowie den Austausch von Wissen und Erfahrungen zu veranschaulichen, durch die sich kooperative Beziehungen auszeichnen, verweist Dewey auf Freundschaftsbeziehungen. Das heißt nicht, dass Freundschaft mit anderen Formen von Gemeinschaft identisch ist. Aber das Prinzip der Kooperation steht für wechselseitige Beziehungen, die freundschaftlich sind, weil sie zum Ziel haben, dass vom Ergebnis alle Seiten profitieren. Die Beziehungen der Beteiligten untereinander sind dabei nicht durch Dominanz, Gewaltanwendung oder Zwang geprägt – wie in *autoritären* Gemeinschaften, die Dewey als Gegenbeispiel dienen –, sondern durch Gewaltverzicht, die Anerkennung als Gleiche und die Verständigung über unterschiedliche Interessen, Erfahrungen und Ziele. Zudem hebt die Idee der intelligenten Kooperation die Vielfalt von zum Teil weit auseinandergehenden Interessen und Überzeugungen keineswegs auf.⁷¹ Die Anerkennung, dass es unterschiedliche Ansichten gibt, wird vielmehr als Ausgangspunkt möglicher Lernprozesse verstanden, da die friedliche Verständigung darüber die eigene Erfahrung bereichern kann. Mit dem Prinzip der intelligenten Kooperation als Bedingung der kreativen Demokratie grenzt sich Dewey nicht zuletzt von politischen und sozialphilosophischen Theorien ab, die zur Erklärung gesellschaftlicher Strukturen vom egoistischen Eigeninteresse ausgehen, wie der ethische Utilitarismus, der klassische politische Liberalismus und die meisten ökonomischen Theorien. Dennoch sind Konkurrenz und Wettbewerb aus Deweys

70 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 200 f.

71 Vgl. Hartmann, *Die Kreativität der Gewohnheit*, S. 43.

Verständnis von Kooperation nicht ausgeschlossen, sondern können durchaus Bestandteil kooperativer Beziehungen sein: »[T]he habit of amicable cooperation [...] may include, as in sport, rivalry and competition [...].«⁷²

Letztlich stellt die Erfahrung im demokratischen Experimentalismus den Ausgangs- und Fluchtpunkt dar. Das Vertrauen in die Demokratie ist gleichzusetzen mit dem Vertrauen auf die herausragende Rolle der individuellen und geteilten Erfahrung sowie auf die Fähigkeit, aus vergangenen Erfahrungen für die Zukunft zu lernen. Demokratie ist kein System aus fixierten Regeln oder Überzeugungen, sondern ein *evolutionärer Lernprozess*,⁷³ der sich aus der offenen und kritischen Reflexion der jeweiligen gesellschaftlichen Herausforderungen ergibt. In Deweys Konzeption gibt es kein übergeordnetes oder externes Ziel des menschlichen Zusammenlebens, sondern nur einen offenen und kontinuierlichen Prozess der Erfahrung. Das höchste Ziel der Demokratie besteht deshalb lediglich darin, die notwendigen Bedingungen bereitzustellen und zu erhalten, die zur Kritik, Reflexion und Verbesserung der Erfahrung beitragen. Die Erfahrung ist für die Demokratie somit Mittel und Ziel zugleich. Sie steht über allen partikularen Zwischenergebnissen des demokratischen Prozesses: »[D]emocracy is belief in the ability of human experience to generate the aims and methods by which further experience will grow in ordered richness [...].«⁷⁴ Ein hoher Wert kommt lediglich denjenigen Zielen zu, die der Erfüllung und Sicherung der Bedingungen der kreativen Demokratie dienen. Alle anderen Mittel – Wissen, Methoden, Begriffe, Werte, Institutionen und Verfahren – müssen durch den demokratischen Prozess selbst hervorgebracht werden. Sie können nur in ihrem jeweiligen Kontext bewertet werden, nicht nach einem externen Maßstab oder einem vorausgehenden Prinzip.

Um diesen kontinuierlichen Prozess zu ermöglichen, muss verhindert werden, dass die bestehenden Ziele als unveränderbar angesehen werden, weil dadurch die kritische Reflexion der Erfah-

⁷² Dewey, *Creative Democracy*, LW.14.228.

⁷³ Vgl. dazu Christopher Ansell (2011): *Pragmatist Democracy*, Oxford u. a.: Oxford University Press. Ansell baut seine Demokratietheorie im Anschluss an Dewey auf dem Begriff des evolutionären Lernens auf.

⁷⁴ Dewey, »Creative Democracy« (1939), LW.14.229.

zung blockiert und Lernprozesse verhindert werden. Das würde dazu führen, dass das Ideal der Demokratie nicht mehr als kontinuierlicher und lebendiger Prozess verstanden wird und erstarrt: »All ends and values that are cut off from the ongoing process become arrests, fixations. They strive to fixate what has been gained instead of using it to open the road and point out the way to new and better experiences.«⁷⁵ Alles, was die für den Untersuchungsprozess notwendige freie Interaktion und Kommunikation zwischen den Menschen einschränkt, ist demnach ein Hindernis für die Demokratie.

Kreative Demokratie bezeichnet somit den offenen Prozess der notwendigen Erneuerung sozialer und politischer Institutionen, Verfahren, Praktiken, Werte und Überzeugungen. Diese Erneuerung erfolgt nicht beliebig, sondern als Anpassung an veränderte Handlungsbedingungen und in Reaktion auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, die durch neue Technologien, Interaktionsformen und nicht-intendierte Handlungsfolgen ausgelöst werden.

Nachdem damit das Demokratieverständnis von Dewey in seinen Grundzügen erläutert wurde, geht es im nächsten Kapitel um die Konsequenzen des demokratischen Experimentalismus für die politische Philosophie und das politische Denken. Dabei steht besonders der Zusammenhang von experimenteller Methode, Politik und öffentlicher Kommunikation im Fokus.

5.3 POLITISCHE PHILOSOPHIE ALS KRITIK

Dewey argumentiert mit seinem Ansatz des demokratischen Experimentalismus dafür, dass es grundsätzlich möglich und notwendig ist, die experimentelle Methode der Wissenschaft in politischen Angelegenheiten anzuwenden. Die gegenteilige Annahme, dass in der Politik und in Bezug auf soziale Probleme *keine* Möglichkeit für die Anwendung wissenschaftlicher Methoden – im weiten Sinn eines strukturierten und intelligenten Umgangs mit unbestimmten Situationen – gegeben wäre, »ermutigt zwangsläufig dazu, in einer Angelegenheit von solcher Wichtigkeit seine Zuflucht bei der Verwendung von nicht-wissenschaftlichen und selbst anti-

⁷⁵ Ebd.

wissenschaftlichen Verfahren zu suchen.«⁷⁶ Doch bevor es um die politische Philosophie und das politische Denken im engeren Sinn geht, gehe ich auf die Rolle ein, die Dewey für die Philosophie allgemein vorgesehen hat.

Die Notwendigkeit einer Einführung der experimentellen Methode in die Philosophie begründet Dewey damit, dass auf die gesellschaftlichen Veränderungen, die aus der wissenschaftlichen, industriellen und politischen Revolution hervorgegangen sind, nur mit einer vergleichbaren Erneuerung der Philosophie, der Sozialforschung und der Moral angemessen reagiert werden könne (Kap. 3.1). Ebenso wie die Philosophie seit dem 17. Jahrhundert dazu beigetragen hat, die experimentellen Methoden der Naturwissenschaften zu entwickeln, fordert Dewey für das 20. Jahrhundert eine engere Verbindung zwischen der Philosophie und den Sozialwissenschaften.⁷⁷ Wenn die Philosophie einen relevanten Beitrag zur Auseinandersetzung mit gegenwärtigen gesellschaftlichen Problemen und Lebensbedingungen leisten soll, dann muss von einem engen Zusammenhang zwischen dem reflexiv-kritischen Denken und den Problemen der alltäglichen menschlichen Lebenspraxis ausgegangen werden, wie im demokratischen Experimentalismus angenommen wird:

»Die Probleme, mit denen eine Philosophie fertigwerden muß, die Bedeutung für die Gegenwart haben soll, entspringen aus den Veränderungen, die sich mit stetig wachsender Geschwindigkeit vollziehen, über einen stetig wachsenden menschlich-geographischen Bereich und mit einer sich stetig vertiefenden Intensität der Durchdringung.«⁷⁸

Die Herausforderung für eine moderne Gesellschaft besteht darin, konstruktiv mit den kontinuierlichen Veränderungen umzugehen, sich an neue Bedingungen anzupassen und entstehende Konflikte

⁷⁶ Dewey, *Logik*, S. 587.

⁷⁷ Vgl. John Dewey (2004f): »Philosophie«, 1917, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 196–218.

⁷⁸ Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 11. Vgl. zur Kritik an der Ausrichtung der akademischen Philosophie auf traditionelle Probleme auch Dewey, »Die Notwendigkeit einer Selbsterneuerung der Philosophie«, S. 145 ff.

zu klären. Diese Aufgabe kann nicht durch statisches Wissen, sondern nur durch reflexives und kritisches Denken bewältigt werden. In der Erläuterung von Deweys Erkenntnistheorie habe ich bereits herausgestellt, dass die Praxis des reflexiven Denkens keineswegs auf professionelle Philosoph_innen und Wissenschaftler_innen beschränkt ist. Dewey zufolge hat »[j]eder für neue Eindrücke empfängliche Mensch, der in sich die Verantwortung fühlt, diese neuen Eindrücke miteinander und mit früheren zu verknüpfen, [...] eine Anlage zur Philosophie«.79 Die kritische Reflexion von sozialen Praktiken und Problemen wird deshalb im demokratischen Experimentalismus als eine Aufgabe angesehen, die sich von alltäglichen bis hin zu wissenschaftlichen Angelegenheit erstreckt.

Im demokratischen Experimentalismus wird angenommen, dass soziale Tatsachen und Probleme nicht allein auf der Ebene der logischen Beziehung allgemeiner Begriffe, sondern nur im Rahmen konkreter Situationen sinnvoll erforscht und Problemlösungen nur in der Erfahrung verifiziert werden können. Deshalb schlägt Dewey die Erneuerung der klassischen Logik durch eine prozessuale *Logik der Forschung* vor, die von der Einheit von Theorie und Praxis ausgeht und die experimentelle Methode auf soziale und moralische Probleme überträgt, wie in Kapitel 4.3 erläutert wurde. Begriffe und Theorien haben im Untersuchungsprozess einen operationalen Charakter. Sie sind flexible Werkzeuge, die den Prozess steuern, aber an die konkrete Situation angepasst werden müssen. Absolute Erkenntnisse, Wahrheiten, Theorien oder Begründungen, die auf beliebige Situationen anwendbar sind, blockieren dagegen den offenen Untersuchungsprozess. Es kann deshalb in Bezug auf politische Angelegenheiten nicht die Aufgabe der Philosophie sein, die Begriffe der Öffentlichkeit, der Gesellschaft oder des Staates allgemein und abschließend, unabhängig von der Erfahrung zu definieren. Derartige Definitionen können immer nur vorläufig sein und müssen in konkreten Untersuchungsprozessen angepasst werden. Was die Philosophie leisten kann, ist, die Entwicklung und Verbesserung von geeigneten Methoden des Denkens zu »unterstützen, durch die das Experimentieren weniger blind, weniger von der Gnade des Zufalls abhängig, sondern intelligenter verlaufen kann,

79 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 419.

so daß die Menschen aus ihren Fehlern lernen und aus ihren Erfolgen Nutzen ziehen können«. ⁸⁰ Die Aufgabe der Philosophie besteht demnach darin, die *Bedingungen für intelligentes Handeln zu reflektieren*. Sie kann dazu beitragen, die kulturellen Bedingungen aufzudecken, die das reflexive Denken, das freie Forschen und das Wachstum der Erfahrung durch Lernprozesse ermöglichen oder verhindern.

Im Untersuchungsprozess geht es letztlich um die Beurteilung von Handlungsmöglichkeiten zur Klärung einer unbestimmten Situation. Bereits die Problembeschreibung erfordert eine wertende Gewichtung der Aspekte der problematischen Situation (Kap. 4.3). In sozialen Angelegenheiten ist der Untersuchungsprozess darauf ausgerichtet, den Zusammenhang zwischen Handlungen und Konsequenzen sowie den involvierten Überzeugungen, Urteilen und Werten der problematischen Situation aufzudecken und kritisch zu hinterfragen. Ein Zwischenziel der Situationsanalyse in der zweiten Phase des Untersuchungsprozesses besteht darin, fördernde und hinderliche Bestandteile der Situation in Bezug auf mögliche Problemlösungen zu unterscheiden. In dieser Beschreibung der problematischen Situation spielt das kritische Denken eine zentrale Rolle. Denn bereits die explizite Artikulation von impliziten Überzeugungen und Werten ist ein Teil der Kritik:

»[Die, Anm. d. Verf.] Anstrengung, unsere Wünsche, unsere Bestrebungen und unsere Ideale (die für den Menschen so natürlich sind wie seine Schmerzen und seine Kleider) zu artikulieren, sie in Termini der Erforschung ihrer Bedingungen und Folgen (nicht an sich, was unmöglich ist) zu definieren, ist das, was ich Kritik genannt habe; und wenn sie in allgemeiner Form verfährt, Philosophie.« ⁸¹

Die in einer Gesellschaft bestehenden Überzeugungen und Werte sind selbst Ergebnisse historischer Entwicklungsprozesse. Sie haben sich zwar als »soziale Produkte, soziale Tatsachen und soziale Kräfte« manifestiert, aber sie sind nicht unveränderlich. ⁸² Das

⁸⁰ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 43.

⁸¹ Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 390.

⁸² Dewey, »Philosophie«, S. 199.

philosophische Denken zieht seinen Gegenstand aus diesem kulturellen Material an Überzeugungen, Schlussfolgerungen, Werten, Interpretationen und begrifflichen Differenzierungen, das durch unzählige Generationen angereichert und verdichtet wurde. »Wenn wir für den Augenblick dieses Material *Vorurteile* nennen dürfen [...], dann ist Philosophie eine *Kritik der Vorurteile*.«⁸³ Die höchste und wichtigste Aufgabe der Philosophie besteht deshalb in der »*Kritik der Überzeugungen*, das heißt derjenigen Überzeugungen, die gesellschaftlich so weit verbreitet sind, dass sie beherrschende Faktoren der Kultur sind.«⁸⁴ In diesem Sinn ist für Dewey

»Philosophie inhärent Kritik [...], und zwar eine Kritik, die sich von anderen Formen der Kritik durch ihre Allgemeinheit unterscheidet; eine *Kritik der Kritik* gleichsam. Kritik ist unterscheidendes Urteil, sorgfältige Abschätzung, und ein Urteil wird überall da mit Recht Kritik genannt, wo der Gegenstand der Unterscheidung Güter oder Werte betrifft.«⁸⁵

Die gesellschaftlichen Konventionen, kulturellen Denkmuster und Vorurteile prägen nicht nur das individuelle Handeln und die alltägliche Erfahrung, sondern auch die Art und Weise, wie wir denken und forschen. Auch Philosoph_innen, Sozialforscher_innen und Naturwissenschaftler_innen sind davon nicht ausgenommen, wie in der Methodologie der Sozialforschung beschrieben wurde (Kap. 4.3). Es gehört zu den zentralen Aufgaben der Sozialforschung, die kulturelle Einbettung der Untersuchungsprozesse bewusst zu machen und zu reflektieren. Dieser Prozess der Selbstreflexion ist

»eine Art intellektueller Entkleidung. Wir können uns nicht permanent der intellektuellen Gewohnheiten entledigen, die wir annehmen und tragen, wenn wir die Kultur unserer eigenen Zeit und Umgebung assimilieren. Aber eine intelligente Förderung der Kultur ver-

83 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 52 (Herv. A. A.).

84 Dewey, »Philosophie«, S. 199.

85 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 373 (Herv. A. A.).

langt, daß wir einige von ihnen ablegen, daß wir sie kritisch inspizieren, um zu sehen, woraus sie gemacht sind und was ihr Tragen für uns bedeutet.«⁸⁶

Zwischen der Philosophie, anderen wissenschaftlichen Disziplinen und dem reflexiven Denken im lebensweltlichen Alltag wird im Experimentalismus keine *strenge* Trennung gezogen, sondern von einem Kontinuum ausgegangen. Sowohl in den Naturwissenschaften als auch in den Sozialwissenschaften und in der Philosophie wird die experimentelle Methode angewendet, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und mit verschiedenem Material. Es lässt sich Dewey zufolge aber festhalten, »dass ein Denker, sofern er sich mit Phänomenen *direkt* befasst, Wissenschaftler, und sofern er sich mit grundlegenden intellektuellen Einstellungen und Ideen beschäftigt, die um diese Phänomene herum entstanden sind, Philosoph ist«.⁸⁷ Eine Philosophin kann die Forschungsergebnisse in anderen Disziplinen jedoch keineswegs besser beschreiben oder erklären als die jeweiligen Wissenschaftler_innen selbst. Für empirische Aussagen über die Welt müssen wir uns deshalb »an die Mathematik, die Physik, die Chemie, die Biologie, die Anthropologie, die Geschichte usw. wenden und nicht an die Philosophie«.⁸⁸ Dewey lehnt mit seiner holistischen Erkenntnistheorie jede elitäre Vorstellung einer überlegenen Stellung der Philosophie ab. Die Philosoph_innen haben keinen Zugang zu universalen Prinzipien und deshalb keinen Monopolanspruch auf privilegierte Erkenntnisse und Gewissheiten – weder gegenüber anderen Disziplinen noch gegenüber der gewöhnlichen Erfahrung. Aber sie beschäftigen sich mit den *Auswirkungen* der wissenschaftlichen Erkenntnisse auf die alltägliche Erfahrung und auf das menschliche Verhalten. Denn sobald es um die Folgen der Forschung im gesellschaftlichen Zusammenhang geht, werden philosophische Fragen gestellt:

»Philosophie ist dasjenige Denken, was das Erkannte von uns verlangt, das Nachdenken darüber, wie wir auf das Erkannte zu reagieren haben. Philosophie ist eine Überschau des Möglichen, nicht ein Bericht über vollen-

86 Ebd., S. 52.

87 Dewey, »Philosophie«, S. 198 f.

88 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 418.

dete Tatsachen. Daher ist die Philosophie hypothetisch wie alles Denken. Sie ist eine Aufgabe, sie bezeichnet etwas, was getan, was versucht werden muß. Ihr Wert liegt nicht darin, daß sie *Lösungen* liefert (Lösungen können nur im Handeln gewonnen werden), sondern in der Herausstellung von Schwierigkeiten und dem Hinweis auf mögliche Methoden zu ihrer Überwindung. Philosophie kann beinahe bezeichnet werden als das seiner selbst bewußt gewordene Denken, als das Denken, das seine Stelle, seine Funktion und seinen Wert in der Erfahrung allgemein erkennt und formuliert.«⁸⁹

Die Auseinandersetzung mit den von der Philosophie aufgeworfenen kritischen Fragen ist jedoch eine Aufgabe und Tätigkeit, die nicht allein der Philosophie zufällt, sondern von allen Disziplinen betrieben werden muss. Philosoph_innen können allein »genau genommen keine wichtigen Probleme lösen [...], sondern nur die, die aus verschiedenen sprachlichen Gewohnheiten entstehen«.⁹⁰ Denn die wichtigen und drängenden Probleme sind diejenigen, die der Interaktion zwischen Menschen und ihrer Umwelt entspringen. Sie können »nur dort beigelegt werden [...], wo sie entstehen, nämlich in den kulturellen Bedingungen unseres Gemeinschaftslebens«.⁹¹ Wobei die Philosophie »nützliche Hilfe leisten kann«, ist vor allem »die Bestimmung der geistigen Grundbegriffe und des umfassenden intellektuellen Rahmens«.⁹² Philosoph_innen können die begriffliche und methodische Klarheit verbessern. Sie können somit zu einem höheren Niveau der Reflexion und der Artikulation der bestehenden Probleme beitragen. Statt Gewissheiten zu präsentieren, lehrt die Philosophie kritische und präzise Fragen zu stellen. Analytische Klarheit ist ein zentrales Kriterium für die Reflexion drängender gesellschaftlicher Fragen und Probleme, denn im Unterschied zu generalisierenden und unreflektierten Debatten über öffentliche Angelegenheiten sind »Differenzen, die aus dem klaren Bewusstsein strittiger Fragen hervorgehen, [...] ein positiver Gewinn. Sie sind Bedingungen für einen weiteren Fortschritt, weil sie

89 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 420.

90 Dewey, »Erfahrung, Erkenntnis und Wert. Eine Replik«, S. 461.

91 Ebd.

92 Dewey, »Philosophie«, S. 208.

die Richtung anzeigen, in die sich das Denken bewegen sollte.«⁹³ In diesem Sinn soll die Philosophie dazu beitragen, das kritische und differenzierte Denken in unterschiedlichen gesellschaftlichen Handlungsbereichen zu verbessern und kulturelle Vorurteile und Wertvorstellungen zu hinterfragen. Darin besteht die zentrale Aufgabe der Philosophie als *Metakritik*:

»[W]enn Philosophie im Grunde eine Kritik ist, die diese Probleme ans Licht bringt und ihnen die Klarheit gibt, die aus einer definiten Formulierung entsteht; und wenn die Philosophie nach der Formulierung dieser Probleme nicht mehr tun kann, als den Weg zu weisen, den *intelligentes Handeln* nehmen muss – dann besteht der größte Dienst, den irgendeine bestimmte philosophische Theorie leisten kann, darin, den Sinn für diese Probleme zu schärfen und zu vertiefen. Kritik, die sich dieses Geben-und-Nehmen der Diskussion zunutze macht, ist eine unentbehrliche Triebkraft, um diese Klärung zu bewirken. Diskussion ist Kommunikation, und durch Kommunikation werden Ideen geteilt und zu einem gemeinsamen Besitz.«⁹⁴

Insofern die philosophische Kritik auf Begriffe und Methoden reduziert ist, bewegt sie sich zwar auch im Experimentalismus auf einer abstrakteren Ebene, aber sie ist nicht von der erfahrungsbezogenen Forschung der Einzelwissenschaften abgetrennt. Philosoph_innen können nicht in Anspruch nehmen, erfahrungsunabhängige Erkenntnisse und Prinzipien zu produzieren. Das Studium der Philosophie ist im empirischen Ansatz des Experimentalismus deshalb »nicht ein Studium der Philosophie, sondern ein Studium der Lebenserfahrung mit Hilfe der Philosophie«. ⁹⁵ Über die Schaffung analytischer Klarheit hinaus hat die Philosophie für Dewey schließlich auch eine kreative und spekulative Funktion:

»Philosophie ist Vision, Phantasie, Reflexion – und ohne Handlung ändern diese Funktionen nichts und lösen deshalb nichts. Aber in einer komplizierten und verrück-

⁹³ Dewey, »Erfahrung, Erkenntnis und Wert. Eine Replik«, S. 461.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 52.

ten Welt dürfte Handeln, das nicht von Visionen, Phantasie und Reflexion durchdrungen ist, aller Wahrscheinlichkeit nach eher die Verwirrung und den Konflikt vermehren als die Dinge wieder gerade zu rücken.«⁹⁶

In Bezug auf das politische Denken richtet sich die philosophische Kritik, die aus dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus folgt, vor allem auf das dualistische Denken, das sich in den verbreiteten politischen Gegensätzen niederschlägt, etwa zwischen Konservatismus und Progressivismus, Sozialismus und Liberalismus, Idealismus und Realismus sowie in der Freund-Feind-Logik. Hier lässt sich ein systematischer Denkfehler aufweisen, der von Dewey an allen Formen dualistischen Denkens kritisiert wird, nämlich die fehlende Rückbindung theoretischer Unterscheidungen an die Vielfalt der empirischen Erfahrung. Schon die semantische Vieldeutigkeit von Begriffen widerspricht ihrer einfachen dualistischen Gegenüberstellung. Wenn davon ausgegangen wird, dass ein Begriff eine Vielzahl von Bedeutungen annehmen kann, die vom Kontext konkreter Situationen abhängig sind, dann führt die kontextunabhängige Gegenüberstellung von allgemeinen Begriffen in den meisten Fällen zu einem Scheinwiderspruch, der ein künstliches Problem konstruiert. Die tatsächlichen Spannungen, Widersprüche und Probleme werden auf diesem Weg nicht erfasst und die notwendigen Untersuchungsprozesse erheblich erschwert, wenn sie von solchen begrifflichen Unterscheidungen ausgehen.

Die Kritik am dualistischen Denken lässt sich anhand eines in der politischen Philosophie breit diskutierten Problems veranschaulichen – der Gegenüberstellung von *Individuum* und *Gesellschaft*. Dewey zufolge

»gibt [es] in der ganzen Geschichte kein so künstliches Problem wie das, wieso ›Individuen‹ es fertig bringen, ›Gesellschaft‹ zu bilden. Dieses Problem verdankt man dem Vergnügen, das das Hantieren mit allgemeinen Begriffen bereitet, und die Erörterung läuft weiter, weil man die allgemeinen Begriffe von der unbequemen Berührung mit Tatsachen fernhält.«⁹⁷

⁹⁶ Dewey, »Die Notwendigkeit einer Selbsterneuerung der Philosophie«, S. 193.

⁹⁷ Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 49.

Aus dem rein theoretischen Gegensatz lassen sich nicht die tatsächlichen Probleme ableiten, die zwischen Individuen und ihrem sozialen Umfeld auftreten können. Dass solche Probleme existieren, legt nahe, dass der Konflikt mit einer solchen begrifflichen Gegenüberstellung irgendwie erfasst werden könnte. Doch auf einer allgemeinen und kontextunabhängigen Ebene »sind beide Wörter, individuell und sozial, hoffnungslos vieldeutig, und die Vieldeutigkeit wird niemals verschwinden, solange wir sie in Form eines Gegensatzes denken.«⁹⁸ Statt von konkreten problematischen Situationen auszugehen, die sich in der Primärerfahrung stellen, wie es in der experimentellen Methode vorgesehen ist, basiert ein solches Denken auf der abstrakten Logik allgemeiner Begriffe:

»An die Stelle einer [...] Logik der Forschung setzt die traditionell akzeptierte Logik die Diskussion der Bedeutung von Begriffen und ihren dialektischen Beziehungen zueinander. Die Diskussion vollzieht sich in Begriffen wie der Staat, das Individuum, die Natur von Institutionen als solchen, der Gesellschaft im Allgemeinen.«⁹⁹

Vor diesem Hintergrund kritisiert Dewey grundsätzlich die in den akademischen Debatten der politischen Philosophie verbreitete Gewohnheit, von generalisierenden Begriffen wie *die* Gesellschaft, *der* Staat oder *die* Öffentlichkeit auszugehen, statt von konkreten problematischen Situationen, die in der Alltagserfahrung in Erscheinung treten.¹⁰⁰ Auf gesellschaftlicher Ebene zeigen sich die Konsequenzen des dualistischen Denkens, das auf der Trennung von Theorie und Praxis basiert, darin, dass die Ziele des gesellschaftlichen Handelns von außen festgelegt werden. Darin sieht Dewey eine problematische Machtasymmetrie, die seinem partizipativen Demokratieverständnis entgegenläuft:

»Diejenigen, die sich in ausschließlichen Besitz sozialer Macht zu setzen wünschen, finden die Trennung von Gewohnheit und Denken, von Handeln und Seele – die

⁹⁸ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 156.

⁹⁹ Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 232.

¹⁰⁰ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 24.

so bezeichnend für die Geschichte ist – recht wünschenswert. Dieser Dualismus ermöglicht es ihnen, das Denken und Planen in die Hand zu nehmen, während die anderen die fügsamen, wenn auch schon etwas ungeschickten Werkzeuge für die Ausführung werden. Ehe dieses System geändert ist, muss die Demokratie in ihrer Verwirklichung notwendig verkehrt werden.«¹⁰¹

In dieser Ablehnung liegt der radikaldemokratische Kern von Deweys Experimentalismus. Das Kriterium der Offenheit der Forschung erfordert, dass die Ziele der Untersuchungsprozesse zur Klärung problematischer Situationen nicht von außen vorgegeben werden. Erst aufgrund einer umfassenden Situationsanalyse und Problembeschreibung können mögliche Handlungsoptionen identifiziert und abgewogen werden. Sowohl zur Problembeschreibung als auch zur Suche nach möglichen Lösungen haben insbesondere die von der problematischen Situation Betroffenen etwas beizutragen. Die demokratische Einbeziehung aller Betroffenen und Beteiligten in den Problemlösungsprozess erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass intelligente Lösungen gefunden werden, die alle Aspekte und Perspektiven berücksichtigen. Deweys Dualismuskritik richtet sich damit gegen elitäre, dogmatische, technokratische und autoritäre Ansätze:

»Every autocratic and authoritarian scheme of social action rests on a belief that the needed intelligence is confined to a superior few who because of inherent natural gifts are endowed with the ability and the right to control the conduct of others; laying down principles and rules and directing the ways in which they are carried out [...].«¹⁰²

Intelligenz wurde in Kapitel 4.2 als ein Vermögen beschrieben, das nicht Individuen besitzen, sondern das auch in der Umwelt verkörpert ist. Aufgrund der technologischen und wissenschaftlichen Entwicklung erweitert sich das Niveau der in der Umwelt verkörperten Intelligenz von Generation zu Generation. Dazu muss diese

101 Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 57.

102 Dewey, »Democracy and Educational Administration« (1937), LW.11.219.

aber allen Mitgliedern der Gesellschaft zugänglich gemacht werden. Das setzt eine entsprechende Bildung, die uneingeschränkte Verbreitung von Ideen und die Möglichkeit der freien Kooperation voraus.¹⁰³ Es ist demnach unzutreffend, dass die Mehrheit der Gesellschaft nicht intelligent genug wäre, an politischen Entscheidungen mitzuwirken. Es bedarf vielmehr der Schaffung geeigneter gesellschaftlicher Bedingungen, die eine effektive Organisation der kollektiven Intelligenz ermöglichen:

»Die Vorwürfe, die gegen die Intelligenz der Individuen erhoben werden, sind in Wahrheit Vorwürfe gesellschaftlicher Art, die es dem Durchschnittsindividuum nicht gestatten, Zugang zu dem reichhaltigen Warenlager der akkumulierten Güter der Menschheit in Wissen, Vorstellungen und Absichten zu erlangen. Es gibt heutzutage keine Art der gesellschaftlichen Organisation, die dem Durchschnittsmenschen auch nur gestattete, Anteil an der potentiell verfügbaren gesellschaftlichen Intelligenz zu nehmen. Es gibt noch weniger eine gesellschaftliche Ordnung, die zu ihren Hauptabsichten die Bereitstellung von Konditionen zählt, die Masse der Individuen dazu zu veranlassen, sich dasjenige, was vorhanden ist, anzueignen und zu verwenden.«¹⁰⁴

Das Hauptproblem liegt für Dewey einerseits im Mangel an geeigneten Organisationsstrukturen und Verfahren, die zu einer intelligenten Klärung von öffentlichen Angelegenheiten beitragen. Die Ursache für ein vermeintliches »Scheitern der Demokratie« ist nicht in den fehlenden Fähigkeiten oder Potenzialen von Individuen zu suchen. Aus diesem Grund steht die Frage nach der Organisation von Öffentlichkeiten im Zentrum von Deweys Öffentlichkeitskonzeption. Andererseits drückt sich in Deweys Formulierung die Forderung nach einem möglichst uneingeschränkten Zugang zu Bildung und Wissen aus, der als Ermöglichungsbedingung für eine

103 In der Weitergabe und Vermehrung der sozialen Intelligenz besteht auch das Ziel von Deweys pädagogischem Ansatz: »The business of the teacher is to produce a higher standard of intelligence in the community, and the object of the public school system is to make as large as possible the number of those who possess this intelligence.« (Dewey, »The Teacher and the Public« [1935], LW.11.159.)

104 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 181 f.

effektive Organisation sozial verkörperter Intelligenz gilt. Diese Forderung bezieht sich nicht auf formale akademische Abschlüsse, sondern auf den offenen Zugang zu Fakten und Daten, die nicht nur zur Klärung konkreter problematischer Angelegenheiten beitragen, sondern zugleich Auskunft über die herrschenden Verhältnisse geben:

»[E]ine große Schwierigkeit liegt zur Zeit sicher darin, daß die Daten für ein zuverlässiges Urteil fehlen; und das Fehlen von Fakten kann keine angeborene geistige Fähigkeit wettmachen. Solange Geheimhaltung, Vorurteil, Befangenheit, Verdrehung und Propaganda sowie bloße Unwissenheit nicht durch Untersuchung und Publizität ersetzt worden sind, können wir nicht wissen, wie sehr die vorhandene Intelligenz der Massen für die Beurteilung gesellschaftlicher Politiken geeignet sein mag.«¹⁰⁵

Die demokratischen Errungenschaften der freien Meinungsbildung und öffentlichen Diskussion sind Beispiele dafür, wie die Willkürherrschaft durch intelligente Formen der Organisation ersetzt wurde. Sie sind als Bedingungen zwingend notwendig für die Demokratie, lassen sich aber weiter verbessern – eben durch die Einführung der experimentellen Methode, die im kooperativen Untersuchungsprozess deliberative Prozesse in empirische Beobachtungen einbettet und damit Theorie und Praxis verschränkt. Dewey vergleicht diese Entwicklung mit der Entstehung der modernen Naturwissenschaften. Auch dort gab es »eine Zeit, als die Diskussion [...] für ausreichend erachtet wurde, um die Struktur und die Gesetze der physischen Natur zu entdecken«, doch »diese Methode [wurde] durch diejenige der experimentellen Beobachtung ersetzt, die von umfassenden Arbeitshypothesen geleitet wurde und in dem man alle Ressourcen nutzte, die von der Mathematik bereit gestellt wurden«.¹⁰⁶

¹⁰⁵ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 174. In dieser Forderung liegt ein wesentlicher Anknüpfungspunkt für die Open-Data-Bewegung, die in Kapitel 8.3 erläutert wird.

¹⁰⁶ Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 193; vgl. auch Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 208 f.

Das heißt nicht, dass dieselben mathematischen Methoden, die sich in den Naturwissenschaften bewährt haben, einfach auf soziale und politische Angelegenheiten übertragen werden können. Aber anhand der Analogie zu den Naturwissenschaften wird deutlich, inwiefern die experimentelle Methode durch ihre Verbindung von Theorie und Praxis umfassender ist als die bloße Diskussion von Ideen, Theorien und Meinungen. Insbesondere wird durch die empirische Beobachtung der Folgen die abschließende Verifikation einer gewählten Handlungsoption in die Zukunft verlagert. Einerseits öffnet und erweitert die experimentelle Methode den Prozess der Deliberation über die Meinungsbildung und Entscheidungsfindung hinaus. Andererseits bindet sie den gesamten Untersuchungsprozess an die problematische Situation und an die empirische Verifikation.

Die Konzeption der Intelligenz als soziales Phänomen bildet für Dewey auch die Grundlage für seine bereits in frühen Aufsätzen formulierte Kritik der »numerischen« Demokratie, die – im Unterschied zu seiner eigenen Konzeption der Demokratie als Lebensform – auf der Vorstellung beruht, dass die Interessen und Präferenzen der Mitglieder einer politischen Gemeinschaft mathematisch ausgezählt und aggregiert werden können.¹⁰⁷ Dazu werden die Individuen und ihre Überzeugungen aus ihren komplexen sozialen Kontexten herausgelöst. Diese Reduktion der Demokratie auf institutionelle Verfahren und Mehrheitsverhältnisse basiert ihrerseits auf der von Dewey kritisierten Vorstellung, »dass die Intelligenz ein individualistischer Besitz ist, die im günstigsten Fall durch öffentliche Diskussion erweitert wird.«¹⁰⁸ Dabei wird übersehen, dass die meisten Gewohnheiten, Werte und Überzeugungen nicht einfach gegeben sind, sondern sich in historisch gewachsenen, weitgehend unbewussten Gewohnheiten niederschlagen. Vor allem aber sind die problematischen Konsequenzen der komplexen sozialen Interaktionen, die Gegenstand politischer Entscheidungen sind, in der Regel ebenso wenig bekannt wie die nicht-intendierten Folgen dieser Entscheidungen. Sie müssen in reflexiven Untersuchungsprozessen erst aufgedeckt, artikuliert und in ihrem jeweiligen Kontext

107 Vgl. dazu Westbrook, *John Dewey and American Democracy*, S. 38 ff.; Hartmann, *Die Kreativität der Gewohnheit*, S. 61 ff.

108 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 193.

untersucht werden. Auch das Parteiensystem stellt keine Lösung dieses Problems dar, sondern verlagert es nur auf eine andere Ebene:

»Die Gründung von Parteien [...] und das System der Parteienherrschaft ist das praktisch notwendige Gegengewicht zu einem numerischen und atomistischen Individualismus. Die Vorstellung, dass der Parteienkonflikt mit Hilfe der öffentlichen Diskussion die notwendigen öffentlichen Wahrheiten hervorbringen wird, ist eine Art der politisch verwässerten Version der Hegelianischen Dialektik, in der eine Synthese durch eine Vereinigung der antithetischen Thesen erzielt wird. Diese Methode weist keine Gemeinsamkeiten mit dem Verfahren einer organisierten kooperativen Untersuchung auf, die sich im Bereich der physischen Natur wissenschaftlich durchgesetzt hat.«¹⁰⁹

Die Funktionsweise von politischen Parteien basiert weitgehend auf dem Einfluss kultureller Gewohnheiten. Die Parteien richten sich vorwiegend nach den »sozialen Strömungen« und »Gefühlslagen« in der Gesellschaft. Sie sind zudem durch interne machtpolitische Auseinandersetzungen zwischen den Parteiflügeln geprägt. Die problematische Funktion von Parteien in der bestehenden Demokratie wird zwar bereits seit dem frühen 19. Jahrhundert kritisiert, aber dennoch sind sie in der politischen Landschaft bereits so etabliert, dass sich »die Allgemeinheit [...] gar keine andere Methode zur Auswahl der Amtspersonen und Ausübung der Regierungsgeschäfte mehr vorstellen [kann]«. ¹¹⁰ Das bestätigt Deweys Diagnose, dass die etablierten politischen Institutionen von intelligenten, partizipativen Problemlösungen weit entfernt sind und einer Erneuerung bedürfen. Die Kluft zwischen den Bürger_innen und dem politischen System spiegelt sich besonders in den gängigen deskriptiven Redewendungen, die häufig dem Vokabular von *Naturgewalten* entlehnt sind, wobei sich Dewey hier speziell auf das amerikanische Zwei-Parteien-System bezieht:

109 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«.

110 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 107.

»Die Strömung fließt mit der herrschenden Partei oder gegen sie und der einzelne Kandidat sinkt oder schwimmt – ganz wie der Strom fließt. [...] Die ›Flutwelle‹ versenkt die einen; der ›Erdrutsch‹ befördert andere ins Amt. Ein anderes Mal bestimmen Gewohnheit, Parteigelder, die Fähigkeiten der Manager des Apparates, das Portrait eines Kandidaten mit seinen festen Kinnbacken, seiner reizenden Frau und den Kindern und eine Vielzahl anderer Belanglosigkeiten die Sache.«¹¹¹

Auch wenn die öffentliche Debatte über politische Angelegenheiten einen historischen Fortschritt und eine notwendige Bedingung der Demokratie darstellt, führt die Gleichsetzung von Politik mit öffentlicher Debatte – ohne Einbeziehung der experimentellen Methode – zu einem naiven »Vertrauen auf Symbole«, das heißt auf Worte und Bilder.¹¹² Das ist problematisch, weil insbesondere in der Politik die Verwendung von Symbolen und Rhetorik häufig die eigentliche Realität ersetzt. In der zunehmend durch die entstehenden Massenmedien informierten Gesellschaft des frühen 20. Jahrhunderts ist das bereits deutlich. Symbole werden »an die Stelle der Wirklichkeit« gesetzt und sind besonders anfällig für Manipulation und Propaganda. Öffentliche Debatten führen keineswegs zu intelligenteren Handlungen, wenn nur um Begriffe und Bedeutungen gestritten wird, ohne dass öffentliche Untersuchungsprozesse durchgeführt werden, in denen die Bedingungen einer konkreten problematischen Situationen empirisch untersucht und die getroffenen Entscheidungen anhand ihrer möglichen und tatsächlich eintretenden Konsequenzen bewertet werden. Dann drehen sich die Debatten bloß um Worte, Behauptungen, Versprechen und Erwartungen – ohne kritischen und transformierenden Bezug zur Realität. Die eigentliche Arbeit der Regierung wird dagegen wesentlich durch »intermediäre Gruppen«, die »der Führung der politischen Geschäfte sehr nah« stehen, – also durch organisierte Lobbygruppen – beeinflusst.¹¹³

¹¹¹ Ebd., S. 108.

¹¹² Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 193.

¹¹³ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 107.

Selbst ein höheres Bildungsniveau trägt nur dann zu einer Lösung dieses Problems bei, wenn in diesem Rahmen auch die Grundlagen des kritisch-reflexiven Denkens und der freien wissenschaftlichen Forschung im Sinne der experimentellen Methode vermittelt werden, was in der eher autoritären Pädagogik des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts jedoch nicht vorgesehen war. Statt bestehende Begriffe und Ansichten kritisch zu hinterfragen und empirisch zu überprüfen, wurde das »Vertrauen auf Symbole« durch die Vermittlung dogmatisch fixierter Lerninhalte verstärkt. Durch den Wandel des Mediensystems mit der Ausbreitung moderner Massenmedien wird diese Problematik im 20. Jahrhundert sogar noch drängender: »Die Volksbildung hat zusammen mit dem Telegraphen, geringen Postgebühren und der Druckerei den Einflussbereich [der Symbole, Anm. d. Verf.] außerordentlich vergrößert.«¹¹⁴

Die Klärung einer problematischen Situation wird jedoch, wie die Logik der experimentellen Methode zeigt, letztlich durch das Handeln erreicht und nicht nur durch die Diskussion von Begriffen oder durch allgemeine politische Prinzipien: »Das Handeln ist das Mittel, durch das eine problematische Situation bewältigt wird. Das ist das Ergebnis der Methode der Wissenschaft.«¹¹⁵ Unter den Bedingungen hoher Komplexität der sozialen Interaktionen bieten allgemeine politische Prinzipien, wie beispielsweise die Forderung nach mehr oder weniger staatlicher Regulierung, keine sinnvolle Orientierung.¹¹⁶ Der Problemlösungsprozess verlangt vielmehr eine empirische Grundlage und eine experimentelle Verifikation, die nicht allein durch öffentliche Debatten erfolgen kann. In kooperativen Untersuchungsprozesse wird deshalb ein enger Zusammenhang zwischen der öffentlichen Debatte und der wissenschaftlichen Erforschung von sozialen Angelegenheiten hergestellt:

»Die Krise der Demokratie fordert, dass die Art von Intelligenz, wie sie heute akzeptiert wird, durch die Intelligenz ersetzt wird, wie sie sich im wissenschaftlichen Verfahren darstellt. Das Bedürfnis nach dieser Veränderung erschöpft sich nicht in der Forderung nach größeres Ehrlichkeit und Objektivität, selbst wenn diese Qua-

114 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 193.

115 Dewey, *Die Suche nach Gewißheit*, S. 244.

116 Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 116 f.

litäten heutzutage durch die Diskussionen verdroben sind, die hauptsächlich im Interesse der Überlegenheit von Parteien und zur Aufzwingung irgendeines speziellen, aber verdeckten Interesses geführt werden.«¹¹⁷

Das Ziel des demokratischen Experimentalismus liegt somit in der empirischen Rückbindung der öffentlichen Kommunikation durch die Anwendung der experimentellen Methode auf soziale Angelegenheiten im Rahmen kooperativer Untersuchungsprozesse. Durch die Reform der bestehenden Institutionen sollen intelligente Gewohnheiten der Problemlösung etabliert werden, die zu einem höheren Niveau der sozialen Intelligenz beitragen. Vor allem soll dadurch auch der Bezug zwischen den Betroffenen und den politischen Institutionen wiederhergestellt werden. Das »Unvermögen, sich mit klar bestimmten Problemen zu identifizieren« ist für Dewey eine wesentliche Ursache für die Politikverdrossenheit, die in den USA von Tocqueville bereits im 19. Jahrhundert beobachtet wurde. Die sinkende Wahlbeteiligung und zunehmende Unzufriedenheit mit dem politischen System sind Zeichen dafür, dass die historisch gewachsenen Institutionen nicht mehr den vorherrschenden Lebensgewohnheiten entsprechen:

»Nur Gewohnheit und Tradition [...] und der vage Glaube an die Erfüllung seiner Bürgerpflicht, bringen einen beträchtlichen Teil der fünfzig Prozent, die immer noch wählen, an die Wahlurne. Und von ihnen ist allgemein bekannt, daß viele eher gegen etwas oder jemanden stimmen als für etwas oder jemanden, außer wenn machtvolle Kräfte eine Panik hervorrufen.«¹¹⁸

Die Ursachen für die verbreitete »Apathie der Wählerschaft« können ebenso mit der »belanglosen Künstlichkeit der Fragen« zusammenhängen, »mit denen die Wähler in ebenso künstliche Aufregung versetzt werden sollen«, statt ernsthaft an Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden.¹¹⁹ Diese Künstlichkeit lässt sich wiederum zurückführen auf die Verselbständigung und den hartnäckigen

117 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 194.

118 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 119.

119 Ebd., S. 110.

Überlebenswillen der bestehenden Institutionen, die »aus einer Zeit stammen, da Wissenschaft und Technologie zu unreif waren, um eine definitive Methode zum Umgang mit bestimmten sozialen Situationen und zur Befriedigung spezifischer sozialer Bedürfnisse zu gestatten«. ¹²⁰

Deweys Kritik am allgemeinen Wahlrecht und am Parteiensystem ist, wie er selbst schreibt, keineswegs neu, sondern allgemein bekannt. Problematisch ist aber, dass die »Vertrautheit« mit diesen Tendenzen »Gleichgültigkeit, wenn nicht Verachtung hervorgerufen hat«, die in einer politischen Apathie gipfelt. Das bestehende Misstrauen und die Distanz der Bürger_innen zum politischen System sollte Dewey zufolge jedoch nicht zu einer weiteren Reduzierung der Funktion der Öffentlichkeit und zur Forderung nach technokratischen Lösungen führen. Vielmehr sollten die Möglichkeiten der aktiven Partizipation der Öffentlichkeit an den politischen Entscheidungsprozessen durch die Entwicklung intelligenter Methoden in den Blick genommen werden, wie im folgenden Kapitel anhand von Deweys Konzeption von Öffentlichkeiten als kooperativen Untersuchungsprozessen beschrieben wird.

5.4 ZWISCHENFAZIT

Der hiermit abgeschlossene erste Teil dieser Arbeit dient der Rekonstruktion des demokratischen Experimentalismus als des theoretischen Rahmens, in den Deweys Öffentlichkeitskonzeption eingebettet ist. Den Kern von Deweys Philosophie des Experimentalismus bildet die Annahme, dass die experimentelle Methode, welche die moderne Wissenschaft revolutioniert und zum Erfolg der Naturwissenschaften beigetragen hat, auch in der Philosophie angewendet werden muss. Um den komplexen sozialen und moralischen Herausforderungen in der Moderne begegnen zu können, muss in der Philosophie ein neues methodisches Denken etabliert werden, das mit der alltäglichen Erfahrung verknüpft ist. Die empirischen Naturwissenschaften dienen dabei zwar als Vorbild, jedoch können die dort entwickelten Methoden nicht ohne Weiteres auf soziale und moralische Angelegenheiten übertragen werden. Aufgrund

¹²⁰ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 110 f.

der geforderten empirischen Rückbindung der Philosophie steht der Begriff der Erfahrung im Zentrum des Experimentalismus. Philosophische Überlegungen, Begriffe und Theorien sollten von der alltäglichen Erfahrung ihren Ausgang nehmen und an ihren praktischen Konsequenzen gemessen werden. Ein szientistischer Empirismus und Positivismus wird jedoch ausdrücklich zurückgewiesen, da dem Experimentalismus ein weiter Begriff der Erfahrung zugrunde liegt, der das Unsichtbare, Unvorhersagbare und Kontingente einschließt. Zudem wird von einem holistischen Erfahrungsbegriff ausgegangen, der sich gegen die Subjekt-Objekt-Spaltung richtet. Letztlich geht es um kollektive Lernprozesse, die zu einer Verbesserung zukünftiger Erfahrungen führen.

Der demokratische Experimentalismus basiert auf einer prozessualen und interaktionistischen Handlungstheorie. Menschen werden demnach als Organismen verstanden, die in eine soziale und materielle Umwelt eingebunden sind. Die Interaktionen mit der Umwelt werden als Konstitutionsbedingungen des menschlichen Verhaltens, des Denkens und Handelns, aufgefasst. Ein atomistischer oder methodologischer Individualismus wird damit ausgeschlossen. Wenn Individuen getrennt von ihrer Umwelt beschrieben werden, dann nur im Sinne der analytischen Abstraktion und Isolierung eines Handlungszusammenhangs aus seinem Kontext. Ein umfassendes Verständnis des menschlichen Verhaltens ist dagegen nur im Rahmen eines interaktionistischen Modells möglich. Mit seiner Theorie der Gewohnheitsbildung kann Dewey die Prozesse der Entstehung, Stabilisierung und Veränderung des Verhaltens erklären. Gewohnheiten bilden die Grundstruktur des menschlichen Verhaltens. Sie entstehen im Prozess der kontinuierlichen Interaktion mit der sozialen und materiellen Umwelt und lassen sich, wie die Erfahrung, nicht auf rein individuelle Phänomene reduzieren. Sie werden als komplexe, dauerhafte und stabilisierte Interaktionsmuster aufgefasst, die zwar weitgehend unbewusst ablaufen, aber nicht unveränderbar sind. Gewohnheiten können reflektiert und an veränderte Situationen angepasst werden. Sie bilden somit die Grundlage, um soziale Praktiken sowie individuelle und kollektive Lernprozesse zu erklären.

In einem engen Zusammenhang mit dem Begriff der Erfahrung und der interaktionistischen Handlungstheorie steht Deweys prozessuale Erkenntnistheorie. Denken und Erkennen wird als aktiver und erfahrungsabhängiger Prozess der forschenden Welterschließung verstanden. Der Mensch ist nicht zuschauende, sondern teilnehmende Akteurin. Die Möglichkeit absoluter Erkenntnis wird abgelehnt und durch ein kontextabhängiges, experimentelles Denken in Hypothesen ersetzt, die im Prozess der Erfahrung bestätigt werden müssen. Abgelehnt wird auch eine starke Trennung von Denken und Handeln, die Dewey auf die Subjekt-Objekt-Spaltung zurückführt. Die menschliche Sprache – von alltäglichen Begriffen bis zu abstrakten Theorien – wird nicht als Spiegel der Wirklichkeit, sondern als flexibles Werkzeug des Denkens aufgefasst. Deweys operative Wissenskonzeption umfasst auch implizites Erfahrungswissen, das sich in Gewohnheiten niederschlägt. Um den Zusammenhang von Denken und Handeln zu verdeutlichen, wird anstelle einer dualistischen Zweck-Mittel-Relation ein pluralistisches »Ziele-Mittel-Kontinuum« angenommen, das die wechselseitige Abhängigkeit von Zielen und Mitteln verdeutlicht.

Die Steuerung der Bedingungen zukünftiger Erfahrung durch forschende Lernprozesse und die Veränderung des gewohnheitsmäßigen Verhaltens werden durch reflexives Denken ermöglicht. Den Ausgangs- und Fluchtpunkt in der Erfahrung stellt eine konkrete problematische Situation dar, die durch Irritation, Zweifel oder Unsicherheit im Verhalten gekennzeichnet ist. Dewey unterscheidet fünf Phasen des reflexiven, ergebnisoffenen Denkprozesses, in dessen Verlauf diese unbestimmte Ausgangssituation auf experimentelle Weise geklärt wird. Die Grundstruktur eines solchen hypothesengeleiteten Untersuchungsprozesses ist in einfachen und komplexen, alltäglichen und wissenschaftlichen oder auch philosophischen Angelegenheiten sowie in individuell und gemeinschaftlich durchgeführten Untersuchungen identisch. Deshalb bildet das reflexive Denken die Grundlage für kooperative Untersuchungsprozesse, die auf die Klärung einer problematischen Situation ausgerichtet sind. Im Wesentlichen geht es darin um die Rekonstruktion komplexer Handlungszusammenhänge und die kritische Überprüfung der in

ihnen enthaltenen Ziele, Normen und Werte. Diese bilden die Voraussetzung für Lernprozesse zur Verbesserung zukünftiger Erfahrungen.

Der Begriff der Intelligenz bezeichnet in Deweys Verständnis die Anwendung der experimentellen Methode auf soziale und moralische Probleme. Im Unterschied zu einem starren und statischen Denken in vorgefertigten Urteilen bezeichnet Intelligenz das reflexive Denken, das die Verbindung von Denken und Handeln aufrechterhält und auf konkrete Handlungszusammenhänge angewendet wird. Dewey geht zudem von einer sozialen Konzeption aus, die Intelligenz nicht als rein individuelles Vermögen auffasst. Auch die in den sozialen und materiellen Umweltbedingungen verkörperte Intelligenz, die ein Ergebnis früherer Untersuchungsprozesse ist, trägt zur Entwicklung und Förderung intelligenter Gewohnheiten bei. Intelligentes Handeln bedeutet, dass die wechselseitigen Abhängigkeiten von Handlungszielen und Mitteln in den sozialen Interaktionsprozessen reflektiert werden und die Ziele nicht dogmatisch oder autoritär festgelegt werden. Damit fördert es ein kritisches Mitdenken der Beteiligten und deren demokratische Selbstorganisation. Die menschliche Fähigkeit der intelligenten Kooperation wird in gemeinschaftlichen Untersuchungsprozessen wirksam. Durch die Ermöglichung dieser Prozesse im Rahmen von öffentlichen Untersuchungsprozessen kann intelligentes Handeln organisiert und gefördert werden.

Auf der Grundlage der bisher genannten Annahmen des Experimentalismus beschreibt Dewey die Anwendung der experimentellen Methode auf soziale Angelegenheiten in der Form einer Methodologie der Sozialforschung. Stärker als die Naturwissenschaften zeichnet sich die Sozialforschung durch einen starken kulturellen Einfluss auf das Denken und Forschen aus. Zudem findet sie nicht unter kontrollierten Bedingungen statt, sondern verändert im Untersuchungsprozess maßgeblich ihren Gegenstand, die problematische Situation. Ein zentraler Punkt ist die Abgrenzung von der klassischen erkenntnistheoretischen Logik, die formal und statisch ist, zugunsten einer prozessualen und kontextabhängigen Logik der Forschung. Da ein Kontinuum zwischen alltäglichen und wissenschaftlichen Reflexionsprozessen angenommen wird, bezieht sich

die entwickelte Methodologie nicht nur auf die wissenschaftliche Forschung, sondern auch auf kooperative Untersuchungsprozesse von öffentlichen Angelegenheiten.

Menschliches Leben im Allgemeinen und individuelle Selbstverwirklichung im Besonderen sind nur durch soziale Interaktionsprozesse erklärbar. Dewey ersetzt deshalb den methodologischen Individualismus durch die Konzeption eines sozialen Individualismus. Aus den vielfältigen bestehenden Formen des Zusammenlebens rekonstruiert Dewey ein Ideal des Gemeinschaftslebens, das mit einer pluralistischen Gesellschaftstheorie vereinbar ist. Jedes Individuum ist in unterschiedliche soziale Gruppen und Interaktionen involviert. Aus der Vielfalt der sozialen Gruppen, die sich überschneiden und in Beziehungen zueinander stehen, ergibt sich ein pluralistisches Bild des menschlichen Zusammenlebens. Während Individuen auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen und Fähigkeiten möglichst frei sein sollten in der Wahl, an welchen gemeinschaftlichen Aktivitäten sie teilhaben wollen, müssen die Folgen, die diese Aktivitäten für andere Individuen oder Gruppen haben, politisch wahrgenommen und reguliert werden.

Deweys Konzeption der »Demokratie als Lebensform« lässt sich anhand des Begriffs der kreativen Demokratie beschreiben. Demokratie bezeichnet demnach nicht nur ein institutionelles Regierungssystem, sondern muss in den alltäglichen sozialen Interaktionen wirksam werden. Demokratie ist kein statisches Gebilde aus Überzeugungen, Werten und Institutionen, sondern eine Form des Gemeinschaftslebens, die sich kontinuierlich erneuert. Durch die Organisation von kooperativen Untersuchungsprozessen erzeugt eine demokratische Gesellschaft selbst die geeigneten Mittel zur intelligenten Bewältigung von Herausforderungen und Krisen, die durch die Folgen sozialer, wissenschaftlicher und technologischer Innovationen hervorgerufen werden. Zu ihrer notwendigen Erneuerung ist die Demokratie auf eine konstruktive Kritik ihrer sozialen Institutionen, Traditionen, Normen, Überzeugungen und politischen Programme angewiesen. Die Kritik ist der Ausgangspunkt gemeinschaftlicher Lernprozesse, die in kooperativen Untersuchungsprozessen organisiert werden und zu einer schrittweisen Verbesserung

des menschlichen Zusammenlebens beitragen sollen. In der Reflexion der Ermöglichungsbedingungen von Kritik und intelligentem Handeln sieht Dewey die Hauptaufgabe der Philosophie.

Diese erkenntnis- und handlungstheoretischen, sozialphilosophischen und demokratietheoretischen Annahmen des demokratischen Experimentalismus bilden den theoretischen Rahmen. Dieser muss für ein umfassendes Verständnis von Deweys Öffentlichkeitskonzeption vorausgesetzt werden, das nun im folgenden zweiten Teil erläutert und zum digitalen Zeitalter in Beziehung gesetzt wird. Das hier gezeichnete Bild des demokratischen Experimentalismus ist und bleibt dennoch unvollständig, da ich nur auf eine Auswahl von Deweys Begriffen und Überlegungen eingegangen bin. Zudem ist der Ansatz, wie jede wissenschaftliche Theoriebildung, nicht auf die Leistung eines einzelnen Individuums zurückzuführen. Eine umfassendere Darstellung müsste deshalb nicht nur weitere Schriften von Dewey berücksichtigen, sondern auch die Überlegungen seiner pragmatistischen Zeitgenoss_innen einbeziehen, die den Ansatz in einer Vielfalt unterschiedlicher Disziplinen mitgeprägt und weiterentwickelt haben – Charles S. Peirce, William James, George H. Mead, F. C. S. Schiller, Charles H. Cooley, Oliver W. Holmes Jr., Mary Parker Follett, Jane Addams, George Santayana, Robert E. Park, Harold Lasswell, Sidney Hook, um nur einige zu nennen. Eine derart umfassende Analyse der pragmatistischen Ideengeschichte des 20. Jahrhunderts, die bis in die Gegenwart reicht, lässt sich im Rahmen dieser Arbeit jedoch nicht ausführen.¹²¹

¹²¹ Vgl. für eine breitere Darstellung der historischen und gegenwärtigen Überlegungen zum demokratischen Experimentalismus Frega, »The Democratic Project«, zur historischen Entwicklung des Pragmatismus: Louis Menand (2002): *The Metaphysical Club: A Story of Ideas in America*, New York: Farrar Straus & Giroux; Helmut Pape (2002): *Der dramatische Reichtum der konkreten Welt. Der Ursprung des Pragmatismus im Denken von Charles S. Peirce und William James*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.

Teil II

DIGITALE ÖFFENTLICHKEITEN

ÖFFENTLICHKEIT ALS PROZESS

Nachdem die Grundlagen von Deweys demokratischem Experimentalismus im ersten Teil erläutert wurden, kann nun die darauf aufbauende Öffentlichkeitskonzeption vorgestellt werden. Die Ausgangsfrage lautete, ob und wie die Öffentlichkeit aktiv in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden kann. Lippmann hatte diese Frage dahingehend beantwortet, dass die Öffentlichkeit *keine* aktive und konstruktive Funktion in der Politik erfüllen könne, da die durchschnittliche Bürgerin nur Zuschauerin eines professionalisierten Politikgeschehens sei, das von Insider_innen und Expert_innen betrieben werde (Kap. 2). Lippmann reduziert die Rolle der Öffentlichkeit deshalb auf eine intervenierende Funktion: Neben regelmäßigen Wahlen, die eine friedliche und geregelte Ablösung der Regierung ermöglichen, greift die Öffentlichkeit nur in Ausnahmesituationen aktiv in die politischen Prozesse ein, wenn die Bürger_innen mit der Arbeit der gewählten Repräsentant_innen unzufrieden sind. Sonst bleibt die Öffentlichkeit Lippmann zufolge weitgehend passiv und überlässt die politische Arbeit den professionellen Akteur_innen.

Aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus wird zunächst deutlich, dass die allgemeine Frage nach der Funktion *der* Öffentlichkeit im Singular nicht sinnvoll beantwortet werden kann. Die Frage geht von einem abstrakten Begriff der Öffentlichkeit aus, statt von einer konkreten problematischen Situation. Dadurch fehlt ihr die empirische Rückbindung an die Erfahrung. Im demokratischen Experimentalismus stellt sich nicht die Frage nach dem Wesen der Öffentlichkeit. Obwohl Lippmanns kritische Diagnose der Probleme der demokratischen Massengesellschaft von Dewey weitgehend geteilt wird, konzipiert der prozessuale und situative Ansatz des demokratischen Experimentalismus eine *aktive* und *konstruktive* Funktion der Öffentlichkeit in politischen Entscheidungs- und Problemlösungsprozessen.

Deweys prozessualer und partizipativer Ansatz lässt sich auch auf digitale Öffentlichkeiten übertragen. Doch bevor es um digitale Öffentlichkeiten geht, erläutere ich zunächst die Grundzüge von Deweys Öffentlichkeitskonzeption (Kap. 6.1). Im zweiten Schritt wird das von Dewey vorgeschlagene Kriterium zur Funktionsbestimmung politischer Öffentlichkeiten anhand der historischen Entwicklung von Staaten überprüft (Kap. 6.2). Dewey versteht den Begriff der Öffentlichkeit nicht als Abgrenzung zum Staat, sondern sieht in den historisch gewachsenen Organen des Staates institutionalisierte Formen von Öffentlichkeit. Abschließend werde ich auf die Bedeutung technologischer Innovationen eingehen, die bereits zu Deweys Zeit maßgeblich zur Transformation der Öffentlichkeit beigetragen haben (Kap. 6.3). Deweys Technikphilosophie dient als Überleitung zur Aktualisierung seines Ansatzes für eine Theorie digitaler Öffentlichkeiten im darauf folgenden Kapitel.

6.1 DEWEYS BEGRIFF DER ÖFFENTLICHKEIT

Die wesentliche Funktion der Philosophie besteht dem demokratischen Experimentalismus zufolge in der Kritik von Begriffen, die das Denken orientieren und den Prozess des Forschens leiten. Das trifft auch auf den Begriff der Öffentlichkeit zu. Deshalb folgt zunächst eine Auseinandersetzung mit dem Begriff selbst – vor dem Hintergrund der bereits erläuterten Annahmen des demokratischen Experimentalismus. Aus der in den Kapiteln 3.3 und 4.1 erläuterten Kritik an der klassischen Logik und Erkenntnistheorie folgt, dass es keine allgemeine und abschließende Definition des Begriffs der Öffentlichkeit geben kann, die notwendige und hinreichende Bedingungen für die Anwendung des Begriffs auf konkrete soziale Phänomene festschreibt. Der Begriff der Öffentlichkeit wird hingegen, wie alle abstrakten theoretischen Begriffe, als Werkzeug des Denkens angesehen. In Deweys prozessualer Logik der Forschung geht es nicht darum, das Verhältnis von allgemeinen Begriffen zu diskutieren, wie *die* Öffentlichkeit, *die* Gesellschaft, *die* Politik oder *der* Staat. Theoretische Überlegungen sollten stattdessen von konkreten problematischen Situationen ausgehen, die in der Alltagserfahrung auftauchen. Deshalb stellt Dewey keine allgemeine Definition von Öffentlichkeit auf, anhand

der – unabhängig von der Erfahrung – normativ bestimmt werden kann, was eine Öffentlichkeit ist und was nicht. Ihm geht es vielmehr darum, den Prozess der reflexiven Untersuchung öffentlicher Angelegenheiten durch die strukturierte »Anwendung intelligenter Methoden und eines bewußten Kriteriums« zu unterstützen.¹ Die konkreten Handlungszusammenhänge sind für Dewey der »Ort«, an dem die Bedeutung und Funktion von Öffentlichkeit gesucht werden muss. Das zentrale Anliegen des demokratischen Experimentalismus besteht in der Entwicklung und Anwendung einer einheitlichen Methode, die empirische *und* begriffliche Überlegungen integriert und somit die problematische Trennung von Theorie und Empirie vermeidet.

Anstelle einer normativen Definition schlägt Dewey ein heuristisches Kriterium für die *funktionale* Bestimmung von Öffentlichkeiten vor. Dieses Kriterium besteht in der *Wahrnehmung und Regulierung von indirekten Handlungsfolgen*. Dewey geht dabei von der Tatsache aus, »daß menschliche Handlungen Folgen für andere haben, daß einige dieser Folgen wahrgenommen werden und daß ihre Wahrnehmung zu dem anschließenden Bestreben führt, die Handlungen zu kontrollieren, um einige der Folgen zu sichern und andere zu vermeiden«. ² Das Kriterium ist weder rein normativ noch rein deskriptiv. Wie das von Dewey entwickelte Ideal der Gemeinschaft (Kap. 5.1) geht auch das Kriterium der Öffentlichkeit von existierenden Strukturen und Phänomenen aus und hebt aus diesen zu fördernde Aspekte hervor, die als normativer Maßstab dienen. Das Kriterium der indirekten Handlungsfolgen ist so weit gefasst, dass es sowohl auf lokale und regionale als auch auf transnationale öffentliche Angelegenheiten übertragen werden kann. Die Rückbindung des Begriffs der Öffentlichkeit an konkrete Handlungskontexte macht die Verschränkung der normativen und deskriptiven Dimensionen deutlich, die lediglich analytisch voneinander getrennt werden können, sich aber in der Realität tatsächlich gegenseitig bedingen. Deweys Kriterium der Öffentlichkeit eignet sich deshalb einerseits dazu, die historische Herausbildung der institutionellen Strukturen zur Regulierung öffentlicher Angelegenheiten zu erklären. Andererseits dient es als Maßstab für die Kritik und Verän-

¹ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 23.

² Ebd., S. 26 f.

derung dieser Strukturen sowie für die Erklärung der Entstehung neuer Formen von Öffentlichkeit. Wie auch die Begriffe der Demokratie oder der Gemeinschaft stellt der Begriff der Öffentlichkeit für Dewey sowohl eine soziale Idee dar als auch deren Verwirklichung in bestehenden politischen Institutionen, in denen die umfassende Idee aber niemals vollständig aufgehen kann.³ In der folgenden Erläuterung werde ich mich, so weit das möglich ist, zunächst auf die soziale Idee der Öffentlichkeit konzentrieren und die Institutionalisierung von Öffentlichkeit erst im nächsten Kapitel erläutern.

Ein zentrales Merkmal, das zugleich einen wesentlichen Unterschied zu anderen Konzeptionen markiert, besteht darin, dass Dewey nicht die Kommunikation, sondern die sozialen Interaktionen ins Zentrum seiner Konzeption der Öffentlichkeit stellt und damit eine handlungstheoretisch fundierte Konzeption von Öffentlichkeit entwirft: »Wir müssen auf jeden Fall mit vollzogenen Handlungen beginnen, nicht mit hypothetischen Gründen für diese Handlungen, und ihre Folgen betrachten.«⁴ Die betreffenden Handlungen werden aber nicht auf einen bestimmten Bereich des *öffentlichen* oder *politischen Handelns* begrenzt. Alle Versuche, den Menschen im Anschluss an Aristoteles als »politisches Tier« (*zoon politikon*) zu charakterisieren und davon ausgehend auf die Bildung sozialer Gemeinschaften zu schließen, sind Zirkelschlüsse, die bereits das Ziel voraussetzen, zu dem die Argumentation führen soll: »Das ist, als ob man die Religion einem religiösen Instinkt zuschreibt, die Familie der ehelichen und elterlichen Zuneigung, und die Sprache einer Gabe, die den Menschen zum Sprechen nötig.«⁵ Deshalb können öffentliche Angelegenheiten nicht durch einen vorab definierten Bereich des öffentlichen Handelns erklärt werden. In einer solchen Betrachtungsweise würden alle anderen Handlungsbereiche ausgeblendet, die den Menschen als solchen ebenso auszeichnen. Für Dewey hingegen ist der Mensch »ebensogut ein konsumierendes und sportives Wesen wie er ein politisches ist.«⁶ Deshalb lehnt Dewey grundsätzlich alle Theorien ab, die einen bestimmten Handlungsbereich – Wirtschaft, Politik, Wissenschaft,

3 Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 125.

4 Ebd., S. 26.

5 Ebd., S. 24.

6 Ebd., S. 121.

Religion, Kunst oder Philosophie – *über* andere Bereiche erheben und damit das Wesen des Menschen auf bestimmte Eigenschaften fixieren. Im demokratischen Experimentalismus wird von der Vielfalt und Irreduzibilität des menschlichen Verhaltens ausgegangen und öffentliche Angelegenheiten werden von den Folgen des Handelns her bestimmt.

Den Handlungsfolgen kommt in vielen bereits erläuterten Aspekten des demokratischen Experimentalismus eine zentrale Rolle zu. In der Erkenntnistheorie wurden die praktischen Folgen als wesentliches Kriterium für die Bedeutung eines Begriffs bestimmt (Kap. 3.3). In der interaktionistischen Handlungstheorie wurde der Zusammenhang zwischen dem Handeln, dem Interesse, den erwünschten und den erzielten Folgen aufgezeigt (Kap. 3.2). Interaktionen stabilisieren sich demnach als gewohnheitsmäßiges Verhalten, wenn die Ziele und Bedingungen des Handelns mit den intendierten Folgen übereinstimmen. Dabei wird keine statische Ziel-Mittel-Relation angenommen, sondern ein Ziele-Mittel-Kontinuum, in dessen zeitlichem Verlauf erreichte Ziele zu Mitteln für entferntere Ziele werden und alle Relationen im komplexen Kontext des menschlichen Verhaltens stehen, das sich nicht auf ein einziges Ziel reduzieren lässt. Dieser handlungstheoretische Zusammenhang wird nun auf den größeren Kontext der Gesellschaft und des kollektiven Handelns bezogen. Die Übertragung der intelligenten Methode bedeutet nichts anderes als eine systematische Beobachtung und Reflexion der intendierten und nicht-intendierten Folgen des gesellschaftlichen Handelns, um diese Folgen besser kontrollieren und steuern zu können.

Dewey geht in seiner Konzeption des Ideals der Gemeinschaft davon aus, »daß die Folgen vereinten Handelns einen neuen Wert annehmen, wenn sie beobachtet werden«.⁷ Erst durch die Wahrnehmung der Folgen *als* Folgen – die eine Leistung der menschlichen Intelligenz und Kommunikationsfähigkeit ist – erschließen sich die kausalen und sozialen Zusammenhänge, in die das Verhalten eingebunden ist. Erst die Artikulation und Kommunikation der Folgen ermöglicht eine Bewertung des Handelns, was wiederum eine Voraussetzung für *gemeinschaftliches* Handeln im Sinne von

7 Ebd., S. 35.

Deweys Ideal der Gemeinschaft ist. Diese Annahmen gehen auf den interaktionistischen Ansatz zurück, dem zufolge das menschliche Verhalten nicht in isolierten Handlungen, sondern nur im sozialen Kontext angemessen beschrieben und verstanden werden kann. Gemeinschaftliches Handeln ist demnach nur eine komplexere Betrachtungsweise der Handlungszusammenhänge vieler Individuen:

»Jeder handelt, soweit der Zusammenhang bekannt ist, im Hinblick auf den Zusammenhang. Es sind immer noch Individuen, die denken, wünschen und Zwecke setzen, aber *was* sie denken, ist die Folge ihres Verhaltens gegenüber dem Verhalten anderer und des Verhaltens anderer gegenüber ihnen.«⁸

Ohne eine Wahrnehmung und Wertschätzung der Folgen kann kein geteiltes Interesse der Beteiligten an den gemeinschaftlichen Handlungen entstehen. Denn erst wenn die Folgen des kooperativen Handelns »intellektuell und emotional anerkannt sind, wird ein geteiltes Interesse erzeugt«, das »die Natur des wechselseitig verbundenen Verhaltens [...] transformiert«.⁹ Die Betrachtung der Handlungsfolgen ist somit die Grundlage, auf der die Mitglieder einer Gruppe den Sinn, Zweck und Wert ihrer gemeinschaftlichen Handlungen zu beurteilen: »Menschliche Assoziationen [...] entwickeln sich erst zu menschlichen Gesellschaften in einem menschlichen Sinne, wenn ihre Folgen, so sie bekannt sind, geschätzt und angestrebt werden.«¹⁰

So weit entspricht die Darstellung einer Zusammenfassung dessen, was bereits über die interaktionistische Handlungstheorie, die Konzeption sozialer Intelligenz, die Theorie der Gewohnheitsbildung und über das Ideal der Gemeinschaft gesagt wurde. Für die Öffentlichkeitstheorie ist ein darin enthaltener Aspekt besonders entscheidend: die Funktion der *Regulierung* des Verhaltens. Faktisch können nicht alle Folgen des Handelns wahrgenommen werden. Es gibt immer ein großes Maß an Unbestimmtheit und Ungewissheit. Entscheidend ist aber, dass einige der Folgen in das

8 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*.

9 Ebd., S. 37.

10 Ebd., S. 131.

Bewusstsein der Beteiligten gelangen und einen Einfluss auf die Handlungen selbst ausüben: Sie erzeugen ein geteiltes Interesse an der Förderung oder Vermeidung der Handlungsfolgen. Dadurch wird das Verhalten der Gruppe stabilisiert oder korrigiert. Deweys Begriff der Regulierung bezieht sich in diesem Sinn sowohl auf die *Förderung* als auch auf die *Einschränkung* von Folgen und Handlungsbedingungen.¹¹ Daraus wird einerseits deutlich, dass sich die Regulierungsfunktion von Öffentlichkeiten nicht auf die Reduzierung unerwünschter Handlungsfolgen beschränkt, sondern auch im positiven Sinn die Förderung erwünschter Folgen einschließt. Beide Arten von Folgen treten in konkreten Handlungszusammenhängen häufig nebeneinander auf. Im Prozess der Untersuchung geht es deshalb um eine möglichst differenzierte Betrachtung der erwünschten und unerwünschten Folgen. Andererseits ist damit angedeutet, dass Öffentlichkeiten bei Dewey als Gemeinschaften konzipiert sind, die ein geteiltes Interesse an der Regulierung von bestimmten Handlungsfolgen haben.

Ein zentraler Aspekt von Deweys Öffentlichkeitstheorie ist seine Unterscheidung zwischen *direkten* und *indirekten* Handlungsfolgen. Direkte Handlungsfolgen sind »jene, welche die direkt mit einer Transaktion befaßten Personen beeinflussen«. ¹² Die Betroffenen sind selbst an den Aktivitäten beteiligt und können unmittelbar auf die Handlungen einwirken. Indirekte Handlungsfolgen hingegen sind »diejenigen, welche andere außer den unmittelbar Betroffenen beeinflussen«. ¹³ Im letzten Fall sind die Betroffenen nicht selbst an den Handlungen beteiligt und haben keine Möglichkeit, unmittelbar auf diese einzuwirken. *Öffentliche* Angelegenheiten setzen Deweys Kriterium zufolge indirekte Handlungsfolgen voraus. Wenn nur direkte Handlungsfolgen vorliegen, die Betroffenen also zugleich auch an den Handlungen beteiligt sind, handelt es sich um *private* Angelegenheiten. Indirekte Handlungsfolgen erfordern eine aufwendigere Regulierung, die auf die Entstehung einer Öffentlichkeit hindeutet.

¹¹ Dewey verwendet dafür wahlweise *regulation* oder auch *control*, wie im genannten Zitat. Der Begriff kann demnach genauso gut als Anpassung, Kontrolle oder Steuerung wiedergegeben werden.

¹² Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 27.

¹³ Ebd.

Dewey führt damit eine *funktionale* Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten ein, die zunächst davon abhängt, ob unbeteiligte Dritte von einem Handlungszusammenhang betroffen sind. Er geht allerdings nicht von einer öffentlichen und privaten Sphäre als zwei voneinander getrennten Bereichen des Handelns aus. Demnach kann auch ein vertrauliches Gespräch, an dem lediglich zwei Personen beteiligt sind, zu einer öffentlichen Angelegenheit werden, wenn das Gespräch indirekte Folgen für Dritte hat. Das ist insbesondere der Fall, wenn es sich bei den beiden Personen um hochrangige Politiker_innen oder einflussreiche Unternehmer_innen handelt.¹⁴ Private Angelegenheiten beziehen sich diesem funktionalen Verständnis nach *nicht* auf die *individuelle* oder *persönliche* Handlungsebene, sondern können durchaus eine sehr große Anzahl von Personen umfassen. Umfassende Interaktionen, die eine Vielzahl von Menschen einbeziehen, wie beispielsweise wirtschaftliche, wissenschaftliche oder sportliche Aktivitäten, werden nicht als öffentliche Angelegenheiten in genanntem Sinn angesehen, solange keine regulierungsbedürftigen Folgen für unbeteiligte Dritte eintreten. Deweys Begriff des Privaten darf deshalb nicht mit der Vorstellung einer individuellen Privatsphäre verwechselt werden. Daraus folgt selbstverständlich nicht, dass die Privatsphäre für Dewey nicht schützenswert wäre. Doch die Phänomene, Bedingungen und Interaktionen, die damit gemeint sind, lassen sich nicht in Abgrenzung oder als Gegensatz zu öffentlichen Angelegenheiten bestimmen. Wie bereits deutlich wurde, lehnt Dewey jede Theorie ab, die auf einer rein begrifflichen Gegenüberstellung von *dem* Öffentlichen und *dem* Privaten beruht. Eine solche Konzeption konstruiert ein künstliches Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft. Dieses Spannungsverhältnis ist aber für Dewey nicht das Grundproblem der Demokratie, sondern ein Scheinwiderspruch, der sich aus dem Verhältnis abstrakter Begriffe ergibt.¹⁵

Dewey funktionale Unterscheidung von Öffentlichem und Privatem impliziert, dass die privaten Interaktionen quantitativ überwiegen. Zu öffentlichen Angelegenheiten werden nur diejenigen sozia-

14 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*.

15 Vgl. zum künstlichen Problem der Gegenüberstellung von Individuum und Gesellschaft Kapitel 5.1 in diesem Buch.

len Interaktionen, die Folgen für unbeteiligte Dritte haben *und* einer Regulierung bedürfen. Über die Gemeinwohlorientierung der jeweiligen Handlungen sagt Deweys funktionale Unterscheidung nichts aus: »[P]rivates Tun kann sowohl durch indirekte Folgen als auch durch direkten Vorsatz sozial wertvoll sein. Es besteht daher keine notwendige Verbindung zwischen dem privaten Charakter einer Handlung und ihrem asozialen oder antisozialen Charakter.«¹⁶ Umgekehrt sind auch öffentliche Angelegenheiten nicht zwangsläufig am Gemeinwohl orientiert. Politisches Handeln hat faktisch immer auch schädliche Dimensionen gehabt, gleichermaßen Gewinner und Verlierer hervorgebracht. Dewey führt dazu das Beispiel der Kriegsführung an, die »[e]ine der höchst regelmäßigen Aktivitäten der politisch organisierten Gemeinschaft war und ist.«¹⁷ Keinesfalls lassen sich die verheerenden Auswirkungen von Kriegen mit dem Gemeinwohl in Übereinstimmung bringen. Deshalb lässt sich staatliches oder privatwirtschaftliches Handeln nicht pauschal bewerten: »Genau wie ein Verhalten nicht wegen seines privaten Ursprungs antisozial oder asozial ist, ist es nicht deshalb gesellschaftlich wertvoll, weil es im Namen der Öffentlichkeit durch öffentliche Vertreter erfolgt.«¹⁸

Das Kriterium der indirekten Folgen ist allerdings nicht hinreichend, um öffentliche Angelegenheiten zu identifizieren. Zusätzlich müssen noch weitere Kriterien erfüllt sein. So muss die Grenze zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten »auf der Grundlage der *Reichweite* und des *Umfanges* derjenigen Handlungsfolgen gezogen werden [...], die so wichtig sind, daß sie der Kontrolle bedürfen, entweder durch Unterbindung oder durch Förderung.«¹⁹ Diese Einschränkung soll deutlich machen, dass nicht alle indirekten Handlungsfolgen notwendig zur Organisation einer Öffentlichkeit führen, sondern dass dafür eine gewissen Relevanzschwelle erreicht werden muss, die eine Regulierung der Handlungen notwendig macht. Als Faktoren zur Bestimmung der Wichtigkeit nennt Dewey »den weitreichenden Charakter der Folgen, ob nun im Raum oder in der Zeit, ihre bestimmte, gleichförmige und

16 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 28.

17 Ebd., S. 28 f.

18 Ebd.

19 Ebd., S. 129 (Herv. A. A.).

wiederkehrende Natur und ihre Irreparabilität«. ²⁰ Es geht demnach nicht um Handlungen, die nur einmalig auftreten oder nur eine kleine Gruppe von Personen betreffen. Dennoch bleibt Deweys Kriterium bewusst vage, denn alle der genannten Faktoren können graduell variieren. Dewey weist explizit darauf hin, dass die Aufzählung dieser Merkmale »kein Versuch zur Festlegung von Kriterien sein [soll], die auf bestimmte Weise angewendet werden, um nur solche und solche Resultate zu garantieren«. ²¹ Weil es sich nicht um eine abschließende Definition handelt, sondern um ein heuristisches Kriterium, lassen sich nicht alle möglichen Beispiele für öffentliche Angelegenheiten ohne Weiteres in dieses Schema einpassen. Letztlich

»ist die Frage, welche Transaktionen soweit wie möglich der freiwilligen Initiative und Vereinbarung überlassen bleiben und was von der Öffentlichkeit geregelt werden sollte, eine Frage des Zeitpunktes, der Ortes und der konkreten Bedingungen, die nur durch genaue Beobachtung und reflektierende Nachforschung erkannt werden könnten«. ²²

Zu jeder öffentlichen Angelegenheit ist daher ein umfassender Untersuchungsprozess notwendig, in dessen Rahmen die jeweiligen Kriterien, Begriffe und Maßstäbe erst konkret festgelegt werden können.

Wenn die indirekten Folgen einer Handlung umfassend und schwerwiegend sind, dann kann von der Konstitution einer Öffentlichkeit gesprochen werden. Diese »besteht aus all denen, die von den indirekten Transaktionsfolgen in solch einem Ausmaß beeinflusst werden, daß es für notwendig gehalten wird, sich um diese Folgen systematisch zu kümmern«. ²³ In der Regulierung der Handlungsfolgen besteht das geteilte Interesse, das eine Öffentlichkeit als Gemeinschaft konstituiert. Zur systematischen Regulierung werden Repräsentant_innen ausgewählt und in »öffentliche Ämter« mit besonderen Befugnissen eingesetzt, um die Interessen

²⁰ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 66.

²¹ Ebd.

²² Ebd., S. 162.

²³ Ebd., S. 29.

der indirekt Betroffenen zu vertreten. Historisch gesehen haben sich aus diesem Zusammenhang die vielfältigen Vertretungsinstanzen und rechtlichen Institutionen entwickelt, die moderne Staaten auszeichnen. Ihre Aufgabe besteht im Schutz der identifizierten öffentlichen Interessen und in der Regulierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. In diesem Sinn entspricht Deweys Begriff des Öffentlichen tendenziell der Bedeutung von »amtlich« oder »staatlich«, wobei es zwischen dem Staat und der Öffentlichkeit keine klare Trennung gibt. Da die Rolle der Repräsentant_innen der Öffentlichkeit im nächsten Kapitel ausführlich erläutert wird, gehe ich zunächst auf das Verhältnis von Betroffenen und Expert_innen ein.

Den Personen, die von den regulierungsbedürftigen Handlungsfolgen betroffen sind, kommt in Deweys Öffentlichkeitskonzeption eine zentrale Rolle zu. Wenn die Öffentlichkeit eine konstitutive Rolle für die Politik spielen soll, dann müssen diejenigen Gehör finden, die von den konkreten problematischen Handlungsfolgen betroffen sind, die politisch reguliert werden sollen. Das öffentliche Interesse ist dann primär aus der Perspektive dieser Betroffenen zu bestimmen. Ihre konkreten Erfahrungen bilden nicht nur den Ausgangspunkt und Indikator der politischen Regulierungsprozesse, sondern stellen auch den Maßstab für die Erfolgsbewertung möglicher Lösungsvorschläge dar. Durch die Aufwertung der gewöhnlichen Erfahrung verschiebt sich zudem auch die Rolle der Expert_innen. Die gewachsene Komplexität der gesellschaftlichen Probleme hat zu einem enormen Bedeutungszuwachs von Fachwissen für politische Entscheidungsprozesse geführt, etwa wenn es um die Folgenabschätzung von neuen Technologien geht.²⁴ Bei den meisten politischen Fragen – vom Gesundheitswesen, Bildungssystem und öffentlicher Verwaltung über Finanz- und Steuerpolitik bis hin zur Integrationspolitik – handelt es sich um komplexe »technische Angelegenheiten«, die nur »durch die Erforschung von Tatsachen« mit dafür geeigneten Instrumenten geklärt werden

²⁴ Dewey bezieht sich auf das Beispiel einer staatlichen Investition in die Herstellung von Stickstoff während des Ersten Weltkriegs. Stickstoff war sowohl für das Militär als auch für die Landwirtschaft von Bedeutung. Die komplexe Folgenabschätzung des Einsatzes von Stickstoff in den verschiedenen Bereichen machte die »Hilflosigkeit der Gesetzgeber« deutlich, vgl. ebd., S. 119 f.

können und nicht durch Abstimmung und Mehrheitsverhältnisse.²⁵ Beispielsweise ist die Frage von Zollbestimmungen eine Angelegenheit, die derart komplex ist, dass wohl »nicht einmal einer von tausend Wählern überhaupt diese Mengen von Seiten [liest], auf denen die Zollgebühren aufgelistet werden, und er würde nicht viel klüger, wenn er es täte.«²⁶ Aus diesem Grund sind auf bestimmte Fachgebiete und Sachfragen spezialisierte Expert_innen in einer modernen Gesellschaft grundsätzlich unverzichtbar.

Dewey geht dennoch davon aus, dass eine demokratische Regulierung von Handlungsfolgen in modernen Gesellschaften *nicht* auf technokratischem Weg – *ohne* die Einbeziehung der Betroffenen – gelingen kann. Ein Grund dafür ist, dass die öffentlichen Angelegenheiten, bevor sie technisch und sachlich bearbeitet werden können, überhaupt erst identifiziert werden müssen. Dieser erste Schritte der Wahrnehmung und Beschreibung der Probleme kann jedoch nicht allein durch Expert_innen erfolgen. Hier muss bereits die Perspektive der Betroffenen einbezogen werden, denen sich die Probleme stellen. Ob der erste Schritt der Wahrnehmung von den Expert_innen oder den Betroffenen ausgeht, ist damit nicht festgelegt, aber bereits die Problembeschreibung in der zweiten Phase des Untersuchungsprozesses erfordert eine enge Kooperation zwischen beiden Gruppen.

Ein weiterer Grund ist, dass unter Bedingungen wachsender Komplexität nicht alle Folgen des Handelns vorweggenommen werden können. Es muss davon ausgegangen werden, dass trotz umfassender Planung und Voraussicht nicht-intendierte und unerwünschte Konsequenzen eintreten. Diese Annahme gilt nicht nur für weitreichende politische und ökonomische Entscheidungen, die die Lebensführung zahlreicher Menschen betreffen, sondern auch für alltägliche individuelle Handlungen und Entscheidungen:

»Niemand kann alle Folgen der von ihm begangenen Handlungen berücksichtigen. In der Regel ist er dazu gezwungen, seine Aufmerksamkeit und Voraussicht auf Dinge zu beschränken, die, wie es heißt, ausschließlich seine Sache sind. [...] Auch der Mensch mit dem weites-

²⁵ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 111.

²⁶ Ebd., S. 116.

ten Horizont muß irgendwo eine Grenze ziehen, und er muß sie zwangsläufig bei all dem ziehen, was die ihm selbst am engsten Verbundenen betrifft.«²⁷

Die Beschränkung des Wahrnehmungshorizonts auf die eigenen Angelegenheiten ist nicht notwendigerweise ein Zeichen von Egoismus, sondern »nur die Folge begrenzter Beobachtungen und Vorstellungskraft«.²⁸ Damit hebt Dewey einen Aspekt heraus, der unter den Bedingungen einer globalisierten Moderne noch an Bedeutung gewonnen hat: Die weitreichenden Konsequenzen, die unsere alltäglichen Handlungen und Entscheidungen infolge der wirtschaftlichen Globalisierung für Menschen in weit entfernten Teilen der Erde haben, entziehen sich zunächst unserem gewohnten Blickfeld. Wir richten uns vorwiegend nach den Konsequenzen, die von uns selbst oder von den Menschen in unserem engeren sozialen Umfeld wahrgenommen werden. Um die entfernteren und indirekten Handlungsfolgen wahrnehmen und bewerten zu können, bedarf es dagegen umfassender intellektueller Anstrengungen, aufwendiger Untersuchungsprozesse und offener Diskussionen. Wenn die Folgen nicht artikuliert und kommuniziert werden, dann können sie auch nicht Gegenstand von Untersuchungsprozessen werden, die zu einer Regulierung der Handlungen führen. Aus diesem Grund ist das »Problem einer demokratisch organisierten Öffentlichkeit [...] hauptsächlich und wesentlich ein intellektuelles Problem«,²⁹ nämlich die *Verbesserung der öffentlichen Kommunikation*:

»Das wesentliche Erfordernis besteht, mit anderen Worten, in der Verbesserung der Methoden und Bedingungen des Debattierens, Diskutierens und Überzeugens. Das ist *das* Problem der Öffentlichkeit.«³⁰

Die Betroffenen müssen selbst nicht »über das Wissen und die Fertigkeit verfügen [...], um die erforderlichen Untersuchungen durchzuführen«. Was von ihnen jedoch »verlangt wird, ist die Fähigkeit, die Auswirkungen des von anderen zur Verfügung gestellten

27 Ebd., S. 57.

28 Ebd., S. 58.

29 Ebd., S. 112.

30 Ebd., S. 173.

Wissens auf die gemeinsamen Angelegenheiten zu beurteilen«.³¹ In diesem Sinn ist in den öffentlichen Untersuchungsprozessen eine Kooperation zwischen Laien und Expert_innen notwendig, die Dewey durch eine vereinfachte Analogie veranschaulicht: »Der Mann, der die Schuhe trägt, weiß am besten, daß und wo sie drücken, auch wenn der fachkundige Schuhmacher am besten beurteilen kann, wie den Beschwerden abzuhelpfen ist.«³² Natürlich sind die öffentlichen Angelegenheiten weitaus komplexer und nicht so einfach zu ›reparieren‹. Was Dewey mit dieser Analogie kritisiert, ist die erkenntnistheoretische Trennung von Expertise und Alltagserfahrung. Die mit dieser Trennung verbundenen elitären und technokratischen Tendenzen führen zur Entstehung einer ›Klasse von Expert_innen‹, die von den sozialen Problemen so weit entfernt ist, »daß sie zu einer Klasse mit Privatinteressen und Privatwissen wird, welches in sozialen Angelegenheiten überhaupt kein Wissen ist«.³³

In den kooperativen Untersuchungsprozessen des demokratischen Experimentalismus ist die Aufgabe der Expert_innen nicht auf die Klärung von Sachfragen beschränkt, sondern beinhaltet auch die kritische Funktion der Aufdeckung von öffentlichen Angelegenheiten, die nur durch Fachwissen und empirische Forschungen sichtbar gemacht werden können:

»Die Forschung ist tatsächlich eine Arbeit, die den Experten zufällt. Aber ihr Expertentum zeigt sich nicht in der Entwicklung und Ausführung politischer Programme, sondern im Entdecken und Bekanntmachen von Tatsachen, auf welche jene angewiesen sind. Sie sind technische Sachverständige in dem Sinn, daß wissenschaftliche Untersucher und Künstler *Sachkenntnis* beweisen.«³⁴

Diese Sachkenntnis beruht nicht auf einem statischen Wissen, sondern auf einem fundierten Verständnis spezifischer Handlungszusammenhänge, das für die Beschreibung von problematischen Situationen und für die Bewertung von möglichen Lösungswegen

31 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 173 f.

32 Ebd., S. 172.

33 Ebd.

34 Ebd., S. 173.

notwendig ist. Die bloße Anhäufung und Veröffentlichung von zusammenhanglosen Informationen, selbst wenn sie faktisch richtig sind, reicht nicht aus, um intelligentes Handeln zu bewirken:

»Information is knowledge about things, and there is no guarantee in any amount of ›knowledge about things‹ that understanding – the spring of intelligent action – will follow from it. Knowledge about things is static. There is no guarantee in any amount of information, even if skilfully conveyed, that an intelligent attitude of mind will be formed.«³⁵

Das Prinzip der *Publizität* ist zwar ein notwendiges Kriterium für alle Formen von Öffentlichkeit. Alles, was die freie Publikation von Informationen »blockiert und einschränkt, [...] beschränkt und stört die öffentliche Meinung und behindert und stört das Denken über gesellschaftliche Angelegenheiten.«³⁶ Aber die Bedeutung der Publizität beschränkt sich nicht auf die Veröffentlichung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse als statische Informationen. Diese haben für sich genommen keinen Wert, sondern müssen erst in Bezug auf eine konkrete problematische Situation interpretiert werden. Deshalb ist die Beseitigung von Blockaden und Publikationsbeschränkungen nicht ausreichend. Informationen müssen erst in sinnvolle Zusammenhänge gebracht werden, um auch *verstanden* werden zu können. Diese Zusammenhänge müssen entdeckt und kommuniziert werden. Wissenschaftliches Denken, das nicht in diese Zusammenhänge sozialer Untersuchungsprozesse eingebettet ist, nimmt »Zuflucht in akademischem Spezialistentum.«³⁷

Neben der notwendigen empirischen Fundierung durch kooperative Untersuchungsprozesse gehört für Dewey auch die moralische und ästhetische Dimension zur Verbesserung der öffentlichen Kommunikationsprozesse. Dazu zählen die gleichberechtigte Teilhabe und die gegenseitige Wertschätzung ebenso wie die Einsicht, dass die Vielfalt unterschiedlicher Interessen und Perspektiven die individuelle Erfahrung bereichern kann. Die zwischenmenschliche Kommunikation in der Form des dialogischen Gesprächs hat nicht

35 Dewey, »The Challenge of Democracy to Education« (1937) LW.11.183.

36 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 143.

37 Ebd., S. 144.

nur einen funktionalen, sondern auch einen intrinsischen Wert: »Kommunikation ist auf einzigartige Weise sowohl Mittel wie Ziel.«³⁸ Seine eigenen Ansichten artikulieren zu können, gehört und verstanden zu werden, hat eine unschätzbare Bedeutung für die individuelle Entwicklung und für das friedliche Zusammenleben in einer pluralistischen Gesellschaft. Denn die Kommunikation ist das Medium, in dem die unterschiedlichen Erfahrungen geteilt und zu »gemeinsamer Erfahrung« werden können, die »das größte unter allen menschlichen Gütern« ist.³⁹

Die Verbesserung der öffentlichen Kommunikation hängt nicht nur »von der Befreiung und Vervollkommnung der Forschungsprozesse«, sondern auch von »der Verbreitung ihrer Ergebnisse« ab.⁴⁰ Wissen in Bezug auf soziale Belange muss kommuniziert, öffentlich zugänglich gemacht und sozial anerkannt werden, damit es »zu einem effektiven Besitz der Mitglieder der Öffentlichkeit wird.«⁴¹ Dabei ist die Verbreitung des sozialen Wissens, das in öffentlichen Untersuchungsprozessen benötigt wird, »etwas anderes als zielloses Ausstreuen«, denn es geht darum, die Urteilsbildung der von einer öffentlichen Angelegenheit betroffenen Personen zu schärfen. Darin besteht im demokratischen Experimentalismus die engere Bedeutung von *öffentlicher Meinung* – sie ist »das Urteil, das von denjenigen, welche die Öffentlichkeit bilden, gefällt und gestützt wird, und [...] betrifft die öffentlichen Angelegenheiten«. In diesem Sinn ist »[d]ie Kommunikation der Ergebnisse der Sozialforschung [...] das gleiche wie die Bildung einer öffentlichen Meinung.«⁴²

Um wirksam zu sein, muss die Sozialforschung jedoch »so aktuell wie möglich sein.«⁴³ Denn »nur eine Forschung, die zeitgenössisch und alltäglich ist, kann das den öffentlichen Urteilen vorausgesetzte Wissen bereitstellen.«⁴⁴ Hier deutet sich ein wichtiger Aspekt für die Theorie digitaler Öffentlichkeiten an. Auch Dewey sieht bereits in den »neuen« Medien und Distributionsformen sei-

38 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 201.

39 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 199; vgl. auch Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 180 f.

40 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 173.

41 Ebd., S. 153.

42 Ebd., S. 150.

43 Ebd., S. 151.

44 Ebd., S. 153.

ner Zeit – dem Telefon und Telegrafen, dem Radio und massenhaft verbreiteten Druckerzeugnissen und Postsendungen – im Vergleich zu früheren Kommunikationsbedingungen geeignete Werkzeuge, um die zeitnahe Verbreitung von notwendigen Forschungsergebnissen zu realisieren. Allerdings kritisiert er, dass diese Medien vorwiegend für die Verbreitung von »Neuigkeiten« verwendet werden, die der Logik der Sensation folgen, statt zur Untersuchung öffentlicher Angelegenheiten beizutragen. Auch die Kommerzialisierung des Mediensystems, das zunehmend durch Profitinteressen beeinflusst wird, sieht Dewey als Problem, das den Untersuchungsprozessen zu öffentlichen Angelegenheiten entgegensteht. Er geht davon aus, dass eine Demokratisierung des Mediensystems zu einer grundlegenden Veränderung führen würde. Genauso wie die Schule und die Arbeit demokratisch organisiert werden müssen, damit sich die soziale Intelligenz entfalten kann, würde sich auch im Mediensystem eine andere Logik der öffentlichen Kommunikation durchsetzen, wenn es von der Beeinflussung durch wirtschaftliche Interessen befreit wäre und sich Strukturen der demokratischen Selbstorganisation etablierten:

»Genau wie eine von Ingenieuren auf einer tatsächlich technologischen Basis geleitete Industrie eine von dem, was sie jetzt ist, sehr verschiedene Sache wäre, so wäre auch die Sammlung und Aufzeichnung von Neuigkeiten etwas ganz anderes, wenn den wirklichen Interessen der Berichterstatter freier Lauf gelassen würde.«⁴⁵

Für die Verbreitung der Ergebnisse kooperativer Untersuchungsprozesse setzt Dewey deshalb auf die »Macht der Kunst«, die er offenbar noch als vergleichsweise unabhängig betrachtet.⁴⁶ Damit zielt er nicht auf eine Instrumentalisierung der Kunst durch die Wissenschaft und Politik ab, sondern legt ein breites Verständnis von Kunst als Form des Ausdrucks und der Kommunikation zugrunde, das insbesondere auch die literarische und visuelle Präsentation der gewonnenen Erkenntnisse umfasst.⁴⁷ Der freie und

⁴⁵ Ebd., S. 154.

⁴⁶ Ebd., S. 154 f.

⁴⁷ Vgl. dazu auch John Dewey (1988): *Kunst als Erfahrung*, übers. von Christa Velten, Gerhard vom Hofe und Dieter Sulzer, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

öffentliche Austausch von Forschungsergebnissen und kritischen Ideen hätte aber auch Auswirkungen auf die künstlerische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen in einem weiteren und indirekten Sinn. Schließlich war es »immer die Funktion der Kunst, die Kruste des konventionalisierten und routinierten Bewußtseins zu durchbrechen.«⁴⁸ Die Idee der Demokratie, die sich im Gemeinschaftsleben realisiert, ist letztlich »ein Name für ein Leben in freier und bereichernder Kommunion. [...] Sie wird ihre Erfüllung finden, wenn die freie Sozialforschung unauflöslich mit der Kunst unumschränkter und ergreifender Kommunikation vermählt ist.«⁴⁹

Neben den anspruchsvollen Bedingungen einer Erneuerung der Sozialforschung und der öffentlichen Verbreitung ihrer Ergebnisse besteht jedoch die größte Herausforderung für die intelligente Regulierung öffentlicher Angelegenheiten darin, dass sich Menschen, die von einer Angelegenheit betroffen sind, als Gemeinschaft erkennen und politisch organisieren müssen, um ihr geteiltes Interesse an einer Regulierung der konkreten Angelegenheiten vertreten zu können. Deshalb ist das Problem der Öffentlichkeit für Dewey in erster Linie ein intellektuelles und kulturelles Problem. Es betrifft die grundlegenden Bedingungen des politischen Handelns. In der Geschichte der Menschheit ist eine Vielfalt von gesellschaftlichen Strukturen und öffentlichen Institutionen entstanden, die die Funktion der Öffentlichkeit – die Regulierung indirekter Handlungsfolgen – auf unterschiedliche Weise organisiert haben. Diese Institutionen, die aus konkreten historischen Kontexten hervorgegangen sind, müssen jedoch an neue Herausforderungen angepasst werden. Mit zunehmender Reichweite von Handlungszusammenhängen und größerer Zahl von Betroffenen werden auch die potenziellen Öffentlichkeiten umfassender. Die Industrialisierung, die Dewey als das »Maschinenzeitalter« (*machine age*) bezeichnet, stellt den Auslöser für den tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel dar:

»Das Maschinenzeitalter hat [...] das Ausmaß der indirekten Folgen so gewaltig erweitert, vervielfacht, gesteigert und verkompliziert, es hat – mehr auf einer unpersönlichen denn einer gemeinschaftlichen Basis –

⁴⁸ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 155.

⁴⁹ Ebd.

solche ungeheuren und kompakten Handlungseinheiten geformt, daß die resultierende Öffentlichkeit sich nicht identifizieren und erkennen kann.«⁵⁰

Das Problem ist nicht, dass es keine bestehenden Strukturen gäbe, die sich weiterentwickeln, um auf die mit der gesellschaftlichen Transformation verbundenen Herausforderungen und öffentlichen Angelegenheiten reagieren zu können. Das Problem liegt im Gegenteil eher darin, dass es

»zu viele Öffentlichkeiten [gibt], denn die vereinigten Handlungen mit indirekten, bedeutenden und andauernden Folgen sind so zahlreich, jede einzelne durchkreuzt die anderen und bringt ihre eigene Gruppe besonders betroffener Menschen hervor, und es ist zu wenig da, um diese verschiedenen Öffentlichkeiten in einem integrierten Ganzen zusammenzuhalten.«⁵¹

Die zentrale Frage in Deweys Öffentlichkeitskonzeption bezieht sich daher darauf, wie die kooperativen Untersuchungsprozesse zur Regulierung von öffentlichen Angelegenheiten effektiv *organisiert* werden können. Die Organisation dieser Prozesse ist maßgeblich durch die historisch gewachsenen institutionellen Strukturen bedingt. Darunter können in einem weiten Sinn soziale Regeln und Rechtsnormen, kulturelle Denk- und Sprachgewohnheiten sowie öffentliche Einrichtungen aller Art – Parlamente, Gerichte, Schulen, Universitäten oder Behörden der öffentlichen Verwaltung – verstanden werden. Der notwendige *kulturelle* Wandel des Denkens und Handelns wurde mit den Annahmen des demokratischen Experimentalismus bereits umfassend beschrieben. Im folgenden Kapitel geht es schließlich darum, wie die Entstehung und kontinuierliche Veränderung von *staatlichen* Institutionen als zentralen Organisationsformen von Öffentlichkeiten mit Deweys funktionalem Kriterium erklärt werden kann.

⁵⁰ Ebd., S. 112.

⁵¹ Ebd., S. 120.

6.2 ÖFFENTLICHKEIT ALS STAAT

Dewey zufolge ist die Wahrnehmung und Regulierung von indirekten Handlungsfolgen »die Quelle einer Öffentlichkeit«, deren »Organisation zu einem Staat durch die Errichtung spezieller Behörden zur Beaufsichtigung und Regulierung dieser Folgen bewirkt wird.«⁵² Damit behauptet er, dass das von ihm vorgeschlagene Kriterium der Öffentlichkeit auch dazu geeignet sei, die Entstehung und Transformation von staatlichen Institutionen zu erklären. Im Grunde ist »die Unterscheidung zwischen der Demokratie als einer sozialen Idee und der politischen Demokratie als einem Regierungssystem«, die sich in der Trennung des Kriteriums der Öffentlichkeit von der Öffentlichkeit als Staat widerspiegelt, nur eine analytische Unterscheidung. »Die beiden sind natürlich miteinander verbunden. [...] Doch in der Untersuchung müssen sie unterschieden werden.«⁵³ Damit der Zusammenhang zwischen dem Kriterium der Öffentlichkeit und den staatlichen Institutionen als »öffentliche Hand« deutlich wird, soll im Folgenden Deweys Begriff des Staates geklärt werden. Um die Bedeutung und die Funktion von Staaten zu verstehen, ist die gleiche Denkbewegung notwendig, die bereits in Bezug auf die Begriffe der Gemeinschaft und der Öffentlichkeit erläutert wurde: Ihre Untersuchung erfordert eher eine »Flankenbewegung« statt eines »Frontalangriffs«, wie bei den »meisten Begriffen, die durch ein ›der‹, ›die‹ oder ›das‹ eingeführt werden.«⁵⁴ Andernfalls wird nur eine Gegenüberstellung von abstrakten Begriffen diskutiert, anstelle des menschlichen Verhaltens und seiner Folgen.

Moderne demokratische Staaten haben sich in Folge der Entstehung arbeitsteiliger Gesellschaften entwickelt. Auch zuvor existierten bereits Rechtsordnungen, die die Zuständigkeiten und Verfahren für die Regulierung von öffentlichen Angelegenheiten festlegten. Weil auftretende soziale Konflikte und Auseinandersetzungen in Stammesgesellschaften nicht nur die Betroffenen, sondern ganze Familien, Clans und das weitere soziale Umfeld einbezogen haben, sind Organisationsformen der Öffentlichkeit entstanden, die »durch das Schließen von Verträgen und durch andere Befriedungs-

⁵² Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 47.

⁵³ Ebd., S. 125.

⁵⁴ Ebd., S. 24.

mittel zur Eingrenzung der Konflikte« beigetragen haben. Diese lange und vielschichtige historische Entwicklung stellt »in Keimform jene Merkmale dar [...], die einen Staat definieren«. ⁵⁵ Um das Wesen und die Funktion eines Staates zu erklären, sind seit der Antike zahlreiche Staatstheorien entstanden, die sich auch in den gegenwärtigen Ansätzen der politischen Theorie wiederfinden. In vereinfachter und zugespitzter Form kritisiert Dewey die *aristotelische* oder *republikanische* Tradition, der zufolge ein Staat »zugleich der Grundpfeiler des sozialen Gewölbes und das Gewölbe in seiner Gänze selbst« ist, für ihre unzureichende Differenzierung von Staat und Gesellschaft. Gleichmaßen kritisiert er die *anarchistische* Vorstellung, dass ein Staat »die organisierte Unterdrückung, ein gesellschaftlicher Auswuchs, ein Parasit und ein Tyrann auf einmal ist«, sowie die *liberale* Auffassung, dass ein Staat nur »ein mehr oder weniger schwerfälliges Instrument dafür ist, Individuen davon abzuhalten, zu sehr miteinander zu streiten«. ⁵⁶

Deweys eigene Position steht der *pluralistischen* Auffassung am nächsten, der zufolge ein Staat nur eine Institution neben anderen Gemeinschaften – Kirchen, Handwerksvereinigungen oder Gewerkschaften – ist. Ein Staat erfüllt eine Funktion wie die »des Orchesterleiters, der kein Instrument spielt und keine Musik macht, aber dazu dient, die anderen Spieler, die Musik erzeugen, miteinander in Gleichklang zu halten«. ⁵⁷ Allerdings unterscheidet sich Deweys Ansatz von dieser Auffassung in mindestens zwei relevanten Hinsichten. Erstens ist ein Staat keine gleichberechtigte, sondern »eine spezifische und sekundäre Form der Assoziation [...], die eine spezifizierbare Aufgabe zu erfüllen hat und spezialisierte Funktionsorgane besitzt«. ⁵⁸ Weil Gesellschaft und Staat nicht identisch sind, wie in der aristotelischen Tradition angenommen wird, darf die Ebene der primären sozialen Interaktionen nicht mit den sekundären Institutionen eines Staates beziehungsweise mit der politischen Organisation der Gemeinschaft gleichgesetzt werden. ⁵⁹ Die Funktion eines Staates ist nicht allumfassend, sondern konzentriert sich auf »ein

⁵⁵ Ebd., S. 30.

⁵⁶ Ebd., S. 21.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Ebd., S. 71. Vgl. dazu auch Honneth, »Demokratie als reflexive Kooperation«, S. 301.

⁵⁹ Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 29.

wichtiges, wenn auch spezifisches und beschränktes gesellschaftliches Interesse«. ⁶⁰ Auch Öffentlichkeiten sind demnach sekundäre Assoziationsformen. Zum Gegenstand der staatlichen Regulierung werden nur diejenigen Handlungszusammenhänge, die als öffentliche Angelegenheiten anerkannt werden. Zweitens ist ein Staat nicht neutral, sondern steht in Wechselwirkung mit den primären sozialen Gruppen. Alle regulierenden Eingriffe wirken sich direkt auf die sozialen Interaktionen der Primärgruppen aus. Die Tatsache, dass es keinen unabhängigen Standpunkt außerhalb der Erfahrung gibt, von dem aus soziale Konflikte beurteilt und reguliert werden können, begründet die Notwendigkeit eines kooperativen Verhältnisses und die Einbeziehung der Betroffenen.

Grundsätzlich geht Dewey davon aus, dass es nur wenige Übereinstimmungen zwischen den philosophischen Staatstheorien und den empirisch beobachtbaren politischen Handlungen gibt. Die verschiedenen Definitionen unterscheiden sich aber in einem für den demokratischen Experimentalismus wichtigen Punkt: Es gibt eher statische Ansätze, »die den Staat als ein Instrument zum Schutz der Individuen in den ihnen bereits gehörenden Rechten betrachte[n]«, und eher dynamische Auffassungen vom Staat, »die als seine Funktion das Erwirken einer gerechteren Verteilung der Rechte zwischen den Individuen begreif[en]«. ⁶¹ In letzteren wird davon ausgegangen, dass die individuellen Rechte erst erkämpft und die gesellschaftlichen Bedingungen für die individuelle Entfaltung erst geschaffen werden müssen. Im Unterschied zu den statischen Ansätzen basieren die dynamischen Ansätze auf der Annahme, dass sich sozialwissenschaftliche Theorien, anders als in den Naturwissenschaften, nicht einfach auf soziale Tatsachen und Fakten berufen können, die unabhängig vom menschlichen Verhalten bestehen. Sie teilen daher zumindest implizit die in Kapitel 4.3 erläuterte These, dass sozialwissenschaftliche Theorien zugleich auf die soziale Praxis einwirken, weil sie eben nicht nur deskriptiv sind, sondern auch eine normative Wirkung entfalten.

Die Spannung zwischen der normativen und deskriptiven Dimension zeichnet den Begriff des Staates ebenso aus wie die meisten Grundbegriffe der politischen Theorie und Sozialphilosophie.

⁶⁰ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 38.

⁶¹ Ebd., S. 23.

Wie bereits in Bezug auf den Begriff der Gemeinschaft erläutert (Kap. 5.1), ist es problematisch, nur die eine oder andere Seite zu betonen. Wird zu viel Gewicht auf die normative Dimension des Begriffs gelegt und nach allgemeinen Prinzipien gesucht, dann gerät das menschliche Handeln aus dem Blick. Eine rein normative Theoriebildung verliert sich in Idealisierungen und eignet sich nicht für eine empirische Untersuchung der Realität. Wird die Theorie hingegen auf die Beschreibung bestehender staatlicher Institutionen reduziert, dann werden die Entstehungs- und Veränderungsbedingungen nicht deutlich, die für die zukünftige Entwicklung und für die Orientierung des Handelns eine Rolle spielen. Normative Ideen erschöpfen sich nicht in ihren bestehenden Formen. So ist etwa die Demokratie als Lebensform »eine weitere und reichere Idee als daß sie selbst im besten Staat exemplifiziert werden kann.«⁶²

Auch hier wählt Dewey deshalb wieder die in Kapitel 5.1 beschriebene Denkfigur der *normativen Rekonstruktion*, die sich an der historisch-empirischen Perspektive orientiert, aus der Analyse der bestehenden Formen politischer Organisation wünschenswerte Aspekte heraushebt und diese als Kriterien für ein realistisches Ideal eines Staates verwendet. In diesem Fall will er mit der Analyse das vorgeschlagene Kriterium der Öffentlichkeit – die Wahrnehmung und Regulierung von indirekten Handlungsfolgen – überprüfen. Bestehende demokratische Staaten als historisch entwickelte Formen politischer Gemeinschaft weisen demnach Merkmale auf, die der Ausübung der Funktion entsprechen, die durch das Kriterium der Öffentlichkeit ausgedrückt wird. Anhand einer Beschreibung dieser Merkmale eines Staates will Dewey zugleich »das Wesen der Öffentlichkeit und das Problem seiner politischen Organisation bestimmen« sowie seinen eigenen Theorievorschlag überprüfen.⁶³ Dabei geht er nicht davon aus, dass sich die Entstehung von Staaten auf das Kriterium der Öffentlichkeit reduzieren ließe. Die Beschreibung soll lediglich zeigen, inwiefern sich das Kriterium der Regulierung von indirekten Handlungsfolgen dazu eignet, das Verhältnis von Öffentlichkeit und Staat zu beschreiben, ohne eine strikte Trennung anzunehmen oder beide vollständig

62 Ebd., S. 125.

63 Ebd., S. 47.

miteinander zu identifizieren. Die Öffentlichkeit ist nicht identisch mit den staatlichen Institutionen, aber auch nicht ohne diese zu denken.

Dewey richtet sich mit seinem formalen Kriterium gegen politische Theorien, die nicht-empirische Kräfte annehmen, um die Entstehung von Staaten und politischem Handeln zu erklären. Die Frage nach der politischen Organisation des menschlichen Zusammenlebens lässt sich nicht auf kausale Ursachen wie in den Naturwissenschaften oder auf allgemeine Prinzipien – politischer, biologischer oder psychologischer Art – zurückführen. Dewey lehnt deshalb vertragstheoretische Ansätze ebenso ab wie anarchistische Staatstheorien und ›natürliche‹ Ordnungen, die in einer göttlichen Autorität gründen. Obwohl er selbst von einem fortschreitenden, evolutionären Entwicklungsprozess ausgeht, richtet er sich gegen teleologische Ansätze, weil diese kein offenes, sondern ein *festgelegtes* Ziel der Geschichte annehmen – sei es eine konkrete Utopie oder eine auf fixierten Prinzipien basierte Entwicklungslogik. Dazu gehören insbesondere Rousseaus Vorstellung eines allgemeinen Willens oder Gemeinwillens (*volonté générale*), Adam Smiths Theorie der »unsichtbaren Hand«, Thomas Hobbes' »Leviathan« und auch Hegels Geschichts- und Rechtsphilosophie.⁶⁴ Die Versuche, die Entstehung von Staaten auf kausale Kräfte oder Prinzipien zurückzuführen, bezeichnet Dewey als einen Grundirrtum in der politischen Philosophie. Die Idee eines einheitlichen regulativen Prinzips der Entstehung von Staaten wird schon durch die faktische Vielfalt und Verschiedenheit bestehender Staaten zunichte gemacht.⁶⁵

Die historische Entstehung und Transformation von Staaten muss vielmehr als experimenteller Entwicklungsprozess verstanden werden. Die Ausgestaltung der bestehenden politischen Institutionen und Verfahren ist weitestgehend aus der Auseinandersetzung mit den konkreten historischen Situationen hervorgegangen. Das von Dewey vorgeschlagene funktionale Kriterium der Öffentlichkeit ist zwar auch aus einer historischen Betrachtung der Entwicklung politischer Gemeinschaften abgeleitet: »Was [...] die Öffentlichkeit sein kann, was die Amtspersonen sind, wie angemessen sie ihre Funktion ausüben, sind Dinge, zu deren Entdeckung

64 Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 33 f., 47, 58, 71, 84 ff.

65 Vgl. ebd., S. 47.

wir uns an die Geschichte wenden müssen.«⁶⁶ Aus dieser historischen Betrachtung lässt sich aber keine Definition ableiten, wie politische Institutionen und Verfahren für zukünftige Herausforderungen konkret gestaltet sein müssen. Wie bereits in Kapitel 5.3 ausgeführt, geht es nicht darum, dass Philosoph_innen und Sozialwissenschaftler_innen eine allgemeine Definition des Staates aufstellen. Ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, »die Schaffung solcher Methoden zu unterstützen, durch die das Experimentieren weniger blind, weniger von der Gnade des Zufalls abhängig, sondern intelligenter verlaufen kann, so daß die Menschen aus ihren Fehlern lernen und aus ihren Erfolgen Nutzen ziehen können«.⁶⁷

Wenn Deweys Kriterium der Öffentlichkeit eine überzeugende Erklärungskraft besitzt, dann kann es allenfalls dazu dienen, notwendige Bedingungen zu identifizieren, die zu einer intelligenten Reflexion und demokratischen Steuerung der gesellschaftlichen Transformation beitragen. *Intelligent* heißt in diesem Zusammenhang, dass nicht nur blind ausprobiert wird, sondern die *Bedingungen* des experimentellen Prozesses, des Handelns und des Wissens reflektiert werden.⁶⁸

Diese Herangehensweise macht insbesondere deutlich, dass ein tieferes Verständnis von politischem Handeln und der Notwendigkeit der Verbesserung politischer Institutionen nicht von einer abschließenden Definition des Staates oder anderen Begriffen abhängt, sondern von der empirischen Beobachtung der sozialen Interaktionen und ihrer Folgen. Was ein Staat ist und wie eine politische Gemeinschaft organisiert werden kann, ist letztlich kein rein theoretisches Problem, sondern ein »praktische[s] Problem von Menschen, die in Verbindung miteinander leben, eines der Menschheit allgemein«.⁶⁹ Auch wenn das individuelle Handeln in einem institutionellen Kontext stattfindet, ist es nicht *der* Staat, *die* Öffentlichkeit oder eine bestimmte Institution, die handelt. Es sind immer konkrete Menschen, die auf der Grundlage eines begrenzten Wissens handeln und Entscheidungen treffen. Es sind Menschen, die durch die Fähigkeiten der Kommunikation und der sozialen Intelli-

66 Ebd., S. 42.

67 Ebd., S. 43.

68 Vgl. ebd., S. 42.

69 Ebd., S. 41.

genz potenziell in der Lage sind, die Konsequenzen ihres Handelns wahrzunehmen, also die Handlungszusammenhänge zu erkennen, ihr Handeln zu reflektieren, kritisch zu hinterfragen und zu verändern. Nur auf diesem Weg der kritischen Reflexion kann die notwendige Anpassung der politischen Institutionen und Gewohnheiten erfolgen. Denn wie jedes menschliche Verhalten ist auch das politische Handeln durch Gewohnheiten und sich wandelnde gesellschaftliche Bedingungen geprägt. Deshalb sind es nicht einzelne Handlungen oder Entscheidungen, die untersucht werden müssen, um politisches Handeln zu verstehen, sondern der Zusammenhang von sozialen Interaktionen mit den institutionellen Strukturen, die sich historisch entwickelt haben. Die Bestimmung der notwendigen Bedingungen, die intelligentes politisches Handeln ermöglichen, müssen aufgrund der kontinuierlichen gesellschaftlichen Veränderungen immer wieder neu reflektiert werden.⁷⁰ Zusammengefasst besagt Deweys Kriterium von Öffentlichkeit, mit dem auch die Entstehung und Veränderung der institutionellen Strukturen erklärt werden kann, dass

»[d]ie indirekt und ernstlich – zum Guten oder zum Schlechten – Beeinflußten [...] eine Gruppe [bilden], die hinreichend unterschieden ist, um Anerkennung und einen Namen zu fordern. Der gewählte Name ist *die Öffentlichkeit*. Diese Öffentlichkeit wird von Repräsentanten organisiert und zur Wirkung gebracht, die als Hüter der Sitten, als Gesetzgeber, Angestellte, Richter usw. sich um ihre besonderen Interessen kümmern, – mit Methoden, die dazu bestimmt sind, die vereinigten Handlungen von Individuen und Gruppen zu regulieren. Dann und insofern verbindet die Assoziation sich mit einer politischen Organisation und etwas, das eine Regierung sein kann, entsteht: die Öffentlichkeit ist ein politischer Staat.«⁷¹

Die verschiedenen Merkmale dieses Kriteriums werden im Folgenden näher erläutert. Den Ausgangspunkt bilden die indirekten Folgen des Handelns, die besonders weitreichend, schwerwiegend

⁷⁰ Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 42.

⁷¹ Ebd., S. 44.

und dauerhaft sind. Wenn diese wahrgenommen und »anerkannt werden und versucht wird, sie zu regulieren, entsteht etwas, das die Merkmale eines Staates besitzt.«⁷² Die notwendige Beaufsichtigung und Regulierung der indirekten Folgen hat die funktionale Differenzierung zwischen betroffener Öffentlichkeit, öffentlichen Ämtern, Repräsentant_innen und Institutionen als Merkmalen eines Staates hervorgebracht:

»Das deutliche äußere Zeichen der Organisation einer Öffentlichkeit oder eines Staates ist daher das Vorhandensein von Amtspersonen. Die Regierung ist nicht der Staat, denn dieser schließt die Öffentlichkeit ebenso ein wie die Regierenden, die mit besonderen Pflichten und Rechten ausgestattet sind. Die Öffentlichkeit ist jedoch in jenen und durch jene Amtspersonen organisiert, die im Namen ihres Interesses handeln.«⁷³

Die *politische Organisation* der Öffentlichkeit bedeutet »nichts anderes [...] als die Ausstattung der Öffentlichkeit mit offiziellen Vertretern, die für die Interessen der Öffentlichkeit Sorge tragen«. In dieser Funktion liegt Dewey zufolge »der Schlüssel zum Wesen der Regierung«⁷⁴ und ein hervorstechendes Merkmal eines Staates. Die »Aufsicht und Regulierung« der öffentlichen Angelegenheiten kann »nicht von den Primärgruppierungen selbst besorgt werden«.⁷⁵ Denn die Handlungsfolgen, die eine öffentliche Regulierung erforderlich machen, gehen über die direkten Interaktionen der Gruppen hinaus. Deshalb werden Personen bestimmt und mit besonderen Machtbefugnissen ausgestattet, um die Interessen der Öffentlichkeit zu vertreten und zu schützen. Ihre Tätigkeiten werden in öffentlichen Institutionen zusammengefasst und organisiert. Das Kriterium der Regulierung von indirekten Handlungsfolgen macht den Sinn und die Funktion von staatlichen Institutionen deutlich. Ein Staat ist für Dewey das Ergebnis der Organisation und Institutionalisierung von Öffentlichkeiten. Er ist in einem gewissen Sinn gleichbedeutend mit der »Organisation der Öffentlichkeit, die

72 Ebd., S. 27.

73 Ebd., S. 38.

74 Ebd., S. 46.

75 Ebd., S. 38.

durch Amtspersonen zum Schutz der von ihren Mitgliedern geteilten Interessen bewerkstelligt wird.«⁷⁶ Als formale Kriterien für einen guten Staat gelten für Dewey dementsprechend der »Grad an Organisation, den die Öffentlichkeit erreicht hat« und der »Grad, in welchem die Amtspersonen so eingesetzt sind, daß sie ihre Funktion der Obhut über die öffentlichen Interessen ausüben.«⁷⁷ Diese Kriterien gelten aber nicht *a priori*. Sie können nur *a posteriori* aus dem historischen Kontext heraus rekonstruiert werden.

Letztlich ist es, wie bereits erwähnt, nicht *die* Öffentlichkeit oder *der* Staat, die handeln, sondern jeweils konkrete Personen. Sie handeln in diesem Fall aber nicht als Privatpersonen, sondern in ihrer Funktion als *öffentliche Repräsentant_innen*, in der sie »neue und besondere Machtbefugnisse [besitzen]. Diese können auch zu deren eigenem Nutzen gewendet werden. Dann ist die Regierung korrupt und willkürlich.«⁷⁸ Ein Staat ist deshalb immer nur so gut wie seine öffentlichen Repräsentant_innen.⁷⁹ Aufgrund ihrer Doppelfunktion als private und öffentliche Personen sind alle Repräsentant_innen potenziell anfällig für Manipulation. Deshalb sind effektive Verfahren zur Kontrolle und Steuerung notwendig, die in den institutionellen Strukturen der politischen Organisation etabliert werden müssen: »Nur durch die ständige Wachsamkeit und Kritik der öffentlichen Beamten durch die Bürger kann ein Staat in seiner Unversehrtheit und Nützlichkeit erhalten werden.«⁸⁰ Es gibt aber keine anderen Akteur_innen eines Staates als die Individuen, von denen die öffentlichen Ämter bekleidet werden. Daher enthält beispielsweise die sozialistische Forderung nach einer Verstaatlichung der Industrie einen Widerspruch:

»Man hört oft von den Sozialisten, die mit dem gegenwärtigen Wirtschaftsregime zu Recht unzufrieden sind, daß ›die Industrie aus den Privathänden genommen gehört‹. Man erkennt, was sie meinen: daß sie nicht mehr vom Verlangen nach privatem Profit gelenkt werden darf und zum Nutzen der Produzenten und Konsu-

76 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 42.

77 Ebd.

78 Ebd., S. 68 f.

79 Vgl. ebd., S. 70.

80 Ebd.

menten arbeiten soll, anstatt zum Vorteil von Finanziers und Aktionären abgezweigt zu werden. Aber man fragt sich verwundert, ob jene, die so schnell mit diesem Ausspruch dabei sind, sich gefragt haben, in welche Hände die Industrie denn gegeben werden soll? In die der Öffentlichkeit? Die Öffentlichkeit verfügt aber leider über keine anderen Hände als die einzelner menschlicher Wesen. Das wesentliche Problem besteht darin, das Handeln solcher Hände so umzuwandeln, daß es von der Rücksicht auf gesellschaftliche Zwecke beseelt wird.«⁸¹

Ein zentraler Faktor für die politische Organisation der Öffentlichkeit besteht demnach darin, dass sichergestellt werden muss, dass das öffentliche Interesse »bei der Auswahl offizieller Repräsentanten und bei der Festlegung ihrer Verantwortlichkeiten und Pflichten Gewicht erhält«.⁸² Es stellt sich somit die Frage, »welche Bedingungen und Methoden [...] nötig [sind], damit Scharfblick, Loyalität und Energie in den Dienst der öffentlichen und politischen Funktion gestellt werden können«.⁸³ Um die Arbeit der politischen Repräsentant_innen an das öffentliche Interesse zu binden, wurden in der historischen Entwicklung moderner Demokratien verschiedene Verfahren entwickelt und institutionalisiert. So sollen *regelmäßige Wahlen* eine Kontrollfunktion gegenüber den Repräsentant_innen ausüben, weil diese dem Risiko ausgesetzt sind, nicht wiedergewählt zu werden. Eine *Begrenzung der Amtszeit* sollte zudem dafür sorgen, dass sich keine partikularen Interessen einer politischen Elite entwickeln, die mit dem öffentlichen Interesse in Konflikt geraten.⁸⁴ Diese Überlegungen stammen allerdings aus einer frühen Zeit der Demokratie, in der es noch kein allgemeines Wahlrecht gab. Die politische Klasse setzte sich aus einem beschränkten Kreis an einflussreichen und besser gestellten Bürger_innen zusammen, so dass bereits ein Rotationsprinzip für einen gewissen Machtausgleich sorgen konnte. In einer Massendemokratie, in der Politik zu einem Beruf geworden ist, funktioniert ein solcher Mechanismus

81 Ebd., S. 78 f.

82 Ebd., S. 76.

83 Ebd., S. 79.

84 Vgl. ebd., S. 87.

nicht ohne Weiteres, da auch regelmäßige Wahlen und eine Begrenzung der Amtszeit die notwendige Ausdifferenzierung und Professionalisierung einer politischen Klasse nicht verhindern, die stets Gefahr läuft, sich von den Interessen der restlichen Bevölkerung zu entfernen. Deshalb müssen neben regelmäßigen Wahlen *kooperative* Verfahren und intelligente Methoden zur Kontrolle und Verbesserung politischer Entscheidungsprozesse etabliert werden.

Ein weiteres Merkmal von Staaten besteht darin, dass sie zeitlich und räumlich eingrenzbare Gebilde sind, die sich in ihren konkreten Formen der politischen Organisation voneinander unterscheiden und sich kontinuierlich verändern.⁸⁵ Es gibt nicht *den* guten oder wahren Staat, der als Ideal und normativer Maßstab dienen kann. Was ihre räumliche Ausdehnung betrifft, lassen sich Staaten zunächst von kleineren und intimeren Assoziationsformen unterscheiden, wie Dewey anhand des menschlichen Zusammenlebens in engen familiären Strukturen erläutert. Diese bedürfen keiner öffentlichen Institutionen, weil innerhalb der Familie der gleiche Erfahrungshorizont geteilt wird. Alle Handlungen und Angelegenheiten einzelner Familienmitglieder werden »sofort und auf eine intime Weise wahrgenommen« und »fallen auf [die Familie] zurück«. Indirekte Folgen, die zu öffentlichen Angelegenheiten werden, entstehen dagegen erst dann, »wenn das Band sich zu einer Vereinigung von Familien zu einem Clan und von Clans zu einem Stamm erweitert hat.«⁸⁶ Das »Assoziationsmuster« der Familie ähnelt Dewey zufolge grundsätzlich dem lokaler Nachbarschaften. Der Staat ist von dörflichen Gemeinschaften dagegen so weit entfernt, dass es im alltäglichen Leben nur wenige Berührungspunkte mit staatlichen Institutionen gibt. Ein wesentliches Merkmal der intimen Gemeinschaften, in denen das Handeln weitestgehend innerhalb des Familien- oder Dorflebens stattfindet, besteht darin, dass es keinen Pluralismus von sozialen Gruppen gibt, der politische Regulierungen notwendig macht. In diesen Strukturen ist »[d]ie intime und vertrauliche Verwandtschaftsgruppe [...] keine soziale Einheit innerhalb eines umfassenden Ganzen«, sondern, »für nahezu alle Zwecke, die Gesellschaft selbst«.⁸⁷

85 Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 47–54.

86 Ebd., S. 48.

87 Ebd., S. 50.

Staaten gehen folglich über die Nähe von intimen Einheiten hinaus. Sie sind andererseits aber auch nicht so ausgedehnt, dass es gar keine gemeinsamen und geteilten Interessen zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen gäbe. Das geteilte Interesse an der Wahrnehmung und den indirekten Folgen der sozialen Interaktionen ist schließlich die Bedingung für die Organisation einer politischen Gemeinschaft. Begrenzt werden diese historisch entstandenen politischen Gemeinschaften durch die räumliche Trennung der alltäglichen sozialen Interaktionen – etwa durch natürliche Grenzen wie Berge, Flüsse und Meere, aber auch durch unterschiedliche Sprachen und Religionen. Solange das Handeln einer Gruppe »keine merklichen Folgen für die andere hat«, »gibt es kein gemeinsames Interesse, keine Öffentlichkeit und weder eine Notwendigkeit noch eine Möglichkeit für einen inklusiven Staat«. ⁸⁸ Natürlich haben auch viele andere Faktoren in der historischen Entstehung von Staaten eine Rolle gespielt, die in Deweys Kriterium von Öffentlichkeit nicht berücksichtigt sind. Das auf die Handlungsfolgen ausgerichtete funktionale Kriterium erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Es macht aber deutlich, dass sich staatliche Gebilde durch die zunehmende Reichweite der sozialen Interaktionen *verändern*. Die Veränderung von Staaten kann deshalb nicht durch Staatstheorien erklärt werden, die von einem fixierten Begriff des Staates ausgehen, der abschließend definiert werden kann. ⁸⁹ Auch wenn es Kriterien zur Unterscheidung gibt, existieren keine klaren Trennlinien zwischen primären sozialen Gruppen und den unterschiedlichen Ebenen staatlicher Institutionen: »Dörfer und Nachbarschaften gehen unmerklich in eine politische Öffentlichkeit über. Verschiedene Staaten können durch Föderationen und Allianzen in ein größeres Ganzes eingehen, welches einige der Zeichen von Staatlichkeit trägt.« ⁹⁰

Alle bestehenden staatlichen Gebilde sind einem kontinuierlichen Wandel ausgesetzt. Sie entstehen, verändern sich und können auch vergehen, indem sie beispielsweise geteilt oder in andere staatliche Strukturen integriert werden. Zu einem wesentlichen Teil sind es Veränderungen und Innovationen in der *materiellen Kul-*

88 Ebd.

89 Vgl. ebd., S. 51.

90 Ebd., S. 50.

tur, die neue Handlungen und Folgen hervorbringen – vor allem im Zusammenhang der Produktion von Waren, dem Handel und den Veränderungen der Transport- und Kommunikationsmittel. Die Formen der politischen Organisation verändern sich aber auch durch andere gesellschaftliche Faktoren:

»Die Einwirkungen nicht-politischer innerer Vorgänge – industrieller und technologischer – und äußerer Ereignisse – Kreditgeschäfte, Reisen, Migration, Erkundungen, Kriege – modifizieren die Folgen der bereits existierenden Assoziationen in einem solchen Grad, daß neue Behörden und Funktionen notwendig werden. Politische Formen unterliegen aber auch Veränderungen einer indirekteren Art. Die Entwicklung besserer Denkmethode führt zu Beobachtungen von Folgen, welche bis dahin dem mit gröberen intellektuellen Werkzeugen gerüsteten Blick verborgen blieben. Auch eine beschleunigte intellektuelle Wahrnehmung ermöglicht die Erfindung neuer politischer Einrichtungen.«⁹¹

Die komplexe Transformation von Staaten lässt sich jedoch nicht auf ein bestimmtes Prinzip oder eine vorgegebene Entwicklungslogik reduzieren. Es gibt keinen allgemeinen Maßstab, keinen idealen Staat, der als Kriterium zur Orientierung dienen könnte. Existierende staatliche Institutionen sind derart komplexe und historisch gewachsene Gebilde, dass ein Staat niemals als Ganzes bewertet werden kann. Eine Bewertung und Steuerung der komplexen Veränderungsprozesse ist allein in Bezug auf konkrete Handlungszusammenhänge durch den »Einsatz von Intelligenz zur Beurteilung von Folgen« möglich.⁹² In diesem Sinn ermöglicht das Kriterium der Öffentlichkeit »eine durchgehende empirische und *historische* Behandlung der Wandlungen in den politischen Formen und Verhältnissen.«⁹³ Damit kann auch die »Relativität der Staaten«, die Vielfalt ihrer existierenden Erscheinungsformen, berücksichtigt werden. Die Beurteilung öffentlicher Institutionen wird zusätzlich dadurch

91 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 53.

92 Ebd., S. 52.

93 Ebd., S. 52 f.

erschwert, dass die von ihnen erfüllte Funktion – die Wahrnehmung und Regulierung von indirekten Handlungsfolgen – nicht vor Fehlern und Irrwegen geschützt ist:

»Urteile darüber, was zu ihrer Regulierung zu unternehmen und wie das zu tun ist, sind so fehlbar wie andere Pläne auch. Fehler häufen sich und verfestigen sich in Gesetzen und Verwaltungsmethoden, welche schädlicher sind als die Folgen, zu deren Kontrolle sie ursprünglich vorgesehen waren.«⁹⁴

Diese einschränkende Feststellung soll verhindern, dass das Kriterium der Öffentlichkeit als eine abschließende Bestimmung der Funktion eines Staates und öffentlicher Institutionen missverstanden wird. Wie bereits in seiner Konzeption der kreativen Demokratie deutlich geworden ist (Kap. 5.2), betont Dewey, dass die Funktion und Bestimmung eines Staates immer wieder neu entdeckt und definiert werden muss: »Beinahe sobald seine Form stabilisiert ist, muß er erneuert werden.«⁹⁵

Ein weiteres Merkmal besteht darin, dass die quantitative Zunahme und wachsende Komplexität der sozialen Interaktionen und ihrer Folgen ein verstärktes Bedürfnis nach einer öffentlichen Organisation von bislang privaten Angelegenheiten erzeugt. Dass die Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Angelegenheiten keinem festen Prinzip folgt, sondern der politischen Aushandlung unterliegt, kann an historischen Veränderungen nachvollzogen werden: »Was heute Verbrechen sind, die der öffentlichen Untersuchung und Rechtsprechung unterliegen, waren einst private Ausbrüche mit einem Status, den heute eine persönliche Beleidigung besitzt.«⁹⁶ Historisch sind private Angelegenheiten aus unterschiedlichen Motivationen heraus zu öffentlichen Angelegenheiten erklärt worden – nicht nur im Interesse des Gemeinwohls, sondern auch zur bloßen Ausweitung von Macht und Gewinn der herrschenden Klasse, wie Dewey anhand der Entwicklung des englischen Landfriedens im Mittelalter veranschaulicht.⁹⁷

94 Ebd., S. 39.

95 Ebd., S. 41.

96 Ebd., S. 54.

97 Vgl. ebd.

Der Wandel von privaten zu öffentlichen Angelegenheiten erfolgte aber auch in die andere Richtung: Die Durchsetzung der Religionsfreiheit und der Prozess der Säkularisierung zeigen, dass öffentliche Angelegenheiten auch zu Privatangelegenheiten werden können. Durch den Prozess der Individualisierung hat sich generell »das Verhalten in intellektuellen Dingen von der öffentlichen zur privaten Sphäre bewegt.«⁹⁸ Infolge der Individualisierung und Pluralisierung von Weltanschauungen und Überzeugungen sind jedoch die Anforderungen an die Individuen gestiegen. In seiner Beschreibung der pluralistischen Gesellschaft betont Dewey die positiven Folgen und die Bereicherung der individuellen Erfahrung, die aus der Konfrontation mit anderen Ansichten in einer pluralistischen Gesellschaft erwachsen können (Kap. 5.1). Die dazu notwendigen Überzeugungen und Einstellungen gegenüber anderen Menschen, die in der Konzeption der Demokratie als Lebensform artikuliert werden und für die intelligente Kooperation vorausgesetzt werden müssen, haben sich aber noch nicht etabliert:

»[S]elbst heute ist Toleranz in Fragen von Urteil und Glauben eine weitestgehend negative Sache. Wir sind einverstanden, daß wir einander in Ruhe lassen (in bestimmten Grenzen), aber mehr auf Grund des Einsehens der bösen Folgen, die sich aus der entgegengesetzten Verfahrensweise ergaben, denn aus irgendeiner tiefergehenden Überzeugung in die positive gesellschaftliche Wirkung der Toleranz. [...] Solche Erscheinungen wie der Ku-Klux-Klan und gesetzgeberische Aktivitäten zur Regulierung der Wissenschaft zeigen, daß der Glaube an die Freiheit des Denkens immer noch oberflächlich ist.«⁹⁹

Die Folgen einer zunehmenden Komplexität der sozialen Interaktionen zeigen sich aber auch in ganz alltäglichen Situationen. Ein Arztbesuch, ein Grundstücksverkauf oder die Eheschließung, das Sexualleben und die Geburt sind beispielsweise im Grunde sehr persönliche Interaktionen, die keine indirekten Folgen für unbeteiligte Dritte haben. Dennoch sind derartige Interaktionen durch

⁹⁸ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 56.

⁹⁹ Ebd.

zahlreiche Gesetze reguliert, weil die Folgen dieser Handlungen für die Gesellschaft so wichtig sind, dass es ein öffentliches Interesse an ihrer Sicherung und Steuerung gibt. Wenn sich jeder ohne Weiteres zum Arzt erklären könnte, wenn der Verkauf von Privateigentum nicht nachvollziehbar geregelt wäre oder wenn es keine medizinische Versorgung für Schwangere gäbe, dann wären grundsätzliche Funktionen der Gesellschaft betroffen, die sogar ihren Fortbestand gefährdeten. Dennoch zeigt sich am Beispiel der Ehe, dass ihre öffentliche Bedeutung nicht fixiert ist und die Folgen ihres Bedeutungsverlusts nicht zwangsläufig positiv oder negativ sind, sondern von einer Vielzahl weiterer Faktoren abhängen. Mit diesen Beispielen soll veranschaulicht werden, dass es nicht nur einzelne Handlungszusammenhänge sind, die einer öffentlichen Kontrolle bedürfen, sondern auch vergleichsweise begrenzte soziale Interaktionen und Beziehungen, deren Folgen in ihrer Vielzahl jedoch für die Gesellschaft von Bedeutung sind. Damit lässt sich das Kriterium der Öffentlichkeit auch auf strukturelle Ungleichheiten anwenden, wie Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung im Alltag.

Wie in Kapitel 3.2 beschrieben, ist das menschliche Verhalten durch Gewohnheiten strukturiert, die zugleich eine entlastende und handlungsermöglichende Funktion haben. Unter zunehmend komplexen gesellschaftlichen Bedingungen wäre das Handeln kaum möglich, wenn wir uns nicht weitestgehend auf etablierte Institutionen verlassen könnten, die durch Traditionen und Konventionen, soziale Normen, Regeln und Gesetze geformt werden, sondern rational alle Folgen unserer Entscheidungen nachvollziehen müssten: »Jeder, der in Bezug auf das Ergebnis dessen, was er vorhat, zu weit hinausschaut, würde, wenn es keine Regeln gäbe, sich bald in einem hoffnungslos komplizierten Wirrwar von Überlegungen verlieren.«¹⁰⁰ Dennoch müssen auch etablierte Institutionen, wie Dewey ausdrücklich betont, an die sich stetig verändernden Bedingungen und zunehmend komplexen Folgen des Handelns angepasst werden. Eine wesentliche Funktion der Öffentlichkeit als Staat besteht deshalb darin, durch Normen und Gesetze die Bedingungen der sozialen Interaktionen zu regulieren und das

100 Ebd., S. 57.

individuelle und gemeinschaftliche Handeln in bestimmte Bahnen zu lenken. Gesetze schreiben entgegen einem weit verbreiteten Missverständnis den Individuen jedoch nicht vor, was sie tun sollen, sondern legen nur die *Konsequenzen* des Verhaltens fest und stabilisieren damit die gegenseitigen Erwartungen: »Rechtsvorschriften bedeuten in Wirklichkeit die Einsetzung von Bedingungen, unter denen Personen ihre gegenseitigen Verabredungen treffen. Sie sind Strukturen, die das Handeln kanalisieren.« In diesem Sinn sind sie »wie die Ufer«, die »den Fluß eines Stromes begrenzen«. ¹⁰¹ Sie sind aber nicht die Quelle des Flusses der sozialen Interaktionen.

Es wurde bereits mehrfach das Merkmal der kontinuierlichen Veränderung angesprochen, das Dewey der staatlichen Organisation der Öffentlichkeit zuschreibt. Da der Staat wesentlich mit »Verhaltensformen befaßt ist, die alt und daher alteingesessen und verwurzelt sind«, ¹⁰² ist er nicht der Ort, an dem neue Ideen entstehen und vorangetrieben werden. Das ist problematisch, da die durch technologische Entwicklungen bewirkte Veränderung der sozialen Bedingungen eine kontinuierliche Anpassung und Erweiterung der öffentlichen Institutionen unverzichtbar macht. Zwar »leben [wir] sicherlich in einer Zeit der Entdeckungen und Erfindungen«. Dewey behauptet sogar, dass »die Innovation selbst zu einer Gewohnheit geworden [ist]. Die Einbildung ist an sie gewohnt; sie wird erwartet.« ¹⁰³ Doch das gilt nur für den Bereich der materiellen Kultur. Der große Widerspruch zeigt sich in der breiten gesellschaftlichen Akzeptanz technischer Innovationen und dem Zögern beziehungsweise der Ablehnung gegenüber *sozialen* Innovationen. Letztlich hängen technologische und soziale Innovationen aber miteinander zusammen, da die Folgen des technischen Fortschritts sozialer Natur sind. Dewey stellt fest, dass Innovationen, sowohl in technischen als auch in sozialen Angelegenheiten, aus der Eigeninitiative einzelner Personen oder Minderheiten entstehen:

»Eine neuartige Idee gehört zu jenen Dingen, auf die ein einzelner kommen muß. Ein neues Projekt ist etwas, das durch private Initiative unternommen und zum Laufen

¹⁰¹ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 59.

¹⁰² Ebd., S. 60.

¹⁰³ Ebd., S. 62.

gebracht werden muß. Je neuer die Idee oder der Plan, desto mehr weicht es von dem in der Praxis bereits An-erkannten und Festgesetzten ab. [...] Daher der Wider-stand, auf den sie [die neuartige Idee, Anm. d. Verf.] mit Wahrscheinlichkeit trifft.«¹⁰⁴

Der Widerstand ist als psychologisches Phänomen leicht zu erklären: Alles Neue ist dadurch ausgezeichnet, dass es zu einer Stö-rung der etablierten Gewohnheiten und Überzeugungen führt. Die daraus zunächst resultierende Irritation und Unsicherheit, die zu einer Anpassung der Gewohnheiten führt, wird jedoch von den meisten Menschen als unangenehm empfunden. Das gilt besonders für Institutionen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie geregel-te Verfahren haben und stabile Erwartungen erfüllen. Doch eine intelligente Regulierung komplexer Angelegenheiten benötigt ein höheres Maß an Flexibilität. Sie erfordert im Idealfall »die Erschaf-fung einer entsprechend beweglichen und leicht reagierenden poli-tischen und juristischen Maschinerie«.¹⁰⁵ Stattdessen muss sich je-doch jede Reform und Erweiterung staatlicher Institutionen gegen die Selbsterhaltungstendenzen bestehender Strukturen behaupten – selbst dann, wenn sich die gesellschaftlichen Bedingungen durch wirtschaftliche oder technologische Entwicklungen so rasant verän-dern, dass eine institutionelle Anpassung unausweichlich erscheint. Doch die staatlichen Behörden,

»wenn sie entwickelt und fest institutionalisiert sind, verhindern die Organisation einer neuen Öffentlichkeit. Sie verhüten die Entwicklung neuer Staatsformen, wel-che schneller wachsen würden, wenn das gesellschaft-liche Leben flüssiger und weniger in starre politische und juristische Schablonen gezwängt wäre. Um sich selbst zu formieren, muß die Öffentlichkeit mit den bestehenden politischen Formen brechen.«¹⁰⁶

¹⁰⁴ Ebd. An anderer Stelle schreibt Dewey: »Es ist wahr, daß alle wertvollen wie auch alle neuen Ideen mit Minderheiten anfangen, vielleicht mit der Minderheit eines einzelnen.« (Ebd., S. 173.)

¹⁰⁵ Ebd., S. 40.

¹⁰⁶ Ebd.

Da aber neue Ideen und Reformen für den Fortbestand einer Gesellschaft notwendig sind und ihnen somit ein öffentliches Interesse zukommt, muss das Verhältnis zwischen privaten Innovationen und öffentlichen Institutionen geklärt werden. »Eines Tages mag es einen Staat geben, der die Erzeugung und Verbreitung neuer Ideen und Denkweisen organisieren wird, aber ein solcher Staat ist ein Ding des Glaubens, nicht der Einsicht.«¹⁰⁷ Deweys Vorschlag läuft deshalb darauf hinaus, die Erfindung und Entwicklung der privaten Initiative zu überlassen: »Ungefähr das Höchste, was man vom Staat verlangen kann [...] ist, daß er sich mit ihrer Hervorbringung [der neuen Ideen, Anm. d. Verf.] ohne *unzulässige* Einmischung anfindet.«¹⁰⁸ Der Staat kann darüber hinaus die Bedingungen verbessern, die kritisches Denken und Innovationen fördern. Sobald sich neue Ideen durchgesetzt und etabliert haben, könnten öffentliche Behörden den Betrieb und Unterhalt übernehmen. Als Beispiel führt Dewey die öffentliche Infrastruktur an: Der Bau von Straßen und Eisenbahnstrecken wurde in den USA vor allem durch private Unternehmen vorangetrieben. Die neuen Infrastrukturen haben mit der Zunahme des Waren- und Personenverkehrs jedoch so sehr an öffentlicher Bedeutung gewonnen, dass ihre Verstaatlichung diskutiert wird. Diese Arbeitsteilung zwischen standardisierten Abläufen auf Seiten öffentlicher Behörden und der Beschäftigung mit dem Neuen und Experimentellen auf Seiten privater Unternehmen bietet auch »psychologischen Rückhalt«, denn »Gewohnheiten sparen sowohl intellektuelle als auch muskuläre Energie. Sie nehmen dem Geist das Nachdenken über Bekanntes ab, sie befreien also das Denken für die Beschäftigung mit neuen Bedingungen und Zielen.«¹⁰⁹

Der Nationalstaat selbst gilt Dewey als Beispiel für eine überholte Institution, die sich selbst am Leben erhält, obwohl die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den Menschen längst weit über die Grenzen von Nationalstaaten hinausgehen.¹¹⁰ Die

107 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 58.

108 Ebd., S. 58 (Herv. A. A.). Was als zulässig und unzulässig gilt, lässt sich selbstverständlich selbst wiederum nicht überzeitlich festlegen, sondern ist Gegenstand öffentlicher Aushandlungsprozesse.

109 Ebd., S. 64.

110 Dewey gehört damit zu den wenigen Philosoph_innen, die nicht von einem methodologischen Nationalismus ausgehen, vgl. Ulrich Beck und Edgar Grande (2010): »Jenseits des methodologischen Nationalismus. Außereuropäische und europäische

vielfältigen transnationalen Handlungszusammenhänge, die sich durch die wirtschaftliche Globalisierung verdichtet haben, stehen in einem Spannungsverhältnis zum klassischen Prinzip der Souveränität von Nationalstaaten. Die individuelle Entwicklung in den primären sozialen Bezugsgruppen sollte an erster Stelle stehen. Die nationalstaatliche Souveränität ist dagegen nur zweitrangig, weil sie schließlich eine sekundäre Assoziationsform ist:

»Es genügt nicht, die Schrecken des Krieges zu schildern und alles zu vermeiden, was Eifersucht und Feindseligkeit der Völker gegeneinander erwecken könnte. Der Nachdruck muß auf all das gelegt werden, was die Völker über die geographischen Grenzen hinweg an gemeinsamen menschlichen Zielen und Zwecken verbindet. Die Einsicht, daß die Souveränität der einzelnen Nationen gegenüber den volleren, freieren und fruchtbareren Verbindungen und Wechselbeziehungen aller Menschen miteinander als Provisorium an die zweite Stelle zurücktreten muß, muß den Geistern zum wirklichen Besitz gemacht werden.«¹¹¹

Dewey's Auffassung von öffentlichen Institutionen ist somit nicht auf nationalstaatliche Strukturen ausgerichtet, sondern beruht auf einem evolutionären Verständnis der politischen Organisation des menschlichen Zusammenlebens. Die globalen Abhängigkeiten zeigen »sich nicht nur im Kampf um Rohstoffe, um entfernte Märkte und in erschreckend hohen Staatsschulden, sondern auch in lokalen und unbedeutenden Phänomenen«,¹¹² da auch die lokale Wirtschaft mitunter von globalen Preisschwankungen und den Folgen transnationaler Konflikte abhängt. Die Regulierung von globalen indirekten Handlungsfolgen erfordert jedoch politische Institutionen, die über den Nationalstaat hinausgehen, ohne zugleich die Betroffenen zu entmündigen.

Variationen der zweiten Moderne«, in: *Soziale Welt* 61.3-4, S. 187–216; Ulrich Beck und Edgar Grande (2007): *Cosmopolitan Europe*, Cambridge, MA: Polity Press, S. 37 f.; Frega, »The Democratic Project«, Kap. 9.2 »Overcoming methodological nationalism«.

¹¹¹ Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 135.

¹¹² Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 113 f.

Ein weiteres Merkmal, das die Entstehung von staatlichen Institutionen kennzeichnet, hängt mit der Art der Folgen zusammen, die es zu regulieren gilt. Die Verdichtung und der Komplexitätszuwachs sozialer Interaktionen und ihrer Folgen durch die Industrialisierung haben schwerwiegende soziale und ökonomische Ungleichheiten produziert. Es gibt benachteiligte Gruppen, beispielsweise Kinder oder Erwerbslose, die unter einen besonderen Schutz der Öffentlichkeit gestellt werden müssen, weil sie sonst ihre Rechte gar nicht wahrnehmen können:

»Wenn die an einer Transaktion beteiligten Parteien von ungleicher Stellung sind, ist es wahrscheinlich, daß die Beziehung einseitig ist und die Interessen einer Partei leiden. Wenn die Folgen sich als schwerwiegend erweisen, besonders wenn sie irreparabel scheinen, setzt die Öffentlichkeit ein Gewicht ein, das die Bedingungen ausgleicht.«¹¹³

Die staatliche Regulierung muss deshalb darauf angelegt sein, jene Bedingungen einzuschränken, die Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft produzieren.¹¹⁴ Beispiele, die Dewey in diesem Zusammenhang anführt, sind unter anderem Arbeitnehmerrechte, Sicherheitsvorkehrungen in der Industrie, Gesundheitsversorgung, Bildung und Erziehung von Kindern oder auch ein Mindesteinkommen: »Ein Existenzminimum ist eine Angelegenheit von so schwerwiegenden indirekten Folgen für die Gesellschaft, daß sie nicht gut den direkt betroffenen Parteien überlassen werden kann, denn unmittelbare Not kann eine Partei der Transaktion am erfolgreichen Verhandeln hindern.«¹¹⁵

113 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 65.

114 Anhand der Skalierbarkeit von Deweys Öffentlichkeitskonzeption auf die transnationale Dimension wird später noch deutlich, dass auch die Folgen privaten und staatlichen Handelns auf Betroffene außerhalb der politischen Gemeinschaft in die Reflexion und Regulierung einbezogen werden müssen, vgl. Kapitel 7.2. Die politische Regulierung von Handlungsfolgen kann deshalb nicht auf die nationalstaatliche Ebene reduziert werden.

115 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 66.

Zusammengefasst bilden die erläuterten Merkmale der Entstehung und Veränderung staatlicher Strukturen die Grundlage von Deweys Kriterium zur funktionalen Bestimmung von Öffentlichkeit und öffentlichem Handeln. Jedes einzelne Merkmal

»wirft die Frage nach dem Grad auf. Es gibt keine scharfe und klare Grenze, die sich von selbst zieht und über das Ungefähre hinausweist, wie etwa eine Linie, die eine zurückgehende Flut hinterläßt. Gerade da nicht, wo eine Öffentlichkeit entsteht, die so bedeutsame Interessen besitzt, daß sie beaufsichtigt und von speziellen Behörden oder Regierungsbeamten verwaltet werden müssen. Deshalb ist hier oft Raum für Auseinandersetzungen. Die Scheidelinie zwischen Tätigkeiten, die der privaten Initiative und Verwaltung überlassen sind und solchen, die vom Staat reguliert werden, muß experimentell entdeckt werden.«¹¹⁶

Eine normative Unterscheidung voneinander getrennter Bereiche des privaten und des öffentlichen Handelns ist auf dieser Grundlage nicht möglich. Dewey geht davon aus, dass es »keinen universalen Lehrsatz [gibt], den man im voraus aufstellen kann und auf Grund dessen die Funktionen des Staates begrenzt oder erweitert werden sollten.«¹¹⁷ Eine festgelegte Unterscheidung wäre nur im Rahmen einer Theorie möglich, die von eindeutig bestimmbar Eigenschaften des Staates und der Individuen ausgeht. In praktischen Angelegenheiten, die sich einer rein analytischen Differenzierung und Verhältnisbestimmung entziehen, ist eine solche Theorie aber zum Scheitern verurteilt.¹¹⁸

Ausgehend von der funktionalen Bestimmung von Öffentlichkeit können nun die Bedingungen der Organisation und Durchführung kooperativer Untersuchungsprozesse zur Wahrnehmung und Regulierung von öffentlichen Angelegenheiten in den Blick genommen werden, die im Zentrum von Deweys Öffentlichkeitskonzeption stehen. Wer zu einer Öffentlichkeit gehört, wer in welchem Maß betroffen ist, wer am Untersuchungsprozess beteiligt ist und wie

¹¹⁶ Ebd., S. 66 f.

¹¹⁷ Ebd., S. 73.

¹¹⁸ Vgl. ebd., S. 67.

das Verhältnis zwischen Betroffenen, Repräsentant_innen, staatlichen Institutionen und Expert_innen verstanden werden kann, lässt sich nicht allgemeingültig festlegen. Die Frage nach den Ein- und Ausschlusskriterien einer Öffentlichkeit, die auch in anderen Öffentlichkeitstheorien eine zentrale Rolle spielt, kann im Rahmen des demokratischen Experimentalismus nur empirisch anhand der indirekten Handlungsfolgen beantwortet werden. Die Feststellung, wer zu welchem Grad von einer konkreten Angelegenheit betroffen ist, gehört bereits zum Untersuchungsprozess. Eine zentrale Schwierigkeit für die Konstitution einer Öffentlichkeit besteht deshalb darin, dass sich die Betroffenen *als* Betroffene erkennen müssen. Dazu muss eine möglichst umfassende Kommunikation zwischen Individuen vorausgesetzt werden. Nur durch den Austausch von Erfahrungen und Wissen über die bestehenden Handlungszusammenhänge können die Folgen sozialer Interaktionen bewusst gemacht, artikuliert und geteilt werden. Da der Kreis der Betroffenen in öffentlichen Angelegenheiten prinzipiell sehr umfassend ist, muss realistischerweise davon ausgegangen werden, dass nicht alle Betroffenen unmittelbar erreicht werden können. Die Organisation einer Öffentlichkeit muss deshalb so angelegt sein, dass Personen und Gruppen, die sich selbst als Betroffene identifizieren, in den kooperativen Untersuchungsprozess einbezogen werden können. Die Betroffenen sind aber weder die einzigen noch notwendigerweise die aktiven Akteur_innen einer Öffentlichkeit. Die *intelligente Organisation* einer Öffentlichkeit besteht darin, den Untersuchungsprozess so zu gestalten, dass die Perspektive der Betroffenen im Zentrum steht.

Deweys Formulierung, dass die indirekt und ernsthaft Betroffenen eine Öffentlichkeit bilden, kann zu einigen Missverständnissen führen, die im Folgenden geklärt werden sollen. Ein erster Irrtum besteht in der Annahme, dass ein kooperativer Untersuchungsprozess nur von den Betroffenen selbst initiiert werden kann. Tatsächlich führen die komplexen Herausforderungen der Gegenwart vor Augen, dass die Wahrnehmung der problematischen Situation nicht zwangsläufig von den Betroffenen selbst ausgehen muss. Die Notwendigkeit einer Kooperation zwischen Expert_innen und Betroffenen ist aufgrund der Komplexität der Handlungszusammenhänge gestiegen, weil die problematischen Folgen für die Betroffenen noch

nicht sichtbar sind oder in der Zukunft liegen. Die Enthüllungen von Edward Snowden und anderen Whistleblowern machen beispielsweise deutlich, dass die Wahrnehmung einer problematischen Situation in einigen Fällen nur auf der Grundlage eines speziellen Fach- oder Insiderwissens erfolgen kann, das nur wenige Personen besitzen. Sie haben Einblick in spezifische Handlungszusammenhänge, die schwerwiegende, aber noch nicht sicht- oder spürbare Folgen für Dritte haben. Erst wenn die Zusammenhänge und Folgen bekannt gemacht werden, kann sich eine kritische Öffentlichkeit konstituieren, die die problematische Situation untersucht.

Ein weiterer Irrtum besteht in der Annahme, dass alle Betroffenen aktiv am kooperativen Untersuchungsprozess beteiligt sein müssen. Das ist nicht der Fall – vor allem vor dem Hintergrund, dass jeder Mensch von vielen Angelegenheiten betroffen ist und sich gar nicht an allen Untersuchungsprozessen aktiv beteiligen kann. Die Einbeziehung der Betroffenen wird nicht als aktive Teilnahme aller an allen Schritten des Untersuchungsprozesses verstanden. In erster Linie geht es darum, dass die Ansichten und Interessen der Betroffenen im kooperativen Untersuchungsprozess repräsentiert sind, weil von ihnen maßgeblich die Problembeschreibung und die Bewertung möglicher Lösungen abhängig ist. Deshalb ist eine *aktive* Einbeziehung der Betroffenen notwendig. Die Repräsentation der Betroffenen ist nicht auf die bestehenden institutionellen Strukturen, auf Parlamente und andere demokratische Institutionen beschränkt.

Der vielleicht gravierendste Irrtum im Verständnis von Deweys Öffentlichkeitskonzeption entsteht, wenn die Tatsache übersehen wird, dass sich bereits vielfältige institutionelle Strukturen der Öffentlichkeit entwickelt haben, die eine Grundlage für die Herausbildung ›neuer‹ Öffentlichkeiten darstellen. Im weiten Verständnis von institutionellen Strukturen sind neben den staatlichen Institutionen auch die sozialen und kulturellen Institutionen eingeschlossen. Deshalb lässt sich Deweys Konzeption auch auf basisdemokratische soziale Bewegungen übertragen, die sich von bestehenden staatlichen Strukturen abgrenzen.¹¹⁹ Die zunehmende Professiona-

¹¹⁹ Vgl. zum Zusammenhang zwischen Deweys Öffentlichkeitskonzeption und sozialen Bewegungen: Justo Serrano Zamora (2016): »Challenging public inquiry. A deweyan approach to emancipatory movements«, in: *Kinesis* 41.1, S. 34–48; Michael C. Dorf

lisierung in der Organisation von Öffentlichkeiten hat schließlich nicht nur staatliche, sondern vielfältige institutionelle Strukturen hervorgebracht, die der Wahrnehmung problematischer Situationen und der Durchführung kooperativer Untersuchungsprozesse dienen. Dazu gehören sämtliche politische Einrichtungen von der kommunalen bis zur transnationalen Ebene, die traditionellen Massenmedien Zeitung, Rundfunk und Fernsehen, aber auch wissenschaftliche Institutionen, Unternehmen, soziale Bewegungen und *zivilgesellschaftliche* Organisationen wie Stiftungen und Vereine.¹²⁰ Alle Organisationen, die direkt oder indirekt zur Entstehung und Durchführung von kooperativen Untersuchungsprozessen beitragen, können als »öffentliche Institutionen« in einem weiten Sinn betrachtet werden – insofern sie die dauerhafte Sicherstellung der Bedingungen kooperativer Untersuchungsprozesse zu ihrer Aufgabe haben. Das wird anhand der Vielzahl von Organisationen und Institutionen deutlich, die an der Beobachtung komplexer Handlungszusammenhänge beteiligt sind, beispielsweise zum Klimaschutz, Umweltschutz, Tierschutz, Verbraucherschutz, zur Armutsbekämpfung, Gesundheit oder Bildung. Das soll nicht heißen, dass diese Institutionen und Organisationen einzig zu diesem Zweck entstanden wären oder sich darauf reduzieren ließen. Natürlich verfolgen insbesondere die wirtschaftlichen Akteur_innen unter ihnen auch andere Ziele. Aber eine Trennung zwischen profitorientierten und

(2012): »Could the occupy movement become the realization of democratic experimentalism's aspiration for pragmatic politics?«, in: *Contemporary Pragmatism* 9,2, S. 263–271.

120 Problematisch ist am Begriff der *Zivilgesellschaft* oder *Bürgergesellschaft* in diesem Zusammenhang, dass dieser im Anschluss an Alexis de Tocqueville in der Regel in Abgrenzung vom öffentlichen und privaten Sektor verstanden wird. Auch für Habermas bilden die »nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis« den Kern der Zivilgesellschaft. Diese wird getrennt von der politischen Öffentlichkeit konzipiert, die von den Massenmedien beherrscht wird, vgl. Habermas, *Faktizität und Geltung*, S. 443 f. Dagegen werden im demokratischen Experimentalismus auch staatliche und wirtschaftliche Organisationen als Akteure der kooperativen Untersuchungsprozesse angesehen, die sich gerade nicht von bestimmten Handlungsbereichen abgrenzen lassen. Da weder das ökonomische Handeln noch das politische Handeln einen klar abgrenzbaren Bereich darstellt, können prinzipiell alle sozialen Gruppen in die Organisation von Öffentlichkeiten einbezogen werden – oder zumindest nicht kategorisch ausgeschlossen werden.

gemeinnützigen Organisationen führt an dieser Stelle nicht weiter, weil an den kooperativen Untersuchungsprozessen viele verschiedene Akteur_innen beteiligt sein können.

Neben den Betroffenen sind somit auch noch zahlreiche andere Personen an den kooperativen Untersuchungsprozessen beteiligt, die selbst nicht zu den Betroffenen im engeren Sinn gehören. Dazu zählen Wissenschaftler_innen, Journalist_innen, Politiker_innen, Beamte_innen und alle anderen Personen, die in die genannten institutionellen Strukturen eingebunden sind. Meiner Interpretation zufolge sind *alle*, die an einem kooperativen Untersuchungsprozess beteiligt sind, als Mitglieder der spezifischen Öffentlichkeit anzusehen. Zusammen bilden sie eine Forschungsgemeinschaft, die dann Deweys Ideal der Gemeinschaft entspricht, wenn die Beteiligten die Folgen ihres gemeinsamen Handelns erkennen, artikulieren und fördern. Das wichtigste und anspruchsvollste Kriterium für alle Beteiligten besteht darin, dass sie sich auf einen offenen, kooperativen Untersuchungsprozess und wechselseitige Lernprozesse einlassen, statt nur die Meinungen bestimmter Gruppen und Entscheidungsträger beeinflussen zu wollen. Dieses Kriterium grenzt die kooperative und partizipative Öffentlichkeitskonzeption des demokratischen Experimentalismus von einem Verständnis von Öffentlichkeit ab, das auf die einseitige Einflussnahme und Steuerung der »öffentlichen Meinung« durch strategische Kommunikation und PR-Kampagnen ausgerichtet ist. Aber auch hier gibt es keine klare Abgrenzung, denn auch strategische Kommunikation und Kampagnen können als Mittel in kooperativen Untersuchungsprozessen dienen.

Öffentlichkeiten sind, wie deutlich wurde, auf geeignete institutionalisierte Strukturen angewiesen, aber sie lassen sich nicht auf die bestehenden Institutionen reduzieren. Denn ein wesentliches Merkmal besteht darin, dass sie die bestehenden Strukturen verändern oder neue institutionelle Strukturen hervorbringen, um die im Untersuchungsprozess identifizierten Lösungen langfristig zu sichern. Es gibt jedoch kein von außen festgelegtes höchstes oder letztes Ziel, das eine Öffentlichkeit verfolgt. Alle zu erreichenden Ziele werden im Verlauf des Untersuchungsprozesses von den Beteiligten festgelegt. Das einzige übergeordnete Ziel besteht darin, die notwendigen Bedingungen für die Durchführung von koopera-

tiven Untersuchungsprozessen herzustellen und zu sichern. Wenn also im Rahmen eines kooperativen Untersuchungsprozesses festgestellt wird, dass bestimmte institutionelle Strukturen den Prozess der Forschung systematisch behindern oder blockieren, kann daraus das Ziel abgeleitet werden, diese Strukturen zu verändern. Öffentlichkeiten verfolgen damit zugleich das Ziel, ihre eigenen Grundlagen zu sichern, indem Blockaden für Forschungs- und Lernprozesse identifiziert und beseitigt werden.¹²¹

Doch wie kann sichergestellt werden, dass der Untersuchungsprozess nicht durch einflussreiche Interessen verzerrt wird? Zunächst ist festzuhalten, dass im demokratischen Experimentalismus nicht davon ausgegangen wird, dass asymmetrische Machtverhältnisse vollständig beseitigt werden können. Eine demokratische Gesellschaft bezeichnet keinen statischen Zustand, der frei von Konflikten wäre. Machtbeziehungen und Konflikte sind deshalb ein Bestandteil aller Untersuchungsprozesse. Zudem wird davon ausgegangen, dass alle Fakten, die sich in Bezug auf eine problematische Situation anführen lassen, zunächst als relevante Fakten identifiziert und interpretiert werden müssen. Dadurch ist jeder Untersuchungsprozess durch einen kulturellen Hintergrund geprägt, wie ich in Kapitel 4.3 erläutert habe. Das schließt eine Verständigung über verschiedene Interpretationen, Differenzen und blinde Flecken nicht aus. Die sozialen Spannungen, Ungleichheiten und Machtasymmetrien werden folglich nicht ausgeblendet, sondern müssen in den kooperativen Untersuchungsprozessen thematisiert und reflektiert werden.¹²²

Um den bestehenden Unterschieden zwischen den an einem Untersuchungsprozess Beteiligten entgegenzuwirken, etwa durch eine gezielte Unterstützung und Förderung der schlechter gestellten Parteien, ist die Frage der Organisation einer Öffentlichkeit entschei-

121 Diese »doppelte Ausrichtung« der Öffentlichkeit auf einen Gegenstand und auf ihre eigenen Ermöglichungsstrukturen betont auch Habermas in seiner deliberativen Konzeption der Demokratie, vgl. Habermas, *Faktizität und Geltung*, S. 447. Dass wir bereits Strukturen der Öffentlichkeit voraussetzen müssen, die das politische Handeln ermöglichen und dadurch zugleich verändert werden, betont auch Charles Taylor (2004): *Modern Social Imaginaries*, Durham/London: Duke University Press, S. 94 ff.

122 Vgl. zum Machtbegriff bei Dewey: Randall Hewitt (2007): *Dewey and Power*, Rotterdam: Sense; Kadlec, *Dewey's Critical Pragmatism*, S. 120 ff.

dend. Nur geeignete institutionelle Strukturen sind in der Lage, bestehende Machtasymmetrien annähernd auszugleichen. Deshalb stehen im demokratischen Experimentalismus soziale Innovationen und Lernprozesse im Vordergrund, die auf die Veränderung der institutionellen Strukturen und Bedingungen ausgerichtet sind. Letztlich gibt es aber keine externe oder übergeordnete Instanz, um die bestehenden Machtverhältnisse zu ordnen. Das einzige Mittel ist die Etablierung demokratischer Werte und Verfahren. Denn demokratische Ziele können Dewey zufolge nur durch demokratische Mittel erreicht werden. In seinem Essay »Democracy Is Radical« von 1937 schreibt Dewey, dass allgemeine Werte wie Freiheit und Sicherheit auch von Diktatoren als gesellschaftliche Ziele beansprucht werden. Den entscheidenden Unterschied machen deshalb die Mittel und die Bedingungen, unter denen diese Ziele erreicht werden:

»The means [...] are the voluntary activities of individuals in opposition to coercion; they are assent and consent in opposition to violence; they are the force of intelligent organization versus that of organization imposed from outside and above. *The fundamental principle of democracy is that the ends of freedom and individuality for all can be attained only by means that accord with those ends.*«¹²³

Der Begriff der intelligenten Organisation meint folglich keine von ›oben‹ oder außen verordnete hierarchische, technokratische oder in irgendeiner Weise bevormundende Form der Organisation, sondern die kooperative Organisation der verteilten Intelligenz *aller* Menschen. Die mitlaufende Frage, die in jedem kooperativen Untersuchungsprozess neu beantwortet werden muss, lautet, wie die Bedingungen für die Organisation von kooperativen Untersuchungsprozessen so gestaltet werden können, dass die Emanzipation und Inklusion aller Mitglieder ermöglicht wird.

Ein weiterer Irrtum, auf den ich abschließend eingehen will, besteht darin, den kooperativen Prozess der Regulierung von öffentlichen Angelegenheiten allein auf Gesetzgebungsverfahren einzuschränken. Zwar dürfte die Schaffung und Änderung von Gesetzen in vielen Fällen eine zentrale Rolle für die Regulierung pro-

123 Dewey, »Democracy Is Radical« (1937), LW.11.298. (Herv. i. O.).

blematischer Handlungsfolgen spielen, aber Öffentlichkeiten sind im demokratischen Experimentalismus auf ein breiteres Spektrum von möglichen Regulierungsverfahren ausgerichtet. Die problematischen Situationen, zu deren Klärung sich die Öffentlichkeiten konstituieren, können in ihrem Umfang und in ihrer Beschaffenheit sehr unterschiedlich sein. Für die Regulierung eines großen Teils der öffentlichen Angelegenheiten haben sich in der Vergangenheit die historisch entwickelten nationalstaatlichen Institutionen bewährt. Doch die problematischen Situationen können auch aus globalen Handlungszusammenhängen hervorgehen, die den Einflussbereich der nationalen Gesetzgebung weit überschreiten. Während Öffentlichkeitsmodelle, die auf nationalstaatliche Debatten und Gesetzgebungsprozesse ausgerichtet sind, angesichts der Transnationalisierung der Öffentlichkeit an ihre Grenzen stoßen,¹²⁴ können problematische Situationen im demokratischen Experimentalismus prinzipiell auch durch neue Formen und Verfahren zur Regulierung sozialer Interaktionen geklärt werden. Die Bedeutung von verbindlichen Rechtsnormen zur Regulierung auftretender Konflikte soll damit in keiner Weise in Frage gestellt werden. Aber die transnationale Dimension der Konflikte macht die Grenzen nationaler Rechtsordnungen und die Notwendigkeit institutioneller Innovationen in diesem Bereich deutlich.

Dewey's Öffentlichkeitskonzeption wurde hiermit in ihren Grundzügen vorgestellt. Bevor die Konsequenzen für eine Theorie *digitaler* Öffentlichkeiten erläutert werden, gehe ich im folgenden Kapitel

124 Die Herausforderungen, die sich angesichts der faktischen Transnationalisierung von Öffentlichkeit für eine nationalstaatliche Konzeption von Öffentlichkeit ergeben, untersucht Tobler in seiner 2010 erschienenen Dissertation, vgl. Stefan Tobler (2010): *Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. Im Zentrum seiner empirischen Untersuchung steht die Frage nach der Herausbildung einer »Europäischen Öffentlichkeit«. Vgl. zu den theoretischen Überlegungen zur Transnationalisierung von Öffentlichkeit auch Nancy Fraser (2007): »Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer postwestfälischen Welt«, in: *Anarchie der kommunikativen Freiheit*, hrsg. von Peter Niesen, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 224–253. Aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus macht die supranationale Konzeption von Öffentlichkeit den gleichen Fehler wie eine nationalstaatliche Konzeption: Sie legt die Öffentlichkeit vorab auf ein territoriales Gebiet, auf bestimmte Medien und Akteur_innen fest, statt von den Folgen konkreter Handlungszusammenhänge und den notwendigen Prozessen zu ihrer Regulierung auszugehen.

auf Deweys Technikphilosophie ein. Diese stellt einen weiteren Grund dar, weshalb der Ansatz des demokratischen Experimentalismus auch für das digitale Zeitalter geeignet ist.

6.3 KRITISCHE TECHNIKPHILOSOPHIE

Es gibt kaum einen Gegenstandsbereich, an dem sich der Ansatz des demokratischen Experimentalismus so gut veranschaulichen lässt wie an der Philosophie der Technik.¹²⁵ Deweys kritische Technikphilosophie bietet einen Ausgangspunkt für die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Folgen technologischer Transformationsprozesse und ihrer politischen Regulierung. Seine Forderung einer Übertragung der experimentellen Methode auf soziale und moralische Angelegenheiten (Kap. 3.1) kann wesentlich als Reaktion auf die gesellschaftlichen Folgen der Industrialisierung aufgefasst werden. Ein wachsendes Interesse an Deweys Ansatz zeigt sich gegenwärtig in der pragmatistisch-interaktionistischen Wissenschafts- und Technikforschung, die mit der Verbreitung digitaler Technologien zunehmende Aufmerksamkeit erfahren hat.¹²⁶

Eine erste Verbindung zwischen dem demokratischem Experimentalismus und der Technikphilosophie bietet der Begriff des Werkzeugs (*tool*). Anhand des Umgangs mit Werkzeugen werden die grundlegenden Prämissen des demokratischen Experimentalismus deutlich: die Bedeutung der empirischen Erfahrung, die zentrale Rolle von Konsequenzen und die holistische Handlungs- und Erkenntnistheorie. Deweys technikphilosophischer Ansatz beruht auf der in Kapitel 3.2 beschriebenen Annahme, dass das Verhältnis des Menschen zu seiner Umwelt in erster Linie eines der *Interaktion* ist, nicht der *Introspektion*. Dewey versteht seinen Ansatz daher als eine moderne empirische Philosophie, die auf die Reflexion der Erfahrung abzielt – in Abgrenzung zur vormodernen

125 Vgl. dazu Larry A. Hickman (1990): *John Dewey's Pragmatic Technology*, Bloomington: Indiana University Press.

126 Vgl. Jörg Strübing (2005): *Pragmatische Wissenschafts- und Technikforschung. Theorie und Methode*, Frankfurt a. M.: Campus; Jan-Hendrik Passoth (2008): *Technik und Gesellschaft. Sozialwissenschaftliche Techniktheorien und die Transformationen der Moderne*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften; Werner Rammert (2016): *Technik - Handeln - Wissen. Zu einer pragmatistischen Technik- und Sozialtheorie, 2., aktualisierte Auflage*, Wiesbaden: Springer.

klassischen Philosophie, die eine introspektive Haltung gegenüber der Welt einnimmt und auf die Erkenntnis zeitloser Prinzipien und absoluter Wahrheiten ausgerichtet ist. Dieser Unterschied wird besonders deutlich anhand der Beschäftigung mit der Entwicklung und Anwendung von Technik. Dewey zufolge sollten wir nicht nach dem zeitlosen Wesen der Dinge fragen, sondern danach, was mit den Dingen *als Werkzeugen* getan werden kann und wie sie verbessert werden können, indem wünschenswerte Folgen verstärkt und unerwünschte Folgen vermindert werden.¹²⁷

Ein Werkzeug ist Dewey zufolge »ein Ding, das als Mittel für irgendein abschließendes Ereignis verwendet wird.«¹²⁸ Wie alle menschlichen Handlungen treten Werkzeuge nicht in isolierten Situationen auf, sondern sind in den umfassenden kulturellen Kontext sozialer Interaktionen eingebettet:

»Ein Werkzeug ist ein partikuläres Ding, aber es ist mehr als nur ein partikuläres Ding: in ihm verkörpert sich eine Verbindung, ein sequentielles Band der Natur. Seine es definierende Eigenschaft ist eine objektive Relation. Seine Wahrnehmung wie sein wirklicher Gebrauch führen den Geist zu anderen Dingen.«¹²⁹

Wie anhand des *Ziele-Mittel-Kontinuums* erläutert (Kap. 3.3), geht Dewey in seiner interaktionistischen Handlungstheorie davon aus, dass sich Mittel und Ziele nicht in einem statischen Verhältnis befinden, sondern voneinander abhängig sind und sich im zeitlichen Handlungsvollzug verändern – erreichte Ziele werden zu Mitteln für neue Ziele. Mittel werden den Zielen deshalb nicht untergeordnet, wie es die verbreitete Auffassung von Zweckrationalität und instrumentellem Handeln nahelegt, von der sich Dewey deutlich abgrenzt. Die Abwertung der instrumentellen Herangehensweise gegenüber dem ›reinen‹ philosophischen Denken basiert auf der von Dewey kritisierten Trennung von Denken und Handeln. Solange an dieser Trennung festgehalten wird, legt das Denken die Ziele des Handelns fest, während die Mittel nur zur Umsetzung dienen.

127 Vgl. Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 128.

128 Ebd., S. 134.

129 Ebd., S. 128.

Es ist dagegen genau die Relation von Mitteln und Zielen, auf die Dewey abzielt, wenn er die Begriffe Werkzeug, Maschine (*machinery*) und Technik (*technology*) verwendet. Die damit bezeichneten Gegenstände und Prozesse werden nicht als bloße Mittel zur Erfüllung von feststehenden Zwecken verstanden, sondern verweisen auf den Kontext der sozialen Interaktion, in dem sie entstehen, verwendet und verändert werden. Zugleich beeinflussen sie die Festlegung der Ziele, zu deren Verwirklichung sie dienen. Eine Veränderung der Mittel führt auch zu einer Veränderung der Ziele. Das heißt, dass die technologische Entwicklung nicht einfach der Erfüllung feststehender Ziele dient, etwa zur Lösung konkreter Probleme oder zur Erfüllung menschlicher Bedürfnisse, sondern sie kann bestehende Ziele verändern und auch neue Ziele und Probleme erzeugen, die vorher nicht existierten. Dieser komplexe und dynamische Zusammenhang wird ausgeblendet, wenn Werkzeuge und Technik vom kulturellen Kontext des menschlichen Verhaltens abgeschnitten und als isolierte Objekte der Erkenntnis betrachtet werden.

Dies gilt sowohl in Bezug auf *materielle* wie auch auf *immaterielle* oder *symbolische* Werkzeuge. Denn Deweys Technikphilosophie beschränkt sich nicht auf eine materialistische Position.¹³⁰ Sein sehr weiter Begriff von Technik umfasst auch *Kulturtechniken*, die sich über Jahrhunderte und Jahrtausende entwickelt und verändert haben, wie zum Beispiel landwirtschaftliche und handwerkliche Praktiken, das Transportwesen, aber auch die Schrift, das wissenschaftliche Arbeiten oder das experimentelle Denken. Letztlich lässt sich alles, was die Interaktionen mit der Umwelt verändert, als Werkzeug begreifen und beschreiben – selbst physikalische oder mathematische Theorien.¹³¹ In den Kapiteln 3.1 und 4.3 habe ich erläutert,

¹³⁰ Das hängt auch damit zusammen, dass sich der Begriff *technology* sowohl mit »Technik« als auch mit »Technologie« übersetzen lässt.

¹³¹ Ob auch die Mathematik, die für gewöhnlich als »reinste« unter den theoretischen Wissenschaften angesehen wird, als *Werkzeug* der sozialen Interaktion und als Teil experimenteller Untersuchungsprozesse verstanden werden kann, hängt davon ab, ob man ihre gesellschaftlichen Auswirkungen einbezieht oder nicht: »[M]athematics does, or does not, accomplish its full ethical purpose according as it is presented, or not presented, as such a social tool.« (Dewey, »Ethical Principles Underlying Education« [1897], EW.5.73) In einem früheren Aufsatz schreibt Dewey: »The remote of one generation is the social tool of the next; the abstract mathematics and physics of

dass Begriffe und Theorien im Rahmen des Experimentalismus als flexible Werkzeuge aufgefasst werden, die den Prozess des reflexiven Denkens strukturieren. Schon Peirce hatte in seiner pragmatischen Methode darauf hingewiesen, dass die wahre Bedeutung eines Begriff von den Konsequenzen abhängt, die er im Handeln bewirkt.¹³² Darin zeigt sich der Werkzeugcharakter der Sprache: »Da ein Werkzeug zu sein oder als Mittel für Konsequenzen benutzt zu werden heißt, Sinn zu haben und Sinn zu verleihen, so ist die Sprache, als das Werkzeug der Werkzeuge, die Pflegemutter aller Signifikanz.«¹³³ Dewey vermutet sogar einen engen anthropologischen Zusammenhang zwischen dem Gebrauch von Werkzeugen und der Entwicklung der Sprache:

»Die Erfindung und der Gebrauch von Werkzeugen haben eine große Rolle bei der Verfestigung von Bedeutungen gespielt, weil ein Werkzeug ein Ding ist, das als Mittel zu Konsequenzen benutzt wird, statt direkt und physisch genommen zu werden. Es ist an sich relational, vorausgreifend und voraussagend. Ohne Beziehung zum Abwesenden oder ohne ›Transzendenz‹ ist nichts ein Werkzeug.«¹³⁴

Auch wenn der Gebrauch einfacher Werkzeuge der Entwicklung der menschlichen Sprache vorausging, ist doch die Sprache eine notwendige Bedingung für die Entwicklung komplexer Werkzeuge und für die Weitergabe des dazu notwendigen kulturellen Wissens gewesen. Denn auch das wissenschaftliche Denken, das maßgeblich auf der Fähigkeit der sprachlichen Kommunikation beruht, und die auf diesem Weg gewonnenen Erkenntnisse erfüllen die Funktion von Werkzeugen im Erkenntnisprozess. Insbesondere für die Entwicklung der modernen Wissenschaft ist die Entwicklung geeigneter symbolischer Werkzeuge – in Form von Begriffen, Theorien und Denkmethode – ein zentraler Faktor gewesen. Erkenntnis

the sixteenth and seventeenth centuries are the great social forces of the nineteenth – the locomotive, the telegraph, the telephone, etc.« (Dewey, »Outlines of a Critical Theory of Ethics« [1891], EW.3.316.)

132 Vgl. Dewey, »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, S. 18.

133 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 185, vgl. auch S. 169.

134 Ebd., S. 184.

und Wissen wurden als flexible Werkzeuge in der Form von Hypothesen aufgefasst, die den Untersuchungsprozess leiten. Die »Überprüfung der Gültigkeit von Begriffen, die im rationalen Diskurs formuliert und entwickelt worden waren, [lag] in ihrer Anwendbarkeit auf reales qualitatives Material.«¹³⁵ Diese Auffassung geht mit der Ablehnung des Anspruchs absoluter, überzeitlicher und erfahrungsunabhängiger Erkenntnis einher. Dadurch wird das von Dewey kritisierte dualistische Denken unterlaufen, das sich im modernen Philosophie- und Wissenschaftsverständnis festgesetzt hat: »When this line of understanding [treating knowledge as a mode of technology] is followed the entire epistemological, subject-object, mind-reality, industry completely drops away.«¹³⁶

Der Zusammenhang zwischen Wissenschaft, Technik, Kunst und Gesellschaft wird in der historischen Perspektive auf den Entstehungskontext der modernen Wissenschaft deutlich:

»Daß die Wissenschaften aus den Künsten hervorgingen, die Naturwissenschaften aus dem Handwerk und den Technologien des Heilens, der Navigation, des Krieges und der Bearbeitung von Holz, Metall, Leder, Flachs und Wolle; die Geisteswissenschaften aus den Künsten der politischen Verwaltung, ist, denke ich, eine zugegebene Tatsache. Die typische Geisteshaltung, die die wissenschaftliche Forschung kennzeichnet, entstand bei der Bemühung, Personen und Dinge zu beherrschen, um auf diese Weise die Konsequenzen, Ergebnisse, Resultate zu stabilisieren und zu sichern.«¹³⁷

Bis zur Entstehung der modernen Wissenschaft in der Neuzeit waren Technik, Kunst, Handwerk, Medizin und Wissenschaft nicht voneinander getrennt. Seit der Antike wurde jedoch die philosophische Erkenntnis als Einsicht in die unwandelbaren Prinzipien und Ideen überhöht und von den niederen handwerklich-künstlerischen Betätigungen abgegrenzt. Dennoch wurde durch die Griechen das

¹³⁵ Dewey, *Logik*, S. 97.

¹³⁶ John Dewey (2012): *Unmodern Philosophy and Modern Philosophy*, Carbondale: Southern Illinois University Press, S. 242.

¹³⁷ Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 133; vgl. dazu auch Dewey, *Unmodern Philosophy and Modern Philosophy*, S. 247 f.

Denken selbst »als ein Unternehmen entdeckt, das seine eigenen Objekte und Verfahren hatte; und die Entdeckung des Denkens als Methode der Methoden in allen Künsten fügte aller späteren Erfahrung eine neue Dimension hinzu«. ¹³⁸ Allerdings wurde dieser Weg erst nach nahezu zweitausend Jahren in der Neuzeit wieder aufgegriffen. Die modernen Wissenschaften sind erst entstanden, nachdem die Erkenntnistheorie der mittelalterlichen Scholastik, die weitgehend auf religiöser Dogmatik und deduktiven Verfahren beruhte, wieder mit der Kunst, dem Handwerk und der gewöhnlichen Erfahrung zusammengeführt worden war, »die das klassische griechische Denken als Bedrohung der Reinheit der Wissenschaft ansah«. ¹³⁹ Die frühen wissenschaftlichen Apparate und Instrumente wie »[d]ie Linse, der Kompass und eine Vielzahl von Werkzeugen und Prozessen wurden den praktischen Künsten entlehnt und den Bedürfnissen der wissenschaftlichen Forschung angepasst«. ¹⁴⁰ Die Weiterentwicklung der Technik auf der Grundlage der wissenschaftlichen Erkenntnisse, die schließlich zur Industrialisierung geführt hat, lässt sich aber nur als Resultat der Revolution der Wissenschaft durch die Einführung der experimentellen Methode erklären. Als »direkte[s] Ergebnis der Anwendung der Physik« haben die

»technologischen Anwendungen [...] tief greifende und erhebliche Konsequenzen für menschliche Beziehungen. Veränderungen der Produktions-, Distributions- und Kommunikationsmethoden sind in jedem industriell fortgeschrittenen Land die ausschlaggebende Bedingung sozialer Beziehungen und zu einem großen Ausmaß wirklicher kultureller Werte, während sie intensiv auf das Leben aller ›rückständigen‹ Völker eingewirkt haben.« ¹⁴¹

Auf den Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wurde bereits in der ersten Prämisse der Sozialforschung hingewiesen (Kap. 4.3), die besagt, dass es keine Neutralität in der Forschung gibt, weil Wissenschaft auf einer kulturellen Grundlage basiert. Das gilt gleichermaßen für die Entwicklung der Technik.

¹³⁸ Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 131.

¹³⁹ Dewey, *Logik*, S. 96.

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Ebd., S. 562.

Dewey reflektiert den Zusammenhang von Technik und sozialen Interaktionen anhand von *Maschinen* – als komplexeren materiellen Werkzeugen, die nicht mehr von Muskelkraft, sondern mit Dampf oder Strom betrieben werden. Er weist darauf hin, dass Maschinen nicht nur soziale Werkzeuge, sondern zugleich soziale Produkte sind.¹⁴² Denn ihre Erfindung und Entwicklung steht in einem engen Zusammenhang mit den bestehenden sozialen Bedürfnissen: »Maschinen werden im Zusammenhang der menschlichen Erfahrung entwickelt, nicht vorher oder unabhängig davon.«¹⁴³ Der historische Prozess der Industrialisierung kann deshalb nur im Kontext sozialer und kulturellen Entwicklungsprozesse verstanden werden:

»Die Dampfmaschine, die Lokomotive, der Dynamo, das Automobil, die Turbine, der Telegraph, das Telefon, das Radio und das Kino sind weder die Produkte irgendwelcher isolierter individueller Köpfe noch dasjenige irgendeines besonderen ökonomischen Regimes, das man als Kapitalismus bezeichnet. Sie sind die Frucht der Methoden, die zuerst Eingang in die Bearbeitungsformen der Natur gefunden haben und dann ist das daraus resultierende Wissen in kühnen, ideenreichen Forschungs- und Konstruktionsprojekten benutzt worden.«¹⁴⁴

Wenn wir die Funktion von Werkzeugen und Technik im Kontext des menschlichen Verhaltens anhand der eintretenden Folgen reflektieren, wird die wechselseitige Durchdringung von sozialen Interaktionen und technologischen Entwicklungen deutlich. Es ist weder der Fall, dass die Technikentwicklung einseitig durch soziale Bedürfnisse und Herausforderungen determiniert ist, noch, dass die technologischen Entwicklungen einseitig die sozialen Interaktionen determinieren. Neue Technologien müssen sowohl im Kontext kultureller Entwicklungsprozesse verstanden werden als auch hinsichtlich der positiven und negativen Auswirkungen, die sie auf

142 »The machine itself moreover, in its enormous expansion, is not only a social tool, but a social product.« (Dewey, *Ethics* [1908], MW.5.453.)

143 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 198.

144 Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 194 f.

die sozialen Interaktionen haben. Technik ist in diesem Sinn nicht nur ein Mittel zum Zweck, sondern beeinflusst zugleich auch – wie jede neue Gewohnheit, die wir erlernen – den Rahmen, in dem wir denken, handeln und kommunizieren: »Zum Beispiel bringen Industrie und technologische Erfindungen Mittel hervor, welche die Formen assoziierten Verhaltens wandeln und die Quantität, den Charakter und den Einflußbereich ihrer indirekten Folgen radikal verändern.«¹⁴⁵ Insofern kann Technik nur im Rahmen eines Prozesses der *Wechselwirkung* mit den sozialen Bedingungen verstanden werden. Dieser Zusammenhang findet sich auch in den Formen und Methoden des Denkens wieder: »So lässt sich die Vorliebe des neunzehnten Jahrhunderts für exklusiv mechanische Begriffe nicht von den Bedürfnissen der Industrie jener Periode trennen.«¹⁴⁶

Jede Maschine wird zunächst mit der Absicht konstruiert, bestimmte Konsequenzen zu erzielen. Das heißt, die Frage, *wie* der Prozess der sozialen Interaktion verändert werden soll, welche konkreten Bedürfnisse und Zwecke erfüllt werden sollen, ist in der Konstruktion einer Maschine bereits gedanklich vorweggenommen. In diesem Sinn ist eine Maschine »ein instrumentelles Mittel zur Regelung von Interaktionen mit Bezug auf Konsequenzen«.¹⁴⁷ Wenn eine technologische Innovation in keiner Weise auf soziale Bedürfnisse reagiert, könnte sie keine Verbreitung finden. Zwar bleibt eine Maschine mit dem Zweck verbunden, zu dessen Erfüllung sie konstruiert wurde. Das heißt aber nicht, dass ihre Verwendung durch diesen Zweck determiniert ist. Anhand des Ziele-Mittel-Kontinuums wird deutlich, dass erreichte Ziele im weiteren zeitlichen Verlauf zu Mitteln für weitere Ziele werden. In diesem Sinn werden technische Innovationen, sobald sie etabliert sind, zu Mitteln für die Entwicklung weiterer Technologien. Die ursprüngliche Einbettung in soziale Zwecke und Bedürfnisse kann deshalb im Laufe der Zeit in den Hintergrund treten. Die Komplexität von Maschinen führt zudem zu einer »inhärenten Logik der Maschine«; das heißt, dass komplexe Technologien kontinuierlich weiterentwickelt werden können, ohne dass die Frage nach ihrem sozialen Zweck gestellt werden muss:

145 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 40.

146 Dewey, *Logik*, S. 562.

147 Dewey, *Erfahrung und Natur*, S. 199.

»Wenn Maschinen eine gewisse Entwicklungsstufe erreicht haben, können sich Ingenieure ohne eine spezifische Beziehung auf konkreten Nutzen und Gebrauch der Konstruktion neuer Maschinen und Verbesserungen an alten Maschinen widmen. Das heißt, Erfinder werden durch die *inhärente Logik existierender Maschinen* geleitet, durch Beobachtung der Konsistenz von Beziehungen, die Teile der Maschine zueinander und zur Struktur der ganzen Maschine haben.«¹⁴⁸

Wenn die Technik nur innerhalb ihrer eigenen Logik weiterentwickelt wird, ohne dass die Konsequenzen, die den Sinn einer Maschine bestimmen, in diesem Prozess reflektiert werden, dann werden Technik und Wissenschaft von ihren sozialen Folgen getrennt. Genau das ist aber seit der Industrialisierung zunehmend der Fall, wie Dewey infolge der Differenzierung der wissenschaftlichen Disziplinen und der verbreiteten Trennung von Denken und Handeln, die sich in der Trennung von reiner und angewandter Wissenschaft widerspiegelt, diagnostiziert. Die Einführung von Maschinen als Produktionsmitteln führte zu einer hohen Differenzierung, Spezialisierung und enormen Beschleunigung einzelner Arbeitsschritte, aber aufgrund der Standardisierung zugleich auch zu einer intellektuellen Verflachung, weil kein Wissen über den gesamten Produktionsprozess mehr nötig war.¹⁴⁹ Während handwerkliche Arbeit ein größeres Maß an Kontrolle und Wissen verlangt sowie eine Anpassung der Werkzeuge ermöglicht, müssen sich Arbeiter unter den Bedingungen der Industrialisierung den Regeln der Maschinen anpassen, die sie bedienen:

»Während sich einerseits die geistigen Möglichkeiten der Industrie vervielfacht haben, ist der Bildungswert der industriellen Arbeit für die Massen heute weit geringer geworden, viel geringer als in der Zeit, da man durch Handarbeit für den örtlichen Markt produzierte.

¹⁴⁸ Ebd., S. 198 f. (Herv. A. A.).

¹⁴⁹ Vgl. Dewey, *Ethics* (1908), MW.5.454.

Damit wird die Aufgabe, die in der Arbeit liegenden geistigen Möglichkeiten auszunutzen, der Schule zugeschoben.«¹⁵⁰

Ebenso wie die Trennung der Wissenschaft von ihrer sozialen Umwelt führt auch die Trennung der Technik von ihren sozialen Folgen, die sich in der Reduzierung auf die einseitige Optimierung der Mittel niederschlägt, zu »intellektueller Verantwortungslosigkeit«.¹⁵¹ Solche Verantwortungslosigkeit beruht letztlich auf einem verkürzten Verständnis von Rationalität, und genau gegen diese reduzierte Rationalitätsauffassung richtet sich die Konzeption sozialer Intelligenz in Deweys Experimentalismus.¹⁵² Um einseitige Fehlentwicklungen zu verhindern, sind wir gezwungen, den praktischen Folgen der durch wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung beschleunigten Veränderung des menschlichen Zusammenlebens mehr Beachtung zu schenken. Denn nur dadurch kann die Wissenschaft ein *Instrument* werden, das menschlichen Zwecken dient. Durch die Rekonstruktion des Zusammenhangs von Wissenschaft, Technik, Kunst und Gesellschaft versucht Dewey, die menschliche Seite der technologisch-industriellen Zivilisation aufzudecken. Technologie muss immer wieder neu angeeignet werden, um menschlichen Zwecken und Interessen zu dienen und nicht nur zu deren Ausbeutung beizutragen. Denn von sich aus ist die Wissenschaft nicht auf eine bestimmte Anwendung festgelegt: »Sie stellt sich mit gleicher Unparteilichkeit den freundlichen Aufgaben der Medizin und Hygiene wie den destruktiven Zielen des Krieges zur Verfügung.«¹⁵³

Die notwendige politische Regulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist »das größte [Problem], mit dem die Zivilisation jemals konfrontiert wurde. Es ist ohne Übertreibung die ernsthafteste Streitfrage des zeitgenössischen Lebens.«¹⁵⁴ Doch die Regulierung öffentlicher Angelegenheiten ist in erster Linie, wie in Kapitel 6.1 beschrieben wurde, ein intellektuelles Problem. Die-

150 Dewey, *Demokratie und Erziehung*, S. 406 (Herv. i. O.).

151 Dewey, *Logik*, S. 562.

152 Vgl. zum Intelligenzbegriff das Kapitel 4.2 und in diesem Zusammenhang auch Deweys Kritik der »wissenschaftlichen Betriebsführung« am Ende von Kapitel 3.3.

153 Dewey, »Wissenschaft und Gesellschaft«, S. 311.

154 Ebd., S. 312.

ser Herausforderung kann nicht mit starren ethischen Prinzipien begegnet werden, sondern nur, indem auch die Methoden des Denkens und der Kommunikation zur Wahrnehmung und Reflexion der entstehenden Folgen im gleichen Maße verbessert werden wie die Wissenschaft – indem die experimentelle Methode auch auf die Bereiche des Sozialen und Moralischen ausgedehnt wird, damit die tatsächlichen Folgen unseres Handelns wahrgenommen, bewertet und reguliert werden können. Eben darauf reagiert Dewey mit seinem Vorschlag einer Erneuerung der Philosophie und der Methoden der Sozialforschung: »Wir, die wir ein mächtiges und vollkommenes Instrument in unseren Händen halten, ein Instrument, das die Qualität sozialer Veränderungen bestimmt, müssen uns fragen, welche Veränderungen wir erreichen und welche wir abwenden wollen.«¹⁵⁵ Da schließlich die »Veränderungen ohnehin vor sich gehen, kommt es darauf an, genügend über sie zu erfahren, so daß wir in den Stand gesetzt werden, uns ihrer zu bemächtigen und sie in die Richtung unserer Wünsche zu lenken.«¹⁵⁶

In *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* beschreibt Dewey diese beschleunigte soziale Veränderung infolge der Industrialisierung als das »technologische Zeitalter« oder »Maschinenzeitalter«.¹⁵⁷ Wie bereits in Kapitel 5.1 erläutert, ist dieses Maschinenzeitalter für Dewey der wesentliche Faktor für die Entstehung der *Großen Gesellschaft*. Infolge der Industrialisierung ist eine »neue Ära der menschlichen Beziehungen« entstanden, »die durch die Massenproduktion für entfernte Märkte, durch Telegraphen und Telephon, billigere Druckerzeugnisse, Eisenbahn und Dampfschiffahrt gekennzeichnet ist«.¹⁵⁸ Die neuen Technologien verändern die menschlichen Beziehungen weitaus mehr als die Entdeckung der »Neuen Welt« durch Christoph Kolumbus: »Die wirklich neue Welt ist in den letzten hundert Jahren erschaffen worden. Dampf und Elektrizität haben die Bedingungen, unter denen Menschen sich miteinander verbinden, mehr verändert als alle Kräfte, welche die menschlichen Beziehungen vor unserer Zeit beeinflußt haben.«¹⁵⁹

155 Ebd., S. 314.

156 Dewey, *Die Erneuerung der Philosophie*, S. 162.

157 Vgl. Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 112, 122 ff.

158 Ebd., S. 123.

159 Ebd.

Die sozialen Folgen des technologischen Wandels sind so umfassend, schwerwiegend und irreversibel, dass sie alle zuvor erläuterten Kriterien des Begriffs ›öffentliche Angelegenheit‹ erfüllen und damit zum Gegenstand politischer Regulierungsprozesse werden. Allerdings erfolgt die Verbreitung und Akzeptanz von technologischen Innovationen weitaus schneller als die zu ihrer effektiven Regulierung notwendige Anpassung der sozialen, ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Dewey zufolge geht sogar »[e]in großer Teil der heute gegen die technologische Industrie erhobenen Anklagen [...] zu Lasten des unveränderten Fortbestehens einer aus dem vor-industriellen Zeitalter ererbten Rechtseinrichtung«. ¹⁶⁰ Durch die langsamere Anpassung des Denkens entsteht ein »Gegensatz zwischen äußerer und innerer Wirksamkeit« der technologischen Entwicklung, den Dewey als den »große[n] Widerspruch in unserem Leben« ansieht. ¹⁶¹ Dadurch wird jedoch die Ursache schnell an der falschen Stelle gesucht und »die Schuld für all die Übel unseres Lebens dem Dampf, der Elektrizität und den Maschinen« zugeschoben: »Es ist immer bequem, sowohl einen Teufel als auch einen Erlöser zu haben, um die Verantwortung der Menschheit zu tragen. In Wirklichkeit kommt das Unheil eher von den Ideen und dem Mangel an Ideen, in Zusammenhang mit denen die technologischen Faktoren wirken.« ¹⁶²

Von der notwendigen Anpassung der Gewohnheiten und Institutionen sind sämtliche Bereiche der Gesellschaft betroffen. Sogar die politische und ökonomische Grundverfassung der Gesellschaft wurde unter dem Aspekt in Frage gestellt, ob sie den Herausforderungen der Industrialisierung und ihrer Folgewirkung gewachsen sei. Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise schreibt Dewey 1931:

»Wenn sowohl Demokratie wie Kapitalismus angeklagt sind, steht in Wirklichkeit unsere kollektive Intelligenz vor Gericht. Wir haben genügend Intelligenz auf physikalischem Gebiet gezeigt, um das neue und machtvolle Instrument der Wissenschaft und Technologie zu schaffen. Bislang hatten wir nicht genügend Intelligenz, um

160 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 99.

161 Dewey, »Wissenschaft und Gesellschaft«, S. 310.

162 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 123.

dieses Instrument bewusst und systematisch zur Kontrolle seiner sozialen Operationen und Konsequenzen anzuwenden.«¹⁶³

Ich habe bereits in den Kapiteln 3.1 und 4.2 betont, dass Dewey kein naiver Fortschrittsoptimismus unterstellt werden kann, da er die negativen Folgen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts keineswegs ausblendet. Für Dewey ist es offensichtlich, »dass der frühere Optimismus, der überzeugt war, der Fortschritt der Naturwissenschaft bestehe in der Vertreibung von Aberglaube, Unwissenheit und Unterdrückung durch die Inthronisierung der Vernunft, ungerechtfertigt war«. ¹⁶⁴ Die problematischen Folgen sind nicht einfach das Resultat des Technik, sondern auch Folgen der verpassten Anpassung der rechtlichen und institutionellen Strukturen. ¹⁶⁵ Doch geht es keineswegs um eine einseitige Anpassung der sozialen Institutionen an die Bedingungen der Technik – oder gar des Marktes. Die *Anpassung* ist für Dewey notwendigerweise mit dem beschriebenen reflexiven Denkprozess der Problemlösung verbunden, in dem zwischen positiven und negativen Folgen differenziert wird. Daraus folgt eine Position, die weder auf dogmatischen Prinzipien beruht oder sich grundsätzlich gegen Veränderungen versperrt noch alles Neue undifferenziert akzeptiert oder gar davon ausgeht, dass durch technische Entwicklung alles besser wird. Ein starres Beharren auf den bestehenden Gewohnheiten – als Alternative zu einem reflexiven Umgang mit neuen Situationen – verhindert eine konstruktive Auseinandersetzung und differenzierte Bewertung der Veränderungen. Dadurch entstehen nur weitere, möglicherweise noch schwerwiegendere Konflikte, während die wünschenswerten Potenziale, die sich aus dem Produktivitätszuwachs ergeben, nicht angemessen gefördert werden. Zu den Potenzialen gehört auch, dass durch die Veränderung des Kommunikations- und Transportwesens bessere Bedingungen für die Wahrnehmung der Folgen geschaffen werden: »Das Vermögen, Folgen zu entdecken, hat sich besonders mit den jeweils zur Verfügung stehenden Erkenntnismitteln verändert.«¹⁶⁶ Aufgrund der

163 Dewey, »Wissenschaft und Gesellschaft«, S. 318 f.

164 Ebd., S. 311.

165 Vgl. Dewey, »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, S. 200.

166 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 41.

Diskrepanz zwischen den technologischen Entwicklungen und den gesellschaftlichen Lernprozessen sind jedoch die »intellektuellen Mittel zur Bildung einer organisierten Öffentlichkeit [...] unangemessener als ihre äußeren Mittel.«¹⁶⁷

Mit der Erfindung der Elektrizität wurden die Maschinen, von denen Dewey schreibt, zu hochkomplexen Technologien weiterentwickelt, die schließlich zur Digitalisierung führten. Der soziale Wandel hat sich durch die Digitalisierung weiter beschleunigt. Mit zunehmender Vielfalt und »Geschwindigkeit verändern sich vor unseren Augen häusliches Leben, politische Institutionen, internationale Beziehungen und persönliche Kontakte. Wir können die Veränderungen gar nicht erst kritisch beurteilen und abwägen; sie vollziehen sich zu schnell. Wir haben keine Zeit, uns einen Überblick zu verschaffen.«¹⁶⁸ Doch für Dewey steht

»die große wissenschaftliche Revolution erst noch bevor. Sie wird erfolgen, wenn die Menschen ihr Wissen kollektiv und kooperativ für die Anwendung organisieren, um soziale Werte zu erreichen und zu sichern; wenn sie systematisch wissenschaftliche Verfahren zur Kontrolle menschlicher Beziehungen und zur Steuerung der sozialen Wirkungen unserer riesigen technologischen Maschinerie verwenden.«¹⁶⁹

Fast ein Jahrhundert ist vergangen, seit Dewey seine einschlägigen Schriften zur Öffentlichkeitstheorie publiziert hat. In dieser Zeit haben sich die institutionellen Strukturen und organisatorischen Formen von Öffentlichkeiten deutlich verändert. Bereits die technologischen, ökonomischen und bürokratischen Folgen der Industrialisierung haben zu einer grundlegenden Veränderung der sozialen Interaktionen geführt. Das *Maschinenzeitalter*, von dem Dewey in seinen Überlegungen explizit ausgeht, wird aus heutiger Perspektive als *erstes Maschinenzeitalter* oder als *zweite industrielle Revolution* bezeichnet. Es reicht etwa von 1880 bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts und ist wesentlich durch die Ablösung der manuellen Arbeit durch die Dampfmaschine und Elektrizität gekennzeichnet.

167 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 124.

168 Dewey, »Wissenschaft und Gesellschaft«, S. 311.

169 Ebd., S. 321.

Seit den 1940er Jahren wurde das erste Maschinenzeitalter in stetig wachsender Geschwindigkeit in ein *zweites Maschinenzeitalter* – das *digitale Zeitalter* – transformiert, das auch als *dritte industrielle Revolution* bezeichnet wird.¹⁷⁰ Die Entstehung digitaler Technologien lässt sich nicht als einheitliches Phänomen beschreiben, sondern ist die Folge einer Vielzahl von technologischen Entwicklungen, die Teil des historischen Forschungskontinuums sind, auf das sich Dewey in seiner Technikphilosophie bezieht.

Eine Bestandsaufnahme der digitalen Transformation würde den Rahmen sprengen und wäre aufgrund der Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung schon bald nicht mehr aktuell. Das menschliche Zusammenleben ist durch einen beschleunigten, komplexen und kontinuierlichen Wandel gekennzeichnet, dessen zukünftige Entwicklung sich nicht voraussehen lässt. In dieser Hinsicht besteht ein Vorteil des demokratischen Experimentalismus darin, dass er auf die Bedingungen eines intelligenten Umgangs mit dem kontinuierlichen kulturellen und technologischen Wandel ausgerichtet ist. Dewey versucht nicht, die gesellschaftlichen Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, aus einer übergeordneten Perspektive zu verstehen und in ein einheitliches System zu integrieren, sondern weist darauf hin, dass wir unser Denken auf konkrete problematische Situationen ausrichten müssen. Davon ausgehend können wir die komplexen Handlungszusammenhänge reflektieren und kontrollieren. Doch der Gesamtzusammenhang *aller* sozialen Interaktionen und Folgen ist uns weder empirisch noch kognitiv zugänglich.

Auch wenn die digitalen Technologien längst im Alltag angekommen sind und die Bedingungen der sozialen Interaktionen tiefgreifend verändern, folgt daraus nicht, dass die Bedeutung der Technik und der Veränderung auch *verstanden* wird. Wie viele Gesellschaftstheoretiker_innen hat auch Dewey beobachtet, dass der technologische Wandel schneller erfolgt als die Anpassung des Denkens, der Werte und der sozialen Institutionen, die jedoch notwendig ist, um

¹⁷⁰ Vgl. Claudia Lemke und Walter Brenner (2015): *Einführung in die Wirtschaftsinformatik*, Bd. 1: Verstehen des digitalen Zeitalters, Berlin/Heidelberg: Springer, S. 15 ff.; Oliver Stengel (2017): »Zeitalter und Revolutionen«, in: *Digitalzeitalter – Digitalgesellschaft. Das Ende des Industriezeitalters und der Beginn einer neuen Epoche*, Wiesbaden: Springer, S. 17–49; Jeremy Rifkin (2011): *Die dritte industrielle Revolution. Die Zukunft der Wirtschaft nach dem Atomzeitalter*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 35 ff.

die Folgen eines technologischen Wandels zu regulieren. Das ist auch heute zutreffend. Dass wir mit den veränderten Bedingungen umgehen können, heißt nicht, dass wir sie bereits verstehen und in dem Maße *kontrollieren* können, wie unsere Vorfahren gelernt haben, Feuer, Strom oder den Straßenverkehr unter Kontrolle zu bringen. Das gilt auch für die wirtschaftlichen Akteur_innen, die maßgeblich an der Weiterentwicklung neuer Technologien beteiligt sind und von ihnen profitieren:

»Daß die geschäftlich Erfolgreichen in Grenzen über Wissen und Können verfügen, ist nicht zu bezweifeln. Aber dieses Wissen geht nur verhältnismäßig wenig über das eines tüchtigen und erfahrenen Maschinisten hinaus. Es genügt, um die von ihm vorgefundenen Bedingungen auszunutzen.«¹⁷¹

Die *intelligente Kooperation* und Kontrolle einer neuen Technologie setzt dagegen voraus, dass neben dem kurzfristigen Nutzen auch die nicht-intendierten und langfristigen Folgen systematisch wahrgenommen, reflektiert und in die Weiterentwicklung der Technologie und die Anpassung der institutionellen Strukturen einbezogen werden. Genauso wie die Erfindung der Eisenbahn neue Verwaltungsstrukturen und Institutionen hervorgerufen hat, führt auch die Digitalisierung derzeit zu großen Veränderungen der staatlichen Organisationsformen als Teil der institutionalisierten Öffentlichkeit.¹⁷²

¹⁷¹ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 142.

¹⁷² Vgl. Stefanie Köhl u. a. (2014): *Stein-Hardenberg 2.0. Architektur einer vernetzten Verwaltung mit E-Government*, Berlin: Edition Sigma.

DIGITALE ÖFFENTLICHKEITEN

Im Zentrum des folgenden Kapitels steht die Aktualisierung von Deweys prozessualer Konzeption von Öffentlichkeiten unter den Bedingungen des digitalen Wandels. Dazu untersuche ich die Konsequenzen, die aus den Annahmen des demokratischen Experimentalismus für die theoretische und empirische Erforschung digitaler Öffentlichkeiten folgen. Ausgehend von Deweys Ansatz kommen Fragen und Phänomene in den Blick, die in anderen Konzeptionen von Öffentlichkeit nicht oder nur indirekt behandelt werden. Die prozessuale und situative Ausrichtung des Ansatzes rückt konkrete öffentliche Angelegenheiten und die Bedingungen für die Organisation kooperativer Untersuchungsprozesse ins Zentrum.

Zunächst untersuche ich, wie der Begriff »digitale Öffentlichkeiten« verstanden werden kann und wie einige von Deweys Annahmen, insbesondere die Betonung lokaler Gemeinschaften, vor dem Hintergrund des digitalen Wandels interpretiert werden können (Kap. 7.1). Anschließend erörtere ich anhand von ausgewählten Beispielen, wie Deweys Öffentlichkeitstheorie auf der lokalen, regionalen und transnationalen Ebene angewendet werden kann (Kap. 7.2). Zum Schluss erläutere ich, welche Folgen der Ansatz des demokratischen Experimentalismus für die empirische Öffentlichkeitsforschung hat (Kap. 7.3).

7.1 ZUM BEGRIFF DIGITALER ÖFFENTLICHKEITEN

Wenn Deweys Öffentlichkeitskonzeption als Grundlage einer Theorie digitaler Öffentlichkeiten dienen soll, dann muss angesichts der historischen Distanz untersucht werden, welche Aspekte seiner Konzeption übernommen, welche verändert und welche verworfen werden müssen. In der Einleitung (Kap. 1) habe ich bereits erläutert, dass die verbreiteten Öffentlichkeitstheorien aufgrund ihrer nationalstaatlichen Ausrichtung, ihrer Verengung auf massenmediale Diskurse und ihrer relativ statischen Unterscheidung zwischen

öffentlich und privat durch den digitalen Wandel in Frage gestellt werden. In Deweys Ansatz ergibt sich dagegen nur eine minimale Verschiebung, wie im Folgenden gezeigt werden soll.

Im demokratischen Experimentalismus wird davon ausgegangen, dass Begriffe und Theorien flexible Werkzeuge des Denkens sind, die an die Bedingungen konkreter Situationen angepasst werden müssen. Insofern ist Deweys Öffentlichkeitskonzeption nicht als abgeschlossene Theorie zu verstehen, sondern muss in der Anwendung auf konkrete empirische Situationen stets reflektiert und adaptiert werden. Unter diesem Vorbehalt stehen auch die folgenden Überlegungen zur Aktualisierung des Ansatzes. Was Deweys Konzeption ausdrücklich *nicht* leistet und auch nicht leisten soll, ist eine Beantwortung der ontologischen Frage, ob spezifische Phänomene digitale Öffentlichkeiten *sind* – wie die #aufschrei-Debatte auf Twitter, der »Arabische Frühling«, die Occupy-Bewegung oder die Proteste im Istanbul Gezi-Park. Eine ontologische Bestimmung würde voraussetzen, dass der Begriff digitaler Öffentlichkeiten abschließende Kriterien angäbe, anhand derer festgestellt werden könnte, was eine Öffentlichkeit ist und was nicht. Der Ansatz des demokratischen Experimentalismus basiert dagegen auf einer prozessualen und situativen Logik der Forschung. Alle genannten Phänomene können durchaus als Öffentlichkeiten untersucht werden. Dabei handelt es sich aber um einen explorativen und experimentellen Prozess, in dem die konkrete Situation untersucht wird.

Dass der Ansatz nicht von einer abschließenden Definition ausgeht, die bereits vorab festlegt, was eine Öffentlichkeit ist und was nicht, führt zwar zu einer gewissen Unschärfe des Öffentlichkeitsbegriffs im Allgemeinen. Andererseits ist aber der Ansatz durch diese begriffliche Offenheit für eine Vielzahl konkreter Situationen besonders geeignet. Das experimentelle Verständnis von Begriffen und Theorien als *Werkzeuge des Denkens* wirft die Frage auf, wie die Wahrnehmung einer Situation und die Situation selbst *verändert* wird, *wenn* sie von den Betroffenen und Beteiligten als kooperativer Untersuchungsprozess verstanden wird. In diesem Sinn ist die Grundannahme des demokratischen Experimentalismus zu verstehen, dass Erkenntnis nicht statisch ist, sondern einen aktiven und transformativen Prozess darstellt, der konkrete Situationen und die Beteiligten verändert. Das Ziel des demokratischen

Experimentalismus besteht nicht in der Klärung allgemeiner Begriffe, sondern in der Klärung konkreter, realer Situationen. Durch diesen Wechsel von der distanzierten, erkenntnistheoretischen zur transformativ-experimentellen Perspektive auf digitale Öffentlichkeiten rücken die Versuche, den Öffentlichkeitsbegriff abschließend zu definieren, in den Hintergrund und die Prozesse, die zur Wahrnehmung und Klärung konkreter öffentlicher Angelegenheiten notwendig sind, in den Vordergrund. Dadurch kommen auch die individuellen und institutionellen Bedingungen in den Blick, die die kooperativen Forschungs- und Lernprozesse fördern beziehungsweise blockieren.

Ausgehend von der erläuterten Einschränkung der Leistungsfähigkeit eines allgemeinen Begriffs »digitaler Öffentlichkeiten« soll aber zunächst erläutert werden, wie der Begriff im Anschluss an den theoretischen Rahmen des demokratischen Experimentalismus verstanden werden kann. Zunächst sind auch *digitale* Öffentlichkeiten kooperative Untersuchungsprozesse, die sich mit der Wahrnehmung und Regulierung öffentlicher Angelegenheiten befassen. Was sich lediglich ändert, sind die Kommunikations- und Interaktionsbedingungen, die durch die digitalen Technologien eine Erweiterung erfahren. Heute werden die durch digitale Technologien vermittelten Interaktionen nicht mehr als eigenständiger, von der Realität abgrenzbarer Raum oder Handlungsbereich verstanden, wie es in den Konzeptionen des »Cyberspace« und der »Virtualität« in den 1990er Jahren noch der Fall war, sondern als Teil der alltäglichen sozialen Interaktionen.¹ Die Idee des Internets als virtueller Raum ist damit obsolet geworden. Um nicht den Eindruck zu erwecken, dass es eine ›rein digitale‹ Sphäre der Öffentlichkeit gäbe, könnte auch weiterhin einfach der Begriff der ›Öffentlichkeiten‹ verwendet werden. Eine Theorie digitaler Öffentlichkeiten, wie sie hier entwickelt wird, geht von der Überwindung der Dichotomie zwischen ›real‹ und ›virtuell‹ aus und versteht digitale Technologien, wie alle Werk-

¹ Vgl. Achim Bühl (1997): »Die virtuelle Gesellschaft. Ökonomie, Politik und Kultur im Zeichen des Cyberspace«, in: *Soziologie des Internets. Handeln im elektronischen Web-Werk*, hrsg. von Lorenz Gräf und Markus Krajewski, Frankfurt a. M./New York: Campus, S. 39–59; Caja Thimm (2004): »Mediale Ubiquität und soziale Kommunikation«, in: *Soziologie des Cyberspace. Medien, Strukturen und Semantiken*, hrsg. von Udo Thiedeke, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–69, S. 67.

zeuge und Technologien, die in der Menschheitsgeschichte entwickelt wurden (vgl. Kap. 6.3), nicht als abgrenzbaren Handlungsbe-
reich, sondern im Zusammenhang der Interaktion von Menschen
mit ihrer sozialen und materiellen Umwelt.

Doch was unterscheidet dann digitale von nicht-digitalen Öffent-
lichkeiten und rechtfertigt diese Bezeichnung? Mein Vorschlag lau-
tet, dass der Begriff *digitaler* Öffentlichkeiten lediglich durch zwei
Besonderheiten gekennzeichnet ist: 1. Digitale Technologien dienen
zu einem wesentlichen Teil als *Mittel* zur Kommunikation und Inter-
aktion in kooperativen Untersuchungsprozessen; 2. die problemati-
schen Folgen digitaler Technologien stellen den *Gegenstand* neuer
Öffentlichkeiten dar. Sofern das zweite Merkmal zutrifft, dürfte in
der Regel auch das erste Merkmal zutreffen. Als *Mittel* verändern
digitale Technologien zentrale Bedingungen der Entstehung und
Organisation von kooperativen Öffentlichkeiten. Weil sich nicht nur
die Kommunikation verändert, beziehe ich mich im Folgenden auf
digitale Technologien als Kommunikations- und Interaktionsmittel:
Sie ermöglichen neue Formen der Kommunikation und Zusammen-
arbeit, in denen die räumliche Distanz der Beteiligten an Bedeutung
verliert. Sie tragen dazu bei, dass *mehr* Menschen miteinander kom-
munizieren und interagieren können. Sie erhöhen die Geschwindig-
keit der Kommunikation sowie die Menge an ausgetauschten In-
formationen und ermöglichen die Sammlung und Analyse großer
Datenmengen. Sie bringen dadurch aber auch neue indirekte Hand-
lungsfolgen mit sich, die, wenn es sich um schwerwiegende, irrepa-
rable und weitreichende Folgen für Dritte handelt, zum *Gegenstand*
neuer Öffentlichkeiten werden.² Zwischen den digitalen Technolo-
gien in ihrer Funktion als Mittel und den negativen Folgen, die sie
selbst bewirken, lässt sich jedoch keine scharfe Trennlinie ziehen.
Schon früher hat die Entwicklung neuer Kommunikations- und
Transportmittel – Telefon, Radio, Kino, Fernsehen, Eisenbahn, Auto
und Flugzeug – in erster Linie zur Entstehung von neuen sozia-
len Interaktionen und Wechselwirkungen geführt. Erst in zweiter
Linie dienten sie als Mittel zur Organisation von neuen Formen

2 Zu diesen neuen indirekten Handlungsfolgen gehören beispielsweise Phänomene
der Monopolbildung und Wettbewerbsverzerrung durch global agierende Konzerne,
die massenhafte und anlasslose Überwachung der weltweiten Kommunikation oder
die Manipulation von Nachrichten.

von Öffentlichkeit, die sich auch mit den schwerwiegenden und indirekten Folgen jener Kommunikations- und Interaktionsmittel beschäftigt haben, von denen sie selbst profitierten. Ebenso verhält es sich mit den digitalen Technologien – sie erzeugen neue soziale Interaktionsformen und dienen zugleich als Mittel, die Folgen dieser Interaktionen zu erforschen und zu regulieren.

Eine zweite zu klärende Frage richtet sich auf die Verwendung des Singulars und des Plurals im Zusammenhang mit dem Begriff digitaler Öffentlichkeiten. In der deutschen Sprache gibt es nur den Begriff der Öffentlichkeit, um sowohl einzelne »publics« als auch die »public sphere« zu bezeichnen. Dieses Problem erübrigt sich im demokratischen Experimentalismus, insofern die Annahme abgelehnt wird, dass es einen Bereich des Handelns gebe, der sich als Sphäre der Öffentlichkeit abgrenzen lässt. Welche Interaktionen privat und welche öffentlich sind, lässt sich nicht kategorisch, sondern nur *ex post* anhand des flexiblen Kriteriums von Öffentlichkeit entscheiden, das sich nach den indirekten Folgen der Interaktionen richtet. Deshalb lässt sich die Öffentlichkeit nicht in Abgrenzung zum Staat, zur Wissenschaft, zum Markt oder zur Privatsphäre definieren. Da Öffentlichkeiten als kooperative Untersuchungsprozesse keine spezifische Sphäre des Handelns darstellen, ist auch der Begriff der *politischen* Öffentlichkeit hinfällig. Öffentlichkeiten sind grundsätzlich politisch, weil es im Untersuchungsprozess um die kollektive Regulierung von sozialen Angelegenheiten geht, die eine große Zahl von Menschen betreffen.³ Da es eine Vielzahl von öffentlichen Angelegenheiten und kooperativen Untersuchungsprozessen gibt, kann von *digitalen* Öffentlichkeiten nur im Plural die Rede sein. Das heißt nicht, dass diese Öffentlichkeiten personell, institutionell oder thematisch streng voneinander getrennt werden können. Sie sind ebenso verstrickt wie die sozialen Interaktionen und Folgen, die sie zum Gegenstand haben. Öffentlichkeit im Singular bezeichnet im demokratischen Experimentalismus entweder einen spezifischen Untersuchungsprozess, der grundsätzlich nicht ›rein

³ Soziale Interaktionen, die ebenfalls viele Menschen betreffen, aber keine problematischen Folgen hervorbringen, die reguliert werden müssen, machen keine Öffentlichkeiten im Sinne des demokratischen Experimentalismus erforderlich. Die Regulierung zielt lediglich darauf ab, die Bedingungen der sozialen Interaktionen so zu verändern, dass unerwünschte Handlungsfolgen eingeschränkt und erwünschte Folgen gefördert werden.

digital« sein kann, oder aber jenes Kriterium der Öffentlichkeit, das in der Wahrnehmung und Regulierung von indirekten Handlungsfolgen besteht, die schwerwiegende, irreversible und weitreichende Folgen für unbeteiligte Dritte haben. Von »der digitalen Öffentlichkeit« zu sprechen, macht in diesem Zusammenhang wenig Sinn, da sich das Kriterium der Öffentlichkeit – in dieser Form – durch den digitalen Wandel nicht verändert. Welche anderen Aspekte der Konzeption sich aber gleichwohl ändern müssen, soll im Folgenden diskutiert werden.

Nun lassen sich die Fragen nach den problematischen Folgen digitaler Technologien nur im Rahmen von empirisch fundierten Untersuchungsprozessen beantworten. Bei den vorliegenden Überlegungen handelt es sich aber *nicht* um die Untersuchung einer problematischen Situation im Sinne eines kooperativen Untersuchungsprozesses, da hier nicht von einem konkreten Handlungszusammenhang ausgegangen wird. Stattdessen geht es darum, die Veränderung der Bedingungen zu reflektieren, unter denen kooperative Untersuchungsprozesse durchgeführt werden, die sich auf die Folgen der Verbreitung digitaler Technologien und auf andere problematische Handlungszusammenhänge richten. Auf dieser allgemeinen Ebene lässt sich zwar nicht viel über die konkrete Form einer Öffentlichkeit sagen, da schließlich jede Öffentlichkeit andere Mittel und Formen der Organisation benötigt. Doch auch wenn es keine ideale Form oder abschließende Definition gibt, die sich auf alle Öffentlichkeiten anwenden lässt, kann auf dieser allgemeinen Ebene reflektiert werden, wie die Veränderung der Bedingungen durch den digitalen Wandel die Durchführung kooperativer Untersuchungsprozesse verändert. Zur Veranschaulichung werde ich in den nächsten Kapiteln exemplarisch auf konkrete Beispiele verweisen.

Eine Neuerung der digitalen Kommunikations- und Interaktionstechnologien, die für Öffentlichkeiten besonders relevant ist, ist die Möglichkeit, dass jeder Mensch viele Empfänger erreichen kann, auch wenn mit wachsender Zahl die Ungewissheit steigt, welche der potenziellen Empfänger tatsächlich erreicht werden. In der Kommunikationswissenschaft wird zwischen *One-to-One*- und *One-to-Many*-Kommunikation unterschieden, unabhängig von dem genutzten Kommunikationsmedium. Die letztere Form ist in den

klassischen Massenmedien verbreitet, die für ihren einseitig gerichteten Kommunikationsfluss, der eine Antwort der Empfänger nicht zulässt, vielfach kritisiert wurden.⁴ Die Verbreitung digitaler Kommunikationstechnologien hat dazu geführt, dass sich diese gewohnte Struktur von Sendern und Empfängern verschoben hat. Digitale Kommunikation im Internet wird dementsprechend als *Many-to-Many*-Kommunikation bezeichnet, die zugleich die *One-to-One*- und *One-to-Many*-Kommunikation einschließt.⁵

Aufgrund dieser vielfältigen Vernetzung von Individuen sind die digitalen Kommunikationstechnologien besonders geeignet, einen intensiveren Austausch zwischen Individuen und Gruppen herbeizuführen. Mailinglisten, Internetforen und soziale Netzwerke werden – ohne dass ihre vielfältigen Verwendungszwecke darauf zu reduzieren wären – für den Austausch über spezifische Themen und Ereignisse genutzt. Im Vergleich zu früheren Zeiten ist es heute prinzipiell einfacher, weltweit Gleichgesinnte zu einem bestimmten Thema zu finden und sich mit Menschen mit ähnlichen Erfahrungen zu verbinden. Das gilt für Interessen aller Art, unabhängig davon, ob sie demokratischen Werten förderlich oder abträglich sind. Dennoch lässt sich behaupten, dass der Austausch von Erfahrungen, der durch die digitalen Kommunikationstechnologien ermöglicht wird, zur Wahrnehmung von problematischen Situationen beiträgt.⁶ Der intensivere Austausch von individuellen Erfahrungen führt zwar nicht zwangsläufig zu einem kooperativen Untersuchungsprozess, stellt aber eine wichtige Voraussetzung für die Konstitution einer Öffentlichkeit dar. Ebenso führt die technologische Beschleunigung und Erweiterung der Kommunikation nicht automatisch zu einer »Verbesserung der Methoden und Bedingungen des Debattierens, Diskutierens und Überzeugens«, die Dewey als »das Problem der Öffentlichkeit« angesehen hat.⁷ Digitale Technologien bieten Mittel, die in einem kooperativen Untersuchungsprozess zu einer beschleunigten Rückkopplung zwischen

4 Vgl. Munker, *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten*, S. 37 ff.

5 Vgl. Neuberger, »Internet, Journalismus und Öffentlichkeit«, S. 25.

6 Ein besonders bekanntes Beispiel, das auch in der Presse umfassend diskutiert wurde, ist der Twitter-Hashtag #aufschrei, unter dem im Januar 2013 von Frauen sexistische Erlebnisse gesammelt wurden, vgl. Anne Wizorek (2014): *Weil ein Aufschrei nicht reicht. Für einen Feminismus von heute*, Frankfurt a. M.: Fischer, S. 180 ff.

7 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 173.

den Beteiligten führen können. Das heißt aber nicht, dass dadurch auch der Untersuchungsprozess selbst schneller oder effektiver wird. Es ist im Gegenteil davon auszugehen, dass der organisatorische Aufwand von kooperativen Untersuchungsprozessen nicht geringer wird, zumal in vielen Angelegenheiten die Komplexität der Handlungszusammenhänge und die Anzahl der Betroffenen durch die Globalisierung noch gewachsen ist. Durch die veränderten technologischen Bedingungen kann zwar potenziell eine größere Zahl an Personen in die kooperativen Untersuchungsprozesse einbezogen werden, allerdings stellt die Anzahl der beteiligten Personen für sich genommen kein Kriterium für die Qualität des Untersuchungsprozesses und seines Ergebnisses dar. Diese hängen vielmehr von der intelligenten Organisation des Prozesses ab.⁸

Der schwerwiegendste Einwand gegen Deweys Öffentlichkeitskonzeption als Grundlage einer Theorie digitaler Öffentlichkeiten lässt sich aus der herausgehobenen Bedeutung lokaler Gemeinschaften in Deweys Demokratietheorie ableiten.⁹ Insbesondere die letzten Seiten von *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* können vor dem Hintergrund der globalen digitalen Vernetzung romantisch und nostalgisch erscheinen.¹⁰ Dort argumentiert Dewey, dass die Demokratie »zu Hause beginnen [muß]« und dass »ihr Zuhause [...] die *nachbarliche* Gemeinschaft [ist]«. ¹¹ Er geht davon aus, dass »[l]ebendige und feste Bindungen [...] nur in der Vertrautheit eines wechselseitigen Verkehrs erzeugt [werden], dessen Reichweite zwangsläufig begrenzt sein muß«. ¹² Deweys Ideal der Gemeinschaft, das die Grundlage seiner Konzeption der Demokratie als Lebensform bildet, zeichnet sich zweifellos durch einen engen lokalen Bezug aus:

8 Vgl. dazu meine Erläuterungen zu *Crowdsourcing* und zur »Weisheit der Vielen« auf S. 394.

9 Vgl. Chow, »The Internet and the Democratic Imagination«, S. 62 ff. Chows Interpretation von Deweys Konzeption der lokalen Gemeinschaft als Beleg für eine technikkpessimistische Position wird im Folgenden widersprochen.

10 Albrow und Glasius schreiben Dewey einen »nostalgic communitarianism« zu, weisen aber darauf hin, dass lokale Gemeinschaften von Dewey im Zusammenhang mit den nationalen und transnationalen sozialen Strukturen verstanden werden, vgl. Albrow und Glasius, »Introduction: Democracy and the Possibilities of a Global Public Sphere«, S. 8.

11 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 177 (Herv. A. A.).

12 Ebd., S. 176.

»In ihrem tiefsten und reichsten Sinn muß eine Gemeinschaft immer eine Sache des Verkehrs von Angesicht zu Angesicht bleiben. Das ist der Grund, weshalb die Familie und die Nachbarschaft, bei all ihren Fehlern, immer die Hauptkräfte der Erziehung geblieben sind, – die Mittel, durch die Anlagen ausgeprägt und Ideen erworben werden, welche Wurzeln im Charakter schlagen.«¹³

Insbesondere die mehrfache Betonung, dass eine Gemeinschaft persönliche Beziehungen von Angesicht zu Angesicht (*face-to-face*) voraussetzt, die in ihrer Reichweite begrenzt sind, irritiert im Hinblick auf die digital vermittelte Kommunikation, die weite Entfernungen überwindet. Deshalb soll im Folgenden untersucht werden, ob Deweys Privileg lokaler Gemeinschaften in einer Theorie digitaler Öffentlichkeiten abgeschwächt, modifiziert oder aufgegeben werden muss.

Um Missverständnissen vorzubeugen, habe ich bereits in meiner Rekonstruktion von Deweys Öffentlichkeitstheorie darauf hingewiesen, dass er keineswegs zu vormodernen dörflichen Gemeinschaften zurückkehren will. Sein Begriff des lokalen Gemeinschaftslebens ist bereits von einem kosmopolitischen Verständnis geprägt, das auch für gegenwärtige Theorien des Kosmopolitismus wegweisend ist.¹⁴ Ebenso wie der von Dewey ausführlich widerlegte Scheinwiderspruch zwischen Individuum und Gesellschaft stellt auch die Gegenüberstellung der Begriffe *lokal* und *global* auf rein abstrakter Ebene nur ein künstliches Problem dar.¹⁵ Die Globali-

¹³ Ebd., S. 175 f.

¹⁴ Auch Ulrich Beck bezieht sich in seiner Theorie des Kosmopolitismus unter anderem auf Dewey, vgl. Ulrich Beck (2004): *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 19. Zu Deweys Bedeutung für den pragmatistischen Ansatz des Kosmopolitismus vgl. Leonard Waks (2009): »Inquiry, Agency, and Art. John Dewey's Contribution to Pragmatic Cosmopolitanism«, in: *Education and Culture* 25.2, S. 115–125; Frega, »The Democratic Project«, S. 122, 322, 326 ff., 342 ff. und insbesondere die Arbeiten von Daniel Bray: Daniel Bray (2009): »Pragmatic Cosmopolitanism. A Deweyan Approach to Democracy beyond the Nation-State«, in: *Millennium* 37.3, S. 683–719; Daniel Bray (2011): *Pragmatic Cosmopolitanism Representation and Leadership in Transnational Democracy*, Basingstoke: Palgrave Macmillan; Daniel Bray (2016): »Die Vorteile des Pragmatismus in Theorien Kosmopolitischer Gerechtigkeit«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 64.5, S. 768–779.

¹⁵ Vgl. zum Verhältnis von Individuum und Gesellschaft die Ausführungen in Kapitel 5.3 auf S. 188.

sierung bewirkt eine Zunahme weitreichender Interaktionen und wechselseitiger Abhängigkeiten, die zu komplexen Wechselwirkungen mit den lokalen Interaktionen führen. Das lokale Gemeinschaftsleben ist dadurch mit den globalen Interaktionen verbunden und umgekehrt. Die positiven und negativen Folgen dieser Wechselwirkungen können wiederum Gegenstand von neuen Öffentlichkeiten sein, die diese globalen Handlungszusammenhänge untersuchen. Dabei müssen aber notwendigerweise die lokalen Auswirkungen einbezogen werden. In diesem Sinn lässt sich das Phänomen der Globalisierung überhaupt nur anhand der Folgen begreifen, die sich auf der lokalen Ebene zeigen. »Das Lokale«, schreibt Dewey, »ist das letztlich Universale, und so nah, wie ein Absolutes nur sein kann.«¹⁶ Deweys Ansatz ist somit keineswegs auf kleine, lokale Gemeinschaften reduziert. Die Bedingungen, von denen er in seiner Konzeption ausgeht, sind bereits diejenigen einer industrialisierten und komplexen Massengesellschaft, die sich durch die fortschreitende Globalisierung und Digitalisierung in vieler Hinsicht radikalisiert haben. Aber nur durch die Wahrnehmung und Reflexion der lokalen Folgen können die komplexen globalen Zusammenhänge in den Blick kommen.

Wie ich in den Kapiteln 3.2 und 5.1 erläutert habe, basiert Deweys Demokratietheorie auf einer interaktionistischen und gruppenbasierten Konzeption eines sozialen Individualismus, durch die der methodologische Individualismus überwunden werden soll. Dewey geht davon aus, dass die primären sozialen Bezugsgruppen für die individuelle Selbstverwirklichung entscheidend sind. Dem von Dewey rekonstruierten Ideal der Gemeinschaft zufolge sind solche Gruppen für eine Demokratie wünschenswert, die die Selbstverwirklichung von Individuen ermöglichen. Jeder Mensch sollte sich frei von Zwang und Gewalt mit anderen Menschen zusammenschließen können, um sich an sozialen Interaktionen zu beteiligen, die seinen individuellen Interessen und Fähigkeiten entsprechen. Im Unterschied zu traditionellen Gemeinschaften sind diese

¹⁶ Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 178. Damit hat Dewey die seit den 1990er Jahren verbreitete Konzeption der »Glokalisierung« – als Kunstwort aus global und lokal – prinzipiell vorweggenommen. Vgl. dazu die Diskussion drei verschiedener Konzeptionen des Begriffs in Victor Roudometof (2016): »Theorizing globalization. Three interpretations«, in: *European Journal of Social Theory* 19.3, S. 391–408.

Gruppen nicht abgeschlossen und statisch. Sie definieren sich nicht primär über eine kollektive Identität, die auf statischen Merkmalen wie Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht, Ethnie, Wohnort, Nation, Religion oder Kultur basiert.¹⁷ Diese Gemeinschaften sind dynamisch und anpassungsfähig, aber trotzdem stabil, weil sie Kontinuität besitzen. Sie basieren auf freiwilligen, gemeinsamen Aktivitäten, deren Folgen von den Beteiligten erkannt, kommuniziert und wertgeschätzt werden. Dewey geht mit dieser Konzeption von einer Veränderung des Gemeinschaftslebens aus, deren Beschreibung er zumindest in der zeitgenössischen Sozialtheorie wahrnimmt. Sie bewegt sich »weg vom Prinzip der territorialen Organisation« und »hin zu dem der ›funktionalen‹, das heißt, der Berufsorganisation«. Daran zeigt sich, dass »ältere Formen territorialer Assoziation den derzeitigen Bedürfnissen nicht entsprechen«.¹⁸ Diese Veränderungen der Formen des Gemeinschaftslebens zeigten sich zu Deweys Zeit in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, aber auch in der nationalen und internationalen Vernetzung von Wissenschaftlern. Unter den Bedingungen der digitalen Vernetzung müssen dementsprechend andere und neuere Formen des Gemeinschaftslebens berücksichtigt und reflektiert werden.

Wie daraus deutlich wird, ist bereits bei Dewey die *lokale* Gemeinschaft nicht auf die *territoriale* Lokalität festgelegt. Vielmehr bezieht sie sich auf die *Häufigkeit* und *Intensität* der sozialen Beziehungen. Das lässt sich anhand der Bedeutung des *Alltäglichen* im Ansatz des demokratischen Experimentalismus veranschaulichen. Dewey geht es letztlich darum, dass Demokratie nicht nur in den sekundären politischen Institutionen, sondern in den alltäglichen Interaktionen verankert sein muss, also in den primären Bezugsgruppen: in der Familie, der Schule, der Nachbarschaft, der Arbeit und den Freizeitaktivitäten. Diese Primärgruppen sind die wesentlichen Faktoren, wenn es um die Entwicklung des kooperativen Handelns, kritischen Denkens und intelligenter Gewohnheiten

17 Deweys Konzeption der Gemeinschaft scheint mir kompatibel zu den Überlegungen von Juliane Spitta und Carolin Wiedemann zu sein, die zu ähnlichen Ergebnissen kommen, vgl. Juliane Spitta (2013): *Gemeinschaft jenseits von Identität? Über die paradoxe Renaissance einer politischen Idee*, Bielefeld: Transcript; Carolin Wiedemann (2014): »Kollektivität ohne Identität«, in: *Soziale Medien – Neue Massen*, hrsg. von Claus Pias, Inge Baxmann und Timon Beyes, Zürich/Berlin: Diaphanes, S. 261–279.

18 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 176.

geht, die Voraussetzungen für eine demokratische Lebensform sind. Der Grad der Demokratisierung einer Gesellschaft bemisst sich Dewey zufolge daran, wie sehr einerseits die Vielfältigkeit von Individuen innerhalb der Primärgruppen anerkannt und gefördert wird, wie lebendig andererseits der Kontakt und der Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen ist.

Das demokratische Gemeinschaftsleben stellt die Voraussetzung für eine demokratische Ordnung der Gesellschaft dar – nicht nur auf regionaler oder nationaler Ebene, sondern auch in globaler Hinsicht: »Es heißt zwar zu Recht, für den Weltfrieden sei es notwendig, daß wir die Völker fremder Länder verstehen. Doch wie gut, frage ich mich, verstehen wir unsere Nachbarn von nebenan?«¹⁹ Das Gemeinschaftsleben in den Primärgruppen ist damit auch eine notwendige Voraussetzung für die Entstehung von Öffentlichkeiten als Untersuchungsprozess. Wie die staatlichen Institutionen, mit denen sie zusammenhängen, aber nicht identisch sind, bilden die an einer Öffentlichkeit Beteiligten eine Forschungsgemeinschaft. Diese ist aber nur eine *sekundäre* Gemeinschaft. Ihre Aufgabe besteht darin, die auftretenden Folgen der sozialen Interaktionen der Primärgruppen wahrzunehmen und zu regulieren. Öffentlichkeiten erfüllen damit eine reflexive Funktion, aber sie sind auf die Primärgruppen angewiesen. Deshalb kommt Dewey zu dem Schluss, dass »[s]olange das lokale Gemeinschaftsleben nicht wiederhergestellt ist, [...] die Öffentlichkeit ihr dringendstes Problem nicht angemessen lösen [kann]: sich selbst zu finden und zu identifizieren«.²⁰

Doch in welchem Sinn sind die lokalen Gemeinschaften in ihrer Reichweite begrenzt? Noch zu Deweys Zeit spielten sich die alltäglichen Interaktionen vorwiegend im Bereich der lokalen Beziehungen ab, auch wenn die neuen Transport- und Kommunikationsmittel bereits im Alltag angekommen waren. In den letzten Jahrzehnten haben sich die technologischen Mittel, die es ermöglichen, große Entfernungen in kürzeren Zeiträumen zu überwinden, rasant weiterentwickelt – sei es in Bezug auf den Transport von Gütern, Personen oder Informationen. Das lässt jedoch die genannte Grundannahme unberührt, dass die *alltäglichen* Interaktionen mit anderen Menschen einen wesentlichen Einfluss auf das menschliche Verhal-

19 Dewey, *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, S. 177.

20 Ebd., S. 179.

ten haben. Die Erweiterung des Kommunikations- und Interaktionsradius durch die digitalen Technologien verändert jedoch den Begriff der lokalen Gemeinschaft. Anstelle von unmittelbaren nachbarschaftlichen Interaktionen sind heute medial vermittelte Interaktionen, die beliebige Entfernungen überwinden, zu einem Teil des Alltäglichen und Gewöhnlichen geworden. Dadurch entstehen neue Formen von Gemeinschaft, die nicht an die räumliche Nähe der Beteiligten gebunden sind. Wenn »digitale Gemeinschaften« als dauerhafte und soziale Interaktionen verstanden werden, die durch digitale Technologien ermöglicht werden, dann kann davon ausgegangen werden, dass Deweys Konzeption der Gemeinschaft auch »digitale Gemeinschaften« mit einschließt, solange sie die Kriterien der Häufigkeit und Intensität erfüllen.²¹ Deweys Ideal der Gemeinschaft zufolge führt jedoch nicht jedes dauerhafte kollektive Handeln zur Bildung einer Gemeinschaft. Ebenso stellt nicht jede digitale Kommunikation oder Interaktion eine digitale Gemeinschaft dar. Dazu muss das notwendige Kriterium erfüllt sein, dass die Folgen des gemeinsamen Handelns von den Beteiligten erkannt, artikuliert, wertgeschätzt und gefördert werden.

Das heißt nicht, dass die Veränderung der Kommunikations- und Interaktionsmittel keine Konsequenzen für das Verhalten hat. Es sollen auch nicht die Unterschiede zwischen persönlicher und medial vermittelter Kommunikation verwischt werden. Natürlich

²¹ Die Erweiterung von Deweys Gemeinschaftsbegriff auf digitale Gemeinschaften ist nicht die einzige mögliche Interpretation. So geht Feenberg von einer engeren Bestimmung des lokalen demokratischen Gemeinschaftslebens bei Dewey aus, das nicht mit der digitalen Vernetzung kompatibel ist: »Dewey hoped that the free and cosmopolitan communication made possible by modern technology would to some extent mitigate this problem and revitalize local community. But the two terms of the dilemma – large scale technical networks as the form of our social future, and local community as the only possible site of true democratic deliberation – remained fixed for him. This has begun to change. Technical communities have begun to use the Internet to coordinate their demands for a fuller representation of participant interests.« (Andrew Feenberg [2006]: *A Democratic Internet?*, Vortrag in der Freedom of Expression Foundation, Oslo, Norwegen, 17. November 2006, URL: <http://www.sfu.ca/~andrewf/demint.htm> [abgerufen am 25.08.2018]; Andrew Feenberg [2017]: »Online Community and Democracy«, in: *Journal of Cyberspace Policy Studies* 1.1, S. 37–60, hier: S. 55) Da aber zu den Grundannahmen des demokratischen Experimentalismus gehört, Begriffe funktional zu betrachten, gehe ich davon aus, dass die von mir vorgeschlagene Erweiterung seines Begriffs der lokalen Gemeinschaft durchaus in Deweys Sinn wäre.

unterscheiden sich Gemeinschaften, die sich von Angesicht zu Angesicht an einem Ort treffen, von solchen, die nur über das Internet kommunizieren. Aber weder schließen sich die Formen der Kommunikation gegenseitig aus, noch ist damit etwas über die Bedeutung oder Qualität einer Gemeinschaft gesagt. Entscheidend sind vielmehr die genannten Kriterien der Anerkennung und Wertschätzung der Folgen des gemeinschaftlichen Handelns, die Offenheit der Gruppe für die Vielfältigkeit ihrer Mitglieder und die Zusammenarbeit mit anderen Gruppen. Differenzen in der medial vermittelten Kommunikation haben auch schon vor dem digitalen Wandel bestanden – zwischen den verschiedenen Formen persönlicher, schriftlicher und elektronischer Kommunikation. Doch auch wenn die digital vermittelte Kommunikation an Bedeutung zugenommen hat, selbst wenn sie für einige Menschen sogar zur dominanten Form der alltäglichen Kommunikation geworden ist, ist sie keineswegs die einzige Kommunikationsform. Es wäre deshalb falsch, digitale Öffentlichkeiten ganz auf digitale Kommunikations- und Interaktionsformen einzuschränken. Im Ansatz des demokratischen Experimentalismus wird davon ausgegangen, dass das menschliche Verhalten nicht auf einzelne, paradigmatische Handlungsformen reduziert werden kann. Die weite Perspektive auf das menschliche Verhalten schließt auch die prägende Phase der Sozialisation ein. Weil es in dieser Hinsicht keinen Menschen gibt, der ›nur‹ digital kommuniziert und interagiert, gibt es auch keine ›reinen‹ digitalen Gemeinschaften. Deshalb müssen digitale Kommunikationsformen einerseits als dauerhafte Interaktionen und andererseits in ihrem Zusammenhang mit anderen Interaktionsformen untersucht werden.

Zu diesen Zusammenhängen wäre viel mehr zu sagen. Aber es geht mir an dieser Stelle nicht darum, die Veränderungen des Gemeinschaftslebens unter den Bedingungen des digitalen Wandels im Detail nachzuvollziehen, sondern um die Veränderung der Bedingungen von Öffentlichkeiten. Dazu genügt es festzuhalten, dass die interaktionistische und gruppenbasierte Konzeption des sozialen Individualismus auch jene Gemeinschaften einschließt, die nicht durch räumliche Nähe verbunden, sondern digital vernetzt sind. Was in diesem Fall auf die Primärgruppen zutrifft, gilt auch für sekundäre Gruppen wie Öffentlichkeiten: Die Betroffenen und

Beteiligten an einem kooperativen Untersuchungsprozess können ebenso gut über das Internet miteinander kommunizieren und interagieren wie in persönlichem Kontakt.

Aus den bisherigen Überlegungen lässt sich das von Dewey aufgestellte Kriterium von Öffentlichkeiten reflektieren, das als Grundlage für eine Theorie digitaler Öffentlichkeiten dienen soll. Öffentlichkeiten werden dem Kriterium zufolge als kooperative Untersuchungsprozesse verstanden, die auf die Klärung einer problematischen Situation ausgerichtet sind. Demnach muss es zunächst eine problematische Situation geben, die eine große Zahl von Menschen indirekt und schwerwiegend betrifft. Das heißt nicht, dass die Folgen bereits eingetreten sein müssen. Sie können auch in der Zukunft liegen, müssen aber bereits absehbar sein. Zudem muss es Bürger_innen, öffentliche Repräsentant_innen, Wissenschaftler_innen, Journalist_innen oder andere Menschen geben, die diese Situation wahrnehmen, als problematisch bewerten und sich an einem kooperativen Untersuchungsprozess beteiligen, um die konkreten Handlungszusammenhänge der problematischen Situation zu analysieren und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Zur Analyse der problematischen Situation gehört auch die kritische Überprüfung und gegebenenfalls die Veränderung der institutionellen Strukturen, die einerseits zur Entstehung und andererseits zur Klärung der problematischen Situation beitragen. Doch nur wenn die Zusammenarbeit der Beteiligten den Kriterien eines kooperativen Untersuchungsprozesses entspricht, bilden diese Menschen eine Öffentlichkeit im Sinne des demokratischen Experimentalismus. Zu diesen Kriterien gehört neben der Ausrichtung auf die konkrete problematische Situation unter anderem die aktive Einbeziehung der Betroffenen, die Offenheit des Untersuchungsprozesses für alle möglichen Lösungsalternativen, die experimentelle Umsetzung der aussichtsreichsten Lösungshypothese, die Evaluation der Umsetzung, die Offenheit für nachträgliche Korrekturen und die Förderung von konstruktivem kritischem Denken.

Im Wesentlichen sind es damit drei Aspekte, die eine Öffentlichkeit im Sinne des demokratischen Experimentalismus kennzeichnen: eine problematische Situation, ein kooperativer Untersuchungsprozess und institutionelle Lernprozesse. *Digitale* Öffentlichkeiten zeichnen sich, wie oben erläutert, dadurch aus, dass

digitale Technologien in der problematischen Situation oder im kooperativen Untersuchungsprozess eine zentrale Rolle spielen. Auch beides kann der Fall sein. Aufgrund der zentralen Bedeutung digitaler Technologien in der alltäglichen Kommunikation und Interaktion gibt es wohl nahezu keine Fälle, in denen die Organisation kooperativer Untersuchungsprozesse heutzutage *nicht* von den Möglichkeiten digitaler Technologien Gebrauch macht. In diesem Sinn kann festgestellt werden, dass im digitalen Zeitalter alle kooperativen Untersuchungsprozesse zu öffentlichen Angelegenheiten digitale Öffentlichkeiten sind. Im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit erörtere ich nun, wie sich dieser Ansatz auf gegenwärtige Phänomene übertragen lässt und welche Konsequenzen sich daraus für die Theorie digitaler Öffentlichkeiten und ihre empirische Erforschung ergeben.

7.2 EXEMPLARISCHE ANWENDUNGSMÖGLICHKEITEN

Zur situativen Logik des demokratischen Experimentalismus gehört es, dass jede öffentliche Angelegenheit *einzigartige* Handlungszusammenhänge und Strukturen aufweist. Davon hängen die zur Klärung der problematischen Situation erforderlichen Untersuchungsprozesse ab. Der methodologische Zugang, der sich mit dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus für die Erforschung von digitalen Öffentlichkeiten gewinnen lässt, kann deshalb nur exemplarisch anhand von konkreten Beispielen veranschaulicht werden. Deweys Konzeption ist nicht auf nationale Öffentlichkeiten ausgerichtet, sondern funktional offen für problematische Situationen, die sehr unterschiedliche Ausmaße annehmen können – von lokalen bis zu globalen Handlungszusammenhängen. Deshalb reicht ein einziges Beispiel nicht aus, um die Offenheit des Ansatzes zu verdeutlichen. Im Folgenden will ich deshalb anhand von ausgewählten Beispielen zeigen, wie Deweys Öffentlichkeits-theorie auf den verschiedenen Ebenen verstanden und angewendet werden kann.²²

²² Bei der Auswahl der Beispiele ging es mir darum, dass sich die genannten drei Aspekte, die eine Öffentlichkeit kennzeichnen, gut veranschaulichen lassen: eine eingrenz-bare problematische Situation, ein kooperativer Untersuchungsprozess, an

Als Beispiel für digitale Öffentlichkeiten und intelligente Kooperation auf *kommunaler* oder *lokaler* Ebene möchte ich die Brandenburger Beteiligungsplattform »maerker.brandenburg.de« heranziehen. Diese existiert bereits seit 2008 und gilt in Deutschland als Vorreiter für Anliegenmanagement-Plattformen dieser Art. Inzwischen verfügen viele Kommunen, Städte und Bundesländer in Deutschland über ähnliche Online-Angebote. Das Ziel bestand darin, die Öffentlichkeit in die Arbeit der öffentlichen Verwaltung einzubeziehen und Letztere zugleich transparenter und effizienter zu machen.²³ Als Vorbild für den Maerker gilt das international bekannte und erfolgreiche Projekt FixMyStreet, das 2007 von der britischen Nichtregierungsorganisation *mySociety* ins Leben gerufen wurde.²⁴ Die Funktionsweise der beiden Portale ist grundsätzlich identisch: Bürger_innen können auf einer Landkarte konkrete Probleme in ihrer Nachbarschaft eintragen, wie Schlaglöcher in der Straße, lose Steine im Gehweg, deponierter Müll, verstopfte Abflüsse, kaputte Ampeln und Straßenlaternen, verlassene Fahrräder oder Autos. Die Einträge werden in einer zentralen Datenbank gesammelt und an die jeweils zuständige lokale Verwaltung übergeben. Während auf der Maerker-Plattform bislang über 65.000 Hinweise gemeldet wurden, beläuft sich die Zahl der geklärten Probleme auf FixMyStreet.com bereits auf mehr als 420.000.²⁵ Bislang konnten die öffentlichen Verwaltungen, die für die Klärung derartiger Angelegenheiten zuständig sind, nur telefonisch oder schriftlich darauf hingewiesen werden. Die Mühe machte sich nur, wer die notwendige Zeit und Geduld aufbringen konnte oder das Problem für besonders dringend hielt. Ob vielleicht schon jemand aus der Nachbarschaft dieselbe Angelegenheit gemeldet hatte, konnte nur im

dem auch die Betroffenen beteiligt sind, und institutionelle Lernprozesse. Zudem sollten die Beispiele verschiedene Ebenen abdecken – lokale, regionale und globale Angelegenheiten – und einen Bezug zu digitalen Technologien aufweisen.

- 23 Matthias Döring und Sabrina Mucha (2013): »Was Bürger bem(a)erken – Eine Evaluation des Maerkers Brandenburg«, in: *Verwaltung & Management* 19.1, S. 45–55, hier: S. 45.
- 24 Vgl. Stefan Baack (2018): »Civic Tech at mySociety. How the Imagined Affordances of Data Shape Data Activism«, in: *Krisis* 1 (1), S. 44–56, URL: <http://krisis.eu/civic-tech-at-mysociety-how-the-imagined-affordances-of-data-shape-data-activism/> (abgerufen am 25.08.2018).
- 25 Die Angaben sind den Webseiten <https://maerker.brandenburg.de> und <https://www.fixmystreet.com/reports> entnommen (abgerufen am: 14.05.2017).

persönlichen Gespräch oder durch die Auskunft der Verwaltung erfahren werden. Auf der Website von Maerker Brandenburg oder FixMyStreet sind die in der zentralen Datenbank erfassten Angelegenheiten dagegen für alle Besucher_innen zugänglich, so dass bereits gemeldete Angelegenheiten nicht doppelt eingetragen werden müssen. Zudem lässt sich auf den Webseiten der Bearbeitungsstatus verfolgen. Wenn ein Problem geklärt ist, wird es entsprechend markiert, bei Maerker Brandenburg etwa mit einer grünen Ampel, und nach einiger Zeit ausgeblendet. Auf Grundlage der gesammelten Daten können zudem statistische Erkenntnisse, etwa über die Verteilung und Häufigkeit der Probleme im Vergleich verschiedener Viertel und Städte, gewonnen und geeignete vorbeugende Maßnahmen geplant werden.

Natürlich sind derartige Problemlösungsprozesse nur für eine bestimmte Klasse von Problemen geeignet, nämlich für solche, die relativ einfach geografisch lokalisierbar sind und für die es bereits geregelte Zuständigkeiten gibt. Es handelt sich also nicht um komplexe problematische Situationen mit schwerwiegenden indirekten Handlungsfolgen für eine große und unbestimmte Zahl von Betroffenen, die umfassende kooperative Untersuchungsprozesse erforderlich machen. Deshalb mag es zunächst irritieren, dass Projekte wie der Maerker Brandenburg oder FixMyStreet geeignete Beispiele für politische Öffentlichkeiten im Sinne des demokratischen Experimentalismus sein sollen. Hier gilt es, den angemessenen Abstraktionsgrad zu finden. Das Bild würde gewissermaßen zu feinkörnig geraten, wollte man die einzelnen Angelegenheiten isoliert betrachten. Die Öffentlichkeiten, die sie konstituieren würden, wären verschwindend gering und die Betroffenen in den meisten Fällen nicht indirekt, sondern direkt betroffen. Zudem sind die auftretenden Probleme hinreichend bekannt, können klar benannt werden und sind auch formal als *öffentliche* Angelegenheiten anerkannt. Das heißt, es hat bereits irgendwann entsprechende Untersuchungsprozesse gegeben, die sich mit diesen Angelegenheiten beschäftigt haben. Deshalb existieren historisch gewachsene öffentliche Institutionen, die für die Klärung der jeweiligen Angelegenheiten zuständig sind, in Deutschland beispielsweise Bau- und Ordnungsämter auf kommunaler Ebene. Es handelt sich also nicht um eine neue Situation, sondern um eine neue Art und Weise, wie

die Problemlösungsprozesse durch die Online-Plattformen initiiert und organisiert werden, nämlich als kooperative Problemlösungsprozesse, die erst durch die Digitalisierung möglich geworden sind. In diesem Sinn lässt sich das Beispiel nur im Kontext der spezifischen historischen Prozesse verstehen, in deren Verlauf die heute bestehenden Zuständigkeiten der Kommunalverwaltungen definiert wurden. Mit Plattformen wie dem Maerker oder FixMyStreet wird hier ein neuer Lösungsvorschlag in bestehende Prozesse eingebracht und trägt zu einer Anpassung der institutionellen Strukturen bei. Im fünfstufigen Problemlösungsprozess bewegen wir uns damit in der dritten bis fünften Phase: (3.) der vorläufigen Bestimmung einer Problemlösung, (4.) der Überprüfung ihrer Tragweite und (5.) der experimentellen Verifikation (vgl. Kap. 4.1).

Auch wenn die im Beispiel genannten öffentlichen Angelegenheiten, wie Schlaglöcher und defekte Laternen, und der Einsatz einer Online-Plattformen zu ihrer Meldung an die öffentliche Verwaltung vergleichsweise einfach erscheinen, zeigt die nähere Betrachtung, dass die Umsetzung dieser Idee in die Realität tatsächlich diejenigen experimentellen und kooperativen Forschungs- und Lernprozesse erfordert, die im demokratischen Experimentalismus beschrieben werden. Sie macht ein Umdenken auf Seiten der Verwaltungen wie auch auf Seiten der Bürger_innen notwendig. Als die ersten Projekte zur digitalen Interaktion zwischen Bürger_innen und öffentlichen Verwaltungen durch entsprechende Online-Plattformen in der ersten Hälfte der 2000er Jahre entstanden sind, ging die Initiative in der Regel von nicht-staatlichen Akteur_innen aus. Mit ihren interaktiven Webseiten wollten zivilgesellschaftliche Organisationen wie *mySociety* den Druck auf die öffentliche Verwaltung erhöhen und die Effektivität der Lösung lokaler Probleme verbessern. Mit dieser einseitig erzwungenen Kooperation waren die meisten Verwaltungen jedoch personell wie finanziell überfordert, was auf Seiten der Bürger_innen wiederum zu Frustration geführt hat, weil die erwünschten Veränderungen nicht eingetreten sind. Diese Erfahrungen haben gezeigt, dass sich derartige Prozesse nicht *gegen* die öffentliche Verwaltung, sondern nur durch eine enge Kooperation aller Beteiligten realisieren lassen. Aus den vielfältigen Aushandlungsprozessen zwischen lokalen Aktivist_innen und Verwaltungen haben sich im Laufe der Jahre

engere Formen der Kooperation ergeben. So hat *mySociety* ihre Website FixMyStreet.com kontinuierlich angepasst und auch spezielle Versionen der Software für die lokalen Verwaltungen entwickelt.

Aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus sind Lernprozesse grundsätzlich auf beiden Seiten notwendig – innerhalb der staatlichen Institutionen, aber auch auf Seiten der Bürger_innen. Denn *kooperative* Problemlösungsprozesse lassen sich nicht nach einem einfachen Schema durchsetzen, in dem die gesamte Last der Problemlösung einseitig auf die Verwaltung – oder auf die Bürger_innen – abgewälzt wird. Von einem kooperativen Untersuchungsprozess kann erst dann die Rede sein, wenn die Lösung öffentlicher Angelegenheiten als Prozess gestaltet wird, der ein aktives Mitdenken, Engagement und kreative Lösungsvorschläge von allen Beteiligten erfordert und ermöglicht. Dabei müssen die Grenzen der gegebenen institutionellen Strukturen berücksichtigt werden, es muss aber auch Offenheit für institutionelle Veränderungen gegeben sein.

Anhand des Beispiels wird zudem deutlich, inwiefern die digitale Transformation eine Neubestimmung des Öffentlichkeitsbegriffs notwendig macht. Die Praktiken und Prozesse, die hier entstehen, werden dem Selbstverständnis der beteiligten Akteur_innen und den Forscher_innen zufolge als Beitrag zur Transformation der Öffentlichkeit oder als Konstitution von neuen Formen von Öffentlichkeit verstanden.²⁶ Diese lassen sich jedoch nicht mit den traditionellen Öffentlichkeitsbegriffen fassen, da es nicht nur um diskursive

26 Vgl. Stefan Baack (2015): »Datafication and empowerment. How the open data movement re-articulates notions of democracy, participation, and journalism«, in: *Big Data & Society* 2.2, S. 1–11, hier: S. 7. Um die Entstehung neuer Öffentlichkeiten zu beschreiben, bezieht sich Baack auf Keltys Konzeption »rekursiver Öffentlichkeiten«, die sich mit Deweys Ansatz überschneidet: »A recursive public is a public that is constituted by a shared concern for maintaining the means of association through which they come together as a public.« (Kelty, *Two Bits*, S. 28, vgl. auch S. 3 ff., 27–63, 303 ff.) Deweys Öffentlichkeitskonzeption stellt eine wichtige Referenz für Keltys Ansatzes dar, steht aber nicht im Mittelpunkt, vgl. ebd., S. 22, 239, 241. Keltys Begriff rekursiver Öffentlichkeiten richtet sich vor allem auf die Gestaltung der technologischen und institutionellen Strukturen durch Öffentlichkeiten, betont aber weder die Orientierung an problematischen Handlungszusammenhängen noch die Logik des Untersuchungsprozesses. Aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus handelt es sich bei rekursiven Öffentlichkeiten deshalb um eine zwar von Dewey inspirierte, aber verkürzte Öffentlichkeitskonzeption, die allerdings auch keine weitere Verbreitung in den Sozialwissenschaften gefunden hat.

Praktiken der Veröffentlichung und Verbreitung von Informationen geht, die der politischen Willensbildung dienen, sondern um neue, durch die digitalen Technologien ermöglichte Formen der *Interaktion* zwischen Bürger_innen und historisch gewachsenen öffentlichen Institutionen. Das macht eine handlungstheoretisch erweiterte Öffentlichkeitskonzeption notwendig, die auch die institutionellen Strukturen und ihre Veränderung umfasst, wie sie der Ansatz des demokratischen Experimentalismus bietet.

Als Beispiel auf *regionaler* Ebene möchte ich auf die in der Einleitung erwähnten Proteste gegen den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs zurückkommen. Die Öffentlichkeit, die sich hier formiert hat, lässt sich als gesplante und polarisierte Öffentlichkeit auffassen. Sie besteht nur zu einem Teil aus den Gegner_innen des Projekts »Stuttgart 21«. Den anderen Teil bilden die Befürworter_innen und die Indifferenten, die ebenfalls als indirekt Betroffene angesehen werden müssen. Die Betroffenheit bezieht sich in diesem Fall nicht auf die physische oder psychische Beeinträchtigung von Einzelnen. Der primäre Konflikt handelt vom Umbau eines oberirdischen Kopfbahnhofs zu einem unterirdischen Durchgangsbahnhof und den damit verbundenen unterschiedlichen Ansichten darüber, wie mit dem historischen Bauwerk des Bahnhofs, mit den angrenzenden Parkanlagen und mit vielen Milliarden an Steuergeldern umgegangen werden soll. Dabei ist fraglich, ob der Kreis der Betroffenen am Einzugsgebiet um den Bahnhof herum festzumachen ist, ob er alle Einwohner_innen von Stuttgart oder von Baden-Württemberg umfasst oder alle Menschen, die den Bahnhof regelmäßig nutzen, oder vielleicht auch alle Steuerzahler in Deutschland, da die Bundesrepublik und die Deutsche Bahn als bundeseigenes Unternehmen schließlich wesentlich an den Kosten beteiligt sind. Ein objektiver Maßstab der Betroffenheit lässt sich hier, wie vermutlich in den meisten komplexen Angelegenheiten, nicht finden. Da es sich um ein Infrastrukturprojekt der Landesregierung Baden-Württemberg handelt, werden in der politischen Auseinandersetzung die Einwohner_innen von Baden-Württemberg als Betroffene angesehen.

Die bereits in den 1980er Jahren begonnene Planung des Großprojekts »Stuttgart 21«, dessen Vorgeschichte bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts zurückreicht, hatte formal den rechtlichen Vorgaben

entsprochen. Kritik an dem Vorhaben wurde zwar schon zu einem frühen Zeitpunkt geäußert.²⁷ Politisch eskalierte das Projekt jedoch erst durch das gewaltsame Vorgehen der Polizei am »Schwarzen Donnerstag«, dem 30. September 2010. Mit Pfefferspray und Wasserwerfern wurde eine Demonstration gegen die Rodung von Bäumen im Mittleren Schlossgarten aufgelöst. Dabei wurden mehr als hundert Menschen verletzt. Der unverhältnismäßige und fünf Jahre später als rechtswidrig verurteilte Einsatz der Polizei hatte durch die Bilder einiger schwer verletzter Demonstranten weltweit mediale Aufmerksamkeit erregt.²⁸ Den Demonstrationen folgte zunächst ein Schlichtungsverfahren im Oktober und November 2010, dessen Sitzungen live im Internet und Fernsehen übertragen wurden. Der bis zum Sommer 2011 erarbeitete Lösungsvorschlag einer Kombination aus ober- und unterirdischem Bahnhof zu deutlich geringeren Kosten wurde jedoch von der Deutschen Bahn abgelehnt.²⁹ Auch die landesweite Volksabstimmung im November 2011 über ein Gesetz, das den Ausstieg aus dem Projekt »Stuttgart 21« rechtlich ermöglichen sollte, fand keine Mehrheit in der Bevölkerung Baden-Württembergs, nicht einmal in der Stuttgarter Region.³⁰ Abgesehen davon, dass die Verfassungskonformität eines Ausstiegs aus den bestehenden Verträgen grundsätzlich in Zweifel gezogen wurde,³¹ konnten weder die Kosten im Fall einer Kündigung, etwa für

27 Vgl. Winfried Wolf (1995): *Stuttgart 21: Hauptbahnhof im Untergrund? Streitschrift wider »Stuttgart 21«*, *Filder-Bebauung, Messe II*, hrsg. von Heiner Monheim, Initiative für eine Bessere Bahn, ffb e.V., in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Verkehrspolitik und Eisenbahnwesen, GVE, Köln: Neuer ISP Verlag.

28 Vgl. George Stavrakis (2015): »Polizeieinsatz war rechtswidrig«, in: *Stuttgarter Nachrichten* am 18.11.2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stuttgart-21-wasserwerfer-polizeieinsatz-war-rechtswidrig.984b8ebe-0360-40b4-a17c-84c79735fce3.html> (abgerufen am 25.08.2018).

29 Vgl. Heiner Geißler und SMA und Partner AG (2011): *Frieden in Stuttgart. Eine Kompromiss-Lösung zur Befriedung der Auseinandersetzung um Stuttgart 21*, URL: <http://www.stuttgart.de/img/mdb/item/439246/68351.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).

30 Vgl. Monika Hin und Nicolas Schäfstoß (2012): »Volksabstimmung am 27. November 2011. Mehrheit der Baden-Württemberger lehnt das S 21-Kündigungsgesetz ab: endgültige Ergebnisse der Volksabstimmung am 27. November 2011«, in: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 1, S. 40–45, URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-408455> (abgerufen am 25.08.2018).

31 Vgl. Rüdiger Soldt, Kerstin Schwenn und Stephan Löwenstein (2010): »Stuttgart 21: Volksabstimmung verfassungswidrig«, in: *FAZ.net* am 06.10.2010, URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/stuttgart-21-volksabstimmung-verfassungswidrig-11053946.html> (abgerufen am 25.08.2018).

die zweckgebundenen Zuschüsse von der EU, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Bahn, noch die Verzögerungen für die Planung einer alternativen Lösung konkret beziffert werden. Auch wenn sich die politischen Auseinandersetzungen nach der Volksabstimmung deutlich beruhigt haben und die Bauarbeiten mit der Grundsteinlegung im September 2016 angelaufen sind, ist die Auseinandersetzung um die Zukunft des Projekts bis heute nicht abgeschlossen. Das Projekt »Stuttgart 21« polarisiert nach wie vor.

Es geht mir nicht darum, alle Argumente der Beteiligten und Betroffenen im Detail darzustellen. Die komplexe Situation ist in zahlreichen Publikationen von allen Seiten beleuchtet worden.³² Der Konflikt der geteilten und polarisierten Öffentlichkeit lässt sich jedoch nicht durch eine Abwägung der rationalen Argumente klären, schon gar nicht aus einer externen Perspektive. Auch der demokratische Experimentalismus bietet hier keine bessere Lösung an, als die Parteien in Gesprächen zusammenzubringen und einen kooperativen Klärungsprozess zu organisieren, in dem sich alle Beteiligten und Betroffenen wiederfinden. Der für mich interessante Aspekt, der nach den Protesten in 2010 wichtig wurde, ist die Auseinandersetzung über die übergeordnete Frage, wie betroffene Bürger_innen frühzeitiger in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden können, um derartige Eskalationen zu verhindern.

Wie ich schon in der Einleitung dargestellt habe, gelten die Proteste gegen »Stuttgart 21« als Schlüsselereignis für institutionelle Lernprozesse, die zu neuen Formen der kooperativen Beteiligung der Öffentlichkeit an politischen Entscheidungen führen. Die Volksabstimmung im November 2011 war die erste Volksabstimmung in Baden-Württemberg seit 1971 und der erste Entscheid über eine Gesetzesvorlage der Landesregierung. Zwar hatte Baden-Württemberg als erstes Bundesland bereits 1952 die Möglichkeit von Volksanträgen, Volksbegehren und Volksabstimmungen in der Landesverfassung verankert, allerdings sind diese mit sehr hohen Hürden verbunden. So ist für Volksabstimmungen ein Quorum

32 Vgl. exemplarisch Frank Brettschneider und Wolfgang Schuster, Hrsg. (2013): *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, Wiesbaden: Springer; Oscar W. Gabriel, Harald Schoen und Kristina Faden-Kuhne (2014): *Der Volksentscheid über Stuttgart 21. Aufbruch zu neuen demokratischen Ufern?*, Opladen: Budrich.

von 20 Prozent der Bevölkerung nötig, um Abstimmungen herbeizuführen, die zudem eine Zwei-Drittel-Mehrheit erfordern. In der Landesregierung wird seit den Protesten in 2010 intensiv darüber diskutiert, die gesetzlichen Anforderungen deutlich zu senken, bei Volksabstimmungen auf fünf Prozent und eine einfache Mehrheit. Ein entsprechender Gesetzentwurf zur Verfassungsänderung ist aber bislang noch nicht verabschiedet worden.

Volksabstimmungen sind aufgrund ihrer gesetzlichen Verbindlichkeit zwar ein zentrales, aber doch nur ein demokratisches Instrument von vielen und aufgrund des hohen organisatorischen und finanziellen Aufwands nicht das erste Mittel der Wahl. Mit der Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, dem 2013 eingeführten Online-Beteiligungsportal, dem »Leitfaden für eine neue Planungskultur« und der verbindlichen Verwaltungsvorschrift »Öffentlichkeitsbeteiligung« wurden in Baden-Württemberg weitere Instrumente und institutionelle Strukturen geschaffen, die eine frühere und aktive Einbeziehung der Öffentlichkeit in politische Entscheidungsprozesse ermöglichen sollen.³³ Auch wenn diese Lernprozesse nicht zur Klärung des konkreten Konflikts um »Stuttgart 21« beitragen, haben die Proteste eine Veränderung der institutionellen Strukturen bewirkt und damit die Bedingungen für zukünftige Situationen maßgeblich verändert. Baden-Württemberg ist dadurch zum Vorreiter im Vergleich mit anderen Bundesländern geworden, was die Online-Beteiligung von Bürger_innen an Gesetzesvorhaben und andere Experimente mit neuen Beteiligungsformaten angeht. Die Ereignisse rund um »Stuttgart 21« sind deshalb ein hervorragendes Beispiel für die tiefgreifenden kooperativen Lernprozesse auf institutioneller Ebene, die durch den digitalen Wandel maßgeblich unterstützt werden. Im Folgenden will ich deshalb darauf eingehen, wie institutionelle und experimentelle Lernprozesse aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus verstanden werden können.

Mit dem interaktionistischen und gruppenbasierten Ansatz des demokratischen Experimentalismus können nicht nur Menschen, sondern auch Organisationen und Institutionen als handelnde kollektive Akteur_innen aufgefasst werden, deren Zielsetzungen nicht

33 Vgl. Staatsministerium Baden-Württemberg, Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, *Leitfaden für eine neue Planungskultur*.

unabhängig von ihrer Umwelt erfolgen. Neben individuellen Lernprozessen kommen somit auch kollektive Lernprozesse in den Blick. Das macht den Ansatz für organisations- und institutionentheoretische Überlegungen attraktiv. In der Tat hat sich die Auseinandersetzung mit Deweys demokratischem Experimentalismus in den letzten 20 Jahren vorwiegend mit einer Konzeption »experimenteller demokratischer Institutionen« beschäftigt. Derartige Institutionen bieten Frega zufolge »the adequate strategy to identify, face, and solve societal challenges and produce social innovation«. ³⁴ Die im Zusammenhang mit dem demokratischen Experimentalismus entwickelten Überlegungen lassen sich prinzipiell auch auf privatwirtschaftliche Unternehmen beziehen, richten sich in den im Folgenden vorgestellten Ansätzen jedoch vor allem auf öffentliche Institutionen. ³⁵

Einschlägige Arbeiten zur Theorie experimenteller demokratischer Institutionen und zum experimentellen Regierungshandeln (*experimentalist governance*) wurden seit dem Ende der 1990er Jahre in der Rechtswissenschaft, Politikwissenschaft und Philosophie vorgelegt. ³⁶ Im Rahmen ihrer 1998 erschienenen verfassungsrecht-

³⁴ Frega, »The Democratic Project«, S. 364.

³⁵ Einen auf Unternehmen ausgerichteten Ansatz von lernenden Organisationen hat Peter M. Senge mit seinem erstmals 1990 erschienenen Buch *The Fifth Discipline* vorgelegt, vgl. Peter M. Senge (2008): *Die fünfte Disziplin. Kunst und Praxis der lernenden Organisation*, aus dem Amerikanischen übers. von Maren Klostermann, Stuttgart: Schäffer-Poeschel. Senge greift Aspekte der bereits in den 1970er Jahren entwickelten Konzeption lernender Organisationen von Chris Argyris und Donald A. Schön auf, vgl. Chris Argyris und Donald A. Schön (1978): *Organizational Learning. A Theory of Action Perspective*, Reading, MA: Addison-Wesley. In einem zweiten Band von 1995 mit dem Titel *Organizational Learning II* stellen Argyris und Schön die Orientierung ihres Ansatzes an Deweys problemorientiertem Untersuchungsprozess explizit heraus, vgl. die deutsche Übersetzung des zweiten Bands: Chris Argyris und Donald A. Schön (1999): *Die Lernende Organisation. Grundlagen, Methode, Praxis*, aus dem Amerikanischen übers. von Wolfgang Rhiel, Stuttgart: Klett-Cotta; Helmut Brentel (2015): »Argyris, Chris/Schön, Donald A. (1996): *Organizational Learning II. Theory. Method and Practice*. Reading: Addison Wesley«, in: *Schlüsselwerke der Organisationsforschung*, hrsg. von Stefan Kühl, Wiesbaden: Springer VS, S. 64–67, S. 45 f. Insofern gibt es auch in der Organisationstheorie eine enge Verknüpfung zwischen dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus und der Theorie lernender Institutionen.

³⁶ Vgl. Roberto M. Unger (1998): *The Progressive Alternative*, London/New York: Verso; Roberto M. Unger und Cornel West (1998): *The Future of American Progressivism. An Initiative for Political and Economic Reform*, Boston: Beacon Press; Dorf und Sabel, *A Constitution of Democratic Experimentalism*; Dorf und Sabel,

lichen Untersuchung »A Constitution of Democratic Experimentalism« formulierten Charles F. Sabel und Michael C. Dorf eine pragmatistische Institutionentheorie, die auf den philosophischen Annahmen von Peirce, Dewey und Mead beruht und die zentralen Annahmen des demokratischen Experimentalismus teilt:

»Pragmatism guides our project, finally and most directly, because it cuts across various spheres of human activity. Thus, it qualifies as a candidate for linking breakdowns and emergent solutions throughout public and private life. As a theory of thought and action through problem solving by collaborative, continuous reelaboration of means and ends, pragmatism suggests that advances in accommodating change in one area often have extensive implications for problem solving in others.«³⁷

Ausgehend von der Diagnose, dass die demokratischen Prinzipien der Gewaltenteilung, des Föderalismus und der verfassten Staatsgewalt angesichts der gewachsenen Komplexität und Vielfalt der gesellschaftlichen Herausforderungen ihre Vitalität verlieren, beschreiben Sabel und Dorf die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform der öffentlichen Institutionen. Im Zentrum ihres Ansatzes steht die Transformation der gesellschaftlichen Institutionen durch dezentrale reflexive Lernprozesse: »We call the overall system of public problem solving that combines federal learning with the protection of the interests of the federated jurisdictions and the rights of individuals *democratic experimentalism*.«³⁸ Um den Differenzen zwischen allgemeinen politischen Prinzipien, komplexen problematischen Handlungszusammenhängen und lokalen Bedingungen entgegenzuwirken, ist ihrer Ansicht zufolge ein institutionalisiertes, lokales Experimentieren erforderlich, das eine Anpassung der

»Drug Treatment Courts and Emergent Experimentalist Government«; Sabel, »Eine stille Revolution demokratischer Gouvernanz«; Sabel, »Dewey, Democracy, and Democratic Experimentalism«; Ansell, *Pragmatist Democracy*; Knight und Johnson, *The Priority of Democracy*; William H. Simon (2012): »The Institutional Configuration of Deweyan Democracy«, in: *Contemporary Pragmatism* 9,2, S. 5–34; De Burca, Keohane und Sabel, »Global Experimentalist Governance«; Frega, »The Democratic Project«, bes. Kap. 7 »A democratic experimentalist theory of institutions«.

³⁷ Dorf und Sabel, *A Constitution of Democratic Experimentalism*, S. 286.

³⁸ Ebd., S. 288.

zentralisierten politischen Entscheidungen, die vom Parlament, den Gerichten und Verwaltungsbehörden gefällt werden, an die lokalen Bedingungen ermöglicht.

Der Vorteil von Deweys demokratischem Experimentalismus liegt für die Autoren darin, dass er nicht von einer Trennung zwischen der privatwirtschaftlichen und der öffentlichen Sphäre ausgeht, sondern Demokratie als eine Methode versteht, die nicht-intendierten Folgen der sozialen Interaktionen zwischen verschiedenen Akteur_innen durch öffentliche Untersuchungsprozesse zu regulieren. Sein Ansatz betont zudem die Bedeutung sozialer Innovationen für gesellschaftliche Probleme. In Deweys Theorie des reflexiven Problemlösens sehen Sabel und Dorf eine Ähnlichkeit zu den dynamischen Produktentwicklungsmethoden des *simultaneous* oder *concurrent engineering*, die seit den 1980er Jahren vor allem in japanischen Unternehmen unter der Bezeichnung *Kaizen* mit großem Erfolg entwickelt und angewendet werden.³⁹ Es handelt sich dabei um eine Institutionalisierung des kritisch-reflexiven Denkens nach dem Prinzip der ständigen Kritik: »routinely questio-

39 *Kaizen* bezeichnet im Japanischen das Prinzip der »kontinuierlichen Verbesserung«. Der Zusammenhang mit dem demokratischen Experimentalismus geht auf den Einfluss des philosophischen Pragmatismus auf Walter A. Shewhart und W. Edwards Deming zurück, worauf ich bereits auf S. 62 hingewiesen habe. Shewhart hat in den 1920er und -30er Jahren eine Methode zur statistischen Messung und Kontrolle der Qualität von industriellen Produktionsprozessen entwickelt, die sich in den USA zunächst nicht durchsetzen konnte. Sein Ansatz war maßgeblich von der pragmatistischen Philosophie von Clarence Irving Lewis geprägt, der selbst zwischen 1902 und 1906 in Harvard studiert und 1910 bei Josiah Royce promoviert hatte – also in der Blütezeit des Pragmatismus. Deming hat den statistischen Ansatz von Shewhart Ende der 1930er Jahre entdeckt. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging Deming nach Japan, wo er Shewharts Überlegungen unter der Bezeichnung »Shewhart-Zyklus« oder »PDCA-Zyklus« (PDCA steht für Plan-Do-Check-Act) weiterentwickelte und in der japanischen Industrie populär machte – insbesondere in der Automobilindustrie. Damit trug Deming maßgeblich zur Entwicklung von *Kaizen* als Managementmethode seit den 1950er Jahren durch Taiichi Ohno im berühmten »Toyota-Produktionssystem« bei (vgl. Taiichi Ohno [1993]: *Das Toyota-Produktionssystem*, Frankfurt a. M.: Campus). Aufgrund des Erfolgs bei Toyota ist Demings PDCA-Zyklus, der auch als »Deming-Kreis« bekannt ist, in den 1980er Jahren auch wieder in den USA und in Europa aufgegriffen worden. Einige der Prinzipien und Methoden des Toyota-Produktionssystems, das auch als »Lean Management« bezeichnet wird, haben sich heute weltweit in den komplexen und dynamischen Produktionsprozessen von Software durchgesetzt, wie beispielsweise das *Kanban*-System (vgl. David J. Anderson [2011]: *Kanban*, Heidelberg: Dpunkt.Verlag).

ning the suitability of current routines«.40 Diese Methode der von Prozessen durch kritische Reflexion bezeichnen Sabel und Dorf als *learning by monitoring* und plädieren dafür, sie auf öffentliche Institutionen zu übertragen.41 Dazu ist es notwendig, partizipative Kommunikationsprozesse auf lokaler, bundesstaatlicher und nationaler Ebene zu institutionalisieren und zu verbinden, um eine Umgebung zu schaffen, die es den unterschiedlichen Akteur_innen ermöglicht, Ideen und Lösungsansätze für ihre lokalen Probleme auszutauschen und aus den dezentralen Experimenten zu lernen. Ausgehend von der daraus resultierenden Konzeption eines dezentralen und lernfähigen demokratischen Regierungssystems, das sie »direkt-deliberative Polyarchie« (*directly-deliberative polyarchy*) nennen,42 beschreiben sie in ihrer umfangreichen Untersuchung die Rolle des Kongresses, der Gerichte und der Verwaltungsbehörden. Anhand von Fallbeispielen zur *National Highway Traffic Safety Administration*, zum Forstdienst des Landwirtschaftsministeriums der Vereinigten Staaten und zu den Institutionen für die Sicherheit von Atomkraftwerken zeigen sie exemplarisch, dass sich bereits Elemente einer solchen experimentellen Organisationsstruktur entwickelt haben und es vor allem darum geht, diese Entwicklungen aufzuzeigen und zu verstärken.43

Die institutionellen Lernprozesse infolge der Proteste gegen »Stuttgart 21« weisen meines Erachtens in dieselbe Richtung. Es wurde erkannt, dass eine lebendige Demokratie neben den formalen Beteiligungsmöglichkeiten auch auf möglichst vielfältige informelle Formen der Kommunikation und Kooperation zwischen den Betroffenen und Beteiligten angewiesen ist. Dazu gehört, dass auch Gesetzentwürfe bereits im Entstehungsprozess öffentlich eingesehen und kommentiert werden können, wie es inzwischen über das Online-Beteiligungsportal in Baden-Württemberg realisiert wird. Dabei handelt es sich jedoch in hohem Maß um experimentel-

40 Dorf und Sabel, *A Constitution of Democratic Experimentalism*, S. 301.

41 Ebd., S. 314–323.

42 Das Konzept hat Charles Sabel bereits ein Jahr zuvor in einem Artikel mit Joshua Cohen beschrieben, in dem sie sich aber nicht explizit auf Dewey beziehen, sondern nur allgemein auf den radikaldemokratischen Problemlösungsansatz, vgl. Joshua Cohen und Charles F. Sabel (1997): »Directly-Deliberative Polyarchy«, in: *European Law Journal* 3.4, S. 313–342.

43 Dorf und Sabel, *A Constitution of Democratic Experimentalism*, S. 357–387.

le und ergebnisoffene Prozesse, und erst in einigen Jahren wird man nach einer wissenschaftlichen Evaluation Aussagen darüber machen können, welche Maßnahmen und Verfahren der Bürgerbeteiligung für welche Arten von Angelegenheiten geeignet sind.

Auch Christopher Ansell entwickelt in seinem 2011 erschienenen Buch *Pragmatist Democracy and Evolutionary Learning* im Anschluss an Deweys Öffentlichkeitskonzeption eine Theorie lernender Institutionen. Der demokratische Experimentalismus stellt für Ansell eine Alternative zu den technokratischen und wettbewerbsbasierten Modellen der Demokratie dar. Im Zentrum steht für Ansell die Frage, wie demokratische Institutionen mit komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen umgehen können. Darauf ist seine Governance-Konzeption ausgerichtet, die er im Unterschied zu Sabel und Zeitlin nicht »Experimentalist Governance«,⁴⁴ sondern »Collaborative Governance«⁴⁵ und »Turbulent Governance«⁴⁶ nennt. »Collaborative Governance« definiert Ansell als

»[a] governing arrangement where one or more public agencies directly engage non-state stakeholders in a collective decision-making process that is formal, consensus-oriented, and deliberative and that aims to make or implement public policy or manage public programs or assets.«⁴⁷

Zu den wesentlichen Kriterien gehört Ansell zufolge die Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteur_innen sowie innerhalb der Akteursgruppen, wobei zu den nicht-staatlichen Akteur_innen auch Bürger_innen gehören, die nicht in formalen Strukturen organisiert sind, also spontane Zusammenschlüsse und Initiativen aus der Bevölkerung. Die Zusammenarbeit muss Ansell

44 Charles F. Sabel und Jonathan Zeitlin (2008): »Learning from Difference. The New Architecture of Experimentalist Governance in the EU«, in: *European Law Journal* 14.3, S. 271–327.

45 Christopher Ansell (2012): »Collaborative Governance«, in: *The Oxford Handbook of Governance*, hrsg. von David Levi-Faur, Oxford: Oxford University Press, S. 498–511.

46 Christopher Ansell, Jarle Trondal und Morten Øgård (2017): »Turbulent Governance«, in: *Governance in Turbulent Times*, hrsg. von Christopher Ansell, Jarle Trondal und Morten Øgård, Oxford u. a.: Oxford University Press, S. 1–23.

47 Christopher Ansell und Alison Gash (2008): »Collaborative Governance in Theory and Practice«, in: *Journal of Public Administration Research and Theory* 18.4, S. 543–571, hier: S. 544.

zufolge jedoch im Rahmen formalisierter Prozesse und verbindlicher, inklusiver Verfahren stattfinden, nicht durch informelle oder exklusive Kooperation. Daraus folgt letztlich die Forderung nach einer Institutionalisierung von informellen und experimentellen Verfahren, die sich bewährt haben. Für Ansell geht die Initiative zu kooperativen Regulierungsprozessen in der Regel von den öffentlichen Institutionen aus, doch die Prozesse können ebenso auch durch die Mobilisierung der Betroffenen initiiert werden. In seiner Definition wird zudem betont, dass es nicht nur um die Beratung öffentlicher Institutionen durch nicht-staatliche Akteur_innen und Betroffene, also um eine unverbindliche Kenntnisnahme ihrer Positionen geht, sondern um deren aktive Einbeziehung in die Entscheidungsprozesse. Öffentliche Anhörungen sind dementsprechend kein Beispiel für »Collaborative Governance«, solange sie nicht konsensorientiert und auf verbindliche Entscheidungen ausgerichtet sind. Als Formen der Zusammenarbeit versteht Ansell dennoch ein breites Spektrum von Praktiken und Verfahren, auch solchen, die nicht unmittelbarer Bestandteil von konkreten Entscheidungen sind, wie etwa Zukunftswerkstätten oder anderen Kreativitätstechniken zur Entwicklung von Ideen und Problemlösungen.⁴⁸

Zur ersten Generation von umfassenden Experimenten mit konkreten Formen von »Collaborative Governance« zählt Ansell kooperative Formen der Stadt- und Landschaftsplanung, kooperatives Management von Wassereinzugsgebieten und kooperative Regulierungsprozesse (*negotiated rulemaking*).⁴⁹ In allen diesen Feldern haben sich innovative Verfahren entwickelt, durch welche die betroffenen Akteur_innen in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Hier haben sich aus der Bewältigung von früheren Konflikten bereits Lernprozesse ergeben, die zu einer Erweiterung und Veränderung der öffentlichen Institutionen geführt haben. Das hat gezeigt, dass es möglich ist, engere Formen der Kooperation in der politischen Praxis durchzuführen. Der Erfolg dieser Zusam-

⁴⁸ Ansell, »Collaborative Governance«, S. 499.

⁴⁹ »Negotiated rulemaking« oder »regulatory negotiation« ist in den USA ein etabliertes Verfahren der kooperativen Einbeziehung betroffener Akteur_innen in den Gesetzgebungsprozess, für die es im deutschsprachigen Raum keine Entsprechung gibt.

menarbeit hängt wesentlich davon ab, ob die beteiligten Parteien an einem kooperativen, offenen Prozess interessiert sind und es ihnen gelingt, das dafür notwendige Vertrauen zueinander aufzubauen. Bestehenden Machtasymmetrien durch ungleiche Voraussetzungen der beteiligten Parteien kann dabei durch eine gezielte Unterstützung und Förderung der schlechter gestellten Parteien entgegengewirkt werden. Wenngleich die von Ansell besprochenen Beispiele auf das amerikanische Rechtssystem bezogen sind, lassen sich die Lernprozesse auch auf die Entwicklungen in Deutschland übertragen. Solange die Instrumente und Verfahren einen experimentellen Status haben, bieten sie sich für Angelegenheiten auf lokaler und regionaler Ebene an. Wenn sie aber erst etabliert und im Rechtssystem institutionalisiert sind, scheint es aussichtsreich, derartige kooperative Problemlösungsprozesse auch in transnationalen Kontexten anzuwenden.

Als Beispiel für eine Öffentlichkeit auf *globaler* Ebene will ich auf die Enthüllungen von Edward Snowden eingehen. Für digitale Öffentlichkeiten ist das Beispiel einschlägig, weil die problematische Situation selbst durch die Verbreitung digitaler Technologien verursacht ist und ihre Klärung aufwendige Untersuchungsprozesse und institutionelle Veränderungen erforderlich macht. Wenn die Überwachungsaffäre aus der Perspektive von Deweys Öffentlichkeitstheorie als fünfstufiger Untersuchungsprozess zur Klärung einer problematischen Situation betrachtet wird, geht es hier um die ersten beiden Phasen, (1.) die Wahrnehmung der problematischen Situation und (2.) die angemessene Beschreibung des Problems. Ich behaupte, dass der Untersuchungsprozess im Fall der Überwachungsaffäre noch nicht über die zweite Phase hinausgekommen ist. Andere werden die Meinung vertreten, der Untersuchungsprozess zur Aufklärung der Überwachungsaffäre sei sogar schon weitgehend zum Erliegen gekommen. Zumindest was die Medienberichterstattung angeht, ist das Interesse im Vergleich zur Anfangszeit tatsächlich deutlich zurückgegangen. Doch der Untersuchungsprozess zur Untersuchung einer öffentlichen Angelegenheit hängt im Ansatz des demokratischen Experimentalismus nicht von der Aufmerksamkeit der Medien ab. Insofern bildet die mediale Berichterstattung keinen verlässlichen Indikator für die Aktivität einer Öffentlichkeit.

Es könnte auch behauptet werden, dass in dieser Affäre niemals ein öffentlicher Untersuchungsprozess in Gang gekommen ist, da die Situation selbst nur von wenigen Menschen als problematische Situation anerkannt wird. Hier veranschaulicht das Beispiel besonders gut, dass eine problematische Situation nicht unbedingt erst dann wahrgenommen wird, wenn ein Leidensdruck für die Betroffenen spürbar ist. Weil die Aufzeichnung und Auswertung der digitalen Kommunikation durch die Geheimdienste weitgehend unbemerkt vonstatten ging und geht, ist hier vielmehr das Insiderwissen derjenigen gefragt, denen die Handlungszusammenhänge bekannt sind, etwa durch unmittelbare Beteiligung wie im Fall von Snowden. Um eine problematische Situation in der ersten Phase des Untersuchungsprozesses wahrzunehmen, muss das Problem zudem noch nicht detailliert beschrieben werden können. Die offensichtliche Tatsache, dass ein Geheimdienst seine politisch legitimierten Befugnisse überschreitet, reicht allein schon aus, um einen Untersuchungsprozess zu initiieren, selbst wenn sich die Situation für einen großen Teil der Bevölkerung nicht als Problem bemerkbar macht. Wie das Problem genau zu bestimmen ist, wer in welchem Grad betroffen ist und durch welche Maßnahmen die Situation geklärt werden kann, wird erst in den folgenden Phasen des Problemlösungsprozesses thematisiert.

Das Beispiel zeigt zudem, dass eine einzelne Person ausreichen kann, um eine problematische Situation aufzudecken, wenn sie die schwerwiegenden indirekten Folgen eines Handlungszusammenhangs für eine große Anzahl von Betroffenen erkennt und im Sinne der betroffenen Öffentlichkeit handelt. Ohne das Wissen um diese Zusammenhänge kann sich eine Öffentlichkeit nicht organisieren. Snowden hat jedoch nicht nur auf die problematische Situation hingewiesen, sondern seine Behauptungen auch durch das von ihm gesammelte Beweismaterial belegen können, das er der Journalistin Laura Poitras und den Journalisten Glenn Greenwald und Ewen MacAskill übergeben hat. Die NSA-Unterlagen stellen eine wichtige Ressource für den laufenden Untersuchungsprozess dar. Allerdings erfolgt die Veröffentlichung und Auswertung der Dokumente seit Juni 2013 nur schrittweise. Bis heute sind nur etwa 400 von 50.000 Dokumenten veröffentlicht, was auf Greenwalds Strategie zurückzuführen ist, die Aufmerksamkeit der Medienöffentlichkeit

aufrechtzuerhalten. Für dieses Vorgehen wird er von anderen Aktivist_innen kritisiert, die ebenfalls am Untersuchungsprozess beteiligt sind, aber keinen Zugang zu den Dokumenten haben.⁵⁰ Dadurch kommt es zu einer problematischen Asymmetrie innerhalb der Forschungsgemeinschaft. Diejenigen Dokumente, die bereits von verschiedenen Zeitungen veröffentlicht und ausgewertet wurden, werden in Archiven gesammelt, um sie der weiteren Erforschung einfacher zugänglich zu machen.⁵¹

Es sind derzeit vereinzelte Aktivist_innen, Journalist_innen und Politiker_innen, die sich weiterhin intensiv mit dem Untersuchungsprozess zur NSA-Überwachungsaffäre beschäftigen. Auch das ist vereinbar mit der Öffentlichkeitstheorie des demokratischen Experimentalismus. Denn es müssen nicht alle indirekt Betroffenen aktiv in alle Schritte involviert sein. Dazu sind die Handlungszusammenhänge zu komplex und der zeitliche Aufwand zu groß. Der Untersuchungsprozess zur Aufarbeitung der Überwachungsaffäre setzt sich aus einer Vielzahl an Untersuchungen zusammen, die auf die Folgen in einzelnen Ländern und auf die Beteiligung der jeweiligen Nationalstaaten fokussiert sind. Denn die Handlungsfolgen müssen in ihren jeweiligen konkreten Kontexten untersucht werden, die von Land zu Land variieren. Dennoch sind die verschiedenen Untersuchungsprozesse auf eine von allen geteilte Situation ausgerichtet. Die von Dewey geforderte intelligente Organisation einer Öffentlichkeit besteht darin, geeignete Strukturen einzurichten beziehungsweise bestehende Strukturen zu nutzen, die eine Klärung der problematischen Situation und eine enge Kooperation zwischen allen Beteiligten ermöglichen. Im Fall der NSA-Überwachungsaffäre zählen dazu beispielsweise Plattformen wie WikiLeaks, die Kooperationsstrukturen zwischen den Redaktionen

50 Max Biederbeck (2016): »Warum ihr selbst auf die Snowden-Dokumente zugreifen solltet«, in: *Wired.de* am 05.02.2016, URL: <https://www.wired.de/collection/life/schaut-die-snowden-dokumente-am-besten-selbst-durch> (abgerufen am 25.08.2018).

51 Neben dem »Snowden Surveillance Archive« (<http://www.cjfe.org/snowden>) der *Canadian Journalists for Free Expression* (CJFE) betreibt auch die Bürgerrechtsorganisation *American Civil Liberties Union* (ACLU) ein eigenes Archiv: <https://www.aclu.org/nsa-documents-search>.

der verschiedenen Tageszeitungen, die das Material veröffentlichen, oder die genannten Archive, in denen das veröffentlichte Material gesammelt wird.

Ein weiteres Beispiel einer eigens für diesen spezifischen Untersuchungsprozess eingerichteten Institution ist der NSA-Untersuchungsausschuss, der im März 2014 vom Deutschen Bundestag eingesetzt wurde. Der Ausschuss sollte infolge von Snowdens Enthüllungen das Ausmaß der Überwachung des Internetverkehrs durch die Geheimdienste der »Five Eyes« (USA, Vereinigtes Königreich, Kanada, Australien und Neuseeland) und die Verstrickung des Bundesnachrichtendienstes darin klären. Der NSA-Untersuchungsausschuss veranschaulicht einerseits exemplarisch, wie die bestehenden öffentlichen Institutionen zur Aufklärung konkreter problematischer Situationen betragen können – die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ist schließlich ein etabliertes Instrument, das sich historisch bewährt hat. Andererseits zeigen die problematischen Entwicklungen und Affären rund um den NSA-Ausschuss, die hier nicht in ihren Einzelheiten erläutert werden können, wie diese Aufklärungsarbeit von den bestehenden institutionellen Strukturen selbst behindert werden kann.⁵² Mit dem demokratischen Experimentalismus wird betont, dass sich aus diesen strukturellen Problemen mögliche Lernprozesse ableiten lassen, die zu einer Reflexion und Anpassung der Arbeitsweise von Untersuchungsausschüssen in der Zukunft führen sollten. Denn die Reflexion und Veränderung der Ermöglichungsbedingungen kooperativer Untersuchungsprozesse ist, neben der Klärung der problematischen Situation, eine Aufgabe von Öffentlichkeiten in Deweys Konzeption. Von ihrer Anlage und Funktion her weisen parlamentarische Untersuchungsausschüsse grundsätzlich eine Strukturähnlichkeit mit kooperativen Untersuchungsprozessen im Sinne des demokratischen Experimentalismus auf. Sie dienen der Aufklärung von Sachverhalten im öffentlichen Interesse und stellen eine institutionalisierte Form der kritischen Reflexion einer problematischen Situation dar. Im Unterschied zu kooperativen

52 Vgl. dazu Jörn Lamla und Carsten Ochs (2016): »Der NSA-Skandal als Krise der Demokratie? Selbstreflexionen der Öffentlichkeit in der Privacy-Arena«, in: *Kritische Öffentlichkeiten – Öffentlichkeiten in der Kritik*, hrsg. von Kornelia Hahn und Andreas Langenohl, Medienkulturen im digitalen Zeitalter, Wiesbaden: Springer, S. 83–112.

Öffentlichkeiten werden in Untersuchungsausschüssen aber keine Lösungsmöglichkeiten erarbeitet und umgesetzt. Sie beschränken sich im Wesentlichen auf die zweite Phase des Untersuchungsprozesses, die Problembeschreibung, wobei, wie Dewey betont, in jeder adäquaten Beschreibung einer problematischen Situation immer schon implizite Lösungsmöglichkeiten angedeutet sind.⁵³

Damit soll nur angedeutet sein, was es heißt, die NSA-Überwachungsaffäre aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus als Untersuchungsprozess zu betrachten. Für eine detaillierte Betrachtung müssten die weltweit verstreuten Organisationen und Aktivitäten qualitativ untersucht werden. Aus der Tatsache, dass die Ereignisse und Aktivitäten infolge der Enthüllungen durch Edward Snowden mit dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus als eine Öffentlichkeit verstanden werden können, folgt jedoch nicht, dass es sich automatisch um eine besonders *vitale* Öffentlichkeit handelt, die auf eine geeignete Organisation und breite Unterstützung bauen kann. In diesem Sinn weist das Beispiel bezüglich der intelligenten Kooperation zwischen den Beteiligten und Betroffenen erhebliche Defizite auf. Um die spezifische Angelegenheit zu klären, müssten alle Beteiligten – zivilgesellschaftliche, staatliche und wirtschaftliche Akteur_innen – gemeinsam zur Aufklärung der problematischen Situation beitragen. Andererseits ist eine Öffentlichkeit auf globaler Ebene auch die denkbar komplexeste und am schwersten zu realisierende Form eines kooperativen Untersuchungsprozesses. Dennoch bietet der demokratische Experimentalismus auch für transnationale Öffentlichkeiten einen konstruktiven Zugang, wie in den folgenden Überlegungen deutlich wird.

In den letzten Jahrzehnten haben sich viele problematische Situationen von globalem Ausmaß verschärft, wie beispielsweise der Klimawandel, Terrorismus, Finanzkrisen, die Ungleichheit zwischen armen und reichen Menschen sowie zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden. Ausgehend von jeder Angelegenheit ließen sich Öffentlichkeiten rekonstruieren, die sich im Rahmen von kooperativen Untersuchungsprozessen mit der Klärung der jeweiligen komplexen problematischen Situationen befassen. Diese

⁵³ Vgl. dazu die zweite Phase des reflexiven Problemlösungsprozesses in Kapitel 4.1, S. 109.

lassen sich durchaus auch als *digitale* Öffentlichkeiten verstehen. Zum Beispiel ist der Klimawandel als problematische Situation zwar nicht primär durch die digitalen Technologien verursacht,⁵⁴ diese tragen aber wesentlich zu den Untersuchungsprozessen bei. Die Wahrnehmung des Klimawandels als öffentliche Angelegenheit, selbst in seinen Auswirkungen als lokale Wetterphänomene, basiert auf Messungen und Voraussagen der Klimaforschung mittels Big-Data-Analysen. Die Menge an meteorologischen Daten, die in die Aufzeichnungen, Modellberechnungen, Simulationen, Vorhersagen und Visualisierungen einfließen, summiert sich auf Exabytes.⁵⁵ Einzelne Wetterereignisse werden heute durch die Analyse von enormen Datenmengen mit Hochleistungsrechnern berechnet und prognostiziert. Der Hurrikan Sandy, der im Herbst 2012 in der Karibik und in den USA große Schäden angerichtet hat, gilt als ein Beispiel für die Genauigkeit der Prognosen mittels Big-Data-Analysen. Dadurch konnte für die vom Hurrikan Betroffenen ein noch größerer Schaden abgewendet werden.⁵⁶ In diesem Sinn können auch alle anderen globalen Angelegenheiten als digitale Öffentlichkeiten beschrieben werden.

54 Andererseits hat der enorme Strombedarf, der von Rechenzentren, Computern, Smartphones und anderen vernetzten Geräten in der Herstellung und im Betrieb erzeugt wird, einen wachsenden Anteil am ökologischen Fußabdruck, vgl. Bryan Walsh (2013): »The Surprisingly Large Energy Footprint of the Digital Economy«, in: *Time* am 14.08.2013, URL: <http://science.time.com/2013/08/14/power-drain-the-digital-cloud-is-using-more-energy-than-you-think/> (abgerufen am 25.08.2018); Tom Bawden (2016): »Global warming: Data centres to consume three times as much energy in next decade, experts warn«, in: *Independent* am 23.01.2016, URL: <http://www.independent.co.uk/environment/global-warming-data-centres-to-consume-three-times-as-much-energy-in-next-decade-experts-warn-a6830086.html> (abgerufen am 25.08.2018). Die Herausforderung, die Digitalisierung zukünftig nachhaltig zu gestalten, ließe sich demnach auch als eine problematische Situation rekonstruieren, die umfassende kooperative Untersuchungsprozesse erforderlich macht.

55 Ein Exabyte sind 1000 Petabytes, eine Million Terabytes oder eine Milliarde Gigabytes, vgl. Stefan Brönnimann (2015): *Climatic Changes Since 1700*, Heidelberg u. a.: Springer, S. 19 ff.

56 Timo Leimbach und Daniel Bachlechner (2014): *Big Data in der Cloud*, Juli 2014, TAB-Hintergrundpapier Nr. 19, Berlin: Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), URL: <https://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Hintergrundpapier-hp019.pdf> (abgerufen am 25.08.2018), S. 125 ff.

Im Ansatz des demokratischen Experimentalismus wird betont, dass es zu den zentralen Aufgaben einer kreativen Demokratie gehört, die etablierten Praktiken und Institutionen angesichts der sich wandelnden gesellschaftlichen Herausforderungen und Bedürfnisse kontinuierlich zu erneuern und zu erweitern. Auch auf der transnationalen Ebene sind geeignete Strukturen erforderlich, um auf die genannten komplexen Angelegenheiten und Folgen zu reagieren. Der Soziologe Wil Martens bezeichnet die institutionellen Strukturen, die sich zu diesem Zweck in den letzten Jahrzehnten bereits herausgebildet haben, als »transnationale Regimes«. ⁵⁷ Sein Verständnis dieser Gebilde deckt sich weitgehend mit der oben erläuterten Konzeption der *Issue Publics* und mit dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus. Anhand von Martens' Erläuterungen lässt sich veranschaulichen, wie kooperative Untersuchungsprozesse und die Veränderung institutioneller Strukturen im Kontext komplexer transnationaler Öffentlichkeiten verstanden werden können. Um zu zeigen, was sich mit dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus in theoretischer Hinsicht gewinnen lässt, will ich zum Abschluss die Überlegungen von Martens vorstellen und vergleichend ergänzen.

Martens untersucht die Frage, inwiefern es sinnvoll ist, die Idee der Demokratisierung auf diese transnationalen Regimes anzuwenden – insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass ausgerechnet »private« Stakeholder wie Unternehmen, NGOs und Experten an der öffentlichen Regulierung im Umgang mit territorial unbegrenzten gesellschaftlichen Problemen teilnehmen«. ⁵⁸ Er bezeichnet diese Regimes als »Issue-orientierte transnationale Regulierungsinstitutionen«, da sie auf die Regulierung spezifischer Angelegenheiten ausgerichtet sind, »wie Kinderarbeit, Urwaldvernichtung, medizinische Versorgung, technische Standards, Arbeitsbedingungen, Nothilfe bei Katastrophen, Kapitalversorgung oder

57 Vgl. Wil Martens (2017): »Demokratie für transnationale Regimes«, in: *Kritische Öffentlichkeiten – Öffentlichkeiten in der Kritik*, hrsg. von Kornelia Hahn und Andreas Langenohl, Medienkulturen im digitalen Zeitalter, Wiesbaden: Springer, S. 23–58.

58 Ebd., S. 23.

Nahrungssicherheit«, die »von einer Vielzahl von Menschen und Organisationen als Probleme betrachtet werden, die es zu lösen oder verhindern gilt«. ⁵⁹ Die besagten *issues* sind in der Regel

»komplexe Angelegenheiten, zu deren Bearbeitung die Handlungen einer Vielzahl von Menschen und Organisationen dauerhaft orientiert und koordiniert werden müssen. Dafür werden öffentliche Regeln produziert und durchgesetzt. Die zusammenarbeitenden Menschen und Organisationen bilden sich selbst organisierende, dauerhafte, problemorientierte Gemeinschaften, die wir Regimes nennen.« ⁶⁰

Weil die zunehmend globalen Handlungszusammenhänge nicht mehr durch nationalstaatliche Institutionen und Verfahren reguliert werden können, aber auch eine multilaterale Koordination aufgrund dominierender nationaler Interessen auf erhebliche Schwierigkeiten stößt, haben sich neue institutionelle Strukturen herausgebildet:

»Produktion, Verteilung und Verwendung in Sachen Nahrung, Wissen, Medizin, Energie, Verkehr, Information usw. sind der Tendenz nach in weltweiten Systemen verknüpft. Ihre oft unerwünschten Effekte wie Klimawandel, inhumane Arbeitsbedingungen, Erschöpfung von natürlichen Quellen oder ungleiche Verteilung von Nahrung, Wissen, medizinischer Versorgung und Bildung können nur grenzüberschreitend bekämpft werden. Internationale Zusammenarbeit ist jedoch schwierig, weil Nationalstaaten sich in erster Linie als souveräne Regulatoren für die Bevölkerung ihres Territoriums betrachten. In dieser Lage haben sich vor allem in den letzten Jahrzehnten viele Issue-spezifische nicht-staatliche Initiativen zur Bekämpfung nicht territorial gebundener Probleme entwickelt.« ⁶¹

⁵⁹ Martens, »Demokratie für transnationale Regimes«, S. 28.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Ebd.

Mit anderen Worten: Gruppen von Menschen, die konkrete transnationale Angelegenheiten als problematische Handlungszusammenhänge wahrnehmen, schließen sich zusammen, um einen kooperativen und selbstorganisierten Prozess zur Klärung und Regulierung dieser Angelegenheiten in Gang zu setzen. Gemeinsam bilden sie »organisierte Verbände, die aus einer Vielfalt von Stakeholdern zusammengesetzt sind, die in Bezug auf einige Issues oder Probleme gemeinsam Regeln produzieren, denen sie sich selbst unterwerfen«.⁶²

Martens' Beschreibung transnationaler Regimes weist offensichtliche Ähnlichkeiten mit Deweys Öffentlichkeitskonzeption auf.⁶³ Der demokratische Experimentalismus wäre geeignet, Martens' Frage nach dem Demokratisierungspotenzial dieser institutionellen Strukturen zu untersuchen. Wie in den meisten sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zur Beschreibung und Beurteilung der transnationalen Regulierung öffentlicher Angelegenheiten orientiert sich Martens jedoch an der am weitesten verbreiteten Demokratie- und Öffentlichkeitskonzeption von Habermas. Im Zentrum seiner Überlegungen steht die Frage, ob »Jürgen Habermas' Konzeption deliberativer Demokratie helfen [kann], diese Regulierungsform zu verstehen und zu beurteilen«.⁶⁴ Letztlich

62 Ebd., S. 29.

63 Anhand von Martens' detaillierter Beschreibung lässt sich zudem ein Bild der Komplexität der institutionellen Strukturen gewinnen, von denen mit Deweys Öffentlichkeitskonzeption – über die staatlichen Institutionen hinaus – ausgegangen werden muss. Martens weist darauf hin, dass die transnationalen Regimes ein komplexes, heterogenes und arbeitsteilig ausdifferenziertes Feld bilden. Darin sind einige Institutionen, wie das *UN Global Impact* oder die *International Organization for Standardization* (ISO), nur auf die Produktion von allgemeinen Prinzipien, Richtlinien und Standards für diese Prozesse ausgerichtet, andere sind auf Monitoring, Berichterstattung und Zertifizierungen spezialisiert, wieder andere organisieren die Umsetzung dieser Standards in bestimmten Industrie- und Berufsfeldern. Darüber hinaus schließen sich die Issue-orientierten Regimes zu Meta-Netzwerken zusammen, so dass im Endeffekt die Bewältigung einzelner Angelegenheiten kaum von den damit verbundenen umfassenden Strukturen zu trennen ist. Die Arbeitsteilung ist nicht so angelegt, dass die Funktionen der einzelnen Organisationen festgeschrieben wären. Vielmehr entwickeln die Meta-Netzwerke ihre eigenen Strukturen, um Tätigkeiten wie die Produktion von Standards, das Monitoring oder die Evaluation zu organisieren. Somit werden sie zu »integralen« Regulierungsinstitutionen, die wie der Nationalstaat die verschiedenen Regulierungsfunktionen in sich vereinigen« (ebd., S. 30).

64 Ebd., S. 23.

kommt Martens in seiner Analyse zu dem Schluss, dass die Demokratisierung transnationaler Regimes mit Habermas *nicht* erklärt werden könne. Der wesentliche Grund liegt darin, dass Habermas' Anforderungen an die Legitimität demokratischer Selbstgesetzgebung eine *abgegrenzte* Gemeinschaft voraussetzen, die nur in Nationalstaaten gegeben ist. Habermas hat selbst Vorbehalte gegenüber einer direkten Übertragung seines eigenen Ansatzes auf supranationale Strukturen. Er hält allenfalls eine indirekte Demokratisierung über die Nationalstaaten in Form einer multilateralen Konzeption für möglich. Dennoch will Martens an der Idee einer Demokratisierung nicht-staatlicher transnationaler Regimes festhalten. Zu diesem Zweck bestimmt er die transnationalen Regimes als »demokratische Gemeinschaften, das heißt als Kollektive, die einen eigenen *demos* haben und mittels eigener öffentlicher Diskurse, Legislative, Verwaltung und Recht (inklusive Verfassung) als demokratische kollektive Akteure fungieren«. ⁶⁵

Für die Bestimmung einer demokratischen Gemeinschaft können Martens zufolge zwei Kriterien angewendet werden: der externe und der innere Zusammenhalt. Nach außen tritt eine demokratische Gemeinschaft als kollektive Akteurin auf, während intern die Regeln, Werte und Beziehungen der – freiwilligen und vielfältigen – Mitglieder durch Prozesse der demokratischen Selbstbestimmung festgelegt werden. Auch wenn Martens sich hier auf einen jüngeren Diskurs über den »globalen *demos*« bezieht, in dem Dewey keine explizite Rolle spielt, ⁶⁶ weisen die beiden Kriterien deutliche Ähnlichkeiten mit Deweys Kriterien demokratischer Gemeinschaft auf. Dennoch meine ich, dass Deweys spezifische Konzeption eine Lösung für jenes Problem der Schließung demokratischer Gemeinschaften bietet, das sich Martens zufolge aus der Inkompatibilität der beiden Kriterien ergibt.

Als »Bedingung jeglicher Form der Demokratie« gilt die Annahme, dass Menschen »in irgendeiner Hinsicht ihre Handlungen koordinieren und dadurch ein Kollektiv oder eine Gemeinschaft bilden«. ⁶⁷ Zudem besteht ein Grundprinzip der Demokratie darin,

65 Martens, »Demokratie für transnationale Regimes«, S. 39, 51.

66 Christian List und Mathias Koenig-Archibugi (2010): »Can There Be a Global *Demos*? An Agency-Based Approach«, in: *Philosophy & Public Affairs* 38.1, S. 76–110.

67 Martens, »Demokratie für transnationale Regimes«, S. 39.

dass die »Betroffenheit durch die Regeln einer Gemeinschaft Recht auf Teilnahme an den Diskussionen und Entscheidungen über diese Regeln gewährt«. ⁶⁸ Weil aber demokratische Gemeinschaften nach außen abgegrenzte Gebilde sind, sieht Martens einen Widerspruch zwischen den Kriterien: Eine geschlossene Gemeinschaft kann nicht alle externen Betroffenen in ihre internen Entscheidungs- und Aushandlungsprozesse einbeziehen. Das gilt auch und insbesondere für Nationalstaaten, die intern demokratisch verfasst sind, sich aber notwendigerweise nach außen hin abgrenzen müssen. Lediglich eine allumfassende »Weltgesellschaft« wäre von diesem Problem der Schließung befreit. Martens orientiert sich mit seinem Gemeinschaftsbegriff in Bezug auf die transnationalen Regimes an der *formalen* Mitgliedschaft. Diese basiert auf der transnationalen Ebene, anders als im Nationalstaat, nicht auf einer kollektiven Identität, sondern richtet sich, wie in Deweys Öffentlichkeiten, nach dem gemeinsamen Problembezug. Martens geht davon aus, dass »nur diejenigen Personen und Organisationen, von denen ein passender aktiver Beitrag zur Lösung eines Problems wie Waldnachhaltigkeit, Nahrungssicherheit oder Kinderarbeit erwartet wird, einem Regime beitreten können«. Alle anderen »Personen und Organisationen, [...] die von den Regeln nicht adressiert werden oder nicht adressiert werden wollen, bleiben auf Grund dieser Logik ausgeschlossen«. Ein transnationales Regime kann Martens zufolge »[n]ur durch eine derartige Schließung [...] dauerhaft als kollektiver Akteur bestehen«. ⁶⁹

Auch im demokratischen Experimentalismus wird davon ausgegangen, dass diejenigen Akteur_innen Mitglieder einer Öffentlichkeit sind, die zum kooperativen Untersuchungsprozess beitragen. Im Vordergrund stehen hier aber die von den indirekten Folgen Betroffenen. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass die Mitgliedschaft nicht an formale Kriterien gebunden ist. Zudem liegt ein anderes Verständnis von Demokratie und kollektivem Handeln zugrunde. Martens geht davon aus, dass sich die Regeln und Normen, die im Prozess der demokratischen Selbstregulierung hervorgebracht werden, nur auf die Mitglieder der demokratischen Gemeinschaft erstrecken. Diese Sichtweise basiert jedoch auf der

68 Ebd., S. 41.

69 Ebd.

Isolierung einer Gemeinschaft von ihrer komplexen Umwelt, in die sie als kollektive Akteurin eingebunden ist. Das Problem der Schließung reproduziert somit auf der Ebene des kollektiven Handelns die kritisierte Annahme des methodologischen Individualismus.

Im demokratischen Experimentalismus wird dagegen zwischen der internen und externen Perspektive einer Gemeinschaft keine substanzielle Trennung vorgenommen. Stattdessen wird kollektives Handeln, ebenso wie individuelles Handeln, aus einer interaktionistischen Perspektive betrachtet. Anhand der gruppenbasierten Konzeption der Gesellschaft werden zudem die vielfachen Überschneidungen demokratischer Gemeinschaften mit anderen Gemeinschaften deutlich. Da jeder Mensch Mitglied in verschiedenen sozialen Gruppen ist, lassen sich einzelne Gruppen nicht aus diesem sozialen Geflecht isolieren – nur wenn es sich um Gruppen handelt, deren Ziel darin besteht, sich von anderen Gruppen zu isolieren, wie Sekten oder fundamentalistische Gruppen. Bei diesen handelt es sich aber auch nicht um demokratische Gemeinschaften. Letztere werden von Dewey, wie in Kapitel 5.1 erläutert, nicht anhand des Kriteriums der Mitgliedschaft oder einer kollektiven Identität bestimmt, sondern anhand der Bewertung der Folgen des gemeinschaftlichen Handelns.

Daran wird deutlich, dass die indirekten Folgen für Dritte bereits für die interne Konstitution einer demokratischen Gemeinschaft eine zentrale Rolle spielen. Es ist also nicht so, dass Dewey die externen Beziehungen einer Gemeinschaft gegenüber ihrer internen Konstitution stärker betont. Vielmehr geht er bereits von einer immanenten Verschränkung beider Kriterien aus. Anstelle eines Widerspruchs zwischen der internen Konstitution und der externen Schließung einer demokratischen Gemeinschaft wird deutlich, dass es immer schon wechselseitige Abhängigkeiten zwischen diesen beiden Dimensionen gibt. Letztlich zielt Deweys gesamte Öffentlichkeitskonzeption darauf ab, dass die indirekt – oder extern – Betroffenen in die kollektiven Handlungsprozesse einbezogen werden. Intelligente Kooperation heißt auf individueller wie auch auf kollektiver Ebene, dass die faktischen Folgen des Handelns aktiv wahrgenommen und als Korrektiv in den Prozess des Handelns einbezogen werden. Das schließt sowohl erwünschte und intendierte als auch unerwünschte und nicht-intendierte Folgen mit ein.

7.3 DIGITALE ÖFFENTLICHKEITSFORSCHUNG

In Kapitel 4.3 habe ich die methodologischen Grundannahmen beschrieben, die aus dem philosophischen Ansatz des demokratischen Experimentalismus für soziale Untersuchungsprozesse folgen. Diese Methodologie gilt nicht nur im engen Sinn für die akademische Sozialforschung, sondern auch in einem weiten Sinn für kooperative Untersuchungsprozesse in öffentlichen Angelegenheiten, an denen auch nicht-wissenschaftliche Akteur_innen und Betroffene beteiligt sind. Ausgehend von diesen methodologischen Annahmen steht im Zentrum der folgenden Überlegungen die Frage, was unter digitaler Öffentlichkeitsforschung verstanden werden kann, wenn der demokratische Experimentalismus als theoretischer Rahmen zugrunde gelegt wird.

Das spezifische Verständnis von Öffentlichkeitsforschung im Ansatz des demokratischen Experimentalismus überschneidet sich mit der in den letzten Jahren zunehmend verbreiteten Konzeption von *Issue Publics*. Deshalb will ich zunächst auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu dieser Konzeption eingehen. Die Vorstellung von *Issue Publics* ist mit der bereits von Lippmann artikulierten Vorstellung verbunden, dass durchschnittliche Bürger_innen nicht über alle politischen Vorgänge informiert sind, weil sie im Alltag nur sehr wenig Zeit finden, sich überhaupt mit Nachrichten und politischen Prozessen zu beschäftigen. Die meisten Menschen interessieren sich eher für politische Angelegenheiten, von denen sie selbst betroffen sind oder die für sie aus anderen Gründen relevant erscheinen.⁷⁰ Seit dem Ende des Kalten Krieges hat die Konzeption von *Issue Publics* an Bedeutung gewonnen, da anstelle der großen ideologischen Gegensätze konkrete Angelegenheiten ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung gerückt sind.

Der Begriff *Issue Publics* wurde bereits 1964 von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Philip E. Converse in einer empirischen Untersuchung zur Struktur politischer Überzeugungen unter

⁷⁰ Vgl. Vincent Hutchings und Spencer Piston (2011): »Knowledge, Sophistication, and Issue Publics«, in: *The Oxford Handbook of American Public Opinion and the Media*, hrsg. von Edwards III, George C., Lawrence R. Jacobs und Robert Y. Shapiro, Oxford u. a.: Oxford University Press, S. 580 f.

den Wähler_innen in modernen Massengesellschaften geprägt.⁷¹ Er geht davon aus, dass die Auseinandersetzungen über öffentliche Angelegenheiten verschiedene *Issue Publics* hervorbringen, die sich überschneiden. Ausschlaggebend für die Zugehörigkeit ist für ihn, ob sich die Wähler_innen von den jeweiligen Angelegenheiten persönlich betroffen fühlen oder sich aus anderen Gründen dafür interessieren. Darin, und nicht in ideologischen Überzeugungen, sieht Converse die Grundlage für das Interesse an politischen Vorgängen und für die Herausbildung politischer Überzeugungen, die sich empirisch untersuchen lassen. Zu anderen Angelegenheiten haben die meisten Wähler_innen gar keine Meinung, was in der politischen Einstellungsforschung im Anschluss an Converse als der »Non-Attitude«-Effekt bekannt geworden ist.

Der Psychologe und Politikwissenschaftler Jon A. Krosnik verweist darauf, dass es in der politikwissenschaftlichen Literatur zwei Modelle gibt, um die unterschiedliche persönliche Einstellung von Wähler_innen gegenüber der Politik zu erklären.⁷² Die am weitesten verbreitete und empirisch hinreichend belegte Erklärung besteht darin, die Unterschiede auf verschiedene Bildungsschichten zurückzuführen. Je gebildeter Bürger_innen sind, desto eher seien sie in der Lage, komplexe Sachverhalte zu beurteilen, und desto mehr interessierten sie sich für Politik. Diese Hypothese steht einem elitären Politikverständnis nahe, weil davon ausgegangen wird, dass »knowledge, power, and involvement are concentrated among a society's best educated citizens«. ⁷³ Letztlich kommt es darauf an, welche politischen Konsequenzen aus dieser Feststellung gezogen werden.⁷⁴

71 Vgl. Philip E. Converse (2006): »The nature of belief systems in mass publics (1964)«, in: *Critical Review* 18.1-3, S. 1-74, hier: S. 52 f.; vgl. zur Rezeption von Converse: Hutchings und Piston, »Knowledge, Sophistication, and Issue Publics«, S. 574 ff.

72 Vgl. Jon A. Krosnick (1990): »Government policy and citizen passion. A study of issue publics in contemporary America«, in: *Political Behavior* 12.1, S. 59-92, hier: S. 70 ff.

73 Ebd., S. 71.

74 Hier besteht eine Parallele zur Kontroverse zwischen Lippmann und Dewey: Allein der Zustand der Öffentlichkeit sagt nichts über das politische Potenzial aus, das in der aktiven Einbeziehung der Öffentlichkeit in demokratische Prozesse enthalten ist. Natürlich ist Bildung dabei ein entscheidender Faktor, auch im demokratischen Experimentalismus, doch zwischen dem formalen Bildungsgrad und dem politischen Engagement sollte keine kausale Beziehung angenommen werden.

Die zweite Strategie besteht darin, die Unterschiede anhand von *Issue Publics* zu erklären. Dieser Erklärungsansatz unterscheidet sich Krosnik zufolge in drei Hinsichten von dem Bildungsschichtenmodell: Erstens wird angenommen, dass Politik für einen Großteil der Bürger_innen nicht im Zentrum ihres Lebens steht. Zweitens ist der Aufwand ausschlaggebend, der nötig ist, um sich tiefgehend in ein spezifisches Thema einzuarbeiten. Drittens wird davon ausgegangen, dass keine hochentwickelten kognitiven Kompetenzen notwendig sind, damit eine politische Angelegenheit persönliche Relevanz erhält. Persönliche Bedeutung kann ein Thema auf dreierlei Weise gewinnen, nämlich dadurch, dass 1. die eigenen materiellen Interessen berührt werden, 2. die eigenen Wertvorstellungen berührt werden, oder 3. eine soziale Identifikation mit einer betroffenen Gruppe oder Individuen stattfindet. Die Identifikation kann aus der eigenen Zugehörigkeit zur betroffenen Gruppe folgen, sich aber auch nach der Haltung richten, die von einer Gruppe vertreten wird.

Aufgrund dieser Unterscheidungen geht Krosnik davon aus, dass, solange die nationale Aufmerksamkeit nicht auf wichtige Ereignisse oder Probleme gerichtet ist, die (wie ein Krieg oder eine Wirtschaftskrise) die ganze Gesellschaft betreffen, die Öffentlichkeit in viele *Issue Publics* zerfällt:

»The American public appears to be structured into many small issue publics, each composed of citizens who are passionately concerned about a single issue. Most Americans fall into very few issue publics, the particular ones being determined by each individual's unique self-interests, social identifications, and cherished values.«⁷⁵

Seit den 1990er Jahren wurde die Theorie der *Issue Publics* im Zusammenhang mit der Revitalisierung der Demokratie nach dem Kalten Krieg und der neuen Rolle von Bürger_innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen in politischen Prozessen auch von Russell J. Dalton weiterentwickelt.⁷⁶ Dalton argumentiert für eine auf

⁷⁵ Krosnick, »Government policy and citizen passion«, S. 59.

⁷⁶ Russell J. Dalton (1996): *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, Chatham, NJ: Chatham House, S. 138; Russell J. Dalton, Bruce E. Cain und Susan E. Scarrow (2003): »Democratic Publics and Democratic

konkrete Angelegenheiten ausgerichtete Perspektive auf die Partizipation von Bürger_innen an politischen Prozessen. Anstelle von *Issue Publics* verwendet Dalton aber bevorzugt die Bezeichnung »democratic publics«. Nicht zuletzt durch einen Generationenwechsel hat sich in den letzten Jahrzehnten das Bild der demokratischen Staatsbürgerschaft verschoben – von einem eher auf Pflichten basierenden Modell zu einem Modell zivilgesellschaftlich engagierter Bürger_innen, die sich jeweils für die spezifischen Angelegenheiten einsetzen, die ihnen wichtig sind.

Auch Habermas hat im Anschluss an Dalton auf diese Entwicklungen hingewiesen, die nicht zuletzt durch die digitale Transformation verstärkt werden. Diesem Zusammenhang steht Habermas allerdings skeptisch gegenüber. Seiner Einschätzung zufolge

»fördert die Entstehung von Millionen von weltweit zerstreuten *chat rooms* und weltweit vernetzten *issue publics* eher die Fragmentierung jenes großen, in politischen Öffentlichkeiten jedoch gleichzeitig auf gleiche Fragestellungen zentrierten Massenpublikums. Dieses Publikum zerfällt im virtuellen Raum in eine riesige Anzahl von zersplitterten, durch Spezialinteressen zusammengehaltenen Zufallsgruppen. Auf diese Weise scheinen die bestehenden nationalen Öffentlichkeiten eher unterminiert zu werden. Das Web liefert die Hardware für die Enträumlichung einer verdichteten und beschleunigten Kommunikation, aber von sich aus kann es der zentrifugalen Tendenz nichts entgegensetzen.«⁷⁷

Habermas' Diagnose der zunehmenden Fragmentierung hängt in erster Linie damit zusammen, dass er von einem einheitlichen Modell einer nationalstaatlichen Öffentlichkeit ausgeht, die auf gleiche Fragestellungen ausgerichtet ist. Diese Einschätzung muss nicht geteilt werden – insbesondere wenn mit dem Ansatz der *Issue Publics*

Institutions«, in: *Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies*, hrsg. von Bruce E. Cain, Russell J. Dalton und Susan E. Scarrow, Oxford u. a.: Oxford University Press, S. 250–274; Russell J. Dalton (2007): *The Good Citizen. How A Younger Generation Is Reshaping American Politics*, Washington, DC: CQ Press.

77 Habermas, »Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension?«, S. 162.

von einem pluralistischen Modell ausgegangen wird, dem zufolge viele Öffentlichkeiten existieren, die sich überlappen und durchdringen.⁷⁸ Letztlich deutet aber auch Habermas bereits an, dass eine Pluralisierung der Öffentlichkeit unter bestimmten Bedingungen nicht nur zur Fragmentierung, sondern auch zur gesellschaftlichen Integration beitragen kann. Angesichts der steigenden Tendenz der Wähler_innen zum *Issue Voting* anstelle einer langfristigen Bindung an politische Parteien schlussfolgert er:

»Weil immer mehr Leute ein Interesse an einer wachsenden Anzahl verschiedener Themen haben, entsteht ein Pluralismus von solchen themenzentrierten Gruppen. Dieser Trend wirkt freilich nur in dem Maße, wie sich die *issue publics* überlappen und vernetzen, der Fragmentierung des Wählerpublikums entgegen.«⁷⁹

Es macht jedoch einen Unterschied, ob der Begriff der *Issue Publics* nur irgendeine Gemeinsamkeit von Themen und Interessen bezeichnet, die eine Öffentlichkeit zusammenhält, oder ob damit ein kooperativer Untersuchungsprozess im Sinn des demokratischen Experimentalismus bezeichnet wird, in dem es um die Klärung und Regulierung einer geteilten problematischen Situation geht. Zwar sollen empirische Untersuchungen seit den 1960er Jahren die Existenz von *Issue Publics* belegen,⁸⁰ jedoch hat die in diesen Studien zugrunde gelegte Konzeption nur wenig mit Deweys Konzeption von Öffentlichkeiten als kooperativen Untersuchungsprozessen zu tun. *Issue Publics* werden in den empirischen Studien lediglich an relativ statischen Merkmalen festgestellt, etwa am Wissensstand der Teilnehmer_innen in Bezug auf ein bestimmtes Thema zu einem festgelegten Zeitpunkt. Sie werden aber nicht als Prozess verstanden, schon gar nicht als kooperativer Untersuchungsprozess.

Im Ansatz des demokratischen Experimentalismus wäre der Begriff der *Issue Publics* – analog zum Begriff der Öffentlichkeit – nicht auf den Prozess der öffentlichen Meinungsbildung reduziert,

⁷⁸ Diesen Punkt habe ich ausgeführt in Andreas Antić (2017): »Digital vernetzte Öffentlichkeiten im demokratischen Experimentalismus«, in: *Politische Theorie und Digitalisierung*, hrsg. von Daniel Jacob und Thorsten Thiel, Baden-Baden: Nomos, S. 139–161.

⁷⁹ Habermas, »Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension?«, S. 185.

⁸⁰ Vgl. Hutchings und Piston, »Knowledge, Sophistication, and Issue Publics«, S. 581.

sondern würde den gesamten Prozess der Regulierung öffentlicher Angelegenheiten umfassen. In dieser Hinsicht hat Noortje Marres im Anschluss an Dewey die zentrale Bedeutung öffentlicher Angelegenheiten für die Einbeziehung der Öffentlichkeit in politische Prozesse herausgestellt.⁸¹ Ihre auf *Issues* ausgerichtete Perspektive auf Öffentlichkeiten hat sie im Kontext der *Science and Technology Studies* (STS) entwickelt und damit – zusammen mit Bruno Latour – maßgeblich dazu beigetragen, Deweys Ansatz in diesem Feld wieder in die Diskussion zu bringen. Deweys Ansatz ist Marres zufolge besonders geeignet, die bereits auf konkrete technologisch-wissenschaftliche Objekte ausgerichtete Perspektive der STS um eine politische Dimension zu erweitern. In ihrer Rezeption von Lippmann und Dewey betont sie besonders deren Gemeinsamkeiten anstelle ihrer Gegensätze. Marres argumentiert, dass das entscheidende Problem der Öffentlichkeit für Dewey und Lippmann nicht in der Qualität, Organisation oder Präsentation von Informationen liegt, sondern im Umgang mit neuen problematischen Situationen, die von den bestehenden Institutionen nicht reguliert werden können.⁸² Wie in vielen Fällen ist Marres' Dewey-Rezeption aber auf sein Buch *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme* beschränkt, so dass der umfassendere Ansatz des demokratischen Experimentalismus nicht in den Blick kommt. Ihre Interpretation der Öffentlichkeitskonzeption konzentriert sich deshalb lediglich auf die zweite Phase des Reflexionsprozesses – die Artikulation der problematischen Situation.

Viel Beachtung hat die Konzeption von *Issue Publics* in Zusammenhang mit Deweys Ansatz in der Theorie der Öffentlichkeitsarbeit erfahren. Die am weitesten verbreitete Definition von Öffentlichkeitsarbeit wurde 1984 von James E. Grunig und Todd Hunt aus einer organisationstheoretischen Perspektive formuliert. Dem-

81 Vgl. Noortje Marres (2005b): »No Issue, No Public. Democratic Deficits after the Displacement of Politics«, Diss., Universität von Amsterdam, URL: <http://dare.uva.nl/document/17061> (abgerufen am 25.08.2018); Noortje Marres (2005a): »Issues spark a public into being. A key but often forgotten point of the Lippmann-Dewey debate«, Cambridge, MA, in: *Making Things Public. Atmospheres of Democracy*, hrsg. von Bruno Latour und Peter Weibel, MIT Press, S. 208–217; Marres, »The Issues Deserve More Credit«.

82 Marres, »No Issue, No Public«, S. 210 f.; Marres, »The Issues Deserve More Credit«, S. 765 ff.

nach bezeichnet der Begriff »Public Relations« das »management of communication between an organisation and its publics«. ⁸³ Ihr Ansatz ist maßgeblich von Deweys Öffentlichkeitskonzeption beeinflusst. Insbesondere Grunig, der sich bereits seit den 1960er Jahren mit Dewey beschäftigt hatte, entwickelte eine »situational theory of publics«, ⁸⁴ die er in jüngeren Aufsätzen zu einer »situationsbezogenen Theorie des Problemlösens« weiterentwickelt hat. ⁸⁵

Öffentlichkeiten sind für Grunig und Hunt die Bezugsgruppen einer Organisation und somit vergleichbar mit dem Begriff der *Stakeholder*, der ebenfalls 1984 von R. Edward Freeman entwickelt wurde. ⁸⁶ Auch Grunig hat sich in jüngeren Veröffentlichungen zunehmend auf die inzwischen weit verbreitete Stakeholder-Theorie bezogen und den Begriff »Stakeholder Publics« verwendet. ⁸⁷ Grunigs Ansatz reduziert Deweys Konzeption letztlich jedoch auf eine situationsbezogene Auffassung von Öffentlichkeiten, ohne die umfassenden sozialphilosophischen Annahmen des demokratischen Experimentalismus zu berücksichtigen. Die Konzeption der Demokratie als Lebensform und die zentrale Rolle von Individuen als handelnden, denkenden und lernenden Akteur_innen findet in der organisationstheoretischen Perspektive von Grunig und Hunt wenig Beachtung. Obwohl Grunig die Bedeutung der *symmetrischen* Kommunikation gegenüber der einseitig gerichteten *asymmetrischen* Kommunikation betont, geht es in den Public Relations letztlich nicht

83 James E. Grunig und Todd Hunt (1984): *Managing Public Relations*, New York: Holt, Rinehart & Winston, S. 6.

84 In der deutschsprachigen Public-Relations-Forschung wurde Grunigs Ansatz als »Theorie der Teilöffentlichkeiten« rezipiert, vgl. Benno Signitzer (1995): »Theorie der Public Relations«, in: *Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung*, hrsg. von Roland Burkart und Walter Hömberg, Wien: Braumüller, S. 134–152.

85 Vgl. Jeong-Nam Kim und James E. Grunig (2011): »Problem Solving and Communicative Action. A Situational Theory of Problem Solving«, in: *Journal of Communication* 61.1, S. 120–149.

86 Vgl. R. Edward Freeman (1984): *Strategic Management. A Stakeholder Approach*, Pitman Series in Business and Public Policy, Boston: Harpercollins College.

87 Vgl. Toni Muzi Falconi (2014): »Global Stakeholder Relationships Governance. An Infrastructure«, in: *Global Stakeholder Relationships Governance. An Infrastructure*, hrsg. von Toni Muzi Falconi u. a., Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 1–55, hier: S. 15; James E. Grunig (2014): »Replacing Images, Reputations, and Other Figures of the Mind with Substantive Relationships«, in: *Global Stakeholder Relationships Governance. An Infrastructure*, hrsg. von Toni Muzi Falconi u. a., Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 56–82, hier: S. 59.

um die Konstitution einer kooperativen Forschungsgemeinschaft als sekundärer Organisationsform zur Untersuchung und Klärung einer gemeinsamen problematischen Situation. Das Ziel von Öffentlichkeitsarbeit besteht aus organisationstheoretischer Perspektive in der Regel in der Durchsetzung der Interessen und Ziele der jeweiligen Organisation durch die strategische Beeinflussung ihrer Bezugsgruppen:

»The idea is that the role of public relations is crafting messages to influence the interpretation that stakeholder publics hold in their minds about organizations, their actions and behaviors. The public relations professional contributes to manage the meaning attached to the public's interpretation of that behavior and this includes popular concepts such as image, identity, impressions, reputation, and brand.«⁸⁸

Die Stakeholder-Theorie liefert einen wichtigen Beitrag zur Bestimmung und Einbeziehung der Betroffenen einer konkreten problematischen Situation. In diesem Sinn kann sie als Ergänzung der Öffentlichkeitstheorie des demokratischen Experimentalismus angesehen werden. Insbesondere im digitalen Zeitalter erhält die Stakeholder-Theorie eine zunehmende Relevanz, weil mit der Erhöhung der Komplexität der öffentlichen Angelegenheiten auch die Einbeziehung der Betroffenen in die kooperativen Untersuchungsprozesse aufwendiger wird. Dazu sind strukturierte Methoden unverzichtbar, wie sie im Anschluss an die Stakeholder-Theorie entwickelt wurden. Dennoch müssen die unterschiedlichen Perspektiven auseinandergelassen werden. Öffentlichkeiten sind keine zuvor bestehenden Organisationen mit fixierten Interessen, sondern bestenfalls temporäre Organisationen, die eine Veränderung der bestehenden institutionellen Strukturen bewirken. Wer zu einer Öffentlichkeit gehört und welche Interessen eine Öffentlichkeit vertritt, sind offene Fragen, die erst in den konkreten Prozessen geklärt werden können. Dieser notwendige Aspekt der Offenheit fehlt in den Konzeptionen von Öffentlichkeiten, die in der Public-Relations-

88 Falconi, »Global Stakeholder Relationships Governance«, S. 5, 15.

Theorie verwendet werden – auch wenn sich diese Konzeptionen mittelbar auf Dewey beziehen und breite Überschneidungen aufweisen.

Die kooperativen Prozesse zur Untersuchung konkreter öffentlicher Angelegenheiten sind im demokratischen Experimentalismus inter- und transdisziplinär. An ihnen sind nicht nur Wissenschaftler_innen, sondern potenziell alle Akteur_innen beteiligt, die zur Klärung der Situation beitragen können – insbesondere die Betroffenen. Im demokratischen Experimentalismus zeichnet sich das Verständnis von Öffentlichkeitsforschung demnach durch eine unmittelbare *inhaltliche* Beteiligung der Forschenden aus – eher aus der Teilnehmerperspektive, weniger aus einer unbeteiligten Beobachterperspektive.⁸⁹ Mit der Annahme der transformativen Dimension von Erkenntnis wird im demokratischen Experimentalismus die Wechselwirkung zwischen der Untersuchung einer Situation und der Veränderung dieser Situation betont. Dadurch wird die *strenge* Trennung zwischen den Perspektiven der distanzierteren Beobachtung und der aktiven Teilnahme in Frage gestellt, was nicht heißt, dass nicht zwischen verschiedenen Graden der Betroffenheit und Teilnahme differenziert werden könnte.⁹⁰ Von den in den Untersuchungsprozess involvierten Wissenschaftler_innen ist im Sinne der »öffentlichen Soziologie« oder »öffentlichen Sozialforschung«

89 Hilfreich für dieses Verständnis ist Charles Taylors handlungstheoretische Unterscheidung zwischen dem »engagierten« und »desengagierten Subjekt«, die auf einer Kritik an Descartes und Locke basiert (vgl. Charles Taylor [1996]: *Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 262 ff., 288 ff., 335). Da alles Handeln in einem konkreten Kontext stattfindet und durch handelnde Akteur_innen verkörpert wird, kann menschliches Handeln nicht als abgekoppeltes Phänomen erklärt werden. Den Versuch, das rationalistische, vom sozialen Kontext abgetrennte Handlungsverständnis zu überwinden, macht Taylor vor allem bei Heidegger und Wittgenstein aus (vgl. Charles Taylor [1995]: »Lichtung or Lebensform. Parallels between Heidegger and Wittgenstein«, in: *Philosophical Arguments*, Cambridge, MA/London: Harvard University Press, S. 61–78, S. 61 ff.). Aber auch Dewey kann zweifellos der sozialphilosophischen Ausrichtung des späten Wittgenstein und des frühen Heidegger zugeordnet werden, wenngleich es auch klare Unterschiede gibt, vgl. dazu Heidi Salaverría (2007): *Spielräume des Selbst. Pragmatismus und kreatives Handeln*, Berlin: Akademie Verlag, S. 30.

90 Vgl. dazu die Erläuterungen in Kapitel 3.3, S. 84.

gefordert, dass sie ihre Erkenntnisse mit den Betroffenen und den anderen Beteiligten teilen, damit dieses Wissen in Bezug auf die bestehende Situation genutzt werden kann.⁹¹

Nun können die Untersuchungsprozesse zu öffentlichen Angelegenheiten auch selbst zum Gegenstand von wissenschaftlichen Untersuchungen im engeren Sinn werden, etwa in vergleichender Absicht. Dann richtet sich die Forschung gezielt auf die Entstehungs- und Erfolgsbedingungen von kooperativen Öffentlichkeiten. Von den aus einer solchen Untersuchung gewonnenen Erkenntnissen können wiederum bestehende und zukünftige Öffentlichkeiten profitieren. Letztlich lassen sich diese beiden Ebenen – die Untersuchung öffentlicher Angelegenheiten und die wissenschaftliche Erforschung dieser Untersuchungsprozesse – im demokratischen Experimentalismus nicht streng voneinander trennen. Denn die Durchführung kooperativer Untersuchungsprozesse im ersten Sinn beinhaltet Dewey zufolge immer auch eine Reflexion und Veränderung der institutionellen Strukturen und Bedingungen, die kooperative Untersuchungsprozesse ermöglichen oder hemmen. Auf der Grundlage dieser institutionellen Lernprozesse werden zugleich die Bedingungen zukünftiger Untersuchungsprozesse verbessert, wie ich am Beispiel der Proteste gegen »Stuttgart 21« erläutert habe. Die wissenschaftliche Erforschung von Öffentlichkeiten ist nur sekundär, denn sie kann nicht unabhängig von den kooperativen Untersuchungsprozessen im primären Sinn erfolgen. Ich werde mich in den folgenden Überlegungen deshalb auf die primäre Bedeutung von Öffentlichkeitsforschung beziehen.

In der Öffentlichkeitsforschung steht im demokratischen Experimentalismus die reflexive Untersuchung einer komplexen problematischen Situation im Vordergrund. Weil diese Situation den Ausgangs- und kontinuierlichen Bezugspunkt darstellt, darf der Untersuchungsprozess nicht von der Definition abstrakter Begriffe und Theorien ausgehen und versuchen, diese auf die bestehende Situationen anzuwenden oder die Theorien anhand der Situationen

⁹¹ Vgl. Michael Burawoy (2005): »For Public Sociology«, in: *Soziale Welt* 56.4, S. 347–374; Heinz Bude (2005): »Kommentar zu Michael Burawoy. Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie«, in: *Soziale Welt* 56.4, S. 375–380; Kai Unzicker und Gudrun Hessler, Hrsg. (2012): *Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis. Zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

zu verifizieren. Das heißt nicht, dass die empirische Untersuchung problematischer Situationen auf vorgängige Begriffe und Theorien verzichten könnte. Jedoch haben konzeptionelle, methodische und normative Überlegungen nur vorläufigen Charakter. Sie dienen als Werkzeuge des Denkens und müssen an die problematische Situation angepasst werden. Bestehende Methoden, Theorien und Begriffe, die aus früheren Untersuchungsprozessen hervorgegangen sind, dürfen nicht unreflektiert auf neue Situationen angewendet werden.

Die Implikationen eines sozialwissenschaftlichen Ansatzes, in dem eine konkrete Situation im Vordergrund steht und der Einfluss der Wissenschaftler_innen auf ihren Gegenstand kontinuierlich reflektiert wird, wurden in den letzten Jahrzehnten vor allem in den Theorien und Methoden der *qualitativen* Sozialforschung entwickelt.⁹² Bereits in der Einleitung und in Kapitel 4.3 habe ich auf die Nähe zwischen dem demokratischen Experimentalismus und bestimmten Ansätzen der qualitativen Sozialforschung hingewiesen, etwa der Ethnomethodologie, interaktionistischen oder sozialkonstruktivistischen Theorien.⁹³ Die qualitative Sozialforschung ist für die Öffentlichkeitsforschung im Sinne des demokratischen Experimentalismus unverzichtbar, da im kooperativen Untersuchungsprozess die Einzigartigkeit einer konkreten und *neuen* Situation im Vordergrund steht. Darüber hinaus gibt es eine breite Überschneidung zwischen den methodologischen Annahmen. Mit qualitativen Methoden werden alltägliche Handlungszusammenhänge und

92 Vgl. Christian Lüders (2000): »Beobachten im Feld und Ethnographie«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 384–401; Bruno Hildenbrand (2000): »Anselm Strauss«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 32–42.

93 Vgl. Jörg R. Bergmann (2000): »Ethnomethodologie«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 118–135; Norman K. Denzin (2000): »Symbolischer Interaktionismus«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 136–150; Uwe Flick (2000): »Konstruktivismus«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 150–164. Innerhalb der genannten Ansätze gibt es natürlich eine große Vielfalt unterschiedlicher Ausprägungen, die wiederum mehr oder weniger große Unterschiede zum demokratischen Experimentalismus aufweisen.

konkrete Situationen untersucht, wobei die Perspektive der involvierten Akteur_innen eine herausgehobene Rolle spielt. Im Zentrum stehen Interaktionen, Prozesse und strukturelle Bedingungen, die das Handeln ermöglichen, aber nicht kausal determinieren. Es wird zudem davon ausgegangen, dass die Bedingungen des Handelns einem Wandel unterliegen, der gestaltet werden kann. Deshalb wird in Ansätzen wie dem *Symbolischen Interaktionismus* die aktive und kreative Rolle von Individuen in diesen Veränderungsprozessen betont.⁹⁴ Statt fixierte theoretische Konzepte anzuwenden, wird die wissenschaftliche Theoriebildung anhand des Forschungsgegenstands überprüft und angepasst. Nicht zuletzt aufgrund des beschleunigten sozialen Wandels wird zudem davon ausgegangen, dass *deduktive* Forschungsmethoden, die aufgestellte Hypothesen empirisch überprüfen, nicht geeignet sind, soziale Transformationsprozesse zu untersuchen. Stattdessen werden *induktive* Ansätze wichtiger, in denen »Theorien aus empirischen Untersuchungen heraus entwickelt und Wissen und Handeln als *lokales* Wissen und Handeln untersucht« werden.⁹⁵ Tatsächlich spielt in der qualitativen Sozialforschung der wesentlich von C. S. Peirce ausgearbeitete logische Schlussmodus der *Abduktion*, der induktive und deduktive Schlüsse verbindet, eine herausragende Rolle.⁹⁶ Für den demokratischen Experimentalismus ist die Abduktion grundlegend, weil die beschriebenen Phasen des reflexiven Denkens, die alltäglichen *und* wissenschaftlichen Untersuchungsprozessen zugrunde liegen, letztlich selbst einen abduktiven Schluss beschreiben.⁹⁷ Eine weitere Übereinstimmung mit dem demokratischen Experimentalismus besteht darin, dass die qualitativen Methoden maßgeblich vom untersuchten Gegenstand und vom Untersuchungsprozess selbst abhängen:

94 Vgl. Denzin, »Symbolischer Interaktionismus«, S. 138 f.

95 Uwe Flick (2010): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*, vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage von 2007, 3. Auflage, Reinbeck: Rowohlt, S. 13.

96 Jo Reichertz (2000): »Abduktion, Deduktion und Induktion in der qualitativen Forschung«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 276–286.

97 Dewey verwendet den Begriff der Abduktion selbst nicht, geht aber ausführlich auf die Frage ein, weshalb die Trennung zwischen induktiver und deduktiver Logik im Prozess der Forschung problematisch ist, vgl. Dewey, *Logik*, S. 557 ff.

»Qualitative Methoden lassen sich nicht unabhängig vom Forschungsprozess und vom untersuchten Gegenstand sehen. Sie sind jeweils auf besondere Art und Weise in den Prozess der Forschung eingebettet und können am besten in einer prozessorientierten Perspektive beschrieben und verstanden werden.«⁹⁸

Öffentlichkeiten als kooperative Untersuchungsprozesse lassen sich jedoch nicht auf die qualitative Sozialforschung reduzieren. Auch *quantitative* Methoden wie die statistische Erhebung von empirischen Daten erfüllen eine wichtige Funktion für die kooperative Klärung und Regulierung öffentlicher Angelegenheiten. Sie basieren jedoch auf Indikatoren, Hypothesen und theoretischen Modellen, die selbst Ergebnisse vorangehender reflexiver Untersuchungsprozesse sind und nicht unreflektiert übernommen werden können. Die Indikatoren, die in quantitativen Methoden zur Anwendung kommen, sind nichts anderes als Mittel der Forschung, die in der reflexiven Untersuchung problematischer Situationen hervorgebracht wurden. Mit ihrer Hilfe lassen sich Handlungszusammenhänge über einen längeren Zeitraum hinweg beobachten. Dadurch kann festgestellt werden, wie sich einzelne Bedingungen entwickeln, ob sie in den erwünschten Bahnen bleiben oder Auffälligkeiten aufweisen, die im Einzelnen erforscht werden müssen. Quantitative Forschungen richten sich damit nicht auf *neue*, sondern auf bereits bekannte und wiederkehrende Situationen. Auch die kritische Überprüfung und Veränderung der bestehenden Indikatoren ist auf reflexive Überlegungen angewiesen, die sich nicht auf quantitative Methoden reduzieren lassen. Aufgrund dieser wechselseitigen Abhängigkeit erweist sich im demokratischen Experimentalismus die strenge Trennung oder der Gegensatz von qualitativer und quantitativer Forschung als nicht sinnvoll. Die empirische Erforschung und Klärung einer komplexen problematischen Situation erfordert vielmehr einen methodischen Pluralismus und eine konstruktive Verbindung von qualitativen und quantitativen Methoden.

⁹⁸ Flick, *Qualitative Sozialforschung*, S. 13.

Die jüngere Entwicklung der empirischen Sozialforschung zeigt, dass die Trennung von quantitativen und qualitativen Daten problematisch wird, wenn es um *digitale* empirische Daten geht. Die seit den 1990er Jahren zunehmende Nutzung des Internets zum Sammeln und Analysieren von Forschungsdaten verändert den Prozess der Forschung und macht eine kritische Reflexion der eingesetzten Methoden und impliziten Annahmen erforderlich.⁹⁹ Digitale empirische Daten zeichnen sich letztlich nicht durch eine höhere Qualität aus. Alle Daten, die mit traditionellen Methoden erhoben werden, können auch in digitale Datenformate überführt werden. Die wesentlichen Unterschiede liegen vielmehr in der Zahl, der Feinkörnigkeit, dem Zugang zu den Daten und den neuen Möglichkeiten ihrer Zusammenführung und Analyse. Die durch die digitalen Technologien vermittelten sozialen Interaktionen von Milliarden von Menschen werden automatisch aufgezeichnet. Das betrifft nicht nur die Inhalte der Kommunikation im engeren Sinn, etwa was jemand auf Twitter oder Facebook veröffentlicht, sondern auch das Surf- und Einkaufsverhalten, die sozialen Beziehungen und Netzwerke, Suchbegriffe, Bewegungsprofile und vieles mehr. Daraus lassen sich umfassende Rückschlüsse über soziale Angelegenheiten ziehen, sowohl über soziale Gruppen als auch über das Verhalten einzelner Individuen. Diese Daten stellen, insofern sie zugänglich sind, auch für die Sozialforschung eine Quelle dar. Die durch die großen Datenmengen veränderte Situation wirft für die Sozialforschung neue methodologische, erkenntnistheoretische und ethische Fragen auf.¹⁰⁰

99 Vgl. David Bollier (2010): *The Promise and Peril of Big Data*, Communications and Society Program, Washington, DC: The Aspen Institute; Lev Manovich (2011): »Trending. The promises and the challenges of big social data«, in: *Debates in the Digital Humanities*, hrsg. von M. K. Gold, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 460–475; danah boyd und Kate Crawford (2012): »Critical questions for big data. Provocations for a cultural, technological, and scholarly phenomenon«, in: *Information, Communication & Society* 15,5, S. 662–679.

100 Vgl. Eileen Green und Carrie Singleton (2013): »Gendering the Digital«. The Impact of Gender and Technology Perspectives on the Sociological Imagination«, in: *Digital Sociology. Critical Perspectives*, hrsg. von Kate Orton-Johnson und Nick Prior, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 34–50, hier: S. 47; Roger Burrows und David Beer (2013): »Rethinking Space. Urban Informatics and the Sociological Imagination«, in: *Digital Sociology. Critical Perspectives*, hrsg. von Kate Orton-Johnson und Nick Prior, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 61–78, hier: S. 75.

»Big Data not only refers to very large data sets and the tools and procedures used to manipulate and analyze them, but also to a computational turn in thought and research. Just as Ford changed the way we made cars – and then transformed work itself – Big Data has emerged a system of knowledge that is already changing the objects of knowledge, while also having the power to inform how we understand human networks and community. ›Change the instruments, and you will change the entire social theory that goes with them‹, Latour reminds us. [...] Big Data reframes key questions about the constitution of knowledge, the processes of research, how we should engage with information, and the nature and the categorization of reality.«¹⁰¹

Ein zentraler Irrtum, der sich aus der Menge an vorliegenden digitalen Daten ergibt, besteht in der Annahme, dass sich aus der bloßen Korrelation großer Datenmengen unmittelbare empirische Aussagen ableiten lassen, die keiner wissenschaftlichen Theorie- und Modellbildung mehr bedürfen, da die Daten nicht unter künstlichen Bedingungen, sondern durch die Messung des menschlichen Verhaltens in alltäglichen Situationen erhoben werden.¹⁰² Doch ganz gleich, wie groß die Menge an Daten ist, sie müssen im Kontext einer konkreten Situation interpretiert werden und jede Interpretation ist durch diesen kulturellen Kontext bedingt.¹⁰³ Diese Grundannahme, die auch im Zentrum des demokratischen Experimentalismus steht, verändert sich durch die digitalen Daten nicht.

Die methodologischen Umbrüche im Feld der digitalen Sozialforschung wurden in den letzten Jahrzehnten maßgeblich von den *Science and Technology Studies* (STS) geprägt, die sich weitgehend mit Deweys wissenschaftstheoretischem Ansatz decken.¹⁰⁴

101 boyd und Crawford, »Critical questions for big data«, S. 665.

102 Eine derartige Position wurde von Anderson vertreten, vgl. Chris Anderson (2008): »The End of Theory. The Data Deluge Makes the Scientific Method Obsolete«, in: *Wired.com* am 23.06.2008, URL: <https://www.wired.com/2008/06/pb-theory/> (abgerufen am 25.08.2018).

103 boyd und Crawford, »Critical questions for big data«, S. 668.

104 Vgl. Jörg Strübing (2004): »Prozess und Perspektive. Von der pragmatistischen Sozialphilosophie zur soziologischen Analyse von Wissenschaft und Technik«, in: *Zeitschrift für qualitative Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung* 5.2, S. 213–238; Marres,

Insbesondere die wissenschaftstheoretischen, philosophischen und methodologischen Annahmen von Bruno Latour, als einem der einflussreichsten Vertreter der STS, weisen eine große Übereinstimmung mit dem demokratischen Experimentalismus auf.¹⁰⁵ So kritisiert Latour im Anschluss an Dewey die Trennung von qualitativer und quantitativer Sozialforschung als Folge des dualistischen Denkens:

»The division between a qualitative and a quantitative social science is in essence the same as the division between individuals and society, tokens and type, actors and system. This is why no one has ever succeeded in ›overcoming‹ the dichotomy between holistic and individualistic social theories.«¹⁰⁶

Digitale Daten führen aber zu einer Aufweichung der Trennung zwischen quantitativen und qualitativen Methoden, die sich über Jahrzehnte hinweg als gegensätzliche Pole verfestigt haben. Aus sechs Jahren der Erfahrung mit digitalen empirischen Experimenten am Pariser *Sciences Po médialab* berichten Latour und seine Kollegen, dass es sich bei digitalen Daten um eine »neue Datenspezies« handelt,

»The Issues Deserve More Credit«, S. 765 ff.; Bammé, »Erkenntnis durch Handeln«; Jörg Niewöhner (2012): »Von der Wissenschaftssoziologie zur Soziologie wissenschaftlichen Wissens«, in: *Science and Technology Studies*, hrsg. von Stefan Beck, Jörg Niewöhner und Estrid Sörensen, Bielefeld: Transcript, S. 77–101, hier: S. 81; Philipp Dorstewitz und Alexander Kremer (2016): »Introduction: Pragmatist Perspectives on Science and Technology and Contemporary Dewey Studies«, in: *Pragmatism Today* 7.1, S. 6–9.

105 Vgl. Jörn Lamla (2013a): »Arenen des demokratischen Experimentalismus. Zur Konvergenz von nordamerikanischem und französischem Pragmatismus«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 23, S. 345–365; Leszek Koczanowicz (2016): »Bruno Latour, American Pragmatism, and the Idea of Non-Human Democracy«, in: *Pragmatism Today* 7.2, S. 59–65, URL: <http://www.pragmatismtoday.eu/winter2016/Bruno-Latour-American-Pragmatism-and-the-Idea-of-Non-Human-Democracy-Leszek-Koczanowicz.pdf> (abgerufen am 25. 08. 2018).

106 Bruno Latour (2009): »Tarde's idea of quantification«, in: *The Social after Gabriel Tarde. Debates and Assessments*, hrsg. von M. Candea, London: Routledge, S. 145–162, URL: <http://www.bruno-latour.fr/sites/default/files/116-CANDEA-TARDE-FR.pdf> (abgerufen am 25. 08. 2018), S. 156.

»die nicht jenen entspricht, die durch unsere konventionellen Methoden produziert wurden. Digitale Medien sind nicht zwingend reichlicher vorhanden als ihre Vorgänger und sie sind gewiss nicht sauberer oder billiger. Sie sind jedoch gleichmäßiger über die Bandbreite der kollektiven Existenz verteilt. Elektronische Medien erlauben durch ihre enormen Infrastrukturen die nachvollziehbare Sammlung von Informationen über eine wachsende Vielfalt kollektiver Phänomene und darüber hinaus: ihre Sammlung in unterschiedlichen Größenordnungen. Durch diese Vielfalt brechen digitale Medien die Perspektiven der Sozialforschung dermaßen auf, dass sich die Opposition zwischen Qualität und Quantität, dem Lokalen und dem Globalen auflöst.«¹⁰⁷

Neben der Trennung von quantitativen und qualitativen Daten und Methoden werden durch die umfangreichen und zum Teil viel feinkörnigeren digitalen Daten auch andere kategoriale Unterscheidungen in Frage gestellt, die sich in der Sozialforschung etabliert haben: lokal und global, Mikro- und Makrostrukturen oder individuelles und kollektives Handeln.¹⁰⁸ Anstelle von fixierten kategorischen Gegensätzen werden deshalb graduelle Übergänge und komplexe Wechselwirkungen bedeutender, die vom Forschungsgegenstand abhängen.

Ausgehend von der Einsicht, dass die digitalen empirischen Daten die etablierten kategorialen Unterscheidungen unterlaufen und die traditionellen Methoden der Sozialforschung nicht unverändert angewendet werden können, wurden in den letzten Jahren

¹⁰⁷ Vgl. Venturini, Latour und Meunier, »Eine unerwartete Reise«, S. 21 f. Die Autoren machen auch deutlich, was sich an der Organisation und Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungsprozesse durch die Digitalisierung verändert: »Vor der Digitalisierung führte die Reise von nackten Spuren hin zu publizierten Ergebnissen zwangsläufig durch unterschiedliche unterstützende Infrastrukturen und Arbeitsmittel hindurch: Notizblöcke, Ton- und Videorecorder, Fragebögen, Datenbögen, getippte Berichte, Taschenrechner, ausgedruckte Texte. In der klassischen Sozialwissenschaft mussten alle diese Aufzeichnungsmaschinen – und viele andere – so organisiert werden, dass die Aufzeichnungen durch sie transponiert und übersetzt werden konnten. Die digitalen Technologien saugen alle diese Geräte in Computer und Netzwerke auf, so dass immer größere Teile der Aufzeichnungskette bearbeitet werden können, ohne dabei die Augen vom Bildschirm zu heben.« (Ebd., S. 25.)

¹⁰⁸ Vgl. ebd., S. 33 f.

unter dem Begriff der »digitalen Methoden« neue Methoden und Werkzeuge für die sozialwissenschaftliche Forschung im digitalen Zeitalter entwickelt.¹⁰⁹ Grundsätzlich sind die digitalen Methoden nicht nur auf die Erforschung »digitaler Gegenstände« ausgerichtet, beispielsweise auf die Erforschung des Verhaltens von jungen Menschen in Sozialen Netzwerken, sondern werden als eine generelle Erweiterung der sozialwissenschaftlichen Methoden angesehen. Weil die digitalen Technologien bereits Teil unseres alltäglichen Lebens sind, lassen sich die sozialen Interaktionen im Internet nicht als getrennte Sphäre oder Raum begreifen. Somit wird die Dichotomie zwischen »real« und »virtuell« aufgehoben. Es wird davon ausgegangen, dass die »digitalen Spuren« im Internet ebenso zur Erforschung realer sozialer Phänomene dienen können wie empirische Daten, die mit konventionellen Methoden der Sozialforschung erhoben wurden. Damit dient das Internet zugleich als Gegenstand, Datenquelle und Werkzeug der Forschung. Darüber hinaus werden im Rahmen der Debatten über digitale Methoden die Veränderungen der Rolle der Forscher_innen und ihres Einflusses auf die erforschten Subjekte und Situationen reflektiert, die ethischen Implikationen und auch die veränderten Voraussetzungen und Kompetenzen, die erforderlich sind, um digitale Sozialforschung betreiben zu können. Ein Effekt dieser veränderten Bedingungen für die Sozialforschung besteht in neuen Formen der Kooperation innerhalb der Wissenschaftsgemeinschaft und darüber hinaus. Über das Internet können nicht nur die Forschungsergebnisse zugänglich gemacht, sondern auch die Forschungsdaten und die zur Auswertung der Daten entwickelten digitalen Werkzeuge geteilt werden.¹¹⁰ Damit wird es einfacher, die Ergebnisse der Forschung kritisch zu überprüfen und nachzuvollziehen. Zudem können andere Forscher_innen dieselben Daten mit anderen methodischen Zugängen untersuchen und andere Erkenntnisse produzieren. Um die aufwendige Forschung mit großen digitalen Datenmengen durchzuführen, sind die Sozialforscher_innen zunehmend

109 Vgl. Richard Rogers (2013): *Digital Methods*, Cambridge, MA/London: MIT Press; Helene Snee u. a. (2016): »Digital Methods as Mainstream Methodology. An Introduction«, in: *Digital Methods for Social Science*, hrsg. von Helene Snee u. a., London: Palgrave Macmillan, S. 1–11.

110 Vgl. dazu die Ausführungen zu »Open Science« in Kapitel 8.3.

auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Informatiker_innen, Informations- und Interfacedesigner_innen angewiesen, die spezielle Plattformen programmieren und Daten visualisieren.¹¹¹

Wie im demokratischen Experimentalismus gefordert, werden in den digitalen Methoden die alltäglichen sozialen Interaktionen zum zentralen Gegenstand der Forschung.¹¹² Zudem treten die vielfältigen Beziehungen zwischen Akteur_innen und wechselnden Gruppen in den Vordergrund. Der einzelne Mensch wird von seinen sozialen Beziehungen her verstanden, was zur Ablehnung der klassischen Annahmen des methodologischen Individualismus führt.¹¹³ Einer der größten Unterschiede der im neuen Feld der digitalen Sozialforschung entwickelten Ansätze zum demokratischen Experimentalismus besteht meines Erachtens darin, dass die meisten Forschungen nicht von einer problematischen Situation ausgehen, sondern von den im Internet zugänglichen digitalen Daten. Aus diesen Daten wird oft erst sekundär ein Problem generiert oder es wird versucht, die Daten zur Beantwortung einer allgemeineren Frage zu nutzen. Die Forschungslogik des demokratischen Experimentalismus besteht dagegen in der Klärung einer problematischen Situation, die den Ausgangs- und Fluchtpunkt des Untersuchungsprozesses darstellt. Je nach untersuchtem Handlungszusammenhang sind dazu unterschiedliche Forschungsdesigns notwendig. Aber grundsätzlich gilt, dass alle Daten, die benötigt werden, um die Situation zu rekonstruieren und zu klären, ausgehend von der problematischen Situation erhoben und zusammengetragen werden müssen.¹¹⁴

Zuletzt will ich auf den Zusammenhang zwischen Deweys Ansatz und der bedeutenden und wachsenden Rolle der Kooperation im digitalen Zeitalter eingehen, die in Kapitel 8 anhand von konkreten Beispielen noch ausführlicher behandelt wird. Digitale

111 Vgl. Venturini, Latour und Meunier, »Eine unerwartete Reise«, S. 26 ff.

112 Vgl. Green und Singleton, »Gendering the Digital«, S. 47.

113 Vgl. Jan A. G. M. van Dijk (2013): »Inequalities in the Network Society«, in: *Digital Sociology. Critical Perspectives*, hrsg. von Kate Orton-Johnson und Nick Prior, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 105–124, S. 118; Allison Cavanagh (2013): »Imagining Networks. The Sociology of Connection in the Digital Age«, in: *Digital Sociology. Critical Perspectives*, hrsg. von Kate Orton-Johnson und Nick Prior, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 169–185, S. 174 ff.

114 Vgl. die Ausführungen in Kapitel 4.3, S. 137.

Formen der Kooperation werden seit 2016 im Sonderforschungsbe-
reich »Medien der Kooperation« an der Universität Siegen unter-
sucht. In ihrem Überblick zum Forschungsprogramm verweisen Er-
hard Schüttpelz und Sebastian Gießmann darauf, dass der Wandel
von den Massenmedien zu den interaktiven digitalen Medien zu ei-
ner Krise der Medienforschung und -wissenschaft geführt hat.¹¹⁵
Der in der Medienwissenschaft verbreitete komparatistische An-
satz setzt die Untersuchung *einzelner* Medien voraus, damit diese
miteinander verglichen werden können. Digitale Medien, die ver-
schiedene traditionelle Medienformen in sich verbinden, können
jedoch nicht mehr mit einem solchen Ansatz untersucht werden,
der auf Einzelmedien ausgerichtet ist. Stattdessen ist es notwendig,
Medienpraktiken aus einer umfassenden Perspektive in den Blick zu
nehmen und zu vergleichen. Deshalb sehen die Autoren die Krise
der Medienforschung als Chance für eine *praxistheoretische* Wende
in der Medienwissenschaft.

Zur Erforschung digitaler Medienpraktiken schlagen die Autoren
eine doppelte Perspektive vor. Einerseits sollen Medien als *Bedin-
gungen der Kooperation*, andererseits in ihrer bereits *kooperativen Her-
stellung* betrachtet werden. Deshalb werden Medien als »kooperativ
erarbeitete Kooperationsbedingungen« verstanden.¹¹⁶ Diese Denk-
figur erinnert an Deweys technikphilosophischen Ansatz, in dem
er betont, dass Werkzeuge soziale Produkte sind, die zugleich die
Bedingungen des Handelns verändern (Kap. 6.3). Dieses weite Ver-
ständnis von Medien lässt sich Schüttpelz und Gießmann zufolge
nicht nur auf die aktuelle digitale, sondern auch auf die historische
Medienentwicklung anwenden. Doch insbesondere die digital ver-
netzten Medien haben sich den Autoren zufolge »auf breiter Front
als ›Medien der Kooperation‹ herausgestellt«, denn die mit ihnen
verbundenen Praktiken sind »als kooperative Praktiken erkennbar
und gestaltbar geworden«.¹¹⁷ Die wachsende Bedeutung der ko-
operativen Dimension digitaler Medien zeigt sich anhand der zahl-
reichen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Debatten in den
letzten Jahren über die neuen Formen der Partizipation und Zu-
sammenarbeit, die durch die digitalen Medien ermöglicht werden.

115 Vgl. Schüttpelz und Gießmann, »Medien der Kooperation«.

116 Ebd., S. 12, 15.

117 Ebd., S. 8.

Die Entwicklung digitaler Medien und Medienpraktiken wird von Schüttpelz und Gießmann ausdrücklich als ein offener, nicht-determinierter Prozess verstanden, der maßgeblich in der praktischen Auseinandersetzung mit konkreten Herausforderungen entstanden ist. Die Autoren verweisen dazu auf eine Studie des Sozioinformatikers Kjeld Schmidt, der gezeigt hat, dass einige der wichtigsten Computerprogramme »ohne Planung *in* der Kooperation und *für* die Kooperation der Programmierer entwickelt worden sind, etwa Computer-Aided Design, Spreadsheet, Desktop Publishing, Filesharing und E-Mail«. ¹¹⁸ Das heißt, dass die entsprechenden Computerprogramme aus konkreten Problemlösungsprozessen entstanden sind, mit denen einzelne Programmierer_innen konfrontiert waren. Weil sie die von ihnen entwickelten Lösungen mit anderen geteilt haben, sind daraus wichtige und umfassende Softwareprodukte entstanden, wie beispielsweise das Betriebssystem Linux, auf das ich detaillierter in Kapitel 8.1 eingehe. Für Schüttpelz und Gießmann zeigt dieser Zusammenhang, weshalb insbesondere digitale Medien als Werkzeuge betrachtet werden müssen, die der Kooperation dienen und zugleich kooperativ hergestellt werden. Die Einschränkung und der Rückgang der Kooperationsmöglichkeiten durch die Kommerzialisierung des ehemals offenen Internets in den letzten 15 Jahren und durch geschlossene Software-Systeme wird von den Autoren ebenfalls thematisiert. Die komplexen und zum Teil widersprüchlichen Entwicklungen lassen sich aber weder auf einen Nenner bringen noch lassen sie auf eine determinierte Entwicklung schließen.

In ihren Überlegungen zu einem für das Vorhaben geeigneten Öffentlichkeitsbegriff schreiben die Autoren:

»Wenn man den Begriff der ›Öffentlichkeit‹ [...] pluralisieren und auf Medienöffentlichkeiten beziehen will, die als ›kooperativ erarbeitete Kooperationsbedingungen‹ verstanden werden können, empfiehlt sich der Ausgang von einer Fassung des Begriffs, die es erlaubt, pluralisierte und kooperativ verfasste Prozesse der Öffentlichkeitsbildung zu beschreiben. Eine entsprechende Intervention findet sich etwa im Begriff der ›issue

118 Ebd., S. 11.

networks«, die sich durch gemeinsame ›Anliegen‹, ›Themensetzungen‹ oder ›Streitfragen‹ bilden (›issues‹), aber dabei jeden bisherigen Anlass und jede vorausliegende Organisationsform überschreiten oder umgestalten können.«¹¹⁹

Als theoretische Referenz verweisen sie auf Dewey, dessen »unveraltete Charakterisierung« den »historische[n] Ausgangspunkt für eine [...] Definition pluralisierter Medienöffentlichkeiten« bildet.¹²⁰ Bei diesem Punkt bleiben die Autoren allerdings stehen. Dabei lässt sich Deweys Konzeption auf einer breiteren Basis auf die von den Autoren vertretene These zuspitzen: Öffentlichkeiten – als kooperative Untersuchungsprozesse – zielen auch bei Dewey darauf ab, die Bedingungen der Kooperation selbst zu verändern. Was ich im vorangegangenen Kapitel als ›institutionelle Strukturen‹ bezeichnet habe, lässt sich schließlich nicht nur auf die organisatorische Dimension von Öffentlichkeiten, sondern ebenso auf die medialen Infrastrukturen beziehen. Auch die doppelte Denkfigur, die dem Medienbegriff zugrunde liegt, deckt sich meines Erachtens mit Deweys Begriffen des Werkzeugs und der Technik, aber auch mit seinem Begriff der Institution. Alle diese Phänomene entstehen aus kooperativen sozialen Interaktionsprozessen heraus und verändern die Bedingungen zukünftiger kooperativer Interaktionen.

Auch die von Schüttpelz und Gießmann beschriebene Konzeption von »praktischer Reflexivität« ist Deweys Ansatz sehr ähnlich. Die Autoren gehen von einem »in der sozialen Praxis verorteten Reflexivitätsbegriff« aus. Sie orientieren sich dabei am Reflexivitätsbegriff der Ethnomethodologie von Harold Garfinkel, dem zufolge »die ›reflexivity‹ des Alltagslebens darin [besteht], die kooperativen Abläufe der ›settings‹ fortlaufend für zukünftige Verwendungen rechenschaftsfähig und zurechenbar (»account-able«) zu halten und zu machen.«¹²¹ Als weitere theoretische Bezugspunkte dienen die Praxistheorie und die »pragmatische Soziologie«,¹²² wobei die Autoren selbst auf den Zusammenhang mit dem amerikanischen

119 Schüttpelz und Gießmann, »Medien der Kooperation«, S. 35.

120 Ebd., S. 30.

121 Ebd., S. 35.

122 Barthe u. a., »Pragmatische Soziologie«.

Pragmatismus hinweisen. In Übereinstimmung mit den erkenntnis- und handlungstheoretischen Annahmen des demokratischen Experimentalismus heißt es dazu:

»Anders als der begriffliche Rekurs auf ein ›Wissen‹ [...] erlaubt es der Rekurs auf *Praktiken*, die gängigen Dichotomien von Wissen und Handeln, von ›Kopfarbeit‹ und ›Handarbeit‹, von kognitiven Dispositionen und materiellen Abläufen, aber auch von Planung und Ausführung, die in den Kultur- und Sozialwissenschaften seit ihrer Gründung prägend geblieben sind, nachhaltig zu unterlaufen.«¹²³

Mit dieser kurzen Erläuterung des Forschungsprogramms sollte exemplarisch gezeigt werden, inwiefern Deweys demokratischer Experimentalismus und seine Öffentlichkeitskonzeption für gegenwärtige Forschungsprojekte zum digitalen Wandel geeignet sind. Dewey wird zwar zunehmend zitiert, aber seine Position wird oft auf wenige Aspekte reduziert und bislang nicht als eigenständiger Ansatz wahrgenommen. So wird auch im Forschungsprojekt »Medien der Kooperation« die handlungstheoretische Perspektive seiner Öffentlichkeitskonzeption nicht hinreichend berücksichtigt. Der Öffentlichkeitsbegriff von Schüttpelz und Gießmann bleibt dadurch auf die öffentlich zugängliche Kommunikation und auf die Praktiken der Veröffentlichung ausgerichtet, nicht aber auf die kooperativen Untersuchungsprozesse, die zur Klärung öffentlicher Angelegenheiten notwendig sind.

123 Schüttpelz und Gießmann, »Medien der Kooperation«, S. 34.

INTELLIGENTE KOOPERATION

In diesem Kapitel werden ausgewählte Phänomene des digitalen Wandels beschrieben, die aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus besonders interessant sind, weil sie nicht nur Beispiele für kooperatives Handeln im digitalen Zeitalter darstellen, sondern zugleich dahin tendieren, die institutionellen Strukturen zu verändern, die das Handeln bedingen. Weil ›das‹ Internet oder ›die‹ Digitalisierung als Ganzes nicht Gegenstand einer Untersuchung sein kann, ist es notwendig, konkrete Handlungszusammenhänge in den Blick zu nehmen. Da soziale Praktiken nicht spontan und ohne Voraussetzungen entstehen, sondern auf bereits existierenden Praktiken aufbauen, die in einen konkreten zeitgeschichtlichen Kontext eingebettet sind, orientiere ich mich in meiner Darstellung an der historischen Entwicklung der Phänomene, die ich erörtern möchte.

Als Beispiel für kooperatives Handeln im digitalen Zeitalter habe ich die »Open-Bewegungen« ausgewählt, die mit Begriffen wie *Open Source*, *Open Access*, *Open Data*, *Open Government* oder *Open Science* verbunden werden und einen gemeinsamen Ursprung in der Bewegung für freie Software und in der Hacker-Kultur haben. Diese Bewegungen repräsentieren keineswegs den Mainstream des digitalen Zeitalters. Es handelt sich eher um Praktiken, Ideen und Denkweisen, die bislang noch von Minderheiten vertreten werden, die jedoch einen wachsenden Einfluss auf die gegenwärtige Herausbildung einer »Kultur der Digitalität« haben.¹ Soziale Innovationen gehen schließlich, wie Dewey betont, nicht von der Masse aus, sondern von Individuen und Minderheiten. Mit der Auswahl dieser Bewegungen folge ich Deweys Denkfigur der normativen Rekonstruktion, die er etwa in seiner Konzeption des Ideals des demokratischen Gemeinschaftslebens anwendet (Kap. 5.1). Um ein »realistisches Ideal« zu bestimmen, an dem sich demokratische Gemeinschaften messen lassen, hebt Dewey die wünschenswerten Aspekte

¹ Vgl. Felix Stalder (2016): *Kultur der Digitalität*, Berlin: Suhrkamp.

der bestehenden Gemeinschaften und Praktiken hervor. In der gleichen Absicht geht es mir im Folgenden darum, mich möglichst eng an bereits bestehenden Praktiken zu orientieren und diese als ein realistisches Ideal intelligenter Kooperation im digitalen Zeitalter zu rekonstruieren, das als Maßstab und Orientierung für zukünftige Entwicklungen dienen kann.

Dass ich im Folgenden die Open-Bewegungen mit dem demokratischen Experimentalismus vergleiche, impliziert nicht, dass sich die Open-Bewegungen direkt oder indirekt auf Deweys Philosophie bezögen. Ich möchte aber aufzeigen, inwiefern die grundlegenden Denkweisen einander ähnlich sind, was sich unter anderem darauf zurückführen lässt, dass sich sowohl der demokratische Experimentalismus als auch die Bewegung für freie Software am Ideal der wissenschaftlichen Methode orientieren. Dadurch werden in den Bewegungen zentrale Motive behandelt, die in Übereinstimmung mit den erläuterten Annahmen von Deweys Öffentlichkeitskonzeption stehen – die Bedeutung und die Bedingungen von intelligenter Kooperation und gemeinschaftlichen Lernprozessen, die Kritik einer strengen Trennung von Staat, Markt und Zivilgesellschaft zugunsten einer auf Zusammenhänge und Wechselwirkungen ausgerichteten handlungstheoretischen Perspektive, das Verhältnis von wissenschaftlichen Expert_innen und Laien sowie die kontinuierliche Verbesserung der institutionellen Strukturen. Dadurch bieten sich Anschlussmöglichkeiten für beide Seiten – für die Anwendung des demokratischen Experimentalismus auf empirische Phänomene des digitalen Zeitalters und für die Ergänzung der heterogenen Open-Bewegungen durch einen eigenständigen theoretischen Rahmen, der die wesentlichen Annahmen teilt und zugleich auf eine breitere philosophische Basis stellt.

Meine These lautet, dass sich in den Open-Bewegungen eine Auffassung des Denkens und Handelns sowie des Umgangs mit problematischen Situationen etabliert hat, die dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus weitgehend entspricht. Auf diese Ähnlichkeiten weist auch der amerikanische Anthropologe Christopher Kelty in seiner kulturwissenschaftlichen Studie zu den Gemeinschaften und Praktiken der Bewegung für freie Software hin:

»Free Software is an experimental system, a practice that changes with the results of new experiments. The privileging of adaptability makes it a peculiar kind of experiment, however, one not directed by goals, plans, or hierarchical control, but more like what John Dewey suggested throughout his work: the experimental praxis of science extended to the social organization of governance in the service of improving the conditions of freedom.«²

Auch für Kelty liegt die Bedeutung der Bewegung für freie Software darin, dass sie die demokratische Veränderung der *Bedingungen* des Handelns anstrebt – ebenso, wie Deweys kooperative Untersuchungsprozesse auf die Verbesserung der etablierten institutionellen Strukturen abzielen. Das gilt, wie sich zeigen wird, für die meisten der Open-Bewegungen – sie sind nicht nur soziale Praktiken, die durch digitale Technologien ermöglicht wurden, sondern versuchen gezielt, vor allem die rechtlichen und sozialen Handlungsbedingungen zu verändern.

Zunächst geht es um die Entstehung der Bewegung für freie Software in den 1980er Jahren, die ihre Ursprünge in der Hacker-Kultur der 1960er und -70er Jahre hat, sowie um die steile Karriere des Begriffs »Open Source« Ende der 1990er Jahre (Kap. 8.1). Ich gehe sehr detailliert auf die Ziele und Konflikte zwischen der Bewegung für freie Software und der Open-Source-Bewegung ein, weil darin exemplarisch die Spannung zwischen den kurzfristigen und langfristigen Zielen des Handelns deutlich wird. Der Bezug zum demokratischen Experimentalismus besteht darin, dass es im Kern der Auseinandersetzung um die Reflexion und Veränderung der institutionellen Strukturen geht. Das Beispiel soll deutlich machen, wie komplex und konfliktbehaftet diese Abwägung in konkreten Situationen ist. Anschließend erläutere ich, wie die zentralen Ideen von freier Software zur Entstehung der Bewegungen für Open Access und Open Content geführt haben (Kap. 8.2). Hier wird die Veränderung der Handlungsbedingungen anhand der Kritik am restriktiven Urheberrecht deutlich. Zuletzt gehe ich auf die Open-Data-Bewegung sowie auf Open Government und Open Science ein

2 Kelty, *Two Bits*, S. 239.

(Kap. 8.3). Diese Bewegungen stehen exemplarisch für die Möglichkeiten intelligenter Kooperation im digitalen Zeitalter und lassen sich daher besonders gut aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus beschreiben.

8.1 FREIE SOFTWARE UND OPEN SOURCE

Die Suche nach den Ursprüngen des kooperativen Handelns im digitalen Zeitalter führt zwangsläufig in die »Hacker-Kultur«, die sich in den 1960er und -70er Jahren vor allem an den Universitäten in den USA, aber auch in Europa entwickelt hat.³ Unter diesen Pionieren der Digitalisierung war das wissenschaftliche Ideal des offenen und gemeinschaftlichen Forschens weit verbreitet, zumindest in der frühen Phase der Technologieentwicklung. Die sozialen Praktiken des *Hackens* weisen Ähnlichkeiten mit dem von Dewey beschriebenen experimentellen Prozess der reflexiven Problemlösung auf – zumindest im ursprünglichen Sinn von *hacken*, bevor mit dem Begriff die negative Bedeutung des unerlaubten Eindringens in fremde Computersysteme verbunden wurde. In den 1970er Jahren wurde unter »hacken« der Prozess der »iterativen Ad-hoc-Programmierung« verstanden, das heißt, das wiederholte Ausprobieren von improvisierten, situationsabhängigen Problemlösungen und Verbesserungen.⁴ Diese Art des Programmierens war erst ab den 1960er Jahren möglich. Die mit Lochkarten und Magnetbändern programmierten Großrechner, die seit den 1950er Jahren an Universitäten, in Unternehmen und vom Militär eingesetzt wurden, waren nur einem begrenzten Personenkreis zugänglich. Die Programmierung war zudem auf bestimmte mathematische Funktionen beschränkt. Erst durch die Verbreitung von kleineren Computern und die Entstehung von höheren Programmiersprachen entwickelte sich Anfang der 1960er Jahre an den Universitäten in den Kreisen technikinteressierter Studenten eine experimentelle Hacker-Kultur. Neben der strukturierten Vorgehensweise, kom-

3 Vgl. zur Geschichte der Hacker-Kultur: Steven Levy (2010): *Hackers. Heroes of the Computer Revolution*, 25th Anniversary Edition, Sebastopol: O'Reilly.

4 Vgl. Volker Grassmuck (2004): *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <http://freie-software.bpb.de/Grassmuck.pdf> (abgerufen am 25.08.2018), S. 218.

plexe Computer-Programme detailliert zu planen und in Code umzusetzen, »war es mit der neuen ›interaktiven‹ Computernutzung möglich, eine Idee in die Tasten zu hacken, das Programm laufen zu lassen, Fehler zu entdecken, die Korrekturen einzugeben und es sofort wieder laufen zu lassen.«⁵ Die für das Hacken charakteristische Heuristik von Versuch und Irrtum war zwar nicht geeignet, wenn es darum ging, komplexe Software-Projekte zu konzipieren, aber sie erwies sich als unverzichtbar, um Verbesserungen bestehender Programme zu erzielen. Darin bestand in der Hacker-Kultur fortan »der neue Geist der Zeit: Ein praktisches Problem stellt sich. Die Lösung besteht darin, eine bestehende Software um eine Funktion zu erweitern.«⁶

Die in der frühen Hacker-Szene – und zum Teil bis heute – verbreitete Mentalität veranschaulicht exemplarisch, was in der Darstellung des demokratischen Experimentalismus als soziale Intelligenz und gemeinschaftliche Lernprozesse beschrieben wurde (Kap. 4.2). Die gewonnenen Erkenntnisse, Lösungen, neuen Ideen und Verbesserungen wurden innerhalb der Gemeinschaft frei ausgetauscht, so dass alle Mitglieder von den individuellen Forschungs- und Lernprozessen profitieren konnten. Ein großer Teil dieser Entwicklung fand im geschützten Raum der Universitäten statt und wurde von Studenten in ihrer Freizeit geleistet. Es wurden aber auch Programmierer von Unternehmen für die Mitentwicklung bezahlt. In dieser Zeit wurden die Programme aber noch nicht als eigenes Produkt verkauft, sondern mit der Hardware kostenlos ausgeliefert, was die Kooperation zwischen Unternehmen und Universitäten vereinfachte.⁷ Das änderte sich etwa ab Mitte der 1970er Jahre mit der Entstehung des Softwaremarkts. Diese Entwicklung führte dazu, dass die Softwareentwicklung zu einem kommerziellen Geschäft wurde und viele Studenten eigene Unternehmen gründeten, wie etwa »Microsoft« von Bill Gates und Paul Allen im Jahr 1975. Durch die Kommerzialisierung entstand *proprietäre* Software, deren Quellcode nicht offen zugänglich war, sondern als Geschäftsgeheimnis des Unternehmens geschützt wurde. Durch eine Erweiterung des Copyright-Gesetzes wurde Software recht-

5 Ebd.

6 Ebd., S. 222.

7 Zur Geschichte der Softwareentwicklung vgl. ebd., S. 202–210.

lich als »geistiges Eigentum« behandelt. Diese Entwicklung hatte Anfang der 1980er Jahre in Bezug auf die Softwareentwicklung ein vorläufiges Ende der Kultur des freien Wissensaustauschs und der gemeinschaftlichen Lernprozesse zur Folge. Denn die kooperative Entwicklung war nur möglich, solange der Quellcode frei zugänglich war, modifiziert und weiterverbreitet werden durfte. Dadurch konnte jeder Programmierer die Funktionen eines Programms nachvollziehen, anpassen, erweitern und verbessern. Im Fall von proprietärer Software kam jedoch außer dem Hersteller niemand an den Quellcode heran.

Richard Stallman arbeitete in den 1970er Jahren am Labor für Künstliche Intelligenz des *Massachusetts Institute of Technology*, wo ihn die Kultur der freien Kooperation nachhaltig geprägt hat. In Reaktion auf die zunehmende Kommerzialisierung rief Stallman im Jahr 1983 die *Freie-Software-Bewegung* und das GNU-Projekt ins Leben. Das zentrale Anliegen dieser Bewegung bestand darin, die Kultur des freien Austauschs von Software und der kooperativen Entwicklung des Quellcodes zu bewahren. Der Auslöser war für Stallman vor allem die Privatisierung des seit 1971 kooperativ entwickelten Betriebssystems *Unix*.⁸ Im Widerstand und als Gegenbewegung zu dieser Entwicklung hatte das GNU-Projekt zum Ziel, mit Hilfe einer dezentralen Community von Freiwilligen ein freies, Unix-kompatibles Betriebssystem zu programmieren. Anfang der 1990er Jahre wurde das GNU-Projekt durch den Linux-Kernel des damaligen finnischen Informatikstudenten Linus Torvalds komplettiert, so dass 1994 schließlich die erste Version des freien Betriebssystems *GNU/Linux* veröffentlicht werden konnte.

Um das GNU-Projekt zu finanzieren, gründete Stallman 1985 die *Free Software Foundation* (FSF).⁹ Alle Programme, die innerhalb des GNU-Projekts entwickelt wurden, sollten der freien Nutzung dienen. Zu diesem Zweck wurde 1989 eine eigene Lizenz geschaffen

8 Zur Geschichte des Unix-Betriebssystems und der Entstehung des GNU-Projekts vgl. Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 211–229. Das rekursive Akronym GNU steht im Übrigen für »GNU is not Unix«.

9 Vgl. Richard Stallman (1985): *What is free software?*, URL: <https://www.gnu.org/philosophy/free-sw.html> (abgerufen am 25.08.2018); Richard Stallman (2015): *The GNU Manifesto*, URL: <https://www.gnu.org/gnu/manifesto.html> (abgerufen am 25.08.2018).

– die *GNU General Public License* (GPL).¹⁰ Die Bedeutung dieser Lizenz und die Auseinandersetzungen, die mit ihr verbunden sind, werden im Folgenden detailliert beschrieben, weil sie die Grundlage für einige der späteren »Open«-Bewegungen sind. Die GPL ist als explizite Kritik am restriktiven Urheberrechtsschutz aufzufassen und greift in Abgrenzung vom »Copyright – All rights reserved« die Idee des »Copyleft – All rights reversed« auf.¹¹ Eine Urheberin erlaubt mit der Verwendung der GPL ausdrücklich die folgenden vier Freiheiten: 1. die Nutzung des Programms, 2. das Studieren des Quellcodes, 3. die Modifizierung des Quellcodes und 4. die Weitergabe des Programms, auch der modifizierten Version.¹² Allerdings gestattet die GPL – im Unterschied zu gemeinfreien Werken, deren Urheberrecht beispielsweise erloschen ist – keine uneingeschränkte Weitergabe und Veränderung der Software. Sie beinhaltet die entscheidende Auflage, dass alle Modifizierungen nur unter denselben freien Lizenzbedingungen verbreitet werden dürfen. Durch diese originelle Klausel soll verhindert werden, dass die Ergebnisse der kooperativen Arbeit in irgendeiner Form privatisiert werden können. Auch die *Kombination* von freier und proprietärer Software wird dadurch untersagt. Der einzige Weg, Komponenten aus freier Software in ein anderes Projekt zu integrieren, besteht deshalb darin, auch das Endprodukt unter eine freie Lizenz zu stellen. Mit diesem Mechanismus, der von den Kritikern als »infektiös« oder »viral«, von Grassmuck aber treffender als »impfend« bezeichnet

10 Vgl. zur GNU GPL Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 281–293.

11 Vgl. Richard Stallman (1999): »The GNU Operating System and the Free Software Movement«, in: *Open Sources. Voices from the Open Source Revolution*, hrsg. von Chris Dibona, Sam Ockman und Mark Stone, Sebastopol: O'Reilly, S. 53–70, hier: S. 59 f.; Christopher Kelty (2011): »Inventing Copyleft«, in: *Making and Unmaking Intellectual Property. Creative Production in Legal and Cultural Perspective*, hrsg. von Mario Biagioli, Peter Jaszi und Martha Woodmansee, Chicago/London: Chicago University Press, S. 133–148.

12 Diese vier Freiheiten finden sich in unterschiedlicher Form in den Open-Bewegungen wieder, die in den folgenden Kapiteln vorgestellt werden.

wird,¹³ wollte Stallman die »Befreiung« von Software-Projekten erreichen, die etwa an den Universitäten durch die unbezahlte Arbeit von Studierenden entwickelt wurden.

Mit dem GNU-Projekt und der FSF verfolgt Stallman langfristige ethische und politische Ziele, die in ihrer Radikalität keineswegs von allen Programmierern geteilt werden. Seine »Arbeit an freier Software ist von einem idealistischen Ziel motiviert: Freiheit und Kooperation zu verbreiten«. Damit will er »dazu beitragen, dass sich freie Software verbreitet, um proprietäre Software zu ersetzen, die Kooperation verbietet, und damit unsere Gesellschaft zu einer besseren zu machen.«¹⁴ Stallman lehnt die Vorstellung ab, »dass Software Eigentum sein sollte, weil mit dieser Praxis die Menschlichkeit im Ganzen sabotiert wird. Sie verhindert, dass die Menschen aus einem Programm den maximalen Nutzen ziehen.«¹⁵ Dieser Nutzen besteht keineswegs nur in der Anwendung der Software als Mittel, sondern auch im kooperativen Prozess ihrer Entwicklung und Verbesserung im Sinne eines wechselseitigen Lernprozesses: »Der fundamentale Akt von Freundschaft unter denkenden Wesen besteht darin, einander etwas beizubringen und Wissen gemeinsam zu nutzen. [...] Jede Politik oder jedes Rechtssystem, das diese Art der Kooperation verurteilt oder verbietet, verseucht die wichtigste Ressource der Gesellschaft.«¹⁶ Damit hebt Stallman den evolutionären Charakter der Technikentwicklung hervor: Wie in der Wissenschaft und Technikentwicklung basiert auch jede Software auf den Leistungen vorgängiger Generationen. Der umfassende Prozess der Digitalisierung ist ein Produkt von kollektiver Intelligenz und Kooperation. Die Bewegung für freie Software ist insofern, zumindest in einer idealisierten Form, ein hervorragendes Bei-

13 Vgl. Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 284. Der Politikwissenschaftler Steven Weber schreibt über die »viral clause« in der GPL: »The reference to a virus is not pejorative. It is meant to emphasize that free software ›infects‹ other software with its licensing terms, if a programmer chooses to use GPL'ed code.« (Steven Weber [2004]: *The Success of Open Source*, Cambridge, MA/London: Harvard University Press, S. 49.)

14 Stallman, zit. n. Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 250. An anderer Stelle heißt es: »Der Kern des GNU-Projekts ist die Vorstellung von freier Software als soziale, ethische, politische Frage. Kurzum: Wie soll die Gesellschaft beschaffen sein, in der wir leben wollen?« (Stallman, zit. n. ebd., S. 224.)

15 Stallman, zit. n. ebd., S. 220.

16 Stallman, zit. n. ebd., S. 224.

spiel für eine Gemeinschaft, die die Bedingungen ihres Handelns sowie die weitreichenden Folgen für Dritte erkannt hat und reflexiv in ihr Handeln einbezieht.

Anhand dieser Ausführungen werden die Ähnlichkeiten mit Deweys Wissenschafts- und Technikphilosophie deutlich. Software wird nicht nur als ein statisches Mittel zum Zweck verstanden, sondern als ein flexibles Werkzeug, das Menschen in der Interaktion mit ihrer Umwelt dient und zugleich die Bedingungen des Handelns prägt. Dieser soziale Aspekt der Technik wurde in der Bewegung für freie Software erkannt, als die enorme Bedeutung der Informations- und Kommunikationstechnologien bereits absehbar war. Deweys Unterscheidung zwischen flexiblen Werkzeugen, die das Denken und Lernen fördern, und statischen Industriemaschinen, die das Denken und Lernen hemmen, lässt sich jedoch nur bedingt auf freie und proprietäre Software übertragen. Während die Maschinen industrielle Produktionsmittel sind, an deren Regeln und Vorgaben sich die ausführenden Arbeiter anpassen müssen, ist proprietäre Software ein kommerzielles Produkt, das von den Herstellern unter Berücksichtigung der angenommenen Bedürfnisse für die Konsumenten hergestellt wird. Industrielle Anlagen sind dagegen keine Produkte. Sie werden nicht im gleichen Sinn für die angenommenen Bedürfnisse der Benutzer_innen hergestellt. Dennoch wird anhand freier Software der flexible und experimentelle Werkzeugcharakter deutlich: Freie Software kann an konkrete Situationen und Bedürfnisse angepasst werden und ermöglicht vielschichtige Lernprozesse. Natürlich wird zur Anpassung und Verbesserung einer Software spezielles Wissen vorausgesetzt. Doch das ist zum einen auch bei allen handwerklichen und künstlerischen Tätigkeiten der Fall, zum anderen haben sich differenzierte Organisationsstrukturen entwickelt, die eine breite Kooperation und Beteiligung ermöglichen. Wie komplexe Freie-Software-Projekte zeigen, können auch Menschen, die keine oder nur wenige Programmierkenntnisse haben, diese Software nutzen und sich an ihrer Verbesserung beteiligen. Zudem bietet die Offenheit des Quellcodes nicht nur die Möglichkeit einer funktionalen Weiterentwicklung der Software, sondern auch einer spielerischen,

kreativen, experimentellen und kritischen Auseinandersetzung, die in der Hacker-Kultur ein zentrales Element darstellt und zu Erkenntnissen führen kann.

Der Erfolg des Betriebssystems GNU/Linux und anderer freier Softwareprojekte, an denen Hunderte von Freiwilligen auf der ganzen Welt über das Internet zusammenarbeiteten, hatte in den 1990er Jahren die Wirksamkeit der offenen Zusammenarbeit im Bereich der Softwareentwicklung bewiesen.¹⁷ Allerdings gingen die ethischen Ansprüche und politischen Ziele, die vor allem mit der Person Richard Stallmans und seinem starken Freiheitsbegriff verbunden waren, einigen Kritikern zu weit. Mit der Gründung der *Open Source Initiative* (OSI) kam es deshalb 1998 zu einem Bruch zwischen verschiedenen Lagern innerhalb der gewachsenen Bewegung für freie Software.¹⁸ Die neue Bewegung hatte zum Ziel, den Begriff »freie Software« durch »Open-Source-Software« zu ersetzen, womit sie äußerst erfolgreich war. Dadurch sollte die Verwechslung von *freier* Software und *kostenloser* Software (*Freeware*) überwunden werden. Doch die wesentliche Motivation bestand in der Abgrenzung von der politischen Agenda der FSF. Die Vorteile der offenen Softwareentwicklung sollten durch gezieltes Marketing auch für Unternehmen interessanter werden. Diese zeigten sich bis dahin eher zurückhaltend, da sie mit der Aufnahme von Komponenten aus freier Software aufgrund der GNU GPL gezwungen waren, ihre gesamte Software unter eine freie Lizenz zu stellen: »Wir erkannten, dass es an der Zeit war, die Konfrontationshaltung abzulegen, die in der Vergangenheit mit der ›freien Software‹ in Verbindung gebracht wurde, und die Idee ausschließlich mit den pragmatischen, wirtschaftlichen Argumenten zu verkaufen [...].«¹⁹

17 Eric S. Raymond beschreibt in seinem für die Entstehung der OSI ausschlaggebenden Aufsatz »The Cathedral and the Bazaar« (1997) die Unterschiede zwischen der zentralistischen Organisation in der kommerziellen Software-Entwicklung und dem pluralistischen »Marktplatz«-Modell der offenen Entwicklung, vgl. Eric S. Raymond (1997): *Die Kathedrale und der Basar*, übers. aus dem Amerikanischen von Reinhard Gantar, URL: http://www.selflinux.org/selflinux/pdf/die_kathedrale_und_der_basar.pdf (abgerufen am 25.08.2018).

18 Vgl. Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 230 ff.

19 Raymond, zit. n. ebd., S. 230.

Die Anhänger der OSI sehen die Bedeutung der kooperativen Entwicklung von Software vor allem in der Effizienz des Entwicklungsprozesses und der Qualität der Software. Das sind für Stallman nicht die zentralen Kriterien. Ihm geht es nicht nur um die technischen und ökonomischen Faktoren, sondern um die sozialen und politischen Ideale der Freiheit und der Kooperation, die sich auch in den wissenschaftlichen Idealen der Freiheit der Wissenschaft und der Gemeinschaft der Forschenden ausdrücken. Freie Kooperation heißt für Stallman, gemeinsam an Problemen zu arbeiten und das wachsende Wissen mit der Gemeinschaft zu teilen. Diese Gemeinschaft ist nicht auf die beteiligten Programmierer_innen begrenzt, sondern schließt auch alle Menschen ein, die die Software benutzen. Stallman trennt nicht grundsätzlich zwischen der Freiheit der Programmierer_innen und der Freiheit der Nutzer_innen, die freie Software ermöglichen soll. Er sieht sich selbst konsequenterweise sowohl als Programmierer wie auch als Nutzer von freier Software. Schließlich kann kein Mensch jede Software, die er oder sie benutzt, selbst entwickeln. Mit der zunehmenden Verbreitung von *Personal Computern* und der Entstehung des *World Wide Web* stieg in den 1990er Jahren die Zahl der ›reinen‹ Anwender ohne Programmierkenntnisse allerdings massiv an – und damit auch die Nachfrage nach weniger experimenteller, sondern zuverlässiger und einfach zu bedienender Software. Durch die Befriedigung dieser Nachfrage haben sich proprietäre Anbieter wie Microsoft ihre starke Marktposition geschaffen. Diesem Trend wollte die OSI etwas entgegensetzen und erreichte tatsächlich, dass die Methode der Open-Source-Entwicklung eine große Verbreitung auch in kommerziellen Bereichen erlangte.²⁰

²⁰ Die Unterscheidung zwischen Open-Source- und proprietärer Entwicklung lässt sich dabei nicht einfach auf der Grundlage treffen, ob die Programmierer der Software für ihre Arbeit bezahlt werden oder ihre Freizeit investieren. In einer Studie von 2014 wird gezeigt, dass 50 Prozent der Arbeit an Open-Source-Projekten durch Programmierer_innen geleistet wird, die bei privaten Unternehmen angestellt sind. Für die Autoren ist das ein Beleg für die Kommerzialisierung beziehungsweise die kommerzielle Unterstützung der Open-Source-Software-Bewegung. Aber das stellt keinen Widerspruch zu freier Software dar. Entscheidend ist vielmehr die Lizenz, unter der die Software anschließend veröffentlicht wird. Vgl. Dirk Riehle u. a. (2014): »Paid vs. Volunteer Work in Open Source«, in: *2014 47th Hawaii International Conference on System Sciences*, Institute of Electrical and Electronics Engineers (IEEE).

Der Unterschied zwischen der *Free Software Definition*²¹ und der *Open Source Definition*²² besteht im Wesentlichen darin, dass in Letzterer die Bedingung der Weiterverbreitung unter denselben freien Bedingungen wegfällt. Damit ist die Veröffentlichung und Veränderung des Quellcodes weiterhin garantiert, allerdings kann der Code auch in kommerziellen Projekten genutzt und vertrieben werden. Neben diesen beiden Definitionen hat sich eine große Vielfalt an offenen Lizenzmodellen entwickelt, die unterschiedliche Berechtigungen und Einschränkungen enthalten. Der kleinste gemeinsame Nenner aller Projekte, die die Bezeichnung »open source« für sich in Anspruch nehmen, besteht in der Offenheit des Quellcodes und den Potenzialen der Kooperation und der gemeinsamen Lernprozesse, die sich daraus in der Softwareentwicklung ergeben. Die Offenheit des Quellcodes ist für *freie* Software aber noch keine hinreichende Bedingung.²³ Nur wenn die Software darüber hinaus ausschließlich unter offenen Lizenzen weiterentwickelt und verbreitet werden darf, handelt es sich um freie Software im Sinne der *Free Software Definition*.

Der Konflikt zwischen der FSF und der OSI kann hier nur vereinfacht und zugespitzt dargestellt werden. Darin werden jedoch unterschiedliche Auffassungen von Pragmatismus deutlich, die auch in Deweys Ansatz eine zentrale Rolle spielen. Aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen und Missverständnisse, die sich mit dem Begriff Pragmatismus verbinden, hatte Dewey bereits die Verwendung des Begriffs vermieden, wie ich in der Einleitung erläutert habe, obwohl er als einer der Hauptvertreter der philosophischen Tradition des amerikanischen Pragmatismus gilt. Ich hatte mich aus dem gleichen Grund dafür entschieden, Deweys Philosophie als demokratischen Experimentalismus zu bezeichnen. Der konkrete Konflikt zwischen der FSF und der OSI bietet jedoch eine Möglichkeit, an einem konkreten Beispiel zu reflektieren, welche Probleme sich mit diesem unscharfen Begriff verbinden, zumal

21 Stallman, *What is free software?*

22 Open Source Initiative (2007): *The Open Source Definition*, URL: <https://opensource.org/osd> (abgerufen am 25.08.2018). Vgl. zum Kontext der *Open Source Definition*: Bruce Perens (1999): »The Open Source Definition«, in: *Open Sources. Voices from the Open Source Revolution*, hrsg. von Chris DiBona und Sam Ockman und Mark Stone, Sebastopol: O'Reilly, S. 171–188.

23 Vgl. Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 231.

wenn er in politischen Auseinandersetzungen gebraucht wird, und welches Verständnis von »pragmatisch« dem demokratischen Experimentalismus entspricht.

Umgangssprachlich wird unter »pragmatisch« im engeren Sinn die Wahl flexibler Mittel und Methoden verstanden, um ein bestimmtes Ziel unter gegebenen Bedingungen zu erreichen.²⁴ Der Erfolg des Handelns wird allein daran gemessen, ob etwas funktioniert oder nützlich ist – eine Einstellung, die unter Programmierern weit verbreitet ist.²⁵ Diese Auffassung von Pragmatismus steht in Abgrenzung zu einer an Prinzipien oder Werten orientierten Position. Häufig wird sogar ein Widerspruch zwischen Pragmatismus und Prinzipien angenommen.²⁶ Was diese umgangssprachliche Auffassung von Pragmatismus vom demokratischen Experimentalismus unterscheidet, ist erstens die wechselseitige Abhängigkeit von Mitteln und Zielen, die mit dem *Ziele-Mittel-Kontinuum* beschrieben wurde (vgl. Kap. 3.3), und zweitens die Möglichkeit einer Veränderung der gegebenen Bedingungen. Im demokratischen Experimentalismus werden nicht Prinzipien oder Werte abgelehnt, sondern die *dogmatische* Auffassung von Prinzipien, etwa in der Form von absoluten Wahrheiten. Diese verhindern ein lebendiges, reflexives Denken, das in konkreten Situationen erforderlich ist. Dewey geht davon aus, dass Ziele, Werte, Prinzipien, Bedingungen und Mittel im menschlichen Verhalten eng zusammenhängen und sich nur im Kontext von konkreten Situationen verstehen und kritisieren lassen. Die auf ein reines Nützlichkeitsdenken reduzierte Auffassung, die auch historisch zu zahlreichen Missverständnissen des philosophischen Pragmatismus geführt hat, beruht dagegen auf einem statischen Zweck-Mittel-Verhältnis. Die Ziele und Bedingungen sind jedoch nicht unveränderlich, sondern selbst Bestandteil eines kontinuierlichen Forschungs- und Erfahrungsprozesses.

24 Vgl. Dorf, »Could the occupy movement become the realization of democratic experimentalism's aspiration for pragmatic politics?«, S. 263. In den meisten Fällen wird der Begriff *pragmatisch* umgangssprachlich noch viel ungenauer verwendet, etwa einfach als Synonym zu *praktisch*.

25 Vgl. Weber, *The Success of Open Source*, S. 112.

26 Vgl. exemplarisch Dieter Grimm (2013): »Prinzipien statt Pragmatismus«, in: FAZ am 06.02.2013, URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/europas-zukunft/europas-zukunft-prinzipien-statt-pragmatismus-12052280.html> (abgerufen am 25.08.2018).

Der kritische Impuls des demokratischen Experimentalismus speist sich aus der entscheidenden Annahme, dass die Ziele und Bedingungen des Handelns aus dem Verhalten selbst hervorgehen und auf das Handeln zurückwirken, aber durch die Reflexion der Handlungsfolgen hinterfragt und verändert werden können. Das habe ich in Bezug auf Gewohnheiten und Institutionen erläutert: Beide kanalisieren das Handeln und stellen Bedingungen des Handelns dar, die zwar eine gewisse Stabilität der Erwartungen und Handlungsfolgen garantieren, aber nicht unveränderlich sind.²⁷ In Abgrenzung von einer statischen Mittel-Zweck-Relation zeichnet sich *intelligentes* Handeln durch die reflektierte Abstimmung von Mitteln und Zielen aufeinander aus, wobei sich sowohl die Mittel als auch die Ziele verändern können. Unabhängig vom Kontext einer konkreten Situationen lässt sich jedoch kein allgemeines logisches Verhältnis angeben, wie genau Mittel, Ziele und Bedingungen zusammenhängen. Das lässt sich nur anhand der immanenten Logik einer konkreten Situation bestimmen.

Im Konflikt zwischen der FSF und der OSI stellen die Vertreter der OSI ›ihren‹ Pragmatismus – in Abgrenzung von Stallmans kapitalismuskritischer Position – als Merkmal ihres Erfolgs heraus: »Our success [...] would depend on replacing the negative FSF stereotypes with positive stereotypes of our own – pragmatic tales, sweet to managers' and investors' ears, of higher reliability and lower cost and better features.«²⁸ Stallman wird vorgeworfen, dass er mit seinem konsequenten Beharren auf einem starken Begriff von Freiheit und seiner Weigerung, freie und proprietäre Software zu vermischen, die Verbreitung der Idee der freien Software verhindern, da seine Position insbesondere für Unternehmen und Investoren nicht attraktiv sei. Ihm wird damit unterstellt, sich an starren Prinzipien oder gar an einem Dogma zu orientieren, statt die marktwirtschaftlichen Bedingungen und die unter Programmierern verbreiteten Präferenzen zu berücksichtigen.²⁹

27 Vgl. u. a. Kapitel 3.2, 4.3, 5.3 und 6.2.

28 Eric S. Raymond (1999): »The Revenge of the Hackers«, in: *Open Sources. Voices from the Open Source Revolution*, hrsg. von Chris Dibona, Sam Ockman und Mark Stone, Sebastopol: O'Reilly, S. 207–219, S. 212.

29 Vgl. Weber, *The Success of Open Source*, S. 112, 165.

Dieses umgangssprachliche Verständnis von Pragmatismus wird zugleich den Anhängern der OSI von Stallman und anderen Kritikern zum Vorwurf gemacht. Demnach haben Erstere »allein die pragmatischen Aspekte, die Nützlichkeit, die Features, die Zuverlässigkeit und Effizienz der Software« im Blick, sie »vernachlässigen aber die Vorstellungen von Freiheit, Community und Prinzipien«. ³⁰ Allerdings nimmt Stallman für seine Position ebenfalls pragmatische Argumente in Anspruch, jedoch in einer Auffassung, die dem demokratischen Experimentalismus näher steht. Er unterscheidet zwischen kurz- und langfristigen Zielen: »Pragmatically speaking, thinking about greater long-term goals will strengthen your will to resist this pressure. If you focus your mind on the freedom and community that you can build by staying firm, you will find the strength to do it.« ³¹ Die Anhänger der OSI verfolgen in Stallmans Sicht nur kurzfristige Ziele, die sich im Wesentlichen an den Maßstäben wirtschaftlicher Verwertbarkeit orientieren: »Das ist der wahre Unterschied zwischen freier Software und Open Source. Freie Software verfolgt eine politische Philosophie, Open Source ist eine Entwicklungsmethodologie [...]«. ³²

Der Unterschied zwischen der FSF und der OSI liegt demnach nicht in einer Gegenüberstellung von Pragmatismus und Dogmatismus, sondern in einer abweichenden Auffassung in Bezug auf die langfristigen Ziele sowie der Kompromissbereitschaft, die damit einhergeht. Gegen die Anschuldigungen verteidigt Stallman die Werte der Freiheit und Kooperation zwar mit Nachdruck und zuweilen kompromisslos, aber keineswegs dogmatisch. Denn seine Forderungen verfolgen keinen Selbstzweck, sondern sind auf konkrete Konsequenzen ausgerichtet, nämlich auf die Sicherung der Bedingungen der freien Kooperation und des Wissensaustausches gegen die einschränkenden Strukturen der Marktwirtschaft. Die Verbreitung von freier Software, die durch die umstrittene Klausel in der GPL erreicht werden soll, dient ihm dazu als Mittel. Stallman geht nicht davon aus, dass die bestehenden ökonomischen Verhält-

³⁰ Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 231.

³¹ Richard Stallman (1998): *Copyleft: Pragmatic Idealism*, URL: <http://www.gnu.org/philosophy/pragmatic.html> (abgerufen am 25.08.2018).

³² Stallman, zit. n. Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 232.

nisse unveränderliche Handlungsbedingungen darstellen. Deshalb zielt er auf eine radikale Transformation eben dieser Bedingungen ab. Seine Kritik an proprietärer Software basiert nicht auf einem realitätsfernen Ideal, das sich pauschal gegen jede Form von Kapitalismus oder Privateigentum richtet, sondern auf seinen Erfahrungen in der Hacker-Kultur der 1970er Jahre. Er hat selbst erlebt, dass Software auch unter anderen Bedingungen entwickelt werden kann. Das heißt, dass das normative Ideal seiner Kritik aus einem Prozess der vergleichenden Reflexion bestehender Praktiken hervorgegangen ist. Das Prinzip der Freiheit in der freien Software ist somit kein idealistisches oder utopisches Prinzip, das unerreichbar ist, sondern ein auf der Erfahrung basierendes, wohlüberlegtes und langfristiges Ziel, das zu einem gesellschaftlichen Umdenken führen soll.

Die Verbreitung freier Software hat zudem gezeigt, dass das in der GNU GPL festgeschriebene Kriterium, das die Vermischung von freiem und proprietärem Programmcode untersagt, Lernprozesse auslösen kann. Insbesondere an den Universitäten, aber auch in Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen hat es zu einem Umdenken geführt.³³ Die GPL ist somit ein Beispiel dafür, wie soziale Handlungsbedingungen durch die Wahl geeigneter Mittel nicht nur reproduziert, sondern gezielt verändert werden können. Selbst scheinbar unveränderliche Bedingungen, die die Grundlagen des etablierten Wirtschaftssystems betreffen, können auf diesem Weg durch das Aufzeigen von Handlungsalternativen in Frage gestellt werden. Um sein langfristiges Ziel zu erreichen, geht Stallman bewusst den Kompromiss ein, kurzfristige Ziele wie die schnelle Adaption der Methode der offenen Entwicklung im Bereich der proprietären Softwareentwicklung zu vernachlässigen, da diese dem langfristigen Ziel entgegenstehen. Allerdings ist die Veränderung der Handlungsbedingungen erheblich aufwendiger und langwieriger als die Anpassung an den Status quo. Stallman setzt jedoch auf gesellschaftliche Lernprozesse, die, über technische und wirtschaftliche Kriterien hinaus, langfristig zu einer Anerkennung

33 Dass es auch umgekehrte Entwicklungen gibt, zeigt der Ausstieg der Stadtverwaltung München aus ihrem Projekt »LiMux«, vgl. Stefan Krempel (2017): »Nahendes LiMux-Aus: Open-Source-Szene trauert, Microsoft jubelt«, in: *Heise Online* am 16.2.2017, URL: <https://heise.de/-3627759> (abgerufen am 25.08.2018).

der gesellschaftlichen Bedeutung freier Software führen. Seine politische Auffassung wird von vielen Verteidigern freier und quell-offener Software geteilt: »I think the issues of open source and free software are fundamental in a free society. I think they are at the core of what we mean by an open society.«³⁴

Der Konflikt zwischen der FSF und der OSI lässt sich durch keine philosophische Begründung zugunsten der einen oder anderen Seite auflösen. Der demokratische Experimentalismus lehnt hier eine allgemeine Entscheidung, die die konkrete Situation nicht berücksichtigt, ohnehin ab. Denn die Bewertung und Abwägung der kurz- und langfristigen Ziele, Mittel und Bedingungen muss, ausgehend von der Logik der konkreten Situation, von den Beteiligten und Betroffenen selbst vorgenommen werden. Dieses situative Denken hat sich auch im Bereich der freien Lizenzen durchgesetzt. Die Vorstellung, dass eine Lizenz wie die GNU GPL für sämtliche Fälle geeignet wäre, wurde schnell durch ein pluralistisches und situationsbezogenes Denken überholt. So bedarf es keiner Entweder-oder-Entscheidung zwischen freier Software und Open-Source-Software, denn neben der GNU GPL, von der inzwischen selbst verschiedene Variationen existieren, sind seit den 1980er Jahren zahlreiche freie Lizenzen für Software und auch für andere immaterielle Werke entstanden, die für ganz unterschiedliche Bedürfnisse und Situationen entwickelt wurden.

Neben den Differenzen über die ethische und politische Bedeutung freier Software gibt es unter den Anhängern beider Lager aber auch sehr viele Gemeinsamkeiten. In vielfacher Hinsicht überschneiden sich dabei die Positionen mit dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus. Im Zentrum steht die Lösung praktischer Probleme, das freie Experimentieren und das kooperative Lernen und Forschen:

»A [...] shared belief [within the open source community] is that experimentation is the highest form of human behavior. To try new things that challenge one's skills and the skills of others is not just a tool for individual learning and development; it is a contribution

³⁴ Lessig, zit. n. Nathaniel Tkacz (2012): »From open source to open government. A critique of open politics«, in: *Ephemera* 12.4, S. 386–405, hier: S. 386.

to the community. As Eric Raymond put it [...], ›good questions are a stimulus and a gift.‹ Because pragmatism is the highest virtue, both experiments and questions should be laid out the same way – with simplicity, precision, and cleverness – all of which add up to a problem-solving perspective.«³⁵

Die kooperative Einstellung zeigt sich im hohen Stellenwert der Entwicklungsgemeinschaft. Innerhalb dieser Gemeinschaft, die für eine breite Beteiligung offen ist, wird das Wissen geteilt, das aus experimentellen Lernprozessen hervorgegangen ist. Auslöser dieser Prozesse sind oft individuelle Lösungen konkreter Probleme, die auch von anderen Betroffenen als nützlich anerkannt werden: »Jedes gute Softwarewerk beginnt damit, dass ein Entwickler ein ihn persönlich betreffendes Problem angeht.«³⁶ Die Problemstellungen gehen zudem oft aus einem spielerischen und durch Neugier motivierten Umgang mit technologischen Herausforderungen und Möglichkeiten hervor. Bedeutende Innovationen, wie beispielsweise die Entwicklung des *World Wide Web* durch Tim Berners-Lee am Hochenergiephysikzentrum CERN, haben als technische Spielereien mit Problemen des Arbeitsalltags angefangen.³⁷ In der Regel entsteht daher »[f]reie Software [...] zunächst nicht auf Anweisung eines Vorgesetzten oder Auftraggebers. Sie ist vielmehr eine eigenmotivierte Tätigkeit, angetrieben von dem Wunsch, ein auf der Hand liegendes Problem bei der Arbeit oder Forschung zu lösen.«³⁸ Zentrale motivationale Faktoren dieser Innovationsprozesse sind zunächst nicht kommerzielle Interessen, sondern selbstbestimmte Problemstellungen und die Freiheit des spielerischen Experimentierens:

»Die Menschen haben in der Regel ihre Freude an einer Aufgabe, die in irgendeiner Weise in die Zone einer optimalen Herausforderung fällt, die also weder so leicht ist um zu langweilen noch so schwierig um zu überfor-

³⁵ Vgl. Weber, *The Success of Open Source*, S. 145 f.

³⁶ Raymond, zit. n. Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 235.

³⁷ Vgl. ebd., S. 235 f. Auch Linus Torvalds hatte *Linux* in erster Linie entwickelt, um ein eigenes Problem zu lösen, nämlich seinen 386er-PC mit einem Unix-ähnlichen Betriebssystem zu betreiben.

³⁸ Ebd., S. 236.

dern. Ein glücklicher Programmierer ist einer, der weder unterfordert noch von schlecht formulierten Zielsetzungen und dem Stress bürokratischer Reibungsverluste geplagt ist.«³⁹

Auch Dewey hat mit seiner Kritik an der Trennung von Theorie und Praxis auf den Zusammenhang zwischen der selbstbestimmten Problemsetzung und der Motivation hingewiesen. Die Definition von Problemen ohne Einbeziehung der Betroffenen schränkt die notwendige Wechselwirkung zwischen der Problembeschreibung und den Lösungsmöglichkeiten ein, die für den Prozess der reflexiven Problemlösung jedoch notwendig ist. Die Vorgabe starrer Ziele von außen – sowohl in der Schule als auch in den Fabriken – ist für ein aktives und kritisches Denken nicht förderlich. Deshalb betont Dewey die Bedeutung des selbstbestimmten Experimentierens und der gemeinschaftlichen Lernprozesse.

Der Grad der Beteiligung am Entwicklungsprozess von freien Softwareprojekten kann sehr stark variieren. Es gibt nicht nur Programmierer und Anwender, sondern eine Vielzahl von Rollen und Funktionen:

»Die Beteiligung fängt bei simplen Fehlerberichten (*Bug Reports*) an und geht über Vorschläge für neue Funktionen (*Feature Requests*) und Ideen zur Weiterentwicklung bis hin zu *Patches* oder größeren Funktionserweiterungen, die von Nutzern erstellt werden, die ebenfalls Spaß am Entwickeln haben und ihren Teil dazu beitragen wollen, den Apache zu verbessern.«⁴⁰

Daneben gibt es auch Freiwillige, die vorab veröffentlichte Versionen testen oder Dokumentationen in den Programmcode schreiben, damit dieser für Dritte besser zugänglich ist.

Eine Grundlage für die kooperative Entwicklung ist der offene Umgang mit Fehlern, Kritik und Verbesserungen. Jede komplexe Software – ob quelloffen oder proprietär – enthält Fehler, die zum Teil erst in der Anwendung sichtbar werden und nachträglich mit sogenannten *Patches* korrigiert werden müssen. Aufgrund der kontinuierlichen Weiterentwicklung und Verbesserung von größeren

³⁹ Raymond, *Die Kathedrale und der Basar*, S. 28.

⁴⁰ Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 236.

Softwareprojekten sowie der Notwendigkeit, die Programme an neue Geräte und Betriebssysteme anzupassen, handelt es sich hier um einen offenen und evolutionären Entwicklungsprozess. Während die Hersteller proprietärer Software häufig nicht offen mit den Fehlern in ihrer Software umgehen und versuchen, gravierende Fehler möglichst klein zu halten, zu vertuschen oder nur oberflächliche Symptome zu beheben,⁴¹ können freie Software-Projekte offen mit Fehlern umgehen und vor allem schneller auf diese reagieren: »Die Stabilität dieser Software, d. h. ihr Grad an Fehlerfreiheit, verdankt sich nicht der Genialität ihrer Entwickler, sondern der Tatsache, dass jeder Anwender Fehler an den Pranger stellen kann und die kollektive Intelligenz von Hunderten von Entwicklern meist sehr schnell eine Lösung dafür findet.«⁴²

Für Raymond ist »das stärkste Argument für Open Source [...] die dezentralisierte, unentwegte Kritik und Verfeinerung durch Gleichgesinnte (peer review), die allen konventionellen Methoden der Qualitätssicherung weit überlegen ist«.⁴³ Die gemeldeten Fehler (*bugs*) werden in öffentlich einsehbaren *Bug-Tracking-Systemen* gesammelt und priorisiert. Da der Quellcode offen ist, kann jede Programmierer_in, die gerade Zeit hat, die Ursache nachvollziehen und einen Patch für einen gemeldeten Fehler herstellen. Dabei kann den Problemen wirklich auf den Grund gegangen werden, statt nur Symptome zu beheben. Auf Fehler hinzuweisen wird grundsätzlich als hilfreich und nützlich für die gesamte Gemeinschaft angesehen, da alle davon profitieren, wenn Funktionen verbessert oder gravierende Fehler, wie beispielsweise Sicherheitslücken, entdeckt und geschlossen werden.⁴⁴

Darüber hinaus bietet die Offenlegung des Quellcodes eine Kontrolle über möglicherweise versteckte Funktionen der Software, die gegen Datenschutzbestimmungen verstoßen oder den Interessen

41 Vgl. Rieger in Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 244.

42 Ebd., S. 243.

43 Raymond, *Die Kathedrale und der Basar*, S. 27.

44 Dass quelloffene Software trotz ihres relativ hohen Grades an Fehlerfreiheit nicht völlig frei von Fehlern ist und sogar gravierende Fehler über Jahre unentdeckt bleiben, hat 2014 die Entdeckung des »Heartbleed«-Fehlers im Verschlüsselungsprotokoll *OpenSSL* gezeigt, vgl. Fabian A. Scherschel (2014): »So funktioniert der Heartbleed-Exploit«, in: *Heise Online* am 10.04.2014, URL: <https://heise.de/-2168010> (abgerufen am 25.08.2018).

der Anwender entgegenstehen können: »Offener Code bedeutet offene Kontrolle – es gibt eine Kontrolle, aber der Anwender ist sich ihrer bewusst.«⁴⁵ Eine Kontrolle und Regulierung von proprietärer Software ist viel schwieriger, weil ihre Funktionsweise nur indirekt durch die wahrnehmbaren Konsequenzen festgestellt werden kann. In einer Gesellschaft, die zu einem überwiegenden Teil über digitale Technologien kommuniziert, ist eine solche Kontrolle aber notwendig, um Handlungszusammenhänge und problematische Folgen überhaupt erst aufzudecken: Wie funktioniert ein einzelnes Programm? Welche Daten werden erhoben und wie werden sie verarbeitet? Auf welcher Grundlage werden Entscheidungen durch Algorithmen getroffen? Welche Informationen werden wem zugänglich gemacht?

Die beschriebenen Ideen und Werte der Bewegung für freie und quelloffene Software, die auf die Hacker-Kultur und die Ideale der wissenschaftlichen Forschung zurückgehen, haben sich seit dem Ende der 1990er Jahre weit über den Bereich der Softwareentwicklung hinaus in den sogenannten »Open-Bewegungen« verbreitet, die in den folgenden Kapiteln erläutert werden. Dazu hat die OSI durch ihren Erfolg, den Begriff »open source« bekannt zu machen, wesentlich beigetragen. Doch der Grundkonflikt zwischen der FSF und der OSI ist damit keineswegs ausgeräumt. Die Entscheidung, welche langfristigen Ziele mit den jeweiligen Praktiken verfolgt werden sollen, muss prinzipiell in jedem Zusammenhang durchdacht und abgewogen werden.⁴⁶ Angesichts des inflationären Gebrauchs des Wortes »open« wird zunehmend darauf hingewiesen, dass Offenheit kein Prinzip oder Ziel an sich darstellt, sondern ein Mittel, um bestimmte Konsequenzen zu erreichen. Wenn nicht klar ist, worin diese Konsequenzen bestehen sollen, dann verliert die Forde-

⁴⁵ Lessig, zit. n. Grassmuck, *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, S. 24.

⁴⁶ Die kritische Frage nach den beabsichtigten Zielen ist weitaus entscheidender als die Frage, ob die Bezeichnung »freie Software« oder »Open-Source-Software« verwendet werden sollte. Dennoch gibt es für einige Bewegungen unterschiedliche Bezeichnungen, beispielsweise *Free Culture* und *Open Culture*, *Free Content* und *Open Content* oder *Free Education* und *Open Education*. Diese werden in einigen Fällen synonym verwendet und dienen in anderen zur Abgrenzung, abhängig davon, welche Akteure gefragt werden. Generell sind die Bezeichnungen mit »open« weiter verbreitet.

rung nach Offenheit, wie jedes isolierte Prinzip, ihren Sinn.⁴⁷ Die Abwägung zwischen kurz- und langfristigen Zielen oder in Spannung stehenden Werten und Prinzipien bleibt eine Frage der Aushandlung unter den Beteiligten. Sie lässt sich nicht allgemein und kontextunabhängig beantworten.

8.2 OPEN ACCESS UND OPEN CONTENT

Die sogenannten Open-Bewegungen (*open movements*) oder Open-Initiativen (*open initiatives*) lassen sich nur in einem sehr weiten Sinn als soziale Bewegungen verstehen. Es handelt sich eher um lose zusammenhängende Praktiken und Ideen, die sich unter bestimmten Sammelbegriffen verorten lassen – *Open Access*, *Open Content*, *Open Data*, *Open Government*, *Open Science* und anderen. Insofern ist die Bezeichnung »Open-Bewegungen« ein Meta-Sammelbegriff. Die einzelnen Bewegungen umfassen eine Vielzahl von Individuen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, transnationalen Organisationen, Unternehmen, Universitäten und staatlichen Institutionen, so dass sie sich nicht anhand der etablierten Unterscheidung gesellschaftlicher Handlungsbereiche – Zivilgesellschaft, Markt und Staat – beschreiben lassen. Zudem überschneiden sich die Bewegungen inhaltlich und personell, was eine klare Trennung teilweise kaum möglich macht. Wenn sich die verschiedenen Open-Bewegungen auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen, dann besteht dieser in den aus der Freie-Software- und Open-Source-Bewegung abgeleiteten Prinzipien des *offenen Zugangs zu Informationen* und der *freien Kooperation*. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, dass in den Bewegungen versucht wird, die Bedingungen des Handelns in den jeweiligen Handlungsbereichen zu verändern.

47 Vgl. Mercedes Bunz (2014): »Kritik an Offenheit. Steht ›Open‹ (wie in Open Access) nicht mehr für Fortschritt?«, in: *Berliner Gazette* am 25.03.2014, URL: <http://berlingazette.de/kritik-an-open-konjunktur/> (abgerufen am 25.08.2018). Wie das der *Offenheit* verwandte Prinzip der *Transparenz* in Zwang und Kontrolle umschlagen kann, zeigt der Essay von Byung-Chul Han (2012): *Transparenzgesellschaft*, Matthes & Seitz. Über die negativen Folgen eines dogmatischen Verständnisses von Offenheit und Transparenz schreibt auch Evgeny Morozov (2013): »Open and Closed«, in: *New York Times* am 16.03.2013, URL: <http://www.nytimes.com/2013/03/17/opinion/sunday/morozov-open-and-closed.html> (abgerufen am 25.08.2018).

Die Open-Bewegungen gehören zu den umfassendsten Veränderungen gesellschaftlicher Handlungszusammenhänge, die durch den digitalen Wandel ausgelöst worden sind. Mit ihnen wird ein Kulturwandel oder Paradigmenwechsel verbunden, der das digitale Zeitalter charakterisiert.⁴⁸ Zum breiten Kontext dieser kulturellen Transformation gehören auch weitere Bewegungen wie die bereits erläuterte Hacker-Kultur und Freie-Software-Bewegung, die *Commons*-Bewegung,⁴⁹ die *Do-it-yourself*-Bewegung der 1960er und -70er Jahre, die mit dem digitalen Wandel auch als *Maker*-Bewegung bezeichnet wird,⁵⁰ oder die *Access-to-Knowledge*-Bewegung, die aus der Kritik am verschärften Urheber- und Patentrecht Anfang der 2000er Jahre entstanden ist.⁵¹

Im folgenden Überblick zu ausgewählten Open-Bewegungen gehe ich vor allem auf diejenigen Ideen, Überlegungen, Werte und Prinzipien ein, die aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus besonders interessant erscheinen, weil sie zentrale Motive und Denkfiguren aufweisen, die sich mit Deweys Öffentlichkeitskonzeption überschneiden. Daran wird deutlich, dass Deweys Ideal der intelligenten Kooperation in der Tat ein *realistisches Ideal* ist, weil es bereits in einigen kulturellen Praktiken und Überzeugungen etabliert ist, auch wenn diese nicht zum Mainstream gehören. Vor allem aber tragen die Bewegungen in unterschiedlichem Maße dazu bei, die notwendigen Bedingungen für freie und kooperative Untersuchungsprozesse zu verbessern – etwa in Bezug auf den Austausch von Information, auf kooperative Lernprozesse und auf die mit den digitalen Technologien verbundenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit in der wissenschaftlichen Forschung, in kulturellen

48 Vgl. Jeremy Rifkin (2014): *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*, Frankfurt a. M.: Campus, S. 9 ff., 254 ff.; Stalder, *Kultur der Digitalität*, S. 245 ff.

49 Rifkin, *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft*, bes. Kap. 1 und 10; Stalder, *Kultur der Digitalität*, S. 245–279.

50 Rifkin, *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft*, S. 140 f., 149 ff.

51 Vgl. Gaëlle Krikorian und Amy Kapczynski (2010): *Access to Knowledge in the Age of Intellectual Property*, Brooklyn, NY: Zone Books; Frederick Noronha und Jeremy Malcolm, Hrsg. (2010): *Access to Knowledge. A Guide for Everyone*, Kuala Lumpur: Consumers International. Vgl. zu den Parallelen zwischen Deweys Philosophie und der *Access-to-Knowledge*-Bewegung Andreas Antić (2016): »John Dewey's Philosophical Legacy for the Global Access to Knowledge Movement in the Digital Age«, in: *Kinesis* 41.1, S. 6–16.

und künstlerischen Tätigkeiten sowie im Regierungs- und Verwaltungshandeln. In dieser Hinsicht stellen die Open-Bewegungen eine wichtige Grundlage für Deweys Öffentlichkeitskonzeption dar. Zugleich behaupte ich, dass Deweys philosophischer Ansatz des demokratischen Experimentalismus für eine kritische Reflexion der in den Open-Bewegungen etablierten Begriffe, Überzeugungen und Praktiken besonders geeignet ist. Mit Dewey könnte man sagen, dass die Open-Bewegungen die *Bedingungen digitaler Öffentlichkeiten* entscheidend verändern.

Die wohl größte und etablierteste Open-Bewegung verbindet sich mit dem Begriff *Open Access*. Ihre Ursprünge gehen in die 1990er Jahre zurück, noch vor der Gründung der Open-Source-Initiative. Doch erst ab 2001 hat sich die Bewegung infolge einiger Fachkonferenzen, unter anderem in Budapest (2002) und Berlin (2003), zunehmend etabliert. In den auf diesen Konferenzen verabschiedeten Erklärungen haben internationale Wissenschaftler_innen und Forschungsorganisationen den Begriff Open Access definiert und die Grundprinzipien der Bewegung formuliert.⁵² Open Access bezeichnet im Wesentlichen den öffentlichen und unentgeltlichen Zugang im Internet zu wissenschaftlicher Literatur. Wie in der *Free Software Definition* und in der *Open Source Definition* wird in den Open-Access-Erklärungen ausdrücklich gestattet, dass jeder Mensch die betreffenden Inhalte ohne technische und rechtliche Beschränkungen lesen, herunterladen, drucken, kopieren, verbreiten, durchsuchen, verlinken und verarbeiten darf. Nicht erlaubt ist jedoch, im Unterschied zu freier Software, die Veränderung der veröffentlichten Literatur und ihre Verbreitung ohne Angabe der Urheberschaft. Open Access ist die Umsetzung des Prinzips des öffentlichen Zugangs zu Informationen im Bereich der Wissenschaft und trägt zur Veränderung der Bedingungen des wissenschaftlichen Publizierens bei. In der *Berliner Erklärung* wird der Begriff Open Access auch auf wissenschaftliche Ursprungsdaten, Metadaten, Bild- und Videomaterial sowie auf das kulturelle Erbe ausgeweitet, also auf nicht-

52 Vgl. Peter Suber (2012): *Open Access*, Cambridge, MA: MIT University Press, S. 7. Die wichtigsten Erklärungen sind die der *Budapest Open Access Initiative* (2002), das *Bethesda Statement on Open Access Publishing* (2003) und die *Berliner Erklärung über offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen* (2003). Bis Mitte 2018 wurde die *Berliner Erklärung* von über 600 Forschungsinstitutionen aus der ganzen Welt unterzeichnet, vgl. <https://openaccess.mpg.de/3883/Signatories> (abgerufen am 25.08.2018).

wissenschaftliche Werke, die in öffentlichen Museen, Archiven und Bibliotheken vorhanden sind und kostenfrei zugänglich gemacht werden sollen. Zudem wird neben dem Zugang auch die Weiterverwendung dieser Werke gefordert.

In Bezug auf wissenschaftliche Literatur im engeren Sinn wird zwischen *Preprints* und *Postprints* unterschieden: Erstere sind unveröffentlicht und nicht begutachtet, während Letztere ein Peer-Review-Verfahren durchlaufen haben. Wenn die Artikel bei der Erstveröffentlichung in einer digitalen Open-Access-Zeitschrift erscheinen oder Monografien von den Verlagen unter Open-Access-Bedingungen veröffentlicht werden, wird das Vorgehen als »Goldener Weg« des Open Access bezeichnet. Wenn die Preprints, Postprints oder Monografien durch die Autor_innen selbst im Internet auf privaten Websites oder institutionellen Dokumentenservern öffentlich zugänglich gemacht werden, wird vom »Grünen Weg« gesprochen. Da die Verwertungsrechte von den Autor_innen auf die Verlage übertragen wurden, war die Zweitveröffentlichung eines bereits gedruckten Artikels lange Zeit rechtlich nicht möglich. Erst durch eine Reform des Paragrafen 38 des deutschen Urheberrechtsgesetzes ist die nicht-kommerzielle »Zweitveröffentlichung« für Wissenschaftler_innen seit 2014 in einigen Fällen nach Ablauf eines Jahres gestattet, wobei auch diese gesetzliche Regelung umstritten ist.⁵³

Zahlreiche internationale Universitäten und Forschungsinstitute, zunehmend auch Bibliotheken und Archive, haben bereits Open-Access-Richtlinien eingeführt, die das Publizieren von Forschungsergebnissen unter den entsprechenden Bedingungen vereinfachen und fördern sollen. Auch die Vergabe von Projektmitteln ist in der Wissenschaft, zumindest in Deutschland, zunehmend an die Bedingung geknüpft, dass die Ergebnisse unter Open-Access-

53 Vgl. § 38, Abs. 4 UrhG. Die genaue Auslegung dieses Paragrafen ist in vielen Fällen, insbesondere bei älteren Werken, jedoch nicht eindeutig, vgl. Matthias Spielkamp (2014): »Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler. Geltende Rechtslage und Handlungsempfehlungen«, in: *iRights.Lab Policy Paper Series 1*, URL: <https://irights.info/wp-content/uploads/2017/09/zweitveroeffentlichungsrecht-20150425.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).

Bedingungen veröffentlicht werden.⁵⁴ Doch auch wenn in der Wissenschaft seit 2002 ein stetiges Wachstum von Open Access festgestellt werden kann,⁵⁵ ist der überwiegende Teil wissenschaftlicher Forschungsergebnisse bislang weiterhin online nur gegen Gebühren zugänglich, die von den Universitäten und Forschungseinrichtungen getragen werden. Ein zentrales Argument für Open Access lautet diesbezüglich, dass die öffentliche Hand für die Forschung bislang doppelt bezahlt – einerseits wird die Forschung selbst aus öffentlichen Mitteln bezahlt, andererseits müssen sich die Institutionen auch den digitalen Zugang zu den Ergebnissen der Forschung von den Verlagen erkaufen.

Neben den ökonomischen Vorteilen hat der kostenfreie, leichte und schnelle Zugang zu wissenschaftlichen Artikeln auch eine demokratisierende Wirkung auf die Wissenschaft und Forschung, die durch gleiche Zugangsmöglichkeiten für alle Interessierten erreicht wird.⁵⁶ Der enge Zusammenhang zwischen Wissenschaft und Demokratie, der auch in Deweys demokratischem Experimentalismus zentral ist, spielt für die Idee von Open Access eine herausgehobene Rolle:

»Die wissenschaftslogische Begründung des Open Access und das partizipatorische Demokratiemodell sind von derselben Meta-Annahme geprägt: Ein freier Zugang zu und Austausch von Informationen führen zu

54 Vgl. zur Open-Access-Strategie der Deutschen Forschungsgemeinschaft: Johannes Fournier (2015): »Open Access und Open Data. Positionen und Perspektiven der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)«, in: *Archäologische Informationen* 38, S. 31–40. Das BMBF hat im September 2016 eine umfassende Open-Access-Strategie verabschiedet, die Open Access als Standardmodell des wissenschaftlichen Publizierens durchsetzen soll, vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (2016): *Open Access in Deutschland. Die Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung*, URL: https://www.bmbf.de/pub/Open_Access_in_Deutschland.pdf (abgerufen am 25.08.2018).

55 Elisabetta Poltronieri u. a. (2016): »Open access publishing trend analysis: statistics beyond the perception«, in: *Information Research* 21.2.

56 Vgl. für eine Übersicht von Argumenten für Open Access: Ulrich Herb (2012): »Offenheit und wissenschaftliche Werke. Open Access, Open Review, Open Metrics, Open Science & Open Knowledge«, in: *Open Initiatives. Offenheit in der digitalen Welt und Wissenschaft*, Saarbrücken: Universitätsverlag des Saarlandes, S. 11–45, hier: S. 15.

einer optimierten Diskussion über Objekte – egal, ob es sich um wissenschaftliche oder politische Fragestellungen handelt.«⁵⁷

Dieser aufklärerische und demokratische Impuls wird jedoch durch die Vermischung mit wirtschaftlichen Interessen verzerrt. Wie der Konflikt zwischen der *Free Software Foundation* und der *Open-Source-Initiative* gezeigt hat (Kap. 8.1), geht es jedoch trotz der Kritik an der Kommerzialisierung nicht um eine Entweder-oder-Entscheidung in Bezug auf wirtschaftliche Interessen, sondern darum, die verschiedenen kurz- und längerfristigen Ziele und Folgen aufeinander abzustimmen und dabei auch die Veränderung der Handlungsbedingungen zu berücksichtigen. Wie im Ansatz des demokratischen Experimentalismus wird in den meisten Open-Bewegungen die Annahme »reiner« wissenschaftlicher, politischer oder wirtschaftlicher Handlungsbereiche kategorisch abgelehnt. Anstelle einer klaren Trennung von wissenschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Interessen stehen vielmehr die Wechselwirkung und die Folgen im Vordergrund.

Über die ökonomische Frage, von wem die anfallenden Kosten für die technischen Infrastrukturen und Personalstellen getragen werden, hat sich in der Open-Access-Bewegung eine anhaltende Diskussion entwickelt. Da die Inhalte entgeltfrei zugänglich gemacht werden, können die Kosten nicht durch den Verkauf der wissenschaftlichen Journale an die Institutionen gedeckt werden, sondern fallen nun für das Publizieren von Artikeln an. Hier haben sich in den letzten 15 Jahren verschiedene Modelle entwickelt, die nicht nur kostendeckend, sondern zum Teil auch gewinnorientiert und damit für kommerzielle Unternehmen attraktiv sind. In der Regel zahlen die wissenschaftlichen Institutionen der Autor_innen für Publikationen in Open-Access-Journalen sogenannte *Article Processing Charges* (APCs), die im Durchschnitt bei etwa 1.600 Euro pro

57 Ulrich Herb (2007): »Open Access – Ein Wundermittel? Wissenschaft, Gesellschaft, Demokratie, Digital Divide«, in: *Information und Ethik. Dritter Leipziger Kongress für Information und Bibliothek Leipzig*, 19.–22. März 2007, hrsg. von Barbara Lison, Wiesbaden: Dinges & Frick, S. 78–88, hier: S. 79.

Artikel liegen.⁵⁸ Teilweise werden bereits für die Einreichung eines Artikel-Entwurfs in den Peer-Review-Prozess Gebühren erhoben. Forschungsinstitutionen können im Rahmen einer institutionellen Mitgliedschaft auch jährliche Pauschalen an die Journale für die Publikation ihrer Beiträge entrichten. Grundsätzlich lassen die Bedingungen von Open Access offen, ob eine Fachzeitschrift kostendeckend von einer öffentlichen Institution oder von einem gewinnorientierten Verlag betrieben wird. Doch aufgrund anderer Faktoren des Wissenschaftsbetriebs, insbesondere des herrschenden Publikationsdrucks durch die Bewertung der Forschungsleistung anhand von bibliometrischen Indikatoren, besteht eine hohe Nachfrage nach Publikationen mit Peer-Review-Verfahren. Dadurch ist faktisch ein Markt für Open-Access-Fachzeitschriften entstanden, der, wie der traditionelle Markt für akademische Fachzeitschriften, von den fünf größten kommerziellen Wissenschaftsverlagen dominiert wird.⁵⁹ Für kleinere, unabhängige wissenschaftliche Journale und Wissenschaftsverlage, die auf Open Access umsteigen wollen, ist es dadurch sehr schwierig, nachhaltige Geschäftsmodelle zu finden.

Auch wenn der Zugang zu den Forschungsergebnissen durch Open Access kostenfrei ist, stellen die zum Teil sehr hohen Publikationskosten in besonders renommierten Journalen für die Forschung eine neue finanzielle Hürde dar, die im internationalen Vergleich den Ausschluss von freien Wissenschaftler_innen und wissenschaftlichen Institutionen mit geringeren finanziellen Ressourcen zur Folge hat. Diese Entwicklungen führen allgemein nicht zu mehr Freiheit und Demokratie in der Forschung, sondern zu einer erneuten Abhängigkeit des Wissenschaftsbetriebs von kommerziellen Verlagen, die ursprünglich durch Open Access überwunden

58 Vgl. Ulrich Herb (2016b): »Open Access: Teuer und neue Monopole«, in: *Telepolis* am 05.09.2016, URL: <https://heise.de/-3314380> (abgerufen am 25.08.2018). 2012 lag der Durchschnitt noch bei 900 USD, vgl. David J. Solomon und Bo-Christer Björk (2012): »A study of open access journals using article processing charges«, in: *Journal of the Association for Information Science and Technology* 63,8, S. 1485–1495.

59 Die fünf größten Verlage sind Reed-Elsevier (Niederlande), Springer Science+Business Media (Deutschland), Wiley (UK/USA), Taylor & Francis (UK) und Sage Publications (USA), vgl. dazu Vincent Larivière, Stefanie Haustein und Philippe Mongeon (2015): »The Oligopoly of Academic Publishers in the Digital Era«, in: *PLOS ONE* 10,6, hrsg. von Wolfgang Glanzel, URL: <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0127502> (abgerufen am 25.08.2018).

werden sollte.⁶⁰ Durch die faktische Kommerzialisierung von Open Access – ähnlich der Entwicklung der Freie-Software-Bewegung Ende der 1990er Jahre – sind die ursprünglichen Prinzipien und Ideale der Bewegung in den Hintergrund getreten. Dennoch ist die bereits erfolgte Veränderung der Bedingungen des wissenschaftlichen Publizierens durch die Open-Access-Bewegung ein Beispiel für einen kooperativen Problemlösungsprozess im Sinne des demokratischen Experimentalismus. Auch die zukünftige Entwicklung von Open Access bleibt ein offener und experimenteller Prozess. Die eingetretenen Folgen und Entwicklungen, die durch die Veränderung der Handlungsbedingungen herbeigeführt wurden, waren für die Beteiligten und Betroffenen nicht absehbar und müssen kontinuierlich reflektiert werden. Dabei ist die Wahrnehmung der Handlungszusammenhänge selbst mit einem erheblichen Forschungsaufwand verbunden.⁶¹

Über den engeren Bereich der wissenschaftlichen Literatur hinaus gelten »Open Content« oder »Free Content« als Oberbegriffe für den freien Zugang zu urheberrechtlich geschützten Text-, Bild- und Tonwerken aller Art. In Wissenschaft, Kunst und Kultur haben sich dafür die von den freien Softwarelizenzen abgeleiteten Lizenzen der gemeinnützigen Organisation *Creative Commons* (CC) verbreitet, die 2001 von Lawrence Lessig gegründet wurde. Im Vergleich zu *Copyright* und *Copyleft* stellen die CC-Lizenzen – unter dem Motto »Some rights reserved« – einen Mittelweg dar. Aufgrund ihres modularen Aufbaus können sie an eine Vielfalt von unterschiedlichen Bedürfnissen angepasst werden. Neben der Möglichkeit, ein Werk als allgemeinfrei (*Public Domain*) zu veröffentlichen, also auf den Urheberrechtsschutz vollständig zu verzichten, gibt es vier Bestandteile, die miteinander zu sechs

60 Vgl. Ulrich Herb (2016a): »Open Access unter Ausschluss der Öffentlichkeit?«, in: *Telepolis* am 16.01.2016, URL: <https://heise.de/-3377603> (abgerufen am 25.08.2018); Benedikt Fecher und Gert G. Wagner (2016): »Open Access oder: die Zurrückeroberung der Autonomie«, in: *Merton* am 03.11.2016, URL: <https://merton-magazin.de/open-access-oder-die-zur%C3%BCckeroberung-der-autonomie> (abgerufen am 25.08.2018).

61 Ein Beispiel ist die Erhebung der Kosten für die *Article Processing Charges*, um deren Erhöhung zu belegen. Erst auf dieser Grundlage kann die Auseinandersetzung über eine mögliche Kommerzialisierung von Open Access geführt werden. Vgl. dazu das Projekt »Open APC Initiative«: <http://dini.de/projekte/open-apc-initiative/> (abgerufen am 25.08.2018).

verschiedenen Lizenzen kombiniert werden können: Bestandteil aller CC-Lizenzen ist, erstens, dass die Weitergabe eines Werks nur unter Angabe der Autorin, der Quelle und der Lizenz erfolgen darf. Darüber hinaus kann, zweitens, eine Veränderung des Werks ausgeschlossen werden, drittens, die Weitergabe des Werks nur unter den gleichen Lizenzbedingungen erlaubt und, viertens, die Verwendung auf nicht-kommerzielle Nutzung eingeschränkt werden.⁶² Besonders in Bezug auf den letzten Punkt gibt es anhaltende Diskussionen, da die Frage, was »nicht-kommerziell« genau bedeutet, juristisch umstritten ist. Die Veröffentlichung eines veränderten Werks oder von Teilen desselben auf einer kommerziellen Online-Plattform ist dann nicht erlaubt, selbst wenn die Person, die das neue Werk verbreitet, faktisch kein Geld damit verdient. Auch die Nutzung eines Werks durch ein nicht auf Gewinn ausgerichtetes Unternehmen oder eine öffentlich-rechtliche Körperschaft wäre in diesem Fall nicht erlaubt. Deshalb wird in vielen Fällen dazu geraten, auf die Option »nicht-kommerziell« zu verzichten.⁶³ Diese Empfehlung beruht auf der wichtigen Einsicht, dass der Kern auftretender Konflikte nicht in einer einfachen Gegenüberstellung von kommerziellen und nicht-kommerziellen Interessen liegt oder durch eine solche zu lösen ist.⁶⁴

Die unterschiedlichen Bezeichnungen »Open Content« und »Free Content« folgen aus der in Kapitel 8.1 erläuterten Differenz zwischen freier Software und Open-Source-Software. Die Bezeichnung »Open Content« wurde 1998 durch das *Open Content Project* geprägt, das zeitgleich mit der Open-Source-Initiative entstanden ist. Das Projekt hat eigene Lizenzen für kulturelle Werke und Publikationen entwickelt, ist aber 2003 in die Creative Commons inte-

62 Vgl. Till Kreutzer (2011): *Open Content. Ein Praxisleitfaden zur Nutzung von Creative-Commons-Lizenzen*, hrsg. von Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen und Wikimedia Deutschland e. V., URL: https://irights.info/wp-content/uploads/2015/10/Open_Content_-_Ein_Praxisleitfaden_zur_Nutzung_von_Creative-Commons-Lizenzen.pdf (abgerufen am 25.08.2018).

63 Vgl. Paul Klimpel (2012): *Freies Wissen dank Creative-Commons-Lizenzen. Folgen, Risiken und Nebenwirkungen der Bedingung »nicht-kommerziell – NC«*, hrsg. von Wikimedia Deutschland e. V. und iRights.info, URL: https://irights.info/wp-content/uploads/userfiles/CC-NC_Leitfaden_web.pdf (abgerufen am 25.08.2018).

64 Vgl. Lawrence Lessig (2001): *The Future of Ideas. The Fate of the Commons in a Connected World*, New York: Random House, S. xv.

griert worden. Als »Free Content« werden dagegen diejenigen Werke bezeichnet, die der 2006 veröffentlichten »Definition für freie kulturelle Inhalte«⁶⁵ entsprechen. Die Definition, wie auch die damit verbundene Bewegung für freie Kultur,⁶⁶ orientiert sich an den vier Freiheiten der *Free Software Definition*. Das entscheidende Merkmal, das »Free Content« von »Open Content« unterscheidet, besteht aber, anders als bei freier Software, nicht in der Copyleft-Klausel, also der Weitergabe nur unter den gleichen Lizenzbedingungen, sondern in der Erlaubnis zur Veränderung und uneingeschränkten Verwendung der Inhalte, auch zu kommerziellen Zwecken. Sobald die Werke *nicht* verändert oder *nur* für nicht-kommerzielle Zwecke verwendet werden dürfen, handelt es sich nicht um freie Inhalte im engeren Sinn der *Free-Content-Definition*. Von den sechs CC-Lizenzen gelten damit nur zwei – und die Public-Domain-Lizenz – als freie Lizenzen.

Die Möglichkeiten der Veränderung und der uneingeschränkten Verwendung sind deshalb so wichtig, weil sie die Grundlagen neuer kultureller Praktiken darstellen, die sich mit dem Internet verbreitet haben. Diese Praktiken werden mit Begriffen wie »Remix«, »Mashup« und »Sampling« bezeichnet.⁶⁷ Wie in den entsprechenden Techniken der Musikproduktion, denen die Begriffe entlehnt sind, werden damit Praktiken bezeichnet, bestehende Texte, Bilder, Audio- und Videomaterial zu verändern, neu zu arrangieren, aufeinander zu beziehen und in andere Kontexte zu stellen. Dabei geht es nicht, wie in der institutionalisierten und kommerzialisierten Kunstwelt, um herausragende Künstlerpersönlichkeiten, einzelne Innovationen und Kunstwerke, sondern um eine digitale Alltagskultur, die in den Sozialen Netzwerken längst keine subkulturelle Randerscheinung mehr ist, sondern ein Massenphänomen. Zu den Formen dieser kulturellen Produktion gehören Blogs, Audio- und Video-Podcasts ebenso wie die vielfältigen Internet-Hypes (*Memes*), die sich im Internet viral verbreiten, also in wenigen Tagen millionenfach geteilt und nachgeahmt werden.

65 Vgl. <http://freedomdefined.org/Definition> (abgerufen am 25.08.2018).

66 Vgl. Lawrence Lessig (2006): *Freie Kultur. Wesen und Zukunft der Kreativität*, München: Open Source Press.

67 Vgl. Lawrence Lessig (2008): *Remix. Making Art and Commerce Thrive in the Hybrid Economy*, New York: Penguin Books; Dirk von Gehlen (2011): *Mashup. Lob der Kopie*, Berlin: Suhrkamp; Stalder, *Kultur der Digitalität*, S. 96–128.

Ein zentrales Argument der Bewegung für freie Kultur basiert auf der Kritik an der rechtlichen Konzeption von geistigem Eigentum. Die entsprechenden gesetzlichen Regelungen sind seit den 1970er Jahren zunehmend verschärft und im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Globalisierung internationalisiert worden. Organisierte privatwirtschaftliche Interessen haben einen wesentlichen Einfluss auf diese Gesetzgebung ausgeübt. Internationale Abkommen zum Marken-, Patent- und Urheberrecht rufen deshalb seit dem Ende der 1990er Jahre immer größeren zivilgesellschaftlichen Protest hervor, da der Schutz des öffentlichen Interesses nicht ausreichend berücksichtigt wird. Häufig setzte der Protest zu spät ein oder war zu heterogen, um die entsprechenden Abkommen zu verhindern.⁶⁸ Neben der Softwareindustrie und der Musik- und Filmindustrie steht besonders die Pharmaindustrie in der Kritik: So geht der Ursprung der internationalen Bewegung »Access to Knowledge«, die sich für den kostenfreien Zugang zu Informationen im öffentlichen Interesse einsetzt und eng mit den Open-Bewegungen zusammenhängt, auf eine Kampagne der Organisation *Ärzte ohne Grenzen* aus dem Jahr 1999 zurück. Diese setzte sich für den Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten in Entwicklungsländern ein, nachdem ein Jahr zuvor die Regierung von Südafrika von den 39 größten Pharmakonzernen verklagt worden war. Dadurch sollte ein Gesetzesvorhaben verhindert werden, das zu einer deutlichen Preisreduktion zahlreicher Medikamente führt, unter anderem von antiretroviralen Mitteln gegen den Ausbruch von AIDS bei HIV-infizierten Patienten. Das Gesetz sollte die Korruption von Ärzten reduzieren und den Kauf von Generika gegenüber den von den Konzernen hergestellten Medikamenten bevorzugen. Die Klage gegen Südafrika wurde von den USA und von den Regierungen verschiedener EU-Länder unterstützt, was zu einer großen öffentli-

68 Vgl. Leonhard Dobusch und Sigrid Quack (2010): »Urheberrecht zwischen Kreativität und Verwertung. Transnationale Mobilisierung und private Regulierung«, in: *MPIfG Discussion Paper* 10.6, URL: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-6.pdf (abgerufen am 25. 08. 2018), S. 6.

chen Empörung und zu der besagten Kampagne führte. Aufgrund des öffentlichen Drucks wurde die Klage zwei Jahre später fallen gelassen.⁶⁹

Die kritische Auseinandersetzung mit geistigem Eigentum und restriktiven Urheberrechten im Bereich der Kunst und Kultur wurde maßgeblich durch die Abwehrstrategien der Musik- und Filmindustrie gegen den zunehmenden Download und Austausch (*File-Sharing*) von Musik und Filmen seit Mitte der 1990er Jahre ausgelöst.⁷⁰ Die Besonderheit einer digitalen Kopie immaterieller Konsumgüter hängt damit zusammen, dass dadurch kein Schaden im gleichen Sinn entsteht, wie wenn ein materieller Gegenstand gestohlen wird, etwa ein Fahrrad oder ein Auto. Durch eine digitale Kopie werden im Wesentlichen die Verwertungsrechte berührt. Diese Problematik hatte sich schon mit der Verbreitung von CD/DVD-Brennern in den 1990er Jahren entwickelt, die eine verlustfreie digitale Vervielfältigung von CDs und DVDs ermöglichten. Hier wurde mit einer pauschalen Abgabe beim Kauf von CD- und DVD-Rohlingen ein Ausgleich geschaffen. Die digitale Vernetzung durch das Internet hat zusammen mit neuen Technologien der Datenkomprimierung die Geschwindigkeit und Reichweite der Vervielfältigung und des Austausches aber noch deutlich erhöht und zugleich die Vervielfältigungskosten auf ein Minimum gesenkt. Diese Entwicklungen kollidierten mit den etablierten rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen – während sie andererseits jene neuen Möglichkeiten eröffneten, auf denen die digitale Kultur basiert.

Die Reaktion der Musik- und Filmindustrie bestand in den frühen Jahren in der Doppelstrategie, ihre Ansprüche als Rechteinhaber juristisch durchzusetzen und die Vervielfältigung von Werken durch digitale Kopierschutz-Technologien (*Digital Rights*

69 Vgl. Felix Stalder (2010): »Digital Commons«, in: *The Human Economy. A Citizen's Guide*, hrsg. von Keith Hart, Jean-Louis Laville und Antonio D. Cattani, Cambridge, MA: Polity Press, S. 313–324; Rachel L. Swarns (2001): »Drug Makers Drop South Africa Suit over AIDS Medicine«, in: *New York Times* am 20.04.2001, URL: <http://www.nytimes.com/2001/04/20/world/drug-makers-drop-south-africa-suit-over-aids-medicine.html> (abgerufen am 25.08.2018), S. 320.

70 Vgl. zur Musikindustrie Aram Sinnreich (2013): *The Piracy Crusade. How the Music Industry's War on Sharing Destroys Markets and Erodes Civil Liberties*, Amherst/Boston: University of Massachusetts Press. Einen weiteren Überblick bietet Abraham Drassinower (2015): *What's Wrong with Copying?*, Cambridge, MA/London: Harvard University Press.

Management) zu kontrollieren, zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Doch die zunehmende Trennung von Inhalten (Musik und Filmen) und physikalischen Medien (CD, DVD) machte einen Kopierschutz auf den Medien oder Abspielgeräten hinfällig. Die juristische Verfolgung wurde durch ein strategisches *Framing* des File-Sharings mit umstrittenen und irreführenden Begriffen wie Piraterie, Raubkopie und Verbrechen unterstützt, das zur Abschreckung und Einschüchterung dienen sollte.⁷¹ In der pauschalen Verteidigung von geistigem Eigentum und Verurteilung des Kopierens wurde jedoch keine Differenzierung zwischen verschiedenen Kontexten und Motiven des Kopierens vorgenommen, etwa zwischen organisierter Kriminalität, öffentlichen und privaten Aufführungen, kommerzieller Verwendung, legalen Privatkopien oder der nicht-gewerblichen Verwendung zu wissenschaftlichen und Bildungszwecken. Zudem ist der von der Musikindustrie behauptete Zusammenhang zwischen File-Sharing und sinkenden Verkaufszahlen umstritten, da er sich empirisch nicht nachweisen lässt.⁷² Erst allmählich wurde die Abwehrstrategie der Musik- und Filmindustrie schließlich durch die konstruktive Suche nach neuen Geschäftsmodellen und Vertriebswegen abgelöst, wie sie mit den zahlreichen Streaming-Diensten für Musik und Videos etwa ab 2005 zunehmend entstanden sind.

Als kritische und konstruktive Gegenbewegung zu einer Verschärfung des Urheber-, Verwertungs- und Patentrechts erlauben die offenen und freien Lizenzen dagegen ausdrücklich die kostenfreie Verbreitung und Verwendung kultureller Werke. Damit wird das Urheberrecht nicht abgeschafft, sondern konstruktiv erweitert und die Vertretung durch Rechteinhaber unnötig. Der Kern der Bewegung für freie Kultur besteht somit in der Schaffung alter-

71 Vgl. Lee Edwards u. a. (2013): »Framing the consumer: Copyright regulation and the public«, in: *The International Journal of Research into New Media Technologies* 19.1, S. 9–24. In Deutschland hat 2003 die fragwürdige Kampagne »Raubkopierer sind Verbrecher« für Empörung gesorgt, die sich gegen das Kopieren von Filmen richtete, vgl. Stefan Krempel (2003): »Werbeverband hält Kampagne gegen Raubkopierer für äußerst fragwürdig«, in: *Heise Online* am 3.12.2003, URL: <https://heise.de/-89641> (abgerufen am 25.08.2018).

72 Vgl. Annelies Huygen u. a. (2009): »Ups and Downs. Economic and Cultural Effects of File Sharing on Music, Film and Games«, in: *TNO-rapport* 34782, URL: <https://ssrn.com/abstract=1350451> (abgerufen am 25.08.2018). Andere Studien kommen zu gegensätzlichen oder widersprüchlichen Ergebnissen.

nativer rechtlicher Rahmenbedingungen, die den neuen Formen der kulturellen Produktion angemessen sind, für die zuvor keine entsprechenden Regelungen existierten. Die Bewegung richtet sich zudem gegen ein individualistisches Konzept von intellektueller Leistung, das auf traditionellen Vorstellungen von Originalität und Genialität beruht. Dieser Vorstellung steht die Tatsache entgegen, dass Kunst, Kultur, Innovation und Kreativität ohne eine Vielzahl an sozialen Bezügen und kulturellen Einflüssen gar nicht denkbar wären. Die Schaffung von Neuem durch Nachahmung, Veränderung und Kombination von Bestehendem stellt die Grundlage der Kreativität dar. Keine wissenschaftliche oder künstlerische Leistung in der Menschheitsgeschichte ist das Ergebnis einer isolierten Intelligenz. Solche Leistungen gehen vielmehr aus kreativen Prozessen der Aneignung, Kombination und Veränderung hervor. Die Praktiken des Remixens, Mashups und Samplings können deshalb als grundlegende Kulturtechniken verstanden werden.⁷³

Das älteste Beispiel für die mit Open Content verbundenen neuen kulturellen Produktions- und Organisationsformen ist das bereits 1971 von Michael S. Hart gegründete »Project Gutenberg«.⁷⁴ Es widmet sich der Digitalisierung von literarischen Werken, deren urheberrechtlicher Schutz bereits erloschen ist, weil die Werke vor mehr als 100 Jahren erschienen sind, die Autor_innen bereits seit mehr als 50 bis 100 Jahren tot sind – je nach nationaler Gesetzeslage – oder die Werke unter einer gemeinfreien Lizenz veröffentlicht wurden. Die rechtliche Situation der Werke ist in allen diesen Fällen eindeutig geklärt, weshalb das Projekt weniger in die urheberrechtlichen Auseinandersetzungen verwickelt war. Die Werke können für beliebige Zwecke benutzt, verändert und weiterverbreitet werden. Der gemeinschaftliche und weitgehend ehrenamtliche Produktionsprozess umfasst in diesem Fall vorwiegend die Digitalisierung der Werke, das Korrekturlesen und die Bereitstellung in unterschiedlichen Formaten, einschließlich Hörbüchern. Aufgrund seiner langen Existenz gilt das Projekt als die bekannteste und mit über 53.000 Büchern umfangreichste Sammlung von freien Inhalten.

⁷³ Gehlen, *Mashup*, S. 12 f.

⁷⁴ Vgl. <http://www.gutenberg.org> (abgerufen am 25.08.2018).

Das mit Abstand bekannteste Beispiel für Open Content und internetbasierte Kooperation ist die 2001 von Jimmy Wales gegründete Online-Enzyklopädie *Wikipedia*.⁷⁵ Seit 2008 werden auch hier alle Inhalte unter CC-Lizenzen veröffentlicht. Doch die Aktivitäten und Projekte der *Wikimedia Foundation* gehen inzwischen weit über die Enzyklopädie hinaus: Es gibt eine Reihe von weiteren Themenportalen, unter anderem für freie Wörterbücher, Zitatensammlungen, Bücher, Nachrichten, Bildungsmaterialien für Schulen und Datenbanken mit Medieninhalten aus Archiven und Museen aus der ganzen Welt. Trotz der weitgehend institutionalisierten Strukturen innerhalb der *Wikimedia Foundation* und der nationalen Wikimedia-Organisationen – mit allen Konflikten, die mit einer derart großen und auch auf ehrenamtlichem Engagement basierenden Organisation verbunden sind⁷⁶ – zeichnet sich das fast 300 Sprachen umfassende Projekt zudem wesentlich durch eine freiwillige, offene und basisdemokratische Organisationsform aus. Aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus ist das gesamte Projekt deshalb besonders interessant, weil es ein herausragendes Beispiel für die Möglichkeiten des demokratisch organisierten, kooperativen Handelns im digitalen Zeitalter darstellt.

Ein wesentliches Anwendungsfeld für Open Content im Bildungsbereich ist die Erstellung und Verbreitung von freien Bildungsmaterialien, *Open Educational Resources* (OER),⁷⁷ für Schulen, Hochschulen, die Berufs- und Weiterbildung. Neben der kostenfreien Nutzung steht auch hier – im Sinne der Remix-Kultur und freier Software – die individuelle Zusammenstellung des bestehenden Materials, die Anpassung an die jeweiligen Bedürfnisse und die Weiterverbreitung im Vordergrund. Dabei reicht das Spektrum von

75 Vgl. Christian Pentzold (2016): *Zusammenarbeiten im Netz. Praktiken und Institutionen internetbasierter Kooperation*, Wiesbaden: Springer.

76 Konkrete Probleme für die Wikipedia sind ein »niedriger Frauenanteil bei den Editoren (rund zehn Prozent), ermüdende Diskussionen, komplexes Regelwerk, fehlender Nachwuchs [und, Anm. d. Verf.] systematische Manipulationsversuche« (Stalder, *Kultur der Digitalität*, S. 263). Einige der Probleme sind vergleichbar mit anderen großen Freiwilligen-Organisationen. Vgl. zu den sozialen Dynamiken und Problemen im Projekt Wikipedia die qualitative Studie von Christian Stegbauer (2009): *Wikipedia. Das Rätsel der Kooperation*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

77 Bei der FSF wird konsequenterweise der Begriff »Free Educational Resources« verwendet, vgl. <https://www.gnu.org/education/edu-resources.html> (abgerufen am 25.08.2018). Im Allgemeinen hat sich aber die Bezeichnung OER verbreitet.

Übungsaufgaben und Arbeitsblättern, Foto- und Videomaterial bis zu Lehrbüchern und freier Software zu Bildungszwecken. Die OER-Bewegung, ein breites Bündnis aus zahlreichen Initiativen, Projekten und Akteuren, ist im letzten Jahrzehnt, nicht zuletzt durch die Förderung durch öffentliche Institutionen und transnationale Organisationen wie die UNESCO und die OECD, deutlich gewachsen.⁷⁸ Die Wurzeln von OER gehen auf die Open-Education-Bewegung der 1960er Jahre zurück – eine reformpädagogische Strömung, für die auch Deweys demokratische Pädagogik und Lerntheorie einen wichtigen Einfluss darstellte.⁷⁹ Die in diesem Kontext entwickelten Ideen finden sich sowohl in den gegenwärtigen Debatten zum »lebenslangen Lernen«⁸⁰ wieder als auch in den Konzeptionen von lernenden Organisation und Institutionen (Kap. 7.2).

Anders als in der Open-Access-Bewegung ist der Einfluss von gewinnorientierten Unternehmen in der weitgehend von Lehrern und öffentlichen Institutionen getragenen OER-Bewegung eher gering. Hier gibt es wenig Überschneidungen zwischen den Interessen der Bewegung und denen der klassischen Schulbuchverlage.⁸¹ Dagegen haben sich um die sogenannten »Massive Open Online Courses« (MOOCs) herum, die seit 2008 aus der OER-Bewegung hervorgegangen sind, auch kommerziell ausgerichtete Geschäftsmodelle entwickelt. Zahlreiche Universitäten und Unternehmen bieten solche MOOCs auf unterschiedlichen Plattformen an. Die angebotenen Kurse erreichen in seltenen Fällen sogar über 200.000 Teilnehmer_innen, wenn auch im Durchschnitt nur weniger als 13 Prozent

78 Beim ersten Weltkongress für OER in Paris wurde 2012 die »OER Declaration« verabschiedet. Seit 2013 wird in Deutschland von Wikimedia Deutschland e. V. die jährliche Fachkonferenz »OER-Festival« organisiert, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Ab dem Frühjahr 2017 gibt es, ebenfalls vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert, eine offizielle »Informationsstelle OER« unter <http://open-educational-resources.de/> (abgerufen am 25.08.2018).

79 Vgl. Markus Deimann (2013): »Open Education als partizipative Medienkultur? Eine bildungstheoretische Rahmung«, in: *Partizipative Medienkulturen*, hrsg. von Ralf Biermann, Johannes Fromme und Dan Verständig, Wiesbaden: Springer, S. 185–205, S. 187.

80 Vgl. ebd.

81 Martin Weller (2014): *The Battle For Open. How openness won and why it doesn't feel like victory*, London: Ubiquity Press, S. 67 ff.

davon die Kurse tatsächlich abschließen.⁸² Zwar ist die Einschreibung in die Kurse oft kostenfrei, doch für die offizielle Zertifizierung der Teilnahme werden in der Regel Gebühren erhoben. Kritisiert wird zudem aus der Perspektive von OER, dass die verwendeten Materialien bei den kommerziellen Plattformen in der Regel nicht *frei* sind – in Bezug auf den uneingeschränkten Zugang, die Veränderung und Weitergabe des Materials – und dass die Kurse lediglich über die jeweiligen Plattformen zugänglich sind.⁸³

8.3 OPEN DATA, OPEN GOVERNMENT UND OPEN SCIENCE

Die Aktivist_innen der Open-Data-Bewegung setzen sich für den freien und öffentlichen Zugang zu einer Vielfalt von Daten und Dokumenten ein, die keine geschützten Werke im Sinne des Urheberrechts darstellen. Es handelt sich dabei um Daten, die in Tabellen abgebildet werden können, wie Statistiken oder Geodaten, aber auch um Dokumente, wie Protokolle oder Gesetzestexte. Diese Daten sollen so veröffentlicht werden, dass sie automatisch zusammengeführt, ausgewertet und weiterverwendet werden können. Dazu müssen sie in maschinenlesbaren, standardisierten Formaten vorliegen. So unscharf und umfassend wie der Begriff »Daten« ist auch das Feld der Praktiken, Initiativen und Ideen, die der Open-Data-Bewegung zugeordnet werden können. Ich werde mich im Folgenden auf einige Beispiele in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung, der Zivilgesellschaft und des Journalismus beschränken. Auf die Rolle von offenen Daten in der Wissenschaft gehe ich im Abschnitt zu Open Science ein. In allen diesen Bewegungen lässt sich ein enger Zusammenhang mit dem demokratischen Experimentalismus aufweisen, da die jeweiligen Praktiken dazu beitragen, die Bedingungen kooperativer Untersuchungsprozesse zur Wahrnehmung und Regulierung öffentlicher Angelegenheiten zu verbessern, wie ich an einzelnen Punkten deutlich mache.

82 Katy Jordan (2015): »Massive open online course completion rates revisited: Assessment, length and attrition«, in: *The International Review of Research in Open and Distributed Learning* 16.3.

83 Vgl. Morozov, »Open and Closed«.

Auf Initiative aktiver Bürger_innen und zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich in der frühen Open-Data-Bewegung engagierten, wurden zunächst unabhängige Online-Portale entwickelt, auf denen offene Datensätze bereitgestellt wurden.⁸⁴ Den größten Teil machen die von der öffentlichen Verwaltung erzeugten, gesammelten oder erhobenen Datenbestände (*open government data*) aus. Insofern es sich nicht um personenbezogene oder sicherheitsrelevante Daten handelt, sind diese Daten zum Teil bereits öffentlich zugänglich oder können auf Grundlage der Gesetze zur Informationsfreiheit angefragt werden.⁸⁵ Doch selbst wenn die Daten in den Behörden schon digital vorliegen, sind sie selten in einem maschinenlesbaren Format zugänglich. Häufig werden sie nur in Papierform und oft nur auf Anfrage veröffentlicht. Als *offene* Daten gelten sie laut der »Open Definition« der Organisation *Open Knowledge* aber erst dann, wenn sie öffentlich und kostenfrei zugänglich sind und für beliebige Zwecke, auch kommerzielle, weiterverwendet und verbreitet werden dürfen.⁸⁶ Die Open-Data-Bewegung versucht mit wachsendem Erfolg die Bedingungen zu verändern, unter denen offene Daten von der Verwaltung bereitgestellt und weiterverwendet werden. Von der kommerziellen Weiterverwendung offener Daten versprechen sich einige Aktivist_innen und Politiker_innen auch ein wirtschaftliches Wachstum, weil durch die Öffnung der Daten neue Dienstleistungen entstehen können. Ob und inwiefern diese Versprechen einzuhalten sind und wer davon profitiert, wird sich jedoch erst in der Zukunft zeigen.

Das 2004 von Steve Coast gegründete Projekt »OpenStreet-Map« ist ein hervorragendes Beispiel für ein erfolgreiches nicht-kommerzielles Open-Data-Projekt, das aus der Verbindung von

84 Vgl. das Portal <http://offenedaten.de> (abgerufen am 25.08.2018), das heute von der *Open Knowledge Foundation Deutschland* betrieben wird.

85 Während es in den USA bereits seit 1966 ein Informationsfreiheitsgesetz gibt, wurde in Deutschland auf Bundesebene erst 2006 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Auf Landesebene haben bislang 12 von 16 Bundesländern ein Informationsfreiheitsgesetz (Stand: September 2016), vgl. Manfred Redelfs (2016): »Zehn Jahre Informationsfreiheitsgesetz auf Bundesebene – Zeit für eine Weiterentwicklung«, in: *Netzwerk Recherche Blog* am 28.09.2016, URL: <https://netzwerkrecherche.org/blog/zehn-jahre-informationsfreiheitsgesetz-auf-bundesebene-zeit-fuer-eine-weiterentwicklung/> (abgerufen am 25.08.2018).

86 Die verschiedenen Versionen der »Open Definition« sind auf der Website <http://opendefinition.org/> aufgeführt (abgerufen am 25.08.2018).

offenen Geodaten und freier Software hervorgegangen ist. Die kooperative Erstellung von Karten funktioniert wie die Wikipedia auf der Basis freiwilliger Beteiligung. Seit 2006 wird das Projekt von der gemeinnützigen *OpenStreetMap Foundation* unterstützt. Im Unterschied zu kommerziellen Kartendiensten wie GoogleMaps oder Map24 macht die OpenStreetMap die gesammelten Geodaten zugänglich, damit auf dieser Basis weitere Funktionen, Software und Dienstleistungen entwickelt werden können – »Auto-Navigationssysteme, Papierkarten, fühlbare Karten für Sehbehinderte, Restaurantempfehlungs-Apps für Smartphones«,⁸⁷ aber auch Editoren, um die OpenStreetMap-Datenbank einfacher mit Geodaten zu füllen. Die meisten Anwendungen, die auf die Daten von OpenStreetMap zugreifen, werden unter einer freien Software-Lizenz veröffentlicht. Innerhalb der Open-Data-Bewegung wird bei der Visualisierung von geeigneten Daten auf interaktiven Karten bevorzugt auf OpenStreetMap zurückgegriffen und nicht auf kommerzielle Kartendienste. Die auf Geodaten basierende Informationsvermittlung, die ich unten an einem konkreten Beispiel erläutere, trägt dazu bei, dass komplexe Zusammenhänge bis auf kleinste Räume – auf Stadtviertel, Nachbarschaften oder Straßenecken – zugeschnitten werden können. Dadurch können, wie sich zeigen wird, die konkreten lokalen Probleme deutlich gemacht werden, die für die jeweiligen Betroffenen relevant sind. Aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus bietet diese Form der Informationsverarbeitung ein geeignetes Mittel für die kooperative Erforschung komplexer Sachverhalte.

Für den Journalismus erschließt die generelle Zunahme an verfügbaren digitalen Daten – auch, aber nicht nur durch die Open-Data-Bewegung – ein neues Betätigungsfeld, das als Datenjournalismus bezeichnet wird. Letztlich haben Journalist_innen selbst dazu beigetragen, die Datenbestände der Verwaltung durch entsprechende Gesetzgebungen zu öffnen. Dadurch werden digitale Datensätze zu einem neuen und zentralen Gegenstand der journalistischen Betätigung. Zu den Aufgaben des Datenjournalismus gehören die Beschaffung, die Bereinigung und die Darstellung

87 Roland Ramthun (2012): »Offene Geodaten durch OpenStreetMap«, in: *Open Initiatives. Offenheit in der digitalen Welt und Wissenschaft*, Saarbrücken: Universitätsverlag des Saarlandes, S. 159–184, S. 159 f.

von Daten, etwa durch die Visualisierung in interaktiven Karten oder Diagrammen, sowie die Auswahl von geeigneten Daten für Reportagen, in denen die Zusammenhänge exemplarisch dargestellt werden. Erst durch die angemessene Aufbereitung werden große Datenmengen verständlich oder »zum Klingen gebracht«. ⁸⁸ Deshalb arbeiten im Feld des Datenjournalismus Journalist_innen, Programmierer_innen und Designer_innen eng zusammen. Inzwischen haben auch viele Verlagshäuser und Redaktionen eigene Datenjournalismus-Teams.

Die Schwierigkeit, an geeignete Daten heranzukommen, insbesondere in einem strukturierten Format, das sich automatisch weiterverarbeiten lässt, teilen die Datenjournalist_innen mit der Open-Data-Bewegung. Doch die Zunahme an offiziellen Datenportalen und Open-Data-Strategien sowie die Vereinheitlichung von Formaten zu akzeptierten Standards führt schrittweise zur Herausbildung kooperativer Strukturen zwischen staatlichen Institutionen, Journalist_innen und Aktivist_innen. Durch den direkten Zugriff auf die Rohdaten sind die Datenjournalisten nicht mehr auf die Interpretation der Daten durch staatliche Stellen angewiesen, sondern können Sachverhalte und Zusammenhänge selbst überprüfen. ⁸⁹ Das ermöglicht verschiedene Interpretationen, die für kooperative Untersuchungsprozesse notwendig sind, um komplexe Zusammenhänge in ihrer Vielfalt zu analysieren und auch Widersprüche aufzudecken, die sonst leicht unterdrückt werden können.

Der Datenjournalismus ist aber nicht auf offene Daten aus staatlichen Quellen beschränkt, sondern überschneidet sich auch mit dem investigativen Journalismus, etwa durch die Veröffentlichung von Daten durch Whistleblower. Insbesondere die Veröffentlichungen von *Wikileaks*, die in Kooperation mit Zeitungsredaktionen erfolgten, stellten die involvierten Journalisten vor neue Herausforderungen und trugen maßgeblich zur Bedeutung des Datenjournalismus bei. Allein die »Afghanistan-Tagebücher« aus den Jahren 2004 bis 2010, von denen der überwiegende Teil am 25. Juli 2010 veröffentlicht wurde, umfassen 91.731 Dokumente des

88 Lorenz Matzat (2016): *Datenjournalismus. Methode einer digitalen Welt*, Konstanz: UVK, S. 8.

89 Vgl. Isao Matsunami über die Messdaten nach dem Reaktorunglück in Fukushima, in Jonathan Gray u. a. (2012): *The Data Journalism Handbook*, Sebastopol: O'Reilly, S. 8.

US-Militärs.⁹⁰ Die am 22. Oktober 2010 veröffentlichten Irak-Krieg-Protokolle aus den Jahren 2004 bis 2009 umfassen sogar 391.832 militärische Dokumente.⁹¹ Um die in diesen Daten enthaltenen Zusammenhänge verständlich zu machen, haben Datenjournalisten von *Spiegel Online*, dem *Guardian* und der *New York Times* die veröffentlichten Daten in interaktiven Karten aufbereitet.⁹²

Das bislang umfangreichste investigative Projekt im Bereich des Datenjournalismus sind die »Panama Papers«, die von einer anonymen Quelle direkt an die *Süddeutsche Zeitung* übermittelt wurden. Hier handelt es sich um 2,6 Terabyte an Daten in 11,5 Mio. Dokumenten zu 214.000 Briefkastenfirmen in Panama. Um diese enormen Datenmengen zu analysieren und aufzubereiten, haben mehr als 370 Journalisten aus der ganzen Welt kooperiert und ihre Ergebnisse am 3. April 2016 veröffentlicht.⁹³ Dieser Aufwand macht deutlich, wie sich die Arbeitsweise des Journalismus durch den Datenjournalismus verändert.⁹⁴

Anhand der Panama Papers will ich kurz erläutern, wie die Ereignisse aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus als Öffentlichkeit verstanden werden können. Die problematische Situation besteht hier vor allem in der Geldwäsche, Steuervermeidung und -hinterziehung. Aufgedeckt wurde die Situation durch die anonyme Weitergabe vertraulicher Informationen

90 Matthias Gebauer u. a. (2010): »Die Afghanistan-Protokolle«, in: *Spiegel Online* am 25.7.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/enthuellung-brisanter-kriegsdokumente-die-afghanistan-protokolle-a-708311.html> (abgerufen am 25.08.2018).

91 Hans Hoyng u. a. (2010): »Die Irak-Protokolle«, in: *Spiegel Online* am 22.10.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/enthuellung-von-us-geheimdokumenten-die-irak-protokolle-a-724473.html> (abgerufen am 25.08.2018).

92 Die Visualisierung von Spiegel Online findet sich unter <http://www.spiegel.de/politik/ausland/a-710637.html> (abgerufen am 25.08.2018).

93 Die Süddeutsche Zeitung hat unter <http://panamapapers.sueddeutsche.de/> (abgerufen am 25.08.2018) ein umfassendes Portal eingerichtet, das nur über die Panama Papers berichtet.

94 Stefan Baack (2011): »A New Style of News Reporting. Wikileaks and Data-Driven Journalism«, in: *Cyborg Subjects*, hrsg. von Bonni Rambatan und Jacob Johanssen, S. 113–122, URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400253> (abgerufen am 25.08.2018); Stefan Baack (2016): »What big data leaks tell us about the future of journalism – and its past«, in: *Internet Policy Review*, URL: <https://policyreview.info/articles/news/what-big-data-leaks-tell-us-about-future-journalism-and-its-past/413> (abgerufen am 25.08.2018).

der Firma Mossack Fonseca an die Süddeutsche Zeitung und die darauf folgende Auswertung und Veröffentlichung der Erkenntnisse. Von den indirekten Folgen betroffen sind beispielsweise alle Bürger_innen derjenigen Staaten, in denen die Steuern nicht gezahlt wurden. Die Tatsache, dass es sich bei Steuerhinterziehung um einen strafrechtlich relevanten Tatbestand handelt, macht die umfassende Einbeziehung der indirekt Betroffenen in der zweiten Phase des Problemlösungsprozesses, der Problembeschreibung, in diesem Fall überflüssig. Stattdessen wird der kooperative Untersuchungsprozess größtenteils von den bereits etablierten öffentlichen Institutionen getragen – von Journalist_innen, Finanz-, Steuerfahndungs- und Strafverfolgungsbehörden. Im Zentrum der problematischen Situation steht die Firma Mossack Fonseca, die in Panama die Offshore-Firmen gegründet und vertreten hat. Genau genommen handelt es sich aber nicht nur um *eine* Situation, sondern um eine Vielzahl von Fällen der Steuerhinterziehung, die in ihrem spezifischen Zusammenhang erforscht werden müssen, wie es in den zahlreichen nationalen Strafprozessen gegen Einzelpersonen, die infolge der Panama Papers eröffnet wurden, auch geschieht. Das Europäische Parlament hat im Juni 2016 einen eigenen Ausschuss gegründet, um die Zusammenhänge und Folgen der in den Panama Papers dokumentierten Sachverhalte zu untersuchen.⁹⁵ In den bisherigen Sitzungen tauschten sich die Mitglieder des Untersuchungsausschusses in öffentlichen Anhörungen mit den an der Aufdeckung des Falls beteiligten Journalist_innen, mit Vertreter_innen internationaler Organisationen und mit Politiker_innen und Expert_innen aus. Mögliche Lernprozesse für zukünftige Situationen wären in diesem Fall gesetzliche Neuregelungen, um die Steuerhinterziehung effektiver aufzudecken und die transnationale Kooperation in diesen Fällen zu stärken. In diesem Sinn können die Panama Papers als Beispiel für einen kooperativen Untersuchungsprozess beschrieben werden.

Aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus ist die Entwicklung des Datenjournalismus und der offenen Daten besonders relevant, weil die kooperativen Untersuchungsprozesse

95 Der Untersuchungsausschuss »PANA« hat die Themen »Geldwäsche, Steuervermeidung und Steuerhinterziehung« zum Gegenstand: <http://www.europarl.europa.eu/committees/de/pana/home.html> (abgerufen am 25.08.2018).

von der Verfügbarkeit aktueller Informationen über konkrete Problemzusammenhänge abhängen. Digitale Daten können einfacher ausgetauscht und in größerem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Dadurch können in der zweiten Phase des Untersuchungsprozesses mehr Informationen dazu verwendet werden, die problematische Situation zu bestimmen. Die digitalen Technologien ermöglichen zudem eine *interaktive* Darstellung von umfassenden Datenmengen, was sowohl der Problemanalyse als auch der Verbreitung der Ergebnisse der Untersuchungsprozesse zugutekommt. Die interaktive Visualisierung von Daten in Karten und Diagrammen bietet besondere Vorteile gegenüber der linearen Darstellung von Informationen in Textform, als Radiosendung, Podcast, Fernsehsendung oder Video. Sie ermöglicht die gleichzeitige Darstellung einer großen Menge von Information, die einerseits durch eine lokale Zuordnung auf die spezifischen Interessen der Rezipienten zugeschnitten werden können, andererseits auch für eine vergleichende Gegenüberstellung verschiedener Kontexte und einen allgemeinen Überblick über die Gesamtsituation genutzt werden können.

Die Bedeutung von Karten und Geodaten für die kooperativen Untersuchungsprozesse zur Klärung konkreter problematischer Angelegenheiten soll anhand eines konkreten Beispiels veranschaulicht werden. Anhand der Antworten der Bundesregierung auf eine Reihe von Kleinen Anfragen der Bundestagsfraktion der Grünen zum Zustand deutscher Bahnbrücken haben Datenjournalisten von *Zeit Online* im September 2014 eine interaktive Karte veröffentlicht, die eine allgemeine Übersicht, einen Vergleich zwischen den Bundesländern und eine lokale Ansicht ermöglicht.⁹⁶ Durch die Recherche konnte festgestellt werden, dass fast ein Drittel der Eisenbahnbrücken in Deutschland schwere bis irreparable Schäden aufweisen. Zudem konnte genau gezeigt werden, welche Städte und Strecken besonders gefährdet sind. Die verwendeten Daten waren bereits öffentlich zugänglich, da alle schriftlichen Antworten auf Kleine und Große Anfragen der Landesparlamente und des Bundestags online über die jeweiligen Parlamentsdokumentationssysteme abrufbar sind. Die DB Netz AG hatte Hunderte

⁹⁶ Vgl. Paul Blickle, Karsten Polke-Majewski und Sascha Venohr (2014): »So kaputt sind Deutschlands Bahnbrücken«, in: *Zeit Online* am 2.9.2014, URL: <http://www.zeit.de/mobilitaet/2014-09/deutsche-bahn-bruecken-zustand> (abgerufen am 25.08.2018).

Dokumentseiten mit Tabellen zur Verfügung gestellt, in denen die Streckenabschnitte der Brücken und die Zustandskategorien angegeben waren. Die Datenjournalist_innen mussten einen erheblichen Aufwand betreiben, um diese Tabellen in geeignete Datenformate zu überführen, die sich auf einer Karte abbilden ließen. Zusätzlich zu den Visualisierungen hat *Zeit Online* auch die bereinigten und mit weiteren Informationen angereicherten Daten veröffentlicht. Auf dieser Grundlage konnten nach der Erstveröffentlichung auch verbesserte Versionen der Karte mit Satellitenbildern oder auch lokale Versionen von Dritten erstellt werden.⁹⁷ Dass die Daten der DB Netz AG zum Teil bereits veraltet waren, zeigt den Aufwand, der betrieben werden muss, um aktuelle Daten zu erhalten, die auch für eine automatische Weiterverwendung geeignet sind. Im Idealfall müssten die Daten in geeigneter Form direkt von der DB Netz AG unter einer offenen Lizenz und in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung gestellt werden, damit die erstellten Visualisierungen ohne manuellen Eingriff immer auf den aktuellsten Stand gebracht werden können.

Nur wenige Leser_innen wird allgemein interessieren, wo sich die gefährdeten Brücken überall in Deutschland befinden. Das Interesse der Betroffenen richtet sich auf die unmittelbare Umgebung oder auf diejenigen Strecken, die regelmäßig zurückgelegt werden. In interaktiven Diagrammen und Karten können die statistischen Daten jedoch so aufbereitet werden, dass die Informationen auf beliebige lokale Kontexte und Interessen zugeschnitten werden können. Dadurch können die Leser_innen die Probleme in ihrer unmittelbaren Umgebung wahrnehmen. Zugleich können Expert_innen – Journalist_innen, Wissenschaftler_innen oder zivilgesellschaftliche Initiativen – strukturelle Probleme und Zusammenhänge aufdecken, die sich aus dem Vergleich von Städten, Regionen oder Bundesländern ergeben. Aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus ergibt sich daraus ein auf eine konkrete problematische Situation ausgerichteter Untersuchungsprozess, an

⁹⁷ Vgl. Kai Biermann (2014): »Rostige Brücken, unverständliche Daten«, in: *Datenblog von Zeit Online* am 2.9.2014, URL: <http://blog.zeit.de/open-data/2014/09/02/deutsche-bahn-bruecken-daten/> (abgerufen am 25.08.2018). Die rechtliche Frage, für welche Zwecke die Daten genau weiterverwendet werden dürfen, ist – wie es bei offenen Daten häufig der Fall ist – nicht geklärt, da die Daten nicht ausdrücklich unter einer freien Lizenz veröffentlicht wurden.

dem Betroffene und Expert_innen kooperativ beteiligt sind. Die Betroffenen werden in den Untersuchungsprozess einbezogen und können ihre gewählten politischen Repräsentant_innen auf den bestehenden Handlungsbedarf aufmerksam machen. In diesem Fall ist vermutlich keine politische Mobilisierung der Betroffenen erforderlich, da es bereits geeignete institutionelle Strukturen und Zuständigkeiten für die Restaurierung von Bahnbrücken gibt. Es ist nicht notwendig, neue institutionelle Strukturen zu schaffen. Dennoch hat die Kooperation der Journalist_innen dazu beigetragen, die problematische Situation in einem größeren Zusammenhang wahrzunehmen und auf die Agenda zu setzen. Nach demselben Prinzip werden offene Daten aller Art gesammelt und aufbereitet, beispielsweise zu Luft- und Wasserqualität, Verkehrslärm, Bebauungsplanverfahren, Straßenschäden, Baustellen und vielem mehr. In Bezug auf jede dieser Angelegenheiten lassen sich kooperative Untersuchungsprozesse aufzeigen, die zur Wahrnehmung und Behebung auftretender Probleme führen.

Das kreative und spielerische Experimentieren mit den neuen technologischen Möglichkeiten hat in den letzten Jahren zu einer neuen Form des zivilgesellschaftlichen Engagements und politischen Aktivismus geführt, die sich mit der Entwicklung von »Civic Technology« beschäftigt.⁹⁸ Die in der Hacker-Kultur verwurzelte Civic-Tech-Bewegung setzt sich vorwiegend aus Programmierer_innen, Designer_innen und Journalist_innen zusammen und überschneidet sich weitgehend mit den Aktivitäten der Open-Data-Bewegung.⁹⁹ Zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren der Civic-Tech-Bewegung gehört die 2004 von Rufus Pollock gegründete Nichtregierungsorganisation *Open Knowledge International*. In Deutschland hat die Organisation neben vielfältigen Aktivitäten

98 »Civic Technology« wird hier in einem engeren, aktivistischen Sinn verstanden. Einige Studien, wie diejenige der *Knight Foundation* zur Höhe der Investitionen im Feld von Civic Technology, legen einen weiteren Begriff zugrunde, der auch die Sozialen Netzwerke, Crowdfunding-Plattformen, marktplatzähnliche Plattformen und mehr umfasst, vgl. Mayur Patel u. a. (2013): *The Emergence of Civic Tech: Investments in a Growing Field*, Knight Foundation, URL: https://www.knightfoundation.org/media/uploads/publication_pdfs/knight-civic-tech.pdf (abgerufen am 25. 08. 2018); Andrew R. Schrock (2016): »Civic hacking as data activism and advocacy. A history from publicity to open government data«, in: *New Media & Society* 18.4, S. 581–599.

99 Vgl. Baack, »Datafication and empowerment«, S. 2.

im Bereich von Open Data im März 2014 die Initiative »Code for Germany« ins Leben gerufen, die lokale Civic-Tech-Projekte in verschiedenen deutschen Städten bündelt, vernetzt und unterstützt. In dieser Initiative wurden Projekte zur Analyse der Trinkwasserqualität, zur Prüfung von Wahlversprechen, zum Zustand von Kinderspielplätzen oder zu den Bebauungsplänen des Tempelhofer Feldes in Berlin entwickelt.¹⁰⁰ Andere Projekte verarbeiten Informationen über einzelne Abgeordnete und deren Abstimmungsverhalten, Dokumente der parlamentarischen Berichterstattung oder Informationen über die Finanzierungsquellen von Parteien und Abgeordneten. Jedes dieser Projekte lässt sich mit dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus als Keimzelle einer Öffentlichkeit verstehen, die auf die kooperative Klärung konkreter problematischer Situationen und auf die Verbesserung der bestehenden institutionellen Strukturen ausgerichtet ist.

Der Grundgedanke der Civic-Tech-Bewegung besteht darin, Bürger_innen durch digitale Technologien eine aktive Beteiligung an den politischen Problemlösungsprozessen zu ermöglichen. Neben zivilgesellschaftlichen Organisationen sind daran inzwischen auch staatliche Einrichtungen und Unternehmen beteiligt. Auf der Grundlage von offenen Daten werden webbasierte Dienste, Webseiten und Apps entwickelt, mit denen unter anderem öffentliche Dienstleistungen verbessert, mehr Bürgerbeteiligung ermöglicht und die politischen Repräsentant_innen besser kontrolliert werden sollen. Daran wird der demokratische Impuls der Civic-Tech-Bewegung deutlich, deren Ziele in der durch digitale Technologien ermöglichten Veränderung von Informationsflüssen und Interaktionen zwischen Bürger_innen und öffentlicher Verwaltung liegen. Anstelle eines technokratischen Verständnisses geht es in vielen Civic-Tech-Projekten explizit um die aktive Einbeziehung und Beteiligung von Bürger_innen an den Prozessen der Aufdeckung und Lösung öffentlicher Angelegenheiten. Die entwickelten Dienste und Programme werden in der Regel unter freien Lizenzen veröffentlicht, damit sie auch von Aktivist_innen in anderen

¹⁰⁰ Detaillierte Informationen und weitere Projekte gibt es unter <http://codefor.de/projekte/> (abgerufen am 25.08.2018). Vorbild der Initiative ist die gemeinnützige amerikanische Organisation »Code for America« (<https://www.codeforamerica.org/>, abgerufen am 25.08.2018).

Städten oder Ländern genutzt und angepasst werden können. Dadurch können die Lernprozesse, Einsichten und Ergebnisse, die in lokalen Experimenten gewonnen werden, auch für andere bereitgestellt werden. In dieser Hinsicht weist die Bewegung große Ähnlichkeiten mit dem demokratischen Experimentalismus auf. Die Zusammenarbeit von Bürger_innen, staatlichen und wirtschaftlichen Akteur_innen, die in der Civic-Tech-Bewegung deutlich wird, entspricht zudem genau der Konzeption von intelligenter Kooperation.

Die staatliche Seite der Civic-Tech-Bewegung kann anhand von »Open Government« erläutert werden. Der Begriff und die Grundidee von »Open Government« als Recht der Bürger_innen auf Information über die Tätigkeit der Regierung wurde in den USA bereits Ende der 1950er Jahre geprägt und durch das 1966 erlassene Informationsfreiheitsgesetz gestärkt.¹⁰¹ Populär wurde der Begriff in den letzten Jahren, nachdem Barack Obama im Januar 2009, unmittelbar nach seiner Vereidigung, Open Government zur offiziellen politischen Strategie der Regierung erklärt hatte.¹⁰² Auch wenn der Begriff nur als politisches Schlagwort dient, dessen genaue Bestimmung vage bleibt, hat die Obama-Administration wesentlich zur Anerkennung und zum Erfolg der Open-Data- und Civic-Tech-Bewegungen beigetragen. Mit Open Government verbinden sich letztlich verschiedene politische Maßnahmen und Strategien, die durch mehr Transparenz, Partizipation und Kooperation zu einer Öffnung des Regierungs- und Verwaltungshandelns führen sollen. Die Möglichkeiten der digitalen Technologien sollen dazu beitragen, politische Prozesse transparenter und partizipativer zu gestalten, die Interaktionen zwischen Bürger_innen und öffentlichen Institutionen sowie die verwaltungsinterne Zusammenarbeit

101 Vgl. W. Parks (1957): »The Open Government Principle. Applying the Right to Know under the constitution«, in: *The George Washington Law Review* 26.1, S. 1–22; Harlan Yu und David G. Robinson (2012): »The New Ambiguity of ›Open Government‹«, in: 59 *UCLA Law Review Discourse* 178, S. 178–208, URL: <https://www.uclalawreview.org/pdf/discourse/59-11.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).

102 Vgl. Barack Obama (2009a): *Memorandum – Transparency and Open Government*, URL: <https://obamawhitehouse.archives.gov/the-press-office/2015/11/16/memorandum-transparency-and-open-government> (abgerufen am 25.08.2018); Barack Obama (2009b): *Open Government Directive*, URL: <https://obamawhitehouse.archives.gov/open/documents/open-government-directive> (abgerufen am 25.08.2018).

zu verbessern. In der Konzeption kommen die bereits erläuterten Formen der freien Kooperation zusammen, die sich aus der Übertragung der Open-Source-Idee auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche ergeben haben.¹⁰³ Open Government stellt zugleich ein neues Reformparadigma für die Staats- und Verwaltungsmodernisierung dar.

Während Open Access und Open Data besonders von der Wissenschaft und Zivilgesellschaft ausgehen, wird Open Government stärker von staatlichen und privatwirtschaftlichen Akteuren entwickelt. Auch wenn es kein einheitliches Verständnis von Open Government gibt, kann es als umfassendere politische Idee vom Begriff »E-Government« unterschieden werden, der eher die technologische Umstellung der Verwaltung auf digitale Informations- und Kommunikationstechnik bezeichnet – sowohl verwaltungsintern als auch bezüglich der Kommunikation zwischen Bürger_innen und Verwaltung.¹⁰⁴ Jedoch besteht die Digitalisierung der Verwaltung, wie jeder große technologische Umbruch, nicht nur in einer Fortführung bestehender Prozesse mit anderen Mitteln, sondern macht umfassende institutionelle Veränderungen möglich und notwendig. Die Veröffentlichung von Daten bringt einen erheblichen Aufwand mit sich, denn in den meisten Fällen ist es mit einer einmaligen Veröffentlichung nicht getan. Die offenen Daten müssen vielmehr kuratiert, aktualisiert und gepflegt werden. Deshalb ist die Umsetzung von weitreichenden E-Government-Vorgaben nur mit einer tiefgreifenden Umstellung derjenigen Prozesse möglich, durch welche die Daten erhoben und verarbeitet werden.

Die Bereitstellung von offenen Regierungs- und Verwaltungsdaten wird in den Open-Government-Strategien zu einem zentralen Anliegen erklärt. Dadurch sind in den letzten Jahren zunehmend

103 Zu den ersten Theoretiker_innen, die sich ausführlich mit der Übertragung der Open-Source-Idee auf soziale und politische Angelegenheiten beschäftigt haben, gehört der Medienwissenschaftler und Publizist Douglas Rushkoff, vgl. Douglas Rushkoff (2003): *Open Source Democracy. How Online Communication is Changing Offline Politics*, London: Demos.

104 Vgl. Jörn von Lucke und Heinrich Reiner mann (2002): »Speyerer Definition von Electronic Government«, in: *Electronic Government in Deutschland. Ziele – Stand – Barrieren – Beispiele – Umsetzung*, Speyerer Forschungsbericht, hrsg. von Jörn von Lucke und Heinrich Reiner mann, Bd. 226, Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, S. 1–8.

offizielle Open-Data-Plattformen entstanden, die von Gemeinden, Landkreisen, Städten, Bundesländern, von nationalen Regierungen oder auch von der Europäischen Union betrieben werden. Dort sind offene Daten aus allen Ressorts zugänglich – Geodaten, Haushalts- und Steuerdaten, Daten zu Infrastruktur und Bauvorhaben, Verkehrsdaten, Umwelt- und Klimadaten, Daten zur Bildungspolitik, Wirtschaftsdaten und viele mehr, aber auch Tagesordnungen, Sitzungsprotokolle oder Gesetzentwürfe.¹⁰⁵ Die staatlichen Akteure versprechen sich von der Weiterverwendung der offenen Verwaltungsdaten nicht nur technologische Innovationen für den öffentlichen und privaten Sektor durch neue Dienstleistungen, sondern auch eine höhere Effektivität und Transparenz des Verwaltungshandelns, ein höheres Maß an interner und externer Kooperation sowie eine Verbesserung der Bürgerbeteiligung, etwa bei der Planung von Großvorhaben.¹⁰⁶ Über den Zugang und die Weiterverarbeitung von offenen Daten hinaus umfasst die Idee von Open Government auch die Prozesse der politischen Meinungsbildung und Entscheidung sowie die Rechenschaft der politischen Repräsentant_innen. Durch ein höheres Maß an Transparenz und eine engere Einbeziehung der Betroffenen in die Regelung öffentlicher Angelegenheiten sollen die Entscheidungsprozesse wirksamer, Korruption und Machtmissbrauch vermindert und die Verantwortlichkeit der Entscheidungsträger erhöht werden. Im Zentrum von Open Government steht jedoch nicht in erster Linie die Verbesserung der Legitimität des politischen Handelns. Dagegen ist das

»Ziel einer verstärkten Interaktion von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft [...] vielmehr die gemeinsame Problemlösung. [...] Hinter dem Open Government-Ansatz

¹⁰⁵ Vgl. das Bonner Open-Data-Portal (<https://opendata.bonn.de/>), das Berliner Open-Data-Portal (<https://daten.berlin.de/>), das deutsche Datenportal GovData.de oder das »Offene Datenportal der Europäischen Union« (<https://data.europa.eu/euodp/de/data/>). Eine weltweite Übersicht über Open-Data-Portale hat die Organisation *Open Knowledge International* unter <http://dataportals.org> zusammengestellt. (Alle Seiten abgerufen am 25.08.2018.)

¹⁰⁶ Vgl. dazu: Bundesministerium des Innern (2012): *Open Government Data Deutschland. Eine Studie zu Open Government in Deutschland im Auftrag des Bundesministerium des Innern*, URL: https://www.verwaltung-innovativ.de/SharedDocs/Publikationen/eGovernment/open_government_data_deutschland_langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (abgerufen am 25.08.2018), bes. S. 92 ff.

steckt im Grunde [...] der Versuch, die Problemlösungsfähigkeit des Staates durch die verstärkte Beteiligung von Bürgern und privatwirtschaftlich organisierten Kompetenzen zu verbessern. Dabei geht es [...] immer auch um Fragen der Erneuerung der Demokratie.«¹⁰⁷

Auf den ersten Blick lässt sich dieses Ziel von Open Government mit dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus geradezu perfekt in Einklang bringen. Wie im zugrunde liegenden Modell der kreativen Demokratie in Kapitel 5.2 erläutert wurde, ist ein Staat auf die kontinuierliche Erneuerung seiner institutionellen Strukturen angewiesen, weil er sich an die veränderten Umweltbedingungen anpassen muss. Doch wie bei den anderen Open-Bewegungen gibt es auch in Bezug auf Open Government unterschiedliche und konkurrierende Interpretationen. So verstehen wirtschaftsliberale Akteure unter Offenheit und Partizipation die tendenzielle Angleichung des Staates an eine marktförmige Funktionsweise. Das zeigt sich exemplarisch an den Überlegungen des Verlegers und Softwareentwicklers Tim O'Reilly:

»What if [...] we thought of government as the manager of a marketplace? In *The Cathedral & the Bazaar*, Eric Raymond uses the image of a bazaar to contrast the collaborative development model of open source software with traditional software development, but the analogy is equally applicable to government. [...] A bazaar [...] is a place where the community itself exchanges goods and services. [...] In the technology world, the equivalent of a thriving bazaar is a successful platform.«¹⁰⁸

Als erfolgreiche Plattformen führt O'Reilly das iPhone und den Appstore von Apple an. Daraus schlussfolgert er: »This is the right way to frame the question of Government 2.0.«¹⁰⁹ In Anlehnung an Adam Smiths Theorie der »unsichtbaren Hand« wird von O'Reilly

107 Johann Herzberg (2013): »Open Government« – Versuch einer Begriffsbestimmung«, in: *Verwaltung & Management* 19.1, S. 40–44, S. 42 f.

108 Tim O'Reilly (2010): »Government As a Platform«, in: *Open Government. Collaboration, Transparency, and Participation in Practice*, hrsg. von Daniel Lathrop und Laurel Ruma, Sebastopol: O'Reilly, S. 11–40, S. 13.

109 Vgl. dazu die Kritik von Tkacz, »From open source to open government«, S. 397.

und anderen angenommen, dass durch die technologischen Innovationen ein automatisches Kräftegleichgewicht in der politischen Organisation entstehen würde und sich soziale Probleme dadurch von selbst lösen. Aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus, in dem die Existenz nicht-empirischer Kräfte zur Erklärung der Funktionsweise von Gesellschaften und Staaten abgelehnt wird, wie in Kapitel 6.2 dargelegt wurde, kann eine derart vereinfachte Interpretation von Open Government nicht überzeugen. Technologische Innovationen können die komplexen bestehenden demokratischen Prozesse und Institutionen ergänzen und verändern, aber nicht einfach ersetzen, sonst droht eine reine Technokratie.¹¹⁰

Abhängig davon, wie stark die demokratiethoretischen Annahmen von Open Government gemacht werden, kann der Ansatz – als neues Leitparadigma der Verwaltungsmodernisierung – als Ersatz oder Ergänzung zum älteren Paradigma des »New Public Management« (NPM) verstanden werden. Letztlich laufen in einer entsprechenden Interpretation beide Ansätze, Open Government und der demokratische Experimentalismus, auf ein kooperatives Modell der Beziehungen zwischen Staat und Bürgerinnen hinaus. Während NPM nach wirtschaftsliberalen Kriterien einen »schlanken Staat« fordert, verfolgt die »Staatsmodernisierung im Sinne von Open Government [...] eine Stärkung des Staates, jedoch nicht in seiner klassischen Form als Interventionsstaat (top-down-Steuerung), sondern als Partizipationsstaat zur kooperativen Gestaltung der Gesellschaft (bottom-up-Steuerung).«¹¹¹ Anstelle von hierarchischen oder marktformigen Steuerungsstrukturen steht Open Government, in Übereinstimmung mit den Annahmen des demokratischen Experimentalismus, für »den gegenseitigen Austausch von Perspektiven und eingeübten Problembewältigungsmechanismen mit dem Ziel, kollektive Intelligenz zu aktivieren und in einem deliberativen Lernprozess zur Lösung immer komplexer werdender gesellschaftlicher Probleme einzusetzen.«¹¹² Dabei wird die Offenheit des kooperativen Untersuchungsprozesses mit Lernfähigkeit assoziiert: »Ein offener Staat ist somit immer auch ein lernfähiger Staat.«¹¹³

110 Vgl. Morozov, »Open and Closed«.

111 Herzberg, »»Open Government« – Versuch einer Begriffsbestimmung«, S. 42.

112 Ebd.

113 Ebd., S. 42 f.

Letztlich handelt es sich bei Open Government und dem demokratischen Experimentalismus keineswegs um konkurrierende Ansätze. Vielmehr ging es mir darum, die Gemeinsamkeiten aufzuzeigen, die sich zwischen den Annahmen und Schlussfolgerungen ergeben.

Torfig und Ansell untersuchen in einem 2014 erschienenen Artikel die Entwicklung des »New Public Management« (NPM),¹¹⁴ das in Deutschland als »Neues Steuerungsmodell« (NSM) bekannt ist. Mit diesem wirtschaftsliberalen Ansatz zur Reform der öffentlichen Verwaltung, der seit den 1980er Jahren verfolgt wird, sollen Erfahrungen aus dem Management von Unternehmen auf die öffentliche Verwaltung übertragen werden. Dadurch wurde zwar die Notwendigkeit von Innovationen in den öffentlichen Institutionen (*public innovation*) bewusst gemacht, jedoch hat die einseitige Orientierung an ökonomischen und betriebswirtschaftlichen Kriterien nach Ansicht von Ansell und Torfig auf einen falschen Weg geführt. Als Alternative zum NPM schlagen Ansell und Torfig einen kooperativen Ansatz vor, der im Wesentlichen auf dem demokratischen Experimentalismus beruht, aber auch strukturierte Innovationsmethoden wie »Design Thinking« einbezieht, die dem reflexiven Problemlösungsprozess von Dewey sehr ähnlich sind.¹¹⁵ Auch Frega schließt sich der Auffassung an, dass der demokratische Experimen-

114 Christopher Ansell und Jacob Torfig (2014): »Collaboration and design. New tools for public innovation«, in: *Public Innovation Through Collaboration and Design*, hrsg. von Christopher Ansell und Jacob Torfig, New York: Taylor & Francis, S. 1–18; vgl. auch Sabel, »Eine stille Revolution demokratischer Gouvernanz«, S. 151 ff.

115 »Design Thinking« ist eine in den 1980er Jahren entwickelte Methode zur kreativen und interdisziplinären Entwicklung von Problemlösungen, die sich, wie der demokratische Experimentalismus, an der experimentellen Methode der empirischen Wissenschaften orientiert. Der Design-Thinking-Prozess besteht aus etwa sechs Phasen – dem Verstehen, Beobachten und Definieren des Problems sowie der Ideenfindung, der Prototypentwicklung und dem empirischen Test der ausgewählten Lösungsmöglichkeit. Damit ist das Modell mit dem fünfstufigen Prozess des reflexiven Denkens von Dewey nahezu identisch. Während im kooperativen Untersuchungsprozess des demokratischen Experimentalismus die von problematischen Situationen Betroffenen im Zentrum stehen, ist der Design-Thinking-Prozess auf die Anwender_innen oder Nutzer_innen der zu entwickelnden Produkte ausgerichtet. Diese »radikale Nutzerorientierung« hat Design Thinking besonders im Umfeld der Entwicklung digitaler Dienstleistungen populär gemacht. Die Weiterentwicklung und Verbreitung der Methode wird seit 2005 durch den SAP-Mitgründer Hasso Plattner gefördert, vgl. Hasso Plattner, Christoph Meinel und Ulrich Weinberg (2009): *Design Thinking*, München: mi-Wirtschaftsbuch, FinanzBuch Verlag. Als Studienfach

talismus als Alternative zum NPM verstanden werden kann.¹¹⁶ In beiden Ansätzen, im NPM und im demokratischen Experimentalismus, wird davon ausgegangen, dass technologische und organisatorische Innovationen, die zu einer effektiveren Lösung von Problemen führen, in der Regel nicht in öffentlichen Institutionen entstehen, sondern von privater Initiative ausgehen. Öffentliche Institutionen können nicht mit jedem technologischen Trend experimentieren, weil sie auf Stabilität und Kontinuität angelegt sind. Da aber auch sie langfristig auf Innovationen angewiesen sind, um sich an veränderte Bedingungen anzupassen, können sie diejenigen Technologien und Praktiken integrieren, die sich in anderen Bereichen, etwa in der Privatwirtschaft, bewährt haben. Anders als im NPM geht damit aber nicht die Privatisierung und Deregulierung einher.¹¹⁷ Im demokratischen Experimentalismus lässt sich die Verbesserung der Verwaltungseffizienz nicht von der politischen Partizipation, und damit von der politischen Legitimität der Entscheidungsprozesse, trennen. Denn die institutionellen Strukturen von Öffentlichkeiten, zu denen auch die öffentliche Verwaltung gehört, werden nicht isoliert betrachtet, sondern im Kontext der Prozesse der Wahrnehmung und Regulierung öffentlicher Angelegenheiten.¹¹⁸

Nicht nur in den Bereichen der Verwaltung und des Journalismus, sondern auch in der Wissenschaft spielen die Open-Bewegungen eine herausragende Rolle, wie bereits anhand des freien Zugangs zu Forschungsergebnissen (Open Access) deutlich geworden

wird Design Thinking unter anderem an der Stanford Universität in Kalifornien, am Hasso-Plattner-Institut der Universität Potsdam und an der Universität St. Gallen gelehrt.

116 Frega, »The Democratic Project«, S. 269 f.

117 Dorf schreibt dazu: »[B]ecause democratic experimentalism builds on organizational insights that first emerged in the private sector, to the unsophisticated it may look like a form of privatization or deregulation. Thus, the first order [...] is to make clear that the institutions of democratic experimentalism emerged first in the private sector but are not in any fundamental sense about deregulation.« (Dorf, »Could the occupy movement become the realization of democratic experimentalism's aspiration for pragmatic politics?«, S. 268.)

118 Auf die Bedeutung der klassischen pragmatistischen Philosophie für die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung im 21. Jahrhundert weist auch Shields hin, vgl. Patricia M. Shields (2008): »Rediscovering the Taproot. Is Classical Pragmatism the Route to Renew Public Administration?«, in: *Public Administration Review* 68.2, S. 205–221.

ist. Unter dem Sammelbegriff *Open Science* wird die Öffnung der Wissenschaft auf unterschiedlichen Ebenen diskutiert. Wie in allen gesellschaftlichen Bereichen sind auch in der Wissenschaft mit den digitalen Technologien große Hoffnungen verbunden – insbesondere durch die Aspekte, die bereits anhand der anderen Open-Bewegungen erläutert wurden: verbesserte Zusammenarbeit, mehr Partizipation und mehr Transparenz. Die Wissenschaft könnte durch die digitale Vernetzung revolutioniert werden, allerdings stellt die Aussicht, größere und komplexere Probleme zukünftig schneller und effektiver zu lösen, bislang nur ein Versprechen dar, dessen Einhaltung kritisch überprüft werden muss.¹¹⁹ Die verschiedenen Argumente für Open Science sind nicht scharf voneinander zu trennen, weisen aber insgesamt große Ähnlichkeiten mit Deweys Konzeption von Forschung auf (Kap. 4), wie im Folgenden deutlich wird. In systematischer Hinsicht lässt sich unterscheiden, dass einerseits die *interne* Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftler_innen verbessert werden soll – sowohl innerhalb der Disziplinen als auch die inter- und transdisziplinäre Forschung – und andererseits die *externe* Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen – sowohl in Bezug auf den Untersuchungsprozess selbst als auch hinsichtlich der Verbreitung, Wirkung und Zugänglichkeit der Forschungsergebnisse.

Der internen Öffnung der Wissenschaft dient neben dem freien Zugang zu den Forschungsergebnissen (Open Access) auch der Austausch von Forschungsdaten (Open Science Data). Wie bei Open Data wird hier ein besonderer Wert auf die Weiterverwendung der erhobenen Daten gelegt, die entsprechende Anforderungen an die Datenformate stellt.¹²⁰ Der freie Austausch von Daten bietet sich vor allem in der naturwissenschaftlichen Forschung an, in der keine personenbezogenen Daten anfallen. Aber auch in

119 Vgl. Sascha Friesike und Benedikt Fecher (2016): »Collaboration, participation and transparency. The promise of digitizing academic research«, in: *Research Handbook on Digital Transformations*, hrsg. von F. Xavier Ollerros und Majlinda Zhegu, Cheltenham/Northampton, MA: Edward Elgar, S. 121–134, hier S. 21.

120 Murray-Rust fordert, dass Forschungsdaten für eine wissenschaftliche Weiterverwendung zur Verfügung stehen sollten – in Datenbanken, Simulationen oder in Kombination mit anderen Daten –, insbesondere auch für Zwecke, die von den Urhebern nicht vorhergesehen werden. Vgl. Peter Murray-Rust (2008): »Open Data in Science«, in: *Serials Review* 34.1, S. 52–64, hier S. 52.

den Sozialwissenschaften gibt es zahlreiche Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit durch die gemeinsame Nutzung und Pflege von Forschungsdaten. Zu diesem Zweck wird in der Open-Science-Bewegung auch die Entwicklung und Verwendung von freier und Open-Source-Software gefordert. Programme, die im Rahmen von Forschungsprojekten entwickelt werden, würden somit auch anderen Forscher_innen frei zu Verfügung stehen. Zudem wird mit Open Science die Öffnung wissenschaftlicher Verfahren angestrebt, etwa der Begutachtungsprozesse (Open Peer Review) zur wissenschaftlichen Qualitätssicherung oder der Messung von Impact-Faktoren (Open Metrics oder Altmetrics). Zu jedem der genannten Gebiete von Open Science haben sich in den letzten zehn Jahren eigene Diskussionen entwickelt.¹²¹

Zur internen und externen Öffnung der Wissenschaft tragen zahlreiche Online-Plattformen für Wissenschaftler_innen bei, öffentlich zugängliche, digitale Archive, wissenschaftliche Blogs mit Texten, Videos und Podcasts, Mikroblogging-Dienste sowie zahlreiche digitale Werkzeuge zur Zusammenarbeit bei der Sammlung und Analyse von Daten oder beim Schreiben von Texten. Durch die digitale Vernetzung können nicht nur *mehr* Informationen zwischen Wissenschaftler_innen ausgetauscht werden, sondern auch zu einem früheren Zeitpunkt im Untersuchungsprozess.¹²² *Open Notebook Science* bedeutet, dass alle Schritte des Untersuchungsprozesses online in Blogs und Wikis zugänglich gemacht werden – von der Personalauswahl und dem Entwurf des Forschungsdesigns über die Aufzeichnungen während des Untersuchungsprozesses und des gesammelten Materials bis hin zu den Ergebnissen.¹²³ Das wäre die maximale Steigerung von Open Science. Doch auch hier besteht die Gefahr, dass das Prinzip der Offenheit um seiner

121 Fecher und Friesike unterscheiden in ihrer Literaturlauswertung fünf Argumentationsstränge für Open Science: die notwendige Öffentlichkeit der Forschung und ihrer Ergebnisse, die Effizienz der Wissensproduktion, den freien und gleichen Zugang zu Wissen, die gemeinsame Produktion geeigneter Werkzeuge für den Untersuchungsprozess und die Impact-Metriken, vgl. Benedikt Fecher und Sascha Friesike (2014): »Open Science: One Term, Five Schools of Thought«, in: *Opening Science. The Evolving Guide on How the Internet is Changing Research, Collaboration and Scholarly Publishing*, hrsg. von Sönke Bartling und Sascha Friesike, Wiesbaden: Springer, S. 17–47.

122 Vgl. Weller, *The Battle For Open*, S. 1 f.

123 Vgl. Ned Stafford (2010): »Science in the digital age«, in: *Nature* 467:7317, S. 19–21.

selbst willen eingefordert wird. Letztlich muss in jedem konkreten Untersuchungsprozess abgewogen werden, wie viel Offenheit und Zusammenarbeit dem eigentlichen Untersuchungsprozess zuträglich ist. Generell stehen diesen neuen Ansätzen einer freien Kooperation und Zusammenarbeit in der Wissenschaft jedoch erhebliche Widerstände und Widersprüche gegenüber, die sich aus wissenschaftsinternen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen ergeben. Im Gegensatz zu den Idealen der Kooperation und Offenheit ist beispielsweise in den letzten Jahrzehnten der Konkurrenz- und Wettbewerbsdruck der Universitäten und Forschungseinrichtungen gestiegen. Diese Entwicklung, die der Perspektive des demokratischen Experimentalismus zuwiderläuft, wurde zum Teil durch staatliche Initiativen wie die deutsche »Exzellenz-Initiative« gezielt gefördert. Andere Hindernisse, die bereits im Zusammenhang mit Open Access erläutert wurden, sind der hohe Publikationsdruck und die Abhängigkeit von großen Wissenschaftsverlagen sowie der Schutz von geistigem Eigentum durch Patente in der Forschung.

Neben der Verbesserung der internen Zusammenarbeit und Effektivität von wissenschaftlichen Untersuchungsprozessen ist aus der Perspektive des demokratischen Experimentalismus der Aspekt der Partizipation von besonderem Interesse. Die digitale Vernetzung macht die aktive Beteiligung von zahlreichen Personen an konkreten Untersuchungsprozesse möglich – sowohl von weltweit verstreuten Wissenschaftler_innen als auch von freiwilligen Interessenten und Betroffenen. Für die Einbeziehung einer großen Zahl von Menschen in die Lösung einer spezifischen Aufgabe hat sich, vorwiegend im ökonomischen Vokabular, der Begriff Crowdsourcing etabliert.¹²⁴ Der Begriff der Masse (*crowd*) ist jedoch nicht für die Form von intelligenter Kooperation und öffentlichen Untersuchungsprozessen geeignet, um die es im demokratischen Experimentalismus geht. Denn es sind nicht Massen oder Gruppen, sondern Individuen, die denken, kommunizieren und Entscheidungen treffen, auch wenn ihre Entscheidungen durch ihr soziales und

¹²⁴ Vgl. Jeff Howe (2006): »The Rise of Crowdsourcing«, in: *wired.com* am 14.06.2006, URL: <https://www.wired.com/2006/06/crowds/> (abgerufen am 25.08.2018).

materielles Umfeld bedingt sind.¹²⁵ Die mit dem Begriff Crowdsourcing intendierte positive Assoziation mit der »Weisheit der Vielen« (*wisdom of the crowd*) ist irreführend, da es in den meisten Fällen nicht um erfahrungsbasiertes Wissen geht, sondern um die Auslagerung (*outsourcing*) von isolierten Arbeitsschritten.¹²⁶ Es geht beim Crowdsourcing nicht um einen gemeinschaftlichen Untersuchungsprozess, in dem sowohl das Problem als auch die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten und ihre Konsequenzen systematisch untersucht werden. Dennoch ist auch die tendenziell instrumentelle Einbeziehung einer großen Zahl von Personen für die Wissenschaft interessant. Denn in der Kombination mit spielerischen Ansätzen (*Gamification*) lassen sich wissenschaftliche Probleme durch freiwillige Helfer_innen lösen. Ein berühmtes Beispiel ist das von Biochemikern und Informatikern der University of Washington entwickelte und 2008 veröffentlichte Online-Spiel »Foldit«,¹²⁷ das wie ein Puzzle funktioniert. Indem die Spieler_innen verschiedene Bausteine in einem dreidimensionalen Raum miteinander kombinieren, werden Variationen von komplexen Proteinstrukturen gefunden. Die menschliche Kreativität und Mustererkennung hat sich hier als überlegen gegenüber einer rein mathematischen Berechnung erwiesen.

125 Auch die psychologische Erklärung von Phänomenen der Kollektivität ist demnach auf die Erklärung kognitiver Vorgänge auf der individuellen Ebene angewiesen, Dewey, *Die menschliche Natur*, S. 49. Neben Dewey haben auch andere Pragmatisten die Öffentlichkeit in Abgrenzung vom Begriff der Masse definiert, vgl. Slavko Splichal (1999): *Public Opinion. Developments and Controversies in the 20th Century*, Boston: Rowman and Littlefield, S. 10 ff.

126 In der Wirtschaft hat sich das Crowdsourcing in den letzten Jahren unter den Begriffen »Crowdworking« oder »Mikrojobs« etabliert. Dabei geht es teilweise nur um Hilfs- und Zuarbeiten, die nur mit Centbeträgen vergütet werden, aber auch anspruchsvolle Design- und Programmierprojekte oder die Produktion von Texten aller Art. Auf bestimmte Arbeitsbereiche spezialisierte Crowdworking-Plattformen wie »Amazon Mechanical Turk« (<https://www.mturk.com/>) oder »Jovoto« (<https://www.jovoto.com>) vermitteln zwischen Auftraggebern und -nehmern. Dabei konkurrieren die freiberuflichen Bewerber auf den Plattformen miteinander, und nur diejenigen, die den Zuschlag bekommen, erhalten überhaupt eine Vergütung für ihre entwickelten Konzepte, Entwürfe und Ideen. Vgl. dazu Jana Gioia Baurmann und Kolja Rudzio (2016): »Die neuen Heimwerker«, in: *Die Zeit* 18/2016, URL: <http://www.zeit.de/2016/18/crowdworking-freelancer-digital-arbeitsmarkt> (abgerufen am 25.08.2018).

127 Vgl. <http://fold.it/portal/> (abgerufen am 25.08.2018).

Zu den Formen der externen Öffnung der Wissenschaft, die dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus tendenziell sehr nahe stehen, gehören die Bewegungen für »Bürgerwissenschaft« oder »Citizen Science«. Diese haben durch die neuen Möglichkeiten der digitalen Kommunikation und Zusammenarbeit in den letzten 20 Jahren einen deutlichen Aufschwung erfahren.¹²⁸ Peter Finke unterscheidet in seinem 2014 erschienenen Buch *Citizen Science* zwei Grundbedeutungen: In der ersten wird die Einbeziehung von Bürger_innen eher von der professionellen Wissenschaft initiiert und kontrolliert. Diese Form findet sich tendenziell im amerikanischen Raum. Die zweite Bedeutung bezeichnet eine vom professionellen Wissenschaftsbetrieb eher unabhängige und selbständige Form der Bürgerwissenschaft. Diese findet sich mehr im europäischen, insbesondere im deutschsprachigen Raum und stellt für die Wissenschaftstheorie und Wissenschaftspolitik die größere Herausforderung dar.¹²⁹

Das genannte Beispiel »Foldit« kann zur ersten Form gezählt werden. Finke weist jedoch darauf hin, dass es bei Citizen Science – im Unterschied zum Crowdsourcing – gerade nicht nur darum geht, möglichst viele Personen in die wissenschaftliche Forschung einzubeziehen, auch wenn genau das durch die digitalen Kommunikationstechnologien möglich ist.¹³⁰ Im Verständnis der zweiten Bedeutung, die sich stärker mit dem Ansatz des demokratischen Experimentalismus überschneidet, hängt Bürgerwissenschaft vielmehr mit einer Demokratisierung der Wissenschaft zusammen.¹³¹ Ein wesentlicher Vorteil von Bürgerwissenschaft besteht, wie Finke beschreibt, in der Nähe der Beteiligten zu den zu erforschenden Problemen. Daraus ziehen die meisten Beteiligten auch die primäre Motivation für ihr Engagement. Bürgerwissenschaft kann demnach

128 Vgl. Alan Irwin (1994): *Citizen Science. A Study of People, Expertise and Sustainable Development*, London/New York: Routledge; Peter Finke (2014): *Citizen Science. Das unterschätzte Wissen der Laien*, München: Oekom; Janis L. Dickinson und Rick Bonney, Hrsg. (2015): *Citizen Science. Public Participation in Environmental Research*, Ithaca, NY: Cornell University Press.

129 Vgl. Finke, *Citizen Science*, S. 44.

130 Ebd., S. 45.

131 Vgl. Stella Veciana und Claudia Neubauer (2016): *Demokratisierung der Wissenschaft. Anforderungen an eine nachhaltigkeitsorientierte partizipative Forschung*, mitarbeiten.skript Nr. 10, Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit.

als »Wissenschaft im Alltags- und Lebenskontext« verstanden werden. »[S]ie entsteht in der Mitte der Gesellschaft. Ihre Fragen sind Fragen, welche die Bürger umtreiben.«¹³² Eine Bürgerwissenschaftlerin »ist ein Mensch, der ein spontanes, starkes Interesse an bestimmten Wissensinhalten hat und diesem Interesse nachgeht, weil er es möchte, nicht, weil ihn ein Fachumfeld oder seine Karriere dazu drängen.«¹³³ Die Praxis- und Anwendungsnähe ermöglicht ein differenziertes Denken in Übergängen und Zusammenhängen, weil der Untersuchungsprozess nicht von abstrakten Begriffen und Theorien ausgeht. Zudem ermöglicht die Abwesenheit von akademischen, institutionellen und disziplinären Grenzen und Zwängen ein größeres Maß an Freiheit und Kreativität im Untersuchungsprozess. Andererseits stoßen bürgerwissenschaftliche Projekte aufgrund der unterentwickelten Theoriebildung jedoch an ihre Grenzen, wenn ein hohes Abstraktionsniveau erforderlich ist oder aufwendige Geräte und Labore benötigt werden. Zudem fehlen etablierte Mechanismen der wissenschaftlichen Selbstkontrolle.¹³⁴

Mit der aktiven, nicht bloß instrumentellen Einbeziehung von Laien in wissenschaftliche Untersuchungsprozesse geht eine Abschwächung der starken Trennung von Expert_innen und Laien einher – zugunsten eines durchlässigeren Modells. Das ruft jedoch insbesondere auf Seiten der etablierten Wissenschaft Vorbehalte, Spannungen und Widerstände hervor, da ihre Vertreter_innen angesichts der hohen theoretischen und methodischen Voraussetzungen um die Qualität der Forschung fürchten. Dass die Grenzen zwischen Wissenschaftler_innen und gewöhnlichen Bürger_innen aber fließend sein können, zeigt das breite Spektrum der Bürgerwissenschaftler_innen. Es reicht von interessierten Laien über Akademiker_innen, die in ihrem Hauptberuf außerhalb der Wissenschaft tätig sind, aber in ihrer Freizeit forschen, bis hin zu anerkannten Spezialist_innen, die sich über Jahrzehnte – zum Teil autodidaktisch – mit einem Fachgebiet auseinandergesetzt haben, aber nicht an die institutionalisierte Wissenschaft angebunden sind.

132 Finke, *Citizen Science*, S. 40.

133 Ebd., S. 40 f.

134 Ebd., S. 93–106, 163 f.

Wie Dewey in seinem wissenschaftstheoretischen Ansatz betont, muss wissenschaftliches Denken als ein Kontinuum aufgefasst werden, das sich vom problemlösenden Denken im Alltag bis in die komplexen theoretischen Modelle der Wissenschaften erstreckt. In der demokratischen Konzeption von Bürgerwissenschaft wird dementsprechend kein entgegengesetztes, sondern ein kooperatives Verhältnis von Wissenschaft und Öffentlichkeit entworfen, das den Beitrag der Laien ernst nimmt und diese nicht nur als Zuarbeiter für die Wissenschaft ansieht. Bürgerwissenschaftler_innen teilen »die Überzeugung, dass Wissenschaft für die Zukunft des Lebens auf der Erde und im Weltall so überaus wichtig ist, dass man sie nicht den jeweiligen Experten allein überlassen darf.«¹³⁵ Doch auch professionelle Wissenschaftler_innen und Expert_innen sind Bürger_innen, wenn es um soziale und gesellschaftliche Angelegenheiten geht, von denen sie selbst betroffen sind. Und sie sind Laien in Bezug auf alle Angelegenheiten, die nicht ihr engeres Fachgebiet betreffen. Darauf hatte schon Walter Lippmann hingewiesen: »Those who are expert are so on only a few topics.«¹³⁶ Diese Auffassung findet sich auch im Verständnis von Bürgerwissenschaft wieder:

»Laien sind wir alle, insofern wir unsere Existenz außerhalb jenes schmalen Kompetenzbereichs betrachten, in dem wir eine Ausbildung genossen und den wir dann in der Regel zu unserem Beruf gemacht haben. [...] Laie ist man nie in jeglicher Hinsicht, sondern immer nur in Bezug auf bestimmte Sachgebiete oder eine in Rede stehende Profession. Wenn es um Wissenschaft geht, sind alle Personen Laien, die keine Berufswissenschaftler [sind, Anm. d. Verf.] oder auf einem Gebiet forschen und tätig sind, das sie nicht studiert haben.«¹³⁷

Auch wenn im demokratischen Experimentalismus eine enge Kooperation zwischen Wissenschaftler_innen und Betroffenen im Prozess der Untersuchung öffentlicher Angelegenheiten gefordert wird, lässt sich das bestehende Spannungsverhältnis zwischen

135 Ebd., S. 44.

136 Lippmann, *Public Opinion*, S. 116.

137 Finke, *Citizen Science*, S. 39.

Wissenschaft und Öffentlichkeit nicht auf allgemeiner, begrifflicher Ebene klären. Mit dem Vorschlag, Öffentlichkeiten als kooperative Untersuchungsprozesse zu verstehen, ist die Hoffnung verbunden, unterschiedliche Perspektiven auf eine gemeinsame problematische Situation in einem demokratischen Prozess auf Augenhöhe zusammenzubringen und keine hierarchische Ordnung vorauszusetzen, der zufolge wissenschaftliche Expertise über die Alltagserfahrung gestellt wird. Bürgerwissenschaftliche Projekte machen zwar, auch wenn sie in den letzten Jahren zugenommen haben und aktiv gefördert werden, nur einen sehr kleinen Teil der wissenschaftlichen Forschung aus. Doch die Erfahrungen aus zahlreichen konkreten Projekten ermöglichen wertvolle Lernprozesse, etwa in Bezug auf die Herausforderungen, die sich in der Organisation einer engeren Kooperation zwischen Wissenschaftler_innen und Betroffenen für beide Seiten ergeben.¹³⁸ Daraus können wichtige Einsichten für die Organisation von kooperativen Untersuchungsprozessen zu öffentlichen Angelegenheiten gewonnen werden. In diesem Sinn tragen Bürgerwissenschaften zu den Voraussetzungen für die Verbreitung von Formen intelligenter Kooperation bei.

¹³⁸ Eine Übersicht von bürgerwissenschaftlichen Projekten in Deutschland findet sich unter <http://www.buergerschaffenwissen.de/> (abgerufen am 25.08.2018).

SCHLUSSBETRACHTUNG

Das Anliegen der vorliegenden Arbeit besteht darin, eine systematische Rekonstruktion und Interpretation der Öffentlichkeitskonzeption von John Dewey zu liefern und zu zeigen, dass diese als Grundlage einer Theorie digitaler Öffentlichkeiten dienen kann. Dafür sprechen eine Reihe von Gründen, die im Verlauf der Arbeit deutlich geworden sind und im Folgenden abschließend zusammengefasst werden sollen.

Zur Einführung in den historischen Entstehungskontext von Deweys Öffentlichkeitstheorie habe ich eingangs die Überlegungen des Journalisten Walter Lippmann vorgestellt (Kap. 2), der sich Anfang der 1920er Jahre kritisch mit dem Begriff und Phänomen der Öffentlichkeit in modernen Massengesellschaften auseinandergesetzt hat. Deweys Buch *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, in dem er seine Öffentlichkeitstheorie erstmals systematisch dargelegt hat, ist 1927 als unmittelbare Antwort auf Lippmanns Publikationen erschienen. Die Themen und Fragen, die von Lippmann und Dewey behandelt werden, sind unter anderem die Krise der Medien durch gezielte Propaganda, der Vertrauensverlust der Bürger_innen in das politische Establishment sowie die Verzerrung politischer Entscheidungsprozesse durch den Einfluss wirtschaftlicher Interessen. Daraus wird deutlich, dass die gesellschaftlichen Probleme am Beginn des 20. Jahrhunderts den gegenwärtigen Herausforderungen und Krisen der Demokratie durchaus ähnlich sind. Diese strukturelle Ähnlichkeit der historischen Situationen liefert einen ersten Hinweis darauf, dass Deweys Überlegungen zur Öffentlichkeitstheorie auch für die Gegenwart von Bedeutung sein können. Eine weitere Ähnlichkeit besteht darin, dass Deweys philosophischer Ansatz des demokratischen Experimentalismus maßgeblich von der Auseinandersetzung mit den tiefgreifenden gesellschaftlichen Folgen des *ersten Maschinenzeitalters* geprägt ist. Dementsprechend ist seine Öffentlichkeitskonzeption auf die demokratische Bewältigung von gesellschaftlichen Veränderungsprozessen ausgerichtet, die durch

soziale, wissenschaftliche und technologische Innovationen in den Bereichen der Kommunikation, des Transportwesens und der materiellen Produktion hervorgerufen wurden. Weil Deweys Ansatz dennoch funktional offen ist, lässt er sich auch auf die gegenwärtige Transformation der Öffentlichkeit im *zweiten Maschinenzeitalter* – dem *digitalen Zeitalter* – übertragen.

Um die weitreichenden theoretischen Grundlagen von Deweys Ansatz zu verstehen, war es notwendig, im ersten Teil dieser Arbeit die erkenntnis- und handlungstheoretischen, methodologischen, sozialphilosophischen und demokratietheoretischen Annahmen des demokratischen Experimentalismus systematisch zu rekonstruieren (Kap. 3, 4 und 5). In seiner Demokratietheorie geht Dewey davon aus, dass moderne Gesellschaften aufgrund der genannten Innovationen einem kontinuierlichen Wandel unterliegen, der das Zusammenleben von Menschen verändert und Folgeprobleme erzeugt, die demokratisch kontrolliert und reguliert werden müssen (Kap. 5.2). Zu Deweys Zeit waren das vor allem die sozialen Folgen der industriellen Revolution. Heute sind es die sozialen Folgen der digitalen Revolution, des Klimawandels und der wirtschaftlichen Globalisierung, wie entgrenzte Finanzmärkte und wachsende Flüchtlings- und Migrationsströme. Um diese Herausforderungen zu bewältigen, sind moderne Gesellschaften auf kollektive Lernprozesse und soziale Innovationen angewiesen, die wiederum neue, unbekannte Folgen nach sich ziehen. Die Idee der Demokratie kann Dewey zufolge deshalb nicht auf ein bestimmtes politisches Regierungssystem, auf ein statisches Gebilde aus institutionellen Arrangements, Überzeugungen und Werten reduziert werden, sondern muss als *kreative Demokratie* konzipiert werden, die sich selbst kontinuierlich erneuert. Demokratie stellt für Dewey diejenige soziale Lebensform dar, die am besten geeignet ist, mit diesen kontinuierlichen und unvorhersehbaren Veränderungen umzugehen, weil sie die Beteiligung aller Menschen an der kooperativen Reflexion und Kontrolle dieser Veränderungen ermöglicht. Eine zentrale Bedingung für eine demokratische Gesellschaft, die zu dieser kontinuierlichen Selbsterneuerung fähig ist, besteht darin, dass sie offen sein muss für die kritische Auseinandersetzung mit ihren historisch gewachsenen Institutionen, Traditionen, Normen und Überzeugungen. Auch wenn diese oft selbstverständlich und unveränderbar

erscheinen, müssen sie sich an die veränderten sozialen Bedingungen anpassen. In diesem Sinn sind die bestehenden institutionellen Strukturen nicht absolut, sondern immer nur vorläufig und *experimentell*. Das ist kein Ausdruck von relativistischer Beliebigkeit oder Traditionslosigkeit, sondern der notwendigen Reflexions- und Lernfähigkeit einer modernen demokratischen Gesellschaft.

Im Unterschied zu den meisten in der Öffentlichkeitsforschung etablierten Ansätzen geht Dewey in seiner Öffentlichkeitskonzeption (Kap. 6) nicht von der öffentlichen Kommunikation oder der öffentlichen Meinung aus, die durch die Massenmedien vermittelt wird. Zwar spielt die Kommunikation eine zentrale Rolle, aber diese ist nicht auf die Logik der Massenmedien ausgerichtet. Der Begriff Öffentlichkeit bezeichnet in Deweys Ansatz keine spezifische Sphäre des politischen Handelns, die vom Markt, vom Staat oder von der Privatsphäre getrennt werden könnte. Er beschreibt vielmehr die reflexive Struktur kollektiver Problemlösungsprozesse und orientiert sich dazu an der Logik des reflexiven Denkens und Forschens (Kap. 4). Im Zentrum von Deweys Konzeption steht das menschliche Handeln und Verhalten, genauer: die *Reflexion* und empirische Untersuchung der komplexen sozialen Inter- und Transaktionen. Dadurch ist in seinem Ansatz eine enge Verbindung von Theorie und Empirie angelegt. In Abgrenzung vom methodologischen Individualismus der neuzeitlichen Subjektphilosophie wird im demokratischen Experimentalismus angenommen, dass sich das menschliche Denken und Handeln nur im Kontext eines evolutionären Kontinuums aus sozialen und materiellen Interaktionen beschreiben lässt. Mit der interaktionistischen Erkenntnis- und Handlungstheorie wird eine prozessuale und holistische Perspektive auf das menschliche Verhalten eingenommen. Auf dieser Grundlage werden soziale Praktiken, die sich in kulturellen Traditionen und Institutionen stabilisiert haben, als vorläufige Ergebnisse offener kultureller Entwicklungs- und Lernprozesse beschrieben. Zugleich sind diese institutionalisierten sozialen Praktiken flexibel genug, um sich an veränderte Bedingungen des Handelns anzupassen. Eine solche aktive Anpassung der bestehenden gesellschaftlichen Institutionen, Normen und Überzeugungen ist insbesondere dann erforderlich, wenn Probleme, Krisen oder schlicht neue Situationen auftreten, die den gewohnten Handlungsablauf und die

Erwartungen stören oder irritieren. Der aussichtsreichste Weg, auf die komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen zu reagieren, die sich modernen Gesellschaften stellen, besteht in einer möglichst strukturierten und systematischen Vorgehensweise. Dazu schlägt Dewey die Übertragung der experimentellen Methode der modernen Wissenschaft auf soziale und moralische Angelegenheiten vor. Die Struktur der reflexiven und experimentellen Problemlösung, die Dewey als Prozess in fünf Phasen beschreibt (Kap. 4.1), ist funktional so offen, dass sie sowohl auf einfache alltägliche als auch auf komplexe wissenschaftliche Angelegenheiten angewendet werden kann. Diese Struktur bildet die Grundlage jener kooperativen Untersuchungsprozesse zur Klärung von öffentlichen Angelegenheiten, die im Zentrum von Deweys Öffentlichkeitstheorie stehen.

Der Begriff der Öffentlichkeit beschreibt in Deweys Ansatz demnach den kooperativen Prozess der Wahrnehmung und der demokratischen Regulierung öffentlicher Angelegenheiten. Dabei werden öffentliche Angelegenheiten als problematische Situationen in ihrem konkreten historischen Kontext empirisch untersucht. Diese Untersuchungsprozesse werden jedoch nicht allein von Wissenschaftler_innen oder Expert_innen durchgeführt. Durch die Ausrichtung der kooperativen Untersuchungsprozesse auf die Perspektive der Betroffenen verbindet Dewey in seiner Logik der Forschung vielmehr den *Common Sense* der Betroffenen mit den wissenschaftlichen Expertenkulturen.¹ Da jeder Untersuchungsprozess auf eine konkrete Situation ausgerichtet ist, weist er, je nach Angelegenheit, unterschiedliche Akteur_innen und Organisationsstrukturen auf. Die von Dewey beschriebenen Phasen der Problemlösung können folglich – in Abhängigkeit von der zu klärenden problematischen Situation – unterschiedliche Formen und Zeiträume umfassen. Demnach gibt es potenziell ebenso zahlreiche Öffentlichkeiten, wie es öffentliche Angelegenheiten gibt, die einer politischen Regulierung bedürfen. Die entsprechenden problematischen Situationen können sich zudem auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene bewegen, wie ich exemplarisch anhand der Brandenburger Maerker-Plattform, der Ereignisse um »Stuttgart 21« und

¹ Vgl. Hans-Peter Krüger (2001): *Zwischen Lachen und Weinen*, Band 2: Der dritte Weg Philosophischer Anthropologie und die Geschlechterfrage, Berlin: Akademie Verlag, S. 214.

der NSA-Überwachungsaffäre gezeigt habe (Kap. 7.2). In dieser problemorientierten, pluralistischen und situativen Konzeption von Öffentlichkeiten besteht ein zentrales Merkmal von Deweys Ansatz. Dadurch lässt sich seine Konzeption nicht nur auf nationalstaatliche, sondern auch auf lokale und transnationale Öffentlichkeiten anwenden.

Ein weiterer origineller Aspekt besteht darin, dass Dewey öffentliche und private Angelegenheiten *funktional* anhand der Handlungsfolgen unterscheidet. Ausgehend von der interaktionistischen Handlungstheorie lässt sich alles Handeln als Interaktion von Menschen mit ihrer materiellen und sozialen Umwelt begreifen. In Abhängigkeit vom Ausmaß und der Wichtigkeit der Handlungsfolgen werden einige dieser Interaktionen zu *öffentlichen* Angelegenheiten (Kap. 6). Weil wir nicht vorab genau wissen oder abschätzen können, welche sozialen Interaktionen so weitreichende und schwerwiegende Folgen haben werden, dass sie zu öffentlichen Angelegenheiten und somit zum Gegenstand eines kooperativen Untersuchungsprozesses werden, können wir den Bereich des öffentlichen oder politischen Handelns nicht vorab definitorisch bestimmen. Rein hypothetisch könnte *jede* Interaktion zu einer öffentlichen Angelegenheit werden, deshalb sind wir auf eine funktional offene Konzeption angewiesen, die sich an den absehbaren Handlungsfolgen orientiert, aber auch die nicht-intendierten Folgen einbezieht, die erst später eintreten. Diese funktionale und kontextabhängige Bestimmung öffentlicher Angelegenheiten ist angesichts der Bedeutungsverschiebung des Privaten und des Öffentlichen durch die digitalen Kommunikationstechnologien äußerst hilfreich, weil das Öffentliche nicht auf eine bestimmte Sphäre des Handelns und der Kommunikation festgelegt wird.²

Deweys Konzeption von Öffentlichkeiten eignet sich zugleich dazu, die historische Entstehung und Veränderung der öffentlichen Institutionen zu erklären, die mit der Regulierung öffentlicher

² Damit kann Deweys Öffentlichkeitskonzeption komplementär zu Helen Nissenbaums Konzeption von Privatheit im digitalen Zeitalter verstanden werden, auch wenn sie sich nicht direkt auf Dewey bezieht. Nissenbaum kritisiert das Sphärenmodell von Privatheit und plädiert für einen kontextorientierten Ansatz, vgl. Helen F. Nissenbaum (2009): *Privacy in Context. Technology, Policy, and the Integrity of Social Life*, Stanford: Stanford University Press, bes. Kap. 5, 7 und 9.

Angelegenheiten befasst sind. Die bestehenden Einrichtungen und Organisationen, Regeln und Normen sind selbst Ergebnisse historischer Reflexions- und Lernprozesse. In erster Linie handelt es sich dabei um staatliche Einrichtungen wie Parlamente, Gerichte, Schulen, Universitäten oder Behörden der öffentlichen Verwaltung. Aber auch Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Initiativen, transnationale Organisationen und Unternehmen, die sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, gehören dazu. Die bestehenden institutionellen Strukturen sind in der Regel jedoch auf die Bearbeitung bereits bekannter öffentlicher Angelegenheiten ausgerichtet. Die kooperativen Untersuchungsprozesse, die im Zentrum von Deweys Öffentlichkeitskonzeption stehen, sind dagegen mit der Untersuchung und Klärung von *neuen* problematischen Situationen befasst, für die noch keine institutionellen Strukturen etabliert sind oder für deren Lösung die bestehenden Strukturen nicht angemessen sind. Öffentlichkeiten reagieren somit auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die eine Anpassung und Verbesserung der bestehenden institutionellen Strukturen notwendig machen. Zugleich stellen die bereits bestehenden Strukturen die Bedingungen für die Organisation kooperativer Untersuchungsprozesse dar. Die bestehenden institutionellen Strukturen sind daher zugleich Teil der Lösung und Teil des Problems öffentlicher Angelegenheiten. Das gilt auch für die digitalen Technologien als soziale und materielle Produkte. Diese Spannungen, die aus der Doppelstruktur der Öffentlichkeiten folgen, lassen sich zwar auch im demokratischen Experimentalismus nicht auflösen, aber sie können reflektiert werden und zu einer kontinuierlichen Verbesserung führen.

Im Anschluss an die Darstellung von Deweys Öffentlichkeitskonzeption konnten schließlich die Konsequenzen für die theoretische und empirische Auseinandersetzung mit digitalen Öffentlichkeiten untersucht werden (Kap. 7). Für die Theorie digitaler Öffentlichkeiten lassen sich aus Deweys Ansatz zwei Strategien ableiten, die in der Doppelstruktur der Öffentlichkeit begründet sind. Zum einen sind mit den digitalen Technologien nicht-intendierte Folgen verbunden, die zu öffentlichen Angelegenheiten werden können und politisch reguliert werden müssen. Der Begriff der digitalen Öffentlichkeiten bezeichnet in diesem Sinn die kooperativen Untersu-

chungsprozesse, die mit der Regulierung von Technikfolgen befasst sind. Zum anderen werden durch die digitalen Technologien die Bedingungen der Organisation und Durchführung kooperativer Untersuchungsprozesse verändert. Durch den direkten und umfassenden Austausch von Erfahrungen und Informationen ermöglichen digitale Informations- und Kommunikationstechnologien neue Formen der intelligenten Kooperation.

Um die gegenwärtige Transformation der Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter erfassen zu können, ist in der Öffentlichkeitstheorie letztlich eine erweiterte Perspektive notwendig, die nicht nur den massenmedialen Diskurs, sondern auch die Veränderung sozialer Praktiken und institutioneller Strukturen in den Blick nimmt. Wie sich die Formen und Bedingungen intelligenter Kooperation im digitalen Zeitalter verändern, habe ich im letzten Kapitel exemplarisch anhand der Bewegungen für freie und Open-Source-Software, Open Access, Open Content, Open Data, Open Government und Open Science beschrieben (Kap. 8). Dabei handelt es sich um soziale Praktiken, die im Sinne des demokratischen Experimentalismus auf eine Reflexion und Veränderung jener institutionellen Strukturen abzielen, die die Bedingungen für die kooperativen Untersuchungsprozesse darstellen – etwa das Urheberrecht für immaterielle Güter, die Publikationsbedingungen in der Wissenschaft oder die Transparenz des Verwaltungshandelns.

Deweys prozessuale Konzeption der Logik konnte sich zwar in den 1940er Jahren in der akademischen Philosophie nicht gegen die formale Logik durchsetzen.³ Doch in vielen gesellschaftlichen Bereichen hat sich ab der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend eine prozessorientierte Denkweise etabliert, die große Ähnlichkeit mit dem Ansatz von Dewey aufweist. Daran hat nicht zuletzt die Digitalisierung einen wesentlichen Anteil: In der Wirtschaft hat die elektronische Datenverarbeitung spätestens seit den 1980er Jahren zu einer Neuorganisation der funktional differenzierten Arbeitsabläufe geführt, die sich durch die – auch von Dewey kritisierte – Trennung von Planung und Ausführung und durch hierarchische Organisationsstrukturen auszeichnen. Durch die Digitalisierung und Zentralisierung der relevanten Geschäftsdaten

³ Vgl. Krüger, *Zwischen Lachen und Weinen*, S. 215.

wurden neue prozessorientierte Organisationsformen möglich und notwendig. Mit der Einführung von ERP-Systemen (*Enterprise Resource Planning*), in denen die verschiedenen Geschäftsbereiche eines Unternehmens zusammengeführt und gesteuert werden können, hat sich die Ausrichtung auf Prozesse in den 1990er Jahren sprunghaft verstärkt. Etwa seit 2010 haben sich durch das »Cloud Computing«, das heißt durch die Nutzung von IT-Infrastruktur und -Anwendungen über das Internet, die Bedingungen und Möglichkeiten für eine Reorganisation der Geschäftsprozesse nochmals umfassend verändert.

Die prozessuale Perspektive auf die Arbeitsabläufe innerhalb eines Unternehmens sowie auf die Zusammenarbeit mit Kund_innen und Lieferant_innen erfordert eine verstärkte Kooperation der funktionalen Teilbereiche, was der hierarchischen Struktur zuwiderläuft und in großen Organisationen auf entsprechenden Widerstand gestoßen ist.⁴ Diese Veränderung der klassischen Organisationsformen stellt einen Paradigmenwechsel im Denken und Handeln dar, der hohe Anforderungen an alle Beteiligten stellt, da das Denken in zusammenhängenden und bereichsübergreifenden Prozessen – statt in isolierten Aufgaben und Funktionsbereichen – in den betroffenen Organisationen erst etabliert werden muss. Während sich dieser Kulturwandel in großen Unternehmen bereits seit den 1990er Jahren vollzieht, stellt sich diese Aufgabe gegenwärtig auch in der öffentlichen Verwaltung – nicht zuletzt durch die flächendeckende Einführung von »E-Government«.⁵ Die vollständige Digitalisierung der Regierungs- und Verwaltungsprozesse von der kommunalen bis zur transnationalen Ebene macht eine umfassende behörden- und ressortübergreifende Kooperation notwendig, der die gewohnten hierarchischen und funktional differenzierten Organisationsstrukturen entgegenstehen. Damit die öffentliche Verwaltung effizienter und transparenter wird und auch für Bürger_innen und Unternehmen zukünftig alle Verwaltungsleistungen online und rund um die Uhr angeboten werden können, ist eine umfassende Reorganisation der institutionellen

4 Vgl. Andreas Gadatsch (2017): *Grundkurs Geschäftsprozess-Management*, Wiesbaden: Springer, S. 4 f.

5 Vgl. Köhl u. a., *Stein-Hardenberg 2.0.*

Strukturen notwendig.⁶ Diese Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung lässt sich ebenfalls mit Deweys Öffentlichkeitskonzeption in den Blick nehmen. Schließlich sind die kooperativen Untersuchungsprozesse im demokratischen Experimentalismus auf eine kontinuierliche Verbesserung der öffentlichen Strukturen und Institutionen ausgerichtet. Hier schließt sich die Diskussion zum »New Public Management« (NPM) an, das in Deutschland seit den 1990er Jahren als »Neues Steuerungsmodell« bekannt ist. Darin geht es um die Übertragung von erfolgreichen Lernprozessen in der Wirtschaft auf die öffentliche Verwaltung (Kap. 8.3). Mehrere Autoren, die sich mit der Weiterentwicklung von Deweys politischer Philosophie beschäftigen, weisen darauf hin, dass der Ansatz des demokratischen Experimentalismus eine Alternative oder zumindest ein Korrektiv zum »New Public Management« darstellt.⁷

Nicht zuletzt bieten sich durch die historische Verwandtschaft von Deweys Philosophie mit der frühen Chicagoer Schule der Soziologie zahlreiche Überschneidungen und Anknüpfungspunkte zu anderen sozialwissenschaftlichen Theorien wie den empirischen Ansätzen der qualitativen Sozialforschung, soziologischen Praxistheorien oder den *Science and Technology Studies* (Kap. 4.3). Viele der Annahmen des demokratischen Experimentalismus haben sich in den unterschiedlichen Disziplinen zwar bereits durchgesetzt und wurden weiterentwickelt. Doch Deweys Öffentlichkeitskonzeption bietet einen theoretischen Rahmen, der diese Annahmen in einen eigenständigen Ansatz integriert. Darüber hinaus gibt es auch Gemeinsamkeiten zwischen dem von Dewey beschriebenen Problemlösungsprozess und praktischen Ansätzen und Methoden, worauf ich an unterschiedlichen Stellen hingewiesen habe (Kap. 7.2 und 8.3) – beispielsweise mit strukturierten Problemlösungs- und Innovationsmethoden wie »Design Thinking«, mit dem kontinuier-

6 Vgl. Jörg Becker, Lars Algermissen und Thorsten Falk (2009): *Prozessorientierte Verwaltungsmodernisierung. Prozessmanagement im Zeitalter von E-Government und New Public Management*, Berlin u. a.: Springer; Stefan Zahradnik (2017): »New Public Management, Prozessmanagement und Deregulierung – Potenziale neben einer Funktional- und Gebietsreform in Thüringen«, in: *Regieren in Kommunen. Theorie und Praxis der öffentlichen Verwaltung*, hrsg. von Elmar Hinz, Wiesbaden: Springer, S. 157–168.

7 Ansell und Torfing, »Collaboration and design«; vgl. auch Sabel, »Eine stille Revolution demokratischer Gouvernanz«, S. 151 ff.; Frega, »The Democratic Project«, S. 272.

lichen Verbesserungsprozess (KVP) im Qualitätsmanagement oder mit der Konzeption lernender Organisationen in der Organisationsentwicklung. Diese vielfachen theoriegeschichtlichen Zusammenhänge aufzudecken, zu vergleichen und zusammenzuführen, ist ebenfalls eine Aufgabe für die weiterführende Erforschung des demokratischen Experimentalismus. Für die zukünftige Durchführung kooperativer Untersuchungsprozesse zur Regulierung öffentlicher Angelegenheiten ist es zudem notwendig, die Ergebnisse vergangener Lernprozesse systematisch zu evaluieren, um daraus Kriterien abzuleiten, welche der eingesetzten Methoden, Organisationsstrukturen und Vorgehensmodelle unter welchen Bedingungen sich für welche Phasen im Untersuchungsprozess bewährt haben und für welche Arten von problematischen Situationen sie geeignet sind.⁸

Dass die neuen technologischen Möglichkeiten der Organisation und Zusammenarbeit bereits experimentell erkundet werden, zeigen die in der Einleitung erläuterten Beispiele, wie das 2013 von der Landesregierung in Baden-Württemberg eingerichtete Online-Beteiligungsportal oder die Online-Bürgerbeteiligungsplattform der Enquete-Kommission *Internet und digitale Gesellschaft*. Die Lernprozesse, die aus diesen Pilotversuchen resultieren, haben bereits zur Einrichtung weiterer Beteiligungsplattformen in anderen Bundesländern geführt. Im Fall der Enquete-Kommission haben sich die Erwartungen an die aktive Beteiligung der Öffentlichkeit zwar nicht erfüllt, aber die erfolgreichen Lernprozesse auf der kommunalen und regionalen Ebene lassen darauf hoffen, dass die neuen digitalen Öffentlichkeiten mit verbesserten Konzepten, Methoden und angemessenen Erwartungen auch bald in größeren Zusammenhängen auf der nationalen, transnationalen und globalen Ebene erprobt werden können. Für eine dazu notwendige Theorie digitaler Öffentlichkeiten bietet Deweys demokratischer Experimentalismus, wie in dieser Arbeit gezeigt werden konnte, eine geeignete Grundlage.

8 Beispiele für eine derartige systematische Aufbereitung der Ergebnisse erfahrungsbasierter Lernprozesse sind das auf Beteiligungsverfahren ausgerichtete Projekt *Participedia* (<https://www.participedia.net/>), aber auch Best-Practice-Ansätze, die sich im Projektmanagement zur strukturierten Organisation von Veränderungsprozessen etabliert haben, wie *PRINCE2* (<http://prince2.wiki/PRINCE2>).

SIGLENVERZEICHNIS

Wenn keine deutsche Übersetzung vorliegt, werden die Werke von John Dewey mit den folgenden Siglen zitiert:

- EW John Dewey: *The Early Works*, 1882–1898, 5 Bde., hrsg. von Jo Ann Boydston, Carbondale/Edwardsville: Southern Illinois University Press, 1967–1972.
- MW John Dewey: *The Middle Works*, 1899–1924, 15 Bde., hrsg. von Jo Ann Boydston, Carbondale/Edwardsville: Southern Illinois University Press, 1976–1983.
- LW John Dewey: *The Later Works*, 1925–1953, 17 Bde., hrsg. von Jo Ann Boydston, Carbondale/Edwardsville: Southern Illinois University Press, 1981–1990.

LITERATURVERZEICHNIS

- Adloff, Frank und Dirk Jörke (2013): »Gewohnheiten, Affekte und Reflexivität. Ein pragmatistisches Modell sozialer Kooperation im Anschluss an Dewey und Mead«, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* Sonderheft 12/2013: *Potentiale einer pragmatistischen Sozialtheorie. Beiträge anlässlich des 150. Geburtstags von George Herbert Mead*, hrsg. von Frithjof Nungesser und Franz Ofner, S. 21–41.
- Adolf, Marian (2012): »Öffentlichkeit zwischen Idealisierung und Kritik«, in: *Medien- und Zivilgesellschaft*, hrsg. von Alexander Filipović, Michael Jäckel und Christian Schicha, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 69–83.
- Adolf, Marian und Nico Stehr (2010): »Die Macht der neuen Öffentlichkeit. Die Konstitution neuer Öffentlichkeiten zwischen Internet und Straße«, in: *vorgänge* 4, S. 15–26.
- Aikens, G. Scott (1999): »Deweyan systems in the Information Age«, in: *Digital Democracy. Discourse and Decision Making in the Information Age*, hrsg. von Barry N. Hague und Brian D. Loader, London u. a.: Routledge, S. 179–194.
- Albrow, Martin und Marlies Glasius (2007): »Introduction: Democracy and the Possibilities of a Global Public Sphere«, in: *Global Civil Society 2007/2008*, hrsg. von Mary Kaldor u. a., London: Sage, S. 1–18.
- Allan, Stuart (2010): »Journalism and Its Publics: The Lippmann-Dewey Debate«, in: *The Routledge Companion to News and Journalism*, hrsg. von Stuart Allan, London u. a.: Routledge, S. 60–70.
- Anderson, Chris (2008): »The End of Theory. The Data Deluge Makes the Scientific Method Obsolete«, in: *Wired.com* am 23.06.2008, URL: <https://www.wired.com/2008/06/pb-theory/> (abgerufen am 25.08.2018).
- Anderson, David J. (2011): *Kanban*, Heidelberg: Dpunkt.Verlag.
- Ansell, Christopher (2011): *Pragmatist Democracy*, Oxford u. a.: Oxford University Press.

- Ansell, Christopher (2012): »Collaborative Governance«, in: *The Oxford Handbook of Governance*, hrsg. von David Levi-Faur, Oxford: Oxford University Press, S. 498–511.
- Ansell, Christopher und Alison Gash (2008): »Collaborative Governance in Theory and Practice«, in: *Journal of Public Administration Research and Theory* 18.4, S. 543–571.
- Ansell, Christopher und Jacob Torfing (2014): »Collaboration and design. New tools for public innovation«, in: *Public Innovation Through Collaboration and Design*, hrsg. von Christopher Ansell und Jacob Torfing, New York: Taylor & Francis, S. 1–18.
- Ansell, Christopher, Jarle Trondal und Morten Øgård (2017): »Turbulent Governance«, in: *Governance in Turbulent Times*, hrsg. von Christopher Ansell, Jarle Trondal und Morten Øgård, Oxford u. a.: Oxford University Press, S. 1–23.
- Antić, Andreas (2016): »John Dewey's Philosophical Legacy for the Global Access to Knowledge Movement in the Digital Age«, in: *Kinesis* 41.1, S. 6–16.
- (2017): »Digital vernetzte Öffentlichkeiten im demokratischen Experimentalismus«, in: *Politische Theorie und Digitalisierung*, hrsg. von Daniel Jacob und Thorsten Thiel, Baden-Baden: Nomos, S. 139–161.
- Argyris, Chris und Donald A. Schön (1978): *Organizational Learning. A Theory of Action Perspective*, Reading, MA: Addison-Wesley.
- (1999): *Die Lernende Organisation. Grundlagen, Methode, Praxis*, aus dem Amerikanischen übers. von Wolfgang Rhiel, Stuttgart: Klett-Cotta.
- Baack, Stefan (2011): »A New Style of News Reporting. Wikileaks and Data-Driven Journalism«, in: *Cyborg Subjects*, hrsg. von Bonni Rambatan und Jacob Johanssen, S. 113–122, URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-400253> (abgerufen am 25.08.2018).
- (2015): »Datafication and empowerment. How the open data movement re-articulates notions of democracy, participation, and journalism«, in: *Big Data & Society* 2.2, S. 1–11.

- (2016): »What big data leaks tell us about the future of journalism – and its past«, in: *Internet Policy Review*, URL: <https://policyreview.info/articles/news/what-big-data-leaks-tell-us-about-future-journalism-and-its-past/413> (abgerufen am 25.08.2018).
- (2018): »Civic Tech at mySociety. How the Imagined Affordances of Data Shape Data Activism«, in: *Krisis* 1 (1), S. 44–56, URL: <http://krisis.eu/civic-tech-at-mysociety-how-the-imagined-affordances-of-data-shape-data-activism/> (abgerufen am 25.08.2018).
- Bammé, Arno (2014): »Erkenntnis durch Handeln. John Deweys Erneuerung der Philosophie«, in: *Schlüsselwerke der Science & Technology Studies*, Wiesbaden: Springer VS, S. 39–52.
- Barouch, Gilles und Frédéric Ponsignon (2016): »The epistemological basis for quality management«, in: *Total Quality Management & Business Excellence* 27.7-8, S. 944–962.
- Barthe, Yannick u. a. (2016): »Pragmatische Soziologie. Eine Anleitung«, in: *Soziale Welt* 67.2, S. 205–232.
- Bawden, Tom (2016): »Global warming: Data centres to consume three times as much energy in next decade, experts warn«, in: *Independent* am 23.01.2016, URL: <http://www.independent.co.uk/environment/global-warming-data-centres-to-consume-three-times-as-much-energy-in-next-decade-experts-warn-a6830086.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- Beck, Ulrich (2004): *Der kosmopolitische Blick oder: Krieg ist Frieden*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich und Edgar Grande (2007): *Cosmopolitan Europe*, Cambridge, MA: Polity Press.
- (2010): »Jenseits des methodologischen Nationalismus. Außereuropäische und europäische Variationen der zweiten Moderne«, in: *Soziale Welt* 61.3-4, S. 187–216.
- Becker, Jörg, Lars Algermissen und Thorsten Falk (2009): *Prozessorientierte Verwaltungsmodernisierung. Prozessmanagement im Zeitalter von E-Government und New Public Management*, Berlin u. a.: Springer.

- Beitzer, Hannah und Oliver Klasen (2013): »Whistleblower Edward Snowden: Allein gegen die Supermacht«, in: *Süddeutsche Zeitung* am 10.6.2013, URL: <http://www.sueddeutsche.de/politik/whistleblower-edward-snowden-allein-gegen-die-supermacht-1.1692537> (abgerufen am 25.08.2018).
- Bergmann, Jörg R. (2000): »Ethnomethodologie«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 118–135.
- Bernstein, Richard (2000): »Creative Democracy – The Task Still Before Us«, in: *American Journal of Theology & Philosophy* 21.3, S. 215–228.
- Bertelsmann Stiftung und Staatsministerium Baden-Württemberg, Hrsg. (2014): *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden*, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 518 S.
- Bieber, Christoph (1999): *Politische Projekte im Internet. Online-Kommunikation und politische Öffentlichkeit*, Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Biederbeck, Max (2016): »Warum ihr selbst auf die Snowden-Dokumente zugreifen solltet«, in: *Wired.de* am 05.02.2016, URL: <https://www.wired.de/collection/life/schaut-die-snowden-dokumente-am-besten-selbst-durch> (abgerufen am 25.08.2018).
- Biermann, Kai (2014): »Rostige Brücken, unverständliche Daten«, in: *Datenblog von Zeit Online* am 2.9.2014, URL: <http://blog.zeit.de/open-data/2014/09/02/deutsche-bahn-bruecken-daten/> (abgerufen am 25.08.2018).
- Blickle, Paul, Karsten Polke-Majewski und Sascha Venohr (2014): »So kaputt sind Deutschlands Bahnbrücken«, in: *Zeit Online* am 2.9.2014, URL: <http://www.zeit.de/mobilitaet/2014-09/deutsche-bahn-bruecken-zustand> (abgerufen am 25.08.2018).
- Bollier, David (2010): *The Promise and Peril of Big Data*, Communications and Society Program, Washington, DC: The Aspen Institute.
- boyd, danah und Kate Crawford (2012): »Critical questions for big data. Provocations for a cultural, technological, and scholarly phenomenon«, in: *Information, Communication & Society* 15.5, S. 662–679.

- Bray, Daniel (2009): »Pragmatic Cosmopolitanism. A Deweyan Approach to Democracy beyond the Nation-State«, in: *Millennium* 37.3, S. 683–719.
- (2011): *Pragmatic Cosmopolitanism Representation and Leadership in Transnational Democracy*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- (2016): »Die Vorteile des Pragmatismus in Theorien Kosmopolitischer Gerechtigkeit«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 64.5, S. 768–779.
- Brentel, Helmut (2015): »Argyris, Chris/Schön, Donald A. (1996): Organizational Learning II. Theory. Method and Practice. Reading: Addison Wesley«, in: *Schlüsselwerke der Organisationsforschung*, hrsg. von Stefan Kühl, Wiesbaden: Springer VS, S. 64–67.
- Brettschneider, Frank und Wolfgang Schuster, Hrsg. (2013): *Stuttgart 21. Ein Großprojekt zwischen Protest und Akzeptanz*, Wiesbaden: Springer.
- Brönnimann, Stefan (2015): *Climatic Changes Since 1700*, Heidelberg u. a.: Springer.
- Brunkhorst, Hauke (1998): *Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bruno-Jofré, Rosa del Carmen und Jürgen Schriewer, Hrsg. (2012): *The Global Reception of John Dewey's Thought. Multiple Refractions Through Time and Space*, Routledge International Studies in the Philosophy of Education, London u. a.: Routledge.
- Bruns, Axel (2009): »Vom Gatekeeping zum Gatewatching. Modelle der journalistischen Vermittlung im Internet«, in: *Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung*, hrsg. von Christoph Neuberger, Christian Nuernbergk und Melanie Rischke, Wiesbaden: Springer, S. 107–128.
- Bude, Heinz (2005): »Kommentar zu Michael Burawoy. Auf der Suche nach einer öffentlichen Soziologie«, in: *Soziale Welt* 56.4, S. 375–380.
- Bühl, Achim (1997): »Die virtuelle Gesellschaft. Ökonomie, Politik und Kultur im Zeichen des Cyberspace«, in: *Soziologie des Internets. Handeln im elektronischen Web-Werk*, hrsg. von Lorenz Gräf und Markus Krajewski, Frankfurt a. M./New York: Campus, S. 39–59.

- Bulmer, Martin (1984): *The Chicago School of Sociology. Institutionalization, Diversity, and the Rise of Sociological Research*, Chicago: University of Chicago Press.
- Bundesministerium des Innern (2012): *Open Government Data Deutschland. Eine Studie zu Open Government in Deutschland im Auftrag des Bundesministerium des Innern*, URL: https://www.verwaltung-innovativ.de/SharedDocs/Publikationen/eGovernment/open_government_data_deutschland_langfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=5 (abgerufen am 25.08.2018).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2016): *Open Access in Deutschland. Die Strategie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung*, URL: https://www.bmbf.de/pub/Open_Access_in_Deutschland.pdf (abgerufen am 25.08.2018).
- Bunz, Mercedes (2014): »Kritik an Offenheit. Steht ›Open‹ (wie in Open Access) nicht mehr für Fortschritt?«, in: *Berliner Gazette* am 25.03.2014, URL: <http://berlingazette.de/kritik-an-open-konjunktur/> (abgerufen am 25.08.2018).
- Burawoy, Michael (2005): »For Public Sociology«, in: *Soziale Welt* 56.4, S. 347–374.
- Burrows, Roger und David Beer (2013): »Rethinking Space. Urban Informatics and the Sociological Imagination«, in: *Digital Sociology. Critical Perspectives*, hrsg. von Kate Orton-Johnson und Nick Prior, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 61–78.
- Bussemer, Thymian (2005): *Propaganda. Konzepte und Theorien*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bybee, Carl (1999): »Can Democracy Survive in the Post-Factual Age? A Return to the Lippmann-Dewey Debate About the Politics of News«, in: *Journalism & Communication Monographs* 1, S. 28–66.
- Calhoun, Craig (2013): *The Problematic Public: Revisiting Dewey, Arendt, and Habermas*, The Tanner Lectures on Human Values, URL: <http://tannerlectures.utah.edu/Calhoun%20Tanner%20Lecture.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).
- Campbell, James (1995): *Understanding John Dewey. Nature and Cooperative Intelligence*, Chicago: Open Court.
- Caspary, William R. (2000): *Dewey on Democracy*, Ithaca, NY: Cornell University Press.

- Castro Varela, María do Mar und Nikita Dhawan (2015): *Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung*, 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Bielefeld: Transcript.
- Cavanagh, Allison (2013): »Imagining Networks. The Sociology of Connection in the Digital Age«, in: *Digital Sociology. Critical Perspectives*, hrsg. von Kate Orton-Johnson und Nick Prior, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 169–185.
- Chomsky, Noam (1982): »Intellectuals and the State«, in: *Towards a New Cold War*, New York: Pantheon, S. 60–85.
- (2003): *Media Control. Wie uns die Medien manipulieren*, Hamburg: Europa Verlag.
- (2016): *What Kind of Creatures Are We?*, New York: Columbia University Press.
- Chow, Joel (2013): »The Internet and the Democratic Imagination. Deweyan Communication in the 21st Century«, in: *Contemporary Pragmatism* 10.2, S. 49–78.
- Cohen, Joshua und Charles F. Sabel (1997): »Directly-Deliberative Polyarchy«, in: *European Law Journal* 3.4, S. 313–342.
- Converse, Philip E. (2006): »The nature of belief systems in mass publics (1964)«, in: *Critical Review* 18.1-3, S. 1–74.
- Creel, George (1920): *How we advertised America. The First Telling of the Amazing Story of the Committee on Public Information that Carried the Gospel of Americanism to Every Corner of the Globe*, New York/London: Harper & Brothers.
- Crick, Nathan (2009): »The Search for a Purveyor of News. The Dewey/Lippmann Debate in an Internet Age«, in: *Critical Studies in Media Communication* 26.5, S. 480–497.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Cunningham, Craig A. (2009): »Transforming Schooling through Technology. Twenty-First-Century Approaches to Participatory Learning«, in: *John Dewey at 150. Reflections for a New Century*, hrsg. von A. G. Rud, Jim Garrison und Lynda Stone, West Lafayette, IN: Purdue University Press, S. 40–48.
- Dabrowska, Katarzyna (2010): »The Offstage of Democracy. The Problem of Social Dialogue in John Dewey's and Walter Lippmann's Writings«, in: *Lingua ac communitas* 20, S. 71–84.

- Dahlberg, Lincoln (2001): »Extending the Public Sphere through Cyberspace. The Case of Minnesota E-Democracy«, in: *First Monday* 6.3, URL: <http://firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/838/747> (abgerufen am 25.08.2018).
- (2007): »Rethinking the fragmentation of the cyberpublic: from consensus to contestation«, in: *New Media & Society* 9.5, S. 827–847.
- Dahlgren, Peter (2005): »The Internet, Public Spheres, and Political Communication. Dispersion and Deliberation«, in: *Political Communication* 22.2, S. 147–162.
- Dalton, Russell J. (1996): *Citizen Politics. Public Opinion and Political Parties in Advanced Industrial Democracies*, Chatham, NJ: Chatham House.
- (2007): *The Good Citizen. How A Younger Generation Is Reshaping American Politics*, Washington, DC: CQ Press.
- Dalton, Russell J., Bruce E. Cain und Susan E. Scarrow (2003): »Democratic Publics and Democratic Institutions«, in: *Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies*, hrsg. von Bruce E. Cain, Russell J. Dalton und Susan E. Scarrow, Oxford u. a.: Oxford University Press, S. 250–274.
- De Burca, Grainne, Robert O. Keohane und Charles F. Sabel (2014): »Global Experimentalist Governance«, in: *British Journal of Political Science* 2014, S. 477–486.
- Deimann, Markus (2013): »Open Education als partizipative Medienkultur? Eine bildungstheoretische Rahmung«, in: *Partizipative Medienkulturen*, hrsg. von Ralf Biermann, Johannes Fromme und Dan Verständig, Wiesbaden: Springer, S. 185–205.
- Denzin, Norman K. (2000): »Symbolischer Interaktionismus«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 136–150.
- Deutscher Bundestag (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Internet und digitale Gesellschaft«*, Bundestagsdrucksache 17/12550 vom 5.4.2013, URL: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712550.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).
- Dewey, John (1973): *Lectures in China, 1919–1920*, hrsg. von Robert W. Clopton und Tsuin-Chen Ou, Hawaii: University Press of Hawaii.

- (1988): *Kunst als Erfahrung*, übers. von Christa Velten, Gerhard vom Hofe und Dieter Sulzer, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- (1989): *Die Erneuerung der Philosophie*, 1920, aus dem Englischen übers. von Martin Suhr, Hamburg: Junius.
- (1995): *Erfahrung und Natur*, 1925, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- (1996): *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Hans-Peter Krüger, aus dem Amerikanischen übers. von Wolf-Dietrich Junghanns, Bodenheim: Philo.
- (1999): *The Correspondence of John Dewey, 1871–1953 (I-III)*, Electronic Edition, hrsg. von Larry A. Hickman, hrsg. von Barbara Levine, hrsg. von Anne Sharpe und Harriet Furst Simon, Past Masters, Charlottesville, VA: Intalex.
- (2000a): *Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik*, hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Jürgen Oelkers, aus dem Amerikanischen übers. von Erich Hylla, Weinheim/Basel: Beltz.
- (2000b): *Deutsche Philosophie und deutsche Politik*, hrsg. und mit einer Einl. vers. von Axel Honneth, aus dem Amerikanischen übers. von Hans Hermann Kogge; bearb. von Berthold Fresow, Bodenheim: Philo.
- (2001): *Die Suche nach Gewißheit*, 1929, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- (2002a): *Logik. Die Theorie der Forschung*, 1938, aus dem Englischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- (2002b): *Wie wir denken*, hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Rebekka Horlacher und Jürgen Oelkers, Zürich: Pestalozzianum.
- (2003a): »Die Entwicklung des amerikanischen Pragmatismus«, 1925, in: *Philosophie und Zivilisation*, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 16–37.
- (2003b): *Freiheit und Kultur*, hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Rebekka Horlacher und Jürgen Oelkers, Zürich: Pestalozzianum.
- (2003c): »Körper und Geist«, 1928, in: *Philosophie und Zivilisation*, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 292–309.
- (2003d): »Qualitatives Denken«, 1930, in: *Philosophie und Zivilisation*, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 94–116.

- Dewey, John (2003e): »Wissenschaft und Gesellschaft«, 1931, in: *Philosophie und Zivilisation*, aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 310–322.
- (2004a): »Der Einfluss des Darwinismus auf die Philosophie«, 1916, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 31–43.
 - (2004b): *Die menschliche Natur. Ihr Wesen und ihr Verhalten*, hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Rebekka Horlacher und Jürgen Oelkers, Zürich: Pestalozzianum.
 - (2004c): »Die Notwendigkeit einer Selbsterneuerung der Philosophie«, 1917, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 145–195.
 - (2004d): »Einleitung zu den ›Essays in experimenteller Logik‹«, 1916, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 93–144.
 - (2004e): »Erfahrung, Erkenntnis und Wert. Eine Replik«, 1916, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 362–462.
 - (2004f): »Philosophie«, 1917, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 196–218.
 - (2004g): »Theorie der Wertschätzung«, 1939, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 293–261.
 - (2004h): »Vom Absolutismus zum Experimentalismus«, 1930, in: *Erfahrung, Erkenntnis und Wert*, hrsg. und aus dem Amerikanischen übers. von Martin Suhr, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 13–27.
 - (2010a): *Liberalismus und gesellschaftliches Handeln*, 1935, hrsg. und übers. von Achim Eschbach und Nora Eschbach, Tübingen: Mohr Siebeck.

- (2010b): »Liberalismus und gesellschaftliches Handeln«, 1935, in: *Liberalismus und gesellschaftliches Handeln. Gesammelte Aufsätze 1888 bis 1937*, hrsg. und übers. von Achim Eschbach und Nora Eschbach, Mohr Siebeck, S. 149–207.
- (2012): *Unmodern Philosophy and Modern Philosophy*, Carbondale: Southern Illinois University Press.
- Dickinson, Janis L. und Rick Bonney, Hrsg. (2015): *Citizen Science. Public Participation in Environmental Research*, Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Dietz, Hella (2015): *Polnischer Protest. Zur pragmatistischen Fundierung von Theorien sozialen Wandels*, Frankfurt a. M./New York: Campus.
- Dijk, Jan A. G. M. van (2013): »Inequalities in the Network Society«, in: *Digital Sociology. Critical Perspectives*, hrsg. von Kate Orton-Johnson und Nick Prior, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 105–124.
- Dobusch, Leonhard und Sigrid Quack (2010): »Urheberrecht zwischen Kreativität und Verwertung. Transnationale Mobilisierung und private Regulierung«, in: *MPIfG Discussion Paper 10.6*, URL: http://www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp10-6.pdf (abgerufen am 25.08.2018).
- Dorf, Michael C. (2012): »Could the occupy movement become the realization of democratic experimentalism's aspiration for pragmatic politics?«, in: *Contemporary Pragmatism* 9.2, S. 263–271.
- Dorf, Michael C. und Charles F. Sabel (1998): *A Constitution of Democratic Experimentalism*, Cornell Law Faculty Publications, S. 283, URL: <http://scholarship.law.cornell.edu/facpub/120> (abgerufen am 25.08.2018).
- (2000): »Drug Treatment Courts and Emergent Experimentalist Government«, in: *Vanderbilt Law Review* 53.3, S. 831–883.
- Döring, Matthias und Sabrina Mucha (2013): »Was Bürger bem(a)erken – Eine Evaluation des Maerkers Brandenburg«, in: *Verwaltung & Management* 19.1, S. 45–55.
- Dorstewitz, Philipp und Alexander Kremer (2016): »Introduction: Pragmatist Perspectives on Science and Technology and Contemporary Dewey Studies«, in: *Pragmatism Today* 7.1, S. 6–9.
- Drassinower, Abraham (2015): *What's Wrong with Copying?*, Cambridge, MA/London: Harvard University Press.

- Dreyfus, Hubert und Charles Taylor (2016): *Die Wiedergewinnung des Realismus*, Berlin: Suhrkamp.
- Edwards, Lee u. a. (2013): »Framing the consumer: Copyright regulation and the public«, in: *The International Journal of Research into New Media Technologies* 19.1, S. 9–24.
- Falconi, Toni Muzi (2014): »Global Stakeholder Relationships Governance. An Infrastructure«, in: *Global Stakeholder Relationships Governance. An Infrastructure*, hrsg. von Toni Muzi Falconi u. a., Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 1–55.
- Farrell, Henry (2014): »New Problems, New Publics? Dewey and New Media«, in: *Policy & Internet* 6.2, S. 176–191.
- Fecher, Benedikt und Sascha Friesike (2014): »Open Science: One Term, Five Schools of Thought«, in: *Opening Science. The Evolving Guide on How the Internet is Changing Research, Collaboration and Scholarly Publishing*, hrsg. von Sönke Bartling und Sascha Friesike, Wiesbaden: Springer, S. 17–47.
- Fecher, Benedikt und Gert G. Wagner (2016): »Open Access oder: die Zurückeroberung der Autonomie«, in: *Merton* am 03.11.2016, URL: <https://merton-magazin.de/open-access-oder-die-zur%C3%BCckeroberung-der-autonomie> (abgerufen am 25.08.2018).
- Feenberg, Andrew (2006): *A Democratic Internet?*, Vortrag in der Freedom of Expression Foundation, Oslo, Norwegen, 17. November 2006, URL: <http://www.sfu.ca/~andrewf/demint.htm> (abgerufen am 25.08.2018).
- (2017): »Online Community and Democracy«, in: *Journal of Cyberspace Policy Studies* 1.1, S. 37–60.
- Finke, Peter (2014): *Citizen Science. Das unterschätzte Wissen der Laien*, München: Oekom.
- Flick, Uwe (2000): »Konstruktivismus«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 150–164.
- (2010): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*, vollständig überarbeitete und erweiterte Neuausgabe von 2007, 3. Auflage, Reinbeck: Rowohlt.
- Fournier, Johannes (2015): »Open Access und Open Data. Positionen und Perspektiven der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG)«, in: *Archäologische Informationen* 38, S. 31–40.

- Fraser, Nancy (2007): »Transnationalisierung der Öffentlichkeit. Legitimität und Effektivität der öffentlichen Meinung in einer post-westfälischen Welt«, in: *Anarchie der kommunikativen Freiheit*, hrsg. von Peter Niesen, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 224–253.
- Freeman, R. Edward (1984): *Strategic Management. A Stakeholder Approach*, Pitman Series in Business and Public Policy, Boston: Harpercollins College.
- Frega, Roberto (2010): »What Pragmatism means by Public Reason«, in: *Etica & Politica / Ethics & Politics* 12.1, S. 28–51.
- (2013a): »Between Pragmatism and Critical Theory. Social Philosophy Today«, in: *Human Studies* 37.1, S. 57–82.
 - (2013b): »From Normative Spheres to Normative Practices. New Prospects for Normative Theory after Habermas«, in: *International Journal of Philosophical Studies* 21.5, S. 680–712.
 - (o. J.): »The Democratic Project«, unveröffentlichtes Manuskript (Stand vom 16.11.2016).
- Friesike, Sascha und Benedikt Fecher (2016): »Collaboration, participation and transparency. The promise of digitizing academic research«, in: *Research Handbook on Digital Transformations*, hrsg. von F. Xavier Olleros und Majlinda Zhegu, Cheltenham/Northampton, MA: Edward Elgar, S. 121–134.
- Gabriel, Oscar W., Harald Schoen und Kristina Faden-Kuhne (2014): *Der Volksentscheid über Stuttgart 21. Aufbruch zu neuen demokratischen Ufern?*, Opladen: Budrich.
- Gadatsch, Andreas (2017): *Grundkurs Geschäftsprozess-Management*, Wiesbaden: Springer.
- Gebauer, Matthias u. a. (2010): »Die Afghanistan-Protokolle«, in: *Spiegel Online* am 25.7.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/enthuellung-brisanter-kriegsdokumente-die-afghanistan-protokolle-a-708311.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- Gehlen, Dirk von (2011): *Mashup. Lob der Kopie*, Berlin: Suhrkamp.
- Geißler, Heiner und SMA und Partner AG (2011): *Frieden in Stuttgart. Eine Kompromiss-Lösung zur Befriedung der Auseinandersetzung um Stuttgart 21*, URL: <http://www.stuttgart.de/img/mdb/item/439246/68351.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).

- Gioia Baurmann, Jana und Kolja Rudzio (2016): »Die neuen Heimwerker«, in: *Die Zeit* 18/2016, URL: <http://www.zeit.de/2016/18/crowdworking-freelancer-digital-arbeitsmarkt> (abgerufen am 25.08.2018).
- Goffman, Erving (1974): *Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience*, New York: Harper & Row.
- Grassmuck, Volker (2004): *Freie Software zwischen Privat- und Gemeineigentum*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, URL: <http://freie-software.bpb.de/Grassmuck.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).
- Gray, Jonathan u. a. (2012): *The Data Journalism Handbook*, Sebastopol: O'Reilly.
- Green, Eileen und Carrie Singleton (2013): »Gendering the Digital. The Impact of Gender and Technology Perspectives on the Sociological Imagination«, in: *Digital Sociology. Critical Perspectives*, hrsg. von Kate Orton-Johnson und Nick Prior, Basingstoke: Palgrave Macmillan, S. 34–50.
- Greenwald, Glenn (2014): *Die globale Überwachung. Der Fall Snowden, die amerikanischen Geheimdienste und die Folgen*, München: Droemer.
- Grimm, Dieter (2013): »Prinzipien statt Pragmatismus«, in: *FAZ* am 06.02.2013, URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/europas-zukunft/europas-zukunft-prinzipien-statt-pragmatismus-12052280.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- Gripsrud, Jostein u. a. (2010): »Editor's Introduction«, in: *The Idea of the Public Sphere. A Reader*, Plymouth: Lexington Books, S. xiii–xxviii.
- Grunig, James E. (2014): »Replacing Images, Reputations, and Other Figments of the Mind with Substantive Relationships«, in: *Global Stakeholder Relationships Governance. An Infrastructure*, hrsg. von Toni Muzi Falconi u. a., Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, S. 56–82.
- Grunig, James E. und Todd Hunt (1984): *Managing Public Relations*, New York: Holt, Rinehart & Winston.
- Habermas, Jürgen (1990): *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Habermas, Jürgen (1992): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (2005): »Öffentlicher Raum und politische Öffentlichkeit«, in: *Zwischen Naturalismus und Religion*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 15–26.
- (2008): »Hat die Demokratie noch eine epistemische Dimension? Empirische Forschung und normative Theorie«, in: *Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 138–191.
- Hahn, Kornelia und Andreas Langenohl (2017): »Zur Einführung: Brauchen wir ein neues Öffentlichkeitskonzept für dynamische (Medien-)Gesellschaften?«, in: *Kritische Öffentlichkeiten – Öffentlichkeiten in der Kritik*, hrsg. von Kornelia Hahn und Andreas Langenohl, Medienkulturen im digitalen Zeitalter, Wiesbaden: Springer, S. 1–20.
- Hahn, Oliver, Ralf Hohlfeld und Thomas Knieper (2015): *Digitale Öffentlichkeit(en)*, Konstanz: UVK.
- Han, Byung-Chul (2012): *Transparenzgesellschaft*, Matthes & Seitz.
- Hartmann, Martin (2003): *Die Kreativität der Gewohnheit. Grundzüge einer pragmatistischen Demokratietheorie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- (2009): »Vertiefung der Erfahrung. John Dewey in der deutschsprachigen Rezeption«, in: *Allgemeine Zeitschrift für Philosophie* 34.3, S. 415–440.
- Heldke, Lisa (2001): »How Practical Is John Dewey?«, in: *Feminist Interpretations of John Dewey*, hrsg. von Charlene Haddock Seigfried, University Park, PA: Penn State University Press, S. 239–259.
- Herb, Ulrich (2007): »Open Access – Ein Wundermittel? Wissenschaft, Gesellschaft, Demokratie, Digital Divide«, in: *Information und Ethik. Dritter Leipziger Kongress für Information und Bibliothek Leipzig, 19.–22. März 2007*, hrsg. von Barbara Lison, Wiesbaden: Dinges & Frick, S. 78–88.
- (2012): »Offenheit und wissenschaftliche Werke. Open Access, Open Review, Open Metrics, Open Science & Open Knowledge«, in: *Open Initiatives. Offenheit in der digitalen Welt und Wissenschaft*, Saarbrücken: Universitätsverlag des Saarlandes, S. 11–45.

- Herb, Ulrich (2016a): »Open Access unter Ausschluss der Öffentlichkeit?«, in: *Telepolis* am 16.01.2016, URL: <https://heise.de/-3377603> (abgerufen am 25.08.2018).
- (2016b): »Open Access: Teuer und neue Monopole«, in: *Telepolis* am 05.09.2016, URL: <https://heise.de/-3314380> (abgerufen am 25.08.2018).
- Herman, Edward S. und Noam Chomsky (1988): *Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media*, New York: Pantheon.
- Herrmann, Matthias von (2015): »Stuttgart 21« – Bürger mischen sich ein«, in: *Kursbuch Bürgerbeteiligung*, hrsg. von Jörg Sommer, Berlin: Verlag der Deutschen Umweltstiftung, S. 269–283.
- Herzberg, Johann (2013): »Open Government« – Versuch einer Begriffsbestimmung«, in: *Verwaltung & Management* 19.1, S. 40–44.
- Hetzl, Andreas, Jens Kertscher und Marc Rölli, Hrsg. (2008): *Pragmatismus – Philosophie der Zukunft?*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, 318 S.
- Hewitt, Randall (2007): *Dewey and Power*, Rotterdam: Sense.
- Hickman, Larry A. (1990): *John Dewey's Pragmatic Technology*, Bloomington: Indiana University Press.
- Hildenbrand, Bruno (2000): »Anselm Strauss«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 32–42.
- Hin, Monika und Nicolas Schäfstoß (2012): »Volksabstimmung am 27. November 2011. Mehrheit der Baden-Württemberger lehnt das S 21-Kündigungsgesetz ab: endgültige Ergebnisse der Volksabstimmung am 27. November 2011«, in: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 1, S. 40–45, URL: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-408455> (abgerufen am 25.08.2018).
- Holden, Meg, Andy Scerri und Cameron Owens (2013): »More Publics, More Problems. The Productive Interface between the Pragmatic Sociology of Critique and Deweyan Pragmatism«, in: *Contemporary Pragmatism* 10.2, S. 1–24.
- Honneth, Axel (2000): »Demokratie als reflexive Kooperation. John Dewey und die Demokratietheorie der Gegenwart«, in: *Das Andere der Gerechtigkeit. Aufsätze zur praktischen Philosophie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 282–309.
- (2011): *Das Recht der Freiheit*, Berlin: Suhrkamp.

- Howe, Jeff (2006): »The Rise of Crowdsourcing«, in: *wired.com* am 14.06.2006, URL: <https://www.wired.com/2006/06/crowds/> (abgerufen am 25.08.2018).
- Hoynig, Hans u. a. (2010): »Die Irak-Protokolle«, in: *Spiegel Online* am 22.10.2010, URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/enthuellung-von-us-geheimdokumenten-die-irak-protokolle-a-724473.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- Hutchings, Vincent und Spencer Piston (2011): »Knowledge, Sophistication, and Issue Publics«, in: *The Oxford Handbook of American Public Opinion and the Media*, hrsg. von Edwards III, George C., Lawrence R. Jacobs und Robert Y. Shapiro, Oxford u. a.: Oxford University Press.
- Huygen, Annelies u. a. (2009): »Ups and Downs. Economic and Cultural Effects of File Sharing on Music, Film and Games«, in: *TNO-rapport 34782*, URL: <https://ssrn.com/abstract=1350451> (abgerufen am 25.08.2018).
- Irwin, Alan (1994): *Citizen Science. A Study of People, Expertise and Sustainable Development*, London/New York: Routledge.
- Jaeggi, Rahel (2013): *Kritik von Lebensformen*, Berlin: Suhrkamp.
- James, William (1907): *Pragmatism. A New Name for Some Old Ways of Thinking*, London/New York: Longmans Green.
- Jansen, Sue Curry (2009): »Phantom Conflict. Lippmann, Dewey, and the Fate of the Public in Modern Society«, in: *Communication and Critical/Cultural Studies* 6.3, S. 221–245.
- (2012): *Walter Lippmann. A Critical Introduction to Media and Communication Theory*, New York u. a.: Peter Lang.
- Joas, Hans (1992): »Amerikanischer Pragmatismus und deutsches Denken. Zur Geschichte eines Mißverständnisses«, in: *Pragmatismus und Gesellschaftstheorie*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 114–145.
- (1996): *Die Kreativität des Handelns*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- (2000): »Einleitung: John Dewey – der Philosoph der Demokratie«, in: *Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey*, hrsg. von Hans Joas, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 7–19.
- Jordan, Katy (2015): »Massive open online course completion rates revisited: Assessment, length and attrition«, in: *The International Review of Research in Open and Distributed Learning* 16.3.

- Jörke, Dirk (2011): *Kritik demokratischer Praxis. Eine ideengeschichtliche Studie*, Baden-Baden: Nomos.
- Kadlec, Alison (2007): *Dewey's Critical Pragmatism*, Lanham, MD: Lexington Books.
- Kelty, Christopher (2008): *Two Bits. The Cultural Significance of Free Software*, Durham/London: Duke University Press.
- (2011): »Inventing Copyleft«, in: *Making and Unmaking Intellectual Property. Creative Production in Legal and Cultural Perspective*, hrsg. von Mario Biagioli, Peter Jaszi und Martha Woodmansee, Chicago/London: Chicago University Press, S. 133–148.
- Kettner, Matthias (1998): »John Deweys demokratische Experimentiergemeinschaft«, in: *Demokratischer Experimentalismus. Politik in der komplexen Gesellschaft*, hrsg. von Hauke Brunkhorst, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 44–66.
- Kim, Jeong-Nam und James E. Grunig (2011): »Problem Solving and Communicative Action. A Situational Theory of Problem Solving«, in: *Journal of Communication* 61.1, S. 120–149.
- Klein, Torsten (2015): »Ist der Höhepunkt schon überschritten?«, in: *Zeit Online* am 15.1.2015, URL: <http://www.zeit.de/digital/internet/2015-01/wikipedia-geburtstag-mobil-wandel> (abgerufen am 25.08.2018).
- Klimpel, Paul (2012): *Freies Wissen dank Creative-Commons-Lizenzen. Folgen, Risiken und Nebenwirkungen der Bedingung »nicht-kommerziell – NC«*, hrsg. von Wikimedia Deutschland e. V. und iRights.info, URL: https://irights.info/wp-content/uploads/userfiles/CC-NC_Leitfaden_web.pdf (abgerufen am 25.08.2018).
- Knight, Jack und James Johnson (2011): *The Priority of Democracy. Political Consequences of Pragmatism*, Princeton: Princeton University Press.
- Knorr Cetina, Karin, Theodore R. Schatzki und Eike von Savigny, Hrsg. (2001): *The Practice Turn in Contemporary Theory*, London: Taylor & Francis, 256 S.
- Koczanowicz, Leszek (2016): »Bruno Latour, American Pragmatism, and the Idea of Non-Human Democracy«, in: *Pragmatism Today* 7.2, S. 59–65, URL: <http://www.pragmatismtoday.eu/winter2016/Bruno-Latour-American-Pragmatism-and-the-Idea-of-Non-Human-Democracy-Leszek-Koczanowicz.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).

- Köhl, Stefanie u. a. (2014): *Stein-Hardenberg 2.0. Architektur einer vernetzten Verwaltung mit E-Government*, Berlin: Edition Sigma.
- Krempf, Stefan (2003): »Werbeverband hält Kampagne gegen Raubkopierer für äußerst fragwürdig«, in: *Heise Online* am 3.12.2003, URL: <https://heise.de/-89641> (abgerufen am 25.08.2018).
- (2017): »Nahendes LiMux-Aus: Open-Source-Szene trauert, Microsoft jubelt«, in: *Heise Online* am 16.2.2017, URL: <https://heise.de/-3627759> (abgerufen am 25.08.2018).
- Kreutzer, Till (2011): *Open Content. Ein Praxisleitfaden zur Nutzung von Creative-Commons-Lizenzen*, hrsg. von Deutsche UNESCO-Kommission e. V., Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen und Wikimedia Deutschland e. V., URL: https://irights.info/wp-content/uploads/2015/10/Open_Content_-_Ein_Praxisleitfaden_zur_Nutzung_von_Creative-Commons-Lizenzen.pdf (abgerufen am 25.08.2018).
- Krikorian, Gaëlle und Amy Kapczynski (2010): *Access to Knowledge in the Age of Intellectual Property*, Brooklyn, NY: Zone Books.
- Krosnick, Jon A. (1990): »Government policy and citizen passion. A study of issue publics in contemporary America«, in: *Political Behavior* 12.1, S. 59–92.
- Krüger, Hans-Peter (1996): »Nachwort«, in: *Die Öffentlichkeit und ihre Probleme*, Bodenheim: Philo, S. 193–211.
- Krüger, Hans-Peter (2000): »Prozesse der öffentlichen Untersuchung. Zum Potential einer zweiten Modernisierung in John Deweys ›Logic. The Theory of Inquiry‹ (1938)«, in: *Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey*, hrsg. von Hans Joas, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 194–234.
- (2001): *Zwischen Lachen und Weinen*, Band 2: Der dritte Weg Philosophischer Anthropologie und die Geschlechterfrage, Berlin: Akademie Verlag.
- (2007): »Grenzfragen für einen neuen Umgang mit Dualismen«, in: *Hirn als Subjekt? Philosophische Grenzfragen der Neurobiologie*, hrsg. von Hans-Peter Krüger, Berlin: Akademie Verlag, S. 431–437.
- (2008): »Dewey, John«, in: *Handbuch der Politischen Philosophie und Sozialphilosophie*, hrsg. von Stefan Gosepath, Wilfried Hinsch und Beate Rössler, Bd. 1, Berlin/New York: de Gruyter, S. 215–219.

- Krüger, Hans-Peter (2009): *Philosophische Anthropologie als Lebenspolitik*, Berlin: Akademie Verlag.
- (2013): »Pragmatismus«, in: *Lexikon der Erkenntnistheorie*, hrsg. von Thomas Bonk, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, S. 198–203.
- Lamla, Jörn (2013a): »Arenen des demokratischen Experimentalismus. Zur Konvergenz von nordamerikanischem und französischem Pragmatismus«, in: *Berliner Journal für Soziologie* 23, S. 345–365.
- (2013b): *Verbraucherdemokratie. Politische Soziologie der Konsumgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- Lamla, Jörn und Carsten Ochs (2016): »Der NSA-Skandal als Krise der Demokratie? Selbstreflexionen der Öffentlichkeit in der Privacy-Arena«, in: *Kritische Öffentlichkeiten – Öffentlichkeiten in der Kritik*, hrsg. von Kornelia Hahn und Andreas Langenohl, Medienkulturen im digitalen Zeitalter, Wiesbaden: Springer, S. 83–112.
- Larivière, Vincent, Stefanie Haustein und Philippe Mongeon (2015): »The Oligopoly of Academic Publishers in the Digital Era«, in: *PLOS ONE* 10.6, hrsg. von Wolfgang Glanzel, URL: <http://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0127502> (abgerufen am 25.08.2018).
- Larsson, Anders Olof und Hallvard Moe (2013): »Representation or Participation? Twitter Use during the 2011 Danish Election Campaign«, in: *Javnost-The Public* 20.1, S. 71–88.
- Latour, Bruno (2009): »Tarde's idea of quantification«, in: *The Social after Gabriel Tarde. Debates and Assessments*, hrsg. von M. Candea, London: Routledge, S. 145–162, URL: <http://www.bruno-latour.fr/sites/default/files/116-CANDEA-TARDE-FR.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).
- Leimbach, Timo und Daniel Bachlechner (2014): *Big Data in der Cloud*, Juli 2014, TAB-Hintergrundpapier Nr. 19, Berlin: Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB), URL: <https://www.tab-beim-bundestag.de/de/pdf/publikationen/berichte/TAB-Hintergrundpapier-hp019.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).

- Lemke, Claudia und Walter Brenner (2015): *Einführung in die Wirtschaftsinformatik*, Bd. 1: Verstehen des digitalen Zeitalters, Berlin/Heidelberg: Springer.
- Lenk, Hans und Ulrich Arnsward (2014): »Public Life, John Dewey, and Media Technology«, in: *Philosophy Now* 103, S. 24–27.
- Lessig, Lawrence (2001): *The Future of Ideas. The Fate of the Commons in a Connected World*, New York: Random House.
- (2006): *Freie Kultur. Wesen und Zukunft der Kreativität*, München: Open Source Press.
- (2008): *Remix. Making Art and Commerce Thrive in the Hybrid Economy*, New York: Penguin Books.
- Levy, Steven (2010): *Hackers. Heroes of the Computer Revolution*, 25th Anniversary Edition, Sebastopol: O'Reilly.
- Lindner, Rolf (2003): »Robert E. Park (1864–1944)«, in: *Klassiker der Soziologie*, Bd. I: Von Auguste Comte bis Alfred Schütz, hrsg. von Dirk Kaesler, München: Beck, S. 213–229.
- Lingenberg, Swantje (2009): *Europäische Publikumsöffentlichkeiten. Ein pragmatischer Ansatz*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lippmann, Walter (1920): *Liberty and the News*, New York: Harcourt, Brace & Howe.
- (1922): *Public Opinion*, New Brunswick, NJ/London: Transaction.
- (1925): *The Phantom Public*, New Brunswick, NJ/London: Transaction.
- List, Christian und Mathias Koenig-Archibugi (2010): »Can There Be a Global Demos? An Agency-Based Approach«, in: *Philosophy & Public Affairs* 38.1, S. 76–110.
- Lobo, Sascha (2014): »Abschied von der Utopie. Die digitale Kränkung des Menschen«, in: *FAZ.net* am 11.01.2014, URL: <http://www.faz.net/-gqz-7l7ui> (abgerufen am 25.08.2018).
- Lovitt, Michael R. (1997): »The New Pragmatism. Going Beyond Shewhart and Deming«, in: *Quality Progress* 30.4, S. 99–105.
- Lucke, Jörn von und Heinrich Reinermann (2002): »Speyerer Definition von Electronic Government«, in: *Electronic Government in Deutschland. Ziele – Stand – Barrieren – Beispiele – Umsetzung*, Speyerer Forschungsbericht, hrsg. von Jörn von Lucke und Heinrich Reinermann, Bd. 226, Speyer: Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, S. 1–8.

- Lüders, Christian (2000): »Beobachten im Feld und Ethnographie«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 384–401.
- Lünenborg, Margreth (2012): »Die Krise des Journalismus? Die Zukunft der Journalistik!«, in: *Publizistik* 57.4, S. 445–461.
- Manovich, Lev (2011): »Trending. The promises and the challenges of big social data«, in: *Debates in the Digital Humanities*, hrsg. von M. K. Gold, Minneapolis: University of Minnesota Press, S. 460–475.
- Margolis, Joseph (2004): *Die Neuerfindung des Pragmatismus*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Marres, Noortje (2005a): »Issues spark a public into being. A key but often forgotten point of the Lippmann-Dewey debate«, Cambridge, MA, in: *Making Things Public. Atmospheres of Democracy*, hrsg. von Bruno Latour und Peter Weibel, MIT Press, S. 208–217.
- (2005b): »No Issue, No Public. Democratic Deficits after the Displacement of Politics«, Diss., Universität von Amsterdam, URL: <http://dare.uva.nl/document/17061> (abgerufen am 25.08.2018).
- (2007): »The Issues Deserve More Credit. Pragmatist Contributions to the Study of Public Involvement in Controversy«, in: *Social Studies of Science* 37.5, S. 759–780.
- Martens, Wil (2017): »Demokratie für transnationale Regimes«, in: *Kritische Öffentlichkeiten – Öffentlichkeiten in der Kritik*, hrsg. von Kornelia Hahn und Andreas Langenohl, Medienkulturen im digitalen Zeitalter, Wiesbaden: Springer, S. 23–58.
- Matzat, Lorenz (2016): *Datenjournalismus. Methode einer digitalen Welt*, Konstanz: UVK.
- Menand, Louis (2002): *The Metaphysical Club: A Story of Ideas in America*, New York: Farrar Straus & Giroux.
- Moen, Ronald D. und Clifford L. Norman (2010): »Circling Back«, in: *Quality Progress* 43.11, S. 22–28.
- Morozov, Evgeny (2013): »Open and Closed«, in: *New York Times* am 16.03.2013, URL: <http://www.nytimes.com/2013/03/17/opinion/sunday/morozov-open-and-closed.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- Münker, Stefan (2009): *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- Murray-Rust, Peter (2008): »Open Data in Science«, in: *Serials Review* 34.1, S. 52–64.
- Nagl, Ludwig (1999): »Renaissance des Pragmatismus?«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 47.6, S. 1045–1056.
- Narayan, John (2016): *John Dewey. The Global Public and Its Problems*, Manchester: Manchester University Press, 192 S.
- Neuberger, Christoph (2008): »Die Allgegenwart des Widerspruchs. Paradoxien der Kommunikation, Rezeption und Vermittlung im Medienwandel«, in: *Paradoxien des Journalismus. Theorie – Empirie – Praxis*, Festschrift für Siegfried Weischenberg, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 37–61.
- (2009): »Internet, Journalismus und Öffentlichkeit. Analyse des Medienumbruchs«, in: *Journalismus im Internet. Profession – Partizipation – Technisierung*, hrsg. von Christoph Neuberger, Christian Nuernbergk und Melanie Rischke, Wiesbaden: Springer, S. 19–105.
- Neubert, Stefan (2004): »Pragmatismus – thematische Vielfalt in Deweys Philosophie und in ihrer heutigen Rezeption«, in: *John Dewey. Zwischen Pragmatismus und Konstruktivismus*, hrsg. von Larry A. Hickman, Stefan Neubert und Kersten Reich, Münster: Waxmann, S. 13–27.
- Niewöhner, Jörg (2012): »Von der Wissenschaftssoziologie zur Soziologie wissenschaftlichen Wissens«, in: *Science and Technology Studies*, hrsg. von Stefan Beck, Jörg Niewöhner und Estrid Sörensen, Bielefeld: Transcript, S. 77–101.
- Nissenbaum, Helen F. (2009): *Privacy in Context. Technology, Policy, and the Integrity of Social Life*, Stanford: Stanford University Press.
- Noronha, Frederick und Jeremy Malcolm, Hrsg. (2010): *Access to Knowledge. A Guide for Everyone*, Kuala Lumpur: Consumers International.
- Nyre, Lars (2011): »The Broadcast Public and Its Problems«, in: *Javnost – The Public* 18.2, S. 5–18.
- O'Reilly, Tim (2010): »Government As a Platform«, in: *Open Government. Collaboration, Transparency, and Participation in Practice*, hrsg. von Daniel Lathrop und Laurel Ruma, Sebastopol: O'Reilly, S. 11–40.

- Obama, Barack (2009a): *Memorandum – Transparency and Open Government*, URL: <https://obamawhitehouse.archives.gov/press-office/2015/11/16/memorandum-transparency-and-open-government> (abgerufen am 25.08.2018).
- (2009b): *Open Government Directive*, URL: <https://obamawhitehouse.archives.gov/open/documents/open-government-directive> (abgerufen am 25.08.2018).
- Ohno, Taiichi (1993): *Das Toyota-Produktionssystem*, Frankfurt a. M.: Campus.
- Open Source Initiative (2007): *The Open Source Definition*, URL: <https://opensource.org/osd> (abgerufen am 25.08.2018).
- Papacharissi, Zizi (2002): »The virtual sphere. The internet as a public sphere«, in: *New Media & Society* 4.1, S. 9–27.
- Pape, Helmut (2002): *Der dramatische Reichtum der konkreten Welt. Der Ursprung des Pragmatismus im Denken von Charles S. Peirce und William James*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Pappas, Gregory F. (2012): »What would John Dewey say about Deliberative Democracy and Democratic Experimentalism?«, in: *Contemporary Pragmatism* 9.2, S. 57–74.
- Pariser, Eli (2012): *Filter Bubble. Wie wir im Internet entmündigt werden*, München: Hanser.
- Parks, W. (1957): »The Open Government Principle. Applying the Right to Know under the constitution«, in: *The George Washington Law Review* 26.1, S. 1–22.
- Passoth, Jan-Hendrik (2008): *Technik und Gesellschaft. Sozialwissenschaftliche Techniktheorien und die Transformationen der Moderne*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Patel, Mayur u. a. (2013): *The Emergence of Civic Tech: Investments in a Growing Field*, Knight Foundation, URL: https://www.knightfoundation.org/media/uploads/publication_pdfs/knight-civic-tech.pdf (abgerufen am 25.08.2018).
- Peirce, Charles S. (1967): *Schriften I. Zur Entstehung des Pragmatismus*, hrsg. und mit einer Einl. vers. von Karl-Otto Apel, aus dem Amerikanischen übers. von G. Wartenberg, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

- (1991): »Was heißt Pragmatismus«, 1905, in: *Schriften zum Pragmatismus und Pragmatizismus*, hrsg. von Karl-Otto Apel, aus dem Amerikanischen übers. von G. Wartenberg, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 427–453.
- Pentzold, Christian (2016): *Zusammenarbeiten im Netz. Praktiken und Institutionen internetbasierter Kooperation*, Wiesbaden: Springer.
- Perens, Bruce (1999): »The Open Source Definition«, in: *Open Sources. Voices from the Open Source Revolution*, hrsg. von Chris DiBona und Sam Ockman und Mark Stone, Sebastopol: O'Reilly, S. 171–188.
- Pitzke, Marc (2014): »Exodus«, in: *Spiegel Online* am 09.12.2014, URL: <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/new-republic-chris-hughes-baut-linkes-streitmagazin-digital-um-a-1007360.html> (abgerufen am 25. 08. 2018).
- Plattner, Hasso, Christoph Meinel und Ulrich Weinberg (2009): *Design Thinking*, München: mi-Wirtschaftsbuch, FinanzBuch Verlag.
- Poltronieri, Elisabetta u. a. (2016): »Open access publishing trend analysis: statistics beyond the perception«, in: *Information Research* 21.2.
- Prantl, Heribert (2010): »Niemand muss sich fürchten«, in: *Wozu noch Journalismus? Wie das Internet einen Beruf verändert*, hrsg. von Stephan Weichert, Leif Kramp und Hans-Jürgen Jacobs, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 7–10.
- Rammert, Werner (2016): *Technik - Handeln - Wissen. Zu einer pragmatistischen Technik- und Sozialtheorie*, 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden: Springer.
- Ramthun, Roland (2012): »Offene Geodaten durch OpenStreet-Map«, in: *Open Initiatives. Offenheit in der digitalen Welt und Wissenschaft*, Saarbrücken: Universitätsverlag des Saarlandes, S. 159–184.
- Raymond, Eric S. (1997): *Die Kathedrale und der Basar*, übers. aus dem Amerikanischen von Reinhard Gantar, URL: http://www.selinux.org/selinux/pdf/die_kathedrale_und_der_basar.pdf (abgerufen am 25. 08. 2018).
- (1999): »The Revenge of the Hackers«, in: *Open Sources. Voices from the Open Source Revolution*, hrsg. von Chris Dibona, Sam Ockman und Mark Stone, Sebastopol: O'Reilly, S. 207–219.

- Redelfs, Manfred (2016): »Zehn Jahre Informationsfreiheitsgesetz auf Bundesebene – Zeit für eine Weiterentwicklung«, in: *Netzwerk Recherche Blog* am 28.09.2016, URL: <https://netzwerkrecherche.org/blog/zehn-jahre-informationsfreiheitsgesetz-auf-bundesebene-zeit-fuer-eine-weiterentwicklung/> (abgerufen am 25.08.2018).
- Reichertz, Jo (2000): »Abduktion, Deduktion und Induktion in der qualitativen Forschung«, in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, hrsg. von Uwe Flick, Ernst von Kardoff und Ines Steinke, Reinbeck: Rowohlt, S. 276–286.
- Riehle, Dirk u. a. (2014): »Paid vs. Volunteer Work in Open Source«, in: *2014 47th Hawaii International Conference on System Sciences*, Institute of Electrical and Electronics Engineers (IEEE).
- Rifkin, Jeremy (2011): *Die dritte industrielle Revolution. Die Zukunft der Wirtschaft nach dem Atomzeitalter*, Frankfurt a. M.: Campus.
- (2014): *Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus*, Frankfurt a. M.: Campus.
- Rockefeller, Steven C. (1991): *John Dewey. Religious Faith and Democratic Humanism*, New York: Columbia University Press.
- Rogers, Richard (2013): *Digital Methods*, Cambridge, MA/London: MIT Press.
- Rorty, Richard (1979): *Philosophy and the Mirror of Nature*, Princeton: Princeton University Press.
- (2000): »Dewey zwischen Hegel und Darwin«, in: *Philosophie der Demokratie. Beiträge zum Werk von John Dewey*, hrsg. und aus dem Englischen übers. von Hans Joas, Frankfurt a. M.: Suhrkamp, S. 20–43.
- Roudometof, Victor (2016): »Theorizing glocalization. Three interpretations«, in: *European Journal of Social Theory* 19.3, S. 391–408.
- Rushkoff, Douglas (2003): *Open Source Democracy. How Online Communication is Changing Offline Politics*, London: Demos.
- Ryan, Alan (1995): *John Dewey and the High Tide of American Liberalism*, New York: Norton.
- Sabel, Charles F. (2004): »Eine stille Revolution demokratischer Governance. Auf dem Weg zu einem demokratischen Experimentalismus«, in: *Governance im 21. Jahrhundert*, hrsg. von OECD, S. 145–178.

- (2012): »Dewey, Democracy, and Democratic Experimentalism«, in: *Contemporary Pragmatism* 9.2, S. 35–55.
- Sabel, Charles F. und Jonathan Zeitlin (2008): »Learning from Difference. The New Architecture of Experimentalist Governance in the EU«, in: *European Law Journal* 14.3, S. 271–327.
- Said, Edward W. (1978): *Orientalism. Western Concepts of the Orient*, London: Routledge.
- Salaverría, Heidi (2007): *Spielräume des Selbst. Pragmatismus und kreatives Handeln*, Berlin: Akademie Verlag.
- Sandbothe, Mike, Hrsg. (2000): *Die Renaissance des Pragmatismus. Aktuelle Verflechtungen zwischen analytischer und kontinentaler Philosophie*, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft.
- Sandel, Michael (1982): *Liberalism and the Limits of Justice*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Särkelä, Arvi (2015): »Der Einfluss des Darwinismus auf Dewey«, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 63.6, S. 1099–1123.
- Schäfer, Hilmar (2012): »Kreativität und Gewohnheit. Ein Vergleich zwischen Praxistheorie und Pragmatismus«, in: *Kreativität und Improvisation. Soziologische Positionen*, hrsg. von Udo Göttlich und Ronald Kurt, Wiesbaden: Springer, S. 17–43.
- Scherschel, Fabian A. (2014): »So funktioniert der Heartbleed-Exploit«, in: *Heise Online* am 10.04.2014, URL: <https://heise.de/2168010> (abgerufen am 25.08.2018).
- Schmidt, Volker (2013): »Das Projekt Aufklärung geht trotzdem weiter«, in: *Zeit Online* am 14.6.2013, URL: <http://www.zeit.de/kultur/literatur/2013-06/brockhaus-ende-bertelsmann> (abgerufen am 25.08.2018).
- Schrock, Andrew R. (2016): »Civic hacking as data activism and advocacy. A history from publicity to open government data«, in: *New Media & Society* 18.4, S. 581–599.
- Schudson, Michael (2008): »The ›Lippmann-Dewey Debate‹ and the Invention of Walter Lippmann as an Anti-Democrat 1986–1996«, in: *International Journal of Communication* 2, S. 1031–1042.
- Schüttpelz, Erhard und Sebastian Gießmann (2015): »Medien der Kooperation. Überlegungen zum Forschungsstand«, in: *Navigationen* 15.1, S. 7–56.

- Selk, Veith und Dirk Jörke (2015): »Der Vorrang der Demokratie. Die pragmatistische Demokratietheorie von John Dewey und Richard Rorty«, in: *Zeitgenössische Demokratietheorie*, hrsg. von Oliver W. Lembcke, Claudia Ritzi und Gary S. Schaal, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 255–284.
- Senge, Peter M. (2008): *Die fünfte Disziplin. Kunst und Praxis der lernenden Organisation*, aus dem Amerikanischen übers. von Maren Klostermann, Stuttgart: Schäffer-Poeschel.
- Serrano Zamora, Justo (2016): »Challenging public inquiry. A deweyan approach to emancipatory movements«, in: *Kinesis* 41.1, S. 34–48.
- Shields, Patricia M. (2008): »Rediscovering the Taproot. Is Classical Pragmatism the Route to Renew Public Administration?«, in: *Public Administration Review* 68.2, S. 205–221.
- Signitzer, Benno (1995): »Theorie der Public Relations«, in: *Kommunikationstheorien. Ein Textbuch zur Einführung*, hrsg. von Roland Burkart und Walter Hömberg, Wien: Braumüller, S. 134–152.
- Simon, William H. (2012): »The Institutional Configuration of Deweyan Democracy«, in: *Contemporary Pragmatism* 9.2, S. 5–34.
- Sinnreich, Aram (2013): *The Piracy Crusade. How the Music Industry's War on Sharing Destroys Markets and Erodes Civil Liberties*, Amherst/Boston: University of Massachusetts Press.
- Snee, Helene u. a. (2016): »Digital Methods as Mainstream Methodology. An Introduction«, in: *Digital Methods for Social Science*, hrsg. von Helene Snee u. a., London: Palgrave Macmillan, S. 1–11.
- Soldt, Rüdiger, Kerstin Schwenn und Stephan Löwenstein (2010): »Stuttgart 21: Volksabstimmung verfassungswidrig«, in: *FAZ.net* am 06.10.2010, URL: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/stuttgart-21-volksabstimmung-verfassungswidrig-11053946.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- Solomon, David J. und Bo-Christer Björk (2012): »A study of open access journals using article processing charges«, in: *Journal of the Association for Information Science and Technology* 63.8, S. 1485–1495.
- Spielkamp, Matthias (2014): »Zweitveröffentlichungsrecht für Wissenschaftler. Geltende Rechtslage und Handlungsempfehlungen«, in: *iRights.Lab Policy Paper Series* 1, URL: <https://www.iri.uni-leipzig.de/iri/pubs/papers/p140101.pdf>

- / / ights . info / wp - content / uploads / 2017 / 09 / zweitveroeffentlichungsrecht - 20150425 . pdf (abgerufen am 25.08.2018).
- Spitta, Juliane (2013): *Gemeinschaft jenseits von Identität? Über die paradoxe Renaissance einer politischen Idee*, Bielefeld: Transcript.
- Splichal, Slavko (1999): *Public Opinion. Developments and Controversies in the 20th Century*, Boston: Rowman und Littlefield.
- Staatsministerium Baden-Württemberg, Stabsstelle für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Hrsg. (2014): *Leitfaden für eine neue Planungskultur*, URL: https://mitwirkung.bw21.de/Downloads/140304_Planungsleitfaden.pdf (abgerufen am 25.08.2018).
- Stafford, Ned (2010): »Science in the digital age«, in: *Nature* 467.7317, S. 19–21.
- Stalder, Felix (2010): »Digital Commons«, in: *The Human Economy. A Citizen's Guide*, hrsg. von Keith Hart, Jean-Louis Laville und Antonio D. Cattani, Cambridge, MA: Polity Press, S. 313–324.
- (2016): *Kultur der Digitalität*, Berlin: Suhrkamp.
- Stallman, Richard (1985): *What is free software?*, URL: <https://www.gnu.org/philosophy/free-sw.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- (1998): *Copyleft: Pragmatic Idealism*, URL: <http://www.gnu.org/philosophy/pragmatic.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- (1999): »The GNU Operating System and the Free Software Movement«, in: *Open Sources. Voices from the Open Source Revolution*, hrsg. von Chris Dibona, Sam Ockman und Mark Stone, Sebastopol: O'Reilly, S. 53–70.
- (2015): *The GNU Manifesto*, URL: <https://www.gnu.org/gnu/manifesto.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- Stavrakis, George (2015): »Polizeieinsatz war rechtswidrig«, in: *Stuttgarter Nachrichten* am 18.11.2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.stuttgart-21-wasserwerfer-polizeieinsatz-war-rechtswidrig.984b8ebe-0360-40b4-a17c-84c79735fce3.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- Steel, Ronald (1980): *Walter Lippmann and the American Century*, Boston/Toronto: Little, Brown & Co.
- Stegbauer, Christian (2009): *Wikipedia. Das Rätsel der Kooperation*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Stengel, Oliver (2017): »Zeitalter und Revolutionen«, in: *Digitalzeitalter – Digitalgesellschaft. Das Ende des Industriezeitalters und der Beginn einer neuen Epoche*, Wiesbaden: Springer, S. 17–49.
- Strübing, Jörg (2004): »Prozess und Perspektive. Von der pragmatischen Sozialphilosophie zur soziologischen Analyse von Wissenschaft und Technik«, in: *Zeitschrift für qualitative Bildungs-, Beratungs- und Sozialforschung* 5.2, S. 213–238.
- Strübing, Jörg (2005): *Pragmatische Wissenschafts- und Technikforschung. Theorie und Methode*, Frankfurt a. M.: Campus.
- (2007): »Pragmatistisch-interaktionistische Wissenssoziologie«, in: *Handbuch Wissenssoziologie und Wissensforschung*, hrsg. von Rainer Schützeichel, Konstanz: UVK, S. 127–138.
- Suber, Peter (2012): *Open Access*, Cambridge, MA: MIT University Press.
- Swarns, Rachel L. (2001): »Drug Makers Drop South Afrika Suit over AIDS Medicine«, in: *New York Times* am 20.04.2001, URL: <http://www.nytimes.com/2001/04/20/world/drug-makers-drop-south-africa-suit-over-aids-medicine.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- Talisse, Robert (2008): »Pragmatism and the Cold War«, in: *The Oxford Handbook of American Philosophy*, hrsg. von Cheryl Misak, Oxford u. a.: Oxford University Press, S. 254–268.
- Taylor, Charles (1995): »Lichtung or Lebensform. Parallels between Heidegger and Wittgenstein«, in: *Philosophical Arguments*, Cambridge, MA/London: Harvard University Press, S. 61–78.
- (1996): *Quellen des Selbst. Die Entstehung der neuzeitlichen Identität*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- (2004): *Modern Social Imaginaries*, Durham/London: Duke University Press.
- Taylor, Frederick W. (1911): *The Principles of Scientific Management*, London: Harper & Brothers.
- Thaa, Winfried (2015): »Die Auseinandersetzungen um ›Stuttgart 21‹ und die Zukunft der repräsentativen Demokratie«, in: *Kursbuch Bürgerbeteiligung*, hrsg. von Jörg Sommer, Berlin: Verlag der Deutschen Umweltstiftung, S. 284–306.

- Thimm, Caja (2004): »Mediale Ubiquität und soziale Kommunikation«, in: *Soziologie des Cyberspace. Medien, Strukturen und Semantiken*, hrsg. von Udo Thiedeke, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–69.
- Tkacz, Nathaniel (2012): »From open source to open government. A critique of open politics«, in: *Ephemera* 12.4, S. 386–405.
- Tobler, Stefan (2010): *Transnationalisierung nationaler Öffentlichkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Ulrich, Bernd (2015): »Deutsche Politiker: Warum sagen sie nicht, was ist?«, in: *Die Zeit* Nr. 18/2005, 29.4.2015, URL: <http://www.zeit.de/2015/18/politik-wahrheit> (abgerufen am 25.08.2018).
- Unger, Roberto M. (1998): *Democracy Realized. The Progressive Alternative*, London/New York: Verso.
- Unger, Roberto M. und Cornel West (1998): *The Future of American Progressivism. An Initiative for Political and Economic Reform*, Boston: Beacon Press.
- Unzicker, Kai und Gudrun Hessler, Hrsg. (2012): *Öffentliche Sozialforschung und Verantwortung für die Praxis. Zum Verhältnis von Sozialforschung, Praxis und Öffentlichkeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Veciana, Stella und Claudia Neubauer (2016): *Demokratisierung der Wissenschaft. Anforderungen an eine nachhaltigkeitsorientierte partizipative Forschung*, mitarbeiten.skript Nr. 10, Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit.
- Venturini, Tommaso, Bruno Latour und Axel Meunier (2015): »Eine unerwartete Reise. Einige Lehren über Kontinuität aus den Erfahrungen des Sciences Po médialab«, in: *Die Gesellschaft der Daten. Über die digitale Transformation der sozialen Ordnung*, hrsg. von Florian Süßenguth, Bielefeld: Transcript.
- Verein Deutscher Ingenieure (2014): *Kommunikation und Öffentlichkeitsbeteiligung bei Planung und Bau von Infrastrukturprojekten. Standards für die Leistungsphasen der Ingenieure*, Technische Regel VDI 7001:2014-03, VDI-Richtlinien, Berlin: Beuth.
- (2015): *Frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten*, Technische Regel VDI 7000:2015-01, VDI-Richtlinien, Berlin: Beuth.

- Volbers, Jörg (2015): »Theorie und Praxis im Pragmatismus und in der Praxistheorie«, in: *Praxis denken*, hrsg. von Thomas Alkemeyer, Volker Schürmann und Jörg Volbers, Wiesbaden: Springer, S. 193–214.
- Volbers, Jörg (2018): *Die Vernunft der Erfahrung. Eine pragmatistische Kritik der Rationalität*, Hamburg: Meiner.
- Voss, Kathrin (2014): »Internet & Partizipation – Einleitung«, in: *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, hrsg. von Kathrin Voss, Bürgergesellschaft und Demokratie 42, Wiesbaden: Springer, S. 9–23.
- Vowe, Gerhard (2014): »Digital Citizens und Schweigende Mehrheit. Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie«, in: *Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, hrsg. von Kathrin Voss, Bürgergesellschaft und Demokratie 42, Wiesbaden: Springer, S. 25–52.
- Waks, Leonard (2009): »Inquiry, Agency, and Art. John Dewey's Contribution to Pragmatic Cosmopolitanism«, in: *Education and Culture* 25.2, S. 115–125.
- Waks, Leonard J. (2014): *Education 2.0. The Learningweb Revolution and the Transformation of the School*, New York: Routledge.
- Wallas, Graham (1914): *The Great Society. A Psychological Analysis*, London: Macmillan.
- Wallner, Cornelia und Marian Adolf (2011): »Wie die Öffentlichkeit fassen? Öffentlichkeit als normatives, als empirisches und als unvollständiges Konstrukt«, in: *Discussion Paper zu |schnitt 22*, URL: https://www.zu.de/info-wAssets/zu-schnitt/zu_schnitt_22.pdf (abgerufen am 25.08.2018).
- Walsh, Bryan (2013): »The Surprisingly Large Energy Footprint of the Digital Economy«, in: *Time* am 14.08.2013, URL: <http://science.time.com/2013/08/14/power-drain-the-digital-cloud-is-using-more-energy-than-you-think/> (abgerufen am 25.08.2018).
- Weber, Steven (2004): *The Success of Open Source*, Cambridge, MA/London: Harvard University Press.
- Weichert, Stephan, Leif Kramp und Hans-Jürgen Jacobs, Hrsg. (2009): *Wozu noch Zeitungen? Wie das Internet die Presse revolutioniert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

- Hrsg. (2010): *Wozu noch Journalismus? Wie das Internet einen Beruf verändert*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Weller, Martin (2014): *The Battle For Open. How openness won and why it doesn't feel like victory*, London: Ubiquity Press.
- Wergin, Clemens (2014): »Ein beispielloser Massenexodus von Redakteuren«, in: *Welt.de* am 10.12.2014, URL: <http://www.welt.de/kultur/medien/article135222157/Ein-beispielloser-Massenexodus-von-Redakteuren.html> (abgerufen am 25.08.2018).
- Westbrook, Robert (1991): *John Dewey and American Democracy*, Ithaca, NY: Cornell University Press.
- Whipple, Mark (2005): »The Dewey-Lippmann Debate Today. Communication Distortions, Reflective Agency, and Participatory Democracy«, in: *Sociological Theory* 23,2, S. 156–178.
- Wiedemann, Carolin (2014): »Kollektivität ohne Identität«, in: *Soziale Medien – Neue Massen*, hrsg. von Claus Pias, Inge Baxmann und Timon Beyes, Zürich/Berlin: Diaphanes, S. 261–279.
- Wilke, Jürgen (2007): »Nicht nur ein Theoretiker der Öffentlichen Meinung. Walter Lippmann Revisited«, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 55,4, S. 595–612.
- (2009): »Die zweite Säule des ›dualen Systems‹. Privater Rundfunk«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 9-10, S. 12–19.
- Wimmer, Jeffrey (2017): »Ebenen der Partizipation in der Auflösung? Das Drei-Ebenen-Modell und Ansätze partizipatorischer Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter«, in: *Öffentlichkeiten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde*, hrsg. von Elisabeth Klaus und Ricarda Drüeke, Bielefeld: Transcript, S. 197–216.
- Wizorek, Anne (2014): *Weil ein Aufschrei nicht reicht. Für einen Feminismus von heute*, Frankfurt a. M.: Fischer.
- Wolf, Winfried (1995): *Stuttgart 21: Hauptbahnhof im Untergrund? Streitschrift wider »Stuttgart 21«, Filder-Bebauung, Messe II*, hrsg. von Heiner Monheim, Initiative für eine Bessere Bahn, ffb e.V., in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Verkehrspolitik und Eisenbahnwesen, GVE, Köln: Neuer ISP Verlag.

- Yu, Harlan und David G. Robinson (2012): »The New Ambiguity of ›Open Government‹«, in: 59 *UCLA Law Review Discourse* 178, S. 178–208, URL: <https://www.uclalawreview.org/pdf/discourse/59-11.pdf> (abgerufen am 25.08.2018).
- Zahradnik, Stefan (2017): »New Public Management, Prozessmanagement und Deregulierung – Potenziale neben einer Funktional- und Gebietsreform in Thüringen«, in: *Regieren in Kommunen. Theorie und Praxis der öffentlichen Verwaltung*, hrsg. von Elmar Hinz, Wiesbaden: Springer, S. 157–168.

PERSONENREGISTER

- Addams, Jane 126
Adloff, Frank 76
Ansell, Christopher 179, 299 ff.,
389, 407
Aristoteles 210
- Bacon, Francis 17, 87
Bergson, Henri 68
Bernays, Edward 30, 32
Berners-Lee, Tim 354
Blumer, Herbert G. 131
Bourdieu, Pierre 76
Brandom, Robert 19
Brunkhorst, Hauke 53
- Chomsky, Noam 32 ff., 38
Cohen, Joshua 298
Converse, Philip E. 313 f.
Creel, George 30 f.
- Dalton, Russel J. 315 f.
Darwin, Charles 15, 54, 65
Deming, W. Edwards 62, 297
Descartes, René 54, 64, 67, 81, 155,
321
Dewey, John 5, 12–33, 37, 45–50,
53–340, 345, 348 f., 355, 359 f.,
362, 373, 389, 391, 394, 397,
399–408
Dorf, Michael C. 296 f.
- Ford, Henry 327
Freeman, Edward 319
Frega, Roberto 159, 203, 295, 389,
407
Freud, Sigmund 32
- Garfinkel, Harold 334
Gießmann, Sebastian 332–335
Goffman, Ervin 131
Grunig, James E. 318 f.
- Habermas, Jürgen 14 f., 250, 252,
309 f., 316 f.
Hartmann, Martin 69, 76
Hegel, Georg W. F. 68, 194, 230
Heidegger, Martin 19, 321
Heisenberg, Werner 86
Heraklit 68
Herman, Edward S. 32, 34
Hobbes, Thomas 155, 230
Hume, David 87
Hunt, Todd 318 f.
- Jörke, Dirk 49, 76
James, William 17, 26, 54, 59, 61,
64, 80, 87
Jansen, Sue Curry 29
- Kant, Immanuel 16, 81, 116 f., 155
Kelty, Christopher 290, 338 f.
Krosnik, Jon A. 314 f.
- Lasswell, Harold D. 32
Latour, Bruno 318, 327 f.
Le Bon, Gustave 32
Lessig, Lawrence 365
Lippmann, Walter 9, 21 f., 25–50,
120, 207, 313 f., 318, 397, 399
Locke, John 87, 155, 321
Luhmann, Niklas 81
- Marres, Noortje 318
Martens, Wil 307–312
Mead, George H. 31, 126, 131, 296

- Mussolini, Benito 44
- Nissenbaum, Helen 403
- Obama, Barack 384
- Peirce, Charles S. 15 ff., 80, 87,
132, 150, 258, 296, 324
- Putnam, Hilary 19
- Rorty, Richard 5, 19
- Royce, Josiah 26
- Sabel, Charles F. 53, 296–299, 407
- Santayana, George 26
- Schüttpelz, Erhard 332–335
- Schudson, Michael 29
- Shewhart, Walter 62, 297
- Snowden, Edward 1 f., 249,
301–305
- Stallman, Richard 342, 344, 346 f.,
350 ff.
- Taylor, Charles 81, 252, 321
- Taylor, Frederick W. 95
- Torfig, Jacob 389, 407
- Torvalds, Linus 342, 354
- Wallas, Graham 26, 29 f., 40, 167
- Weber, Max 30
- Wilson, Woodrow 30, 32, 34
- Wittgenstein, Ludwig 19, 321
- Zeitlin, Jonathan 299

SACHREGISTER

- Abduktion 324
- Bürgerbeteiligung
(*siehe* Partizipation)
- Bürgerwissenschaft 395–398
- Behaviorismus 65 ff., 71
- Chicagoer Schule (Soziologie) 20,
126, 131, 407
- Citizen Science
(*siehe* Bürgerwissenschaft)
- Civic Technology 6, 382 ff.
- Copyright/Copyleft 343, 365
- Crowdsourcing 393 f.
- Debatte
öffentliche 47, 186, 195 f., 254,
332
akademische 189, 332
- Demokratie
als Lebensform 23, 64, 96,
153–180, 193, 202, 229, 240,
278, 319
kreative 173–180
- Denken, reflexives 22, 58, 60, 62,
69, 75, 78 f., 82 ff., 97–324
- Design Thinking 389, 407
- Digitalisierung 1, 4, 11, 13, 268,
270, 280, 289, 306, 329, 337, 340,
344, 371, 385, 400, 405 f.
- Dualismus
von öffentlich und privat
(*siehe* öffentlich/privat)
von real und virtuell 273, 330
von Subjekt und Objekt 22, 54,
67, 87, 155
von Theorie und Praxis 22, 80,
84–87, 127, 149, 189
- Dualismus, dualistisch 5, 60, 81,
89, 92, 96 f., 149, 161, 188, 190,
200, 259, 328
- Elite
elitäre Philosophie 64, 83, 185,
190
politische 28, 45, 119, 122, 154,
166, 220, 235, 314
- Empirismus 15, 87 f., 150, 199
- Experimentalismus (demokrat.)
Begriff des 15, 17 f., 53 f., 153
demokratiethoretische
Annahmen 173–180, 228, 252,
254, 297, 299, 305, 307, 311 f.,
320, 388
erkenntnistheoretische
Annahmen 22, 80, 82 f.,
97–113, 272, 321, 324
methodologische Annahmen 13,
37, 54, 59 f., 65, 67 ff., 80, 88,
92, 96 f., 125–151, 182, 187, 198,
201, 203, 208 f., 272, 323, 325,
331, 349, 400 f.
- sozialphilosophische
Annahmen 91, 95, 97, 113–125,
154–172, 199, 284, 286, 350
und Bürgerwissenschaft
(*siehe* Bürgerwissenschaft)
und Digitalisierung 21, 338 f.,
360, 374, 387, 399
und Erfahrung 60, 89, 98, 116,
123, 187, 199

- und Gesellschaftskritik 78, 83, 180–198, 220, 393
- und Lernprozesse 57, 253, 290, 294, 304, 307, 384, 407
- und New Public Management (*siehe* New Public Management)
- und Technikphilosophie 255–270
- Faschismus 43
- Forschung (*siehe auch* Sozialforschung, Logik der Forschung, Untersuchung)
 - Begriff der 98
 - Prozess der 89, 125, 127, 132, 138 ff., 252, 273, 289, 324 ff., 341, 349
 - wissenschaftliche 22, 55, 61, 88, 99, 125, 132, 136, 202, 259 f., 264, 357, 359
 - naturwissenschaftliche 86, 108, 113, 121, 123, 133, 146, 391
- Freiheit der 123, 177, 190, 196, 364
- Kontinuum der 57, 80, 127, 132, 149, 269
- Öffentlichkeits- 14, 286, 313–335, 401
- partizipative (*siehe* Bürgerwissenschaft)
- problemorientierte 110, 136, 151 (*siehe auch* problematische Situation)
- und Neutralität 130 f., 145, 260
- zu öffentlichen
 - Angelegenheiten 14, 97, 196, 202, 209, 216 f., 220, 223, 247, 275, 286, 301, 306, 313, 321 f., 382 f., 397, 402 f. (*siehe auch* Öffentlichkeit)
 - zu alltäglichen Situationen 99, 125, 222
- Austausch von Daten 330, 391 (*siehe auch* Open Science)
- Verbreitung von
 - Ergebnissen 221, 223, 330, 361 f., 364, 390 f. (*siehe auch* Open Access)
- Forschungsgemeinschaft (*siehe* Gemeinschaft)
- Fortschritt 115, 122, 164, 186, 195, 242, 264, 267
- Fragmentierung der
 - Öffentlichkeit 10, 316 f.
- Freie Software 4, 340–358
- Freiheit 38, 107, 157, 159, 164, 166, 172, 176 f., 240, 253, 347, 351 f., 354, 364, 396
 - der Wissenschaft 347
 - Informations- 375, 384
 - Rede- 33
- Gemeinschaft 124, 178, 210, 310
 - als Ideal 23, 153, 159–172, 202, 209, 211, 251, 278, 280, 283, 337
 - undemokratische 178
 - demokratische 96, 173, 176 f., 186, 202, 224, 227, 229 ff., 237, 282, 310 ff., 337
 - digitale 283 f.
 - Forschungs- 123, 132 f., 251, 282, 303, 320, 330, 347
 - Große 167–172
 - lokale 236, 271, 278–285
 - Öffentlichkeit als 124, 213, 216, 224
 - und Gesellschaft 159–169
- General Public License (GPL) 343, 346, 352 f.

- Gesellschaft 20, 23, 28, 30, 33, 37, 78 f., 90, 119 f., 122 ff., 131, 148, 156, 169 f., 174, 182, 191, 194, 212, 236, 241, 244, 246, 264, 266, 312, 315, 344, 388, 396
 demokratische 174 f., 178, 202, 252, 282, 400
 digitale 1, 6, 408
 Große 167 f., 170, 265
 moderne 120, 159 f., 181, 218, 400, 402
 pluralistische 46, 166, 222, 240
 und Gemeinschaft 159–169
 und Individuen 44, 77, 158, 166, 188 ff., 214, 279
 und Staat 226–229
 Gewalt 123, 162, 178, 280, 292
 Gewaltenteilung 33, 296
 Gewaltfreiheit 175, 178
 Gewohnheit 66
 intelligente 73, 75, 79, 94, 96, 106
 routinierte 73 ff.
 Theorie der
 Gewohnheitsbildung 67, 69–81
 Globalisierung 10, 13, 171 f., 219, 245, 278, 280, 368, 400
- Handeln 64, 66, 84
 gemeinschaftliches 211, 242, 284, 312
 instrumentelles 115, 256
 intelligentes 79, 115, 118, 120 f., 177, 183, 187, 201, 203, 221, 350
 kollektives 97 f., 118, 153, 162, 189, 211, 283, 311 f., 329
 kooperatives 212, 281, 337, 340, 372
 menschliches 16, 66, 69, 80, 118, 135, 154, 229, 401
- politisches 215, 224, 230 ff., 252, 386, 401, 403
 soziales 146, 156
 staatliches 215, 246
 und Denken 41, 43, 72–75, 80, 82 ff., 89 f., 96, 101 f., 106, 117, 199 ff., 225, 256, 263, 338, 401, 406
 und Gewohnheit 77, 102
 Verwaltungs- 384, 386, 405
 wirtschaftliches 215, 250
 Ziele des 82, 92 ff., 96
- Identität 156, 166
 kollektive 281, 311 f.
- Individualisierung 159, 169 ff., 240
- Individualismus
 methodologischer 88, 199, 202, 280, 312, 331, 401
 sozialer 23, 118, 154–159, 202, 280, 284
- Industrialisierung 29, 37, 41, 54, 56, 74, 115, 121, 157, 167, 170 f., 175, 181, 223 f., 246, 255, 260 f., 263, 265 f., 268, 280, 400
- industrielle Revolution
 (siehe Industrialisierung)
 zweite 268
 dritte (siehe Digitalisierung)
- Innovation 237, 243 f., 354, 371
 institutionelle 242–245, 254, 389 f.
 soziale 202, 242, 253, 295, 297, 337, 400
 technologische 202, 242, 262, 266, 386, 388, 390, 400
- Institution
 öffentliche 233, 236, 242, 244 f., 250, 288, 295 f., 298, 300, 304, 364, 379, 384, 389 f., 403

- demokratische 153 f., 167, 175, 295, 388
- lernende 290, 293–296, 298 ff., 373
- politische 29, 167, 174, 180, 194, 197, 210, 217, 281
- soziale 75, 115, 124, 131, 146, 154, 166, 180, 202, 249, 267, 269, 350, 400 f.
- staatliche 6, 33, 36, 224–227, 229–233, 236–239, 243 f., 246, 248 f., 254, 282, 290 f., 308, 358, 377
- wissenschaftliche 37, 250, 363 f.
- Intelligenz 87, 116, 196, 201, 211, 238
- (*siehe auch* intelligente
Gewohnheit, intelligente
Kooperation, experimentelle
Methode)
- kooperative (*siehe* intelligente
Kooperation)
- Schwarmintelligenz 2 f.
- soziale 98, 113–125, 193, 197, 201, 212, 223, 231, 253, 264, 266, 341
- verkörperte 23, 120 ff., 177, 190, 192, 201
- Interaktion 1, 47, 60, 65, 69, 75, 80, 82, 96, 105, 114, 131, 135, 154, 156 f., 166, 214, 345, 403
- alltägliche 166, 176, 202, 281 f., 286
- digitale 4, 273, 283, 289, 291, 326
- erstarrte (*siehe* Gewohnheit)
- lokale/globale 280
- Prozess der 62, 64, 75 f., 80, 83, 202, 334
- soziale 123, 129, 159, 167 f., 174, 193, 196, 210, 215, 227 f., 231 f., 237, 239–242, 246, 248, 254, 256 f., 261 f., 268 f., 274, 280
- von Organismus und
Umwelt 67, 69 f., 82, 101, 186, 199, 274
- Internet 1, 273, 277, 283, 285, 292, 304, 326, 330
- Issue Publics
(*siehe* Öffentlichkeit)
- Journalismus 8 f., 25, 30, 33, 35 ff., 39, 41 f., 374, 376, 378, 390
- Daten- 376–379
- investigativer 26, 377
- Kaizen 297
- Kanban 297
- Kapitalismus 266
- Klimawandel 3, 305 f., 308, 400
- Konflikt 46, 48, 78, 169, 178, 181, 188 f., 227, 235, 252, 254, 267, 291, 293 f., 300, 339, 348, 350, 353, 363
-management 48
- Interessen- 40, 169
- sozialer 47, 133, 136, 168, 226, 228
- transnationaler 245
- Konkurrenz 123
- kontinuierliche Verbesserung 62, 297, 338, 404, 407 f.
- Kooperation 4, 178, 218, 220, 228, 248, 289, 298, 300, 303, 341, 344 f., 347 f., 372, 384, 386, 397, 406
- freie 191, 342, 347, 351, 358, 385, 393
- intelligente 121–125, 165, 167–170, 175 f., 178, 201, 240, 270, 287, 305, 312, 338, 340, 359, 384, 393, 398, 405

- Medien der 331–335
und Wissenschaft 330
- Korruption 33, 43, 368, 386
- Krieg 31 f., 215, 238, 245, 259, 264, 315, 378
Erster Welt- 30 f., 217
Kalter 18, 313, 315
Zweiter Welt- 18, 39, 297
- Krise 48, 78, 202, 401
der Demokratie 25, 175, 196, 399
der Medien 399
der Medienforschung 332
des Journalismus 9, 25
Finanz- 305
Sinn- 102
Wirtschafts- 266, 315
- Kultur 41 f., 60, 369, 371
-industrie 43
- Kunst 43, 211, 223 f., 259, 264, 365, 367, 369, 371
- Lernprozesse 58, 178 f., 253, 289, 345, 352
Blockaden von 252, 273
erfahrungsbasierte 57, 63, 69 f., 72, 101, 129, 156, 180, 183, 200 f.
individuelle 123, 156, 164, 199, 295
institutionelle 285, 287, 290, 293 f., 296, 298, 300, 304, 322, 379, 384, 398, 401, 404, 407 f.
kollektive 3 f., 199, 202, 251, 268, 294 f., 338, 341 f., 344, 348, 352, 354 f., 359, 388, 400
- Logik
der Forschung 22 f., 97–151, 182, 201, 208, 272, 402, 405
(siehe auch Experimentalismus, Theorie der Forschung)
- Kritik der klassischen 22, 128, 189, 201, 208, 324
- Macht 38, 44, 46, 48, 78, 235, 239, 252
-asymmetrien 1, 9, 28, 189, 252 f., 301
-befugnisse 233 f.
-missbrauch 386
-verhältnisse 252 f.
der intelligenten
Kooperation 175, 178
der Kunst 223
politische 28, 48
soziale 189
- Medien 3, 8, 35, 43, 222, 301, 332, 334
-öffentlichkeit 302, 333 f.
-konsum 42
-praktiken 332 f.
-system 30, 33, 35, 38 f., 196, 223
digitale 329, 332 f.
Massen- 8, 11 f., 25, 31 f., 34, 42, 195 f., 250, 277, 332, 401
physikalische 370
Soziale 21
- Methode
digitale 325–331
experimentelle 64, 86, 97, 104, 115, 128, 143, 153, 180 ff., 185, 192 f., 197 f., 201, 260, 265, 389, 402
(siehe auch Intelligenz, Experimentalismus)
- Moral 55 f., 59, 61, 65, 97, 102, 114, 122 ff., 126, 142, 144 f., 167, 181 f., 198, 201, 221, 255, 265, 402
-vorstellungen 54
- Nationalismus 3, 43, 244
- New Public Management 388 ff., 407

- normative Rekonstruktion 162,
229, 337
- öffentlich/privat 45, 149, 214 f.,
234, 239, 247, 272, 275, 297, 403
- Öffentlichkeit
Begriff der 11, 22, 207–255
digitale 2 f., 10 f., 271–278, 399,
404
Einbeziehung der 2, 4, 7, 198,
251, 294, 298, 300, 314, 316,
318, 383, 386
Issue Publics 313–319
Theorie der 9, 11–14, 30, 46, 60,
93, 99, 116, 120, 124 f., 191, 207,
212 f., 217, 225, 247 ff., 251,
271 f., 278, 291, 309, 312, 320,
338, 359, 399, 401 f., 404 f., 407
transnationale 2, 10, 12, 246
- Open-Bewegungen 337 ff., 358 f.
Open Access 358, 360–365
Open Content 4, 358, 365–374
Open Data 192, 358
Open Educational
Resources 372
Open Government 358
Open Science 358
Open Source 346–358
- Partizipation 124, 198, 228, 249,
251, 285
(*siehe auch* Einbeziehung der
Öffentlichkeit)
demokratische 120, 190, 294,
298, 314, 316, 362, 390
und Internet 6 f., 332, 383 f.,
391, 393
- PDCA-Zyklus 297
- Pluralisierung 13, 169, 171, 240
(*siehe auch* Individualisierung)
der Öffentlichkeit 317
- Politik 3 f., 6, 8, 25 f., 30, 34, 36, 42,
47, 49, 65, 132, 144, 180, 192, 195,
207, 210, 217, 223, 235, 314 f., 344
-betrieb 49
-verdrossenheit 197
- Populismus 3
- Positivismus 88, 199
- Postdemokratie 21, 39
- Pragmatismus 15, 21, 126
- Praxistheorie 20, 76, 334, 407
- Privateigentum 241, 352
- Privatheit 403
- Privatsphäre 214, 240, 275, 401
- Propaganda 3, 30–34, 40 f., 43, 49,
192, 195, 399
- Reflexion 101, 186, 231
philosophische 61, 63, 69, 85,
187, 255
und Kritik 133, 169, 179, 182,
298, 326, 360
- Religion 65, 157, 170, 210 f., 237,
240, 281
- Revolution
digitale (*siehe* Digitalisierung)
Französische 78
industrielle (*siehe*
Industrialisierung)
politische 54, 78, 168, 181
wissenschaftliche 54, 65, 122,
260, 268
- Science and Technology
Studies 327, 407
- Situation
problematische 22, 78, 102 ff.,
109 ff., 123 ff., 129, 133, 136,
138, 140 f., 144, 148 f., 151, 190,
193, 200 f., 207 f., 220, 254, 288,
301
unbestimmte 100, 109 f., 134,
136, 138 f., 142, 180, 183

- (siehe auch Untersuchungsprozess: 1. Phase)
- Klärung einer problematischen (siehe Untersuchungsprozess)
- Wahrnehmung einer problematischen (siehe Untersuchungsprozess: 1. Phase)
- Beschreibung einer problematischen (siehe Untersuchungsprozess: 2. Phase)
- Sozialforschung
- Aktualität der 222, 224
- empirische 125 ff., 129, 326
- experimentelle 123, 148
- Methodologie der 125–151, 201
- öffentliche 313, 321
- qualitative 20, 323 ff., 328, 407
- quantitative 325, 328
- und Digitalisierung 325–331
- und Neutralität 130, 142–148, 184
- Staat 159, 226–229, 234, 236, 338, 358, 386, 388, 401
- Öffentlichkeit als 226, 229, 232 f., 241
- als Ideal 229, 236
- Begriff des 182, 226, 228, 231, 237
- despotischer 165
- Funktion des 226 f., 239, 247, 388
- historische Entstehung von 23, 208, 226, 229 f., 237
- inklusive 237
- Kriterien für einen guten 234
- moderner 217
- National- 11, 244 f., 271, 303, 308, 310 f.
- Neutralität des 228
- und Gesellschaft 227
- und Innovation 242 ff.
- und Regierung 233
- Veränderung von 237 f., 387
- Stereotyp 41 ff., 350
- Stuttgart 21 5, 291–294, 298, 322, 402
- Subjekt-Objekt-Dualismus (siehe Dualismus)
- Technik 115, 130, 259, 261, 264, 334
- forschung 135, 255
- Technikphilosophie 255–270
- Technokratie, technokratisch 28, 122, 154, 190, 198, 218, 220, 253, 299, 383, 388
- Technologie 120, 122, 180, 257, 261 f., 264 ff., 268, 270
- digitale 1, 6 f., 11 f., 255, 269, 273–277, 283, 286, 291, 301, 306, 326, 330, 339, 357, 359, 380, 383 ff., 391, 395, 403 ff.
- und Folgenabschätzung 217
- und Fortschritt 116
- Terrorismus 3, 166, 305
- Untersuchungsprozess
1. Phase 108 f., 301 f.
2. Phase 109 ff., 129, 136, 142, 183, 218, 301, 305, 318, 379 f.
3. Phase 111, 129, 289
4. Phase 111 f., 129
5. Phase 112 f., 129, 289
- Urheberrecht 370
- Werkzeug
- als soziales Produkt 261, 332
- Begriff des 255–259, 334
- digitales 330, 333, 392
- Software als 345

- Sprache als 58, 80, 130, 140 ff.,
148 f., 182, 200, 208, 257 f., 272,
323
Wikipedia 1, 4, 372
- Zensur 43
Zivilgesellschaft 5, 250, 294, 338,
358, 374, 385 f.
Zwang 107, 162, 176, 178, 280, 358

Um die gegenwärtige Transformation der Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter erfassen zu können, ist in der Öffentlichkeitstheorie eine erweiterte Perspektive notwendig, die nicht nur den massenmedialen Diskurs, sondern auch die Veränderungen sozialer Praktiken und institutioneller Strukturen in den Blick nimmt. Das Ziel dieses Buches besteht darin, die Grundlagen einer solchen Perspektive auf die Theorie digitaler Öffentlichkeiten zu entwickeln. Im vorgeschlagenen Ansatz wird Öffentlichkeit im Anschluss an John Dewey als Prozess verstanden. In seiner prozessualen und funktionalen Bestimmung von Öffentlichkeit liegt eine besondere Originalität, die seinen Ansatz von anderen Öffentlichkeitskonzeptionen unterscheidet. Das Buch liefert sowohl eine systematische Rekonstruktion und Interpretation der Philosophie John Deweys als auch einen Vorschlag zur gesellschaftstheoretischen Deutung des digitalen Wandels.